



# Arbeiterkampf

Nr.150 8.Jg. 19.3.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

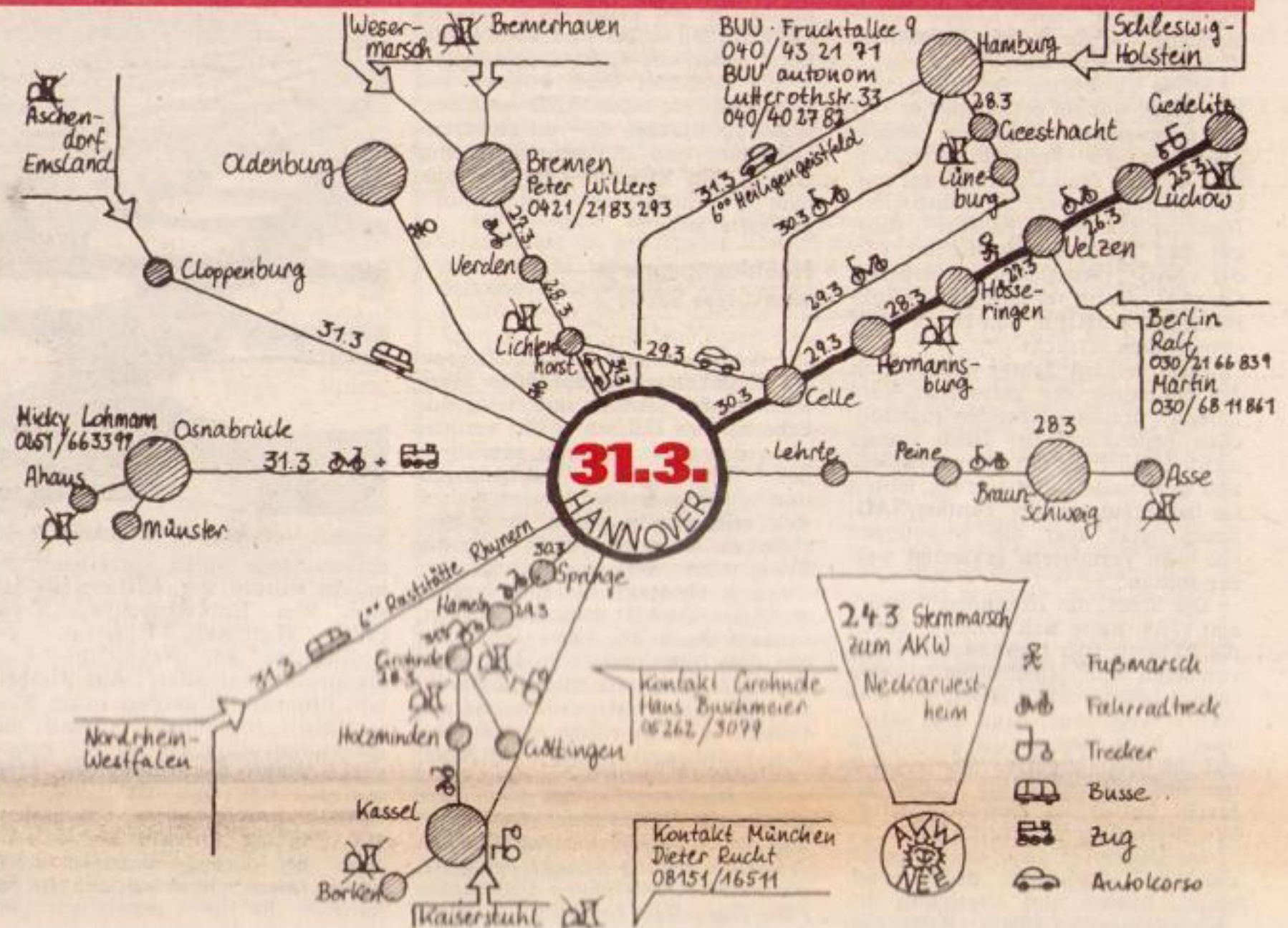
## ALBRECHT, WIR KOMMEN!

Westberlin:

### 3,7 % Großer Erfolg für Alternative Liste

Die Idee der bunten und alternativen Listen ist nicht totzukriegen. Im Gegenteil: Sie erlebt einen neuen Aufschwung. Das ist das entscheidende Ergebnis der Westberliner Landtagswahlen. Nach den letzten, bei Redaktionsschluss vorliegenden Hochrechnungen, erhielt die Alternative Liste 3,7 %. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen erzielte die AL hervorragende Einzelergebnisse, so daß sie wahrscheinlich mit Abgeordneten in mehreren Bezirksparlamenten vertreten sein wird (Kreuzberg, Schöneberg, Tiergarten, Charlottenburg).

Das gute Abschneiden der AL beherrschte auch die ersten Stellungnahmen der bürgerlichen Politiker und Kommentatoren weit mehr als die geringfügigen Veränderungen zwischen SPD, CDU und FDP, die sich am Wahlsonntag in Westberlin und Rheinland-Pfalz ergaben. Bei den Bonner Parteien hatte man sich nach dem mageren Abschneiden der GLH bei den Hessenwahlen (1,1 %) bereits in Sicherheit gewiegt, und den Grünen und Buntten ein schnelles Ende vorausgesagt. Am Abend des 18.3. konnten Brandt, Kohl und Mischke ihre Betroffenheit jedoch kaum verhehlen. Denn vor allem unter den Jungwählern und in Arbeitervierteln hat die AL ihre Einbrüche erzielen können. Trotz allem „Bemühen um die Jugend“, trotz des „Dialogs mit kritischen Menschen“ und allen möglichen Integrationsbestrebungen geht der Trend der Buntten wieder nach oben. Die Schlußfolgerungen liegen auf der Hand: Gelingt es den Bürgerinitiativen, sich zu einigen und sich von der Illusion zu lösen, eine Anbiederung an rechte Positionen würde Stimmengewinne mit sich bringen, so sind die Aussichten, etwa bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen die 5 % zu überspringen, gut genug (und noch besser sind die Chancen sicherlich für eine Beteiligung an Kommunalwahlen!). Aber auch in der Frage, ob sich die Buntten an den Bundestagswahlen 1980 beteiligen sollten, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.



Auf diesem Marschweg werden am 31.3. zehntausende AKW-Gegner nach Hannover kommen. Siehe auch S. 12 ff.

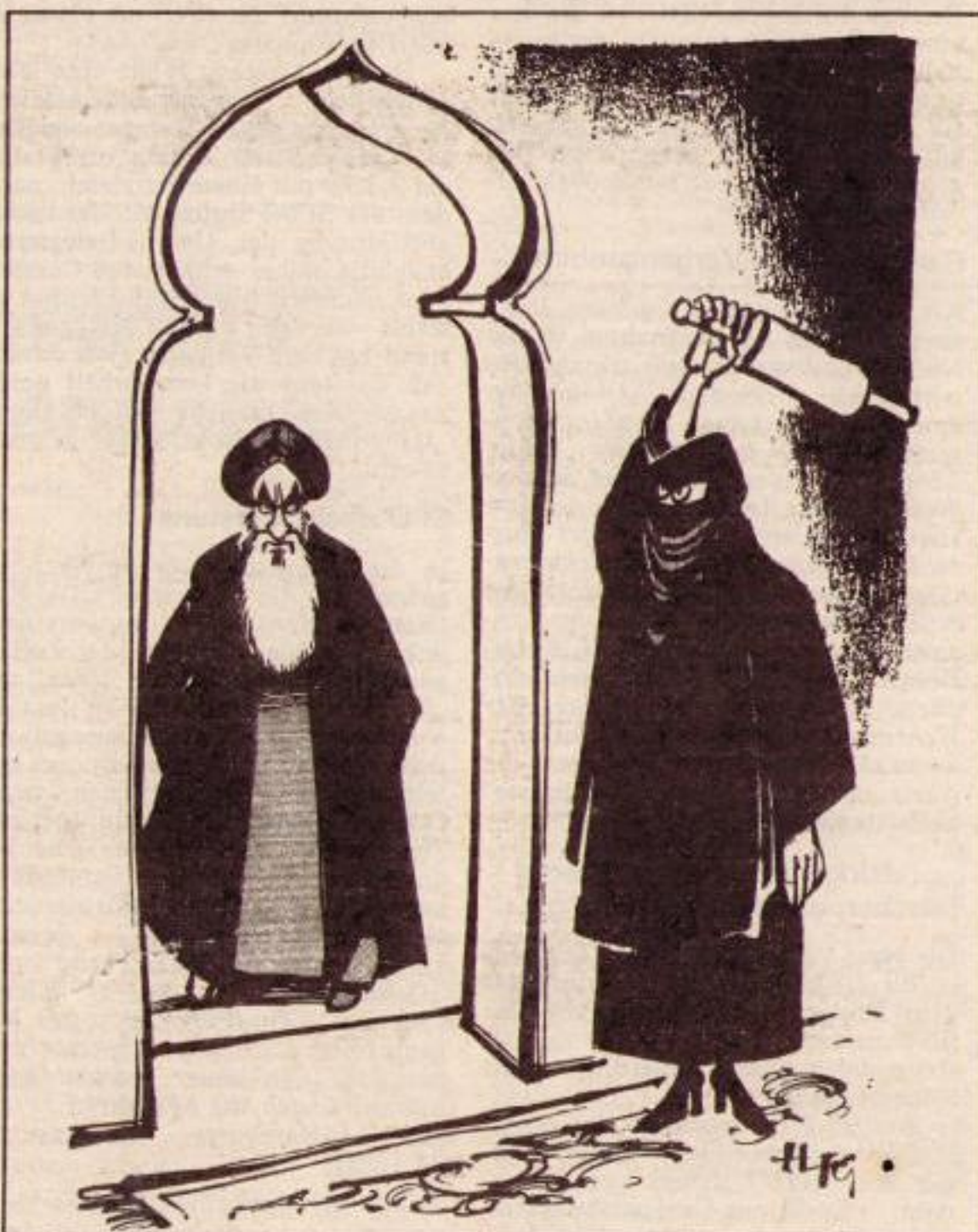
## „Wir wollen keine neue Diktatur!“

### Die iranischen Frauen treiben die Revolution voran

Nachdem die iranische Revolution das Schah-Regime gestürzt hat, geht es jetzt vor allem darum zu verhindern, daß im Namen des Islam eine neue Diktatur errichtet wird. In diesem Kampf haben die Frauen die Führung übernommen. In immer neuen Demonstrationen in allen großen iranischen Städten fordern sie: „Nein zum Schleier! Nieder mit allen Formen der Unterdrückung!“

Vor der Revolution des 10. Februar hatten die Frauen mit Absicht den schwarzen Schleier getragen, um ihre Verbundenheit mit den armen ausgebeuteten Frauen zu zeigen und um gegen den Imperialismus zu demonstrieren, der die eigene Kultur der iranischen Völker zerstört hat. Doch nach der Revolution ist alles anders. Nach der Revolution wäre es an der Zeit, daß alle Frauen den Schleier wegwerfen und gleichberechtigt eine neue Gesellschaft aufbauen. Jetzt sind es die reaktionären Kräfte um Khomeini, die den Schleier vorschreiben wollen. Jetzt sollen die Frauen gezwungen werden, den Schleier zu tragen, als Ausdruck ihrer erneuten Unterdrückung und Entrechtung.

Die Frauen hatten an der Revolution als besonders radikale Kraft teilgenommen. Sie hatten Waffen unter dem Schleier getragen. Sie hatten Frauenorganisationen aufgebaut. Nun sollte ihnen noch mehr genommen werden, als sie sich erkämpft hatten. Khomeini forderte nicht nur die Einsammlung der Waffen, sondern er wählte die Frauen als erstes Objekt, an dem er seine Vorstellungen von einem „islamischen Staat“ durchsetzen wollte:



Fortsetzung Seite 52

Ende der Flitterwochen

## China: Jetzt auch Angriff auf Laos?

Nach einem offiziellen Bericht aus Laos vom 15. März wird gemeldet, daß chinesische Truppen nun auch gegen Laos mit Provokationen und Vorstößen begonnen haben: Zwei bis drei Kilometer tief sollen chinesische Truppen an verschiedenen Stellen nach Laos eingedrungen sein. Auch Chinas Überfall auf Vietnam hatte zunächst mit solchen Vorstößen begonnen.

China hatte bereits während des Angriffs auf Vietnam damit begonnen, Truppen an der laotischen Grenze zu konzentrieren. Zugleich wurde die Propaganda-Kampagne gegen Laos verschärft: Laos sei von vietnamesischen Truppen besetzt, Vietnam sei „der Oberherr in Laos“ usw. Propaganda dieser Art kann nach den bisherigen Erfahrungen durchaus als Signal für eine unmittelbar bevorstehende „Strafexpedition“ gegen Laos angesehen werden, wieder unter dem Vorwand, Vietnam „in die Schranken weisen“ zu müssen.

Laos hat auf die chinesischen Provokationen und Kriegsdrohungen reagiert, indem es die rund 5.000 chinesischen Berater, Techniker usw. nach Hause schickte. Diese Leute hatten, nach Angaben der Regierung von Laos, bereits aktive Vorbereitungen für einen chinesischen Angriff getroffen. China habe auch „Spione und Kommandos“ nach Laos geschickt, um regierungsfeindliche Kräfte mit Waffen auszurüsten.

Die chinesische Führung hat nicht die Absicht, Frieden in Indochina einkehren zu lassen. Ihr Ziel ist es, die Oberherrschaft über Indochina zu gewinnen. Ein Angriff auf Laos (3 Mio. Einwohner) würde weniger Risiken und mehr Chancen für China enthalten als der Angriff auf Vietnam. Vietnamesische Unterstützung für Laos wiederum könnte von der chinesischen Führung zum Vorwand für eine weitere „Eskalation“ des Krieges und für einen neuen Angriff auf Vietnam genommen werden.

Die chinesische Führung hat in Indochina einen schleichenden Krieg begonnen, um die „gescheiterte Mission“ des Imperialismus fortzusetzen. Dieser Krieg hat viele Fronten und verläuft nicht kontinuierlich.

Unklar sind zur Zeit die weiteren Pläne Chinas gegen Vietnam. Am 4. März erklärte die chinesische Führung durch Hua Guo-feng, daß die Aggression gegen Vietnam „ihr Ziel erreicht“ habe und daß die Truppen nun aus Vietnam zurückgezogen würden. Am 16. März verkündete Hua, daß der Rückzug aus Vietnam vollständig abgeschlossen sei. Aus vietnamesischen Berichten geht aber hervor, daß sich der Rückzug nur schleppend vollzog und immer wieder mit chinesischen Angriffen und neuen Truppenkonzentrationen verbunden war. Noch am 10. März meldete Vietnam „heftige Kämpfe“ aus den angegriffenen Grenzprovinzen Cao Bang, Lang Son und Lao Cai. Am 14. März zitierte die „Süddeutsche Zeitung“ thailändische „Beobachter“, die der Meinung seien, daß „bisher überhaupt nur einige kleinere Einheiten abgezogen worden“ seien. Es bleibt abzuwarten, was Vietnam zur chinesischen Rückzugsmeldung sagen wird. Die chinesische Führung hatte schon vor einiger Zeit angekündigt, daß sie sich nicht vollständig aus Vietnam zurückziehen will, sondern daß die chinesischen Truppen rund 100 qkm Vietnams besetzt halten sollen, die von Peking beansprucht werden.

Sollte das der Fall sein, sind neue Grenzkonflikte und damit der Vorwand für eine Neuaufnahme des chinesischen Überfalls schon vorprogrammiert. Daß sich Vietnam auf einen Konflikt von längerer Dauer vorbereitet, zeigen die „Generalmobilmachung“ und die Einführung eines täglichen zweistündigen militärischen Trainings für die gesamte Bevölkerung.



# Birkenhof Hannover: vom Heimknast in die Gosse

Wie bereits in unserem Artikel in AK 148 angedeutet, konzentrieren sich die im letzten Sommer aus dem Birkenhof-Skandal erwachsenen öffentlichen Auseinandersetzungen zu diesem Thema immer stärker auf Situation und Aktivitäten der aus dem Erziehungsheim entwichenen Mädchen, während es um das Heim selbst sehr still geworden ist.

Der „Kampf um eine Jugendwohngemeinschaft“ und die damit verbundenen Aktionen sind in den Vordergrund gerückt, und so gut und richtig sich diese Forderung auch anhört und auch ist, u.a. gerade durch die Politik derjenigen, die den Anspruch hatten, diesen Kampf zu organisieren, ist die Wohngemeinschaft in weite Ferne gerückt.

Schon zu Beginn der Birkenhof-Kampagne war ein beträchtlicher Teil der eingesperrten Mädchen „über'n Zaun“ in die Freiheit geflüchtet. Eine Gruppe fand Unterstützung und Unterschlupf bei der „Sozialistischen Jugendgruppe Rote Panther“, initiiert und politisch ausgerichtet von der SAG (Sozialistische Arbeiter Gruppe), die in verschiedenen Großstädten der BRD in den Heimkampf einzugreifen versucht.

Ende letzten Jahres spitzte sich die Situation der geflohenen und „illegal“ draußen lebenden Jugendlichen bedenklich zu: Noch immer nicht legalisiert, d.h. ohne Papiere und finanzielle Unterstützung, lebten sie bei Freunden der Panther/SAG, denen jetzt aber die Wohnungen von den Vermietern gekündigt werden sollten.

Die Stadt, das zuständige Jugendamt (JA), hatte sich zunächst durch die Aktionen der Jugendlichen wenig von deren Wohngemeinschafts-Forderungen beeindrucken lassen und jede Aktion abgelehnt, dann aber signalisiert, Peter Brosch (der gemeinsam mit der Heiminitiative den Skandal um den Birkenhof ins Rollen gebracht hatte) als Gesprächspartner bzw. Vermittler zu akzeptieren.

Im Dezember fand ein Gespräch zwischen Mitgliedern des Jugendamtes, Brosch und Vertretern des „Hinterhauses“, einem Beratungszentrum für Jugendliche in Hannover, statt. Der Vorsitzende der „Hinterhäuser“ erklärt sich bereit, die Trägerschaft der einzurichtenden Wohngemeinschaft zu übernehmen. Umstritten bleibt die Forderung der „Roten Panther“ nach freier Wahl ihrer Betreuer – das JA ist mit den Vorgesetzten unter keinen Umständen einverstanden. Diskutiert wird eine Kompromißlösung, die ein „Vetorecht“ beider Parteien bei der Wahl der Betreuer vorsieht.

Die Beschaffung des Wohnraums für die WG gestaltet sich sehr schwierig. Mitte Januar ist immer noch kein Haus gefunden, auch keine ausreichend große Wohnung. Das ist eindeutig der Stadt Hannover anzulasten, die über genügend Wohnraum verfügt, nicht aber dem „Hinterhaus“. Das „Hinterhaus“ versucht, eine Übergangslösung zu finden, damit die Mädchen nicht bald auf der Straße sitzen; die Jugendlichen selbst erscheinen, getreu der Linie der „Roten Panther“, zweimal im „Hinterhaus“ zu Besuch und fragen an, wann es denn endlich so weit ist. Die Besuche fallen so aus, daß sich ihr Wohngemeinschaftsträger gezwungen sieht, den Mädchen erst mal Hausverbot zu erteilen. Am 26.1. soll nochmals ein Gespräch zwischen den Beteiligten stattfinden – in der Nacht zuvor besetzten Jugendliche und SAG das Hinterhaus, um so „Druck“ auszuüben. Weiterer Grund: angeblich seien die Mädchen nicht zu dem Gespräch eingeladen worden und wären nicht informiert ... was nicht stimmt. Es ist eine Einladung an eine der SAG-Betreuerinnen gesandt worden, die diese nicht weitergeleitet hat. So ist also die Einrichtung, die den Jugendlichen ihre Hilfe angetragen hat, unter Druck gestellt und besetzt worden. Es entsteht nebenbei relativ hoher Sachschaden im Haus. Polizei wird nicht eingeschaltet, aber das „Hinterhaus“ legt die WG-Trägerschaft nieder.

Jetzt erklärt sich Brosch seinerseits bereit, die Trägerschaft zu übernehmen. Als Übergangslösung ziehen die Mädchen in Hannover's Jugendherberge. Dort ist ihre Situation natürlich mies. Der Vorschlag, in ein Ferienlager zu fahren und dort einige Zeit zu verbringen, findet keine Zustimmung. Schließlich erklärt sich Anfang Februar doch der Großteil

der Mädchen bereit, die Einwilligung zu einer Ferienmaßnahme in Otterndorf zu unterschreiben, kehrt von dort allerdings schon nach einigen Tagen nach Hannover zurück. Daraufhin kommt es zu einer Auseinandersetzung, nach der auch Brosch seine Einwilligung in die Übernahme der Trägerschaft ablehnt.

Nun folgt die zweite Hausbesetzung: Ein Abbruchhaus in Hannover, das zunächst als Übergangslösung abgelehnt worden war, wird neue Unterkunft der Jugendlichen. Die Zustände dort sollen tatsächlich unzumutbar sein (kaum beheizbar, kaum möbliert etc.). Geld haben die Jugendlichen fast keines mehr. Birkenhof-Mädchen selbst sind auch kaum noch dabei, die meisten sind inzwischen legalisiert und wohnen bei Freunden etc. Zur SAG gestoßen sind Jugendliche, die von zu Hause abgehauen sind und neuerdings eine Gruppe aus Bielefeld (die dort aus dem Erziehungsheim „Buchenhof“ geflüchtet ist).

## Heimkampagne ja – aber ohne SAG!

Die SAG, die mit ihrer Politik an die Heimkampagne der 60er Jahre anzuknüpfen scheint, indem Jugendliche aus den Heimen geholt werden, ohne daß aber die damit entstehenden Schwierigkeiten aufgefangen und bewältigt werden können, haben sich mittlerweile durch ihr sektiererisches Vorgehen nicht nur die Sympathien derjenigen verschert, die sich ebenfalls für eine Jugendwohngemeinschaft einsetzen wollen, sondern auch die vieler Initiativen aus dem Sozialbereich in Hannover. Das UJZ Kornstraße, das UJZ Glocksee, der Raschplatzpavillon und das Offizin-Kollektiv haben eine Resolution herausgegeben, die diese Situation deutlich macht:

„...Die Tatsache, daß durch diese Aktion das 'Hinterhaus' zum Feindbild für die betroffenen Jugendlichen geworden ist, ist Schuld der SAG, die unter verschiedenen Decknamen ('Iris-Trapp-Haus-Initiative', 'Rote Panther') die Jugendlichen für ihre Politik mißbrauchen. Durch die Resolution mißbrauchen. Durch die Besetzung des Hinterhauses spalten sie das gemeinsame Vorgehen aller Kräfte, die die berechtigten Forderungen der Jugendlichen unterstützen. Wir fordern die SAG auf, die Jugendlichen nicht länger zum Spielball ihrer Politik zu machen...“

Diese Resolution kann man nur unterstützen. Kommentar der SAG in der „Sozialistischen Arbeiter Zeitung“ (SAZ) unter der Überschrift „Viel Feind - viel Ehr“: „... Das sind die gleichen unerhörten Verleumdungen, die man bisher nur von dem Leiter des Stadtjugendamtes, Gloger, vernommen hat.“ Und „...die Jugendlichen werden 'nachfragen, wer als Mitarbeiter und Jugendlicher im Namen von UJZ-Kornstr. und UJZ Glocksee und Raschplatzinitiative Glogers Geschäfte besorgt.“

Genau das war das ideologische Strickmuster der SAG von Anfang an: Wer nicht bedingungslos ihre Aktionen unterstützt, steht auf der anderen Seite. Man bestellt Leute zu einer Demonstration, bereitet diese mit anderen Initiativen gemeinsam vor, sagt denen aber nicht, daß im Anschluß daran ein Haus besetzt werden soll. Wer die Besetzung dann kritisiert, ist „Meister der Heimtücke“, betreibt die Geschäfte Glogers usw...

Dieses unsolidarische Vorgehen gegenüber möglichen Bündnispartnern im Kampf gegen Heimterror und für Jugendwohngemeinschaften hat nunmehr zur völligen Isolierung der „Roten Panther“ geführt und den beteiligten Mädchen mehr geschadet als genützt. Ob es den aus dem Bielefelder Heim geflohenen Jugendlichen, die jetzt im besetzten Abbruchhaus in Hannover hocken, im Kampf mit der SAG besser ergehen wird, erscheint fraglich. Ob dies Beispiel anderen Jugendlichen Mut macht, überhaupt den Kampf um eine Jugendwohngemeinschaft aufzunehmen, ist zweifelhaft.

Grund genug, die Heime zu verlassen, gibt es noch immer. Wir wollen im nächste AK ausführlich darstellen, wie die augenblickliche Situation im Birkenhof selbst aussieht.

KB Hannover

# Milchskandal jetzt auch in Hamburg

weil der Hamburger Chemiekonzern Boehringer das für die Bundesrepublik verbotene Pflanzenschutzmittel „Lindan“ für den Export ungehindert produzieren darf, gibt es einen neuen Milchskandal.

Was war passiert? Von der Hansa-Meierei wurde bei einer Milchuntersuchung auf 14 Höfen in Billwerder und Allermöhe – ein landwirtschaftliches Nutzgebiet – eine bis zu sechsfache Überschreitung der höchstzulässigen Grenzwerte für Hexachlorcyclohexan (HCH) (bis 0,6 Milligramm pro Liter) festgestellt. Eine Gesundheitsgefährdung wurde für die Bevölkerung jedoch sofort „ausgeschlossen“, da die verseuchte Milch nach „hessischem“ Muster mit

weltauflagen tatsächlich einhalten („Frankfurter Rundschau“, 14.3.).

Das HCH, das neben Leber- und Nervenschäden Mißbildungen bei Ungeborenen hervorruft und zudem noch krebserregend ist, wird bei Boehringer (Hamburg) seit 1950 hergestellt. Diese Giftküche macht schon seit langem Schlagzeilen.

– 1954: Im Verlauf weniger Monate traten 31 Chlor-Akne-Fälle auf. Ursache? Das berüchtigte Seveso-Gift, das bei der Produktion von „Lindan“ anfällt und noch heute produziert wird. Dies führte bei den Betroffenen zu Muskelschwäche, Appetit- und Gewichtsverlust, Schlafstörungen, Bauchschmerzen und Le-

„prüfen“, „ob dabei irgendeine strafbare Handlung vorgekommen ist.“ („Hamburger Morgenpost“, 15. u. 16.3.).

Während die Staatsanwaltschaft noch an der Quizaufgabe rätselt, gibt der Werksleiter von Boehringer, Werner Krumm, zu, daß das HCH bis Anfang der 70er Jahre offen auf dem Werks-gelände gelagert worden ist. Gegenüber der „Morgenpost“ erklärte er:

„Davon kann schon eine kleine Menge verweht worden sein. Aus der damaligen Sicht war das nicht gefährlich“ (ebenda). Dennoch behauptete er frech, daß die Milchvergiftung nicht von diesen Ablagerungen kommen könne. Vielmehr sei das Elbwasser schuld, das in dieser Region häufig die Felder überschwemmt. Diese billige Ausrede wird Boehringer ebenso wenig aufrechterhalten können wie Merck in Hessen!

Wie fürsorglich Boehringer ist, zeigte sich auch nach der schweinschen Seveso-Katastrophe, die mehrere Tote und 600 Chlor-Akne-Opfer gefordert hatte (s. AK 86). Der Vorstand setzte sich nach dem italienischen Chemie-Unglück mit zumindest einem Vorstand der umliegenden Betriebe in Verbindung, ließ beschwichtigende Aushänge in benachbarten Betrieben verbreiten und gab last not least Atemschutzmasken für den Ernstfall an diese Betriebe weiter.

Wie sehr die Existenz der Bauern bedroht ist, die sich in einer Interessengemeinschaft zusammengefunden haben, zeigt das Beispiel Hünningen im Elsaß. Dort mußte 1973 fast der gesamte Kuhbestand notgeschlachtet werden, nachdem es fast ein Jahr lang zu 20fachen Grenzwertüberschreitungen gekommen war. Ein Freiburger Gericht untersagte dem französischen „Lindan“-Hersteller die Produktion und sprach dem Kläger 1975 eine Schadensersatzleistung von 263.000 Mark zu (vgl. „Seveso ist überall“, S. 19).

Im Gegensatz dazu kann Boehringer die gefährliche „Lindan“-Produktion für den Export munter fortsetzen, u.a. auch mit dem Ergebnis, daß die mit „Lindan“ gepöckelten und behandelten Nahrungsmittel als Import in die BRD wieder zurückgelangen.

AKW-Nein-Kommission



Seveso: Verseuchte Tierkadaver in den Fässern!

einwandfreier Milch kurzerhand gemischt worden war. Mittlerweile hat eine von Umweltsenator Curilla (SPD) gegründete Untersuchungskommission ein Neun-Punkte-Programm ausgearbeitet: Aus Gräben und Brunnen Billwerders sollen Wasserproben entnommen werden; die Milchuntersuchungen werden ausgeweitet. Neben der Prüfung des Gemüseanbaus soll auch das Fleisch der Tiere untersucht werden. Darüberhinaus will die Kommission die Arbeiter der dortigen Betriebe untersuchen lassen und überprüfen, ob die Betriebe die ihnen gemachten Um-

berschäden.

– 1956: Erneut erkrankten mehrere Arbeiter an Chlor-Akne; sie mußten in der Universitätsklinik Eppendorf behandelt werden. Daraufhin wurde das Verfahren bei Boehringer umgestellt (nach: „Seveso ist überall – die tödlichen Risiken der Chemie“; Koch und Vahrenholt, S. 55).

– 1972 hatte die Behörde bereits HCH-Vergiftungen in diesem Raum durch das Boehringer-Gift festgestellt. Trotzdem wurden keine Ermittlungen eingeleitet, was die Staatsanwaltschaft auf Trab bringt. Sie will jetzt durch Akteneinsicht

# Wird Ex-Nazi Carstens [CDU] Bundespräsident?

Am 5.3.79 bestimmte die CDU/CSU Karl Carstens zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Nach dem ehem. Bundespräsidenten und Konstrukteur von KZ-Bauten, Heinrich Lübke (CDU), dem ehem. Bundeskanzler und Ex-NSDAPler Kiesinger (CDU), dem ehem. Nazi-Richter Filbinger (CDU) – um nur eine bescheidene Auswahl des reichhaltigen Angebots zu nennen – wird nun mit Carstens erneut ein Kandidat für eine hohe Stelle im BRD-Staatsapparat aufgestellt, dessen Nazi-Vergangenheit schon vor seiner Wahl öffentlich bekannt ist.

## Carstens' Nazi-Vergangenheit

Als 23jähriger stellte Carstens 1937 einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP und wurde nach seinem Eintritt in die „Wehrmacht“ 1940 in die Partei aufgenommen. Anfang September 1978 schrieb Prof. Heinz Troekes in einem Leserbrief an den Westberliner „Tagesspiegel“: „... Carstens sei während des Krieges Ausbildungsleiter in Berlin-Schulendorf gewesen und habe dort das NSDAP-Parteiabzeichen auf der Offiziersuniform getragen.“ („Extra-Dienst“, 6.10.78). „Das Parteiabzeichen hefteten sich Offiziere der Wehrmacht nur dann an die Uniform, wenn sie sich als besonders fanatische Nazis hervortun wollten“ kommentierte damals der „Extra-Dienst“.

## „...dringender Verdacht einer falschen uneidlichen Aussage...“

Die Nazi-Vergangenheit von Carstens ist für die bürgerliche Presse der BRD kein Thema. Die Waffengeschäfte des BND und die Verwicklung von Carstens darin können allerdings nicht totgeschwiegen werden.

Am 27.3.1975 schrieb der ehem. Bundestagsabgeordnete Günter Metzger über eine Carstens-Aussage vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß im Oktober 1974: „Wie aus ...

Unterlagen zu entnehmen ist, hat der CDU-Politiker vor dem Untersuchungsausschuß in dieser Frage die Unwahrheit gesagt“ (nach „FR“, 5.10.78). Carstens hatte nämlich behauptet: „Ich habe in der Zeit, als ich die Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst führte, über Waffenhandel des BND nie etwas gehört“ („Vorwärts“, 20.5.76).

Diesem Vorgang folgte eine lange gerichtliche Auseinandersetzung, die Carstens gegen Metzger anzettelte. Dieser Streit endete urplötzlich am 7.3.79 mit einem Vergleich, nachdem der SPD-Führung mit der Probeabstimmung der Unions-Delegierten endgültig sicher schien, daß Carstens zum nächsten Bundespräsidenten gewählt werden würde. Metzger bestand bei dem Vergleich zwar darauf, daß Carstens die Unwahrheit gesagt habe. Dies brauche jedoch keine „schuldhaft falsche Aussage“ gewesen zu sein...

## SPD deckt Carstens

In die Diskussion um die Nazi-Vergangenheit des führenden CDU-Politikers Carstens griffen nur vereinzelt linke Sozialdemokraten oder Zeitungen wie „Extra-Dienst“, „Neue“ und „konkret“ ein. Die Kritik an Carstens wurde von der SPD-Führung systematisch blockiert. Wenn schon aus parteipolitischen Überlegungen gegen Carstens polemisiert wurde, so „zum Staatswohl“, um die politische Diskussion zu entschärfen: Carstens sei zwar ein „Mann der Polarisierung“, ein „Erzkonservativer“, „jemand vom äußersten rechten Rand“. Ein „Demokrat“ aber sei er allemal (Schmidt). Zur Frage nach der Vergangenheit von Carstens meinte Wehner nur: „An dieser Skandal Diskussion wird sich die SPD nicht beteiligen“ („Hamburger Morgenpost“, 25.1.79).

Für die SPD-Führung wäre es – bei öffentlicher Mobilisierung – sehr

leicht, die Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten z.B. durch Aufhellung der BND-Affäre zu durchkreuzen. Stattdessen tut sie genau das Gegenteil:

- Das Bundeskanzleramt gab bestimmten Zeugen vom Bundesnachrichtendienst keine Aussagegenehmigung vor Gericht. Die „Unwahrheiten“ von Carstens hätten sonst entlarvt werden können.
- Der „Spiegel“ (11/78) berichtet von einem Treffen Mitte Februar, bei dem Schmidt Carstens versprochen haben soll, Metzger im Sinne einer endgültigen Einigung im Rechtsstreit zu bewegen.
- Die SPD-Führung fordert die Staatsanwaltschaft Bonn nicht auf, ein Verfahren wegen des „dringenden Verdacht(s) einer falschen uneidlichen Aussage“ (Metzgers Verteidiger v. Stackelberg, lt. „Spiegel“ 48/78) zu eröffnen. Dabei steht fest: 1. Vom 1.1.1968 bis zum 21.10.69 war Carstens Chef des Bundeskanzleramts und damit gleichzeitiger oberster Dienstherr des BND.
- 2. „Aus einem ... Geheimbericht des BND-Chefs Wessel ergibt sich, daß die Hamburger Waffexporthfirma Dobberrin vom Sommer 1966 bis Mitte Februar 1970 vom deutschen Geheimdienst gesteuert wurde“ („Welt“, 12.12.78).
- 3. Obwohl Metzger weiterhin behaupten darf, Carstens habe die Unwahrheit gesagt (indem er bestritt, von dem Geschäft gewußt zu haben), legt das Bundeskanzleramt Helmut Schmidts keine weiteren Beweise vor und akzeptiert stattdessen, daß die Staatsanwaltschaft Bonn ausdrücklich erklärt, kein Verfahren eröffnen zu wollen.

Die SPD-Führung muß wohl bis zum Hals selbst in Geheimdienst-Affären verstrickt sein, um die Wahl dieses Kandidaten zum Bundespräsidenten zuzulassen.

Antifa-Kommission Hamburg



## „Terroristen“ jagd in Lübeck

Am 3.3.79 wurden drei Mitglieder der Lübecker Knastgruppe verhaftet wegen Verdachts nach § 129 b („terroristische Vereinigung“) und angeblicher Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen. Die „Lübecker Nachrichten“ (LN) und andere bürgerliche Zeitungen präsentierten eine wilde Terroristen-Geschichte: „Im Besitz der Verhafteten wurden Sprengstoff und anderes Material zur Herstellung einer Zeitzunderbombe gefunden“ („LN“, 7.3.79).

Seit dem 3.3. wurden vier Wohnungen, zwei PKWs und eine Garage durchsucht. In einer der Wohnungen wurden angeblich unter anderem Mikroprozessoren (?) für den Selbstbau eines Sprengkörpers gefunden. Ferner wurden „Schaltpläne und ein Benzinanker mit Lunte bei den Verdächtigen sichergestellt, ebenso ein Reisewecker mit angeblichem Zündmechanismus“ („LN“, 3.3.79).

Der Ausgangspunkt für diese Verhaftungen war laut NDR II vom 6.3. ein Anruf bei der Polizei „...von einer 20jährigen Bürgerin, die ihren Namen nicht nennen wollte, weil sie Repressalien von ihren Genossen erwartete.“ Im NDR hieß es weiter, „konspirative Wohnungen“ seien ausgehoben worden, und einem der Gesuchten (Jörn) sei angeblich noch die Flucht gelungen.

Weitere Schlagzeilen der bürgerlichen Presse lauteten: „Terrorist ausgehoben“ („Morgenpost“), „Bombenwerkstatt in der Lübecker Innenstadt“ („Bild“), „Brandsätze gefunden“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“), „Terroranschläge auf Bundesanwaltschaft geplant“ („Bild“).

### So sah die Wirklichkeit aus:

Wie man aus Utensilien, die in der „Bombenwerkstatt“ gefunden wurden, allerdings Bomben bauen will, bleibt ein Rätsel.

Aus einem Wecker machte die Presse kurzerhand einen Wecker „mit Zündmechanismus“. Der Fundort eines „Benzinkanisters mit Lunte“ wurde von den „LN“ aus dem Kofferraum eines Wagens in die besagte „Bombenwerkstatt“ verlegt. (Es ist allerdings sehr verdächtig, wenn jemand einen Benzinanker im Auto hat). Die „Lunte“ entpuppte sich als Putzlappen. Weiter wurden beschlagnahmt: Blitzbirnen, Draht, 2 Schalter, 2 Batterien, Lötzinn und Klebeband. Von den stets zitierten Mikroprozessoren oder anderen elektronischen Bauteilen fehlt dagegen jede Spur.

Ebenfalls unwahr ist die Darstellung der „LN“, „beide hatten noch versucht, einen Wagen mit Fahndungsbeamten ... abzuschütteln.“ In Wirklichkeit wurden die beiden Verhafteten von schwerbewaffneten Bullen beim Einparken ihres Wagens überrascht.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß ein „LN“-Reporter von den Bullen rechtzeitig informiert wurde, um an ein „LN“-Reporter von den Bullen rechtzeitig informiert wurde, um an den Hausdurchsuchungen teilnehmen zu können.

### Systematische Kriminalisierung

Die Knastgruppe wurde seit Jahren von den „Sicherheitsbehörden“ bedrängt, insbesondere Frank: – Am 12.3.77 Festnahme im Anschluss an eine Straßentheateraufführung zur AKW-Problematik; – Am 29.9.77 Anstaltsverbot für ihn und eine Frau der Knastgruppe

pe für den Lauerhof-Knast, weil durch sie „Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet“ seien;

– 6.10.77: Trotz dreimaliger Zusage wird der Knastgruppe die Nutzung des Jugendzentrums Mengstr. für eine Informationsveranstaltung untersagt;

– 22./23.10.77: In der Lübecker Innenstadt werden Parolen zu den Toten in Stammheim gesprüht. Frank wird verdächtigt, daran beteiligt zu sein. Er wird 38 Stunden in Haft gehalten. Nach einer erkenntnisdienlichen Behandlung wird eine Hausdurchsuchung unternommen – ohne richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl – in Abwesenheit von Frank (siehe auch AK 123);

– 15.11.77: Frank geht ein Bescheid zu, daß ein Brief, den er am 25.10.77 an einen Gefangenen geschrieben hat, beschlagnahmt worden sei (AK 123);

– Am 23.11.77 wird der Knastgruppe schriftlich mitgeteilt, daß „...die Nutzung eines Raumes im städtischen Jugendheim Burgtor für regelmäßige Treffen ihrer Organisation ... versagt werden muß“;

– 1.12.77: Ein ehemaliger Mitarbeiter der Knastgruppe bekommt Besuch vom Verfassungsschutz;

– Am 9.12.77 teilt der Generalbundesanwalt mit, daß gegen Frank ein Verfahren wegen Gründung einer „terroristischen Vereinigung“ eingeleitet worden sei. (Die Ermittlungen sind allerdings erfolglos geblieben).

Letztes Beispiel ist dann der Versuch, einen Verfassungsschutzbeamten als Spitzel in die Knastgruppe einzuschleusen. Er wurde enttarnt und „verlor“ sein Notizbuch. Bezeichnend sind die daraufhin eingeleiteten Verfahren wegen „Raubes“ (anscheinend das Notizbuch) und „versuchten Menschenraubes“ (siehe auch „stern“ Nr. 8/79 und AK 133).

Die jetzige Festnahme der drei stellt einen vorläufigen Höhepunkt der Kriminalisierungsversuche dar. Bemerkenswert ist, daß von den Festnahmen eine verstärkte Terroristenhetze durch den Blätterwald rauschte. So äußerte Albrecht in einem Fernsehinterview laut „Hann. Allgem.“ vom 22.2.79, „daß von gewalttätigen Gegnern des Atomkraftprojekts Gorleben auch Sprengstoffanschläge vorbereitet werden.“ Bundesanwalt Rebmann lancierte ebenfalls Meldungen, wonach in nächster Zukunft mit terroristischen Anschlägen zu rechnen sei.

**Solidarität!** Viele Lübecker Linke haben von dem Vorfall erst durch die Presse erfahren. Dadurch kam es erst am 9.3. zu einem Informations- und Solidaritätstreffen. Obwohl nur mündlich mobilisiert wurde, kamen 70 Leute. Einer Presseerklärung des ASTA der Fachhochschule wurde allgemein zugestimmt. Diese Presseerklärung erschien auch als erstes Flugblatt. Es wird ein Bündnis aus Linken, demokratischen und liberalen Kräften angestrebt.

**Sofortige Freilassung von Heidrun, Frank und Jörn!**

**Spendenkonto:** Postscheckkonto Hmb 59579-509/V.Koke

2 Lübecker Metallgenossen

## „Neue Terrorwelle“ Eine Propagandalüge

Nach der Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ sind die Bundesanwaltschaft und das BKA unter Zugzwang geraten. Seit Jahren ist bekannt, daß Altnazis und Neofaschisten ihr Unwesen treiben, ohne daß es nennenswerte Aktionen des Staatsapparates dagegen gegeben hat. Im Gegenteil konnten die Faschisten immer auf die Unterstützung durch die Polizei rechnen, wenn ihre provokatorischen Aufmärsche von Antifaschisten verhindert werden sollten. Diese jahrelange Untätigkeit versuchte nun die Bundesanwaltschaft mit einigen publizistisch groß aufgemotzten Verhaftungsaktionen zu verschleiern. Bemerkenswert dabei ist, daß alle jetzt Verhafteten der Polizei seit Jahren bekannt waren, ohne daß etwas gegen sie unternommen wurde. Um jedoch von vornherein zu verhindern, daß damit etwa das Interesse an den faschistischen Aktivitäten „überhand“ nimmt, wird zum Ausgleich eine angeblich bevorstehende „Ter-

rorwelle“ der „RAF“ angekündigt. Ohne auch nur über das kleinste Indiz zu verfügen, füllt diese Meldung regelmäßig die Schlagzeilen der Presse. Und wenn „Indizien“ genannt werden, dann sind es so lächerliche wie, daß sich die Gefangenen der „RAF“ in „ausgesprochen fröhlicher Grundstimmung“ befänden. Solche Meldungen müssen dann z.B. in Düsseldorf zur Absperrung des gesamten Flughafengeländes und der Kontrolle jedes Autos herhalten.

Auffallend ist gleichzeitig, daß in fast jeder Meldung über die Aushebung neofaschistischer Gruppen wie „zufällig“ Meldungen über die „RAF“ eingebaut werden. Damit soll sogar mit Hilfe der Nazis die „Terroristen“-Legende weiter ausgebaut werden, während gleichzeitig die Verfolgung der Nazis in den Hintergrund gerückt wird. Offenkundig ist in diesem Land zur Deckung des rechtsradikalen Sumpfes jedes Mittel recht.

## Larzac: 90 % gegen das Militärcamp

Die Volksabstimmung über die Erweiterung des Larzac-Camps am 17. 2.79 in zwei Gemeinden (s. AK 147) brachte 88 % Nein-Stimmen in Millau und über 92 % Nein-Stimmen in Creissels. Die Abstimmungsbeteiligung war mit ca. 65 % sehr hoch. Diese Abstimmung bewirkt im juristischen Sinn nichts Zwingendes, aber jetzt wackeln die Stühle der Potentaten, die sich als Befürworter einer illusionären „Verhandlungslösung“ hervorgeraten haben: So der linksliberale Bürgermeister von Millau, Manuel Diaz, der eine dritte Abstimmungsmöglichkeit „Ja, aber nur wenn Millau dafür finanzielle Förderung bekommt“ durchsetzen wollte und mit Versprechungen an die Arbeiter von dichtgemachten Fabriken (Henfer-Heizgerätekwerk, von den Arbeitern in Millau seit Januar 1978 besetzt; vgl. AK 141) Verwirrung zu stiften versuchte. So auch der Vorsitzende der Umweltschutzkommission der Gemeinde Millau, Jean Cadillac, dem die Gemeinderäte wegen seiner zweideutigen Haltung zum Larzac-Lager das Mißtrauen aussprachen. In der Nachbargemeinde Nant ist die Generalsekretärin der selbstorganisierten „Larzac-Universität“ (vgl. AK 147), Odette Clavel, für die bevorstehenden Wahlen zur Gegenkandidatin der Linken gegen den bisherigen Bürgermeister und Camp-„Nicht-Ablehner“, Roger Julien, nominiert worden.

Gleichzeitig haben die Lehrer des Departements Aveyron mit 95 % Beteiligung einen eintägigen Warnstreik gegen die drohende Schließung von 150 Schulen auf dem Lande durchgeführt. Die Schläfer (abhängige Landarbeiter) bereiten Kampfmaßnahmen vor gegen ihre zumeist fast rechtlose Stellung und Überausbeutung.

Der Präfekt Paul Bernard äußerte sich gegenüber der Wochenzeitung „Sud“ (Nr. 152, 24.2.79) angeklagt: „Man hat die Bewohner von Millau gefragt, ob sie Sonnenschein oder Regen vorziehen. Sie haben den Sonnenschein gewählt. Das ist normal. Ich meinerseits hätte gewünscht, daß man gemeinsam versucht hätte, einen wirksamen Regenschirm zu konstruieren.“ Die Mode der löcherigen Regenschirme ist in Aveyron aber bei der Bevölkerung nicht mehr gefragt.

Zwei westdeutsche Larzac-Unterstützer.

### Redaktionelle Mitteilung

Der dritte Teil der Artikelserie von Karl-Heinz Roth („Die Intellektuellen: Verantwortung und revolutionäre Moral“) wird erst in der nächsten Ausgabe des AK erscheinen. d.Red.

## „KPD“-Funktionär ein Jahr ins Gefängnis

„Dortmund. Wenn es nach dem Willen der Dortmunder Staatsanwaltschaft ginge, soll Thomas Luczak (Regionalkomitee NRW der KPD) demnächst eine Gefängnisstrafe von mindestens 10 Monaten absitzen. Er war wegen der Teilnahme an einer Vietnam-Demonstration 1972 vor einigen Jahren zu 8 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Aufgrund einer weiteren Strafe von 2 Monaten Gefängnis (wegen Malens einer Parole!) aus dem Jahre 1977 hat die Staatsanwaltschaft jetzt beim Dortmunder Amtsgericht den Antrag gestellt, die Bewährung für die 8 Monate rückgängig zu machen. Darüber entscheidet das Gericht in etwa 2 Wochen.“ („Rote Fahne“, 15.3.79)

\*\*\*

Thomas Luczak hat auf der Solidaritätsveranstaltung mit dem Verlag J.Reents am 9. Februar in Hamburg über den Umfang der Anklagen und Prozesse gegen die „KPD“ gesprochen. Er hat in diesem Zusammenhang zu engerer Zusammenarbeit und Aktionseinheit der Linken in der Abwehr juristischer Verfolgung aufgerufen. Die Solidarität, die er auf dieser Veranstaltung zum Ausdruck brachte, gilt auch ihm: Freiheit für Thomas Luczak! Keine Aufhebung der Bewährung! Schluß mit den Gesinnungsurteilen!

## China: Verfolgung der Linken geht weiter

Seit die 3. Plenartagung des XI. ZK der KP Chinas (18.-22.12.78) verkündete, die Kampagne gegen die „Vierbande“ sei im Wesentlichen abgeschlossen, hat eine Welle von Schauprozessen und Verfolgungen gegen Linke, insbesondere Aktivisten der Kulturrevolution eingesetzt (vgl. die laufenden Übersichten im AK). Erstmals wurden im Januar offiziell auch vier Todesurteile gegen frühere Rotgardisten bekanntgegeben.

Hier einige neuere, im AK bisher nicht erfaßte Fälle:

+ In der Provinz Jünnan (Südchina, Grenzprovinz zu Vietnam) wurde am 19.2. die Entscheidung über 11 angebliche Anhänger der „Vierbande“ bekanntgegeben: In acht Fällen wurde die Verhaftung angeordnet. In den anderen drei Fällen wurde „körperliche Arbeit“ bzw. „körperliche Arbeit unter Überwachung“ angeordnet. Zwei der Verurteilten scheinen hochrangige Funktionäre zu sein, da über sie direkt vom ZK der KP Chinas entschieden wurde (Provinz-Radio Jünnan, 20.2.79; zit. nach SWB, 26.2.79).

+ In der Provinz Anhwei wurde die Verhaftung eines „Anhängers der Vierbande“ namens Hong Schang-hai bekanntgegeben. Ihm wird vorgeworfen, im Sommer 1967, auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution, für den „Diebstahl“ von Waffen durch Rotgardisten (d.h. faktisch für die Bewaffnung der Roten Garde gegen die militärische Repression durch die Rechten (!) verantwortlich gewesen zu sein. Er sei auch für „bewaffnete Zwischenfälle“ verantwortlich gewesen. Bezeichnenderweise wird gegen Hong außerdem der Vorwurf erhoben, er habe „bei vielen Gelegenheiten zwischen März und Oktober 1976 den Vize-Vorsitzenden Deng angegriffen und verleumdet“. Das scheint in China heute als Verbrechen zu gelten? (Nach Provinz-Radio Anhwei, 21.2.79, zit. nach SWB, 26.2.79).

+ Als Vorstufe zum Schauprozess sind die sogenannten „Kritikversammlungen“ zu sehen. Eine solche „Kritikversammlung“ fand am 20. Februar in der Provinz Kiangsi statt. Angeklagt war eine nicht genannte Zahl von „Vertrauensleuten und Lakaien der Vierbande“, darunter ein ehemaliger Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz und ein ehemaliger Kulturverantwortlicher der Provinz. In der Anklage gegen diese ehemaligen Aktivisten der Kulturrevolution heißt es, daß allein vom 18. April bis 15. Juni 1967 über 70 militärische Verwaltungen, Einrichtungen etc. der Provinz „angegriffen“ worden seien. Da hierfür schwerlich die nun angeklagten Aktivisten in s g e s a m t verantwortlich zu machen sind, scheint die chinesische Justiz sich am sog. Grohnde-Prinzip zu orientieren. (Nach Provinz-Radio Kiangsi, 22.2.79, zit. nach SWB, 28.2.79).

Während der Kulturrevolution sind derartige „Angriffe“, „Waffendiebstahl“ usw. als g e r e c h t e Handlungen gegen die blutige militärische und polizeiliche Unterdrückung durch die Rechten angesehen worden – was nicht unbedingt eine Billigung jeder einzelnen Handlung der Roten Garde bedeutete. Die KP Chinas hat in diesem Sinn bis hin zum 9. Parteitag (April 1969) eine entsprechende Einschätzung der Kulturrevolution vorgenommen. Die heutigen Prozesse stellen also, zu allem übrigen, auch einen eindeutigen Angriff auf die damalige Politik der Partei und insbesondere ihres Vorsitzenden Mao Tse-tung dar.

Amnesty International hat als „Urgent Action“ („Dringende Aktion“) mit Datum vom 14.2. auf den Fall einer 32jährigen Frau namens Fu Yuehua aufmerksam gemacht. Diese Frau sei am 18.1.79 verhaftet und verschleppt worden, nachdem sie Wandzeitungen hergestellt hatte. Die Frau sei Mitglied einer kürzlich gegründeten chinesischen „Menschenrechtsgruppe“. Diese Gruppe wollte, so deutete es der ai-Bericht jedenfalls an, den Präsidenten Carter zum Apostel der Menschenrechte machen.

Es ist nicht zu tadeln, wenn ai sich auch um solche Fälle kümmert, obwohl kaum ernsthaft zu vermuten ist, daß diese Frau – wenn die Angaben stimmen – wirklich der Hilfe von ai bedarf, um aus der Haft freigelassen zu werden. Menschenrechtler ihres Schlages schwimmen ja in China eher mit als gegen die Strömung.

Bemerkenswert ist allerdings, daß ai bisher n u r diese Frau (deren Fall zudem nur gerücheltweise belegt ist) zum Gegenstand einer direkten namentlichen Intervention gemacht hat, während dies anscheinend angesichts von weit über 100 abgeurteilten ehemaligen Aktivisten der Kulturrevolution, deren Fälle alle eindeutig zu belegen sind, von ai nicht für nötig oder nicht für opportun gehalten wird. Ein sehr eingeschränktes Verständnis von Menschenrechten scheint bei ai zu herrschen. Menschenrechte nur für Freunde Carters, oder wie?!

## Prozeß gegen Jens Scheer

Am 16.3.79 begann in Bremen vor dem Landgericht der erste Prozeß gegen den Atomphysiker und „KPD“-Mitglied Jens Scheer.

Gegenstand des Verfahrens ist die dritte Demonstration gegen das AKW Brokdorf am 19.2.77. In diesem Zusammenhang wird ihm vorgeworfen, auf einer Veranstaltung der Kölner Bürgerinitiative am 5.2.77 dazu aufgerufen zu haben, nicht in Itzehoe, sondern in Brokdorf zu demonstrieren – »nähere Einzelheiten der Gewaltanwendung wurden indes nicht erörtert. Dies war auch nicht mehr erforderlich, da darüber sowohl bei dem Angeeschuldigten als bei den Zuhörern keine Zweifel bestanden. Es war klar, daß zur Platzbesetzung Gewalt angewendet werden mußte.« („Rote Fahne“, 11/79). Das meint jedenfalls die Staatsanwaltschaft und sieht damit den Tatbestand des Aufrufs zu schwerem Landfriedensbruchs als erfüllt an.

Am ersten Prozeßtag erläuterte Jens Scheer noch einmal die unglaubliche Hetze in den Medien vor dieser Demonstration, die gleichzeitig für ein Verbot herhalten mußte. Am 21.3. wird der Prozeß mit Zeugenvernehmungen fortgesetzt.

Diesem Prozeß kommt auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil Jens Scheer am 8.5. in Itzehoe zusammen mit Uli Lenze (ebenfalls „KPD“) der Prozeß wegen angeblicher »Rädelsführerschaft« bei der 2. Brokdorf Demo gemacht werden soll. Eine Verurteilung in dem jetzt laufenden Prozeß würde praktisch eine Vorverurteilung für den zweiten Prozeß bedeuten.



Prozeßtermine:  
20., 21. und 23.3.  
jeweils 8.30 Uhr  
vor dem Bremer Landgericht

Solidaritätsadressen an:  
Ermittlungsausschuß der BBA  
Fidelhorn 14  
2800 Bremen 1

SOLIDARITÄT MIT JENS SCHEER

KB/ Gruppe Bremen



# CHINAS KRIEGSPOLITIK

## EINE GEFAHR FÜR DIE WELT

„Wir hoffen, daß die USA effektivere und entschlossener Maßnahmen gegen die Herausforderung durch den Hegemonismus ergreifen“. (Deng Hsiao-Ping, 31.1.79, vergl. Anm. 1; mit „Hegemonismus“ ist die Sowjetunion gemeint).

„Die Volksrepublik China wird in zunehmendem Maße eine Rolle in weltpolitischen Angelegenheiten spielen“ (Brzezinski, Berater des US-Präsidenten Carter, 15.1.79, vergl. Anm. 2).

### Angriff auf das „Kuba Asiens“

Die chinesischen Machthaber haben, imperialistisch-faschistischer Tradition entsprechend (man denke an den „Überfall auf den Sender Gleiwitz“ als Auftakt zum deutschen Angriff auf Polen 1939 oder den inszenierten „Tonkin-Zwischenfall“ als Vorwand für die US-Eskalation gegen Vietnam), ihren Überfall auf Vietnam als erzwungenen „Gegenangriff“ deklariert. Angeblich sollte dieser „Gegenangriff“ lediglich die Reaktion auf „bewaffnete Provokationen“ Vietnams an der Grenze zu China sein.

Angesichts dieser Heuchelei hinterfragen wir die realen Motive der chinesischen Machthaber für den Überfall, die sich in den vorhergehenden Kriegsankündigungen Deng Hsiao-Pings klar genug ausdrücken.

— Deng besuchte vom 29. Januar bis zum 4. Februar die USA. Am 30. Januar kündigte er erstmals, zunächst noch halböffentlich, den Überfall auf Vietnam bei den Gesprächen mit US-Senatoren an: Man dürfe „nicht zulassen, daß Vietnam überall Amok läuft“. China könne daher „im Interesse des Weltfriedens“ gezwungen sein, „etwas zu tun, was wir nicht gern tun möchten“ (Anm. 3).

— Am 31. Januar drohte Deng im Gespräch mit US-Journalisten, also bewußt an die Öffentlichkeit gerichtet: „Die Vietnamesen spielen eine noch üblere Rolle als die Kubaner, deshalb nennen wir die Vietnamesen die Kubaner des Ostens. Man muß ihnen eine Lehre erteilen, anders geht es nicht“ (Anm. 4).

noch üblere Rolle als die Kubaner, deshalb nennen wir die Vietnamesen die Kubaner des Ostens. Man muß ihnen eine Lehre erteilen, anders geht es nicht“ (Anm. 4).

— Am 1. Februar wiederholte Deng vor Journalisten die Drohung, daß es möglicherweise „notwendig“ sei, „den Vietnamesen einige fällige Lehren zu erteilen ... Die Vietnamesen sind die Kubaner Ostasiens ... Die Kubaner treiben sich in Afrika herum, die Vietnamesen werden dies, falls sie nicht eingedämmt werden, noch schlimmer in Asien tun“ (Anm. 5).

Während des Besuchs des US-Finanzministers Blumenthal Ende Februar (also auf dem Höhepunkt der Aggression gegen Vietnam) sagte Deng zu US-Journalisten: „Wir können nicht zulassen, daß die Kubaner in Afrika, im Nahen Osten oder sonstwo ungestraft mit dem Säbel rasseln. Wir könnten auch nicht zulassen, daß das Kuba Asiens dasselbe in Laos, Kambodscha und sogar an der chinesischen Grenze tut. Ich glaube, daß das auch die Völker der Welt nicht tolerieren können“ (Anm. 6).

Die — wesentlich wohl von China selbst inszenierten — „Provokationen“ an der chinesisch-vietnamesischen Grenze dienten also lediglich als Vorwand, um Vietnam außenpolitisch in seine Schranken zu verweisen. Dabei geht es realistisch betrachtet um Indochina (Vietnam, Laos und Kambodscha), wo Vietnam als hartnäckiger Konkurrent Chinas in dessen traditioneller Einflußzone erscheint. Solange Laos und Kambodscha nicht wieder dem chinesischen Einfluß geöffnet werden und solange Vietnam enge freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, bleibt Vietnam in den Augen der chinesischen Machthaber ein Störfaktor. Solange auch wird China erneut bereit sein Vietnam mit weiteren Überfällen militärische „Lektionen zu erteilen“.

Die chinesischen Machthaber rufen zudem, wie aus Dengs Drohungen hervorgeht, die „gesamte freie Welt“ alten imperialistischen Stils dazu auf, bei der „Bändigung“ Vietnams Hilfeleistung zu leisten. In Japan sprach Deng, bei seiner Rückreise aus den USA Anfang Februar, dieses Thema ganz offen an: Japan solle sich an „Strafmaßnahmen“ gegen Vietnam beteiligen (Anm. 7). Deng soll sich dabei ausdrücklich auf die sogenannte „Anti-Hegemonie-Klausel“ im chinesisch-japanischen Abkommen vom November 1977 berufen haben. (Anm. 8).

Chinas Machthaber wollen die vietnamesische Dominanz in Indochina brechen und den sowjetischen Einfluß aus Indochina zurückdrängen. Daß sie dies Ziel im Alleingang nicht erreichen können, hat der klägliche Ausgang ihres ersten militärischen Abenteuers gegen Vietnam nochmals unterstrichen. Hinzu kommt die für China insgesamt negative internationale Reaktion auf den Überfall.

Chinas Machthaber wollen daher — wiederum alten imperialistischen Traditionen folgend — eine internationale „Strafexpedition“ gegen Vietnam zustande bringen. Gedacht ist dabei außer an Japan auch an die ASEAN-Staaten, insbesondere Thailand. Um die propagandistischen Voraussetzungen für eine solche internationale Aggression gegen das „Kuba Asiens“ zu schaffen, werden Vietnams „Expansionsgelüste“ in grellsten Farben gemalt. „... Dabei soll zuerst Indochina besetzt und anschließend ganz Südostasien und Süd-Asien unter Kontrolle gebracht werden“ heißt es in einem chinesischen Artikel (Anm. 9).

„Vietnam tritt nicht nur in die Fußstapfen Kubas, sondern geht noch einen Schritt weiter. Um seine Ambitionen nach Vorrang in Indochina und Südostasien zu verwirklichen, will es alle Nachbarländer in seiner Umgebung schikanieren“, behauptete der chinesische Vertreter am 23.2.79 in der UNO (Anm. 10). Chinas internationale Fünfte Kolonne hetzt wie üblich eifrig mit und schlägt dabei sogar noch ihre Pekinger Vorbeter: Vietnam sei „ein sowjetischer Vorposten in Asien, der nicht nur China, sondern auch die südostasiatischen Länder und längerfristig Japan und Australien bedrohen würde“, behauptet die „KPD“ in ihrem Zentralorgan (Anm. 11). China habe daher mit seinem Überfall auf Vietnam „einen konkreten Beitrag zur Sicherung des Friedens in Asien geleistet“ (ebenda).

### Ein Beispiel für den US-Imperialismus

Die Ziele der chinesischen Machthaber bei ihrem Überfall auf Vietnam

### Ein Beispiel für den US-Imperialismus

Die Ziele der chinesischen Machthaber bei ihrem Überfall auf Vietnam reichen allerdings über Asien weit hinaus. Denn was für das „Kuba Asiens“ gilt, gilt selbstverständlich auch für das eigentliche Kuba: Man muß es durch militärische „Lektionen“ in seine Schranken weisen! Die Aufforderung richtet sich in erster Linie an den US-Imperialismus.

Am klarlichsten kommentiert wurde das in einem Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“, der von einer „Lektion für Castro und Carter“ sprach. Carter werde von China getadelt, weil „er in seinen Interessengebieten dem Kubaner und dessen Hintermännern freie Hand läßt“. Mit seinem Überfall auf Vietnam habe China den USA beweisen wollen, „daß die Sowjetunion nicht bereit ist, selbst aus der Deckung zu kommen, um einem Verbündeten zu helfen“ (SZ, 28.2.79).

Daß die Absichten der chinesischen Machthaber damit richtig interpretiert sind, zeigen unzweifelhaft wiederum die Äußerungen Dengs in den USA und in Japan:

— In einem Interview mit US-Reportern am 31. Januar wurde Deng gefragt, ob die USA seiner Meinung nach „die wahre Natur der sowjetischen Bedrohung verstanden“ hätten. Dengs Antwort: „Das ist ein amerikanisches Problem. Ich kann das nicht beantworten. Aber wir hoffen, daß die USA effektivere und entschlossener Maßnahmen gegen die Herausforderungen durch den Hegemonismus (= Sowjetunion; Anm. AK) ergreifen“ (Anm. 12).

— In einem anderen Gespräch mit US-Journalisten am gleichen Tag sagte Deng: „Notwendig sind realistischere, durchführbarere Schritte (gemeint war: realistischere als die Abkommen mit der Sowjetunion. — Anm. AK) — so wenn sich z.B. die USA, China, Japan, Westeuropa und andere Länder der Welt zusammenschließen würden, um dem sowjetischen Hegemonismus gemeinsam entgegenzutreten ... Wir können folgen des tun: Wo immer die Sowjetunion ihr Unwesen treibt, dort müssen wir sie behindern. Ihre Versuche zur Unruhestiftung müssen weltweit vereitelt werden“ (Anm. 13).

— In Japan behauptete Deng, die Sowjetunion habe „im Iran eingegriffen und bediene sich Kubas zu Interventionen in Lateinamerika und Afrika.“

Wenn die USA geeignete Maßnahmen hätten ergreifen können, würde es dort heute anders aussehen. Er forderte die USA auf, an die Situation im Iran sowie in Afrika und Lateinamerika mit Entschlossenheit heranzugehen“ (Anm. 14).

— In Japan sagte Deng auch: „Als Gast der Vereinigten Staaten konnte ich nicht sehr direkt sein, aber die USA gestatten der Sowjetunion, eine ganze Menge Bauern auf dem Schachbrett der Welt aufzubauen. Sie sind schon im Iran“. Pakistan, Saudi-Arabien und Indien könnten die nächsten Ziele der Sowjetunion sein. (Anm. 15)

Es geht den chinesischen Machthabern also um eine weltweite, mit dem Imperialismus eng koordinierte „Eindämmungs“politik (Roll back) gegenüber der Sowjetunion. Diese Politik soll u.a. in „geeigneten“ militärischen „Maßnahmen“ an allen Punkten

Chinas gegen Vietnam. Das propagandistische Strickmuster ist das altbekannte: Der Südjemen habe Zwischenfälle an der Grenze zum Nordjemen provoziert und stiftete politische „Unruhe“ im Nordjemen. Da der Nordjemen sich freilich als zu schwach erwies, selbst den „notwendigen Gegenschlag“ durchzuführen, wurde die Behauptung nachgeschoben, der Südjemen bedrohe auch Saudi-Arabien — das somit zur Mobilisierung gegen den Südjemen „gezwungen“ war. Zugleich läßt der US-Imperialismus große Mengen moderner Waffen an den Nordjemen liefern. Daß hier eine internationale „Strafexpedition“ gegen den Südjemen vorbereitet wird, ist offensichtlich.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Kommentar der „KPD“, der inhaltlich 100%ig die Meinung ihrer Pekinger Vorbeter wiedergeben dürfte: Nachdem die der

gere Zusammenarbeit zu beseitigen, umso dringlicher“ (Anm. 17).

Man geht ganz bestimmt nicht fehl in der Annahme, daß die „KPD“ dabei nicht bloß die „engere Zusammenarbeit“ der arabischen Feudalstaaten gegen den Südjemen, sondern auch gegen ant imperialistische Befreiungsbewegungen wie die PFLO im Auge hat!

Drei Angriffsziele sind es also vor allem, die von den chinesischen Machthabern und ihrer internationalen Fünften Kolonne derzeit als Objekte militärischer „Maßnahmen“ (möglichst international angelegter „Strafaktionen“) bezeichnet werden, nämlich Kuba, Vietnam und Südjemen. Diese Liste kann aber nach Belieben um weitere Staaten ergänzt werden, die mit der Sowjetunion verbündet sind und gleichzeitig eine aktive ant imperialistische Außenpolitik betreiben.

### Das Beispiel Iran

Die von den chinesischen Machthabern geforderte globale Roll-Back-Strategie richtet sich aber nicht nur gegen Staaten, die als „sowjetische Kolonien“ tituliert werden (Afghanistan z.B. oder bis vor kurzem auch Angola), sondern auch gegen demokratische Bewegungen in den traditionellen Einflußzonen des Imperialismus. Deutlichstes Beispiel dafür sind zur Zeit die Äußerungen der chinesischen Machthaber und ihrer Fünften Kolonne zu den Vorgängen im Iran.

Beim Interview, das Deng am 31. Januar mit US-Reportern hatte, wurde Deng gefragt: „Nehmen wir mal einen speziellen Fall, um festzustellen, wie sich eine vereinte Aktion gegen den sowjetischen Hegemonismus auswirken könnte. Kann ich annehmen, daß Sie, Herr Vizepräsident, über die Lage im Iran und über den möglichen Nutzen, den die Sowjetunion daraus ziehen könnte, besorgt sind?“ Antwort Deng: „Wie andere Länder, so sind auch wir über die Lage im Iran besorgt ... Was China angeht, können wir unsere Ansichten nur ziehen könnte, besorgt sind?“ Antwort Deng: „Wie andere Länder, so sind auch wir über die Lage im Iran besorgt ... Was China angeht, können wir unsere Ansichten nur moralisch darlegen.“

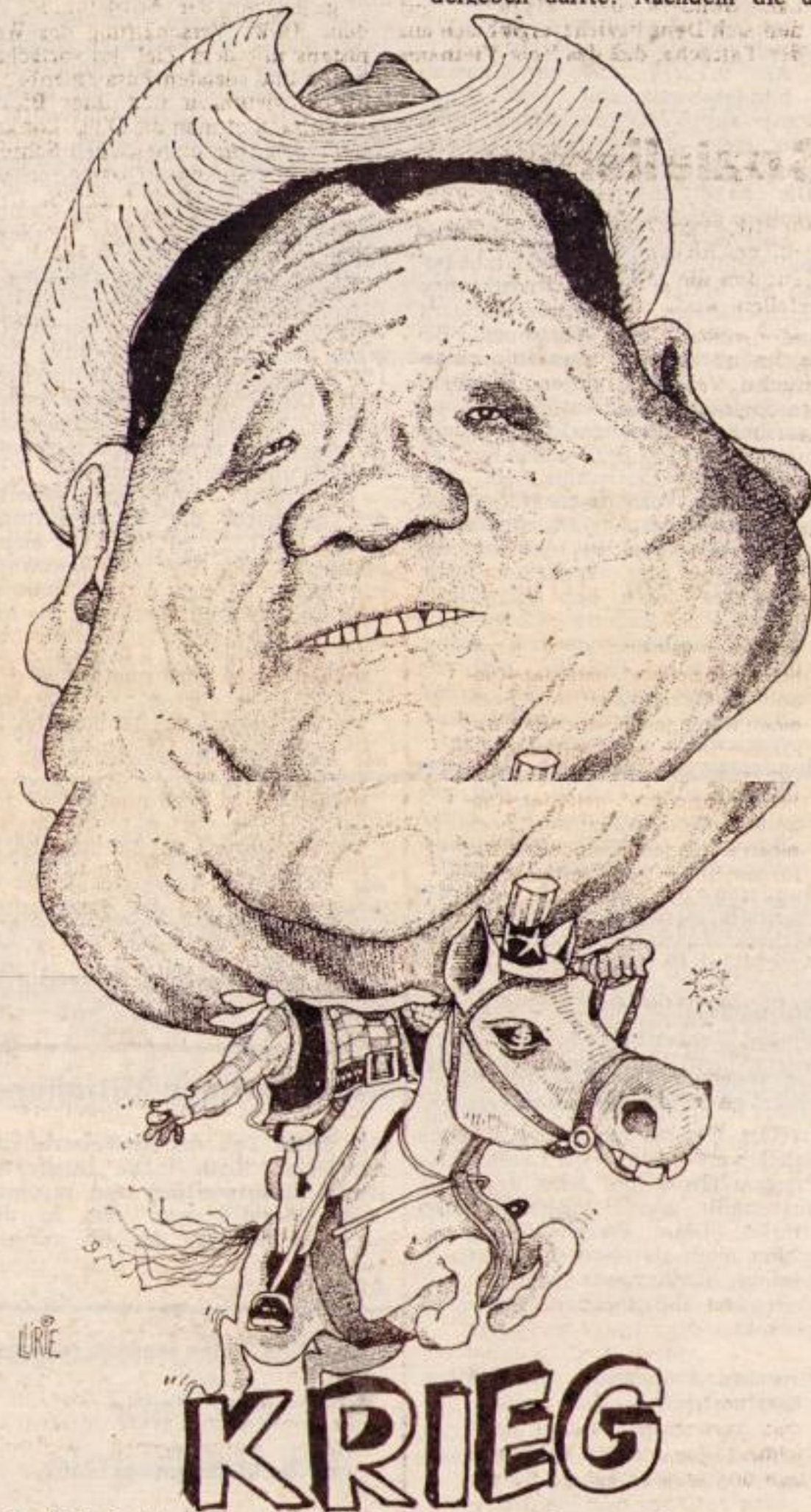
Mehr vermögen wir nicht zu tun, da wir dazu nicht in der Lage sind. Ich denke, diejenigen Länder, die mehr tun können, sollten die Lage im Iran sehr ernst nehmen und effektivere Maßnahmen zur Lösung des dortigen Problems ergreifen“. Frage: „Da nun die Vereinigten Staaten über die Lage im Iran sehr besorgt sind und Sie ebenfalls, und in Anbetracht eines gemeinsamen Vorgehens gegen den sowjetischen Hegemonismus — wären Sie nicht für ein gemeinsames Vorgehen zur Verhinderung einer sowjetischen Aggression im Iran?“ Antwort Deng: „Ich habe ja bereits gesagt, daß in diesem speziellen Punkt unsere Möglichkeiten sehr begrenzt sind, man kann sagen, daß wir tatsächlich nicht in der Lage sind, irgendetwas zu tun. Wenn wir auch nur das geringste tun könnten, würden wir es tun“ (Anm. 18).

Zum besseren Verständnis dieser Äußerung sei an die damalige Situation erinnert: Deng gab dieses Interview einen Tag vor der Rückkehr Khomeinis in den Iran, die Teile des Militärs zu verhindern versucht hatten, also auf dem Höhepunkt der Krise des alten Regimes.

Durch den Begriff „sowjetische Aggression“ in diesem Interview sollte man sich nicht irreführen lassen: Nach chinesischer Definition dieses Begriffes ist die „sowjetische Aggression“ im Iran bereits in vollem Gange. Die chinesischen Machthaber haben dabei volle Übereinstimmung mit Nixons früherem Berater Kissinger, der in einem Interview der „Time“ erklärte: „Die Streiks in Persien sind mit Sicherheit das Resultat weltweiter sowjetischer Unterstützung radikaler Bewegungen, die nun auch den Iran erreicht haben ... Wenn die Sowjetunion nicht einsieht, daß Entspannung internationale Zurückhaltung bedeutet, dann müssen wir dem Expansionsdrang entgegenzutreten, wo immer und wie indirekt er sich auch zeigt“ (Anm. 19).

Chinas Nachrichtenagentur „hsinhua“ behauptete beispielsweise schon Anfang Januar: „Um Blutvergießen und Konflikte zu provozieren, setzt der Krenl eine Radiostation an der Grenze zum Iran ein. Diese weist in iranischem Dialekt die Leute an, wie

Fortsetzung nächste Seite



der Welt bestehen, wo die Sowjetunion „Unruhe stiftet“. Dieser Begriff wird von den chinesischen Machthabern und ihrer internationalen Fünften Kolonne bekanntlich sehr weit ausgelegt: 1974/75 Portugal, heute der Iran, nach Belieben auch Italien usw. Es geht, zieht man den üblichen „antihegemonistischen“ Schnickschnack ab, um die Erhaltung (und möglichenfalls Ausdehnung) des imperialistischen Einflusses an allen Konfliktpunkten der Welt.

### Zwei, drei, viele „Kubas“

Auch in dieser Frage plaudert Chinas Fünfte Kolonne noch etwas offener als ihre Pekinger Meister. Die „KPD“ erhofft sich von Chinas Überfall auf Vietnam „Signalwirkung für die ganze asiatische Region“. Und mehr noch: „Dieses Signal wird auch in anderen Teilen der Welt nicht ohne Echo bleiben; z.B. im Mittleren Osten, wo die Sowjetunion in Gestalt des Südjemen ein neues „Kuba“ aufbaut, das sich gerade anschickt, im sowjetischen Auftrag den Vormarsch auf die arabische Halbinsel anzutreten“ (Anm. 16). Da ist also, so soll man die „KPD“ offensichtlich verstehen, die nächste „Strafaktion“ fällig!

Tatsächlich scheint diese „Strafaktion“ bereits eingeleitet worden zu sein, noch während der Aggression

zeitige umfassende Offensive des US-Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten sowie seine offenen Kriegsdrohungen „zum Schutz der Ölfelder“ kurzerhand als „Rückzugsgeschicht“ abgetan worden sind, fährt die „Rote Fahne“ fort: „Weitläufiger gefährlicher aber ist das, was Moskau hinter den Kulissen treibt. Der Grenzkrieg im Jemen zeigt die Entschlossenheit des Kreml, alle sich bietenden Gelegenheiten zur Expansion auszunutzen und sich dafür Werkzeuge zu schaffen. Wenn das sowjetisch gelenkte Regime in Aden (= Südjemen. Anm. AK) den Nordjemen erobert, bietet sich für die Sowjetunion die Möglichkeit, den Eingang zum Roten Meer mit ein paar Kanonen abzusperren ... Saudi-Arabien hat den Ernst der Lage erkannt und seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzt“. Übrigens seien durch diese Ereignisse „auch die Interessen Europas unmittelbar bedroht“. An anderer Stelle greift die „Rote Fahne“ auch gleich noch die Befreiungsfront des Oman, die PFLO an: Die PFLO lehne sich eng an die Sowjetunion an und eröffne dieser dadurch „neue Möglichkeiten zur Einflußnahme“ am Persischen Golf.

Jetzt ist die Frage, ob es den Golfstaaten gelingt, den Einfluß der Supermächte und vor allem der Sowjetunion im Golf durch en-



## Fortsetzung von Seite 4

man Demonstrationen organisiert und 'wie man Guerilla-Waffen wie Handgranaten und Benzinbomben herstellt'. Außerdem schleust Moskau seine Agenten in verschiedene Organisationen des Iran ein..." (Anm. 20)

Der Sturm einer Guerilla-Gruppe auf die US-Botschaft in Teheran wurde von der chinesischen Propaganda entsprechend eingeordnet: Hinter diesem Überfall stehe die (pro-sowjetische) revisionistische Tudeh-Partei! (Anm. 21).

Noch stärker als in Portugal werden daher die chinesischen Machthaber und ihre internationale Fünfte Kolonne im Falle des Iran bemüht sein, jede fortschrittliche Bewegung automatisch als pro-sowjetisch zu diffamieren oder zumindest zu betonen, daß diese Bewegung nur der Sowjetunion nutze. Einen Vorschmack auf Kommandos bietet die „KPD“ in einem Interview ihres Zentralorgans mit einem Sprecher einer iranischen „ML“-Gruppe namens „Revolutionäre Organisation der Tudeh-Partei“. Dieser Mann erklärt, seine Gruppe unterstütze „die islamische Regierung unter Führung von Ayatolla Khomeiny und die Regierung Bazargan“ und trete für „die Einheit der linken mit den islamischen Kräften“ ein. Die Sowjetunion wolle die demokratische Bewegung im Iran „ausnutzen“ und unterstütze daher „jede Bewegung, die die Einheit unseres Volkes spalten könnte“. „Wir wenden uns entschieden gegen

eine Politik der Konfrontation und Spaltung, wie sie die verräterische Tudeh-Partei (die Revisionisten – Anm. AK) und manche „Linken“ betreiben. Eine solche Politik kann im Moment nur die Unabhängigkeit unseres Landes gefährden und der Sowjetunion nutzen, ob die Leute, die sie praktizieren, das wollen oder nicht“ (Anm. 22).

In Portugal unterstützte Chinas Fünfte Kolonne, die PCP/ML, z.B. im Sommer 1975 den Sturm der Faschisten auf die Parteibüros der revisionistischen PCP und linker Organisationen – eine Sache, die sich in ähnlicher Form im Iran durchaus wiederholen könnte. Es wäre nicht einmal verwunderlich, wenn z.B. die Frauen des Iran, die gegen den Schleier-Zwang kämpfen, demnächst in der „Roten Fahne“ als im Dienste „des Sozialimperialismus“ stehend entlarvt würden....

Daß es dabei nicht nur um den Iran geht, sondern um Revolution schlechthin, wo immer sie auftritt, zeigt eine weitere Äußerung Deng Hsiao-pings: Man müsse den „Mythos von der Unbesiegbarekeit der vietnamesischen Armee“ zerstören. (Anm. 23). Es ist klar, daß sich Vietnam einen solchen „Mythos“, wenn man von einem solchen überhaupt sprechen will, sicher nicht mit seinem Eingreifen in Kambodscha oder mit den angeblichen Provokationen an der chinesischen Grenze erworben hat. Sondern der „Mythos“, auf den sich Deng bezieht, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Volk Vietnams

nacheinander in einem Krieg von rund 30 Jahren die französischen und US-Imperialisten besiegt hat, daß es insbesondere von der Militärmaschine der USA nicht besiegt werden konnte. Diesen „Mythos“, d.h. den „Mythos“ von der Unbesiegbarekeit des Volkes, möchten Figuren wie Deng Hsiao-ping zerstört sehen.

## Auf den Spuren von Dulles: Weltweites „Roll back“

Die von den chinesischen Machthabern vorgeschlagene Politik zur „Bändigung des Eisbären“ (Deng) entspricht exakt der unter dem Namen „Roll back“ bekannt gewordenen Politik des US-Imperialismus Ende der 40er bis Mitte der 50er Jahre – jene Politik, die eng mit dem Namen des damaligen US-Außenministers Dulles verbunden ist.

Diese Politik soll heute beinhalten:

1. Militärische Aktionen gegen Staaten mit aktiver antiamerikanischer Außenpolitik – wie Kuba, Vietnam und Südjemen.
2. Militärische und politische Eingriffe in Krisen-Situationen des imperialistischen Welt-Systems, wie z.B. derzeit im Iran oder 1974/75 in Portugal.
3. Militärische Aktionen gegen nationale Befreiungsbewegungen und Guerilla-Kämpfe in der Dritten Welt, wie z.B. in Zaire und Oman.
4. Ende der „Entspannungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion und dem RGW; Verschärfung des Wettbewerbs mit dem Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs der Sowjetunion und ihres Blocks.

Betrachtet man die Dinge konkret, statt sich vom chinesischen Schnickschnack ablenken zu lassen, so geht es bei dieser „Roll back“-Strategie heute in erster Linie gar nicht gegen den „Eisbären“, sondern gegen antiamerikanische Staaten und Bewegungen der Dritten Welt. Unter der allgemeinen Devise, der „sowjetischen Aggression“ und „Unruhe“ entgegenzutreten zu müssen, greift hier der französische Imperialismus in Zaire ein, macht dort Ägypten gegen das „pro-sowjetische“ Libyen mobil, werden reaktionäre Kräfte in Afghanistan unterstützt und bewaffnet usw. usf.

Chinas Machthaber haben seit etwa 1973 immer lauter gelammert, daß die Politik des US-Imperialismus „in die Defensive geraten“ sei. Daran ist durchaus etwas Richtiges, und der eigentliche Sinn dieser chinesischen Klage wird nun immer deutlicher: Die ebenso verheerenden wie erfolglose Kriegsführung des US-Imperialismus in Indochina hat in der Tat Anfang der 70er Jahre in den USA selbst ebenso wie international zu einer Situation geführt, die es dem US-Imperialismus seither nicht gerade leicht macht, offene militärische Aggression und Intervention gegen Länder der Dritten Welt zu führen. Dies wird von einer wachsenden Zahl imperialistischer Politiker (beispielsweise Kissinger genannt) als Lähmung der US-Außenpolitik und als Verlust an Initiative kritisiert. Die Ereignisse im Iran werden als deutlichstes Beispiel genannt, daß der US-Imperialismus nicht mehr ausreichend „handlungsfähig“ sei.

In diese Diskussion innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie der USA (die sich ebenso in Diskussionen in Westeuropa widerspiegelt) greifen die chinesischen Machthaber mit ihrem immer systematischer und offener vorgetragenen weltweiten „Roll back“-Programm ein. Sie wollen diese aggressiven Tendenzen des Imperialismus stärken; zugleich sollte mit dem Überfall auf Vietnam ein praktisches Beispiel, eine konkrete Argumentationshilfe, für die Richtigkeit und Wirksamkeit dieses „Roll back“-Programms geliefert werden.

Was diesen Aspekt angeht, kann Chinas Überfall trotz seines militärischen Fiaskos als Erfolg angesehen werden: Die Sowjetunion beschränkte sich auf leere „Warnungen“, auf sinnlose Drohungen (China spiele mit dem Feuer etc. pp.), auf ein bißchen Lärm und auf das Herumschieben von Kriegsschiffen – eine Politik, die eher ins 19. Jahrhundert gehört. Seitens der Sowjetunion wird diese Art von Politik auch noch als ganz besonders schlaue und weitsichtige hingestellt: „Was die Sowjetunion betrifft, so können wir mit berechtigter Genugtuung feststellen, daß unsere Partei, unsere Regierung und unser Volk die heimtückischen Pläne der Peking-Führer rechtzeitig durchschaut haben und sich von ihren Provokationen nicht hinreißen ließen, deren Ziel es ist, einen Zusammenstoß zwischen uns und den USA herbeizuführen, wobei sie sich die Position des lachenden Dritten reservieren wollen“ (Anm. 24).

Dies ist die traditionelle sowjetische Interpretation der Politik Chinas, die – wenn sie überhaupt ehrlich gemeint ist – allenfalls vom Un-

verständnis der chinesischen Strategie zeugt. Deutlich ist jedenfalls, daß die sowjetische Führung um jeden Preis den direkten Zusammenstoß Sowjetunion – USA vermeiden möchte. Sie wird daher auch weiterhin bereit sein, sozusagen „stellvertretend“ Staaten wie Vietnam oder Kuba aufzurufen, um mit deren Hilfe das internationale Kräfteverhältnis zuungunsten des Imperialismus zu verschieben. Sie wird aber kaum bereit sein – Beistandsverträge hin oder her – wegen eines Verbündeten die direkte militärische Konfrontation mit dem Imperialismus zu riskieren.

Eben dies ist die Kalkulation, auf die die „Roll back“-Strategie aufbaut. Es handelt sich also nicht um eine Politik, die einen (atomaren) Weltkrieg zum Ziel hat. Chinas „neue Bourgeoisie“ hat derzeit keine Veranlassung, kurzfristig auf einen (atomaren) Weltkrieg NATO – Warschauer Pakt zu setzen, denn:

1. wäre das Risiko, wider Willen in einen solchen (atomaren) Weltkrieg „hineingezogen“ zu werden, auch für China groß;
2. könnte China im Falle eines mit Sicherheit auch für die imperialistischen Staaten katastrophalen (atomaren) Weltkriegs schwerlich auf die erhoffte gigantische Unterstützung seiner „Mobilisierung“ rechnen;
3. ist China an der Aufrechterhaltung des derzeitigen „Dreieck“-Systems NATO – WP – China interessiert, da es nur bei Fortbestehen dieses Verhältnisses auf imperialistische „Modernisierungs“-Hilfe rechnen kann; würde (durch eine vernichtende militärische Niederlage) die Sowjetunion als „Bedrohung“ fortfallen, könnte China schwerlich weiter mit der angestrebten gigantischen Hilfe der Imperialisten rechnen; es müßte im Gegenteil befürchten, das nächste Angriffsziel des dann weltweit total dominierenden Imperialismus zu werden.

Es ist also gerade das Klima eines globalen „Roll back“ und der Rückkehr zum „Kalten Krieg“, wovon sich die Peking-Führung die Vorteile

soll, gedacht ist vorerst an 400 bis 600 Stück;

- + Neues Interesse bekundet China auch an US-Flugzeugen, u.a. am Militärtransporter „Hercules“;
- + Mit französischen Stellen wird über die Lieferung von Mirage-Kampfflugzeugen nach China verhandelt.

Chinas Machthaber wollen also, noch stärker als zunächst angegeben, ihre Armee „modernisieren“. Die Notwendigkeit dazu hat das militärische Fiasko an der vietnamesischen Grenze anschaulich demonstriert. Die Imperialisten scheinen nicht abgeneigt, die Konsequenz zu ziehen. Es ist immer noch so, wie der Militärkommentator der „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ), Adelbert Weinstein, am 13.1.79 schrieb: „Die Nato sollte sich an die alte Weisheit erinnern: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. In die strategische Wirklichkeit übertragen, heißt das: als natürlicher Bundesgenosse der atlantischen Allianz bietet sich China an... Eine militärische Stärkung Chinas könnte in unserem Interesse liegen“.

## Die Konsequenzen für Westeuropa

Auch gegenüber den imperialistischen Staaten Westeuropas ist Chinas Überfall als Argumentationshilfe und Ermunterung für das „Roll back“-Programm zu verstehen.

China und seine internationale Fünfte Kolonne führen seit etwa 1976 mit zunehmender Heftigkeit eine Kampagne gegen die sogenannte „Beschäftigungspolitik“ und ermuntern jene Tendenzen der imperialistischen Bourgeoisie, die auf ein aggressiveres, risikobereiteres Vorgehen gegen die „sowjetische Aggression“ (d.h. gegen alles, was sie als solche bezeichnen!) setzen. Politisch wird diese Tendenz des Imperialismus in der BRD vor allem durch die CSU und einige rechte Flügel-Leute der CDU vertreten. Die chinesische Propaganda unterstützt diese Tendenz als „wachsen“, „weitsichtig“ usw.

## Schleier statt Sozialismus

Als der Artikel zur chinesischen Kriegspolitik abgeschlossen wurde, war die neueste „Rote Fahne“ (15.3.) noch nicht erschienen. Es konnte daher im Artikel nur vage vermutet werden, daß die „KPD“ womöglich demnächst auch noch über die Frauen herfallen wird, die im Iran gegen den Schleier-Zwang und andere Formen der Diskriminierung kämpfen. Bereits in der „Roten Fahne“ vom 15.3. ist genau das geschehen. Man/frau muß sich diesen Artikel – das bisher wohl niederträchtigste Zeugnis für den Verfall der „KPD“ – unbedingt vollständig und sehr genau zu Gemüte führen, um jede Feinheit der Argumentation mitzukriegen. Es empfiehlt sich auch, für eine gewisse Verbreitung (Fotokopien) dieses Schweine-Stücks in der Linken, bei Frauengruppen usw. zu sorgen, um die Selbst-Demaskierung der „KPD“ nach Kräften zu unterstützen.

Feinheit der Argumentation mitzukriegen. Es empfiehlt sich auch, für eine gewisse Verbreitung (Fotokopien) dieses Schweine-Stücks in der Linken, bei Frauengruppen usw. zu sorgen, um die Selbst-Demaskierung der „KPD“ nach Kräften zu unterstützen.

## Frauendemonstration im Iran

Am letzten Wochenende haben in Teheran Frauendemonstrationen gegen den von Khomeiny angeordneten Schleierzwang stattgefunden. Die Presse hat die Sache begierig aufgegriffen, um erneut gegen die „mittelalterliche“ islamische Revolution im Iran zu hetzen. Der Kölner „Express“ am Sonntag: „Massaker in Teheran.“

Viele Frauen im Westen haben sich spontan mit den demonstrierenden Frauen solidarisiert. Das ist verständlich, Schleierzwang und bewaffnete Angriffe auf demonstrierende Frauen kann man nicht rechtfertigen. Trotzdem ist die Sache kompliziert. Mit spontaner Solidarisierung wird man ihr nicht gerecht.

Die demonstrierenden Frauen in Teheran waren vor allem Studentinnen, Angehörige der Intelligenz und des Kleinbürgertums, unter ihnen auch viele Anhängerinnen des entmachteten Premiers Bakhtiar. Es waren in ihrer Mehrheit gerade nicht die Frauen, die verschleiert in den vordersten Reihen der Massendemonstrationen gegen den Schah gekämpft haben. Für diese Frauen, meistens aus den ärmeren Schichten, war und ist der schlichte Islam die Ausdrucksform ihres Widerstandes gegen faschistische Unterdrückung und Abhängigkeit vom Ausland. Sie lehnen nicht in erster Linie unter dem Schleier, sondern unter miserablen Lebensbedingungen, existenzieller Bedrohung. Die meisten dieser Frauen tragen den Schleier aus Überzeugung. Die westliche Presse hat den Schleier zum Hauptproblem der iranischen Frauen „erhoben“, um damit die hauptsächlichsten Probleme der iranischen Frauen und die wirklichen Ziele der iranischen Revolution zu „verschleiern“. Die demonstrierenden Frauen in Teheran haben mit ihrer Anti-Schleier-Demonstration nicht viel dazu beigetragen, das Grundproblem der Frauenbefreiung im Iran – Kampf gegen Unterdrückung und Abhängigkeit – in den Mittelpunkt zu rücken. Im Gegenteil, sie haben eher einen Beitrag zur weiteren Spaltung der

Frauen in islamische und „westlich-emanzipierte“ geleistet. Diese Demonstration hat aber noch einen weitergehenden politischen Hintergrund, und deswegen haben sich auch die moskautreuen Tudeh-Anhänger und linksopportunistische Kreise für sie stark gemacht. Gegenwärtig gibt es zwischen den Anhängern Khomeinys, der Regierung Bazargan und der „Nationalen Front“ Auseinandersetzungen über die zukünftige Entwicklung im Iran. Khomeiny will eine islamische Republik, die Gestaltung des öffentlichen und privaten Lebens im Iran nach den schlichten Wertvorstellungen. Die Regierung, mehrheitlich aus Mitgliedern der nationalen Bourgeoisie besetzt, will eine demokratische Republik. Linksopportunistische Kreise um die „Volksfedajin“, die die nationaldemokratische Entwicklung im Iran mit dem Sozialismus verwechseln, stellen unerfüllbare Forderungen an Bazargan und arbeiten auf die Schwächung der Regierung hin. Unterstützt werden sie dabei vor allem von den Tudeh-Leuten, denen es an weiterer Unruhe im Interesse ihrer Moskauer Finanziers gelegen ist. Die Lage im Iran ist weiter labil, die größte Gefahr, ausländische Einmischung oder Intervention der Supermächte, nicht beseitigt. Die Frage der Einheit aller nationalen und demokratischen Kräfte ist deshalb die wichtigste Frage. Diejenigen politischen Kräfte, die ihr Hauptinteresse jetzt in der Schwächung der Regierung Bazargan sehen, und dazu gehören auch die Initiatoren der Frauendemonstrationen, treiben ein gefährliches und abenteuerliches Spiel. Hätten die Frauendemonstrationen zum Inhalt gehabt, alle Frauen, ob verschleiert oder unverschleiert, zum gemeinsamen Kampf für die Verteidigung der Unabhängigkeit und die Verbesserung der Lebensbedingungen aufzurufen, hätte man sich vorbehaltlos mit ihnen solidarisieren können. Auch das berechtigte Anliegen, gegen den Schleierzwang Khomeinys zu kämpfen, wäre dadurch glaubwürdiger geworden.

WaK

## Wie viele Juden wirklich ermordet wurden

## Wie viele Juden wirklich ermordet wurden

„Holocaust“ – die große Fälschung / S. 4

National-Zeitung

## China - Hoffnung der Deutschen?

Deutschlands Chancen steigen

Die Wahrheit über Dachau  
Ex-KZ-Häftling enthüllt S. 5

China hat Freunde überall in der Welt: Chinas Überfall auf Vietnam entlockte der faschistischen „Nationalzeitung“ vom 28.2.79 neben ihrem Lieblingsthema auch die Schlagzeile „China – Hoffnung der Deutschen?“

Chance erhofft, ihre „Modernisierungs“-pläne verwirklichen zu können – indem China sich als Verbündeter des Imperialismus ausrüstet und aufrüsten läßt.

Die Reaktion des Imperialismus auf die chinesische „Strafexpedition“ gegen Vietnam bestätigt diese Strategie. Zwar gab sich die imperialistische Bourgeoisie angesichts des Überfalls überrascht, schockiert, besorgt. Tatsächlich gaben sich aber gerade während der Aggression wieder imperialistische Finanzpolitiker in Peking die Türklücken in die Hand: US-Finanzminister Blumenthal zu Gesprächen über ein bilaterales Handelsabkommen und die Bildung eines „Wirtschaftskomitees“ USA – China; Großbritanniens Industrieminister Varley zwecks Unterzeichnung eines bilateralen Handelsabkommens (in Höhe von sieben Milliarden Pfund in den nächsten fünf Jahren); EG-Präsident Roy Jenkins zu Gesprächen über verschiedene Aspekte der Beziehungen EG – China; in umgekehrter Richtung reiste eine chinesische Delegation zu Verhandlungen über Milliarden-Kredite nach Japan. Auch Chinas Chancen, modernste westliche Waffensysteme erwerben zu können, scheinen durch den Überfall auf Vietnam eher noch gestiegen:

- + Der BRD-Rüstungskonzern MBB (Flugzeuge, Raketen, Hubschrauber) brachte in Peking ein Abkommen über Zusammenarbeit, u.a. „Transfer von Technologie im Flugzeugbau“, zum Abschluß;
- + Die Verhandlungen über die Lieferung des britischen Senkrechtsstarters „Harrier“ (87 Stück) an China stehen kurz vor dem Abschluß und waren auch Gegenstand des jüngsten Peking-Besuchs von Varley;
- + Neu auf der Wunschliste der chinesischen Führung ist ein Panzer, den ihnen der britische Rüstungskonzern Vickers entwerfen und bauen

Ebenfalls seit mehreren Jahren wird das Gespenst eines sowjetischen „Blitzkriegs“ in Mitteleuropa (Devise: „In zwei Tagen stehen die Russen am Atlantik“) gemeinsam von den chinesischen Machthabern und der „Roll back“-Tendenz der imperialistischen Bourgeoisie (insbesondere der BRD) beschworen. Es soll damit der Eindruck erweckt werden, als gehe es um die Abwehr einer direkten Bedrohung der BRD durch den Warschauer Pakt.

Tatsächlich dürfte es aber keinen einzigen imperialistischen Politiker geben, der angesichts des auch in Westeuropa für die Sowjetunion keineswegs vorteilhaften militärischen Kräfteverhältnisses (vgl. dazu Artikel in AK 149) ernsthaft an die These vom „Blitzkrieg“ glaubt. Man spricht zwar vom drohenden sowjetischen Angriff auf die BRD, meint aber in Wirklichkeit die sogenannte „sowjetische Aggression“ weltweit. Das heißt, die ganze Debatte um die „Beschäftigungspolitik“ dreht sich wesentlich um die Frage eines stärkeren „Engagements“ der westeuropäischen Imperialisten in der Dritten Welt.

Die chinesischen Propagandisten versäumen es daher bei keiner Gelegenheit, die ungeheure Gefahr zu beschwören, die sich aus dieser oder jener „sowjetischen Aggression“ (Südjemen, Iran, Afghanistan, Vietnam, Angola etc. pp.) für die „Versorgungswege“ und „Nachschublinien“ der imperialistischen Staaten Westeuropas angeblich ergeben könnten (Anm. 25).

China und seine internationale Fünfte Kolonne folgen mit dieser Propaganda genau der imperialistischen Logik der „Interessensphären“, die eben keineswegs an den eigenen Grenzen enden, sondern die praktisch die ganze Welt mit einem

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 5

Netz von „Rohstoffgebieten“, „Energiequellen“, „Versorgungslinien“ usw. überziehen. Das heißt, daß Ereignisse an jedem beliebigen Punkt der Welt als „Bedrohung“ imperialistischer Interessen gelten und entsprechend gekontert werden sollen.

Eben das ist die Politik, die von der „Roll back“-Tendenz z.B. auch in der BRD befürwortet und von den chinesischen Machthabern unterstützt wird. Bisheriges Paradebeispiel ist für die chinesische Propaganda die militärische Intervention Frankreichs und Belgiens (sowie im Hintergrund auch der BRD) gegen die Befreiungskämpfe in Zaire 1978. In derselben Weise würden Chinas Machthaber zweifellos auch jede andere imperialistische Intervention in Afrika begrüßen, wo der Vorwurf der „sowjetischen Aggression“ erhoben werden kann.

Nachdem die chinesische Propaganda bereits den Vorwurf erhebt, die Sowjetunion mische sich in den Befreiungskampf des Volkes von Namibia ein (Anm. 26), ist sogar zu befürchten, daß sich China demnächst auf die Seite der südafrikanischen Rassisten schlägt und beispielsweise deren Überfälle auf angebliche SWAPO-Lager in Angola in den Rang gerechter „Strafaktionen“ gegen die „sowjetische Aggression“ erhebt.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an alte Träume von CDU/CSU-Leuten über eine Ausweitung des NATO-„Verteidigungsraums“ bis in den Südatlantik, d.h. unter Einbeziehung des südlichen Afrikas.

Chinas Machthaber jedenfalls würden zweifellos jede westeuropäische Beteiligung an internationalen „Strafaktionen“ gegen irgendeinen Krisenpunkt (Südjemen, Iran, Libanon usw.) begrüßen.

Umgekehrt hat Chinas Überfall auf Vietnam entsprechenden Zuspruch imperialistischer Politiker bekommen. Als Beispiele sind zu nennen:

– Der CDU-Politiker Marx erklärte, man dürfe China wegen seiner „Aktion“ gegen Vietnam nicht tadeln; im Gegensatz zu China lasse sich „der Westen“ viel zu viel gefallen.

– Der CDU-Politiker Abelein bezeichnete Chinas Überfall als „einen Beitrag für die Stabilisierung des Gleichgewichts im Fernen Osten“. Er warnte vor dem sowjetischen Streben, „ihre Einflußsphäre auf die ganze Welt auszudehnen“. Dem dürfe „der Westen“ nicht tatenlos zusehen.

– Die Londoner Tageszeitung „Daily Telegraph“ schrieb: „Der Westen erlaubt es Rußland, sich Angola zu schnappen, das südliche Afrika unter Druck zu setzen und Schlüssel-länder wie Äthiopien und Afghanistan zu schlucken. China reagiert anders auf vergleichbare Angriffe auf sein Prestige und seine lebenswichtigen Interessen“ (Anm. 27).

Die Konsequenzen dieses ersten Nachdenkens der Imperialisten über das von China mit seinem Überfall gesetzte „Signal“ könnten bald sichtbar werden. Chinas Fünfte Kolonne – hierzulande vor allem MLD und „KPD“ – wird sich dann mit Sicherheit an der Seite der imperialistischen Aggressoren befinden.

#### Anmerkungen

- 1) Gespräch mit US-Journalisten, 31.1.79, „Peking Rundschau“, 7/79
- 2) Rede von B. – abgedruckt in „Soldat im Volk“, Zeitung des Bundeswehr-Reservistenverbandes, 2-3/79
- 3) „Süddeutsche Zeitung“, 1.2.79
- 4) „Peking Rundschau“, 6/79
- 5) „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ), 2.2.79
- 6) „FAZ“, 28.2.79
- 7) „Welt“, 8.2.79
- 8) „Handelsblatt“, 7.2.79
- 9) „Peking Rundschau“, 3/79, S. 14
- 10) „Peking Rundschau“, 9/79
- 11) „Rote Fahne“, 8.3.79, S. 1
- 12) „Peking Rundschau“, 7/79
- 13) „Peking Rundschau“, 6/79
- 14) nach „Süddeutsche Zeitung“, 8.2.79
- 15) nach „Welt“, 8.2.79
- 16) „Rote Fahne“, 8.3.79, S. 1
- 17) ebenso, S. 1 und S. 12
- 18) „Peking Rundschau“, 7/79
- 19) nach „Bunte Illustrierte“, 18.1.79
- 20) „hsinhua“, 5.1.79; nach SWB, 8.1.79
- 21) „Peking Rundschau“, 8/79
- 22) „Rote Fahne“, 8.3.79, S. 13
- 23) „FAZ“, 28.2.79
- 24) „Prawda“, 5.3.79; lt. Monitor-Dienst, 6.3.79
- 25) Zu diesem Thema heißt es z.B. in einem „hsinhua“-Kommentar vom 24.12.78: „Die Aktionen der Sowjetunion am Horn von Afrika sind eng koordiniert mit ihrer Expansion am Roten Meer und am Persischen Golf ebenso wie ihren Aktivitäten in anderen afrikanischen Regionen. Sie zielen darauf ab, den Verbindungsweg zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean durch militärische Besetzung der Gebiete um das Rote Meer unter Kontrolle zu bringen ... und die Transportwege des Öls und anderer Ressourcen abzuschneiden, von denen Westeuropa abhängig ist.“ (nach „SWB“, 5.1.79)
- 26) ebenda
- 27) zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, 20.2.79



## Stimmen aus den Niederlanden

Die Parteiführung der Pacifisties-Socialistische Partij (PSP) erklärte am 17. Februar: „...Der von der chinesischen Regierung begonnene Granzkrieg bedeutet einen neuen Schlag für den vietnamesischen Wiederaufbau und verlängert Armut und Leiden der vietnamesischen Bevölkerung. Darüber hinaus droht das chinesische Auftreten zu einer chinesisch-russischen militärischen Konfrontation zu führen und bildet damit eine Bedrohung des Weltfriedens. Die PSP lehnt das chinesische militärische Abenteuer auf das Entschiedenste ab.“

Die PSP fordert die niederländische Regierung auf (die PSP ist im Parlament vertreten – Anm. AK):

– Bei der chinesischen Regierung darauf zu dringen, ihre Truppen aus Vietnam zurückzuziehen.

– Kurzfristig Nothilfe zu leisten zur Bekämpfung der Folgen des chinesischen Angriffs.

– Die Entwicklungshilfe für Vietnam zu vergrößern und die Hilfe zum Wiederaufbau nicht zu beenden.

– Das vietnamesische Ersuchen an die UN, Maßnahmen zu ergreifen, die den Frieden an der chinesisch-vietnamesischen Grenze wiederherstellen können, zu unterstützen (nach Bevridding, Ztg. der PSP, Nr. 3, 24.2.). (Die PSP hatte seinerzeit zustimmend erklärt, „daß der kambodschanische Widerstand mit Unterstützung Vietnams das Regime von Pol Pot verjagt hat“ – siehe AK 147, S. 60).

In der Erklärung des Politischen Büros des Internationale Kommunisten Bond (niederländische Sektion der trotzkistischen „IV. Internationale“) vom 23. Februar heißt es: „Die politische und militärische Unterstützung Vietnams für die Gegner von Pol Pot in Kampuchea ist der direkte Anlaß (für den Angriff Chinas auf Vietnam) gewesen. Der vietnamesische Einfall in Kampuchea ist durch nichts gutzuheißen. Aber es ist die Aufgabe der kampucheanischen Arbeiter und Bauern, ihren Weg zu gehen ohne Bevormundung durch welches Nachbarland auch immer.“

– Des weiteren wird die derzeitige Politik der VR China auf den „Stalinismus“, den „Nationalismus von der bürokratischen Theorie des Sozialismus in einem Land“ (zu deren Anhängern in bunter Reihe „Breschnew, Pol Pot, Mao und Nachfolger“ gezählt werden) zurückgeführt. Hingegen wird die Komplizenschaft von Carter und Deng Hsiao-ping gut herausgearbeitet: „Deng Hsiao-ping geht ruhig auf Besuch nach Washington... Kurz darauf fällt China in Vietnam ein. Die Krokodilstränen der kapitalistischen Welt können uns nicht betrügen. Die Operation von China war im Weißen Haus schon bekannt, bevor sie begann, Carter, Wall Street und Spießgesellen wollen jetzt verlorenes Terrain zurückgewinnen“. Die Erklärung des IKB schließt: „Nur direkter und vollständiger Rückzug der chinesischen Truppen vom Grundgebiet Vietnams kann der Anfang einer Lösung sein. Die endgültige Lösung liegt in der Entfernung der bürokratische Hua-Deng-Clique vom Platz des Himmelschen Friedens. Die endgültige Lösung ist der Aufbau einer demokratischen Macht von Arbeitern und Bauern in China, Vietnam, in ganz Indochina...“ (zit. nach „Klassenstrijd“, Ztg. d. IKB, Nr. 22, 10.3.).

Sieben Genossen, „die als Gründer und Mitglieder einer Anzahl linker Organisationen in den Niederlanden (darunter die Rode Vlag Groep, M.L.C.N., Arbeidersmacht, Rode Jeugd, S.P., ARC/Rood Front) in der Vergangenheit mit der damals revolutionären Politik der Volksrepublik China sympathisierten“, haben ein „Komitee gegen die chinesische Aggression“ gegründet. – Sie schrien in einer Erklärung vom 23.2.: „Rund zwei Jahre nach dem rechten Staatsstreich in der Volksrepublik China am 6. Oktober 1976 ist China nun zu einem verräterischen und großangelegten

militärischen Angriff auf Vietnam übergegangen. Mit diesem Staatsstreich bekam China eine rechte nationalistische Politik, die sich schon seit Jahren entwickelt hatte, definitiv die Oberhand. Diese Politik bedeutete im Inland eine zunehmende politische Unterdrückung gegen die Linke und in der Außenpolitik eine zunehmende Zusammenarbeit mit imperialistischen und reaktionären Regimes wie Japan, den Vereinigten Staaten, Zaire und Chile gegen die Sowjetunion und immer öfter auch gegen linke Befreiungsbewegungen...“

Die jüngste Aggression gegen Vietnam wurde von den chinesischen Führern schon geraume Zeit in enger Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus vorbereitet... Der Krieg gegen Vietnam ist nicht nur ein Versuch, um Vietnam einzuschütern, er ist auch eine nicht mißzuverstehende Drohung an die Adresse der Sowjetunion...; hiermit will die rechte nationalistische Clique in Peking deutlich machen, daß sie vor einem neuen Weltkrieg nicht zurückschreckt (Hervorheb. i. Orig. – Anm. AK).

Die Initiatoren des „Komitee ge-

gen die chinesische Aggression“ rufen dazu auf,

„zu protestieren und aktiv zu werden gegen den chinesischen Aggressionskrieg gegen Vietnam und das chinesische Treiben in einen dritten Weltkrieg;

– Kontakt mit unserem Komitee aufzunehmen, um gemeinsame Aktivitäten zu unternehmen;

– diese Erklärung zu verbreiten und damit unter der Bevölkerung zu agieren“.

Niederlande-Kommission

## Eine ausgezeichnete Erklärung!

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 10. März war eine Erklärung gegen Chinas Überfall auf Vietnam abgedruckt, die wir hier nachdrucken. Die Unterzeichner der Erklärung scheinen aus dem linkssozialdemokratisch-trotzkistischen Spektrum zu kommen.

Der KB schließt sich dieser Erklärung ohne Einschränkung an. Wir unterstützen auch den Aufruf der Unterzeichner, daß weitere Organisationen und Einzelpersonen sich der Erklärung anschließen sollten.

Den Gruppen des KB wird empfohlen, diese Erklärung in ihrer Vietnam-Solidaritätsarbeit einzusetzen.

#### Solidarität für Vietnam

Am 17. Februar haben die Truppen der Volksrepublik China einen großangelegten Angriff gegen Vietnam gestartet. Mit dieser offenen Aggression tritt die Pekinger Führung in die Fußstapfen der von ihr so titulierten „Neuen Zaren“, die 1968 – unter berechtigtem Protest Chinas – die CSSR besetzen ließen. Der chinesischen militärischen Aggression ging die Einstellung der Wirtschaftshilfe – in einer durch Naturkatastrophen besonders kritischen Lage Vietnams – voraus. Dieses Verhalten erinnert an den brutalen Abbruch der sowjetischen Hilfe

für China und den Abzug aller technischen Spezialisten und Berater im Jahre 1960. Mit seiner Politik des Großmachtchauvinismus, des Hegemonismus und des offenen Bündnisangebots an den USA-Imperialismus hat China genau das Resultat erzielt, das angeblich vermieden werden sollte: Vietnam immer fester in die Arme der sowjetischen Supermacht zu treiben.

Wenn neben anderen Gründen als Rechtfertigung für den Angriff auf Vietnam das militärische Eingreifen Vietnams in Kambodscha angeführt wird, so muß dazu festgestellt werden: Die von den Soldaten Vietnams und den mit ihnen verbündeten kambodschanischen Einheiten gestützte Pol-Pot-Regierung hatte für ein wahnwitziges Gesellschaftsexperiment – nach allem, was wir wissen – eines der blutigsten und unmenschlichsten Terrorregimes der Menschheitsgeschichte aufgerichtet. Sowohl der innere Charakter des Pol-Pot-Regimes als auch die Berichte thailändischer Bauern über grausame Überfälle durch „Rote Khmer“ sprechen dafür, daß die frühere kambodschanische Regierung für die Grenzstreitigkeiten mit Vietnam mindestens mitverantwortlich war. Ungeachtet der Notwendigkeit eines baldmöglichsten Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, der vollen Achtung sei-

ner territorialen Integrität und einer Politik nationaler Versöhnung und Unabhängigkeit durch die neue kambodschanische Regierung erscheint die vietnamesische Offensive zum Jahreswechsel verständlich. In keinem Fall kann sie als Rechtfertigung für die Aggressionen Chinas dienen.

Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller chinesischen Invasionstruppen aus Vietnam. Wir bekennen uns in dieser Stunde zu unserem langjährigen Engagement für das im Kampf gegen den übermächtigen amerikanischen Gegner schließlich siegreiche vietnamesische Volk und erklären den tapferen Menschen Vietnams auch angesichts der chinesischen Invasion unsere volle Solidarität.

Alle, die auf Seiten der Kräfte der Demokratie, des Sozialismus und der nationalen Unabhängigkeit – wo immer auf der Welt sie kämpfen – stehen, sind aufgefordert, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Dr. Peter Brandt, wiss. Ass.; Lars Brandt, Maler; Thomas Friedrich, Verleger; Maria Jänicke, Verkäuferin, Betriebsrätin; Dr. Peter Jahn, wiss. Ass.; Sigrid Krüger, Bibliothekarin; Gunther Krüschet, Redakteur, Betriebsrat; Blanca Renz, Lehrerin; Michael Sowa, Maler; Rudolf Steinke, Stud.; Bahro-Komitee; Axel Hippler, Angest.; Manfred Birkhahn, Kaufm. Angestellter, Betriebsrat

## „Arbeiterbund“ München: Der Kopf ist an der Garderobe abzugeben!

Daß beim „Arbeiterbund“ München die Köpfe nach wie vor nur den Zweck erfüllen, ein Herabrutschen der Hüte auf die Schultern zu vermeiden, zeigt folgende Episode:

Im Auftrag des LG wandte sich die Nürnberger Ortsgruppe des KB mit einem Brief an den „Arbeiterbund“. In dem Brief wurde ein Meinungsaustausch anlässlich des chinesischen Überfalls auf Vietnam und die Beratung über mögliches gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen. Das „Exekutivkomitee des Arbeiterbundes“ schickte daraufhin folgende Antwort: „... Wir sind auch der Meinung, daß die Freunde des vietnamesischen Volkes unbedingt zu der Invasion der VR China in Vietnam Stellung nehmen und Solidarität mit Vietnam üben müssen. Der geeignete Ort, wo die Auseinandersetzung über alle Fragen, die sich dabei ergeben haben, zu führen ist und wo dann trotz aller Meinungsverschiedenheiten die Solidaritätsaktionen zu organisieren sind, ist jedoch die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der BRD und der Sozialistischen Republik Vietnam“. Weitere Aktionsbündnisse sind unseres Erachtens nicht nötig, in der Freundschafts-

gesellschaft sollen alle fortschrittlichen Kräfte, die Solidarität mit Vietnam üben wollen, mitarbeiten, und wir fordern Euch deshalb auf, in diesem Sinne tätig zu werden und Euch an den Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft zu beteiligen.

Stellungnahmen und Veranstaltungen, die über diesen Rahmen hinausgehen, werden wir, wie auch bisher schon an einer Reihe von Orten geschehen, weiterhin allein unternehmen“.

Nun ist allgemein bekannt, daß diese „Freundschaftsgesellschaft“ ziemlich fest in der Hand der DKP ist. Der „Arbeiterbund“ stellt in seiner Zeitung „KAZ“ (5.3.79) sogar s e l b s t dar, welche Schwierigkeiten es dort macht, gegen die geistig abgeschaltete DKP-Mehrheit überhaupt einen Diskussionsbeitrag einzubringen. Erwähnt werden auch Drohungen der DKP, die – ohnehin wohl nicht mehr zahlreichen – Linken demnächst aus der „Freundschaftsgesellschaft“ rauszuschmeißen.

Nun soll zwar nicht behauptet werden, daß die „Freundschaftsgesellschaft“ ü b e r a l l reine DKP-Politik betreibt. Aber auch dort, wo linke Kräfte um eine gewisse Unabhängigkeit bemüht sind, bestimmt

trotzdem totale Rücksichtnahme auf die DKP jeden Schritt. Das ergibt sich übrigens auch aus der offiziellen Politik Vietnams, die in der BRD als Ansprechpartner nur die DKP kennt und sich – jedenfalls in ihrer b i s h e r i g e n Praxis – der These 41 der DKP unterwirft. Der Hinweis, die „Freundschaftsgesellschaft“ sei der „geeignete“ und e i n z i g e Ort, um Auseinandersetzungen über die Lage in Indochina, die Politik Chinas usw. zu führen, ist also vor der eigenen Erfahrung des „Arbeiterbund“ nicht einmal naiv zu nennen, sondern entweder schwachsinzig oder provokatorisch.

Das ganze Gejammer und Gezeter des „Arbeiterbund“ über die böse DKP, die jetzt die Vietnam-Solidarität dazu mißbraucht, um nachhaltig mit Mao abzurechnen, ist scheinheilig. Wenn es den „Arbeiterbund“-Führern ernsthaft darum gehen würde, dieser Hetze der DKP etwas entgegenzusetzen, müßten sie daran interessiert sein, auch mit anderen Kräften als immer nur der DKP ins Gespräch zu kommen. Wir schlagen ihnen in diesem Sinn nochmals einen Meinungsaustausch vor. Und, das sei ihnen versichert, s t e r b e n kann man von so einem Gespräch bestimmt nicht!



## Mosambik unterstützt Vietnam

Am 21.2. veröffentlichte die mosambikanische Nachrichtenagentur eine Stellungnahme, in der Chinas „Aggression gegen die Sozialistische Republik Vietnam“ verurteilt wird.

Die im folgenden zitierten Auszüge aus dem Communiqué des Ministerrates der VR-Mosambik haben wir einem Artikel der „Tanzania Daily News“ vom 21.2.79 entnommen:

„Seit der Zeit des bewaffneten Befreiungskampfes hat das mosambikanische Volk freundschaftliche Beziehungen zum chinesischen Volk und seiner Regierung. Die Volksrepublik China war einer der Staaten, die unseren Kampf auch in den

schwersten Stunden ständig unterstützt haben.

Als logische Konsequenz vertiefte die VR Mosambik nach der Unabhängigkeit die Beziehungen zur VR-China auf Staatsebene.

Die VR Mosambik orientiert sich in ihrer Außenpolitik an genau definierten Prinzipien: Wahrung des Friedens; friedliche Lösung von Konflikten zwischen Staaten; Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Staaten und Völkern.

Gemäß diesen Grundsätzen und ungehindert der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen,

kommt die VR Mosambik nicht umhin, die Aggression, die die VR China am 17.2. gegen die Sozialistische Volksrepublik Vietnam startete, zu verurteilen.

Die VR Mosambik erklärt ihre Solidarität mit dem Volk und der Regierung der SRV und fordert die Einstellung der aggressiven Akte und den sofortigen Rückzug der chinesischen Besatzungstruppen vom gesamten Territorium Vietnams.

Wie die Zeitung weiterhin berichtet, hat auch Angola die Aggression Chinas verurteilt.

Afrika-Kommission



## Vietnam erkennt Republik Sahara an

Daß Vietnam nicht, wie von vielen behauptet, ein „Vasall der UdSSR“ ist, sondern durchaus eine eigenständige Politik betreibt, zeigte sich dieser Tage wieder einmal. Während die Sowjetunion durch das Fischereiabkommen mit Marokko dem um seine Unabhängigkeit kämpfenden Volk Saharas in den Rücken gefallen war, schickte der vietnamesische Premier Pham Van Dong am 2. März „eine Botschaft an Premier Mohamed Lamine Ould Ahmed, worin die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt wurde.“

(Vietnamesische Nachrichtenagentur, 3.3.79).



Die Dissidenten-Bewegung in China wächst; die Wandzeitungskampagne gegen den Krieg hat sich bis in fast alle wichtigen Städte ausgebreitet. Allein in Peking soll es ca. 200 aktive Wandzeitungsschreiber geben, die von einigen tausend Leuten unterstützt werden. Daneben entwickelt sich eine Untergrundpresse, es gab Anti-Kriegs-Rallies und gelegentlich wagten sich sogar Redner auf die Straße (lt. „Newsweek“, 12. März 79).

## Mit Totschlägern und Knüppeln: DKP-Schläger bleiben aktiv

Nach den Übergriffen gegen KB-Mitglieder während der zentralen Vietnam-Demonstration der DKP in Düsseldorf (siehe AK 149) kam es am 2. März in Westberlin erneut zu einem Schläger-Einsatz der Revisionisten: Vor einer SEW-Veranstaltung zu Vietnam in der TU wurden „KPD“ler zusammengeschlagen, die provokatorische Flugblätter zugunsten der chinesischen Aggression verteilen wollten.

Die SEW-Schläger benutzten dabei Totschläger, Knüppel, Metallstangen. Einer der angegriffenen „KPD“ler erlitt Prellungen am ganzen Körper, besonders in der Nierengegend. Besonders aktiv unter den Schlägern war Rudolf Hollenbach, presserechtlich

Verantwortlicher der Hochschulgruppe TU der SEW.

Man mag den Provokateuren von der „KPD“, die sich an Chinas blutiger „Strafaktion“ aufheilen, die Abreibung wohl gönnen. Zumal diese Leute hinreichend klar gemacht haben, daß nur mangelnde Masse sie hindert, in genau derselben Weise mit Andersdenkenden umzuspringen: Als im Sommer 1975 in Portugal Faschisten die Büros der revisionistischen KP und linker Gruppen überfielen, in Brand setzten, Linke zusammenschlugen, da jubelte die „KPD“!

Rechtfertigen kann das jedoch nicht die Schläger-Einsätze der DKP,

SEW, SDAJ und MSB. Denn erstens richten sich diese gar nicht besonders gegen die „KPD“, sondern unterschiedslos gegen alle „Maoisten“, „Trotzkisten“, „Anarchisten“ usw. Und zweitens gibt es wohl kaum ein Beispiel, daß die Revisionisten jemals mit derselben „Militanz“ und demselben Aufgebot an schweren Schlaggegenständen auch gegen Rechte, namentlich gegen die Faschisten vorgehen würden. Da kennt man doch das Lied der Revis: Keine Gewalt, nicht provozieren lassen usw. usf.! Es hätte wohl kaum Angriffe der SEW-Schläger gegeben, wenn am 2.3. Flugblattverteiler der Jungen Union oder der NPD aufgekreuzt wären?...

## Die „KPD“ kneift ... und kneift ...

Wie berichtet (AK148, S.54), hatte die „KPD“ am 7. Februar den zwischen KB und „KPD“ bereits am 6. 10. 78 vereinbarten umfassenden Artikelaustausch nach monatelanger Verzögerungstaktik platzen lassen. Dafür schlug sie vor, einen Artikel zum Thema Vietnam-Kambodscha auszutauschen. „Besser als gar nichts“, dachten wir uns. Darum teilten wir der „KPD“ am 16. Februar brieflich (abgedruckt im AK 148 S. 54) mit, daß sie jederzeit einen Artikel zu diesem Thema in gewünschter Länge im

AK veröffentlichen kann, falls... wir in gleicher Länge einen Artikel zur innenpolitischen Entwicklung Chinas in der „Roten Fahne“ veröffentlichen könnten.

Das von uns vorgeschlagene Thema scheint der „KPD“ allerdings überhaupt nicht geschmeckt zu haben. Jedenfalls hat sie uns – mit jener unnachahmlichen Arroganz, die wir mittlerweile an diesem Verein kennen – bis heute, einen Monat dauach,

noch nicht einmal einer Antwort auf unser Angebot gewürdigt.

Es ist offensichtlich: Die „KPD“ hat von vornherein überhaupt nicht die Absicht, die von ihr zum Schein angebotenen Artikelaustausch-Projekte zu verwirklichen. Sie will nur demagogischen Lärm machen, falls ihre Vorschläge abgelehnt werden. Geht man aber auf ihre Vorschläge ein und drängt auf konkrete Realisierung, verpissen Semmler und seine Truppe sich stillschweigend. Wirklich ein jämmerlicher Haufen.

## KB-Rede auf der Vietnam-Solidaritätsdemonstration in Hamburg

Ich denke alle Teilnehmer dieser Demonstration sind von einem Gedanken bewegt, der hier sofort ausgesprochen und diskutiert werden muß: Vietnam ist wieder überfallen worden, in Vietnam wird wieder gemordet und vertrieben – und hier in Hamburg demonstrieren gerade 500 Menschen. Das ist ein 1/20 der Teilnehmerzahl der früheren Vietnam-Solidaritätsaktionen; 10mal mehr Menschen haben ihre Solidarität mit dem portugiesischen Volk vor einigen Jahren demonstriert; und an den Iran-Aktionen vor wenigen Monaten haben sich immerhin 2000 Menschen beteiligt – obwohl diese Aktionen illegalisiert worden waren. Wenn wir also feststellen müssen, daß wir heute so vergleichsweise wenige sind, so geht es um die Ursachen dieser Tatsache – was hält die ehemals so engagierten Antimperialisten ab, warum reagiert die Linke so schwach auf den neuerlichen Überfall auf Vietnam?

Hierzu drei Thesen, die auch unsere zukünftigen Aufgaben anreißen:

1.) Es besteht offensichtlich bei vielen Menschen die Hoffnung, dieser Überfall Chinas auf Vietnam sei so etwas wie eine schreckliche, aber kurze Episode. Eine einmalige Strafexpedition; ein etwas aus den Fugen geratenes Grenzscharmützel.

Die chinesische Führung nährt diesen Gedanken, diese trügerische Hoffnung. Seit Tagen spricht das offizielle Organ Xinhua von Rückzug, während tatsächlich die Kämpfe weitergehen. Das Ende des Krieges ist nicht absehbar – absehbar ist allerdings, daß China einen Teil Vietnams besetzt halten will, also Zündstoff für weitere Kriege anlegen wird. Neben diesen konkreten Fakten, die auf langfristige kriegerische Auseinandersetzungen hindeuten, ist die Strategie der Pekinger Machthaber in ihrer ganzen Tragweite offenbar noch nicht erkannt. „Die jetzt begonnene chinesische Aggression gegen Vietnam ist nur zu verstehen als Beginn einer weiteren militärischen Eskalation gegen Vietnam... Die jetzige Aggression wäre ein militärisches Abenteuer ohne Sinn, wenn sie nicht im Zusammenhang einer festgelegten Strategie zur Vernichtung Vietnams stünde“, dies schrieben wir in unserer zentralen Zeitung ARBEITERKAMPF (Nr. 148).

Klarheit zu vermitteln, daß das Bündnis Chinas mit dem US-Imperialismus ein Bündnis zweier aggressiver Mächte ist, ein auf Eroberungsfeldzüge abgestimmter Zusammenschluß (nicht nur gegen Vietnam sondern wohl auch zumindest gegen Laos und Kambodscha) – das ist die vorrangige Aufgabe einer Vietnam-Solidarität, einer neuen Indochina-Solidarität. Insbesondere muß auf die große Gefahr hingewiesen werden, die von einem großmachtchauvinistischen China ausgeht, daß seine Pläne zur Modernisierung der Armee verwirklicht hätte – das also eine den Imperialisten vergleichbare Kriegsmaschinerie besäße.

Modernisierung der Armee verwirklicht hätte – das also eine den Imperialisten vergleichbare Kriegsmaschinerie besäße.

2.) Viele Linke – und dieser Faktor sollte nicht unterschätzt werden – sind handlungsunfähig geworden, gerade was internationale Solidarität betrifft. Sie haben jahrelang die Augen verschlossen vor der Entwicklung in China. In der Konsequenz sind sie heute nicht fähig, dem bürgerlichen Trommelfeuer vom „Krieg der Kommunisten untereinander“ zu widerstehen. Hier müssen wir wissenschaftlich, qualifiziert darlegen, daß es sich bei den chinesischen Machthabern nicht um eine irgendwie besondere Gruppe von Kommunisten handelt, sondern um Kräfte, die in einem jahrelangen Klassenkampf gesiegt, vorübergehend gesiegt haben. Kämpfen wir dafür, daß sich die Linke endlich mit dem Klassenkampf in China befaßt! Die Begeisterung für die Kulturrevolution (eine berechnete Begeisterung, deren Schattenseite darin bestand, daß ihr exakter Verlauf und ihr recht abrupter Abbruch nur selten genau analysiert wurden), hat einen Teil der Linken zu einer zeitweise unkritischen Haltung gegenüber China verleitet. So wurde der Sturz Tchen Bo Da's und auch der Sturz Lin Biao's kaum als einschneidende politische Ereignisse begriffen, und Nixons Besuch in Peking auf dem Höhepunkt der US-Aggression gegen Vietnam, wurde ebenfalls kaum als dramatische Wende der chinesischen Politik gesehen. Hier liegen die Wurzeln dafür, daß heute, nach dem Sturz der „Vierbande“, nach Deng-Hsiao-Ping's drittem Come-back, angesichts der gewaltigen Wiedergutmachungszahlungen an die entmachtete alte Bourgeoisie Chinas, viele Linke wie vor einem Scherbenhaufen stehen. Diese Menschen empfinden die Entwicklung in China subjektiv als Diskreditierung des Sozialismus; als Beweis für die These, daß im Sozialismus letztendlich die Unterdrückung des Menschen nur anders verbräutet wird.

Wir können diese Haltung nur aufbrechen, wenn diese Genossen bereit sind, sich mit Chinas jüngster Geschichte zu befassen – nur auf diesem Weg ist Klarheit darüber möglich, daß das heutige Regime in China weder mit Sozialismus noch mit der Politik Mao-Tse-Tungs etwas gemein hat – also objektiv beides nicht diskreditieren kann.

Liebe Genossinnen und Genossen: in diesem Zusammenhang möchte ich Euch noch einmal daran erinnern, daß es heute nötiger denn je ist, Anstrengungen zur Unterstützung der in China eingekerkerten und z.T. von Hinrichtung bedrohten Genossen zu unternehmen. Diese Genossen verkörpern ja nicht nur das ursprüngliche Kampfziel der Kulturrevolution, sondern sie sind auch die Freunde des vietnamesischen Volkes – ihre Einkerkierung und Ermordung ist das innenpolitische Gegenstück zur Aggression gegen Vietnam.

3.) Die Bedeutung des Wegfalls Chinas als antiimperialistischer und anti-revisionistischer Partner der Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Staaten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, sind immer noch nicht erfaßt. Viele Befreiungsbewegungen und fortschrittliche Staaten sind heute einfach gezwungen, ein engeres taktisches Bündnis mit der SU einzugehen – auch Vietnam.

Es gibt eine Sorte Linke, die angesichts dieser Entwicklung nicht mehr zuwege bringt, als warnend den Zeigefinger zu heben und „die Gefahr sowjetischen Einflusses“ zu beschwören. Hieraus leiten sie dann ihre passive Haltung, ihren Defätismus ab. Diese Menschen sind im Grunde genommen der imperialistischen Propaganda auf den Leim gegangen, die ja darauf ausgerichtet ist, die Kämpfe in der Welt in ein Schema zu pressen, in dem sie nur noch als Plus- und Minuspunkte der Großmächte erscheinen. Laßt uns dafür eintreten, die Kämpfe in der Welt wieder klassenmäßig zu sehen. Wir unterstützen alle gerechten Kämpfe der Völker, ob in Eritrea, wo die SU auf der Seite der Konterrevolution gegen das Volk kämpft, ob in Ost-Timor, wo der Kampf der Fretilin von der SU schlicht „übersehen“ wird; ob in Vietnam und Südafrika wo die Kämpfe der Völker von der Konkurrenz zwischen der SU und dem Imperialismus profitieren und sowjetische Unterstützung erhalten.

Aus unserer prinzipiellen Haltung heraus ziehen wir das Recht, die sowjetische Außenpolitik nicht nur anzuprangern, wenn sie auf der Seite der Konterrevolution agiert, sondern auch dann zu kritisieren, wenn sie sich für einen offiziell Verbündeten so schäbig wenig engagiert, wie in diesen Tagen für Vietnam. Wir verkennen nicht die Gefahr, die von einer engeren Anlehnung junger Staaten und Befreiungsbewegungen an die SU ausgeht. Aber wir sind auch sicher, daß das Streben der Völker nach Unabhängigkeit letztendlich alle Großmachtträume zerplatzen lassen wird – ob sie nun in Washington, Moskau, Peking oder Bonn geträumt werden!





# Grüner Verbund kandidiert zur Euro-Wahl

Nach mehrwöchigen Diskussionen und Programmarbeit steht die Einigung der vier „grünen Parteien“, AUD, GAZ, GLU und GLSH zu einer gemeinsamen Wahlliste für die Europawahl bevor. Am 17./18.3. soll in Frankfurt der „Vereinigungsparteitag“ stattfinden. Diesem Verband hat sich jetzt die Grüne Liste Rheinland-Pfalz (eine wenige Dutzend Mitglieder umfassende Gruppe von GAZ- und GLU-Sympathisanten) angeschlossen. Gleiches hat auch die Europäisch-Föderalistische Partei angekündigt. Es ist allerdings unklar, wie weit die Verhandlungen mit dieser Gruppe gediehen sind.

Aus den Umweltschutzverbänden ist bislang nur bekannt geworden, daß Roland Voigt und Petra Kelly vom BBU-Vorstand auf der sich anbahnenden Wahlliste kandidieren wollen. Für die Wahlkampfzeit und die Zeit der Wahrnehmung parlamentarischer Mandate muß nach einem Beschluß des BBU ihre Vorstandsmitgliedschaft allerdings ruhen.

Den Delegierten in Frankfurt, die zu gleichen Teilen von AUD, GAZ und GLU (jeweils 150 Mandate) gestellt werden (plus kleinere Zahl von GLSH und Rheinl.-Pfalz) liegt ein Programmentwurf mit dem Titel: „Das Europaprogramm der Grünen“ vor.

Der Programmentwurf trägt deutlich die Handschrift mehrerer Organisationen. In ihm finden sich einerseits die von der GAZ her bekannten kleinbürgerlich-reaktionären Positionen, andererseits eine Reihe fortschrittlicher Positionen, die deutlich die Handschrift der AUD oder der linken Teile der GLU verraten.

Besonders der Grundlagenteil (eine Art Präambel und Zielkatalog) verrät deutlich den Einfluß Gruhl's.

Ausgangspunkt im Grundlagenteil ist die „...Bewahrung der ökologischen Lebensbasis für den Menschen und für die Tier- und Pflanzenwelt“. Diese sei vor allem durch „Wirtschaftswachstum“ bedroht. Da dieses Wachstum nach Meinung der Ökologen auf natürliche Schranken stößt, nämlich die Schranke der begrenzten natürlichen Umwelt in Europa, müssen die Menschen sich von diesen Schranken fortbewegen und stattdessen sparen.

Auf dem Energiesektor heißt es darum: „Energie ist knapp und wird immer knapper werden.“ Auch das ist eine Begründung für generelle Einschränkung und nicht für die Beseitigung der gesellschaftlichen Schranken, die Knappheit und Auspöwerung natürlicher Ressourcen mit sich bringen. Als Folge werden Einstellungsveränderungen des Menschen gefordert, z.B.: „Stop der Verschwendung und Überwindung der barbarischen Wegwerfmentalität.“

Vollständig an eine imperialistische Spar- und Austeritätspolitik in-

tegrierbar sind schließlich Positionen wie:

„Das neue Europa wird nur Wirklichkeit werden, wenn die Wertvorstellungen der Europäer von der Überschätzung des Lebensstandards und der quantitativen materiellen Eingieisigkeit befreit werden. Die geistige und seelische Selbstverwirklichung des Menschen hat entscheidende Bedeutung.“

Positiv klingt demgegenüber, wenn ein demokratisches Europa gefordert wird und davor gewarnt wird, daß überall in Europa demokratische Rechte abgebaut werden.

Positiv klingen auch eine Reihe sozialer Forderungen wie: „Abbau der Akkord- und Fließbandarbeit ... Verkürzung der Lebensarbeitszeit ... Verlängerung des bezahlten Urlaubs ... Verkürzung der Wochenarbeitszeit ... Verlängerung des Mutterschutzes, Einführung des Babyjahres.“

Wie dies angesichts der oben beschriebenen Sparparolen und eines Satzes wie: „Der bisherige Grundsatz, Arbeitskräfte durch Energie und Maschinen zu ersetzen, weil diese billig sind, wird sich umkehren: Energie und Rohstoffe werden sparsam verwendet und vielfach durch menschliche Arbeit ersetzt werden müssen!“, praktisch verwirklicht werden kann, bleibt das Geheimnis der Verfasser.

Im Bereich „Energie“ wird die vollständige Ablehnung der Kernenergie besonders betont. Besonders werden die Gefahren, die von der geplanten WAA in Gorleben und gleichen Anlagen in La Hague und Windscale ausgehen, herausgestrichen.

Im Komplex demokratische Rechte stechen zwei Forderungen hervor: Einmal die Forderung, daß Meinungs-freiheit, freies Versammlungs- und Demonstrationsrecht in „allen Ländern und über die Grenzen hinweg“ gewährleistet sein müssen. Zum anderen die Forderung: „Die Beeinträchtigung der Berufsausübung (Berufsverbote) aus politischen und weltanschaulichen Gründen haben in einem freiheitlichen Europa keinen Platz.“

Im Komplex „friedliches Europa“ heißt es einleitend: „Ökologische Politik ist gewaltfreie Politik. Das gilt nicht nur innenpolitisch, sondern genauso im Verhältnis der Völker untereinander.“ Dann folgen Abrüstungs-forderungen. Zu dem Komplex gehören nach Meinung der Verfasser auch „erste kalkulierte Schritte der Bundesrepublik Deutschland wie: Verzicht auf die Einführung neuer Waffensysteme.“ Diese Forderung hebt sich wohlthuend von den Abrüstungs-forderungen der etablierten Parteien ab. Es muß allerdings gesagt werden, daß bei vorhergehenden Diskussionen (Kassel und Vlotho) die aufgestellten Forderungen noch weiter gingen. Dort war nicht nur vom kalkulierten Verzicht auf noch zu

entwickelte Waffensysteme die Rede, sondern durchaus vom „kalkulierten Abbau“ bestehender Waffensysteme ohne sofortige Gegenleistung der anderen Seite.

Trotzdem verdienen Forderungen wie „Verbot des Waffenhandels und der Ausfuhr atomarer Technologie und Anlagen“ und „Verhinderung einer westdeutschen Atomstreitmacht und eines eigenständigen westdeutschen Rüstungsblocks“ natürlich Beachtung, so wie der gesamte Komplex, in dem der Versuch einer Öffnung der grünen Bewegung nach links sichtbar wird.

Erwähnenswert sind noch die Bereiche Europa der Regionen, Umwelt und Gesundheit, in denen eine Reihe fortschrittlicher Einzelforderungen verarbeitet worden sind. Beim Komplex Frauen fällt auf, daß zwar die Forderung nach Gleichberechtigung generell erhoben wird, die Ausführungen aber einigermaßen nebulös klingen. Z. B. wenn es heißt: „Die Strukturen und Verfahrensweisen der Entscheidungsgremien und unsere Gesellschaft müssen so gestaltet werden, daß den Frauen, besonders den Frauen mit Kindern, die Mitarbeit möglich wird.“ Klingt schön, nur was soll Frau sich denn darunter vorstellen. Soetwas kennt man/frau von den etablierten Parteien zur Genüge. Die einzige konkrete Forderung ist die nach Wegfall der Leichter-löhnguppen. Alle anderen konkreten Forderungen der Frauenbewegung werden noch nicht einmal erwähnt. Besonders auffällig ist, daß Forderungen gegen den § 218 vollständig fehlen.

Das Programm bietet also insgesamt ein buntscheckiges Bild. Es ist selbst voller Widersprüche und es bleibt fraglich, ob dieses Gemenge von eigentlich politisch unverträglichen Positionen die umfassende grüne Gesamtalternative entstehen lassen kann, von der in den letzten Monaten bei den grünen Parteien so viel die Rede war.

Das Programm und das Vorhaben der gemeinsamen Wahlliste wurde dann den Parteitag und den Delegiertenkonferenzen der Beteiligten vorgelegt. Zwar wurde von allen Konferenzen und Parteitagen im Prinzip grünes Licht für die Vereinigung gegeben. Trotzdem verbleiben noch Differenzen.

Die GAZ hatte am 11.3. ihren Parteitag in Würzburg. Schon vor dem Parteitag hatte eine 19köpfige Gruppe unter Führung von Kaminski die GAZ verlassen. Kaminski hatte Gruhl und die Mehrheit der GAZ-Führung seit Wochen vorgeworfen, er vollziehe eine „Hinwendung zu sozialistisch-marxistischem Gedankengut“ und gebe die ökologischen Grundpositionen der GAZ preis. Konkret hatte Kaminski vor allem die AUD und Teile der GLU im Visier. Ein Wahl-

bündnis mit diesen Gruppen nannte er ein „Volksfrontbündnis“.

Kaminski hat inzwischen erklärt, er wolle sich der Fredersdorf-Partei anschließen („Welt“, 9.3.79).

Aber auch nach dem Austritt des rechten Flügels der GAZ bleiben noch genügend Widersprüche. Besonders gegen die Forderung nach Abschaffung der Berufsverbote und die Forderung nach einem „basisdemokratischen“ Engagement der Grünen wurde in Würzburg massiv Front gemacht (vergl. „FR“, 12.3.79). „Basisdemokratie“ war für viele GAZ-Delegierte ein „Ostzonwort“, und wer von Berufsverböten redet, mache sich einen „kommunistischen Wortschatz zueigen“. In der „Welt“ heißt es auch: „Nachdrücklich forderten Gruhl und die Mitglieder des Präsidiums die Delegierten auf, den Eindruck der wirtschaftsfeindlichkeit zu vermeiden.“ Und für Springers Kommentatoren bleibt die alles in allem beruhigende Erkenntnis: „Die GAZ sieht sich als eigenständige politische und vor allem moralische Kraft und als politischer Rotary-Club (Gruhl). Acht Monate nach der Gründung der Partei hat Gruhl die GAZ fest im Griff. Und: die GAZ ist bürgerlich - ganz wie Herbert Gruhl, der gestern mit überwältigender Mehrheit (83 von 88 abgegebenen Delegiertenstimmen) in seinem Amt bestätigt wurde“ („Welt“, 12.3.79).

Die GAZ geht mit dem Ziel auf den Vereinigungsparteitag, fortschrittliche Teile aus Programm und Politik einer Europawahlliste auszuschalten und für ein insgesamt bürgerliches Gepräge der Liste zu sorgen. Ob sich dies ge der Liste zu sorgen. Ob sich dies die Partner der GAZ gefallen lassen, die ja im Programm einen „Kompromiß“ aller Beteiligten sehen, bleibt abzuwarten.

Widersprüche wurden auch bei der GLU Niedersachsen deutlich, die ebenfalls am 10./11.3. ihren Parteitag in Gartow (Lüchow-Dannenberg) hatte.

Die Diskussion wurde mit verschiedenen Referaten eröffnet. Dazu gehörte auch ein „Contra-Referat“ von H. Bergengruen, der die Argumente der Gegner einer Beteiligung an den Europawahlen zusammenfaßte.

Trotz der in der Debatte auftauchenden Unzufriedenheiten mit dem Programmentwurf, das nach Meinung vieler Delegierter zu viele Zugeständnisse an die GAZ Positionen enthält, wurden die Delegierten bei 12 Gegenstimmen beauftragt, auf der Basis des Programms die Einigung zu vollziehen. Ergänzungen zum Programm wurden ohne Beschlussfassung diskutiert. Die entsprechenden Vorschläge wurden den Delegierten als „Zusatzmaterial“ mit

nach Frankfurt gegeben, und es bleibt nun den Delegierten überlassen, ob sie sich durchsetzen wollen oder nicht. Dies ist besonders schade im Bereich Frauenpolitik. Eine AG zu dem Thema hatte dem Plenum eine ganze Reihe zusätzlicher Forderungen aus der Frauenbewegung vorgelegt. Besonders hervorzuheben sind Forderungen wie: selbstverwaltete Frauenhäuser, Witwenrente, Rentenanspruch für die Hausfrauenarbeit. Zur § 218-Frage machte die AG den Vorschlag, entweder die Forderung nach vollständiger Freigabe der Abtreibung und der ersatzlosen Streichung des § 218 oder die Forderung nach einer Fristenlösung in das Programm aufzunehmen. Der Parteitag schaffte es nicht, überhaupt zu einer Entscheidung zu kommen, weil gerade hier die politischen Widersprüche in der GLU besonders sichtbar wurden.

Inzwischen hat auch der Delegiertenrat der AUD dem Programmentwurf zugestimmt. Die AUD-Zeitung meldete zwar einige Gegenstimmen, schwenkte sich zu den Widersprüchen ansonsten aber aus.

Über Diskussion und Beschlussfassung bei der GLSH und der Grünen Liste Rheinland-Pfalz liegen uns keine Meldungen vor.

Ein Genosse der Euro-Wahl-Kommission

## Klarstellung

Mit ungläubigem Staunen entnahm ich der „FAZ“ am 16.3., der Europawahlzusammenschluß von GAZ, GLU und AUD finde jetzt immer mehr Gehör bei „linksorientierten Bürgerinitiativen“ in Hessen. Weiter: Rudi Dutschke sei im Gespräch für eine Kandidatur auf dieser Liste. Und schließlich: Die Grüne Liste Hessen (GLU) - wenn auch zum Gründungstreffen nicht eingeladen - sei „am Überlegen“, ob sie mitmacht.

Solide Informationsarbeit fällt eben doch schwer, auch für die „FAZ“. In Wahrheit wird nämlich nicht Rudi Dutschke kandidieren, sondern Peter Frankenkeld. Unterstützt wird er dabei auch nicht von der GLH, sondern von der über hessische Landesgrenzen hinaus vielbeachteten Institution „Blauer Bock“. Das neue Bündnis wird im nächsten „Goldenen Schuß“ vorgestellt werden. Tja, das wird ein Wahlkampf!

Aber ansonsten stimmte alles an dieser Meldung.

Ein Frankfurter GLH-Mitglied

## Faschisten auf dem Europaparteitag der Grünen?

Auf der Delegiertenkonferenz der GLU Niedersachsen am 10./11.3. nahm die Auseinandersetzung um die GLU Hamburg einen breiten Raum ein. Bekanntlich arbeiten in der GLU Hamburg auch Mitglieder der „Solidaristischen Volksbewegung-SVB“ mit. Die SVB ist eine faschistische Organisation, die stärker als andere faschistische Organisationen versucht, im Umweltschutzbereich Fuß zu fassen. Mitglieder der SVB sind in der GLU Hamburg an führender Stelle tätig (vergleiche die ausführliche Darstellung in der Broschüre der BL: Feigenblatt oder Alternative, Juli 78).

Die GLU-Führung hatte verschie-dentlich versucht, die Solidaristenfrage mit der Hamburger GLU zu klären. In einem GLU-Rundbrief zum Thema Solidaristen, den Lippelt im Auftrag des Vorstandes verfaßte, heißt es: „Bei verschiedenen Gesprächen zwischen niedersächsischen und Hamburger Vorstandsmitgliedern war uns von Hamburger Seite aus immer wieder in Aussicht gestellt worden, daß man die Frage dadurch lösen werde, daß man die Solidaristen vor die Entscheidung stellen werde, entweder in der GLU oder in ihrer „Solidaristischen Volksbewegung“ zu arbeiten“. Gegen die Mitarbeit ehemaliger Solidaristen hätte die GLU-Führung nichts einzuwenden gehabt, fährt Lippelt fort und beklagt sich, daß die Hamburger die GLU-Führung von der Hamburger Landesversammlung am 5.11. wieder eingeladen haben.

Auf dieser Versammlung faßte die Hamburger GLU dann folgenden Beschluß: Mitgliedschaft in GLU und bei den Solidaristen sind vereinbar,

unvereinbar sei nur eine gleichzeitige Vorstandstätigkeit. Zu deutsch: ein „einfaches“ Mitglied der Solidaristen kann bei der GLU-Hamburg im Vorstand sitzen.

Das war selbst für die GLU-Führung in Niedersachsen zu starker Tobak. Sie faßte folgenden Beschluß: „Nach einer eingehenden Befassung mit Programm und Manifest der Solidaristen wurde ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den politischen Grundanschauungen der Solidaristen und der GLU festgestellt. Der Gegensatz besteht vor allem gegenüber den völkisch-nationalen und den hierarchisch-elitären Vorstellungen der Solidaristen. Dementsprechend können wir den Beschluß der GLU Hamburg vom 5.11. nicht akzeptieren“ (nach Rundbrief).

Ein weitergehender Antrag auf Rauschmiß der Solidaristen scheiterte leider. Selbst zwei auf der fortschrittlichen Seite der GLU stehende Vorstandsmitglieder stimmten dagegen. Dabei sind Kennzeichnungen wie „völkisch-national“ oder „hierarchisch-elitär“ glatt untertrieben. Der offene faschistische Charakter der Solidaristen wird schon bei den programmatischen Aussagen deutlich, die Lippelt im GLU-Rundbrief zitiert. Im Solidaristischen Programm von 78 kann man z.B. lesen: „Es gibt keine Gleichheit des Menschen. Nur wer die Ungleichheit berücksichtigt, kann gerecht sein. Leben ist ohne Vielfalt nicht denkbar. Vielfalt bedeutet Ungleichheit. Ungleichheit ist erb- und umweltbedingt.“

Im Solidaristischen Manifest vor 78 wird z.B. die „... Heranbildung

einer volksorientierten Leistungs- und Funktionshierarchie in den Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen ...“ gefordert und wenn es um das „Selbstbestimmungsrecht“ des deutschen Volkes geht, wird zur Überwindung aller deutscher „Separatstaaten“ aufgefordert. Von der Maas bis an die Memel...???

Die GLU Hamburg gab aber keinesfalls klein bei. Auf der Delegiertenkonferenz der GLU Niedersachsen erschien sie mit dem Anspruch, auch Solidaristen für den Vereinigungsparteitag zu den Europawahlen delegieren zu können. Nach GLU-internen Absprachen kann die Hamburger Delegation 5 Personen umfassen. Das ging vielen GLUern doch zu weit. Truss und Hoffmann erklärten für die GLU Hessen, daß man den Europaparteitag der Grünen verlassen würde, wenn Hamburg Solidaristen delegieren würde. Von Lüneburger GLUern um Soetebier wird eine ähnliche Initiative für die GLU Niedersachsen versucht. Bertram vom GLU-Vorstand hat ebenfalls angedroht, den Parteitag zu verlassen und Lippelt hat angekündigt, im Falle des Falles seinen Vorstandsposten niederzulegen. Der Parteitag fällt allerdings keine Entscheidung. Initiativen, die Frage durch einen Parteitagsschluß zu regeln, wurden in einer GO-Debatte vermauselt.

Die Hamburger GLUer haben keinen Zweifel gelassen, daß sie auch Solidaristen delegieren werden. Wie halten es grüne Listen mit Faschisten? Auch in dieser Hinsicht verspricht der Frankfurter Parteitag spannend zu werden!

Bunte-Liste-Zeitung Nr. 4 erschienen

Mit viel Informationen vor allem über die Themen, die z.Zt. die Parlamentsarbeit der Bunten Liste in der Eimsbütteler Bezirksversammlung bestimmen, aber auch mit Artikeln zu Problemen in anderen Hamburger Stadtteilen und darüber hinausgehenden Schwerpunkten der Bürger- und Basisinitiativen (Gorleben), ist jetzt die Nr. 4 der Bunte-Liste-Zeitung erschienen. Ob es am heraufziehenden Frühling liegt, daß der läsa Schmetterling wieder nach außen sichtbar in Bewegung kommt? Wie dem auch sei, die Zeitung dürfte auch Initiativen außerhalb Hamburgs

einen interessanten Einblick in alternative Kommunalpolitik bieten. Sie kann für 50 Pfennig plus Porto bei folgender Adresse bestellt werden. bestellt werden:

Bunte Liste,  
Fruchtallee 9  
2000 Hamburg 19.  
Ausgeliefert wird nur gegen Vorkasse - entweder in Briefmarken beigelegt oder auf folgendes Konto überwiesen: Dresdner Bank Hamburg (BLZ 200 800 00), Kto. - Nr. 4812761/01, Dieter Siewertsen. (für Porto entsprechende Drucksachengebühr (eine Zeitung = 50 g) errechnen)



# KB-Prozesse

## Gericht deutet an: Keine Verurteilung nach § 90a

„Außerhalb der Hauptverhandlung will ich einmal laut denken: ich beabsichtige nicht, nach § 90a zu verurteilen“ – diese Mitteilung machte Richter Betz am 15. März, dem mittlerweile 10. Verhandlungstag im Prozeß wegen der Herausgabe des „Russell-Buch 5“. Darin ist zweifellos eine überraschende Wende in dem Prozeß zu sehen, hatte Richter Betz doch alle bislang gestellten Beweisanträge der Verteidigung mit teilweise haarsträubender Begründung zurückgewiesen und darüber hinaus verschiedentlich das skandalöse Auftreten des Staatsanwalts Reumann („Man hat sich Gedanken gemacht, Gefangene zu exekutieren, da kann ich nur sagen: Na und?“) eigenwillig in Schutz genommen.

Tatsächlich war der Prozeß hier an einen entscheidenden Punkt gelangt, an dem der Richter unweigerlich vor der Alternative stand, entweder ein Signal für einen straffreien Ausgang dieses Prozeßabschnittes (Anklage wegen „Staatsverunglimpfung“) zu geben, oder die Anklageschrift bedingungslos gegen jeden weiteren Beweisantrag abzuschotten, sich damit noch tiefer in unhaltbaren Argumentationen zu verfangen und hemmungslos auf eine ungeschminkte Gesinnungsverurteilung zuzusteuern. Diese zur Entscheidung drängende Alternative war angelegt, nachdem Betz die bisherigen Beweisanträge als teils „unbeweisbare Wertungen“ und teils „unerhebliche Tatsachenbehauptungen“ und „keine Beschimpfungen“ zurückgewiesen hatte, und die Verteidigung nun die

Identität der Beweisanträge mit inkriminierten Textstellen des Buches nachwies und dem Richter eine Reihe von Fragen vorlegte, was denn konkret in dem Buch überhaupt noch wegen „Staatsverunglimpfung“ gerichtlich beurteilt werden sollte. Die Fragen zielten darauf ab, vom Richter selbst diejenigen „erheblichen“ Punkte des Buches genannt zu bekommen, zu denen er dann kaum noch Beweisanträge hätte ablehnen können, ohne das Bild eines „unabhängigen Richters“ gänzlich aufzugeben. Betz lehnte eine Auskunft auf diese Fragen ab, da dazu „kein Recht des Angeklagten“ bestünde und (das hatte er wohl bemerkt) das Gericht ja „von Amts wegen selbst Beweis erheben müßte, wenn es die Notwendigkeit weiterer Beweisaufnahmen sehen würde“. An diesen Beschluß knüpfte er oben zitiertes „lautes Denken außerhalb der Hauptverhandlung“.

Die Ankündigung einer Nicht-Verurteilung nach § 90a ist ein großer Zwischenerfolg der Verteidigung. Bestätigt hat sich in diesem Prozeß abermals, daß der Justiz gerade in politischen Verfahren nichts geschenkt und nichts erspart werden darf, daß eine erfolgreiche Verteidigung wesentlich davon abhängt, die Schwachpunkte der Anklage systematisch herauszuarbeiten (in diesem Fall vor allem: einem Wahrheitsbeweis des Buchinhalts um jeden Preis aus dem Weg zu gehen) und diese zum Gegenstand des Prozesses zu machen. Zur Verteidigungslinie in diesem Prozeß gehörte (und

gehört!) dabei auch, dem Gericht immer wieder den Protest vor Augen zu führen, den dieses Verfahren außerhalb des Gerichtssaales im In- und Ausland gefunden hat. Die Stimmen der Solidarität wurden an verschiedenen Prozeßtagen ausführlich zitiert – und diese Solidarität hat diesen Zwischenerfolg mit möglich gemacht.

Eine entscheidende Hürde ist genommen, aber der Prozeß ist damit noch keineswegs gelaufen. Noch nicht behandelt sind die Beleidigungs-Anklagen des Westberliner und des Hamburger Polizeipräsidenten wegen der im Buch dargestellten Erschießungen von Georg von Rauch und des Bankräubers Gonzales, sowie die Beleidigungsklage von Franz-Josef Strauß wegen der Schreibweise seines Namens mit „SS“. Auch hier wird das Gericht mit für die Ankläger unliebsamen Beweisanträgen konfrontiert werden.

Und: die Niederlage der 90a-Anklage in diesem Prozeß sollte eine ermunternde Aufforderung sein, jetzt mit gleicher und noch mehr Energie die Solidarität für den Genossen Kai Ehlers zu stärken: sein Prozeß wegen der Berichterstattung des ARBEITERKAMPF über die Stammheimer „Selbstmorde“ soll am 26. April beginnen – und diese Anklage ist beileibe kein „Pappenstiel“, wegen der gereizten Verfolgungssucht des Staatsschutzes in Sachen Stammheim und wegen der Vorstrafen, die bereits aufgrund anderer „Pressdelikte“ auf Kai lasten.

Jürgen Reents



## Solidaritätsmeldungen

Jürgen Roth

Der Frankfurter Autor Jürgen Roth, u.a. für seine antifaschistische Enthüllungsbucharbeit über die „Grauen Wölfe“ in der Türkei und für seine Publikationen über Stadtteilerstörung bekannt, schickte mit Datum vom 11. März folgenden Solidaritätsbrief:

„Lieber Jürgen Reents, ich verfolge seit einiger Zeit mit großem Unbehagen den Zensurprozeß gegen Dich und den Verlag J.Reents. Hier geht es in der Tat nicht darum, irgendwelche Beleidigungen oder Verleumdungen durch die Justiz ahnden zu lassen, sondern darum, Präzedenzfälle zu schaffen, um jegliche Kritik an diesem Staat zu verbieten und zu kriminalisieren. Denn das, was in dem Russell-Buch 5 steht, ist im großen und ganzen uns allen bekannt, wurde teilweise in einzelnen Fällen auch in bürgerlichen Zeitungen berichtet. Die Gefahr für diesen Staat scheint erst in der nahtlosen Zusammenfügung der vielen Mosaiksteine zu sein, die das selbstgerechte Bild eines „Rechtsstaates“ erheblich in Frage stellen. Euer Buch war wichtig, noch wichtiger ist auch die Prozeßführung, weil man sieht, daß es die Justiz weniger auf Tatsachen ankommen lassen will, sondern ausschließlich auf die Verfolgung mißliebiger Meinungen.

Ich hoffe trotz alledem, daß Du den Prozeß gewinnen wirst und hoffe noch vielmehr, daß auch die demokratische Öffentlichkeit erkennt, welche Gefahr für die freie Meinungsäußerung dieser Prozeß darstellt. Mit solidarischen Grüßen

Jürgen Roth

nicht mit allen Aussagen des Buches einverstanden erklären, sehen wir keinerlei Möglichkeit, diese Aktion des Gesetzgebers und der Gerichte mit unserem Verständnis einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, wie es in unserem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist, zu vereinbaren.“

„avanti“. Wieweit ist Kritik noch möglich?

In der März-Ausgabe des linken Monatsmagazins „avanti“ schreibt Frank Rühmann am Schluß eines ausführlichen Artikels zum Prozeß gegen das Russell-Buch 5:

„An dem Band 5 der Russell-Reihe läßt sich manches kritisieren. Vieles ist, wie die Frankfurter Rundschau schrieb, ein Spiegelbild von Bild & Co. Das aber ist letztlich eine Frage der politischen Auseinandersetzung, nicht der Strafjustiz. Wenn es in dem jetzt laufenden Prozeß gegen Jürgen Reents zu einer Verurteilung kommt, stellt sich letztlich die Frage, wieweit überhaupt noch grundsätzliche Kritik an diesem Staat möglich ist. Hier geht es um das Prinzip. Denn, wie Professor Grünwald anläßlich der Verleihung des Fritz-Bauer-Preises formulierte: ... selbst wenn es Kriterien gäbe, nach denen das Urteil so oder so auszufallen hätte - schlimm ist es schon, daß Staatsorgane überhaupt die Befugnis beanspruchen, über die Staatsgesinnung der Bürger zu urteilen und ihnen je nach dem Ergebnis der Prüfung das Recht zur Kritik zu gewähren oder zu versagen.“

anwalt Reumann informiert. Erinnert wird darüberhinaus an verschiedene Tatsachen (Computer-Überwachung, Berufsverbote, Gefängnisstrafen für AKW-Gegner usw.), die die BRD „auf dem Weg zum Polizei- und Überwachungsstaat“ markieren. Das Flugblatt ruft schließlich zum Besuch des „Russell-5“-Prozesses und des Hamburger Antifaschisten-Prozesses auf, der am 20. November letzten Jahres nach halbjähriger Prozeßdauer (42 Verhandlungstage) vorläufig platzte (siehe AK 143, S.4) und am 28. Mai neu eröffnet werden soll.

„Rote Fahne“, „KPD“

In ihrer Ausgabe vom 15.3.79 informierte die „Rote Fahne“ der „KPD“ erneut ausführlich über den Stand im „Russell-5“-Prozeß. Die Ablehnung der von der Verteidigung gestellten Beweisanträge und die dafür gelieferte Begründung wird von der „Roten Fahne“ als „makabres Schauspiel“ gewertet, das in der Konsequenz bedeutet, daß „keine Verteidigung möglich“ ist. „Staatliches Unrecht als Unrecht anzugreifen, wird für jeden zu einem Risiko, muß er doch mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen“, schreibt die „Rote Fahne“. Die Zeitung der „KPD“ weist zum Schluß auf die nächsten Prozeßterminen hin und fordert: „Sofortige Einstellung des Zensurprozesses!“

„Spökenkieker“ (Kiel): Lesen verboten

Die Kieler Initiativen- und Stadtzeitung „Spökenkieker“ berichtet in ihrer Märzausgabe unter der Überschrift „Lesen verboten!“ über die Anklage gegen das Russell-5-Buch. Zum Buch heißt es in dem Artikel: „Anhand zahlreicher Dokumente, anhand von Schriftstücken staatlicher Stellen und Berichten aus der bürgerlichen Presse wird in diesem Buch eine Analyse über Aufbau und Einsatz des staatlichen Sicherheitsappa-

rates vorgelegt und nachgewiesen, daß darin immer mehr die Konturen eines faschistischen Machtapparates erkennbar werden, wie ihn die Nazis mit dem Reichs- und Sicherheits-Hauptamt (RSHA) und der ihm eingegliederten GeStaPo und SD hatten.“ Weiter heißt es: „Es liegt auf der Hand, daß eine Verurteilung und ein Verbot dieses Buches unsere gesamte linke Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kriminalisieren und illegalisieren würde – und daß dies darüber hinaus entscheidende Konsequenzen für jede antifaschistische und konsequent demokratische Kritik an diesem Staat hätte.“ Abschließend ruft der „Spökenkieker“ zu finanzieller Unterstützung auf.

PH-Info Flensburg

Das Flensburger „PH-Info“ (herausgegeben vom Informationsreferat im AStA der Pädagogischen Hochschule) berichtete in seiner 22. Ausgabe (7.2.79) über den „Russell-5“-Prozeß. Die Anklage wird als „ungeheuerlich“ gewertet: „Nicht nur, daß hier eine bestimmte Meinung verboten werden soll, auch mit den Tatsachen wird nach Bedarf herumjongliert“ (es folgt eine beispielhafte Gegenüberstellung dessen, was die Anklageschrift über den Inhalt des Buches behauptet und dem tatsächlichen Inhalt). „Dieser Prozeß könnte Modellcharakter haben“, heißt es weiter im PH-Info: „im Falle einer Verurteilung würde jede ernsthafte antifaschistische Gesellschaftskritik kriminalisiert“. Abgedruckt ist auch der Spendenaufruf für die beiden KB-Prozesse.

„Nürnberger Magazin“

In seiner März-Ausgabe veröffentlichte das „Nürnberg Magazin“ eine von der örtlichen Russell-Initiative

verfaßte Information über den Prozeß gegen den Verlag J.Reents. Zitiert werden dazu die kritischen Stimmen von „konkret“ und „Vrij Nederland“.

„Die Neue“

Über die Ablehnung aller bisher gestellten Beweisanträge informierte die im Aufbau befindliche Tageszeitung „Die Neue“ in einer kurzen Notiz am 7.März.

„Rock gegen Rechts“, Hamburg

Die Hamburger Initiative „Rock gegen Rechts“ führt ein Konzert mit den Gruppen FATE, ROTATORS, FRANZ K. und OCTOPUS durch, zu dem auch ein Vertreter des KB eingeladen ist, um über die beiden 90a-Prozesse zu informieren. Das Konzert findet am 14.April (Oster-samstag) um 19 Uhr in der Hamburger Markthalle statt (Eintritt: 8 DM).

Russell-Buch 5 als Studienmaterial

Die Bedeutung des „Russell-Buch 5“ als ein wissenschaftlicher Beitrag zur Gesellschaftsanalyse der Bundesrepublik wird dadurch unterstrichen, daß das Buch in die Literaturliste des Seminars „Zum Problem des politischen Terrorismus“ an der Frankfurter Universität aufgenommen wurde. Es wird dort unter dem Abschnitt „Analyse zur gewaltförmigen Entwicklung der BRD“ geführt. Leiter dieses Seminars ist Professor Iring Fetscher.

Autonomes Jugendzentrum Warburg

Das Warburger autonome Jugendzentrum „KOM-IN e.V.“ (Westfalen) schickte uns eine Solidaritätserklärung, in der es u.a. heißt:

„Nach Artikel 5 des Grundgesetzes ist unserer Meinung nach dieser Prozeß unzulässig. Wir fordern dazu auf, den Prozeß einzustellen und keine weiteren Fälle der Buch- oder Schriftzensur, gleichgültig in welchem Rahmen, zu wiederholen. Obwohl wir uns

KPD/ML

Die „KPD/ML“ verteilte in Hamburg ein Flugblatt mit dem Titel „Pressefreiheit in Hamburg: Maulkorb für den Verlag J.Reents“. In diesem Flugblatt wird über den Inhalt des „Russell-5-Buches“ und über die Ankündigung eines Strafantrages von mindestens 6 Monaten Knast durch Staats-



## Prozeßberichterstattung in den Niederlanden

Nachdem unsere niederländischen Freunde/innen und Genoss(inn)en die Spitze bei der Unterschriften-sammlung des Auslands erobert und bisher gehalten haben, ist die Berichterstattung in der niederländischen Presse über den laufenden Prozeß gegen den KB sehr gut angelaufen.

Einen ganzseitigen Bericht brachte jetzt die links-unabhängige Wochenzeitung „De Nieuwe Linie“ (28.2.). Nach einer ausführlicheren Darstellung der Inhalte des Buches und einiger Anklagepunkte schildert H.M. den Verlauf des Prozesses. Ein Auszug: „Die Sitzung am 15. Februar dauerte nur kurz. Die Verteidigung forderte, daß bestimmte dreiste Äußerungen des öffentlichen Anklägers über die Exekution von politischen Gefangenen ins Protokoll aufgenommen werden sollten. Aber der Richter beschloß, den Staatsanwalt gegen sich selbst in Schutz zu nehmen und verweigerte die Aufnahme von Reumanns Bemerkungen in das Sitzungsprotokoll. In den nächsten Wochen geht der Zirkus weiter.“

Aus dem Prozeßverlauf folgert H.M.: „Aus all dem wurde deutlich, daß der Ankläger nicht im geringsten interessiert ist zu untersuchen, ob es eventuell gerechtfertigt ist, Vergleiche zwischen dem faschistischen Behörden- und Polizeiapparat und der heutigen Situation zu ziehen - und das schon gar nicht, wenn diese Warnungen aus der kommunistischen Ecke kommen. Im Gegenteil, dieser Prozeß hat vor allem zum Ziel, politische Kritik zum Schweigen zu bringen. Daß bei dieser Kritik Deutschlands national-sozialistische Vergangenheit in Erinnerung gerufen wird, macht die Sache nur noch schlim-

mer. Verweise auf die Zeit vor 1945 sind peinlich und haben deshalb zu unterbleiben...“

H.M. führt eine Reihe weiterer Beispiele politischer Zensur in der BRD an und schließt mit einigen Worten über die Solidaritätsveranstaltung am 9. Februar in Hamburg, in der er einen Hoffnungsschimmer für ein gemeinsames Auftreten der Linken sieht (allerdings unterließ dem Verfasser hier ein kleiner Fehler: nicht die DKP, sondern die „KPD“ beteiligte sich mit einem Vertreter an dieser Veranstaltung).

Danke auch an die Redaktion von „DNL“, daß sie unter diesen Artikel noch die niederländische Bezugsquelle für die Publikationen des J. Reents-Verlages gesetzt hat!

\*\*\*

„Ein Deckel auf die Vergangenheit, das Heute und die Zukunft“ - so überschreibt S.K. (früherer Mitarbeiter des leider letztlich verstorbenen niederländischen BRD-Bulletins „Unsere rechten Nachbarn“) seinen Bericht über die KB-Prozesse in der Zeitschrift „Bevrijding“ (Nr. 4, 8.3.) der Pacifisties-Socialistische Partij (PSP). Dem Artikel vorangestellt ist als Motto die Bestimmung aus dem Potsdamer Abkommen vom 2.8. 1945, daß - wir zitieren vollständig, man muß sich das immer wieder vor Augen führen! - „alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben u. Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren

Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst (werden), um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“ (dt. Fassg. zit. nach „Antifaschistische Russel-Reihe“, Band 1).

S.K. geht auf den Inhalt des Buches - „eine scharfe, gut dokumentierte Anklage gegen die Art, in der die Kommandos aufgebaut und jetzt eingesetzt werden können“ - und die Anklagepunkte ein: „Man will auch lieber nicht an die Vergangenheit erinnert werden. Viele deutsche Behörden, vor allem die Nachrichten- und Sicherheitsdienste, werden von Personen geführt, die während der Nazi-Zeit aktiv an Hitlers Traum mitgearbeitet haben“.

Vom Prozeß berichtet S.K.: „Am dritten Prozeßtag... wurde deutlich, daß der Staatsanwalt die Strafe schon bestimmt hatte. Für diese skandalösen Verdächtigungen (in dem Buch - Anm. AK) würden mindestens sechs Monate Gefängnis gefordert werden. Und das vor allen Plädoyers, die noch gehalten werden müssen, in einem Prozeß, dessen Ende noch gar nicht in Sicht ist. Es scheint, als ob man, wie es öfter in der Bundesrepublik vorkommt, am Verlauf des Prozesses nicht interessiert ist: Nicht am Wahrheitsgehalt der Beschuldigungen des Buches, kurzum nicht an der Verteidigung. Das öffentliche Interesse ist dagegen außergewöhnlich groß, ein proppenvoller Gerichtssaal war davon jedesmal wieder der solidarische Beweis...“ S.K. schließt - nach einer aktuellen Meldung zum Ergebnis des Prozesses gegen die Agit-Drucker - mit der Aufforderung, sich mit Protestschreiben an das Amtsgericht Hamburg zu wenden (die vollständige Anschrift wird angegeben).

\*\*\*

Der Internationale Kommunisten Bond (IV. Internationale) berichtet

Der Internationale Kommunisten Bond (IV. Internationale) berichtet in seiner Zeitung „Klassenstrijd“ (Nr. 22, 10.3.) vom Prozeß und der vom KB begonnenen Solidaritätskampagne: „Die Redaktion von KLASSENSTRIJD unterstützt diese Aktion natürlich von Herzen. Leser, die Protesterklärungen senden wollen, können sich an den IKB wenden oder direkt an den J. Reents-Verlag...“ Am Schluß wird noch angegeben, wo in den Niederlanden Exemplare dieses „untergrabenden Buches“ gekauft werden können. - Mitte Februar erhielten wir schon einen Brief vom IKB, in dem die Genossen uns schreiben, daß sie die Protesterklärung übersetzt und eine Unterschriftensammlung begonnen haben. Prima!

\*\*\*

Der Verleger und Buch-Importeur Ordeman, Rotterdam, der seit dem 1. Januar 79 den Alleinvertrieb für den J. Reents-Verlag in den Niederlanden übernommen hat, stellt in seinem neuen Verlagskatalog besonders die „berühmte Russel-Reihe“ heraus und annonciert den Band 5 in den fortschrittlichen Wochenzeitungen.

Niederlande-Kommission

## Neue Unterschriften

Wir veröffentlichen im folgenden wieder einige Unterschriften unter die Protesterklärung gegen die 90a-Anklagen - stellvertretend für alle, die inzwischen neu unterzeichnet haben. Die Gesamtzahl der Unterschriften beträgt jetzt über 1.700.

### BRD

Maren Bremecke, Organistin, Hamburg  
Rüdiger Deißler, Vorsitzender der SJD-Die Falken, Ortsverband Frankfurt-Industrie, und Mitglied des Bezirksvorstands der Falken Hessen-Süd  
Dieter Frettwi, Pastor, Hamburg  
Joh. Herrmann, Pastor, Norderstedt  
Wolfgang Grell, Pastor, Hamburg  
Klaus-Peter Lehmann, Pastor, Hamburg  
Andreas Schultheiß, Pastor, Hamburg  
Jochen Sievers, Pastor, Hamburg  
Hans-G. Werner, Pastor, Hamburg  
Druckerei Klaus Becke, Frankfurt  
AStA der Fachhochschule Lübeck

### Dänemark

Rudi Dutschke, Aarhus

## Spenden

Solidaritätsspenden für die „Staatsverurteilung“ - Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents sind inzwischen weiter eingegangen von:

A.M., Göttingen	50,-
M.S., Westberlin	50,-
R.B., Hannover-Linden	100,-
H.B., Frankfurt	20,-
D.F., Bielefeld	50,-
R.P. und J.H., zwei Ehemalige aus Lübeck	250,-
U.K., Göttingen	60,-
M.P., Bremen	14,-
<b>Gesamt</b>	<b>594,-</b>

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozeßunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

16.303,05

\*\*\*

\*\*\*

Die im letzten AK unter „K.K., Hamburg“ aufgeführten 100 DM stammen von einer Spendensammlung auf der Solidaritätsveranstaltung in Braunschweig Mitte Februar.

\*\*\*

Die Ausgaben für die prozeßbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und Anwaltschaft belaufen sich bislang auf

7.977,-

(Aufstellung siehe letzter AK).

\*\*\*

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung der beiden 90a-Prozesse aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.  
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg  
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

sell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

## Strauß ist beleidigt — Hausdurchsuchungen in München

Auf richterliche Anordnung vom 8.3. wurden in München die Büro-Räume der SDAJ und die Wohnungen dreier SDAJ-Funktionäre in einer groß angelegten Bullenaktion durchsucht.

Anlaß für diese Aktion war die Verteilung eines Flugblatts „Jugend wehrt sich gegen Strauß“ vor einer Landshuter Schule. Franz-Josef Strauß, und mit ihm das Amtsgericht Landshut fühlten sich durch folgende Passagen beleidigt und verleumdet: „Statt mehr Demokratie und Meinungsfreiheit hat uns der neue Landesfürst die Schnüffler und Spitzel in die Klassenzimmer geschickt“. „Statt eine fortschrittliche Sexualkunde einzuführen, soll nach dem Willen der Kardinäle und des Kapitals die Klostermoral in die Schulen einziehen. Derweilen sich Strauß - wie geschehen - in New York mit Nutten rumrauft“.

Obwohl die Polizei das beanstandete Flugblatt seit Tagen in der Hand hatte, wurden diese Hausdurchsuchungen durchgeführt, unter der fadenscheinigen Begründung, „bei derartigen Delikten der Beleidigung und

Verleumdung müßten Druckplatten, Matrizen und weitere Exemplare des Schriftstücks sichergestellt werden. Dabei gelte es auch, den Umfang solcher Aktionen zu ermitteln“ („FR“, 15.3.). Bei der Durchsuchung ließ die Polizei weitere 15 Flugblätter sowie sämtliche schriftlichen Notizen eines SDAJlers über die Machenschaften von Strauß mitgehen. Gegen diese Durchsuchungsaktion haben inzwischen mehrere politische Jugendorganisationen, der Kreisjugendring und die ESG protestiert.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Carmen König fordert in einer Anfrage an die Landesregierung Aufklärung über diese Aktion. Die Jungsozialisten sprechen in einer Erklärung von einem „Versuch der Einschüchterung aller Strauß-Gegner“; die demokratischen Kräfte müßten sich gegen Gesinnungsschnüffelei und Polizeistaatsmethoden wehren. Ähnliche Erklärungen gaben die Jungdemokraten, die Naturfreunde-Jugend, die Falken und die VVN ab („FR“, 15.3.).

Die SPD-Landtagsabgeordnete Carmen König fordert in einer Anfrage an die Landesregierung Aufklärung über diese Aktion. Die Jungsozialisten sprechen in einer Erklärung von einem „Versuch der Einschüchterung aller Strauß-Gegner“; die demokratischen Kräfte müßten sich gegen Gesinnungsschnüffelei und Polizeistaatsmethoden wehren. Ähnliche Erklärungen gaben die Jungdemokraten, die Naturfreunde-Jugend, die Falken und die VVN ab („FR“, 15.3.).

KB/Gruppe Nürnberg

## Jürgen Reents: Rechter is ook aanklager Censuur in Duitsland gaat gewoon door Censuur in Duitsland gaat gewoon door

In januari 1979 kwam in Keulen het Russel-Tribunaal over de mensenrechten in de Bondsrepubliek bijeen. Deze tweede zit-ing had zich onder meer uitgesproken tegen de censuur bezig. De jury beschouwde in haar slotverklaring, dat in de Westduitse woelsteeds meer wettelijke klemmen op de pers en de media werden toegepast. Dat was 10 januari. Intussen gaan de censuurprocedures door.

waar in hoge posities bij de politie en de geheime dienst terecht zijn gekomen. Deze klinkt allemaal in de richting van de censuur, maar toch genoeg voor openbare aanklager Reents om een aanklacht tegen Strauß in te dienen. Als derde punt in de aanklacht wordt het feit dat de naam van de generaal, CDU-politicus Strauß, in de media niet als Strauß, is vermeld. De beschuldigingen worden gebaseerd op twee artikelen uit het Verkoop van de Russel-Reihe.

„De Nieuwe Linie“ (28.2.)



### KB-proces

## Een deksel op het verleden, heden en de toekomst

zullen alle Duitse land-, see- en luchtmachten, de SS, de SA, de SD en de Gestapo, met al hun organisaties, staven en bureaus, inclusief de generale staf, de reservisten, de krijgsscholen, de militaire clubs en de paramilitaire organisaties, samen met hun verbanden, het belang zijn van het behoud van de Duitsche militairische traditie opgeheven worden, om de Duitsche militairische traditie te vernietigen.

„Bevrijding“ (Nr. 4, 8.3.)



## Leserbrief zur Solidaritäts-Diskussion

„Mayday“  
Liebe Genossen!

Ich will mich mal an meinem Beispiel zur „Solidaritäts-Diskussion“ im AK äußern. Am 11. März 1978 haben die Jugendinitiativen im (damals noch) „Wehr-Euch“-Bündnis in der Spitaler Straße und am Mönkebrunnen in der HH-Innenstadt eine bunte Aktion mit Sketchen, Straßenmusik, Infoständen u.v.a.m. zur Unterstützung des Bündnisses gemacht.

Dabei kam es zu einem Bullenüberfall, bei dem 3 Leute festgenommen wurden. Zwei von uns haben jetzt saumäßige Anklagen bekommen.

Es war mir bis jetzt aufgrund des Verhaltens einiger Genossen/innen nicht möglich, die Verteidigung vorzubereiten. Von ... (einer Genossin) ... warte ich seit einem Jahr auf ein Gedächtnisprotokoll über den Bulleneinsatz. Die Genossin war oft fast beleidigt, wenn ich sie darauf aufmerksam machte, daß es sich für mich um eine wichtige Sache handelt, und redete sich mit Überar-

beitung heraus.

Ähnlich erging es mir mit mehreren anderen Zeugen. Das kann ich mir nicht mehr mit Abstumpfung gegenüber Prozessen erklären. Ich sehe darin nur eine schrecklich gleichgültige Haltung gegenüber dem MENSCHEN, der da stellvertretend für etliche, und auch für die, die sich um ihre (eigentlich selbstverständliche) Solidarität drücken, in der Scheiße sitzt. Es wird sich überhaupt nicht klargemacht, was eine evtl. Verurteilung für den/die betreffende(n) Genossen(in) eigentlich bedeutet. Viele wachen erst auf, wenn sie selber betroffen sind. Dadurch wird aus dem/der Betroffenen ein jederzeit austauschbarer oder ersetzbarer „Politroboter“ gemacht. Wo das hinführt, will ich mir nicht ausmalen. Wenn für einen Genossen der AK-Verkauf oder irgendein Termin wichtiger ist als der Besuch eines Prozesses, wo es um Menschen geht, die durch die Justizmaschine fertig gemacht werden sollen und nicht um irgendeine anonyme zu agitierende Masse, liefert er diesen Menschen durch seine verweigerte

Solidarität den Papiertigern restlos aus. Sollte sich diese Haltung auch im KB weiter durchsetzen, ist das für mich sowohl ein Unfähigkeitszeugnis, für einen Menschen etwas zu empfinden, und in ihm nicht nur den Genossen X aus irgendeinem Bereich zu sehen, als auch ein politischer Offenbarungseid.

Unsere Anklagen lauten auf „Versuchte Gefangenenerleichterung“, „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“, „Nötigung“ sowie „Körperverletzung“. Wenn in unserer Sache von einigen Genossen/innen weiter so schlampig vorgegangen wird, gibt es kaum Hoffnung für uns, bei dem Prozess einigermaßen glimpflich wegzukommen. Deshalb sind alle Genossen/innen, die zu der Aktion am 11. März 78 als Zeugen aussagen können, aufgefordert, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Bastos, ein „abgeflippter“ Genosse.

Bastos c/o M. Vatter  
Laeiszstr. 18/II  
2 HH 6, Tel.: 43 97 941

## Beschlagnahmt-freigegeben! Erneut angeklagt!

RUSSELL - BUCH Nr. 5

Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD - zugiger Ausbau der neuen GeStaPo

Der Journalist Hendryk M. Broder in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.8.1978 zu diesem Buch:

„Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wie weit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist.“



240 Seiten DM 14,-  
ISBN 3-88305-005-9



# Das „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht

## Kurze Analyse der Anklage

Voraussichtlich am 26.4. soll der Staatsverleumdungs-Prozess gegen Kai Ehlers wegen der Stammheim-Berichterstattung des ARBEITERKAMPF beginnen, (wenn nicht noch eine kurzfristige Verschiebung eintritt).

In aller Kürze hier noch einmal der Grund der Anklage: Der KB hatte im Oktober/November 1977 als eine der wenigen Stimmen innerhalb der BRD öffentlich und nachdrücklich Zweifel an der offiziell verbreiteten Legende vom angeblichen Selbstmord der Stammheimer und Stadelheimer Gefangenen geäußert. Diese Zweifel stehen heute als „Staatsverleumdung“ vor Gericht. Konkret ist ein Artikel angeklagt, der nach dem Tod von Ingrid Schubert deren „Selbstmord“ in Anführungsstriche setzte und die Befürchtung äußerte, nun könnte auch das Leben der anderen politischen Gefangenen in Gefahr sein.

Nachdem der Staat erst durch Urteil des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Baden-Württembergischen Landtags, dann durch Einstellung der Todesermittlungsverfahren zu Stammheim und Stadelheim im März/April 78 alle Zweifel „bereinigte“, scheint es nun darum zu gehen, die Zweifler selbst zu „bereinigen“.

Die Anklageschrift ist politisch und juristisch eine Provokation. Sie offenbart die arrogante Selbstsicherheit der westdeutschen Staatsschützer, die auf die „Zuverlässigkeit“ der Justiz bauen. Wie schon der Prozess gegen das Buch „Antifaschistische Russell Reihe Nr. 5 – Nach Schleier: Sonderkommandos“ zügiger Ausbau der neuen GeStaPo“, so scheint auch der bevorstehende Prozess zur Stammheim-Berichterstattung des KB nicht auf Wahrheitsfindung durch entsprechende Beweisführung, sondern auf eine von vornherein feststehende Bestätigung der „Rechtsstaat“-Ideologie durch die Justiz zu zielen. Dafür spricht die gesamte Anlage dieser Anklage:

### Keine Begründung der Anklage

Die Staatsanwaltschaft hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, ihre Anklage zu begründen. Sie beschränkt sich auf das bloße Zitieren ausgesuchter „Stellen“ eines Artikels aus AK 117 (15.11.77). Artikel ähnlichen Inhalts in AK 116 („Die Wunder von Stammheim“) und in den folgenden Nummern, ebenso wie Wunder von Stammheim“) und in den folgenden Nummern, ebenso wie ein anderer Artikel in AK 116 zum „Selbstmord“ von Ingrid Schubert (direkt neben den inkriminierten „Stellen“) sind (bisher?) nicht Gegenstand der Anklage. Die Zusammenstellung der angelegten Zitate ist zudem völlig beliebig, ihr Zweck unklar. Es bleibt dem Angeklagten überlassen zu raten, womit er die BRD denn nun verleumdet haben soll.

Den allgemein von staatlicher Seite verbreiteten Vorstellungen folgend könnten von der Staatsanwaltschaft aus den zitierten „Stellen“ diese Aussage-Komplexe gemeint sein:

- der „Selbstmord“ von I. Schubert wird bezweifelt;
- der Tod von I. Schubert wird als „gefährliche Stufe in der Eskalation zur Vernichtung der politischen Gefangenen“ bezeichnet und die Befürchtung ausgesprochen, nun könne auch das Leben weiterer politischer Gefangener, insbesondere das von Irmgard Möller, in Gefahr sein;
- „bei klarem Verstand“ gebe es „nicht den geringsten Grund, an einen Selbstmord der Gefangenen zu glauben“;
- man könne „spekulieren“, ob die „Selbstmord“-Welle vom Bundeskanzleramt angeordnet sei oder ob sie das Werk faschistischer Mord-Commandos sei. Es mag an dieser Stelle dienlich sein, über die Aussage des StA Reimann im „Russell 5“-Prozess nachzudenken, die er für das Protokoll bestätigte: „... Daß sich Gedanken über eine mögliche Exekution der politischen Gefangenen gemacht wurden, dazu kann ich nur sagen: Na und?“;
- die bloße Bekanntmachung der Strafanzeige im AK 125, mit teilweiser Zitierung der inkriminierten „Stellen“, soll ihrerseits den Tatbestand des § 90 a noch einmal erhärten. Darüber hinaus scheint es eine Staatsverleumdung zu sein, daß im AK geschlußfolgert wurde, die Anzeige „deutet darauf hin, daß der westdeutsche Staatsapparat seine Selbstmord-Legende unter allen Umständen auch mit gerichtlicher Repression gegen kritische Pressestimmen durchsetzen will“.

– Interessanterweise nicht in die Anklageschrift aufgenommen wurde das Ermittlungsverfahren gegen Kai Ehlers wegen Herausgabe des Flugblattes: „Ausländische Presse zu Stammheim: 'Es war Mord'!“, obwohl dieses Verfahren bis heute nicht offiziell eingestellt worden ist. In dem Flugblatt wurden eine Reihe ausländischer Tageszeitungen zitiert, die die „Selbstmord“-Version entschieden anzweifeln, z.T. sogar von Mord und drohendem faschistischem Klima in der BRD sprachen. Es scheint so, als ob eine Auseinandersetzung mit diesen Stimmen nicht ins Konzept der Anklage paßt ... ?!

Was ist also in diesem Prozess angeklagt? Was soll eine Staatsverleumdung sein? – – –

Zweifel an der offiziellen „Selbstmord“-Version, die kritische Warnung vor einer Eskalation der Vernichtung politischer Gefangener, Befürchtungen, weitere Gefangene könnten umkommen, Wiedergabe von Spekulationen über denkbare Varianten der Todesumstände – schließlich ein paar spitze Formulierungen wie „Selbstmord an I. Schubert“?

### Ein makabres Stück: Einstellungsverfügung zu den Stammheimer Todesursachen-Ermittlungen = „Überführungsstück“ der Staatsanwaltschaft?!

Es ist bezeichnend, daß dar ein zige „Beweisstück“, das die Staatsanwaltschaft der Anklage beigefügt hat, die Einstellungsverfügung zum Stammheimer Todesursachen-Ermittlungsverfahren vom 18.4.1978 ist. Zum „Selbstmord“ von I. Schubert in Stadelheim glaubt man anscheinend, nicht einmal solch ein „Überführungsstück“ nötig zu haben, obwohl gerade dieser „Selbstmord“, Anlaß des angelegten Artikels war! Die StA scheint also tatsächlich die Absicht zu haben, mit der Einstellungsverfügung vom 18.4.78, mit der nicht mehr anzuzweifeln Zusammenfassung der staatlichen Ermittlungen aus staatlicher Sicht, jeden weiteren Zweifel verbieten zu wollen. Das würde bedeuten, daß in diesem Prozess grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien auf der Strecke bleiben, wenn es nicht gelingt, diese Staatsschutz-Justiz zu stoppen.

Die erste Perversion von Rechtsverständnis liegt in der Absicht, mit einem Ermittlungsergebnis aus dem Jahr 1978 die Fragen, Zweifel und Befürchtungen eines Artikels aus dem November 1977 rückwirkend kriminalisieren zu wollen. Unsere Zweifel wurden geäußert zu einem Zeitpunkt, als die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den Stammheimer Vorgängen eben eröffnet waren, die Ermittlungen zu den Todesumständen von I. Schubert noch nicht einmal begonnen hatten, als der Baden-Württembergische Untersuchungsausschuß noch nicht einmal einberufen war.

Zweitens: Der Einstellungsbescheid vom 18.4.78 ist von sämtlichen Widersprüchen, Unklarheiten, möglichen Hinweisen auf Fremdeinwirkung usw. gereinigt. Er ist die pseudo-wissenschaftliche Bestätigung dessen, was von vornherein von Politikern, Polizei-Funktionären und Medien zur einzig möglichen Version erklärt worden war: „Selbstmord“, was denn sonst?!

Laut Einstellungsverfügung gibt es „keinerlei Anhaltspunkte für eine strafrechtlich relevante Verursachung des Todes der Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe sowie der Verletzung der Gefangenen Möller durch Dritte. Hingegen ist nach dem Ergebnis dieser Ermittlungen nicht zweifelhaft, daß sich die Gefangenen selbst getötet bzw. verletzt haben“. Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung sind dem Bericht nicht beigefügt. Diese Beweise wird die StA Punkt für Punkt aus den Ermittlungsakten, sowie aus den öffentlichen (und den nicht öffentlichen!) Vernehmungprotokollen des baden-württembergischen Landtags zu erbringen haben, wenn sie die Zweifel an ihrer Version und vor allem auch die Zweifel an der Integrität ihrer Ermittlungen mit Tatsachen und nicht mit juristischer Repression ausräumen will.

\* Die Qualität der „Beweise“ des Einstellungsbeschlusses mag jede(r) anhand von ein paar beliebig herausgenommenen Beispielen beurteilen: Auf „Selbstmord“ A. Baaders lassen angeblich „die an der rechten Hand vorgefundenen Substanzen schließen,

bei denen es sich mit sehr großer Wahrscheinlichkeit um Schmauchablagerungen handelt“ (S. 6 des Berichts)

\* Bei den „frischen Quetschungen und Blutungen an der linken Hand und an den Kniescheiben“ Gudrun Ensslins „ist den gerichtsmedizinischen Sachverständigen zufolge anzunehmen“, daß sie durch die bei Erhängen „charakteristischen unkontrollierten Bewegungen“ entstanden sind. (S. 8)

\* Der Todeszeitpunkt (S. 15) wird im Einstellungsbeschuß genau angegeben. Tatsache ist, daß selbst die Aussagen des Knastrmediziners in den Ermittlungsakten ausdrücklich betonen, daß eine genaue Feststellung des Todeszeitpunktes aufgrund „polizeilicher Maßnahmen“ am Morgen des 18. unmöglich gemacht wurde. – Die „Unstimmigkeiten“ zwischen der Einstellungsverfügung und den eigentlichen Ermittlungsakten sind zahlreich. Die Widersprüche und „Unklarheiten“ in den Ermittlungsakten selbst sind nicht minder auffällig.

Nicht anders als zu Stammheim steht es mit den Ermittlungsergebnissen zu Stadelheim: Auch diese Ermittlungen wurden im Frühjahr 1978 eingestellt. Auch hier ein paar Hinweise auf die Qualität der Ermittlungsergebnisse: Laut Todes-Ermittlungsakten wurde I. Schubert am Tage ihres Todes um 15.00 Uhr in eine neue Zelle verlegt. Dabei mußte sie eine körperliche Durchsuchung über sich ergehen lassen. Die Zelle war direkt vor ihrem „Einzug“ gründlich durchsucht worden. Bis zu ihrem Todeszeitpunkt um 18.45 Uhr hatte sie also drei Stunden und 45 Minuten Zeit, um sich das „Seil“ zu knüpfen, an dem sie aufgefunden wurde. In dieser Zeit wurde sie sechs- oder siebenmal beobachtet, bekam zu dieser Zeit wurde sie sechs- oder siebenmal beobachtet, bekam zu essen u.a.m., so daß ihr für das Knüpfen des „Seils“ bestenfalls eine halbe Stunde blieb. Das Seil soll zudem – lt. Akten – nicht nur aus Laken ihrer Todeszelle geknüpft gewesen sein! Woher dann? An ihrer Kleidung wurden keine Fussel gefunden, die beim Abreißen der Streifen vom Bettlaken hätten entstehen müssen – lt. StA soll sie sich zum Reißen nackt ausgezogen oder sich dazu unter ihre Bettdecke gelegt haben.

### Verleumdung?

#### Verleumdung? Wieso eigentlich?

Die Absurdität der Anklage wird auch aus folgendem Widerspruch deutlich:

– Verboten sein soll jeder Zweifel, ob es sich in Stammheim und Stadelheim wirklich um Selbstmord handelte.

– Nicht verboten hingegen ist die öffentliche Diskussion, die vor den Stammheimer „Selbstmorden“ breit geführt wurde, ob der Staat politische Gefangene („Terroristen“) als Geiseln erschießen dürfe bzw. müsse.

Man wird sich daran erinnern: vor den „Selbstmorden“ gab es zahlreiche Stimmen, die öffentlich den Mord an politischen Gefangenen (denn nichts anderes wäre ein solches Vorgehen juristisch!) befürworteten oder direkt forderten. Genannt seien stellvertretend die „Frankfurter Allgemeine“, Golo Mann und die NPD.

Juristisch handelt es sich bei diesen Stimmen „zweifelsfrei“ um Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, zudem zu einer der schlimmsten, nämlich Mord.

Es ist uns aber nicht bekannt, daß auch nur gegen einen dieser Mord-Hetzer ein Strafverfahren laufen würde.

Das kann doch nur bedeuten: Die Staatsanwaltschaft sieht in den Aufforderungen zur Erschießung Gefangener als Geiseln keine strafbare Handlung! Es fragt sich dann aber doch, wieso der Staat „verleumdet“ werden kann, indem man ihm etwas fragend unterstellt, was immerhin völlig straffrei diskutiert werden konnte.

Und mehr noch: An den Diskussionen über Repressalien gegen die Gefangenen „Terroristen“ beteiligten sich auch Politiker und staatliche Stellen:

– Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Kühn (SPD) drohte einen Monat vor den „Selbstmorden“: „Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanns-Martin Schleier auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer

schändlichen Tat befreien wollen, schwer zurückwirken müßte“ („Welt“, 14.9.77). Was meinte Kühn denn wohl damit?!

– In den Krisen-Stäben wurden während der Schleier-Entführung verschiedene „Planspiele“ durchdiskutiert, zu denen auch Repressalien gegen die Gefangenen gehörten.

– Und der Staatsanwalt Reumann erklärte im Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“: „... Daß sich Gedanken über eine mögliche Exekution der politischen Gefangenen gemacht wurden, dazu kann ich nur sagen: Na und?“

Das heißt: Es wird in aller Öffentlichkeit und Offenheit über Repressalien gegen die Gefangenen, einschließlich deren Ermordung diskutiert, wird sozusagen „sachlich“ das Für und Wider abgewogen, wird völlig ungestraft (seitens der NPD) faschistische Mord-Hetze betrieben.

Aber wenn dann am Ende tatsächlich vier Gefangene tot in ihren Zellen liegen, sollen wir nicht einmal fragen dürfen, ob da nicht vielleicht doch ein Zusammenhang zu der vorhergehenden Diskussion besteht?!

Das ist doch ein Zynismus, wie er den Nazis eigen war!

Um eine Verleumdung des Staates im bürgerlich-rechtlichen Sinn können es sich bei dem angeklagten AK-Artikel überhaupt nur handeln, wenn darin dem Staat etwas unterstellt wird, was dieser als schändlich, verbrecherisch empfindet. Das aber ist offensichtlich überhaupt nicht der Fall!

### Prozeßziel: Aburteilung

Es sind eine Reihe von Prozeßvoraussetzungen geschaffen, die darauf hindeuten, daß eine sehr hohe Strafzumessung geplant ist. Möglich sind fünf Jahre Gefängnis.

Eindeutig strafverschärfende Funktion hat die Aufzählung einschlägiger „Vorstrafen“ des Angeklagten, die auf den Vorwurf des „unbelehrbaren Wiederholungstäters“ abzielen: Es handelt sich in allen Fällen um Geldstrafen wegen „Beleidigung“ der Polizei! Ein weiteres Indiz für die geplante Gangart ist die Zweit-Anklage nach der Veröffentlichung der Strafanzeige.

Darüber hinaus hat die Hamburger Staatsanwaltschaft in zwei flän-

kierenden Verfahren deutlich gemacht, daß sie die Presse des kommunistischen Bundes offenbar exemplarisch in die Schranken weisen will. Vor Monaten forderte die StA für Kai Ehlers, damals noch Presseverantwortlicher des AK, wegen der Beleidigung von Strau... durch die Schreibweise seines Namens mit „SS“ 3 (drei) Monate Gefängnis! Im gegenwärtig laufenden Prozeß zu dem „Russell-Buch 5...“ gab die StA zu Protokoll, sie rechne mit einer Verurteilung nicht unter einem halben Jahr Gefängnis.

Damit dürfte klar sein, daß es in diesem Prozeß wie auch im „Russell 5“-Prozeß nicht nur um die Freiheit der Kritik, sondern schon um die Freiheit der Kritiker geht, die sich das Recht auf Kritik nicht nehmen lassen wollen.

### Einige Konsequenzen

Dieser Prozeß wird gegen den KB geführt – wie auch der „Russell-Buch 5“-Prozeß. Sein Ausgang wird aber – so oder so – für die Linke und demokratische Bewegung der BRD erhebliche Konsequenzen haben. Die schlimmste Konsequenz wäre ein Rückzug vor der Repression in die Selbstzensur.

Wir halten es für notwendig und auch möglich, an dem bevorstehenden Prozeß eine Diskussion zu entfalten, an deren Ende genau das Gegenteil dessen steht, was die Staatsschutzbehörden beabsichtigen: nämlich die Neuaufnahme der Untersuchungen zu den Stammheimer und Stadelheimer Todesfällen, das Durchbrechen des ratlosen Schweigens zu diesem Thema. Dabei liegt die Last nicht etwa bei der kritischen Öffentlichkeit, beweisen zu müssen oder zu wollen, daß die Gefangenen umgebracht worden sind, sondern die Bundesregierung und ihre Organe müssen beweisen, daß sie nicht umgebracht worden sind. Solange die Bundesregierung diesen Beweis nicht zweifelsfrei erbracht hat, wird sie sich den Zweifel an ihrer „Selbstmord“-Version gefallen lassen müssen. Im Verlauf dieses Prozesses und der ihn begleitenden Öffentlichkeitsarbeit muß alles auf den Tisch, was diesen Zweifeln neue Nahrung gibt! Dafür werden wir selbst sorgen. Und dafür sollten alle sorgen, die zur Sache etwas zu sagen haben.

Neu! Erscheint in Kürze

## Prozeßbroschüre

Zur Vorbereitung des Prozesses erscheint Mitte dieser Woche eine Dokumentation. Sie enthält Anklage, „Beweismittel“ der StA u.a.m. sowie dokumentarisches Hintergrundmaterial (zum Prozeßgegenstand: die Zweifel an der staatlichen Version „Selbstmord“). Die Dokumentation ist als Arbeitsgrundlage für die zu entwickelnde Öffentlichkeitsarbeit gedacht. Es geht darum, die Aufmerksamkeit aller, die bisher den „Russell-5“-Prozeß verfolgt haben, aber auch weiterer Kreise bereits auf den Prozeß zu richten.

Wir empfehlen, die Diskussion auf folgende Punkte zu konzentrieren: 1. Es kann keine „Verleumdung“ der BRD sein, am „Selbst“-Mord der Gefangenen zu zweifeln, wenn nicht nur die derzeitigen Liquidationsforderungen und die öffentliche Mordhetze nicht gestoppt wurde, sondern ein Staatsanwalt sich heute förmlich vor Gericht zu den Liquidations-Planspielen innerhalb des „Krisenstabes“ äußert: „Da kann ich nur sagen – na und?“

2. Die bisherigen „Ermittlungen“ sind nicht geeignet, Zweifel durch Beweise zu entkräften, sondern erhärten den Eindruck, daß Vorgänge vertuscht werden sollen.

3. Die Presse muß in einem Staatswesen, das Wert darauf legt, demokratisch genannt zu werden, die Freiheit haben, für eine kritische öffentliche Kontrolle staatlicher Aktivitäten einzutreten. Das gilt für die demokratische Presse in besonderem Maße angesichts der reaktionä-

ren Pressekonzentration von Springer und Co. Das gilt selbstverständlich erst recht, wenn Mordverdacht gegenüber staatlichen Organen usw. möglich ist oder geäußert wird. Auch der Versuch, kritische Presse zu Stammheim-Stadelheim zu unterdrücken, muß wohl so verstanden werden, daß gewisse Vorgänge im Dunkeln bleiben sollen.?!?

Denken wir daran: In dem bevorstehenden Prozeß steht zwar ein Linker vor Gericht – der Angeklagte jedoch, der sich verantworten muß, ist der Staat!

Antifa-Kommission und IKAH

Das „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht

56 Seiten A4  
ca. 3,-



# ALBRECHT, WIR KOMMEN!

## AUFRUF ZUR DEMONSTRATION zum Abschluß des Trecks der Gorleber Bauern AM 31. 3. IN HANNOVER

Am 25. März werden Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg in einem Treck nach Hannover aufbrechen, um der Landesregierung zu sagen, daß sie sich nicht aus ihrer Heimat vertreiben lassen. Sie sagen NEIN zur Wiederaufbereitungsanlage, weil es eine nukleare Sicherheit nicht gibt, weil die Wiederaufbereitungsanlage schon im Normalbetrieb das 1000-fache an radioaktiver Strahlung in die Umwelt abgeben wird, wie ein Atomkraftwerk, weil schon der Bau dieser größten Industrieanlage der Welt Natur und Struktur ihres Landkreises zerstören und ihre Existenzgrundlage vernichten wird.

Sie sagen NEIN zur Wiederaufbereitungsanlage, weil sie keinen Atomstaat wollen, der ihren Landkreis schon heute mit Polizei und Bundesgrenzschutz besetzt, der ihnen heute schon Gefängniszellen reserviert, der Grohnde-Demonstranten ins Gefängnis steckt und ihre Existenz mit Schadensersatzklagen ruiniert, weil sie gegen Atomkraftwerke demonstrieren haben.

An diesem NEIN kann auch das Wissenschaftler-Hearing nichts ändern, das die Landesregierung auf Druck der Bürgerinitiativen auf dem hannoverschen Messegelände veranstaltet. Wenn sie das Hearing jetzt zur Farce zu machen versucht, indem sie faktisch die Öffentlichkeit ausschließt und kritischen Wissenschaftlern die Teilnahme verweigert, weil sie die vollständige Veröffentlichung der Gutachten gefordert haben, dann bestärkt uns das nur in unserem NEIN, an dem sich die Landesregierung nicht vorbeidrücken kann: auch wenn sie ihre Entscheidung längst getroffen hat. Während die Wissenschaftler noch an ihren Gutachten arbeiten, läuft in Gorleben der Countdown für den Bohrbeginn.

Während diese Alibi-Veranstaltung in Hannover über die Bühne geht, werden sich den Gorleber Bauern auf ihrem Treck immer mehr AKW-Gegner aus der ganzen Bundesrepublik anschließen und am 31. 3. in einer großen Demonstration in Hannover einziehen. Wir rufen alle AKW-Gegner, die sich nicht früher dem Treck anschließen können, auf, am 31. 3. morgens nach Hannover zu kommen, um den Treck zu empfangen, um gemeinsam zu demonstrieren, daß der Widerstand gegen das Kernstück des Atomprogramms bundesweit ist: GORLEBEN IST ÜBERALL!

Wir wollen in Hannover die Einheit der Anti-Atom-Bewegung demonstrieren, wie sie auf dem bundesweiten Arbeitstreffen in Braunschweig deutlich geworden ist, wollen Verbindungen zwischen den Standorten knüpfen, uns kennenlernen, Meinungen austauschen: DIE STANDORTE TREFFEN SICH!

Wir werden mit Straßentheater, Musik und Informationen zeigen, daß wir für das Leben kämpfen.

Für das Leben kämpfen - das heißt gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Denn auch wir haben uns längst entschieden. Wir brauchen die Wiederaufbereitungsanlage nicht, weil wir keine Atomenergie brauchen. Wir wollen die WAA nicht, weil wir keine radioaktive Versauerung der Umwelt wollen, keinen Atomstaat, keine Zerstörung des Landkreises Lüchow-Dannenberg.

### KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE IN GORLEBEN UND AUCH NICHT ANDERSWO!

VOLLSTÄNDIGE ÖFFENTLICHKEIT DES HEARINGS!

EINSTELLUNG ALLER PROZESSE GEGEN AKW-GEGERNER  
ANNULIERUNG DER SCHON ERGANGENEN URTEILE  
RÜCKNAHME DER SCHADENSERSATZKLAGEN!

GORLEBEN SOLL LEBEN! WIR AUCH!

SCHLUSS MIT DEM WAANSINN!

Im Herbst 1976 rückten im Schutze der Dunkelheit und gesichert von schwerbewaffneten Polizeieinheiten die ersten Baumaschinen auf das Gelände des AKW Brokdorf vor: Die „Schlacht um Brokdorf“ wurde von Stoltenberg mit einer Nacht- und Nebelaktion eröffnet.

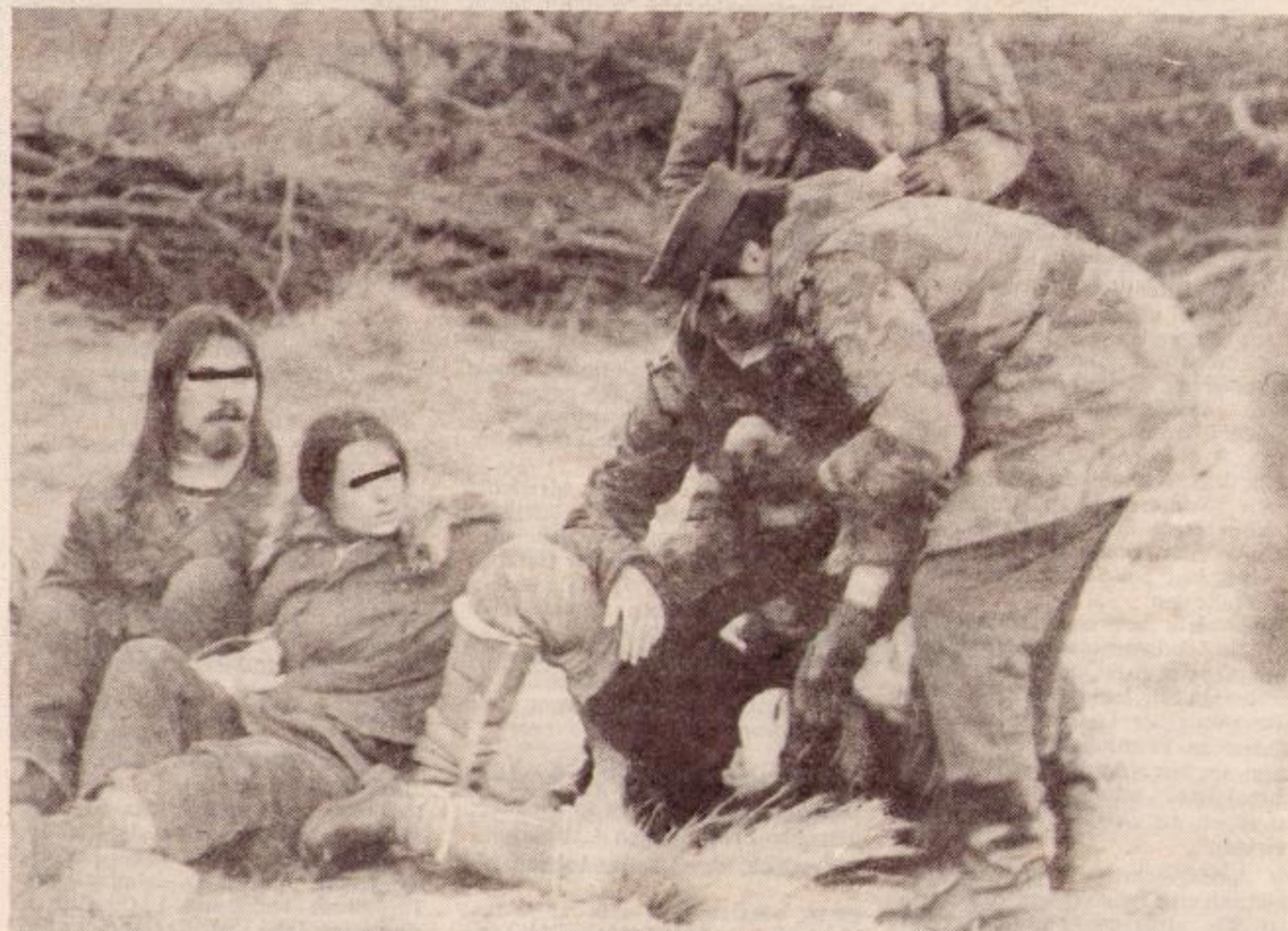
Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hat in der vergangenen Woche an diese Tradition angeknüpft: In den frühen Morgenstunden des 14. 3. riegelten 2.000 Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Polizei klammheimlich das Gelände ab, auf dem wenig später Bohrturms der DWK die ersten praktischen Vorbereitungen für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und der Atommülldeponie in Angriff nahmen. Merkwürdige Begleitumstände für eine „wissenschaftliche Aktion“, die nach den offiziellen Erklärungen lediglich „objektive Daten“ für einen Entscheidungsprozeß bringen soll, der „noch längst nicht“ abgeschlossen ist.

Im Kreis Lüchow-Dannenberg und in allen Teilen der BRD sah man das

anders: Kurz nachdem die Nachtwachen den Baubeginn gemeldet hatten, versammelten sich etwa 100 AKW-Gegner vor den Polizeiketten und versuchten, die Bohrungen zu behindern. Wenige Stunden später erschienen in der gesamten BRD Flugblätter, die über den Baubeginn in Gorleben informierten und zu spontanen Protestaktionen aufriefen. Und während noch die Nachrichtensprecher und Kommentatoren in Funk und Fernsehen beschwörend die abgewiegenden Stellungnahmen Albrechts verbreiteten („Die Probebohrungen haben nichts mit der Entscheidung über den Standort Gorleben zu tun!“), gaben die AKW-Gegner den sich besonders geschickt vorkommenden Taktikern in der niedersächsischen Landesregierung einen Vorgeschmack auf den Widerstand gegen den Bau des Schlüsselprojekts im westdeutschen Atomprogramm:

— In Hamburg demonstrierten am Mittwochabend (Fackelzug) und am Samstag jeweils 3 bis 4.000.

— Am Bauplatz des AKW Brokdorf



Grenzschutzbulen gehen mit Gewalt gegen friedlich protestierende Platzbesetzer vor.

versammelten sich 500 AKW-Gegner.

— In Münster wurde nach einer Demonstration mit 1.000 Teilnehmern eine Kirche besetzt.

— In Lüneburg, Braunschweig, Aachen und Würzburg wurden ebenfalls Kirchen besetzt.

— Weitere Demonstrationen fanden in Bremen, Hildesheim, Lüneburg, Bielefeld, Göttingen statt.

— In Enschede und Gronau blockierten AKW-Gegner die deutsch-niederländische Grenze.

— Am Samstag wurde von verschiedenen norddeutschen Bürgerinitiativen eine Autosternfahrt nach Gorleben organisiert, 300 PKWs beteiligten sich an dem Konvoi.

Dies sind nur die herausragendsten Beispiele für die Welle der Protestaktionen. Die Mobilisierung für diese Aktionen erfolgte durchweg „aus dem Stand“. Telefonanrufe, ein Aufruf-Flugblatt genügten schon, um eine stattliche Mobilisierung zu erreichen.

Was sich bereits auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen in Braunschweig abgezeichnet hatte, wurde durch die Aktionen in der letzten Woche bestätigt: Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung lebt trotz Kriminalisierung, Hetze und vielfältiger Spaltungsversuche der Wille, gemeinsam und mit allen Kräften den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und der Atommülldeponie zu verhindern. Die taktischen Manöver Al-

brechts haben nicht verfangen. Im Gegenteil: Trotz der Beteuerung, die Stationierung von BGS-Einheiten in Gorleben und die vorsorgliche Einrichtung von Gefängniszellen für Demonstranten hätten ebensowenig etwas mit einer Entscheidung für Gorleben zu tun wie der Beginn der Bohrungen, hat die spontane Bereitschaft zu sofortigen Protestaktionen sich noch vergrößert.

### Albrecht, wir kommen!

Am 25. 3. beginnt der Treck der Bauern nach Hannover, der von der gesamten Anti-AKW-Bewegung unterstützt wird. Der Höhepunkt dieser Aktion wird die Demonstration am 31. 3. in Hannover sein.

Die Landesregierung und ihre Presse haben seit dem Beschluß dieser Aktion nichts unversucht gelassen, die BI Lüchow-Dannenberg zu einer Distanzierung von der bundesweiten Unterstützung ihres Kampfes zu bewegen.

Die „Mitbürger mit dem Kampf-symbol der Sonne“ wurden täglich von der Presse „liebevoll“ aufgefordert, sich klar von den „antidemokratischen Schmarotzern der Anti-Kernkraftbewegung“ abzusetzen, um nicht Gefahr zu laufen, mit den „kriminellen Chaoten“ in einen Topf geworfen zu werden, d. h. von der Polizei zusammengeschlagen zu werden (sämtliche Zitate von CDU-Hassel-

mann). Man sieht, den Herren ist das Hetzvokabular aus Brokdorf- und Grohnde-Zeiten noch gut geläufig. Ebenfalls aus dem bekannten Arsenal der psychologischen Kriegsführung stammen die plötzlich der Presse vorliegenden „zahlreichen Hinweise“, daß von „Extremisten“ „Gewalttaten“ geplant seien. Albrecht wußte von bevorstehenden Sprengstoffanschlägen zu berichten; die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bereitete am 16. 3. ihre Leser auf eine „gewalttätige Auseinandersetzung“ am „kommenden Wochenende“ im Zuge der Autosternfahrt nach Gorleben vor. Die Kirchenbesetzungen und vor allen Dingen ein angeblich zerschnittener Reifen eines DKW-Busses aus Lüchow (Vorsicht Messerstecher!) wurden als untrügliche Vorboten unheilvoll aufziehender Schlächten gewertet. Die Phalanx der AKW-Betreiber weiß nur zu gut, daß ihre Hinhalte- und Beschwichtigungstaktik („Es steht noch nichts fest!“) beständig von den Fakten entlarvt wird, die sie zur Vortreibung ihres Gorleben-Projekts setzen müssen. Also konzentrieren sie sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die Spaltung der Bewegung, indem sie wieder einmal das Gespenst des Gewalttäters aufbauen, von dem „echte Kernkraftgegner“ infiziert werden.

Bislang hat das Schüren der Berüh-

Fortsetzung nächste Seite

## Hamburg: Der Widerstand gegen das Atomprogramm lebt!

Nachdem die Regierung Albrecht bei Nacht- und Nebel mit dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage begonnen hatte, erwachte der Widerstand in Hamburg aus seinem Dornröschenschlaf. Als die ersten Nachrichten über den Bohrbeginn durch das Radio kamen, gingen die Rundrufe los. Im Nu war das Büro der BUU voll mit aktiven Helfern. Die Telefone standen nicht still. Presse rief an, Presseerklärungen wurden rausgegeben. „Habt ihr schon gehört, wir müssen jetzt sofort was unternehmen!“ Fackelzug am Abend! Ein Flugblatt — schon lange vorbereitet von einer BI für den Tag X — wurde in Druck gegeben: „Sind Sie lebensmüde?!? Dann unterstützen Sie doch mit allen Kräften den Bau des Entsorgungszentrums Gorleben!“ Und wenn Sie auch der Meinung sind, der Gorleber Salzstock ist absolut sicher, jahrtausendlang, wie Albrecht meinte, dann „bleiben Sie bitte wo Sie sind!“

Trupps vom Autonomenplenum rasten durch die Stadt und klebten Plakate. Überall prangten schon mittags Plakate und Parolen an den Wänden, Schaukästen und an vielen Fenstern: „Alarm — Bohrbeginn gleich Baubeginn.“ „Atommüllfabrik NIE!“

Nachmittags wurde in den Stadtteilen für den Fackelzug mobilisiert, in Eimsbüttel z. B. sperrten AKW-Gegner, Autonome und BUU gemein-

sam, mit Transparenten vorübergehend die Kreuzungen und verteilten Flugblätter. In Altona wurde ein Riesentransparent im Einkaufszentrum gehißt, ein schnell angemieteter Lautsprecherwagen fuhr durch die Wohnviertel und gab die Demo durch. Ein paar AKW-Gegner rasten nach Kiel, um billige Fackeln zu besorgen. Um 19.00 Uhr fanden sich dann spontan fast 3.000 Leute zum Fackelzug mit Kind und Kegel ein. Mit Parolen wie „Gorleben statt Gortod“, „Albrecht wir kommen“, „Selbst der Albert Einstein, würde sich heute einreihen“, „Und sperrt man uns auch dafür ein, wir sagen zum Atommüll Nein!“ wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich die AKW-Gegner nicht einlullen oder einschüchtern lassen. Deshalb beschlossen wir auch gleich auf der Kundgebung, am Samstag erneut in der Hamburger Innenstadt zu demonstrieren und verstärkt für den Treck nach Hannover zu mobilisieren.

Am selben Abend fand auch ein Treff des Autonomenplenums mit 2 - 300 Leuten statt. Sie beschlossen am Samstag einen Autokorso nach Gorleben zu machen. Beide Plenen kamen überein, jeweils die Aktionen des anderen bekanntzumachen.

Am Samstag kamen dann auf einen Aufruf der BUU und der Bunten Liste nochmal über 3.500 Leute trotz miesem Wetter zusammen. „Hopp, hopp, hopp Gorleben stop“, „Atommüll in den Salzstock: Nein!“



— sperrt doch Schmidt und Albrecht rein!“ Und endlich wieder unsere wunderbare altbekannte Parole „1, 2, 3, 4 viele Brokdorfs schaffen wir — 5, 6, 7, 8 der Bauplatz wird wieder zur Wiese gemacht — 9 und 10 Albrecht der muß gehn!“ Bei der Kundgebung wurde von den Sprechern deutlich gemacht, daß diese Parole immer noch gilt. Die Gorle-

bener Sprecherin brachte zum Ausdruck, daß es ihnen Mut macht, daß sie mit jeder Widerstandsaktion mehr werden und natürlich auch die Aktionen im ganzen Bundesgebiet. Dann gab es noch ein bißchen Musik und der halbe Kundgebungsplatz tanzte.

Im Anschluß wollten einige noch die Petri-Kirche besetzen; nur leider kennen die das schon und hatten

alles dicht verriegelt. Na ja, dann werden wir uns noch bessere Sachen überlegen. Das HEW-Zentrum war total mit Bullen abgeriegelt, dort wurden noch einige Tänzerinnen vorgeführt. Insgesamt kann man sagen: „Der Widerstand in Hamburg gegen das Atomprogramm lebt!“

Claudia



Fortsetzung von Seite 12

rungsangst keineswegs die gewünschten Resultate gezeigt:  
— Die Teilnehmer der Bundeskonferenz der BIs in Braunschweig haben mit der Zustimmung der BI Lüchow-Dannenberg ausdrücklich alle AKW-Gegner aufgefordert, massiv den Treck der Bauern zu unterstützen.  
— Die Teilnehmer der Autosternfahrt am vergangenen Wochenende wurden in einer Kundgebungsrede des Pressesprechers der BI Lüchow-Dannenberg „herzlich willkommen“ geheißen.  
— Bei dem anschließenden Fackelzug in Lüchow reihten sich spontan viele Bürger in die Demonstration ein.  
Albrecht kommt nicht an der Tatsache vorbei, daß er gleich zu Beginn der Bauarbeiten in Hannover mit einer Aktion zu rechnen hat, zu der ein politisches Spektrum mobilisiert, daß in dieser Breite noch nie gemeinsam aufgetreten ist:  
— Sämtliche BIs in der BRD und in Westberlin rufen zum Treck bzw. zur Demonstration auf.  
— Die Jusos aus Niedersachsen wollen für den Treck mobilisieren. In einem Schreiben des Bezirksvorstands Hannover heißt es: „Obwohl wir zur selben Zeit mit der Vorbereitung und Durchführung unseres seit längerem geplanten Bundeskongresses beschäftigt sind, wollen wir Eurer Vorhaben (den Treck) mit allen (zurückgebliebenen) Kräfte unterstützen“.  
— Der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat ebenso wie die GLU Niedersachsen ihre Unterstützung der Aktionen zugesagt.



Mitglieder der BI Lüchow-Dannenberg blockieren Straßen und Baumaschinen

— Selbst der DKP-Betriebsvorstand Niedersachsen ruft zum Treck auf („Deutsche Volkszeitung“, 15.2.).  
In einem Interview der „Umschau am Abend“ (NDR II, 16.3.79) antwortete eine Bäuerin der BI Lüchow-

Dannenberg auf die Frage des Reporters, was sie denn überhaupt noch angesichts der staatlichen Übermacht im Landkreis unternehmen könnten: „Ich glaube, jetzt hilft nur noch die Solidarität, die Solidarität aller AKW-



müssen schließlich aber der staatlichen Gewalt weichen.

Gegner“.

Nach den beeindruckenden spontanen Aktionen in der letzten Woche ist der Treck nach Hannover und die

Abschlußdemonstration am 31.3. die nächste Gelegenheit, diese Solidarität aller AKW-Gegner mit dem Kampf der Lüchow-Dannenger massiv zum Ausdruck zu bringen. Albrecht wir kommen!

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Asse: Das „Versuchsendlager“ ist, wie von allen Experten erwartet, nun vollgelaufen. Bei Bohrungen der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), die diese Anlage betreibt, wurden Laugenvorkommen „unbekannter Größe“ („FR“, 9.3.79) entdeckt. Mit anderen Worten: Auf irgendwelche Weise ist Wasser in das Salzbergwerk gelangt. Obwohl nicht klar ist, woher dieses Wasser kommt, weiß die GSF schon mit „einer Wahrscheinlichkeit von 95%“, daß dieses Wasser keine Verbindung zum Grundwasser der Umgebung besitzt.  
Klar ist auf jedenfall: Wenn das Wasser an die 124.000 Fässer mit schwachaktivem und 13.000 Fässer mit mittelaktivem Atomüll kommt, die Umgebung abgegeben. Die Katastrophe ist damit vorprogrammiert! Denn obwohl Asse als „Versuchs“-endlager genehmigt wurde, sind die Atomüllfässer „faktisch nicht rückholbar“ eingelagert. „Daß es sich bei dem Versuchslager in Wirklichkeit um ein Endlager handelt, wird jetzt von der GSF nicht mehr bestritten“ (ebd.).  
Trotz dieser Fakten bemühen sich

die GSF und der Staat eifrig darum, eine erneute Genehmigung für die Einlagerung zu bekommen, da die Landessammelstellen für schwachaktiven Müll langsam aber sicher am Überquellen sind. Auf das Mildred Scheels Krebshilfe viel zu tun bekomme?  
\*\*\*

Nach dreiwöchiger Pause soll der Betrieb im Block A des AKW Biblis wieder aufgenommen werden. Das AKW war abgeschaltet worden, weil man Signale, deren Herkunft nicht zu erkennen waren, im Körperschallgerät aufgezeichnet hatte. Man vermutete lose oder gelockerte Teile im Reaktorinneren.  
Nun soll es einfach weitergehen, obwohl die Quelle der Warnsignale nicht ergründet werden konnte.  
Bei Gelegenheit will man dafür dann „aufwendigere Meßtechniken“ als bisher einführen (nach „FR“, 2.3.79).

KB/Gruppe Frankfurt

\*\*\*

Ohu: Seit dem 9. März 79 darf das Katastrophen-AKW in Ohu endgültig nach einem vorwiegend durch Pannen geprägten Probebetrieb den „Vollbetrieb“ aufnehmen. Die Pannen gingen sogar soweit, daß das AKW Ohu einen Vergleich mit Brunsbüttel standhält. Nach Angaben der „SZ“ vom 10/11.3. sollen die erst am 5.2. aufgetretenen Schäden durch einen Abbruch eines Rohrteils (und damit Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Umwelt) behoben worden sein. Die nächste Panne wird nicht auf sich warten lassen.  
\*\*\*

Philippsburg: Der erste Block des AKW's in Philippsburg (baugleich mit Brunsbüttel und Ohu) darf nach Beschluß des zuständigen Baden-Württembergischen Ministeriums die „nukleare Inbetriebsetzung“ anfangen. Die genehmigte 2. Teilgenehmigung umfaßt die Inbetriebsetzung in mehreren Stufen, den anschließenden Probebetrieb und den Leistungsbetrieb bis zum ersten Brennelementewechsel (nach „FR“, 9.3.79).

Grundwasser — Trinkwasser Abwässer

Frankfurt: Nun müssen die Behörden zugeben, daß die Schäden durch das auslaufende Kerosin auf dem Flughafen, ein viel höheres Ausmaß annehmen, als sie erst zugegeben hatten. Erst waren es 50.000 Liter die von der Erdoberfläche leicht abzuschöpfen waren, dann waren es 100.000 Liter und jetzt sind es schon 200.000 Liter. Doch nicht nur die Menge, auch die Art der Beseitigung haben sie verharmlost. Zuerst konnte die „Beseitigung“ durch Abfahren der Erde eine Vergiftung des Grundwassers ausschließen. Jetzt haben Bohrungen zu Tage gefördert, daß sich das Kerosin in wenigstens 16 m Tiefe befindet. Zur Abschöpfung des giftigen Kerosin soll nun mindestens ein Jahr lang das Grundwasser hochgepumpt und das Kerosin ausgeschieden werden. Das bedeutet gleichzeitig immer eine konkrete Gefährdung der naheliegenden Trinkwasseraufbereitungsanlage Hinkelstein, die durch Schöpfbrunnen Trinkwasser gewinnt. Und sollten die Kosten erst nur 500.000 Mark betragen, werden sie inzwischen schon auf mehrere Millionen geschätzt.  
\*\*\*

Augsburg: Hier können Amerikaner ungestraft die Erde und das Grundwasser mit Mineralöl verseuchen. 40.000 Liter Mineralöl sind in den vergangenen drei Jahren aus dem Boden unter einem amerikanischen Großtanklager unter erheblichem Aufwand abgepumpt worden. Über die Verschwendung des ansonsten knappen Öls und die Gefährdung des Trinkwassers muß man seine Protestnote an den Pentagon in USA senden, denn die deutschen Behörden haben auf Grund der hoheitlichen Abgrenzung keine rechtlichen Möglichkeiten zum Eingreifen. Und nun warten die Behörden auch erst seit drei Jahren auf eine Genehmigung vom Hauptquartier in Heidelberg und dem Pentagon, die alte Tankanlage durch einen Neubau an anderem Ort zu ersetzen.  
\*\*\*

München: In landwirtschaftlich verwertetem Klärschlamm aus dem Werk Großklamm befinden sich 5-10 mal höhere Werte an Cadmium als erlaubt. Seit 50 Jahren wird der Klärschlamm von staatlichen und privaten Betrieben landwirtschaftlich genutzt. Durch die Ablagerung auf den Ländereien ist dieses besonders schädliche Umweltgift in das Grundwasser eingedrungen. Mit welcher Verantwortungslosigkeit die Behörden immer wieder an Umweltverschmutzungen herangehen, zeigt eine Stellungnahme des Dr. Wrobl des Geologischen Landesamtes:  
„Das Cadmium gelangt auch ins Grundwasser, allerdings ist das Grundwasser nördlich des Müllberges durch Sickerwasser aus dem Müllberg bereits derartig verseucht, daß

eine Beschlämmung nichts mehr verschlimmern kann.“ („SZ“, 3.2.79)  
Der Skandal ist durch Indiskretionen bekannt geworden. Zur Zeit ist keine Vernichtung des gefährlichen Klärschlammes möglich.

Mülhausen: In denen an dem Rhein gelegenen Orten Chalampe, Ottmarsheim, Niffer und Homburg ist die Grundwasserverseuchung bereits soweit vorangeschritten, daß die Versorgungsbrunnen geschlossen werden mußten. Das Wasser ist hier ungenießbar und verbreitet einen erbärmlichen Gestank. Aus Protest gegen die Untätigkeit der französischen Behörden haben die Bürgermeister und Gemeinderäte ihren Rücktritt angedroht. Zugleich haben sie Klage gegen unbekannt erhoben.  
\*\*\*

VESOUL-Ostfrankreich: Gewissheit haben die Franzosen im Département Haute Saone, daß sie ihr Trinkwasser aus Abwässern beziehen. Höhlenforscher hatten in die Abwässer eines Dorfes grüne Farbe gemischt. Sie wollten eigentlich nur feststellen, wohin diese Abwässer fließen. Welch eine Entdeckung, wo es raus kam: Aus den Wasserhähnen in den zehn Kilometer entfernten Dörfern.  
\*\*\*

Rhein: Die Holländer haben jetzt gegen die französischen staatlichen Klägruben vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt. Diese kippen jährlich 6,5 Millionen Tonnen chloridhaltiges Abfallsalz in den Abwasserkanal Rhein. Ohne dieses Salz wären die chemischen Giftstoffe im Rhein leichter zu verkraften. 8,5 Millionen Menschen beziehen immer noch ihr Trinkwasser aus dem Rhein.

Die Menschen, die Rheinwasser als Trinkwasser benutzen müssen, sind gesundheitlich stark gefährdet. Jährlich sind es 3.150 Tonnen Chrom, 1.520 Tonnen Kupfer, 12.300 Tonnen Zink, 70 Tonnen Quecksilber, 350 Tonnen Arsen und 60.000 andere Chemikalien, die den Rhein verschmutzen.

Als sich im letzten Jahr durch besonders hohe Wasserstände und relativ niedrige Temperaturen einige ausgesetzte Fische etwas länger im Rhein halten konnten, startete die Bundesregierung eine große Anzeigenkampagne. Vierzehn Fische mussten als Beweis dienen, daß der Rhein sauberer geworden ist. Die Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke dagegen: „Insgesamt haben sich die Konzentrationswerte für Schmutz- und Schadstoffe seit 1975 nicht verändert“ („Spiegel“, 7/79).

AKW-Nein-Kommission



Schweinfurt: Zum Auftakt der Berufungsverhandlung gegen die Inbetriebnahme des AKWs in Grafenheinfeld (Bayern) fand am 17.3. in der Schweinfurter Innenstadt (die Stadt Schweinfurt führt den Prozeß) eine Demonstration mit rund 1200 Teilnehmern statt. Veranstalter waren die Bürgeraktion und die KKW-Nein-Gruppe Schweinfurt. Unterstützt wurde die Demo von vielen Schweinfurter Gruppen und Personen bis hin zum Tierschutzverein und zum Oberbürgermeister. Auf der Abschlußkundgebung im Rathaus-Innenhof sprachen u.a. Vertreter des BBU, des Bund Naturschutz, eine Frau einer Schweinfurter Frauengruppe, der Vorsitzende der Bürgeraktion und der Oberbürgermeister. Etwa 80 AKW-Gegnerinnen und -Gegner führten im Anschluß noch einen spontanen Protestmarsch zum AKW in Grafenheinfeld durch.



## „Rede — Gegenrede“ — Gerede

# Beim Gorleben-Hearing wird die Meinungsbildung verhindert

Vom 28.3. bis zum 3.4. findet in einem kleinen Saal auf dem hannoverschen Messegelände das „Gorleben-Hearing“ statt, von der Landesregierung als „halböffentliches Anhörungsverfahren ‘Rede — Gegenrede‘“ angekündigt, bekanntgeworden auch unter dem Begriff „Hirsch-Runde“. Vor ausgesuchtem Publikum sollen dort 5 westdeutsche und 20 ausländische Kritiker des Gorleben-Konzepts ein „wissenschaftliches Streitgespräch“ mit 25 Befürwortern führen, als „Entscheidungshilfe“ für die Landesregierung. Das Hearing hat keinerlei verbindlichen Einfluß auf das davon getrennte Gutachterverfahren, das Voraussetzung für die Erteilung der Teilerrichtungsgenehmigungen ist.

Eingehandelt hat sich Albrecht das Hearing, als er im Niedersachsen-Wahlkampf 1978 das Thema Gorleben aus der Diskussion raushalten wollte (das damals durch die Grundstückskaufverhandlungen einige Schlagzeilen machte). Dem wichtigsten Grundbesitzer auf dem WAA-Gelände, dem Gartow Grafen Bernstorff, versprach er damals in einem persönlichen Gespräch, eine Anhörung (von Bernstorff zu benennender) kritischer Wissenschaftler durchzuführen. Damit erfüllte er zwar eine Forderung der Bürgerinitiativen, nahm ihnen jedoch gleichzeitig jede Einflußmöglichkeit, indem er das Hearing als „persönliches Entgegenkommen“ gegenüber dem Grafen deklarieren, der davon seine endgültige Verkaufsentscheidung abhängig machen wollte.

Die von Bernstorffs Vetter Graf Hatzfeld und dem Wiener Physiker Helmut Hirsch zusammengestellte Wissenschaftler-Runde besteht nur in der Minderheit aus erklärten Atomenergie-Gegnern, in der Mehrheit aus Gegnern des Gorleben-Konzepts, die Atomenergie jedoch nicht generell ablehnen. Diesen 25 Kritikern setzte Albrecht später noch 25 Befürworter der Atomenergie entgegen und erklärte, das ganze solle der Landesregierung als „Entscheidungshilfe“ dienen.

### Wer hat die besseren Argumente?

„Dann werden wir sehen, wer die besseren Argumente hat. Wenn irgendwelche Zweifel an der Sicherheit bestehen, wird die Anlage nicht gebaut“, tönte der Staatssekretär im Sozialministerium Dr. Ziller vor einem Jahr in Trebel (EJZ, 26.4.78).

Eine Reihe von Wissenschaftlern aus Hamburg und dem Bremer SAIU-Projekt nahmen diese Versprechungen wörtlich und stellten, zur Mitarbeit aufgefordert, folgende Bedingungen, die für ein „wissenschaftliches Streitgespräch“ dieser Art selbstverständlich sein sollten:

- vollständige Veröffentlichung des Sicherheitsberichts über die WAA,
- keine Probebohrungen während des Hearings oder davor,
- unbeschränkter Zugang von Öffentlichkeit und Medien zum Hearing,
- uneingeschränktes Recht der Wissenschaftler, ihre Arbeitsergebnisse zu veröffentlichen.

Die Antwort der Landesregierung auf diese Forderungen: die Wissenschaftler wurden am Hearing nicht beteiligt, keine einzige ihrer Forderungen ist erfüllt worden. Nicht eingeladen wurde auch der Göttinger Geochemiker Hermann, der in einem auf Eigeninitiative erstellten Gutachten die Salzstöcke als nicht sicher für die Endlagerung von hochradioaktivem Müll bezeichnet hatte. Albrecht: „Er hat's (das Gutachten) mir zugeschickt. Ich kann nicht behaupten, daß ich es gelesen habe, das will ich auch nicht. ... Ich bin nicht dazu da, (mich) nur noch um einen bestimmten Professor zu kümmern, insbesondere, wo es ja um viel Geld geht bei solchen Aufträgen.“ (Göttinger Tageblatt, 10.2.) Gefragt sind also — kann man das besser ausdrücken, sondern die Frage stellt sich neu:

### Wer hat die besseren Bedingungen?

Gegliedert in acht (noch nicht konkretisierte) Unterthemen soll nach der jetzigen Konzeption jeweils einer der kritischen Gutachter (der hierfür von der Landesregierung für 30 Tage angestellt worden ist) eine Stellungnahme vorlegen, auf die dann ein Befürworter antwortet. Soweit — sogut. Nur: Die kritischen Gutachter müssen mit unvollständigen Unterlagen auskommen — so haben sie nicht den vollständigen Sicherheitsbericht erhalten, da er „patentreife Einzelheiten [enthält], an denen einzelne Firmen ein Geheimhaltungs-Interesse hätten.“ (Zeit vom 8.12.78). Als wesentliche Einzelheit wird z.B. die Konstruktion eines Kernstücks der Anlage, des Gerätes zum Zerhacken der angelieferten Brennstäbe, von der DWK geheimgehalten.

Noch schlimmer ist, daß der Sicherheitsbericht an einigen brisanten Stellen, z.B. bei der Reinigung der Abgase von radioaktiven Substanzen (für die es noch kein technisch erprobtes Verfahren gibt!) überhaupt keine brauchbaren Aussagen enthält. Der Hinweis, das jeweilige Problem werde zur Zeit erforscht, taucht immer wieder auf, andere Komplexe wie die „Sicherung gegen Einwirkung Dritter“, Aussagen zur Geologie und den regionalwirtschaftlichen Auswirkungen fehlen völlig (Zeit, 8.12.78). In ihrem Gutachtenband über die technischen Probleme der Wiederaufbereitung stellen die Professoren Lindström, Resnikoff, Rochlin und Schapira als Mindestforderung, daß von der DWK ein völlig neuer Sicherheitsbericht erarbeitet wird („FR“, 14.3.).

Während sich also die Kritiker auf unvollständige Angaben stützen müssen und wichtige Komplexe ausgeklammert bleiben, liegt natürlich den Befürwortern das komplette Material der DWK vor — und der Kritiker! Die mußten ihre Gutachten nämlich bereits vor Wochen vorlegen, während die der Befürworter (die bis heute nicht einmal namentlich benannt sind) nicht vor dem Hearing vorgelegt werden sollen. Die Befürworter können sich also in aller Ruhe auf die Kritik vorbereiten, die Kritiker müssen während des Hearings aus dem Stand auf die vorbereiteten Beiträge der Befürworter antworten.

Geleitet werden soll dieser ungleiche Schlagabtausch von der „neutralen Persönlichkeit“ Carl-Friedrich von Weizsäcker, der vor einem Jahr vor dem Wissenschaftsrat ganz neutral feststellte: „Das deutsche Programm der Endlagerung eingeschmolzener Rückstände in geologisch seit vielen Jahrmillionen stabilen Salzstöcken [gilt] als eines der besten, wenn nicht das beste heute in der Welt bekannte.“ (zitiert nach Atomexpress 12). Von der NWK wird der neutrale Weizsäcker gar als Kronzeuge für die Ungefährlichkeit der Atomenergie benannt. Zitat Weizsäcker: „Es besteht so gut wie allgemeine Übereinstimmung, daß heutige Reaktoren im Normalbetrieb wesentlich umweltfreundlicher sind als durch Verbrennung fossiler Stoffe betriebene Kraftwerke.“ Die verbrennungstechnischen Vorteile der fossilen Kraftwerke sind als durch Verbrennung fossiler Stoffe betriebene Kraftwerke. Die verbleibenden radioaktiven Emissionen sind weit unter den normalen Schwankungen der natürlichen Radioaktivität, von denen bisher ein Einfluß auf die Gesundheit nicht nachgewiesen werden können.“ Und: „Es gibt keine materiell zwingenden Gründe, von der gegenwärtigen, bis 1985 befristeten Reaktorbauplanung abzurufen.“ (zitiert nach der NWK/HEW-Propagandabroschüre „66 Fragen — 66 Antworten“)

All diesen Verzerrungen zum Trotz wird natürlich auf dem Hearing das Gorleben-Konzept gründlich auseinandergenommen werden. Daß das im Detail an die Öffentlichkeit dringt, ist die hauptsächlichste Angst der Landesregierung.

### „Halböffentliches“ Hearing?

Regierungssprecher von Poser hat dazu vornehm von einer „halböffentlichen“ Veranstaltung gesprochen, die faktisch aber eine Beteiligung der Öffentlichkeit nicht zuläßt:

Mitten zwischen den Messehallen, die 5000 und mehr Leute fassen, findet das Hearing in einem Saal mit 250 Plätzen statt. Die Karten werden vom Sozialministerium verteilt: — 150 Plätze für Landtagsabgeordnete u.ä., — jeweils 2 - 5 Plätze für Kirchen, Gewerkschaften, Handelskammer, DWK usw., — ganze 3 Plätze für alle niedersächsischen BIs zusammen, dazu 2 für den WSL, 2 für den Eigentümerverein.

Über 100 Nachfragen interessierter Wissenschaftler und Laien aus Hannover nach Karten wurden vom Ministerium freundlich abgelehnt. Unter den 250 Zuschauern werden also nicht einmal 10 AKW-Gegner sitzen, die sich zudem nicht äußern dürfen: Fragen aus dem Publikum sind nicht zugelassen.

Aus Angst vor der Verärgerung der Presse hat die Landesregierung neben den 30 im Saal zugelassenen Journalisten allerdings inzwischen weitere zugelassen, die in einem Nebenraum über Monitore das Hearing verfolgen dürfen.

Die Original-Gutachten werden jedoch auch diesen ausgesuchten Zuhörern völlig unzugänglich bleiben. Die Landesregierung hat das Copyright dafür, sie dürfen seitens der Autoren nur mit einer Stellungnahme der Landesregierung (die erstmalig vorliegen muß) oder frühestens im Juli (wenn die Regierung ihre endgültige Entscheidung getroffen haben will) veröffentlicht werden. Die Presse bekommt die Gutachten nicht, Funk- und Fernsehaufzeichnungen im Saal sind verboten. Stattdessen soll die Öffentlichkeit mit einer täglichen Zusammenfassung durch den „neutralen“ Weizsäcker vor Mikrofonen und Kameras abgespeist werden.

Bisher bekanntgewordene Inhalte der Gutachten machen diese Geheimhaltungsbemühungen verständlich: So kommen die vier bereits genannten Professoren in einer Studie denkbarer Unfälle in der WAA zu dem Schluß, daß „im Maximalfall soviel Radioaktivität freigesetzt werden [kann], daß sofort ein Gebiet von mehr als 100.000 Quadratkilometern Größe bis zu einer Entfernung von mehr als 1000 Kilometern von der gesamten Bevölkerung geräumt werden müßte. Langfristig müßten in einem solchen Katastrophenfall Gebiete von mehr als 400.000 Quadratkilometern Größe bis zu einer Entfernung von mehr als 2000 Kilometern von Gorleben evakuiert werden. ... Diese Gebiete blieben dann vor allem wegen der Verseuchung mit Caesium für lange Zeit unbewohnbar. ... Der DWK wird vorgeworfen, sie habe nur relativ kleine Unfälle in Erwägung gezogen und andere außer acht gelassen, die sich anderswo bereits ereignet hätten [!] oder denkbar seien.“ („FR“, 14.3.).

### Öffentliches Hearing!

Selbst Zeitungen wie die „Zeit“ werden da den Verdacht nicht los, daß die Landesregierung das Hearing als „Feigenblatt“ („Zeit“, 8.12.) benutzen will — wofür diese mit dem Beginn zwei Wochen vor dem Hearing den letzten Beweis geliefert hat.

Die kritischen Wissenschaftler jedenfalls sind zunehmend verärgert. Es ist noch unklar, wie sie auf den offenen Brief reagieren werden, in dem eine Gruppe von 23 deutschen Wissenschaftlern — darunter die ausgeschlossenen Bremer und Hamburger — sie auffordert, am Hearing nur teilzunehmen, wenn die vier vorn genannten Forderungen erfüllt sind.

Auf jeden Fall werden in Hannover während des Hearings mehrere genannten Forderungen erfüllt sind.

Auf jeden Fall werden in Hannover während des Hearings mehrere Gegenveranstaltungen stattfinden: — „Atompolitik und Freiheit der Wissenschaft“ am 28.3. im Audimax mit Wissenschaftlern, die von der Teilnahme ausgeschlossen wurden (u. a. den Bremer Professoren Scheer und Schmitz-Feuerhake), — „Öffentliches Hearing“ am 31.3. in der Eilenriedehalle im Rahmen der Abschlußveranstaltung des Trecks, wo kritische Wissenschaftler des offiziellen Hearings zu Wort kommen sollen, — „Gorleben-Hearings — Entscheidungshilfe oder Farce“ am 3.4. im Audimax, wo zusammen mit Klaus Traube und Helmut Hirsch ein Fazit gezogen werden soll. Eingeladen sind Minister Schnipkowitz, K. Salander (DWK) u.ä.

Der breiten Kritik am Verfahren des Hearings hat sich — wie meistens in Sachen Gorleben — die niedersächsische SPD angeschlossen. Sie äußert anläßlich der Beschränkung der Öffentlichkeit „Zweifel am Willen der Regierung, das komplexe Problem der Lagerung und Wiederaufbereitung atomaren Abfalls für die Öffentlichkeit durchsichtiger zu machen“ (HAZ, 22.2.). Es sei ihr empfohlen, ihre Haltung einmal mit der Bundes-SPD abzustimmen, die in der Auseinandersetzung um das offizielle Gutachterverfahren genau den entgegengesetzten Kurs fährt.

### Das offizielle Gutachterverfahren

Während das Hearing von der Landesregierung ohne gesetzliche Verpflichtung (und ohne bindende Konsequenzen) angesetzt wurde, läuft gleichzeitig das offizielle Gutachterverfahren an, das als Voraussetzung für die Teilerrichtungsgenehmigungen gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Landesregierung ist hierbei an die Weisungen der Bundesregierung ge-

bunden, die nur eine Befürchtung hat: „Aus dem Gutachterteam heraus könnte das Gutachten mißbraucht [?] werden, um das Vorhaben [Gorleben] aus den Angeln zu heben“ und daher „unmißverständlich“ gegen die Beteiligung kritischer Wissenschaftler ist (HAZ, 22.2.).

Der ganze Wust von Beauftragungen und Kündigungen, Vorschlägen und Dementis, der sich um dies Gutachten in den letzten Wochen gebildet hat, ist kaum durchschaubar. Eindeutig ist nur das Ergebnis: Die Kritiker sind rausgeflogen.

Bereits mit den Vorarbeiten für das Gutachten begonnen hatte die Firma „Öko-System-Consulting“, die ihrerseits im Einvernehmen mit der Landesregierung das Heidelberger IFEU beauftragt hatte, das u.ä. durch ein kritisches Wyhl-Gutachten bekanntgeworden ist. „Öko-System-Consulting“ — und damit die Heidelberger Atom-Kritiker — wurde aufgrund von Bedenken der Bundesregierung jedoch ausgetauscht. Die daraufhin kühn verkündeten Überlegungen der Landesregierung „wie sie dennoch den Sachverstand dieser ihr als Kernenergiekritiker bekannten Wissenschaftler in ihren Meinungsbildungsprozeß über das geplante nukleare Entsorgungszentrum einfließen lassen kann“ (HAZ, 12.3.), scheinen allerdings recht mysteriös, wenn man sich ihre Alternativ-Vorschläge anschaut. Als Ersatz für die „Öko-System-Consulting“ hat sie folgende zwei Firmen ins Gespräch gebracht:

— Die Schweizer „Motor-Columbus“, die bereits als Berater der Landesregierung tätig und u.ä. am AKW Kaiseraugst beteiligt ist — neben RWE und Badenwerk, die ihrerseits wieder Gesellschafter der DWK sind! Neben der Kapitalbeteiligung an Schweizer AKWs ist die Motor-Columbus auch an Planungs- und Beratungsaufträgen für AKWs in der BRD und anderen Ländern beteiligt (Spiegel 11 vom 12.3.).

— Die „Gesellschaft für Umweltüberwachung mbH“ aus Aldenhoven, die noch gar nicht ins Handelsregister eingetragen war, als sie von der Landesregierung vorgeschlagen wurde. Eingetragen war allerdings eine andere Firma auf den Namen der beiden Alleinigeschäftsführer der GfUmbH Bonnenberg und Drescher, die schon seit längerer Zeit Auftragsarbeit für die DWK macht! (Spiegel 10 vom 5.3.).

Darüber hinaus ist bekannt, daß vor kurzem ein Wissenschaftler des Atomforschungszentrums Jülich dort kündigte und nun wie der Phoenix aus der Asche unter den „unabhängigen“ Wissenschaftlern wiederauftaucht, ausgerechnet für den besonders kritischen Teil der radioaktiven Emissionen. „Unabhängige Gutachter“ also,

die die von ihnen selbst erstellten Unterlagen prüfen sollen! Aber es kommt noch dicker:

— Der Bremer Atomenergie-Kritiker Ehrenstein war ursprünglich als Leiter des Gutachtenteils „Anlagespezifische Vorgabedaten“ engagiert, also zur Prüfung der von der DWK vorgegebenen Basisdaten über radioaktive Emissionen etc., auf die alle weiteren Berechnungen über die Strahlenbelastung der Umgebung aufbauen. Ehrenstein wurde von der Landesregierung regelrecht ausgetrickst und an das weniger brisante Hearing verwiesen — aber nicht nur das: Es wird jetzt nicht etwa ein anderer Gutachter für diesen Teil gesucht, sondern die Prüfung der „Anlagespezifischen Vorgabedaten“ entfällt völlig! (Spiegel 11 vom 12.3.).

Genauso gut könnte man da das radioökologische Gutachten ganz weglassen, da jede Berechnung unter diesen Umständen nur so richtig bzw. falsch werden kann wie die Vorgabedaten der DWK. Und gerade die haben es in sich: Lindström, Resnikoff, Rochlin und Schapira kritisieren am DWK-Sicherheitsbericht vor allem den Komplex der Reinigung der Abgase von radioaktiven Substanzen als „so unbefriedigend, daß dies nicht zu akzeptieren sei“. Wörtlich: „Die Emissionen können um einige Größenordnungen größer sein (Anm.: d.h. um das 10-, 100-, 1000-fache) als im Sicherheitsbericht berechnet wurde“ (FR, 14.3.).

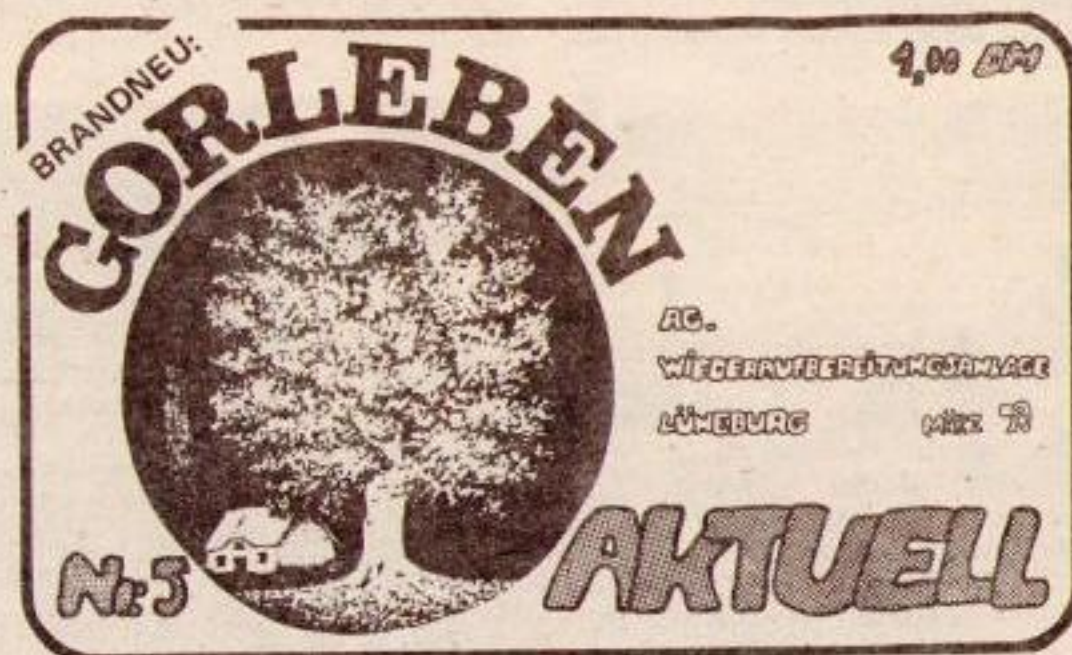
— Das sicherheitstechnische Gutachten soll von einer Arbeitsgemeinschaft der TÜVs erstellt werden, deren Verifizierung mit der Atomindustrie hinlänglich bekannt ist. Die Bundesregierung macht keinen Hehl daraus, daß der TÜV ihr als „das geeignete Gegengewicht zu kritischen Wissenschaftlern erscheint“ (HAZ, 22.2.). Gegengewicht zu Leuten, die längst ausgebootet sind — wie soll man das verstehen?

Genauso, wie es die Anti-AKW-Bewegung seit Jahren weiß und immer wieder neu erfährt: daß das Ergebnis solcher Gutachten von vornherein feststeht, daß das Atomprogramm ohne jede Rücksicht auf seine Auswirkungen auf die Bevölkerung durchgehauen wird. Die „besseren Argumente“ reichen nicht. Darum ist es eine entscheidende Alternative zum Hearing und solchen „Gutachten“, wenn der Treck der Gorleben-Bauern und die Demonstration am 31.3. in Hannover dokumentieren, daß noch so viele scheinliberale oder offen parteiische Gutachterverfahren gegen den Willen der Bevölkerung nicht ankommen. Und der ist auch ohne Gutachter klar:

DIE WAA WIRD NICHT GEBAUT!  
Goetz

nen. „Unabhängige Gutachter“ also,

Goetz



### Die Niedersächsische Landesregierung informiert:



#### Aus dem Inhalt:

- Interview mit Hamburger Wissenschaftlern über das „Gorleben-Hearing“
- Der Widerstand der Landwirte und die Auseinandersetzungen im Landvolk
- Atomstaatsvorbereitungen auf die Flachbohrungen: Polizei, BGS, Bundeswehr, „Atomstaatsjustiz“, Propaganda der Landesregierung,
- Infrastrukturkonzept der DWK u.v.m.

Preis: 1,- — Kontonummer: 28480 Stadtparkasse Lüneburg. Bestellungen an: Marion Hinz, 3119 Eitzen, Kirchweg 6.



# BP und VEBA schaffen neues Energiemonopol

Anfang März gab Wirtschaftsminister Lambsdorff mit einer „Ministererlaubnis“ grünes Licht für die in der Geschichte der BRD bisher weitest größte Konzentration auf dem Energiesektor zwischen der VEBA AG und der BP. Die Deutsche BP wird dadurch nicht nur zum größten Mineralöl- und Benzinkonzern in der BRD, sondern sie wird auch maßgeblichen Einfluß auf die Gaswirtschaft erhalten. Die VEBA AG wird zwar nicht mehr der größte Konzern der BRD sein, durch die Verträge mit der BP erschließt sich das westdeutsche Kapital jedoch einen bestimmenden Einfluß auf europäischer Ebene. Damit ist die Bundesregierung ihrem politischen Ziel, dem Aufbau eines „leistungsfähigen, deutschen Mineralölunternehmens, das die deutschen Interessen auf dem internationalen Markt wirksam vertreten kann“ (1), entscheidend näher gekommen. Dies geschieht unter bewußter Abgrenzung von der Politik der US-amerikanischen Mineralöl-Multis mit dem Aufbau eines konkurrierenden europäischen Energieverbundes.

Für die Werktätigen in der BRD (und auch anderswo) wird dieses Geschäft keinerlei Vorteile bringen, weder unter dem „beschäftigungspolitischen Aspekt“, denn jeder Monopolisierungsprozess ist unausweichlich mit Rationalisierungen verbunden, noch was die Versorgung der Haushalte mit Strom, Gas und Öl betrifft. Denn hier wird die Bevölkerung mit Monopolpreisen geschröpft werden.

## Das Geschäft zwischen VEBA und BP ...

Die VEBA AG (Aktiengesellschaft) ist eine „Konzernleitungs-gesellschaft“ mit verschiedenen Unter-gesellschaften in den Branchen Energie (Öl, Strom und Atomenergie), Mineralölverarbeitung und Chemie, Gas, Handel und Verkehr. Die Bundesrepublik ist mit knapp 44% der dominierende Gesellschafter dieses Konzerns, da sich der Rest des Aktienkapitals als sogenannte Volksaktien in den Händen von 1,2 Mio. Kleinaktionären befindet. Diese „Streuung sichert dem Bund den maßgeblichen Einfluß auf die VEBA AG“. Klammerheimlich verhandeln die Konzernleitungen von VEBA und BP zu Beginn des letzten Jahres mehrere Monate lang, um dies Geschäft unter Dach und Fach zu bekommen. Dies vornehmlich deshalb, um konkurrierende Ölmultis außen vor zu lassen, denn gerade amerikanische Ölkonzerne hatten ein immenses Interesse an einem ähnlichen Abkommen mit der VEBA. Für 800 Mio. DM wird die Deutsche BP von der VEBA folgende Konzernteile übernehmen:

- die Beteiligung an der Ruhrgas AG, Gelsenberg in Höhe von 25%,
- 31% an der Deutschen Flüssiggas Terminal Gesellschaft, die den Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven baut und später betreibt,
- 25% der Erölraffinerie „Speyer“, Gelsenberg in Höhe von 25%,
- 31% an der Deutschen Flüssiggas Terminal Gesellschaft, die den Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven baut und später betreibt,
- 25% der Erölraffinerie Ingoistadt,
- 50% der Erölraffinerie Ingoistadt,
- den Stinnes-Strohmeyer-Mineralölhandel (1.100 Mitarbeiter) und eine Übernahme der Stinnes Fanal Organisation (Tankstellennetz) mit rund 1.000 Tankstellen und 400 Arbeitern,
- den Strohmeyer-Stinnes Kohlenhandel (nach „FR“, 19.6.78).

Ferner hat die VEBA mit der britischen BP einen Rohöliefervertrag abgeschlossen, „wonach der deutsche Konzern bis zum Jahre 2000 jährlich drei Millionen Tonnen Öl zu den jeweiligen Marktpreisen geliefert bekommt“ (s.o.) Mit Hilfe des Tankstellennetzes wird die BP zum umsatzgrößen Konzern in dieser Branche und überholt damit die schärfsten Konkurrenten Esso und Shell.

Ein wesentlicher Kernpunkt dieses Vertrages ist jedoch der gestiegene Einfluß der Ölmultis auf die Gaswirtschaft. Mit den Jahren ist der Anteil der Gaswirtschaft an der Deckung des Primärenergiebedarfes auf 14% (1975) gestiegen und wird bis 1985 nochmals um 18% zunehmen. Zwar betrug der Abnehmeranteil der Haushalte nur 14% und dreiviertel gingen in die Industrie- und Stromerzeugung, die Preispolitik schlägt sich nicht nur in den unmittelbaren Gaspreisen, sondern genauso in den Strom- und den Güterpreisen nieder (2). Da die bundesrepublikanische Gaswirtschaft in fast ebenso hohem Maß importabhängig ist wie die Mineralölindustrie, dominiert die Ruhrgas AG mit 47% Anteil dieses Importgeschäftes, und ihr Anteil wird voraussichtlich bis 1985 auf 60% gestiegen sein. Auch bei der Verteilung des Gases nimmt die Ruhrgas eine ähnliche Position ein, denn sie kontrolliert knapp zwei Drittel der

Gasabgabe der Ferngasgesellschaften – die von der Ruhrgas abgesetzten Gasmengen bilden insgesamt 56% (1974) des gesamten Gasverbrauches in der BRD (2).

Kontrollierten die in der BRD tätigen Ölmultis bis jetzt 40% der Ruhrgas (siehe Schaubild), so wird dieser Anteil von Esso, Shell, Mobil Oil und BP zusammen auf ca. 65% steigen. Schon 1975 kam die Monopolkommission bei einer Analyse der Gaswirtschaft zu dem Schluß, daß „die Ferngaswirtschaft... im Wesentlichen von den Ölkonzernen Esso und Shell, der Ruhrgas AG und der öffentlichen Hand kontrolliert“ wird. Und von daher ist es nur logisch, daß sich die „Entwicklung der Gaswirtschaft... gebunden an die Unternehmensziele der großen Ölkonzerne vollziehen“ wird (2). Die „Vermarktungsbedingungen des Erdöls“ werden bei der nun abgeschlossenen Monopolisierung verstärkt die Gaspreise bestimmen, und gerade in der Gegenwart verfolgen die Ölmultis mit der „Ölkrise-Politik“ (Preissteigerungen bei Heizöl und Benzin) beispielhaft die Ausnutzung ihrer Monopolstellung. Die Werktätigen sind es letztendlich, die heute schon Wucherpreise für Öl, Strom und bald auch für Gas bezahlen müssen.

## ... und die Interessen des BRD-Kapitals im internationalen Konkurrenzkampf

Seit dem Bekanntwerden der Verhandlungen zwischen der VEBA und der BP wurde in der Öffentlichkeit ein Schaukampf mit verteilten Rollen ausgefochten. Das Bundeskartellamt untersagte die Konzentration als „wettbewerbspolitischen Gesichts-

der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen;

– über die Gelsenberg AG (VEBA-Anteil 96,1%) beteiligt an: URANIT - Uran Isotopentrennungsgesellschaft, Jülich; Studiengesellschaft für Uranisotopentrennverfahren, Frankfurt; Nuklearbrennstoff GmbH, Essen; Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH, Essen (eine STEAG-Beteiligungsgesellschaft); GNT - Gesellschaft für Nukleartransporte mbH, Essen; - direkt beteiligt an der Urangesellschaft mbH & Co, Frankfurt (33%), weitere 33% sind bei der STEAG AG).

Von der Suche nach Uran-Lagerstätten über die Erforschung von Anreicherungsverfahren bis hin zur Verwertung, Endlagerung und Transport bietet die VEBA somit die Gewähr für „Kontinuität“ und „Erfolg“ des bundesdeutschen Atomprogramms. Über umfangreiche Aktivitäten im Ausland soll die Rohstoffsicherung bei gleichzeitiger Ausschaltung außer-europäischer Konzerne betrieben werden:

- z.B. steuert die VEBA eine 40%ige Beteiligung an dem norwegischen „Bamble Petrochemie Komplex“ an, um sich auf diesem Weg Abbaurechte für Erdöl im norwegischen Bereich zu sichern (nach: „European Chemical News“, 29.9.78);
- die DEMINEX, eine „55%ige Tochter“ der VEBA-Gesellschaften, betreibt unter paritätischer Beteiligung mit BP und Shell (beides britische Multis) Erdölsuche im Golf von Suez. Voraussichtlich wird die VEBA durch die so erschlossenen Erdölquellen knapp ein Viertel des augenblicklichen Bedarfs decken können; die Beteiligung der

um in den neunziger Jahren das Gas abzusetzen, „das aus der Steinkohle mittels Reaktorwärme gewonnen werden soll“ („Spiegel“, 6/79). Hier werden Schritte getan, um gegenwärtig eine erst in der Zukunft „rentabel“ werdende Energiequelle in den Einflußbereich der Energiemultis zu bekommen. Denn die „Ruhrgas AG wird in den nächsten 10 Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit ein wichtiger Produzent“, wenn die Kohlevergasung industriemäßig erfolgt („FR“, 30.1.79).

Die Absprache war auch der entscheidende Punkt, an dem sich sogar eine EG-Kommission mit der Konzentration auf dem Energiesektor befaßte. Denn auch in europäischem Maßstab wird die Kohlevergasung in der Zukunft durch die Ruhrgas AG und die BP beherrscht, die eine gemeinsame Investition von mehr als einer halben Milliarde DM geplant haben („Frankfurter Neue Presse“, 30.1.79). Jedoch wurden auch diese Einwände zurückgezogen, nachdem die BP Erklärungen abgegeben hatte, sie werde keine Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen, die nur durch die Zustimmung anderer Mineralölgesellschaften zustande gekommen seien. Auch werde die BP keine „Poolvereinbarungen“ treffen, mit denen sie die Ruhrgas dominieren könnte, ginge sie mit der Ruhrgas zusammen („FR“, 3.3.79). Solche Erklärungen haben jedoch nur den Wert, daß sie die Öffentlichkeit beruhigen, einen Schutz gegen die Durchsetzung einer Monopolisierungs-politik bieten sie nicht.

Nach alledem ist es logisch, daß der Bundeswirtschaftsminister seine so lange „vorenthalte“ Erlaubnis gibt, denn „das Vorhaben erhöht in mehrfacher Hinsicht die für die Zukunft immer wichtiger werdende Sicherheit der deutschen Energieversorgung“ („FR“, 6.3.79) und forciert die Monopolbildung europäischer Konzerne gegen den in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsenen Einfluß amerikanischer Konzerne.

## Gewerkschaftsvorstände fordern Monopole

Jeder Gewerkschafter erinnert sich an die 1973 von den Kapitalisten inszenierte „Ölkrise“, in der wegen einer angeblichen Ölverknappung die Preise hochgepeitscht wurden, ohne daß je ein Tropfen weniger Erdöl in die BRD geflossen wäre. Heute werden die „Unruhen“ im Iran und der „kalte Winter“ zum Anlaß genommen, u.a. die Heizölpreise in wenigen Monaten zu verdoppeln. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch überhöhte Ölpreise ist umso leichter möglich, als wenige Öligiganten durch Absprachen konkurrenzlos handeln können und Mineralölprodukte heute lebenswichtig sind. Genauso ist jedem Gewerkschafter bekannt, daß Unternehmenszusammenschlüsse in der Verwaltung wie in „Öligiganten durch Absprachen konkurrenzlos handeln können und Mineralölprodukte heute lebenswichtig sind. Genauso ist jedem Gewerkschafter bekannt, daß Unternehmenszusammenschlüsse in der Verwaltung wie in der Produktion zu Rationalisierungen führen.“

Die Konzerne BP und VEBA haben zwar, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, erklärt, Raffinerien und Handelsgesellschaften würden geschlossen, käme das Geschäft nicht zustande. Angesichts der bekannten Politik der Gewerkschaftsvorstände, das Atomprogramm der BRD-Konzerne und des Staates und jeden expansionistischen Schritt des BRD-Imperialismus politisch zu unterstützen, kann nicht davon ausgegangen werden, daß sie naiv auf die angedrohten Betriebsstillegungen hereingefallen sind.

Im Namen der Arbeiter von BP und VEBA und im Namen der zuständigen Gewerkschaften IG Chemie, ÖTV, IG Bergbau sowie des DGB plädierte der Leiter der IG Chemie Wirtschaftsabteilung, Dr. Manfred Krüper, „für die uneingeschränkte Zustimmung des Bundeswirtschaftsministers zum geplanten VEBA/BP-Vertrag“ („Gewerkschaftspost“, Februar 1979). Während der Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium hob er besonders gesamtwirtschaftliche Vorteile und Sicherung der Arbeitsplätze durch den Konzernzusammenschluß hervor.

## Gewerkschaftskommission und Wirtschaftskommission

- Quellen:
- (1) Sondergutachten der Monopolkommission „Wettbewerbsbedichte und strukturelle Aspekte einer Zusammenfassung von Unternehmen im Energiebereich“ (VEBA/Gelsenberg) 1975
  - (2) Hauptgutachten der Monopolkommission I 1973/75 „Mehr Wettbewerb möglich“



## „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atommacht zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft“.

Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit.

48 Seiten A4

DM 2,-



## Brokdorf – ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeieinfälle auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienst-anweisungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für alle AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.

87 Seiten A4

DM 3,50

SCHREIB SIE SICH DIESE FÜR DIE ANKUNFT DER POLIZEI VOR, SODASS SIE NICHT, Sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.

87 Seiten A4

DM 3,50



## Kalkar am 24.9.

30 Seiten aktuelle Fotos

DM 3,50

## Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW-Demonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bild-dokumentation enthalten, in dem die bisher größte bundesrepublikanische Polizeiaktion eindrucksvoll belegt ist.

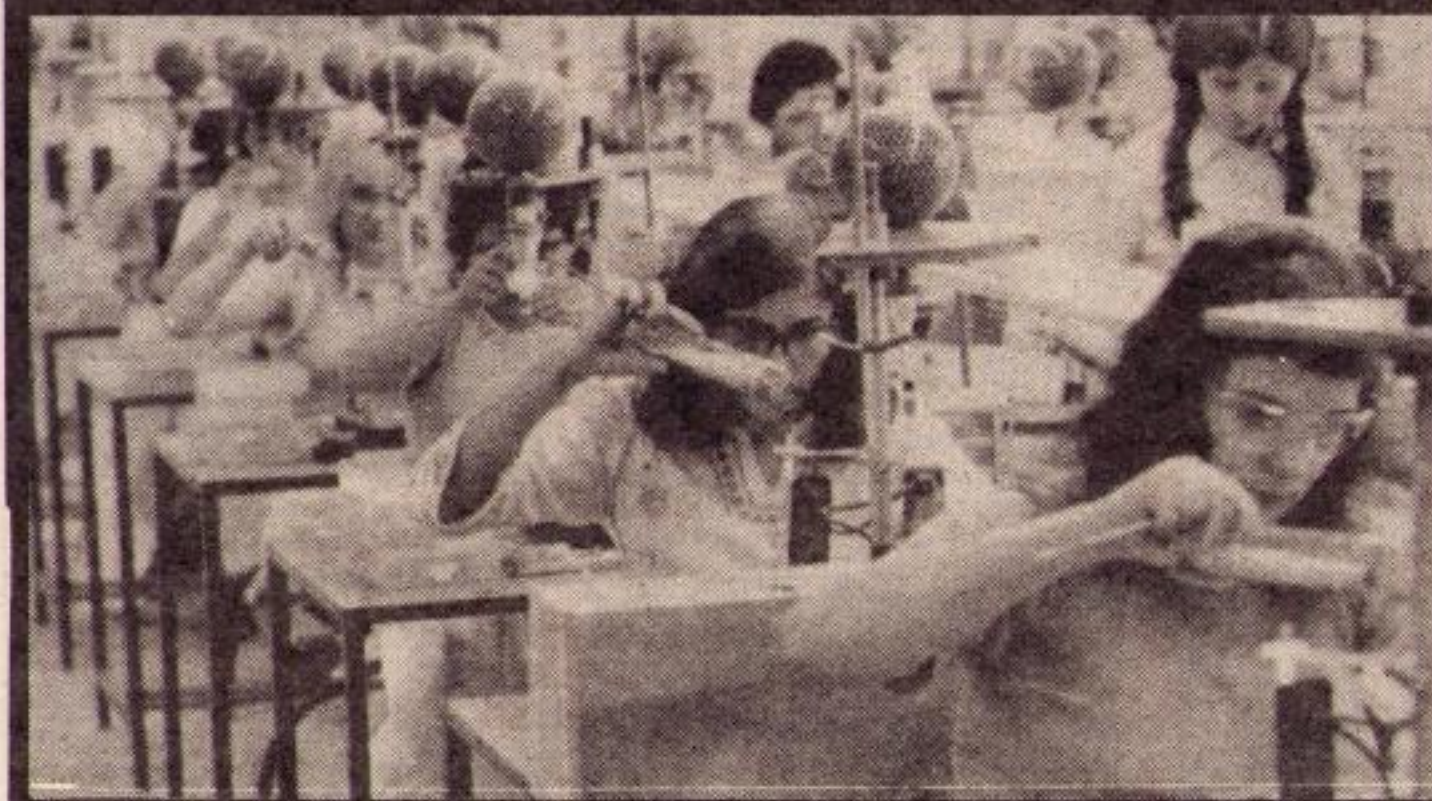
64 Seiten A4

DM 3,50

Bestellungen an:  
Verlag J. Reents  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50  
oder Telefon:  
43 53 06 oder 43 53 20



# Betrieb und Gewerkschaft



## Mitbestimmung verfassungskonform – Unternehmereigentum ist garantiert

Am 1. März hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) sein Urteil über das Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesprochen. Das Gesetz ist verfassungskonform und kann weiter in Kraft bleiben.

Die Kapitalistenverbände der BRD hatten die Klage gegen das Gesetz eingereicht, da es nach ihrer Meinung zu weitgehend die Eigentumsrechte der Unternehmer und Anteilseigner in Unternehmen einschränke.

DGB-Führer in ihren ersten Untersuchungen der Anwendung des Gesetzes eine deprimierende Bilanz gezogen (ausführlich zu diesen Auseinandersetzungen: AK 144, Seite 35). Die DGB-Führer haben sich also für ein von ihnen selbst nicht geliebtes Gesetz in die Bresche geworfen. Wir schreiben zur Einschätzung der wahren Absichten der Verfassungsklage der Unternehmer im ARBEITERKAMPF:

**„Die Mitbestimmung ist namentlich als geeignet angesehen worden, die Marktwirtschaft politisch zu sichern“**

Was sind nun die wesentlichen Aussagen des Urteils?

Erstens: „Das Gesetz verstößt nicht gegen die Garantie des Eigentums“ (Urteilsauszug zitiert nach „FR“, 9.3.). Es bestätigt das Privateigentum an den Produktionsmitteln und macht nur dort Einschränkungen, wo dies sich „am Wohl der Allgemeinheit orientieren“ muß (ebenda). Dies ist dasselbe wie die im Grundgesetz verbal erklärte „Sozialverpflichtung des Eigentums“.

Zweitens stand zur Prüfung an, ob die Mitbestimmungsrechte in der Anwendung möglicherweise das „Letztentscheidungsrecht der Anteilseigner“ einengen oder stürzen könnten. Dazu heißt es: „Die Mitbestimmung (bleibt) nach dem Mitbestimmungsgesetz unterhalb der Parität ... die Anteilseigner behalten die alleinige Zuständigkeit für die Grundlagenentscheidungen, die nach wie vor von der Anteilseignerversammlung getroffen werden“ (nach: „Die Neue“, 3.3.). In kritischen Fällen kann „unzweifelhaft die Zustimmung des Aufsichtsrats durch einen mit einer Mehrheit von drei Vierteln getroffenen Beschluß der Anteilseignerversammlung ersetzt werden“ („FR“, 9.3.).

Gewährleistet wird zudem durch das Gesetz „das Übergewicht der Anteilseignerseite“ durch die Festlegung

der Abstimmungsverhältnisse. Danach hat die Unternehmenseite immer die Stimmenmehrheit im Aufsichtsrat garantiert (siehe nebenstehende Grafik). Zusätzlich überläßt es das Gericht dem Belieben der Unternehmen, dieses Übergewicht „im Rahmen gesellschaftsrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten“ abzusichern. Dies ist bereits gängige Praxis: In Satzungen und Geschäftsordnungen der Aufsichtsräte wird zunehmend die Breite der zu entscheidenden Themen eingeschränkt. Fazit: „In jedem Fall verbleiben der maßgebliche Einfluß und das Letztentscheidungsrecht den Anteilseignern“ („FR“, 9.3.).

Drittens stellt das Urteil fest, daß es sich auf die Prognosen der bisherigen Mitbestimmungspraxis stütze. Danach zeige z.B. die Praxis in der Montanindustrie, daß man „Auswirkungen auf das Rentabilitätsprinzip, die Dividendenpolitik der Unternehmen und den Kapitalmarkt nicht feststellen konnte“, so daß nicht davon ausgegangen werden kann, „daß das Mitbestimmungsgesetz den Vermögenswert der Anteilsrechte, die Renditeaussichten der Anteilseigner oder die Kapitalentwicklungsfunktion der Anteilsrechte in nennenswertem Umfang beschränke“ („FR“, 9.3.). Mit anderen Worten: Auch mit der Mitbestimmung bleiben die Machtverhältnisse klar: Die Unternehmer entscheiden. Zudem hat die bisherige Praxis gezeigt, daß sich auch mit der Mitbestimmung bestens ausbeuten läßt und Profite gewährleistet sind. Krasser als mit

diesem Urteil können den Kritikern der Mitbestimmung kaum die Argumente geliefert werden: Mitbestimmung verändert nicht die Machtverhältnisse, sie verschleiert sie nur!

Sollten sich aus der zukünftigen Praxis wider Erwarten doch Schwachstellen für die Kapitalisten ergeben, so haben die Richter „den Gesetzgeber verpflichtet“, „Abhilfe zu schaffen“ („Jwd“, 10; 8.3.).

Damit sind praktisch alle Sicherungen eingebaut, die die Herrschaft der Kapitalisten im Betrieb benötigt. Interessant sind am Urteil noch die Aussagen zur politischen Funktion der Mitbestimmung: „Es hat indes ebenfalls die Aufgabe, die mit der Unterordnung der Arbeitnehmer unter fremde Leistungs- und Organisationsgewalt in größeren Unternehmen verbundene Fremdbestimmung durch die institutionelle Beteiligung an den unternehmerischen Entscheidungen zu mildern ... und die ökonomische Legitimation der Unternehmensleitung durch eine soziale zu ergänzen.“ Die Mitbestimmung ist namentlich als geeignet angesehen worden, die Marktwirtschaft politisch zu sichern („FR“, 9.3.).

Alles in allem sagt das Urteil eindeutig: Mitbestimmung ja - solange die Herrschaft der Kapitalisten davon nicht betroffen ist. Alles andere, also eine echte Parität in den Entscheidungen, ist verfassungswidrig. Uns bestätigt dieses Urteil noch einmal in unserer Auffassung:

Mitbestimmung hat kein Zweck - das Kapital muß restlos weg!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Als Verteidiger des Gesetzes traten die Bundesregierung und der DGB auf. Das Gesetz war 1976 auch mit Zustimmung einer großen Mehrheit innerhalb der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag verabschiedet worden.

### Nur Sieger?

Nur Sieger:

Die „feindlichen Parteien“, Regierung, DGB und Unternehmer beurteilten den Spruch des Verfassungsgerichts allesamt als Sieg ihrer Sache. Die Regierung, weil ihr Gesetz bestätigt wurde, hat sicher den meisten Grund dazu. Von Seiten der DGB-Führung wird zunächst befriedigt registriert, daß keine weitere Einschränkung des Gesetzes erfolgt sei. Optimistisch erklärt der DGB-Bundesausschuß, daß „das Urteil ein wichtiger Beitrag in dem Ringen um die Durchsetzung der Mitbestimmung“ sei („Welt der Arbeit“, 15.3.). Gleichzeitig behaupten die DGB-Führer, „mit dieser Auslegung der Verfassung wird dem weiteren Ausbau der Mitbestimmung kein Riegel vorgeschoben“ (ebenda).

Vas jedoch ist der Hauptstreitpunkt in der Beurteilung des BVG-Spruchs. Während die Kapitalisten einerseits enttäuscht sind, daß das Urteil nicht noch eindeutiger die paritätische Mitbestimmung (Stimmengleichheit im Aufsichtsrat) für verfassungswidrig erklärt, interpretieren sie es andererseits in seinen wichtigsten Aussagen so: „Unstrittig ist jedoch auch der andere Schluß, daß die volle Parität nach der Begründung dieses Urteils nicht mehr verfassungsgemäß sein kann. Denn sonst verlöre ja der rechtfertigende Hinweis auf das leichte Übergewicht der Anteilseigner seinen konstitutiven Sinn“ (Stellungnahme des BDI in „Jwd“ 10; 8.3.).

Bei der Beurteilung der DGB-Siegerpose muß beachtet werden: Das BVG hat sich mit dem Gesetz von 1976 auseinandergesetzt, das von den DGB-Führern als eine Niederlage im Kampf um die paritätische Mitbestimmung eingeschätzt wurde. Gleichzeitig haben die

„Was faktisch bereits jetzt erreicht ist: Die einmal angestrebte paritätische Mitbestimmung ist gar nicht mehr Gegenstand der Auseinandersetzungen. Stattdessen dreht sich der Streit heute darum, ob das derzeit gültige Gesetz zu weit geht. Effekt dieser Taktik ist, daß die Gewerkschaften in eine Position gedrängt sind, ein Gesetz zu verteidigen, daß sie selber als „völlig unzureichend“ kritisiert haben. So haben sich die Unternehmer auf Jahre die lästige paritätische Mitbestimmung vom Hals geschafft, wobei es unerheblich ist, wie letztlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aussieht ... So oder so – die Unternehmerrklage hat sich jetzt bereits gelohnt“ (AK 144, 11.12.78).

Wenn jetzt die DGB-Führer von Möglichkeiten zur Parität reden, so hat das mehr mit schönfärbischer Interpretation als mit realistischer Einschätzung zu tun. In Wahrheit haben sich die DGB-Führer denn auch mit dem existierenden Gesetz eingerichtet. DGB-Chef Vetter bezeichnete in einem Gespräch mit der „FAZ“ „das Problem der Arbeitslosigkeit und der technologischen Entwicklung“ als „für uns wichtiger ... als eine unmittelbare Weiterentwicklung der Mitbestimmung“ („FAZ“, 14.3.).

Erste konkrete Auswirkungen hat das Urteil bereits: Zwischen DGB-Führern, Kapitalisten und Regierung wird bereits über die Neueinrichtung der „Konzertierten Aktion“ beraten, die die Gewerkschaftsführer wegen der Mitbestimmungsklage verlassen hatten. Das Klima sei hierfür nach dem Urteil „verbessert“. Streitpunkt ist nur noch die Zusammensetzung. Während Regierung und Unternehmer die Bundesbank und den wirtschaftspolitischen „Sachverständigenrat“ als „Neutrale“ (!) hinzuziehen wollen, besteht die DGB-Führung auf dem Dreiergespräch DGB/Regierung/Unternehmer. Doch auch hier dürfte angesichts des „verbesserten Klimas“ eine baldige Einigung möglich sein.

## „Wir demonstrieren für eine bessere Gesundheitsversorgung“

Vier Tage vor der Wahl haben Beschäftigte aus Westberliner Krankenhäusern mit einer großen Demonstration gezeigt, daß ihr Widerstand gegen die katastrophalen Zustände in den Krankenhäusern andauert und wächst (ausführlich zur Westberliner Situation siehe AK 149, S. 41). Gut 3.000 Menschen waren einem Aufruf von Beschäftigten aus 21 Krankenhäusern gefolgt. Die Demonstration wurde außerdem von der „Alternativen Liste“ unterstützt. Die Kolleg(innen) kämpfen für:

„Wir brauchen mehr Planstellen zur ausreichenden Versorgung unserer Patienten!!!  
Wir brauchen mehr Personal in allen Bereichen!!!  
Kein Krankentbett darf ersatzlos gestrichen werden!!!  
Keine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge!!!“

Mit ihrem Aufruf zur Demonstration wandten sie sich an Beschäftigte wie an Patienten gleichermaßen, denn so fragt der Text des Aufrufes: „Wollen Sie, daß Ihrem Kind aus Zeitmangel und weil es schlecht ißt oder langsam trinkt, die Nahrung durch einen Magenschlauch eingegeben wird? Wollen Sie nachts um zwei Uhr zum Waschen geweckt werden?“ Die Stimmung auf der Demo war unheimlich gut, etliche (wegrationalisierte) Krankenhausbetten wurden mitgeschoben – insgesamt ein buntes Bild.

Der Demonstration vorausgegangen war eine Großveranstaltung, die

mit rund 1.000 Kolleg(innen) recht gut besucht war. Personalräte und Beschäftigte aus vielen Krankenhäusern berichteten von der verheerenden Lage in den Krankmacher-Fabriken und von ihrem Widerstand dagegen. Anschließend wurde es noch spannender, als über Kampfaktionen diskutiert wurde. Klare Worte fielen zur Haltung der ÖTV-Fürsten, die trotz nachdrücklicher Aufforderung aus 18 ÖTV-Betriebsgruppen, Kampfmaßnahmen einzuleiten, sich einfach nicht gerührt hatten. Umso beeindruckender war, daß die Kolleg(innen) auf der



3000 auf der Demo für bessere Gesundheitsversorgung

Großveranstaltung sich davon nicht demoralisieren ließen und einen einstimmigen Beschluß für die Demonstration faßten.

In diesem Sinne muß die Teilnahme von 3.000 Beschäftigten und Patienten an der Demonstration als großer Erfolg eingeschätzt werden, denn die ÖTV-Führer hatten öffentlich gegenmobilisiert: „Entsprechende Aktivitäten (sind) nicht mit der Gewerkschaft abgesprochen gewesen“, zur Zeit liefen Verhandlungen mit Gesundheitsminister Pätzold, eine Demonstration „zu einem späteren Zeitpunkt sei aber nicht ausgeschlossen“, aber: „man wolle Kommunisten kein Podium bieten“ („Spandauer Volksblatt“, 9.3.79). Das hat ihnen aber nichts genützt. Ebenso wenig wie eine „Großveranstaltung“, die die ÖTV-Führer einen Tag vor der Demo angesetzt hatten. Als großer Knüller waren die Abgeordneten der im Rathaus vertretenen Parteien eingeladen. Die konnten dann vor nicht einmal 400 Leuten – wobei noch viele Linke anwesend waren – ihren Sermon ablesen.

Auf ihrem Aufrufblatt haben die Organisatoren der Demonstration erklärt, daß die Demonstration „ein Schritt“ ist. „Wir arbeiten weiter für eine bessere Gesundheitsversorgung.“ Patienten sind nicht pflegeleicht maschinenfest schon gar nicht um sie gut zu pflegen brauchen wir mehr Kollegen.

Gesundheitskommission



## Abhörskandal beim „Stern“ und in anderen Verlagen

Schnüffelpolitiken des Verfassungsschutzes werden vom „Stern“ als skandalöse „Entgleisungen“ des Rechtsstaats angegriffen. Doch wer im Glashaus sitzt, sollte mit Steinen vorsichtig umgehen. Denn ähnliche Praktiken werden auch gegen die Beschäftigten des Gruner + Jahr-Verlages durchgeführt.

Diese lange gehegte Vermutung bestätigte sich auf einer Betriebsversammlung am 7.2.79. Auf dieser BV verlas der Betriebsrat 14 Fragen eines Kollegen, deren Kern folgende Frage war: „Trifft es zu, daß seit drei Jahren alle eingehenden Telefongespräche in der Telefonzentrale und im Empfang des Redaktionshauses von Tonbandgeräten bzw. Kassettenrecordern automatisch aufgezeichnet und somit abgehört werden?“ Empörung und Betroffenheit bei den Kollegen und eisernes Schweigen auf der Vorstandsbank war die Folge. Nachdem die Vorstandsvertreter sich weigerten, sofort zusammen mit dem Betriebsrat Nachforschungen anzustellen, zogen drei Betriebsräte in die Telefonzentrale, wo sie fünf Magnetaufzeichnungsgeräte mit Bändern für je sechs Minuten Aufzeichnungsdauer fanden und der wartenden Betriebsversammlung präsentierten.

Die Geschäftsleitung fand die Sprache erst am nächsten Tag wieder und verteilte eine „Erklärung zum Thema Sicherheit“. Hierin wurde der Skandal in einen „Schutz“ für die Belegschaft umgelenkt. „Um terroristische Bombendrohungen und telefonische Erpressungsversuche festzuhalten, werden die Vermittlungsgespräche zwischen den Telefonistinnen in der Zentrale und den Anrufern bei der Zentrale kurzzeitig auf Band aufgezeichnet. Das geschieht auf Anraten der Polizei seit Mai 1976 bei jedem Vermittlungsgespräch und dient ausschließlich der Sicherheit der Mitarbeiter und des Unternehmens, solange Gruner + Jahr gefährdet ist. Die bisher letzte Bombendrohung erfolgte am 29. November 1978. Für die Aufzeichnungen werden Bänder benutzt, die sich automatisch nach jeweils sechs Minuten durch Neuüberspielen wieder löschen. Dabei wird lediglich das Vermittlungsgespräch mit der Telefonistin aufgezeichnet, nicht das Gespräch zwischen den beiden Telefonistinnen. Die automatische Löschung wird nur dann unterbrochen,

wenn die Telefonistinnen einen Anrufer mit Droh- und Erpressungsabsichten erkennen. Dann wird die Polizei eingeschaltet.“

Wenn es so wäre, so drängen sich trotzdem viele Fragen auf. Z.B.: Woran erkennt die Telefonistin einen Bombendroher oder Erpresser, der sich verbinden läßt? Stimmen lassen sich sehr leicht verstellen und eine Fangschaltung ist bei dieser Anlage technisch nicht möglich. Entsprechende Fragen wurden dann auch vom Leiter des Zentralbereichs von Gruner + Jahr, Peter Kühsel, mit dem Hinweis „wir sind keine Verfolgungsbehörde“ abgewehrt. Und noch was. Wenn tatsächlich bislang 17 Bombendrohungen eingegangen sind, warum wird die Belegschaft erst jetzt darüber informiert?

Abgesehen davon, daß es bislang immer Praxis der Kapitalisten war, mit angeblichen oder tatsächlichen Bombendrohungen Politik zu machen und die Belegschaft auf die große Familie und den Feind von außen einzuschwören, ist es eine besondere Art von Menschenverachtung, bei Bombendrohungen (wenn sie real sind) die Belegschaft nicht zu informieren und nichts zu ihrem Schutz zu unternehmen. Noch immer ist das Gerücht nicht ausgeräumt, daß bei den Bomben bei Springer 1972 15 Minuten vor der Explosion eine telefonische Warnung eingegangen ist. Damals wurde nichts erkennbares zum Schutz der Mitarbeiter unternommen. Insgesamt sind die Antworten der Gruner + Jahr-Geschäftsleitung dazu angetan, die Zweifel der Kollegen eher zu steigern denn zu beseitigen.

Die Mitglieder der IG Druck und Papier im Betriebsrat konnten sich mit ihrem Vorschlag, Strafantrag gegen die Geschäftsleitung zu stellen, nicht durchsetzen, doch soll dies inzwischen von Seiten des DruPa-Hauptvorstandes geschehen sein. In diesem Zusammenhang sei noch bemerkt, daß die DruPa sowohl in ihrem neuen Hamburger Organ „Kurier“ als auch im Zentralorgan recht ausführlich über den Abhörskandal berichtet. Bei Gruner + Jahr blieben bislang unter anderem folgende Fragen unbeantwortet: „Ist es richtig, daß diese Bänder/Kassetten nach bestimmten Zeitabständen von einem Beauftragten der Innenverwaltung, etwa dem Hausinspektor eingesammelt

werden?“ sowie „Trifft es zu, daß Gespräche zwischen den Verantwortlichen der innerbetrieblichen Sicherheit bzw. Innenverwaltung und Vertretern der Staatsschutzabteilung/Polizei bzw. Verfassungsschutz stattgefunden haben?“

Springer: Abhören seit 1972

Angeblick auf Empfehlung der öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsbehörden“ wird bei Springer seit 1972 mitgehört und mitgeschnitten, wobei die Angaben der Geschäftsleitung fast mit denen von Gruner + Jahr übereinstimmen und sich somit auch die gleichen Fragen aufdrängen. Jetzt soll die Abhörerei bei Springer sogar noch „modernisiert“ werden. H. Stoffers, Leitung des Ordnungsdienstes dazu: „Bislang wurden nur in einem Teil der Arbeitsstätten des Axel-Springer-Verlags wichtige (!) Telefonanrufe zum Zwecke weiterer Bearbeitung und Auswertung (!) sporadisch mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet“. In Zukunft sollen jetzt alle über die Zentrale laufenden Gespräche mitgeschnitten werden und das in allen Arbeitsstätten. So werden derzeit die entsprechenden Anlagen in Hamburg, Darmstadt, Kettwig, Bonn, München, Neusenburger und Ahrensburger installiert. Begründung: „Es besteht ein erhebliches Interesse daran, ankommende Telefonate mit dubiosen Inhalten vollständig und auswertbar aufzuzeichnen“, und „Die Tonbandaufnahmen erfolgen befugtermaßen zur Abwehr bzw. Verfolgung von strafbaren Handlungen“. Dabei drängt sich wieder die Frage auf, wie dies möglich ist? Denn auch bei Springer wird behauptet, daß „nur“ die Vermittlung mitgeschnitten wird. Es sind derzeit nur Spekulationen darüber möglich, wie weit die totale Telefonüberwachung bereits gediehen ist; aber zumindest sind die Verlagskapitalisten dabei, sich diese Möglichkeit zu erschließen und es wäre naiv, hier moralischen Beteuerungen Glauben zu schenken. Und offensichtlich handelt es sich hierbei um eine konzertierte Aktion der Verlagskapitalisten, denn „gleichartige Anlagen gibt es in allen größeren Verlagshäusern“, so Peter Kühsel von Gruner + Jahr.

Druckkomitee  
KB/Gruppe Hamburg

chung bereits gediehen ist; aber zumindest sind die Verlagskapitalisten dabei, sich diese Möglichkeit zu erschließen und es wäre naiv, hier moralischen Beteuerungen Glauben zu schenken. Und offensichtlich handelt es sich hierbei um eine konzertierte Aktion der Verlagskapitalisten, denn „gleichartige Anlagen gibt es in allen größeren Verlagshäusern“, so Peter Kühsel von Gruner + Jahr.

Druckkomitee  
KB/Gruppe Hamburg

## KSB-Bremen: 5 gefeuert — 4 wieder drin

In der Bremer Maschinenfabrik Klein, Schanzlin und Becker (KSB) wurde zum 8. Februar 79 fünf Kolleginnen der zentralen Textverarbeitung fristlos gekündigt — unter ihnen eine Betriebsrätin und eine Vertrauensfrau der IG-Metall. Als Gründe gab die Geschäftsleitung u.a. „mangelnde Leistungen“ in Qualität und Quantität an, außerdem „unzumutbares menschliches Verhalten“ gegenüber zwei Halbtagskräften in derselben Abteilung. Und der Betriebsrat wurde vorgeworfen, daß „sie ihr Amt in unangemessener Weise ausgeübt“ habe (aus der Mitteilung des Vertrauensleutkörpers), weil sie z.B. im Anschluß an Betriebsratssitzungen mit Kollegen über die dort behandelten Probleme gesprochen habe. Alle betroffenen Kolleginnen haben die Pauschalvorwürfe zurückgewiesen. Sie wurden aber sofort beurlaubt. Der Betriebsrat hat zunächst allen Kündigungen widersprochen, vier Kolleginnen wurde trotzdem gekündigt. In der zweiten Abstimmung über die Entlassung der Betriebsrätin stimmte er dann mit 5:4 Stimmen für Rauschmiß!

Der Vertrauensleutkörper von KSB sagt dazu: „Fest steht: Hier wurde eine Kollegin entlassen, die sich konsequent für die Vertretung der Probleme ihrer Kolleginnen eingesetzt hat!“ (Mitteilung ...). Die Kolleginnen zogen vor's Arbeitsgericht: Zunächst stellten zwei der Betroffenen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, Antrag auf Weiterbeschäftigung durch eine einstweilige Verfügung. Mit Erfolg. „Dann reichte auch die Gewerkschaft beim Arbeitsgericht einstweilige Verfügung für ihre drei Mitglieder ein“ (Weserkurier, WK, 6.2.79). Für zwei der Kolleginnen ebenfalls mit Erfolg.

„Im Gegensatz zur bisherigen Rechtsauffassung des Bundesarbeitsgerichts sahen die Bremer Arbeitsrichter unter Vorsitz von Martin Bertzbach im vorliegenden Falle einen Weiterbeschäftigungsanspruch

der entlassenen Frauen, da sonst bis zum endgültigen Abschluß des noch anstehenden Kündigungsschutzverfahrens Persönlichkeitsrechte verletzt würden und Wiedereingliederungsschwierigkeiten in den Arbeitsprozeß eintreten könnten. Außerdem seien weder Abmahnungen erfolgt noch die Arbeitsplätze der Betroffenen abgebaut worden“ (WK, 6.3.).

Eine der Kolleginnen allerdings kam mit der einstweiligen Verfügung nicht durch, weil sie schon einen Arbeitsvertrag in einem anderen Betrieb unterschrieben hatte.

Dieser Beschluß der 8. Kammer des Arbeitsgerichts Bremen ist insofern von Bedeutung, weil hiermit der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts direkt widersprochen wurde: Die 8. Kammer wollte das Persönlichkeitsrecht, die Arbeitsmarktsituation und die Erhaltung beruflicher Fertigkeiten berücksichtigen. „Anderenfalls ... werde das Kündigungsschutzgesetz zum Abfindungsgesetz degradiert“ (WK, 6.3.).

Die Kolleginnen können jetzt also bis zum Abschluß des Kündigungsschutzverfahrens weiterarbeiten. Das ist sicher ein Erfolg!

Die Geschäftsleitung allerdings tut natürlich alles, um den Kolleginnen das Leben so schwer wie möglich zu machen und sie erneut rauszuschmeißen. In der Güteverhandlung am 12.3. drohte: sie den Kolleginnen eine Drückkündigung an; Wenn sich andere Arbeitnehmer weiter über die Kolleginnen beschwerten und die Geschäftsleitung nicht schlichten könne, müßten die vier Frauen doch gehen. Außerdem hat der Anwalt der KSB inzwischen eine einstweilige Anordnung auf Aufhebung der Zwangsvollstreckung eingereicht. Wenn sie durchkommt, brauchte der Betrieb die Kolleginnen nicht weiterzubeschäftigen.

(Alle Angaben nach „Mitteilung des Vertrauensleutkörpers von KSB“; WK vom 6.3.).

KB/Gruppe Bremen

## Kurzmeldungen

### Wieder Einstellungsstopp bei den Fernmeldern

Am 19. Februar verfügte das Bundespostministerium einen erneuten Einstellungsstopp für den Fernmeldebereich, der zunächst bis zum 30. April 1979 gelten soll. Diese Maßnahme wirkt sich auch im Postbereich aus, da dort dringend notwendige Ein-

### Beker-Besetzung vorerst beendet

Wir berichteten in AK 146 von der Betriebsbesetzung der Kollegen der Beker-Chemie in Brake. Über 100 Arbeitern und Angestellten droht hier der Verlust ihres Arbeitsplatzes infolge von Praktiken des amerikanischen Beker-Konzerns. Ob überhaupt Mittel für einen Sozialplan zur Ver-

## Kurzmeldungen

### Wieder Einstellungsstopp bei den Fernmeldern

Am 19. Februar verfügte das Bundespostministerium einen erneuten Einstellungsstopp für den Fernmeldebereich, der zunächst bis zum 30. April 1979 gelten soll. Diese Maßnahme wirkt sich auch im Postbereich aus, da dort dringend notwendige Einstellungen nicht vorgenommen werden. Der Einstellungsstopp verschärft den schon bestehenden Personal-mangel auf drastische Weise. Allein im letzten Jahr konnten die Beschäftigten 1,66 Millionen Urlaubstage nicht nehmen, da die dafür erforderlichen Vertreter nicht vorhanden waren. Teilweise praktiziert die Post einen stillschweigenden Urlaubsstopp, um den Personalunterbestand aufzufangen. Nach Feststellungen der Postgewerkschaft sind allein im Jahre '78 1328545 Überstunden von den Kollegen erbracht worden, die jetzt in den nicht abgewickelten Urlaubsansprüchen wieder auftreten. Diese Situation macht deutlich, daß der jetzt bestehende Personalbestand von 460000 Kollegen für die Bewältigung der anfallenden Arbeit absolut nicht ausreicht. Dies ist vor allem eine Folge der seit Jahren verfolgten Rationalisierungspolitik, die schon zur Vernichtung von 20-30000 Arbeitsplätzen bei der Post geführt hat.

Doch das Bundespostministerium will diesen Kurs in diesem Jahr noch weiter verschärfen. In diesem Jahr soll der Personalbestand auf 450000 gesenkt werden, obwohl die Bundespost nach eigenen Berechnungen beim gegenwärtigen Stand der Rationalisierungen von einem Personalbedarf von 460.000 ausgeht. Selbst wenn alle noch geplanten Rationalisierungsmaßnahmen in diesem Jahr verwirklicht werden, errechnete das BPM immer noch einen Personalbedarf von 453.900. Demnach will die Bundespost über den Stand der durch Rationalisierungen erzielten Arbeitsplatzvernichtung hinausgehen, um die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kollegen bis an deren physische Grenzen zu erhöhen. Das Geschäft der Profitmaximierung brachte dem Staat im letzten Jahr eine Sonderabgabe der Bundespost in Höhe von 1,1 Milliarden DM ein, die von der Post aus den erzielten Bilanzüberschüssen bezahlt wurde. So müssen die Knochen der Postkollegen herhalten, um den Staatshaushalt aufzufüllen.

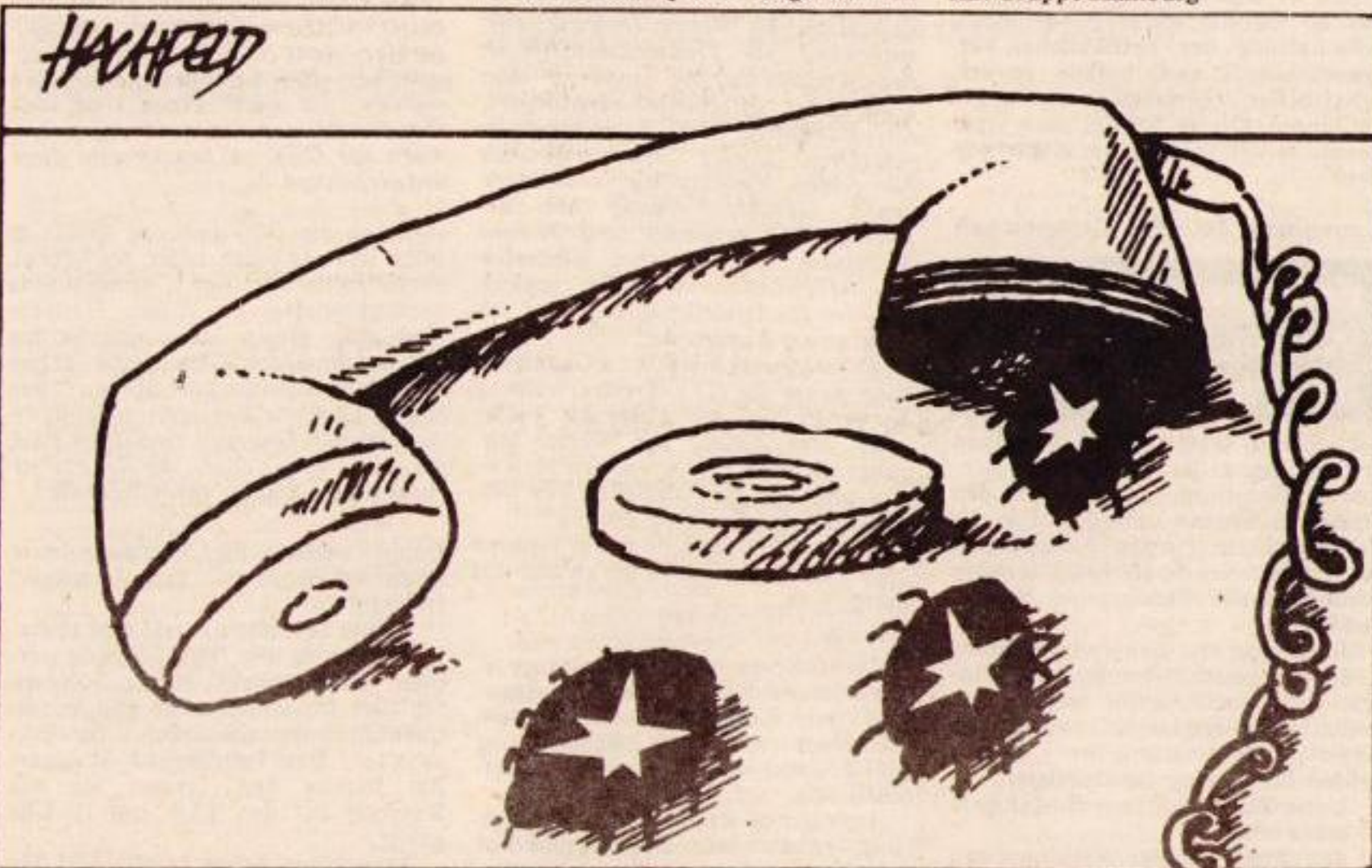
(Zahlenangaben aus „Deutsche Post“ 5/79)

### Beker-Besetzung vorerst beendet

Wir berichteten in AK 146 von der Betriebsbesetzung der Kollegen der Beker-Chemie in Brake. Über 100 Arbeitern und Angestellten droht hier der Verlust ihres Arbeitsplatzes infolge von Praktiken des amerikanischen Beker-Konzerns. Ob überhaupt Mittel für einen Sozialplan zur Verfügung stehen, ist laut Angaben des Konkursverwalters vollkommen ungewiß. Die Betriebsbesetzung mußte inzwischen aufgegeben werden. Nachdem der Gläubigerausschuß die regelmäßigen Betriebsversammlungen auf dem Firmengelände verboten hatte und die Polizei androhte, gegen die Verhinderung des Abtransports der Maschinen mit allen Mitteln vorzugehen, hatten die Kollegen nichts mehr zuzulegen — die Bedingungen für notwendig gewordene radikalere Kampfformen waren nicht da. Denn inzwischen waren einzelne Beschäftigte bereits an neue Stellen vermittelt worden; zudem fehlte eine wirksame Unterstützung seitens der IG Chemie. Für den Fall, daß Gläubiger in großem Maßstab Anlagen demonstrieren wollen, sind weitere spektakuläre Aktionen geplant. In Arbeit sind außerdem ein Film und eine Broschüre über den Kampf der Beker-Belegschaft und deren Erfahrungen. Zu diesen gehört unter anderem die großartige Solidarität, die die Belegschaft von seiten anderer Belegschaften, Gewerkschaftsgremien und Kollegengruppen erfahren hat — über 100 Solidaritätsadressen sowie ein Spendenergebnis von weit über 30.000 DM legen davon Zeugnis ab.

### Betriebsrat gewinnt gegen Gewerkschaftsunternehmen

Einen ersten Erfolg verzeichnete Walter Gerber, der Betriebsrats-Vorsitzende der COOP-Tochter Handels-u. Produktions AG (Hapro) vor dem Arbeitsgericht in Hamburg. Der Antrag des Vorstandes der gewerkschaftseigenen COOP-Walter Gerber fristlos zu kündigen (s. AK 147), wurde abgelehnt. Dieses Urteil wurde vom Großteil der Kollegen sowie den meisten Betriebsratsmitgliedern freudig aufgenommen. Daß diese Sache noch nicht beendet ist, zeigen folgende, noch ausstehende Prozesse in diesem Monat. Zum einen geht es dabei um die zentrale Rechtsfrage: hat der BR-Vorsitzende W.Gerber weiterhin Anspruch auf Freistellung? Zum anderen klagt W.Gerber gegen die vom Vorstand vorgenommene Gehaltskürzung um 25%.



## VS überprüft Personalratskandidaten

Während der Personalratswahlen 1978 in Westberlin wurden — wie jetzt bekanntgeworden ist — vom Bezirksamt Charlottenburg Wahlplakate der ÖTV an das westberliner Landesamt für Verfassungsschutz weitergegeben! Diese Zusammenarbeit mit dem VS wurde durch einen Vermerk in einer Dienst-Disziplinarordnungs-Akte auch schriftlich festgehalten.

Die betroffene Kollegin, Mitarbeiterin des Bezirksamtes Charlottenburg, hatte zu den Personalratswahlen für die ÖTV kandidiert. Vor kurzem war sie mit der Begründung „aktive Mitgliedschaft in der SEW“ vorläufig vom Dienst suspendiert

worden. Ihre Kollegen stöberten in der genannten Akte und fanden die Eintragung (nach „Die Neue“, 10. u. 14.3.79). „Die Neue“ erhielt von einem Sprecher des Bezirksamtes die Bestätigung, „die Weitergabe sei erfolgt, weil man dem Verfassungsschutz habe beweisen müssen (!), daß eine Mitarbeiterin des Bezirksamtes, die unter dem Verdacht der SEW-Mitgliedschaft steht, auch tatsächlich beim Bezirksamt angestellt gewesen sei“ („Die Neue“, 14.3.79).

Eine dümmere Antwort hätte man sich kaum ausdenken können. Auch die Antwort auf die Frage, „warum

man keine Personalakte oder Lohnsteuerkarte an den Verfassungsschutz weitergegeben habe“ („Die Neue“, ebenda), ist entsprechend spießig: „dies sei dem Bezirksamt streng verboten und verfassungswidrig (!)“ (ebd.).

Natürlich hatte auch die Behörde selbst ein besonderes Interesse daran, zu erfahren, wo die ÖTV-Kandidaten politisch beheimatet sind. Diese Tatsache wird ja auch durch die Bestätigung der Behörde überhaupt nicht verheimlicht.

ÖTV-Kommission



## Trotz Dementi: IG-Chemie-Vorstand greift Vertrauensleute an

Der Vorstand der IG Chemie beabsichtigt durch eine Satzungsänderung sich das Recht zu sichern, gewerkschaftliche Vertrauensleute zu berufen, anstatt sie von den Mitgliedern wählen zu lassen (siehe letzter AK). Mittlerweile hat der IG Chemie-Vorsitzende Hauenschild in der „Frankfurter Rundschau“, die dieses Vorhaben als erste enthielt, eine Gegendarstellung veröffentlicht.

In seiner Gegendarstellung in der „FR“ vom 8.3. erklärt Hauenschild: 1. Nach wie vor bleibe die Wahl von Vertrauensleuten der „Normalfall“, das Berufungsrecht sei nur neu aufgenommen worden, um eine bestehende „Rechtsunsicherheit“ zu beseitigen, der ein Beschluß des Beschwerdeausschusses der Gewerkschaft zugrundeliege.

rum elf Tage nach dem Vorstandsbeschluß erfolgte), schickte der Vorstand ein Rundschreiben an alle Sekretäre der Organisation mit den Materialien zum Vorstandsbeschluß. Bis dahin hatten nur die hauptamtlichen Bezirksleiter an den »Vorberatungen« teilgenommen.

Am wichtigsten ist jedoch die Auseinandersetzung um Punkt 1 des Hauenschild-Dementis. Bei dem von Hauenschild erwähnten Urteil des Beschwerdeausschusses handelt es sich um folgenden Vorgang: Bei den Betriebsratswahlen 1978 im Leverkusener Bayer-Werk kandidierten 60 Gewerkschafter aus Protest gegen die bisherige Betriebsratspolitik und die Mauseleien beim Aufstellen der Betriebsratsliste der IG Chemie auf einer eigenen Liste »Gewerkschafter für einen bes-

trauenskörper, die eine Perversion gewerkschaftlicher Arbeit darstellen (u.a. hat der Unternehmer das Recht, an den Sitzungen dieser »Interessenvertretung« teilzunehmen), anzugreifen — nein, die Gewerkschaftsführer wollen durch eine Satzungsänderung sogar das Weiterbestehen solcher Organe gewährleisten. Das satzungsmäßig geplante Recht der Berufung von Vertrauensleuten durch den Vorstand »bleibt ein Hilfsmittel für solche Fälle, wo wegen der Teilnahme von Unorganisierten an den Wahlen von Vertrauensleuten Zweifel an der Legitimation entstehen könnten« („GP“, 3/79). Hier also liegt der Hund begraben!

Das heißt nichts anderes, als daß weiterhin auch Unorganisierte Einfluß nehmen können auf den Willensbildungsprozeß in der Gewerkschaft. Ein so gewählter betrieblicher Vertrauensmann, der gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied ist, wird in Zukunft zusätzlich vom Verwaltungsstellenvorstand als gewerkschaftlicher Vertrauensmann berufen. Das ist dann satzungsgemäß, und so bleibt alles beim Alten, nur die »Rechtsunsicherheit« ist beseitigt.

In seiner Anwendung bedeutet das, daß nach dieser Satzungsänderung die 60 kritischen Gewerkschafter, die aus Protest gegen die Machtpolitik altgedessener IG Chemie-Betriebsräte bei Bayer-Leverkusen eine eigene Liste gebildet haben, nicht etwa damit rechnen können, daß zukünftig demokratischer verfahren wird. Sondern sie könnten jetzt satzungsgemäß ohne Einspruch des Beschwerdeausschusses ausgeschlossen werden!

Diese Maßnahmen des IG Chemie-Vorstands richten sich eindeutig gegen eine Politik, die kritisch zur Gewerkschaftsführung steht. Sie dient der Unterdrückung solcher Kritiken und der Absicherung der Macht solcher rechter Gewerkschaftsführer, die ihre Machtposition nicht zuletzt dem Zustand verdanken, daß solche betrieblichen Vertrauenskörper existieren, die mit dem Gedanken einer Kampfgewerkschaft nichts mehr, mit der Umwandlung eines ehemaligen Gewerkschaftsorgans in ein „Sozialpartnerschafts“-Instrument der Unternehmer aber sehr viel zu tun haben.

Der Satzungsänderungsvorschlag des Vorstands dient dem weiteren Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und dem Ausbau der Vorstandsallmacht. Er muß umgehend diskutiert und abgelehnt werden.

Es ist außerdem an der Zeit, in der IG Chemie die Debatte um die Abschaffung der betrieblichen Vertrauenskörper und Aufbau gewerkschaftlicher Interessenvertretungen zu führen. Dieser Schritt muß stattdessen in der Satzung verankert werden! Eine Politik, die kritisch zur Gewerkschaftsführung steht. Sie dient der Unterdrückung solcher Kritiken und der Absicherung der Macht solcher rechter Gewerkschaftsführer, die ihre Machtposition nicht zuletzt dem Zustand verdanken, daß solche betrieblichen Vertrauenskörper existieren, die mit dem Gedanken einer Kampfgewerkschaft nichts mehr, mit der Umwandlung eines ehemaligen Gewerkschaftsorgans in ein „Sozialpartnerschafts“-Instrument der Unternehmer aber sehr viel zu tun haben.

Der Satzungsänderungsvorschlag des Vorstands dient dem weiteren Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und dem Ausbau der Vorstandsallmacht. Er muß umgehend diskutiert und abgelehnt werden.

Es ist außerdem an der Zeit, in der IG Chemie die Debatte um die Abschaffung der betrieblichen Vertrauenskörper und Aufbau gewerkschaftlicher Interessenvertretungen zu führen. Dieser Schritt muß stattdessen in der Satzung verankert werden!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

### Erfolgreicher Warnstreik bei Danfoss

Am 8. März traten die Kolleginnen und Kollegen der Metallfirma Danfoss in Flensburg geschlossen in den Streik. Er begann um 10 Uhr in der Frühschicht in einigen Abteilungen, mit Beginn der Spätschicht standen schließlich alle Bänder und Maschinen still.

Anlaß war die Bekanntgabe einer Reihe von gestrichenen Sozialleistungen. Als Grund hierfür wurden u.a. „Absatzschwierigkeiten“ wegen der Lage im Iran angegeben. Danach sollten die Danfoss-Beschäftigten:

- keine Zuschüsse zum Busfahrgeld mehr erhalten
- den Preis für das Kantineessen zukünftig voll bezahlen
- die einmalige Zahlung von 150 DM bei der Geburt eines Kindes nicht mehr erhalten
- keine Arbeitskleidung mehr vom Betrieb gestellt bekommen.

Als am 8. März dies per Aushang am Schwarzen Brett bekannt wurde, war das Maß voll, es kam zum ersten Mal seit Jahren zu einer derart geschlossenen spontanen Aktion.

Auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 12.3. mußte die Geschäftsleitung nachgeben: Die Bezahlung der Streikzeit und die Rücknahme (fast) aller Streichungen wurde bekanntgegeben. Viele Kollegen beteiligten sich an einer lebhaften Debatte, in der dieses Ergebnis als Erfolg des geschlossenen Auftretens gefeiert wurde.

Das macht Mut für weitere Auseinandersetzungen! Nach dem Bericht einer Flensburger Genossin

## Texaco-Vertrauensleute gegen geplante Satzungsänderung

Auf ihrer Sitzung am 12.3.79 beschlossen die Vertrauensleute der Texaco-Hauptverwaltung einstimmig einen Entschließungsantrag gegen die vom IG Chemie-Vorstand geplante Satzungsänderung zur Ernennung von Vertrauensleuten. Der IG Chemie-vertrauenskörper in der Texaco-Hauptverwaltung wurde zunächst — bis zur nächsten ordentlichen Wahl — vom Verwaltungsstellenvorstand Hamburg ernannt, nachdem der Verwaltungsstellenvorstand in Zusammenarbeit mit dem IG Chemie-Hauptvorstand den ehemaligen und gewählten Vertrauensleutkörper durch den Gewerkschaftsausschluß von 15 Mitgliedern liquidiert hatte. Unter diesem Aspekt hat der Entschließungsantrag eine besondere Bedeutung.

Der Antrag, den wir in seinen wesentlichen Auszügen wiedergeben, geht an den Hauptvorstand und an die Personengruppenkonferenz der IG Chemie in Hamburg mit der Aufforderung, sich dem Antrag anzuschließen. In der Konferenz sind die Personengruppen Angestellte, Frauen und Jugend vertreten.

„... 1. Die Tatsache, daß Mitglieder und ehrenamtliche Funktionäre unserer Gewerkschaft erst im März durch die Gewerkschaftspost von der beabsichtigten Satzungsänderung erfahren haben, wird mißbilligt.“

2. Die Wahl der Vertrauensleute darf auch weiterhin nur in Urwahl durch die Mitglieder vorgenommen werden; allein in begründeten Ausnahmefällen, d.h. wo der niedrige Organisationsgrad in einem Betrieb eine Wahl nicht möglich macht, darf von der hilfsweisen Möglichkeit der Berufung Gebrauch

gemacht werden. Deshalb wird jede Abschwächung dieser strikten Ausnahmeregelung durch Einführung einer einfachen Alternativregelung „Entweder Urwahl oder Berufung“ abgelehnt.

3. Auch die Übernahme der entsprechenden Regelung der Richtlinien in die Satzung löst das zur Diskussion stehende Problem nicht. Denn wenn die gewerkschaftlichen Vertrauensleute bislang in Betrieben mit betrieblichen Vertrauensleuten auch von Nichtorganisierten gewählt wurden, so würden nun Nichtorganisierte durch die Wahl betrieblicher Vertrauensleute über die Berufung zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann mitentscheiden. Denn berufen werden sollen nur solche, die vorher auch gewählt worden sind.

4. Aus den in den Punkten zwei und drei genannten Gründen fordern wir, etwaige Satzungsänderungen oder -ergänzungen zur Wahl unserer gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf den 1980 stattfindenden Gewerkschaftstag zu verschieben.

Nach gründlicher Diskussion und Vorbereitung kann das Problem der betrieblichen Vertrauensleute auf dem nächsten Gewerkschaftstag entschieden werden. Wir möchten schließlich Hauptvorstand, Beirat Satzungscommission noch darauf hinweisen, daß Änderungen und Ergänzungen, die unsere Satzung immer komplizierter machen bis nur noch Experten sie voll ausschöpfen können, auf eine Einengung innergewerkschaftlicher Demokratie hinauslaufen, auch wenn dies von keinem gewollt wird.“

## ÖTV-Führung will Vertrauensleute ausschließen

Frankfurt. Mit enormer Schärfe geht die ÖTV-Kreisverwaltung gegen sieben Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek vor. Wie in ihrer Selbstdarstellung in AK 148 berichtet, wurden diese sieben Vertrauensleute nach der Wahl von der ÖTV-Führung nicht bestätigt und erhielten damit Funktionsverbot.

Die Gründe dafür liegen darin, daß sich die sieben „... nicht den ÖTV-Leitsätzen für Vertrauensleute“ entsprechend als Transmissionsriemen der Kreisverwaltung, sondern dem Willen der Mitglieder verpflichtet, als Exekutive der Betriebsgruppe verstehen. Dieses Selbstverständnis

3. Die Betriebsgruppe soll als Gesamtschuldner die Kosten des „Rechtsstreites“ tragen. In ihrer Klagebegründung meinen die netten Herrn Rechtsanwälte der ÖTV:

„Die Broschüre 'Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht' enthält eine Fülle von unwahren Tatsachenbehauptungen und Beleidigungen; darüber hinaus wird in ihr zum aktiven gewerkschaftsschädigenden Tun aufgerufen, denn es sollen Gruppen gegründet bzw. zusammengehalten werden, die nicht bereit sind, sich den Beschlüssen der zuständigen Gremien der ÖTV zu beugen und diese

## ÖTV-Führung will Vertrauensleute ausschließen

Frankfurt. Mit enormer Schärfe geht die ÖTV-Kreisverwaltung gegen sieben Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek vor. Wie in ihrer Selbstdarstellung in AK 148 berichtet, wurden diese sieben Vertrauensleute nach der Wahl von der ÖTV-Führung nicht bestätigt und erhielten damit Funktionsverbot.

Die Gründe dafür liegen darin, daß sich die sieben „... nicht den ÖTV-Leitsätzen für Vertrauensleute“ entsprechend als Transmissionsriemen der Kreisverwaltung, sondern dem Willen der Mitglieder verpflichtet, als Exekutive der Betriebsgruppe verstehen. Dieses Selbstverständnis hat seinen Niederschlag in einer eigenen Geschäftsordnung der Betriebsgruppe gefunden und kommt in einem konsequenten Eintreten für Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Dienststellenleitung und wo immer zum Ausdruck.

Diese gewerkschaftliche Grundhaltung nahm die ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt in der Folgezeit mehrmals zum Anlaß, uns wegen 'satzungswidrigen Verhaltens' zu verwarren und mit der Auflösung des Vertrauensleutkörpers zu drohen“

(aus der Dokumentation der Gruppe „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“).

Im weiteren wird der Gruppe vorgeworfen, daß es nicht satzungsgemäß sei, Leserbriefe und andere Schreiben mit der Bezeichnung „ÖTV“ von der Gruppe zu veröffentlichen.

Inzwischen strebt die Kreisverwaltung neben dem Funktionsverbot den Ausschluß gegen sie an. Zu dieser Maßnahme wird gegriffen, weil die Betriebsgruppe konsequent bei ihren Standpunkten blieb und die Auseinandersetzung mit der Kreisverwaltung öffentlich dokumentierte.

Doch die ÖTV-Führung gibt sich mit diesen administrativen Praktiken nicht zufrieden. Sie hat die Rechtsanwälte Schlaegel & Herzberg beauftragt, eine Unterlassungsklage gegen die Betriebsgruppe zu führen bei einem Streitwert von 20.000 DM!

Die Betriebsgruppe soll dazu verurteilt werden:

1. Es bei Androhung von Ordnungshaft oder Ordnungsgeld zu unterlassen, die Bezeichnung „ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek“ zu gebrauchen.
2. Sie sollen es unterlassen, die Broschüre „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“ zu verteilen, bzw. zu vertreiben.

Vordrucke für Unterschriftenlisten sowie die Broschüre „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“ sind zu beziehen über: Friedrich Knipping Gräbstraße 71 6000 Frankfurt/M 90 zum Selbstkostenpreis von DM 2,-.

ÖTV-Kommission

PERSONAL- UND SOZIALWESEN/WERKSVERWALTUNG

20. Mai 1976

An alle Mitarbeiter

Wahl der betrieblichen Vertrauensleute

Seit 1967 haben die betrieblichen Vertrauensleute ihren Platz in der Betriebsverfassung unseres Werkes. Nun stehen wieder Neuwahlen an.

Die über 400 betrieblichen Vertrauensleute haben gerade im vergangenen Jahr mit seinen durch die wirtschaftliche Rezession bedingten Belastungen ein Mehr an Mitarbeit und Verantwortung auf sich genommen. Dafür ist ihnen vielfach gedankt worden. Es darf heute mit Sicherheit gesagt werden, daß sich diese Institution bewährt hat.

In diesem Jahr sind die wahlberechtigten Mitarbeiter dazu aufgerufen,

in der Zeit vom 1. bis 4. Juni 1976

den Mann oder die Frau ihres Vertrauens für die nächsten drei Jahre zu wählen.

Die Vergangenheit hat vielfach gezeigt, daß Vertrauensleute nur erfolgreich wirken können, wenn zu den Kollegen, zu den Vorgesetzten und zum Betriebsrat ein ausgewogenes Vertrauensverhältnis besteht.

Deshalb ist es wiederum wichtig, diejenigen Damen und Herren zu wählen, die aufgrund ihrer Leistung und Persönlichkeit die Achtung und das Vertrauen ihres gesamten Betreuungsbereiches besitzen.

Durch ihr Engagement können die betrieblichen Vertrauensleute viel zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen. Sie sorgen für die sogenannte „Feinabstimmung“ im Betrieb, informieren und bringen wichtige betriebliche Fragen zur Sprache. Dazu aber brauchen sie stets den Rückhalt bei ihren Kollegen.

Stärken Sie mit Ihrer Stimme die Stellung Ihres Vertrauensmannes. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch.

*brünon*

Die Abteilung „Personal- und Sozialwesen“ bei der Unternehmensleitung der Frankfurter Hoechst AG ruft zur Wahl der „betrieblichen Vertrauensleute“ auf. Vom Gedanken gewerkschaftlicher Interessenvertretung ist hier nichts mehr zu spüren, von Vertrauensleuten als Ordnungsorgan des Unternehmens schon eher. Auf genau dieses Organ stützt Rolf Brand, Betriebsratsvorsitzender bei Hoechst, u.a. seine Macht. Brand ist gleichzeitig Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie und entschiedener Verfechter der Satzungsänderung.

Seit 1967 haben die betrieblichen Vertrauensleute ihren Platz in der Betriebsverfassung unseres Werkes. Nun stehen wieder Neuwahlen an.

Deshalb ist es wiederum wichtig, diejenigen Damen und Herren zu wählen, die aufgrund ihrer Leistung und Persönlichkeit die Achtung und das Vertrauen ihres gesamten Betreuungsbereiches besitzen.

Durch ihr Engagement können die betrieblichen Vertrauensleute viel zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen. Sie sorgen für die sogenannte „Feinabstimmung“ im Betrieb, informieren und bringen wichtige betriebliche Fragen zur Sprache. Dazu aber brauchen sie stets den Rückhalt bei ihren Kollegen.

Stärken Sie mit Ihrer Stimme die Stellung Ihres Vertrauensmannes. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch.

*brünon*

Die Abteilung „Personal- und Sozialwesen“ bei der Unternehmensleitung der Frankfurter Hoechst AG ruft zur Wahl der „betrieblichen Vertrauensleute“ auf. Vom Gedanken gewerkschaftlicher Interessenvertretung ist hier nichts mehr zu spüren, von Vertrauensleuten als Ordnungsorgan des Unternehmens schon eher. Auf genau dieses Organ stützt Rolf Brand, Betriebsratsvorsitzender bei Hoechst, u.a. seine Macht. Brand ist gleichzeitig Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie und entschiedener Verfechter der Satzungsänderung.

2. Die Passage, daß Vertrauensleute erst dann als anerkannt gelten, wenn der Vorstand einer Verwaltungsstelle sie im Amt bestätigt, sei nicht neu, sondern gelte bereits derzeit.

3. wird der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Satzungsänderung ohne breite Beratung durchgezogen werden sollte. Diese Beratung sei erfolgt.

4. dementiert Hauenschild nicht, daß es Widersprüche im Vorstand zum Vorgehen gibt und daß u.a. auch andere Rechtsauffassungen vorliegen. Ein entsprechendes juristisches Gutachten sei »nur eines von mehreren«. Die Abstimmung um die Vorlage zur Satzungsänderung sei im geschäftsführenden Hauptvorstand mit 6 gegen 2 und im Gesamthauptvorstand mit 19 gegen 6 Stimmen ausgefallen.

FR“ klar:

zu 2: Zwar ist bereits in den IG Chemie-Richtlinien zur Vertrauensleutwahl die Bestätigung durch den Verwaltungsstellen-Vorstand vorgesehen, jedoch ist in der neuen Vorlage diese bisher nicht in der Satzung enthaltene Vorschrift (die »Richtlinien« sind der Satzung untergeordnet) als ein M u B in die Satzung aufgenommen: »Die gewählten Vertrauensleute bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsstellenvorstand«. Das bedeutet: War bisher ein gewählter Vertrauensmann automatisch durch eine Bestätigung des Vorstands im Amt, ist es heute nur, wenn der Verwaltungsstellenvorstand ebenfalls Ja sagt; dieser hat auch das Recht, die Bestätigung zu versagen. Hier tritt der beispielsweise in der IG Metall bereits übliche Mechanismus ein, daß das Vorstandsrecht höherwertiger ist als das der gewerkschaftlichen Basis.

zu 3: Daß eine breite Diskussion der geplanten Satzungsänderung vorher erfolgt sei, widerlegt die „FR“. Erst am 26. Februar, knapp eine Woche nach der „FR“-Enthüllung (die wieder-

seren Betriebsrat«. Nach den Wahlen wurden sie (alle 60!) aus der IG Chemie ausgeschlossen.

Der Beschwerdeausschuß der Gewerkschaft hob den Ausschluß jedoch wieder auf. Begründung: sie hätten zwar »formell gegen die Bestimmungen der Satzung und die Richtlinien für Betriebsratswahlen verstoßen«, da aber durch die Existenz sogenannter betrieblicher Vertrauensleute in den betreffenden Betrieben die Willensbildung der Vertrauensleute bei der Aufstellung der von der IG Chemie autorisierten Kandidatenliste auch von Unorganisierten beeinflusst worden sein kann, wäre der Ausschluß der Gegner der offiziellen IG Chemie Liste nicht zu rechtfertigen« („Gewerkschaftspost“, 3/79).

Dieser Spruch besagt, daß zukünftig rechtlich die Existenz der in den Chemiegroßbetrieben üblichen betrieblichen Vertrauenskörper (siehe AK 149) im Gegensatz steht zur Bildung gewerkschaftlicher Vertrauenskörper, da auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder die betrieblichen Vertrauensleute wählen. Damit nehmen diese Wähler indirekt auch Einfluß auf die innergewerkschaftliche Meinungsbildung, wählen z.B. Delegierte oder stellen die Betriebsratsliste der Gewerkschaft auf. Der IG Chemie-Vorstand befürchtet nun, »daß als Konsequenz der Auffassungen des Beschwerdeausschusses die Legitimation von ehren- und hauptamtlichen Funktionären, von Delegierten usw., aber auch von Entscheidungen, die von diesen getroffen werden, angezweifelt oder gar angefochten werden können« („GP“, 3/79). Deshalb »hielt der Hauptvorstand eine schnelle Entscheidung des Beirats für nötig« (ebenda).

Der Vorstand zieht also aus dieser Situation nicht etwa die Konsequenz, endlich den längst überfälligen Schritt zu tun, die Existenz betrieblicher



## IGM-Führung mit schwerem Geschütz gegen kritische Vertrauensleute

Die Auseinandersetzungen in der IG Metall um die Konsequenzen aus der Niederlage im 44-tägigen Stahlarbeitertreik halten an. Nach den scharfen Kritiken der Vertrauensleute aus den Betrieben Hoesch-Westfalenhütte und Hoesch-Phönix in Dortmund, Thyssen-Hamborn und Mannesmann-Huckingen sowie Thyssen-Hüttenheim in Duisburg (wir berichteten in den letzten AKs darüber) am Vorstand der IG Metall, geht dieser zur Gegenoffensive über.

Schützenhilfe bekommt der IGM-Vorstand auch aus einigen Betrieben. Die Vertrauensleute von Krupp in Bochum sprachen dem angegriffenen IGM-Bezirksleiter Kurt Herb das Vertrauen aus und distanzieren sich von den Dortmunder Hoesch-Kollegen. Die Vertrauensleute der Thyssen-Gießerei in Duisburg Meiderich lehnen eine "Personaldebatte" entschieden ab (siehe AK 149). Merkwürdig nimmt sich die Erklärung des Gesamtbetriebsrats von Mannesmann aus. "Namens der 30 000 Beschäftigten" spricht er dem IGM-Vorstand das "uneingeschränkte Vertrauen" aus (SZ, 9.3.), obwohl doch im Werk Huckingen (10 000 Beschäftigte) 160 Vertrauensleute einstimmig eine scharfe Protestresolution verabschiedet haben.

Vor diesem Hintergrund sieht sich jetzt der Gewerkschaftsvorstand stark genug, die Kritiker in der eigenen Organisation anzugreifen, nachdem noch kurz nach dem Streik die Kritiken eher vorsichtig zurückgewiesen wurden. In der IGM-Mitgliederzeitung "Metall" (Nr. 5 vom 7.3.79) schlägt der IGM-Vorsitzende Loderer eine schärfere Tonart an. Unter der Überschrift "Kritik ja - Diffamierung nein" referiert Loderer über "innergewerkschaftliche Demokratie". Fazit: "Innergewerkschaftliche Demokratie findet zwar öffentlich statt. Sie darf aber nicht ausschließlich in Zeitungen ausgetragen werden, die alles andere als uns wohlgesonnen sind. Niemand sollte sich ungewollt zum Handlanger gewerkschaftsfeindlicher Kampagnen machen lassen".

Wo aber bleibt die innergewerkschaftliche Öffentlichkeit Loderers in punkto Kritik der Stahlarbeiter? In keiner IGM-Publikation ist diese

Kritik bis heute - auch nicht auszugswise - wiedergegeben und behandelt worden. Der Vorstand weigert sich, diese Kritiken zur Diskussion zu stellen. Stattdessen werden sie pauschal abgekanzelt.

Den Gipfel an Arroganz erreicht dabei Joachim Hentschel in der IGM-Funktionärszeitung "Der Gewerkschafter" 3/79. Sein Beitrag läuft unter der Rubrik "Wir stellen zur Diskussion." Hentschel bringt es fertig, in seinem "Diskussionsbeitrag" nicht ein einziges Wort aus den Stahlarbeitererklärungen zu zitieren. Der Leser des "Gewerkschafter" gewinnt ein total verzerrtes Bild von der Kritiker-Position, gegen die Hentschel mit harten Bandagen vorgeht. Den Hoesch-Vertrauensleuten wird vorgeworfen, daß sie für die Presse der Stahlindustrie das "Geschäft betrieben haben". Die Kritiker handelten nach dem Motto "Wir gegen uns - wozu brauchen wir eigentlich noch die Unternehmer, wir sind uns selbst Gegner genug". Was die Kritiker forderten, habe "nichts, aber auch gar nichts mit innergewerkschaftlicher Demokratie, dafür aber um so mehr mit Spaltung der Organisation (!) zu tun."

Die Sprache ist deutlich. Den unbotmäßigen Vertrauensleuten wird unverschämter mit Rausschmiß oder Absetzung gedroht. Hentschel empfiehlt Gegenmaßnahmen:

"Es wird vor allem Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sein, solchen Mißbildungen falschen Demokratiebewußtseins in allen Bereichen der Organisation entgegenzuwirken", denn die Arbeit der Vertrauensleute habe "....der Organisation zu dienen ... nicht aber den Zweck, unsinnigen Spaltungstendenzen bewußt oder unbewußt Vorschub zu leisten". (Hervorhebungen von uns, AK) Der Vorstand hat entschieden: die Kritiken sind "unsinnig", die Vertrauensleute müssen auf Linie gebracht oder (zumindest) als Funktionsträger ausgeschaltet werden. Tatsächlich fürchten die IGM-Führer, daß sich das Selbstbewußtsein der Stahlvertrauensleute breiter in der Organisation durchsetzt. Immerhin hat es auch in der Metalltarifrunde eine Reihe von Kritiken am Verhandlungsablauf gegeben. Diese kamen auch aus Betrie-

ben, die bisher hundertprozentig loyal zum Vorstand standen (z.B. Blohm & Voss in Hamburg).

Die Drohungen von Hentschel gegenüber den Kritikern sind sehr ernst zu nehmen und alles andere als hohle Worte. Hentschel begründet seine Forderung nach linientreuen Vertrauensleuten mit der zukünftigen gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Das Beispiel des Stahlbereichs soll offensichtlich Schule machen: die Gewerkschaftsmitglieder sollen angesichts zunehmender Härte der Tarifaussensetzungen daran gewöhnt werden, daß nicht mehr durchzusetzen ist, während es doch die Gewerkschaftsvorstände sind, die kampflös oder mit gebremstem Schaum dem Druck der Kapitalisten nachzugeben bereit sind.

Seine Schelte ergänzt Hentschel um eine bemerkenswerte Neu-Definition des Begriffs "Solidarität", die "immer höhere Anforderungen an die Bereitschaft jedes einzelnen von uns stellt, sich für die Belange des anderen auch dann einzusetzen, wenn für uns selbst 'unterm Strich' nichts oder nur wenig herauskommt... Wir werden begreifen müssen, daß uns diese Bereitschaft vor dem Hintergrund immer enger werdender Verteilungsspielräume in den nächsten Jahren noch öfter abverlangt wird". Welch eine Verhöhnung zigtausender Stahlarbeiter, die über sechs Wochen unter großen finanziellen und sonstigen Entbehrungen im Streik standen und auch weiterhin streikbereit waren!

Offensichtlich will der Vorstand den Kurs gegen die Kritiker verschärfen. Um so mehr muß jetzt die innergewerkschaftliche Diskussion und Unterstützung der Stahlvertrauensleute verstärkt werden. Nicht von ungefähr gehen die Kommentare von Hentschel und Loderer mit keinem Wort auf die Forderungen nach konkreter Veränderung der Entscheidungswege in der IGM ein. Tragen wir die Debatte in Vertrauenskörper und andere gewerkschaftliche Versammlungen. Bombardieren wir die "Metall" und den "Gewerkschafter" mit kritischen Stellungnahmen. Über diese Kritiken darf kein Gras wachsen!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

## IGM-Vertreterversammlung IGM-Vertreterversammlung Hagen lehnt Ergebenheitsadresse ab

Am Dienstag, dem 13.3., tagte in Hagen die Vertreterversammlung der IG-Metall. Dabei versuchte die Ortsverwaltung, eine Ergebenheitsadresse an den IG Metall-Vorstand mit folgendem Wortlaut verabschieden zu lassen:

„Entschließung:

.... Trotz unterschiedlicher Bewertung des Ablaufs und der Ergebnisse für die Stahlindustrie durch die Vertrauensleute dieser Betriebe, stellt die Vertreterversammlung als verantwortliches Organ für die Verwaltungsstelle fest, daß diese Ergebnisse von allen Funktionären getragen und vertreten werden.

Die Vertreter betrachten konstruktive Kritik als einen unerläßlichen Bestandteil innergewerkschaftlicher Demokratie. Auf Kritik dieser Art können und dürfen wir nicht verzichten. Gerade deshalb verurteilen wir jede Art von Kritik, die auf persönliche Verunglimpfung oder gar Diffamierung zielt.

Die verschiedentlich in der Öffentlichkeit getragene innergewerkschaftliche Auseinandersetzung veranlaßt die Vertreterversammlung, sich mit der gesamten Verhandlungskommission und dem Vorstand solidarisch zu erklären und ihnen das Vertrauen auszusprechen."

In der Diskussion über die Tarifrunde wurde massive Kritik laut. Insbesondere wurde erneut gesagt, daß es vor allem falsch war, vor Weihnachten zu sagen: "Über Urlaub wird nicht gesprochen" und dann doch über Urlaub zu verhandeln und erst einen Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung für alle zu fordern und dann doch "stahltypisch", d.h. für bestimmte Belastungs- und Altersgruppen abzuschließen. Das Ergebnis sei von der Masse her zwar in gewisser Weise zu akzeptieren, von der Ausgangsforderung her vor allem vor dem Hintergrund der Unternehmerangriffe auf die Arbeitsplätze kein Erfolg.

In diesem Zusammenhang wurde der Entschließungsentwurf der Ortsverwaltung als „Strauß Blumen an den Vorstand“ bezeichnet, der nicht nötig sei.

Ein Betriebsrat der Klöckner-Hütte Haspe brachte einen Änderungsantrag ein, der im letzten Absatz die Kritik festschrieb und für notwendig erklärte. Er sprach sich aber auch dafür aus, daß die Diskussion nicht den Unternehmern nützen dürfe, womit dies indirekt den Vorstandskritiken aus Dortmund und Duisburg unterstellt wurde. Von der Ortsverwaltung aus wurden dagegen die Positionen der Duisburger und Dortmunder Kollegen scharf angegriffen und als „gewerkschaftsschädigend“ verurteilt. Interessant ist hier, daß kaum einem Kollegen der volle Wortlaut aller Resolutionen bekannt sein dürfte, weil sie innergewerkschaftlich nicht veröffentlicht wurden.

Dann sollte über die Entschlüsselung abgestimmt werden. Ein Einwand, die Änderungswünsche des Klöckner-Kollegen seien weitergehend, wurden vom Vorstand vom Tisch gewischt. Bei der Abstimmung: Alle Hände der Ortsverwaltung waren oben, aber weniger als zehn der übrigen Kollegen. Am Vorstandstisch versteinten sich die Gesichter. Fast alle rund 250 anwesenden Vertreter lehnten die Entschlüsselung ab.

Danach wurde dann noch der Vorschlag des Klöckner-Kollegen abgestimmt und angenommen.

Stark bemerkbar machte sich in dieser Entschlüsselung die Haltung der DKP zur Kritik der Vertrauensleute, nämlich: Kritik auf keinen Fall öffentlich machen.

Dennoch ist die Tatsache, daß in Hagen, wo die Konflikte bei weitem nicht so scharf sind wie in Duisburg oder Dortmund, eine Ergebenheitsadresse an Loderer gegen den Willen der Ortsverwaltung abgelehnt wird, Beweis dafür, daß der innergewerkschaftliche Unmut weitergeht.

AG Betrieb und Gewerkschaft KB/NRW

## Chemietarifrunde ohne die Kollegen

Bezeichnend für die diesjährige Tarifrunde ist, daß, obwohl die Verhandlungen in vollem Gange sind, noch keine Lohnforderung aufgestellt wurde, weder vom Hauptvorstand, noch von den Funktionären in den Betrieben. Und das vor dem Hintergrund, daß die IG Chemie davon spricht, daß die Tarifrunde bei den nächsten Verhandlungen am 23. und 24. März ihren »Höhepunkt« erreicht haben wird.

Obwohl die zentralen Verhandlungen unter der Federführung des Hauptvorstandes bereits 1978 scharfer Kritik ausgesetzt waren (u.a. kritisierten die Vertrauensleutekörper Hoechst/Hamburg, Gehe-Werke/Hannover und Lackwerke/Wülferode öffentlich, daß bei zentralen Verhandlungen kaum noch eine Einflußnahme der Gewerkschaftsmitglieder möglich sei und keine demokratische Willensbildung stattfinde), trafen sich am 28.2. bereits die Vertreter der IG Chemie und des »Arbeitsring der Arbeitgeberverbände« zu einem zentralen Tarifgespräch.

War 1978 der Hauptvorstand noch so ungeschickt gewesen, daß er erst den zentralen Abschluß mit den Unternehmern tätigte, die örtlichen Tarifkommissionen aus der Presse davon erfuhren und daß die Kritik dann bis in die Reihen der Funktionäre ging, stimmten diesmal die örtlichen Tarifkommissionen darüber ab. Wie wenig die letzten Jahr geäußerte Kritik ernst genommen wurde, zeigt sich z.B. daran, daß die Mitglieder der drei norddeutschen Tarifkommissionen (Hamburg, Westberlin, Schleswig-Holstein), die gemeinsam tagten, mit 3 Enthaltungen einstimmig für zentrale Verhandlungen stimmte.

In den zentralen Verhandlungen soll der ebenfalls gekündigte Manteltarif mitverhandelt werden. Bei dieser Zusammenlegung ist zu befürchten, daß durch das Propagieren der Manteltarifforderungen (Schichtzulage, Urlaubserhöhung u.a.) erreicht werden soll, daß die Forderungen nach Lohnhöhung in den Hintergrund treten und die Gewerkschaftsführer auf einige Prozentpunkte verzichten.

auf einige Prozentpunkte verzichten.

### Funktionärsversammlung in Hamburg

Auf der (höchstens zweimal jährlich stattfindenden) Hamburger Funktionärskonferenz (Vollversammlung aller Hamburger Vertrauensleute) waren von über 1000 Hamburger Vertrauensleuten ca. 60 anwesend. Hatte die Beteiligung an diesem Treffen sowieso im letzten Jahrest eine ständig sinkende Tendenz - einerseits durch

Ausschluß der Mehrzahl aktiver Linker aus der Gewerkschaft und andererseits durch die besonders für neue, interessierte Kollegen abschreckende langweilige Gestaltung - fühlten sich wegen der schon seit längerem zentral laufenden Verhandlung die noch aktiven Gewerkschafter besonders verarscht und erschienen kaum noch.

Die Diskussion um die Tarifrunde war entsprechend:

- Verwaltungsstellen - Vorsitzender Walter Holst prägte die Veranstaltung mit dem denkwürdigen Satz des Arbeitsministers Farthmann, der im vergangenen Stahlkonflikt als »Schlichter« aufgetreten war: »Nicht jeder kann alles bekommen«.
- Dr. Werner Beck vom Hauptvorstand referierte lang und breit über die Situation (der Kapitalisten) in der chemischen Industrie - jede Diskussion war damit abgestorben.

Keine Debatte um eine Forderung, keinerlei Auseinandersetzung über das Vorgehen in der Tarifrunde. Ein wenig Protest wurde deutlich beim Verlesen einer Resolution, die von zahlreichen Vertrauensleuten und Mitgliedern der IG Chemie bei Beiersdorf unterschrieben war und sich gegen Äußerungen der IG Chemie, Karl Hauenschild, zur Tarifrunde richtete. Hauenschild wurde in der »Süddeutschen Zeitung« vom 30.1.79 folgendermaßen kommentiert: »Karl Hauenschild meinte nämlich, daß die Lohnrunde '79 wahrscheinlich gelaufen ist. Die Ergebnisse aus den Tarifrunden in der Stahl- und Metallindustrie gefährden die vorgezeichnete Konjunkturentwicklung nicht ... Von den noch anstehenden Verhandlungen sind dramatische Veränderungen kaum mehr zu erwarten ... Allerdings könne man Abschließendes erst dann sagen, wenn alle Tarifverhandlungen abgeklaut sind.« In der verlesenen Protestresolution hieß es dazu:

»Wir weisen Äußerungen, daß die Lohnrunde wahrscheinlich gelaufen sei, energisch zurück. Wie kommt der Kollege Hauenschild dazu, im Januar solche Meinung zu vertreten - ehe in den Betrieben überhaupt über eine

Forderung gesprochen worden ist - den Betrieben überhaupt über eine Forderung gesprochen worden ist - ehe sich die Gewerkschaftsgremien damit befaßt haben und ehe überhaupt bekannt ist, ob die Arbeitgeber eventuell durch ein provokatorisches Angebot die Kampfkraft der IG Chemie herausfordern? Auch dem Vorsitzenden steht es nicht zu, über die Gewerkschaftsorganisation hinweg Tarifpolitik auf eigene Faust zu machen« (Zitate aus Beiersdorf-Betriebszeitung der Gruppe ALTERNATIVE)

Chemiekommission

## Warnstreik der DAG bei der Lufthansa

Am 14.3. initiierte die DAG beim fliegenden Personal der Lufthansa einen vierstündigen Warnstreik. Über 40 Maschinen gingen zwischen 18 und 22 Uhr nicht mehr an den Start. Für das Bodenpersonal kam der Streik sehr überraschend und unverstündlich, da die DAG, die in diesem Bereich kaum Mitglieder hat, nicht viel zur Information tat.

Wie wir bereits in AK 146 berichteten, kam es schon am 15.1. zu einem Warnstreik von etwa 400 Hamburger Kollegen der Werft und ca. 20 Besatzungsmitgliedern. Diese Aktion wurde von der ÖTV organisiert und richtete sich gegen die Rationalisierungsbeschlüsse des Vorstandes. Kern der Rationalisierungen ist der Personalabbau um 10% in den nächsten 10 Jahren. Beim fliegenden Personal der Tochtergesellschaft Condor ist der Abbau von Bordpersonal in Überlegung. Dagegen hat die ÖTV einen Tarifvertrag „integrierte Seniorität/integriertes Fliegen“ gefordert. Dieser Tarifvertrag soll ermöglichen, daß das Condor-Personal bei der Lufthansa integriert wird.

Dieser Tarifvertrag ist inzwischen von der ÖTV und DLH abgeschlossen worden. Jedoch gegen die Interessen der DAG, bei der der überwiegende Teil des Bordpersonals organisiert ist. Auch die Piloten der DLH sind dagegen, weil sie durch den Ta-

rifvertrag schlechtere Beförderungsaussichten sehen. Außerdem sehen sie darin die Rationalisierungsvorhaben der Geschäftsleitung bestärkt, da das Personal beider Gesellschaften mobiler eingesetzt werden kann.

Zu dem Punkt, daß die DLH die DAG bei den Verhandlungen nicht berücksichtigt hat, schrieb die DAG:

»Wir stehen jetzt vor der Situation, daß der Arbeitgeber einen Tarifvertrag mit weitreichenden Folgen für die Qualität der Arbeitsbedingungen und Förderungschancen mit einer in diesem Bereich nicht repräsentativen Gewerkschaft (ÖTV) gegen den erklärten Willen der weitaus überwiegenden Mehrheit des fliegenden Personals anwenden will. Das ist ein Novum in der deutschen Tarifgeschichte. Das ist eine ungeheure Diskriminierung und Herausforderung. Das ist die planmäßige Programmierung eines schwerwiegenden Konfliktes durch den Arbeitgeber.«

Dieser Warnstreik war im wesentlichen ein Protest der DAG gegen die Verhandlung zwischen ÖTV und DLH. Inwieweit weitere Aktionen dazu folgen, ist derzeit noch unbekannt.

ÖTV-Kommission Betriebszelle Lufthansa KB/Gruppe Hamburg

## IMPRESSUM

Impressum  
Herausgeber - Druck - Verlag  
ARBEITERKAMPF  
Verlag J. Reents  
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50  
V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsadresse  
Auflage: 12.000  
Erscheinungsweise: 14tägig  
Verkaufspreis: DM 2,-

Verlagskonten: Dresdner Bank,  
451 8378, J. Reents, und  
Postscheckkonto Hamburg,  
240 595, J. Reents



## Tarfinformationen

### Lufthansa: Tarifbeschluß bei 4,9%

„Die ÖTV-Verhandlungskommission empfand das Gesamtangebot, das der Arbeitgeber zum Schluß vorlegte, für vertretbar, wenngleich sie eine größere Vergütungsabstufung für wünschenswert gehalten hätte. Die ÖTV-Verhandlungskommission empfiehlt deshalb der Bundes-Tarifkommission die Annahme des Ergebnisses!“ (aus: „Lufthansa-ÖTV-Eilnachricht“).

Mit dieser „Empfehlung“ wurden die Verhandlungen für die Lufthansa-Beschäftigten beendet. 7,5% waren für Einkommen bis 4.500 DM gefordert, bei 4,9% wurden die Verhandlungen von ÖTV und DAG beendet. Von der ersten zur zweiten Verhandlungsrunde wurde das Ergebnis lediglich um 0,4% erhöht. 200 DM mehr Urlaubsgeld waren gefordert, bei 120 DM war Schluß. Traditionell liegt das Ergebnis bei DLH immer um 1% höher als in den anderen Bereichen der ÖTV. Die ÖTV-Führung hat es in der diesjährigen Tarifrunde besonders eilig gehabt, die Verhandlungen schnell und auf einem niedrigen Angebotsstand zu beenden.

\*\*\*

### ÖTV: Erstes Angebot — 3,5%

Die Öffentlichen Arbeitgeber haben am 5.3. ein erstes Angebot vorgelegt: 3,5% mehr Lohn und Gehalt (6,5% gefordert), 75 DM mehr Urlaubsgeld (ÖTV: 250 DM). Für Auszubildende und Praktikanten wurden ebenfalls nur 3,5% angeboten. ÖTV-Chef Kluncker lehnte den Arbeitgebervorschlag zwar als „völlig unzureichend“ ab, hielt ihn aber zugleich für „verhandlungsfähig“.

Bei der zweiten Verhandlungsrunde am 14.3. legte der Bundesinnenminister Baum die zweite Provokation auf den Tisch: Kein verbessertes Angebot. Bislang hat die ÖTV-Führung darauf nicht mit angemessenen Reaktionen geantwortet. Es wird lediglich erwartet, daß bis zur nächsten Verhandlung ein „besseres Angebot“ unterbreitet wird.

\*\*\*

### Tarife Buchhandel

#### Tarife Buchhandel

Auf der Hamburger Mitgliederversammlung am 6.3. wurde eine Forderung von 7%, mindestens 110 DM, verabschiedet. Die Mitglieder der Tarifkommission erklärten, daß sie nur einem Abschluß zustimmen, der nicht wesentlich von der Forderung abweicht, wobei es besonders darauf ankommt, den Mindestbetrag durchzusetzen. Andernfalls wird eine Mitgliederversammlung zur Klärung des weiteren Vorgehens einberufen.

\*\*\*

### Tarifrunde Versicherungen

Die HBV hat in der letzten Woche ihre Forderungen für die rund 200.000 Versicherungsangestellten vorgelegt. Bei der Forderung von 5,8% ist jetzt schon klar, daß für die Kollegen auch in diesem Jahr mit einem weiteren Lohnabbau zu rechnen ist. Weiterer Forderungen sind 6 Wochen Urlaub, sowie der Abbau der Einkommensnachteile für Frauen und jüngere Kollegen (SZ, vom 13.3. 1979).

Die Hamburger Mitgliederversammlung hatte 6,5%, mindestens aber 150 DM gefordert. Dabei wurde sehr viel Wert auf den Mindestbetrag gelegt, um gerade die unteren Gehaltsgruppen zu stützen.

\*\*\*



## Mikroelektronik: Technische Revolution und Massenarbeitslosigkeit — Teil I

„Eine Fernseherfabrik. Sanft und sicher werden hunderte kleiner elektronischer Bausteine automatisch eingesetzt. Kaum ein Mensch ist zu sehen. Mechanische, von Kleincomputern gesteuerte Hände machen die Arbeit. Die Vision eines Science-Fictions-Autors? Kaum. Denn dies ist die Gegenwart bei der Matsushita Electric. Arbeiter, die stumpfsinnige Routinearbeit zu erledigen hatten, sind nun frei, interessantere, produktivere und lohnendere Aufgaben zu übernehmen.“

Mit diesem Text wirbt der japanische Elektronik-Konzern für eine „neue“ durchrationalisierte Welt. Die Welle der Computer-rationalisierung bricht nicht nur über die Fernseherproduktion oder die Druckindustrie herein. In den nächsten Jahren wird fast keine Branche, kein Betrieb und kein Beruf verschont bleiben. Der „Spiegel“ schrieb, die Experten seien in zwei Lager gespalten. Die einen behaupten, die Flut steige schnell an und vernichte innerhalb von 20 Jahren 80% der Arbeitsplätze, die anderen seien der Ansicht, dieses Ergebnis werde erst später erreicht.

Ein Expertenteam aus Gewerkschaftsführern, Kapitalisten und Wissenschaftlern, das den Bundesminister für Forschung und Technologie zu beraten hat, prophezeit vorsichtig, daß in den nächsten zehn bis 15 Jahren etwa 75% der gesamten Industrie und 50% aller Arbeitsplätze auf die eine oder andere Weise durch die neue Entwicklung beeinflusst werde („Gewerkschaftspost“ — Zeitung der IG Chemie — Nr. 3/1979).

Der Staat unterstützt die Entwicklung in die Arbeitslosigkeit, in die sinnentleerte Arbeit und in die totale Überwachung. Der Bundesforschungsminister sagte der „Gewerkschaftspost“ in einem Interview unverblümt, daß der technische Wandel in der Geschichte immer die Vernichtung von Arbeitsplätzen mit sich gebracht habe. „Die Frage ist also nicht, ob technischer Wandel zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führt — dies war immer so und wird auch in Zukunft so sein.“

Die Gewerkschaften unterstützen uneingeschränkt ein profitorientiertes Wachstum und beschränken sich auf eine Linderung der Auswirkungen. Die Arbeiterklasse steht der Entwicklung unvorbereitet gegenüber und vielerorts bestehen kaum Vorstellungen über das Ausmaß dieser technischen Revolution.

Auswirkungen. Die Arbeiterklasse steht der Entwicklung unvorbereitet gegenüber und vielerorts bestehen kaum Vorstellungen über das Ausmaß dieser technischen Revolution.

Wir wollen in zwei ARBEITERKAMPF-Artikeln auf die Planung der Kapitalisten, die schon bekannten Auswirkungen für Arbeiter und Angestellte und auf den bisherigen Widerstand eingehen. Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der Entwicklung in den Büros und in den Fabriken, mit den besonderen Auswirkungen auf die sogenannten Frauenberufe und mit anderen bereits erkennbaren Auswirkungen für arbeitende Frauen und Männer.

#### Das papierlose Büro

Nach dem Willen der Kapitalisten soll die Rationalisierungs-Flut in den nächsten elf Jahren die Hälfte der fünf Millionen Angestellten in den Büros fortspülen. Eine geheime Siemens-Studie „Büro 1990“ kommt zu dem Ergebnis, daß 43% aller Büroarbeiten formularisierbar und 25 bis 30% automatisierbar sind. Bei den Behörden sieht es noch bedrohlicher aus: 72% der Arbeiten sind formularisierbar und 38% automatisierbar.

Was hinter diesen kalten Begriffen steht, spüren in letzter Zeit immer mehr Frauen an den Schreibmaschinen. Die Textverarbeitung in Verwaltungen wird zentralisiert in Schreibpools, die mit computergesteuerten Schreibautomaten ausgerüstet sind.

Die Personalplanung des Siemens-Konzerns zeigt die Entwicklung beispielhaft. Vor zwei Jahren tippten 7.400 Sekretärinnen an konventionellen Schreibmaschinen und 100 an Textautomaten. Anfang der achtziger Jahre sollen 1.000 Automaten eingesetzt werden, die 4.000 Frauen überflüssig machen.

Für die Frauen an den Textautomaten steigt der Streß erheblich. Ein Büromaschinenhersteller schreibt in seinem Prospekt:

„Durch die Einführung von Diktiergeräten läßt sich die tägliche

Schreibleistung verdoppeln: Von 12.000 auf 24.000 Anschläge. Aber erst die Einrichtung eines zentralen Schreibbüros, bei dem eine kleine Gruppe von Schreibkräften für mehrere Sachbearbeiter schreibt, bringt einen entscheidenden Rationalisierungseffekt: eine Steigerung auf 36.000 bis 50.000 pro Tag und Schreibkraft.“

Durch den Einsatz von computer-gesteuerten Textautomaten, bei denen die Dateneingabe über Bildschirme läuft, läßt sich diese Leistung auf über 100.000 Anschläge steigern. Die Arbeit selbst ist dann endgültig auf stupiden Schreibakkord reduziert. Der Computer speichert eine Vielzahl von oft gebrauchten Floskeln und Sätzen, die er nach Eingabe weniger Code-Nummern und einiger spezieller Daten zu Standard-Briefen zusammensetzt. Alle geistigen Tätigkeiten, wie Sätze formulieren, richtige Silbentrennung und Aufbau des Briefes, aber auch alle Entspannungen wie Ein- und Ausspannen des Papiers nimmt der Automat der Kollegin ab. Es bleibt stumpfsinniges Knöpfedrücker im Akkord, denn der Computer hält die Gesamtzeit, die Anschläge und die Pausenzeiten fest.

Personalchefs stellen fest, daß sich die betriebliche Lebensdauer einer Schreibkraft an Automaten auf fünf bis sieben Jahre belaufe.

Dann müsse die Frau ausgewechselt werden. Ziel der Rationalisierungen ist das papierlose Büro: Firmeninterner Schriftwechsel aller Art wird überflüssig. Die Arbeitsplätze werden mit Bildschirmgeräten an einen zentralen Computer angeschlossen. Die großen Versicherungen sind hier schon sehr weit fortgeschritten. Sie können beispielhaft betrachtet werden. Die Verträge und alle anderen Kundendaten sind in der EDV-Anlage gespeichert, so daß viele Arbeiten automatisch erledigt werden können. Der Rest der Arbeit wird im Akkord erledigt, denn der Computer gibt je nach Problematik der Arbeitsaufgabe die Zeit der Erledigung an.

#### Die menschenleere Fabrik

Werden die Büros durch EDV-Großsysteme mit ihren eigenen riesigen Datenspeichern und Bildschirmen leergefegt, so übertreffen im Produktionsbereich die Mikrocomputer in nächster Zeit diese Entwicklung noch um Einiges. Im amerikanischen Fernsehen läßt der Kawasaki-Konzern in Werbefilmen ankündigen: „The unmanned Factory, Happiness for everyone (Die menschenleere Fabrik — Glück für jedermann)“. Der erste Teil des Werbespruchs ist durchaus ernst gemeint. Der neueste Hit auf dem Maschinenbausektor sind die CNC (Computerised numerical control) — Maschinen. Sie sind im Gegensatz zu den achtmal teureren und wenig verbreiteten NC-Maschinen genauso billig wie eine herkömmliche Werkzeugmaschine. „Pro Stunde“, schwärmt der Gildemeister-Entwicklungschef, Göhre, „kann unser vollautomatisiertes NC-Maschinen genauso billig wie eine herkömmliche Werkzeugmaschine. „Pro Stunde“, schwärmt der Gildemeister-Entwicklungschef, Göhre, „kann unser Kunde mit diesen Maschinen bei einfachen Teilen mindestens die doppelte Menge herstellen.“

Einmal programmiert, dreht, fräst und bohrt dieser Maschinentyp allein. Lediglich eine Hilfskraft ist noch nötig, um die fertigen Teile auszuspannen und neue Teile einzuspannen. „Der Facharbeiter, der durch seine Ausbildung in der Lage war, eine Werkzeugmaschine manuell zu bedienen, wird überflüssig“, kommentiert das „Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft — RKW“ diesen sich ankündigenden Prozeß von Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung.

Sollte ein Facharbeiter das Glück haben, seine Maschine als Hilfskraft weiter bedienen zu können, erwartet ihn zumindest die tarifliche Schlechterstellung. Zu diesem Problem ein Zitat von Mannesmann-Chef Overbeck:

„Die Frage ist doch, ob ich eine zusätzliche Investition wagen soll, wenn ich niemanden tariflich abstellen kann.“

Der Lohn nimmt ab, Monotonie und Streß steigen. Die Arbeit wird auf das Aus- und Einspannen von Teilen reduziert. Diese Dequalifizierung der Arbeit ist zugleich wieder eine Voraussetzung, auch sie durch eine Maschine zu ersetzen.

Der Staat selbst ist daran maßgeblich beteiligt. Aus dem Bundes-Haushaltstopf „Humanisierung der Arbeitswelt“ — welch Zynismus! — wurden Mittel bereitgestellt, um sogenannte Handhabungsmaschinen, zu deutsch: Industrieroboter, zu entwickeln. Diese mikrocomputergesteuerten Roboter „entlasten“ den Kollegen vom Rest seiner Tätigkeit. Mehrere CNC-Maschinen werden verket-

tet und von einem Roboter bedient. Das Umprogrammieren der Roboter ist äußerst einfach. Ein eingewiesener Arbeiter zeigt dem Roboter, was er zu tun hat. Programmkenntnisse sind überflüssig. Kein Wunder also, daß die Roboter nicht nur Werkzeugmaschinen bedienen. Bei VW schweißen sie den Golf zusammen, lackieren, stapeln Kurbelwellen, wenden Bleche, schleifen Metallteile, greifen mit zwei Armen, rotieren um ihre eigene Achse und können, wie die VW-Werbung verspricht, „alle im normalen Produktionsprozeß anfallenden Bewegungen auf kleinstem Raum ausführen.“ Bis 1980 will man die Kosten eines Roboters auf 13,80 DM pro Stunde drücken. Für dieses Geld arbeitet der Roboter ohne Urlaub, ohne zu streiken, ohne Pause und ohne sich zu beschweren, 24 Stunden am Tag. Für die Kapitalisten eröffnet sich die totale Auslastung ihrer Fabriken.

Bei CNC-Werkzeugmaschinen und Robotern wird die Entwicklung nicht stehen bleiben. Mehr und mehr Maschinen aller Art werden durch Mikrocomputer gesteuert werden. Die fachliche Intelligenz des Facharbeiters wird ersetzt durch die billigere technische „Intelligenz“ des Computers.

In immer mehr Geräten und Produkten verdrängen Mikrocomputer oder andere hochintegrierte Schaltkreise die herkömmliche Mechanik und damit auch die Arbeiter, die diese vorher fertigten.

Die deutsche ITT-Tochter SEL stellte ihre Fernschreiberproduktion um. Der alte, in über 75 Stunden aus 936 mechanischen Teilen gefertigte Ticker wurde ersetzt durch ein voll-elektronisches Gerät. Arbeitszeit: knapp elf Stunden. 160 Kollegen wurden entlassen und 150 qualifizierte Facharbeiter wurden bis zu fünf Lohngruppen runtergestuft. Die Betriebsräte von SEL rangen dem Unternehmer das Zugeständnis ab, die Herabstufung auf drei Gruppen der Zehnerskala zu begrenzen. Ein Feinmechaniker rutschte am Ende von 9,42 DM auf 7,99 DM die Stunde.

Bei Siemens in Westberlin herrscht die gleiche Situation. Nach der Umstellung von Mechanik auf Elektronik wurde die Kollegenschaft der Fernschreibermontage um 53 Prozent reduziert. Einem Viertel wurde gekündigt. Die anderen wurden herabgestuft, zum Teil bis zu vier Gruppen. Die Liste der Beispiele wird täglich länger:

- In einer Singer-Nähmaschine übernimmt der Mikrocomputer die Arbeit von 300 mechanischen Einzelteilen;
- Kienzle verkürzt die Fertigungszeit von Taxametern durch Elektronik von 11,7 auf 3,7 Stunden;
- Siemens-Fernsprechvermittlungen verlassen nach 17.500 Stunden statt früher 98.900 die Fertigung.

In der Metall- und Elektroindustrie haben wir eine ähnliche Entwicklung vor uns, wie sie die Uhrenindustrie schon hinter sich hat. Die 1.000 Arbeitsgänge, die früher zur Fertigung eines Chronometers nötig waren, sind ersetzt worden durch fünf Teile, die heute nur noch zusammengesetzt werden müssen: Batterie, Schwingquarz, Zifferanzeige, elektromechanische Uhrwerke. Durch diese Entwicklung wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter der Uhrenindustrie von 32.600 Anfang der 70er Jahre auf heute 18.000 reduziert.

Mikrocomputer werden überall dort eingesetzt, wo es etwas zu steuern und zu regeln gibt, oder wo Informationen im weitesten Sinne verarbeitet werden sollen. Sie können Waschmaschinen und Fotokopierer steuern, sie belichten Fotos in modernen Cameras und regeln die Benzineinfuhr in Autos. Diese Rationalisierung über das Produkt, statt über eine neue Maschine, wird auf längere Sicht den größten Teil der Feinmechanik und somit Tausende von Arbeitsplätzen vernichten.

Aber nicht nur die Verwaltung, die Produktion oder das Produkt sind betroffen. Die Rationalisierung macht auch vor den Entwicklern, Konstrukteuren und technischen Zeichnern(innen) nicht halt. Die computergestützte Entwicklung (Computer aided design — CAD) ersetzt Ingenieure und Entwickler. Der Computer berechnet z.B. Autokarosserien, die Formen von neuen Zügen, elektronische Schaltungen und tausend andere Dinge, über die bisher Menschen nachgedacht hatten. Die so errechneten Daten des neuen Produktes gibt der Rechner weiter an den Zeichnercomputer, der die Konstruktion 25 mal so schnell zeichnet wie ein(e) technische(r) Zeichner(in).

Die Vision der Rationalisierung geht dahin, die vielen im Betrieb eingesetzten Rechner und computer-gesteuerten Maschinen miteinander zu

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 20

verbinden und die Daten von einem Rechner zum anderen weiterzugeben, um so den gesamten Produktions- und Verwaltungsprozeß fast ohne Menschen zu organisieren.

### „Frauenberufe“ besonders hart betroffen

Die Arbeitslosenzahlen werden in schwindelnde Höhen steigen. Nur wenige Berufe bleiben verschont. Aber schon frühzeitig und mit besonderer Härte werden die Frauen in Verwaltungen und in Fabriken betroffen sein. Gerade die typischen Frauenberufe gehören zu den leicht zu automatisierenden Jobs.

In den Verwaltungen werden bereits jetzt die Schreibarbeiten dem Textcomputer übertragen. Die Büros werden von Bildschirmen übersät. Da die Frauen meistens schlechter ausgebildet werden und im Rahmen der Arbeitsteilung die am meisten zerstückelte Arbeit erhalten, werden sie erneut überproportional an der Arbeitslosigkeit beteiligt sein, denn ein bis zur scheinbaren Zusammenhanglosigkeit zergliederter Arbeitsauftrag wird am ehesten der Maschine überlassen. Frauen, die einen Job in der Verwaltung behalten, werden überwiegend in der Datenerfassung über Bildschirm eingesetzt. Eine solche Arbeit wird eine Frau nach Aussagen von Personalleitern nicht länger als sieben Jahre aushalten können. Aber schon nach dem heutigen Entwicklungsstand ist absehbar, wann auch diese Arbeiten von Automaten übernommen werden können.

Schon heute gibt es Klarschriftleser und optische Belegleser, die von Menschen ausgefüllte Formulare lesen und dem Rechner übermitteln können. Mitte der achtziger Jahre wird es die Sprech-Ein- und Ausgabe für Computer geben. Sie macht nicht nur einen Teil der Dateneingabe per Hand überflüssig, sie wird auch die bestehenden Auskunftssysteme bei Versicherungen, Behörden und Banken menschenleer machen. Heute gibt – in der Regel – eine Frau am Bildschirm Auskunft, wenn ein Kunde bei einer Bank oder einer Versicherung seinen Kontostand wissen will. Gibt es die geplante Sprech-eingabe, ruft der Kunde direkt den Computer an, der ihn „verstet“ und ihm mit „Sprache“ antwortet.

In anderen Berufen wird es kaum anders aussehen, seien es die ungeliebten Arbeiten in Fabriken oder die technischen Berufe. Ein sogenannter „Plotter“ ersetzt bis zu 25 technische Zeichner(innen) usw.

Eine besondere Zeitbombe tickt in den Kaufhäusern. Kassenterminals sollen die herkömmlichen Kassen ersetzen. Statt der Preise der Waren tippen die Kassiererinnen dann nur noch eine Code-Nummer in ihren Terminal oder streichen nur noch mit einem Lesestift über einen aufgedruckten Strichcode der Warenverpackung. Ein Leser liest automatisch einen aufgetragenen Magnetcode. Das ist alles. Das Terminal (Bildschirm) gibt den Code zum zentralen Computer, und der druckt an

der Kasse Warenbegriff, Preise, Endsumme und ein Dankeschön fürs Einkäufen aus. Dieses Verfahren erspart den Supermarkt-Kapitalisten den Lohn für Kassiererinnen. Vor allem aber hinter den Kulissen sorgt dieses Verfahren für eine enorme Arbeitsplatzvernichtung.

Der Computer weiß, was verkauft wurde, und kann jetzt täglich Inventur machen und abends noch die Bestellungen an die Lieferanten versandfertig ausdrucken. Der Computer schreibt selbst vor, wieviele Artikel in welche Regale kommen.

In der BRD gibt es zur Zeit nur sehr wenige dieser Anlagen. Die meisten amerikanischen Herstellerfirmen kommen mit der Produktion nicht nach. Sie haben derzeit noch Schwierigkeiten, den US-Markt zu sättigen. Aber erste Rationalisierungs-Auswirkungen können in der BRD bei den bisherigen Kassenproduzenten bereits registriert werden. Die Anker-Kassenwerke machten mit 5.000 Arbeiter-

müssen laufen. Ein Stillstand wird zu teuer.

Für alle, die mit dem Rechner zu tun haben, heißt das häufig: Sonderschichten fahren und unmenschlich viele Überstunden machen. Die physischen Belastungen sind enorm gestiegen.

Wer am Bildschirm sitzt, ist besonderen Gefahren ausgesetzt. Die Universitäts-Augenklinik in Wien führte eine Untersuchung durch. Nach vierstündiger Bildschirmarbeit wurden bei „Versuchspersonen“ mit unterschiedlicher Intensität folgende Veränderungen festgestellt:

- Verschlechterung der Seheistung, die sich erst nach Stunden normalisierte;
- Veränderung des Farbsinnes: Weiße Zeichen auf schwarzem Grund erschienen nach der Bildschirmarbeit rosa,
- Augenbrennen, Augenflimmern und Kopfschmerzen;
- Rückenschmerzen;



(inne)n Pleite, NCR schloß die Werke in Westberlin mit 1.500 Arbeiter(inne)n und in Gießen mit 400 Arbeiter(inne)n und feuerte zwei Drittel der Augsburger Stammbeslegschaft.

### Kapitalismus 1984

Elektronische Datenverarbeitungssysteme sind gekauft oder gemietet enorm teuer – obwohl sie immer noch billiger sind als die eingesparten Menschen – und so sollen sie sich natürlich „amortisieren“. Sie sollen noch mehr Profit bringen, als sie das in normaler Arbeitszeit schon schaffen würden. Deshalb werden mit Einführung der Technologien Arbeitsbedingungen geschaffen, die auf einer neuen technischen Entwicklungsstufe an das vorige Jahrhundert erinnern.

Große Rechenzentren laufen 24 Stunden rund um die Uhr, teilweise auch Sonnabends und Sonntags. Die Datenerfassung wird in vielen Betrieben in zwei Schichten durchgezogen. Eine Frühschicht und eine Spätschicht wird gefahren, weil hauptsächlich Frauen in der Datenerfassung tätig sind, und für Frauen Nachtarbeit verboten ist.

Das Leitprinzip ist: Die Maschinen

– Ermüdungserscheinungen und Konzentrationsschwierigkeiten. Fast schlimmer noch als die körperlichen Beschwerden sind die psychischen Störungen, die die Arbeitsbedingungen erzeugen.

Häufig laufen Programme zur Leistungs- und Produktivitätskontrolle im Rechner. Es gibt Systeme, bei denen die Bearbeitungsdauer durch Anzeige auf dem Bildschirm vorgegeben wird. Die geistige Tätigkeit – oftmals das letzte, was an der Arbeit noch Spaß machte – wird dem Rechner übertragen. Der Mensch wird zum beruflichen Knöpfedruck. Auf dem Bildschirm kann er ablesen, welchen Arbeitsschritt er zu tun hat, ob er Fehler gemacht hat, welche Korrektur zu erfolgen hat usw.

Der Mensch wird zum austauschbaren Anhängsel des Computers. Der Kontakt zu anderen Kollegen wird verhindert. Die Mensch-zu-Mensch-Kommunikation wird ersetzt durch eine Kommunikation Mensch-Maschine.

Forscher stellten fest: Je länger ein Mensch täglich nur vor dem Bildschirm sitzt, ohne ausreichenden Kontakt zu anderen Kollegen, desto mehr reduzieren sich auch die Kon-

takte zu anderen Menschen in der Freizeit. Dieser Fakt und daraus resultierend Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Depressionen erhöhen den Tablettenmißbrauch und den Alkoholismus. Inzwischen wurden spezielle Therapiezentren eingerichtet für Menschen, die diesem Terror nicht mehr gewachsen sind.

Etwa 90.000 Menschen arbeiten derzeit in der BRD an Bildschirmen. In wenigen Jahren wollen die BRD-Kapitalisten diese Zahl verzehnfachen. Sie sind dazu gezwungen, wenn sie im internationalen Konkurrenzkampf den amerikanischen und japanischen Konzernen nicht hoffnungslos hinterherhinken wollen.

Der Kapitalismus hat mit der Einführung dieser Technologien die Arbeitsteilung perfektioniert. Hunderttausende werden bald nur noch einen Arbeitsgang tagaus tagein

machen. Der Rest wird von der Computertechnik übernommen. Häufig wird die völlige Zerlegung der Arbeit wiederum Grund dafür sein, auch diesen letzten manuellen Vorgang einer Maschine bzw. einem Roboter zu übertragen. Zu einer besonderen Belastung für den noch im Arbeitsprozeß benötigten Menschen ist die Tatsache geworden, daß das Arbeitsinstrument, das Werkzeug, für ihn unverständlich geworden ist. Früher waren Werkzeuge allen Arbeitern bekannt und verständlich. Heute steht der arbeitende Mensch immer mehr vor einer Technik, die er nicht mehr beherrscht, die ihm das Arbeitstempo diktiert, und die in der Hand des Kapitalisten zu einem immer perfekteren Überwachungsinstrument wird.

Gewerkschafts-Kommission

# HBV

## HBV-Gewerkschafter fordern mehr Schutz an Bildschirmarbeitsplätzen

Auf der letzten Mitgliederversammlung der HBV Fachgruppe Versicherungen in Hamburg wurde von den ca. 150 Teilnehmern (eine der bestbesuchten Versammlungen der letzten Jahre) einstimmig eine Resolution gegen die Verzögerungstaktik des Arbeitgeberverbandes bei den Tarifverhandlungen über die Arbeitsbedingungen an Datensichtgeräten verabschiedet.

Die Tarifverhandlungen ziehen sich seit etlichen Monaten über nunmehr 6 Verhandlungsrunden hin, ohne daß der Arbeitgeberverband überhaupt ein Angebot vorlegt. Nur gegen augenärztliche Untersuchungen vor Aufnahme der Arbeit an Datensichtgeräten (nicht aber gegen regelmäßige Nachuntersuchungen) bestehen „prinzipiell keine Bedenken“ – klar, da sortiert man vorab aus, wen man später noch gebrauchen kann. Unterdessen wird die Bildschirmarbeit bei den großen Versicherungen fleißig ausgebaut.

Die Forderungen der Gewerkschaft (die auch Bestandteil der Resolution sind) lauten:

1. Begrenzung der Arbeitszeit an bildschirmarbeitsplätzen auf 4 Stunden täglich und Einrichtung von „Mischarbeitsplätzen“
2. Regelmäßige bezahlte Arbeitspausen von jeweils 15 Minuten nach 1 Stunde Bildschirmarbeit
3. Augenärztliche und andere medizinische Untersuchungen vor Aufnahme der Tätigkeit am Bildschirm, sowie jährliche Wiederholungsuntersuchungen und Übernahme der ent-

stehenden Kosten durch den Arbeitgeber

4. Beschäftigungs- und Qualifikationsgarantien für die Beschäftigten an Bildschirmgeräten
5. Beratungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Planung und Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen
6. Öffnungsklausel für weitergehende Regelungen durch Betriebsvereinbarungen.

Wobei erfreulicherweise gerade der vierte Punkt als Ergebnis einer massiven innergewerkschaftlichen Diskussion mit in das Forderungspaket aufgenommen wurde.

Etwas lächerlich war die „Drohung“, mit der diese Forderungen durchgesetzt werden sollen, nämlich daß die „HBV-Mitglieder verstärkt darauf dringen (werden), betriebliche Vereinbarungen abzuschließen.“ Angesichts der strikten Anweisung des Arbeitgeberverbandes, vor Abschluß des Tarifvertrages keinerlei Betriebsvereinbarungen abzuschließen, war das Ergebnis klar; auch die 6. Verhandlungsrunde am 22.2.79 wurde ergebnislos vertagt.

Allerdings erwies sich die Resolution als sehr gute Möglichkeit, mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen in die Debatte zu kommen, was in vielen Betrieben erstmalig die dringende Notwendigkeit sein dürfte.

HBV-Komitee  
KB/Gruppe Hamburg

### Versicherung verklagt WDR-Regisseur

Ende Januar zeigte der WDR den Film „Gesellschaft 79 - In den Büros wird aufgeräumt.“

Behandelt wurde in diesem Film die gefährliche Rationalisierungswelle im Angestellten- bzw. Verwaltungsbereich. Dazu wurde in verschiedenen Großbanken und Versicherungen gefilmt und Interviews gemacht. Auch bei der Hamburg-Mannheimer (HM) wollte der WDR filmen, was ihm aber von der Geschäftsleitung ohne Angabe von Gründen verweigert wurde.

Diese Tatsache wurde im Film auch mitgeteilt, und zwar in der Form, daß aus der HM-Broschüre „Wo arbeiten Spaß macht“ einige knackige Zitate mit der Bemerkung zum Besten gegeben wurden, daß man dieses Paradies nun leider nicht filmen dürfe.

### Verschärfte Kontrollen bei der Hamburg-Mannheimer

Die Umstellung der Angestelltenarbeit auf aktienlose Bearbeitung über Datensichtgeräte bringt dem Kapitalisten auch die Möglichkeit einer verstärkten Kontrolle der Leistung jedes einzelnen Angestellten. Die technischen Voraussetzungen, den Beginn der Arbeit, Pausen, Arbeitstempo (Antwortzeiten) zu registrieren und auszudrucken, sind gegeben. Unlängst wurde auch ein Zeiterfassungsautomat vorgestellt, der direkt an die EDV gekoppelt werden kann. Parallel dazu fiel dem Vorstand der Hamburg-Mannheimer Versicherung (HM) ein, daß eine kleine (radio-kale?) Minderheit die Pause über-

Und genau diese Zitate sind nun der Grund für eine Klage gegen den WDR-Redakteur H.P. Weimann, wegen „unbefugten Zitierens“, Verletzung der Urheberrechte etc. Es ist unwahrscheinlich, daß die HM damit durchkommt. Sinn und Zweck dürfte eher der Versuch einer Einschüchterung sein, mit so absoluten Lappalien gegen einen Film vorzugehen, der in einer sehr agitativen Form den drohenden Arbeitsplatzverlust und die Monotonisierung der Arbeit in den Büros darstellt.

Übrigens, für alle, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen wollen/müssen: Der Film ist sowohl vom MPZ als auch vom DGB auf Video aufgezeichnet worden und eignet sich sehr gut für Kollegenrunden zur Rationalisierungsproblematik.

HBV-Komitee  
KB-Gruppe Hamburg

zieht. In der Mittagspause sollte nunmehr gestempelt werden. Dies wurde in den „Vorteil“ verpackt, dann länger als nur eine 1/2 Stunde Mittagspause machen zu können. Allerdings, was länger als nur 1/2 Stunde dauert, geht zu Lasten des Zeitguthabens, müßte also nachgeholt werden. „Die „wenn und aber“ des BR“ führten schließlich dazu, daß dieser Vorstoß zurückgestellt wurde. Nicht ohne die „Mitarbeiter“ darauf hinzuweisen, „daß die Führungskräfte unseres Hauses gebeten wurden, auf diese Vorgänge (Einhalten der 1/2 stündigen Mittagspause, Kaufen der Brötchen in der Kantine vor dem Stempeln...) zu achten“.

HBV-Komitee

PHILIPS

Data Systems

# Tageschau

## vom neuen Philips Computer

• Philips Computer P 330 mit Konsol-Bildschirm.  
Philips Computer P 430 mit Konsol-Bildschirm und zusätzlichen Bildschirm-Terminals.

### I. Programm: Der Verkauf heute.

Wie hat sich der Verkauf heute entwickelt? Welche Artikel wurden verlangt? Wer waren die Kunden? Welche Konditionen wurden eingeräumt? Noch genug Ware auf Lager? – Alle Antworten erhalten Sie sofort: Auf dem Bildschirm des neuen Philips Computers P 330. Oder auf einem der Bildschirm-Terminals des neuen Philips P 430.

### II. Programm: Bilanz des Tages

Hat der Außendienst heute wirtschaftlich gearbeitet? Wollten die Ertragskennzahlen Steckt zuviel Kapital im Lager? Wo überschreiten die Kosten den Ertrag? Sind die Preise noch gehalten? – Die neuen Philips Computer P 330 und P 430 werten jetzt noch schneller mehr Daten aus. Und zeigen Ihnen bis ins kleinste Detail, was der Tag für Sie genommen brachte.





## Schreiben die Lehrer bald keine Zeugnisse mehr?

Ruft die GEW die Lehrer bald dazu auf, keine Zeugnisse mehr zu schreiben und Klassenarbeiten nicht mehr zu korrigieren, um so gegen die unzumutbare Arbeitsbelastung der Lehrer zu protestieren?

Anfang März beschloß der Hauptvorstand der GEW ein Bündel von Kampfmaßnahmen, mit denen der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer Nachdruck verliehen werden soll. Im einzelnen werden vorgeschlagen:

- Keine Klassenarbeiten korrigieren;
- Keine Klassenarbeiten schreiben;
- Keine Klassenarbeiten korrigieren.

Vorausgegangen war diesem Beschluß im Februar eine Entscheidung des Hauptvorstandes, in der die Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrer um mindestens eine Stunde zum Beginn des Schuljahres 1979/80 gefordert wird sowie als langfristige Forderung, daß keine Lehrergewerkschaft mehr als 25 Stunden unterrichten soll.

Anzumerken ist hier, daß die GEW bisher in ihren Beschlüssen einheitlich 20 Wochenstunden Unterricht für alle Lehrer als Ziel der Arbeitszeitverkürzung angegeben hat, wovon im Hauptvorstandsbeschluß nichts mehr zu lesen ist. Könnte man hier noch einen taktischen Winkler vermuten, um wenigstens eine Stunde weniger Pflichtstundenunterricht für das kommende Schuljahr durchzusetzen, so läßt eine nähere Betrachtung der Beschlüsse Skepsis aufkommen, ob es der GEW-Führung mit der Durchsetzung ihrer Beschlüsse auch ernst ist.

Unabstimmung und Streik sind von

der Liste möglicher Kampfmaßnahmen von vornherein ausgeschlossen. „Dies würde nur vom Thema Arbeitszeitverkürzung ablenken“, begründete dies Frister, obwohl man ein solches Argument ja auch gegen das Nichtschreiben von Zeugnissen vorbringen könnte. Ehrlicher ist da schon seine Aussage: „ein Beschlussesatz sei für viele ein Reizwort“ („FR“, 6.3.79). Immerhin fällt auf, daß es die GEW seit einigen Monaten vermeidet, offen zu bekennen und dafür einzutreten, daß ein Beschlussesatz nach gewerkschaftlicher Auffassung zulässig und rechtmäßig ist. Derartige Aussagen werden auch in den Aufrufen zur Schaffung eines Kampffonds vermieden, wo lediglich vom Streikrecht der angestellten Lehrer die Rede ist.

Fast lautlos ging Ende des letzten Jahres die Verlängerung des Stillehaltabkommens zwischen den Ländern über die Bühne, in dem die Arbeitszeit der Lehrer festgelegt wird. Der DGB hatte sich lediglich zu einem Briefwechsel aufgerufen, eine Information der Mitglieder fand nicht statt (vgl. AK 145, S. 44).

Der Kernsatz dieses Stillehaltabkommens lautet: „Die Landesregierungen verpflichten sich deshalb, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens an keine Änderungen der Regelungen über die Zahl und Bemessung der Pflichtstunden ... vorzunehmen“.

Wir haben diesen Satz hier zitiert, um dem Gerücht entgegenzutreten, das Stillehaltabkommen würde lediglich den Ländern untersagen, Sonderregelungen für ein Bundesland zu treffen. Nein, hier steht deutlich drin, daß während der Laufzeit des Stillehalt-

abkommens keine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden kann, eine Ausnahme, die sich in früheren GEW-Veröffentlichungen auch wiederfindet (vgl. z.B. „HLZ“ 12/77, S. 3).

Das Stillehaltabkommen kann „jeweils mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Schuljahres gekündigt werden“ („Erziehung und Wissenschaft“ 3/79, S. 7). Somit könnte es zum 31.12.79 gekündigt werden, wobei die Kündigung zum 1.7.1980 wirksam würde. Trotzdem orientiert der jetzt, kurz nach der Verlängerung des Stillehaltabkommens gefaßte Hauptvorstandsbeschluß darauf, daß mit Beginn des Schuljahres 1979/80, also zum 1.7.79, die Stundenzahl gesenkt werden soll. Erst die entscheidenden Termine verschleppen und dann losreden, als ob nichts gewesen wäre, das halten wir nicht für sonderlich ehrlich, wenn es auch Methode hat. Denn gegenwärtig arbeiten einige Kommissionen der Kultusministerkonferenz an der Neugestaltung der Lehrerbearbeitungszeit aus, auf deren Gestaltung die GEW mit der Drohung von Kampfmaßnahmen Einfluß nehmen möchte. Mit Kampfmaßnahmen lediglich argumentativ zu pokern, sie aber nie einzusetzen, entspricht ja der Tradition der GEW-Bund-Politik (zuletzt vorgeführt bei den Bremer Hochschullehrern). In diesem Sinne wäre es ein wichtiger Schritt, wenn auf Landesebene wenigstens die vom Hauptvorstand beschlossenen Maßnahmen in die Tat umzusetzen würden — grünes Licht aus Frankfurt bedarf es dazu nicht.

Lehrerkomitee  
KB/Gruppe Hamburg

## Briefe zur Verteidigung der [Bundes-] Republik

Leider mit etwas Verspätung erhielten wir zwei Briefe, die es lohnen, dem AK-Leser bekannt gemacht zu werden. Beim ersten handelt es sich um ein Schreiben des GEW-Vorsitzenden Frister an alle Hauptauschmittglieder (höchstes Gremium der GEW zwischen den Gewerkschaftstagen) bzgl. der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals. Das zweite ist ein Schreiben Vettors an alle Bundesvorstandsmitglieder des DGB bzgl. der Berufsverbote-Konferenz Ende Januar. Ob da wohl, wie in solchen Angelegenheiten beim DGB üblich, der Verfassungsschutz wieder mitformuliert hat?

Frister weist in seinem Schreiben eingangs darauf hin, daß der BV des DGB am 5.12.78 seinen Beschluß vom 6.12.77 bekräftigt hat: „wonach das Russell-Tribunal im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Interessen steht, und die Mitgliedschaft aufgefordert ist, sich an Aktivitäten des Russell-Tribunals nicht zu beteiligen“. Interessanterweise folgt dann jedoch eine Passage, in der er ausdrücklich darauf hinweist, „daß der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes niemanden hindert, der einer DGB-Gewerkschaft angehört, sich an den Aktivitäten des Tribunals zu beteiligen“. Er billigt dann jedem Gewerkschaftsmitglied zu, „selbst eine Interessensabwägung“ vorzunehmen. Fast ist man verwundert über soviel Großmut. Daß dies jedoch nicht immer so 'harmlos' gemeint war, hatte der ÖTV-Boß Schwalbach offenbart, der ausdrücklich von einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem Tribunal

sprach. Aber es ist doch wohl weniger Großmut als die Popularität, der sich das Russell-Tribunal erfreuen konnte, die Frister zu diesem Eier-tanz veranlaßte. Dies kann auch als ein Erfolg des Tribunals gebucht werden.

Vetter geht in seinem Schreiben da schon rigoros vor. Für ihn reicht aus, daß die Berufsverbote-Konferenz Ende Januar in Darmstadt „in erheblichem Maße von der DKP und der DFU mitgesteuert wird“, um allen DGB-Mitgliedern zu verbieten, „auf diesem Kongreß ... im Namen Eurer Gewerkschaft oder des DGB zu sprechen“. D.h. es wird auch jeder Einzelgewerkschaft ausdrücklich untersagt, hierzu dem DGB entgegenstehende Beschlüsse zu fassen. Der DGB-Vorstand ist ja heute schon so verkommen, daß er in der Frage der Berufsverbote den äußersten rechten Flügel der SPD bildet. Für die Initiative „Weg mit den Berufsverböten“, dem Initiator dieser Konferenz, ist dies ein 'Abstieg', denn in den Vorjahren sprachen immer prominente Gewerkschaftsvertreter, wie z.B. der 2. Vorsitzende der IG-DruPa auf den Konferenzen. Dies war zu einer Zeit, als die Initiative auch für viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter noch eine größere Attraktivität besaß. Heute schaltet sich der DGB-Boß höchstpersönlich ein, um den Isolierungsprozeß der Berufsverbotekomitees im Interesse der SPD voranzutreiben. Aber auf einen Protest der DKP am DGB-Vorstand wartet man auch in diesem Fall wohl vergeblich ...

## GEW-Rechte sabotieren Kampfmaßnahmen gegen Lehrerarbeitslosigkeit

Hessen. „Mit Nachdruck“, so schrieb Hessens Kultusminister Krollmann vor der Wahl an den GEW-Vorsitzen-

den Harnischfeger, werde er sich dafür einsetzen, 1 000 neue Ausbildungsplätze für Lehramtsanwärter zu schaffen. Nach der Hessischen Landtagswahl will Krollmann von dieser Zusage nichts mehr wissen. Nicht eine einzige zusätzliche Stelle wurde zum Einstellungstermin am 1.5.79 eingerichtet, so daß bei 3624 Referendar-Bewerbern nur 1788 Stellen zur Verfügung stehen. In einigen Bereichen, wie z.B. bei den Sonderschullehrern, wird nur jeder vierte Bewerber eingestellt.

Aus Protest gegen diese Wähler-täuschung hatte der Hessische Landesvorstand der GEW die zuständigen Personalräte dazu aufgerufen, ihre Zustimmungen zu den Referendar-Einstellungen generell zu verweigern — das einzige Druckmittel, das Personalräten zur Verfügung steht. Entsprechend waren von verschiedenen Bezirkspersonalräten die geplanten Lehrereinstellungen abgelehnt worden. Der übergeordnete Hauptpersonalrat hat jetzt den Einstellungen zugestimmt, was vom Kultusministerium lebhaft begrüßt wurde. Im Hauptpersonalrat stellen die GEW-Vertreter die Mehrheit; sie sind somit dem Beschluß ihres Landesvorstandes in den Rücken gefallen.



108 Seiten Format A 5 DM 3,50  
Arbeiterkampfverlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50  
Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse

# ausländische Arbeiter in der BRD

## Hamburg: „Graue-Wölfe“-Büro im Schanzenviertel!

Nachdem die „Grauen Wölfe“ 1978 während des Wahlkampfs in Hamburg durch eine breite linke Öffentlichkeit aus ihren Räumen in Hamburg-Altona gekündigt wurden (Vermieter war die staatliche Wohnungsbau-Gesellschaft SAGA), hat sich diese faschistische Bande im Schanzenviertel (Einzugsgebiet Eimsbüttel, Altona, St. Pauli) im Eckhaus Susannenstraße/Barthelstraße erneut eingeknistet. Deutlich sichtbar prangt der „Graue Wolf“ (Symbol der „Grauen Wölfe“) an den Fenstern. Getarnt als „Türkische Vereinigung für Hamburg und Umgebung e.V.“ muß das Büro als Schaltzentrale ihrer faschistischen Aktivitäten in Hamburg gesehen werden, die in anderen Stadtteilen Hamburgs, so in Ottensen im „Islamischen Kulturzentrum“, in Wilhelmsburg in einem „Korankurs“ und in St. Georg in einer im Bau befindlichen Moschee ebenfalls getarnt stattfinden. Zu den „Kadern“ dieser Schaltzentrale der „Grauen Wölfe“ müssen auch einige gerechnet werden, die 1974 in Hamburg-Norderstedt den türkischen Antifaschisten Nesit Danis ermordet haben.

Als besondere Provokation muß die Eröffnung des Büros im Schanzenviertel schon deshalb angesehen werden, da es sich hier um ein bekanntermaßen linkes Wohnviertel handelt. Daß diese Bande weder im Schanzenviertel noch irgendwo anders in Hamburg sesshaft werden darf, muß als antifaschistisch-demokratische Pflicht verstanden werden.

### Protest dagegen

Die „Bunte Liste“ schreibt dazu in der gerade neu erschienenen „Bunte Liste-Zeitung“: „Mit dem neuen Zentrum in der Eimsbüttler Barthelstraße 36 ist die Gefahr faschistischer Bedrohungen insbesondere für die in Hamburg lebenden fortschrittlichen türkischen Kollegen in einem Maße gewachsen, das ein sofortiges Einschreiten nötig macht“, und fordert „den Hamburger Senat und das Eimsbüttler Bezirksparlament nachdrücklich auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Eimsbüttler Wolfsschanze und andere Tarnbüros der türkischen Faschisten ein für allemal geschlossen werden, und fordert das Verbot der

„Grauen Wölfe“ und die vollständige Unterbindung aller Umtriebe türkischer Faschisten“ („Bunte Liste-Zeitung“ Nr. 4).

In einem Informationsflugblatt, das neben der „Bunten Liste“ von der ESG, einem Religionswissenschaftlichen Arbeitskreis der Uni Hamburg und einigen türkischen Vereinen unterzeichnet wurde, heißt es, „daß alle im Bezirksparlament vertretenen Parteien sich verpflichtet fühlen sollten, die Bevölkerung über den militant rechtsextremistischen Charakter der „Grauen Wölfe“ zu informieren und sich auch im Hamburger Senat für ein Verbot einzusetzen“. Weiter weist das Flugblatt darauf hin, daß in der Türkei steckbrieflich gesuchte „Graue Wölfe“ Zeitungsberichten zufolge in die Bundesrepublik einsickern und Anträge auf politisches Asyl gestellt haben. Sofortiges Verbot der „Grauen Wölfe“! „Graue Wölfe“ raus aus Eimsbüttel/Altona! Kein Asylrecht für türkische Faschisten! Ausländerkommission

## Provokation der „Grauen Wölfe“ in Ulm

Eine unverschämte Provokation leisteten sich die Grauen Wölfe in Ulm. Gerade zu dem Zeitpunkt, als im Edwin Scharff-Haus die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Bayern“ gezeigt wurde, mietete der „Türkische Beistandsverein e.V.“ dort Räume für eine angebliche „Folkloreveranstaltung“ an.

Der „Türkische Beistandsverein“ war ebenfalls im Mai 78 der Organisator der „Folkloreveranstaltung“, auf der Alparslan Türkeş auftrat und aufforderte, „auch auf dem Boden der Bundesrepublik den Kampf gegen den Kommunismus zu führen“. Zu dieser Veranstaltung waren Faschisten aus allen Teilen der Bundesrepublik zusammengekommen, um Türkeş frenetisch als Führer zu feiern. Ähnlich verhielt es sich auch diesmal. Graue Wölfe aus der ganzen Bundesrepublik kamen angereist und stellten ihre Büchertische mit Literatur, Tonbändern, Schriftbögen, Anstecknadeln und Kugelschreibern mit den Grauen Wolf-Emblemen auf.

Besucher der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung“, die durch die

Glasscheiben von den Grauen Wölfen beobachtet und bedroht wurden, verließen die Ausstellungsräume durch die Hintertür.

Die Leiterin der Ausstellung reagierte prompt und alarmierte Bürgermeister Schiele und Kulturstadtschef Bogatzki. Die Veranstaltung wurde, mit dem Wissen um den Türkeşaufruf im Mai 78, kurzfristig untersagt (Schwäbische Zeitung 4.12.78, Südwestpresse 4.12.78).

Obwohl die türkischen Faschisten frech bestritten, etwas mit den Grauen Wölfen zu tun zu haben, griffen sie jedoch zu ihren Methoden und versuchten Kulturstadtschef und Bürgermeister einzuschüchtern. Zum Schluß drohten sie: „Das werden Sie noch bereuen.“ Der als „Kommunist“ titulierte DGB-Kreisvorsitzende Schneider wandte sich, nicht nur wegen dieses Vorfalles, in einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten Fellermeier und Waigel, indem es heißt: „Selbst wenn es, wovon ich nicht überzeugt bin, nicht zu Ausschreitungen der faschistischen Gruppen gegen die Ausstellung gekommen wäre, so hätte

doch in jedem Falle das Stattfinden einer rechtsradikalen Versammlung im Hinblick auf die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Bayern“ eine beschämende Verhöhnung der Widerstandskämpfer gegen den braunen Terror bedeutet.“

Die Grauen Wölfe in Ulm sind schon mehrmals besonders aktiv hervorgetreten. So trauen sich Türken nicht, an DGB-Informationsveranstaltungen für Ausländer, aus Angst vor Vergeltungsaktionen der türkischen Faschisten, teilzunehmen. Herr Neumeier beim DGB Ulm wurde schon dreimal mit Mord bedroht!

In dem Schreiben Schneiders heißt es: „Es sollte doch wohl möglich sein, daß die Tätigkeit der Grauen Wölfe auf bundesrepublikanischem Boden verboten und die Verwaltung auf allen Ebenen angewiesen wird, die Verantwortlichen rechtsradikaler Gruppen wegen Gefährdung der Interessen unseres Landes umgehend auszuweisen“. Dem ist nichts hinzuzufügen! (Nach ai-intern, „Türkische Rechts-Extremisten in der Türkei und Europa“)

## Gewährt BRD

## Gewährt BRD türkischen Faschisten Asyl?

Darauf deuten Notizen aus der „Frankfurter Rundschau“ und eine Stellungnahme des SPD-Landtagsabgeordneten aus Hessen, Gert Lüttger, hin (vom 3.11.78 und 7.3.79). Weiß die „FR“ zunächst nur von „Behauptungen“ zu berichten, „daß eine sehr hohe Zahl der teilweise in der Türkei wegen Massenmord an der Bevölkerung steckbrieflich gesuchten „Grauen Wölfe“ mit Touristenpässen in die Bundesrepublik eingereist sind und Anträge auf politisches Asyl gestellt haben“, wird Lüttger deutlicher. So „gäbe es Anzeichen dafür, daß Anhänger der „Nationalen Bewegung“ ihr Operationsgebiet auf deutschen Boden verlegt hätten und versuchen, türkische Gastarbeiter einzuschüchtern“. Gleichzeitig bestätigte er, „daß sich Informationen mehrten, wonach Angehörige faschistischer Kommandos aus der Türkei mit dem Argument um Asyl nachsuchten, sie würden von der gegenwärtigen türkischen Regierung verfolgt“.

Zu dem ganzen Sachverhalt hat Lüttger in Wiesbaden eine parlamentarische Initiative eingeleitet, in der die Landesregierung auffordert, „in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung alles zu tun, damit das Asylrecht nicht von türkischen Faschisten gefährdet wird“. Auf die Antwort der Regierung dürfen wir gespannt sein; bisher gelten Überfälle der „Grauen Wölfe“ in der BRD ja noch als „nicht politisch motiviert“.

Kein Asylrecht für ausländische Faschisten in der BRD

Ausländerkommission

## SPD-Mitglied niedergestochen

In Dillburg (Hessen) wurde der türkische Kollege Ali Incöz, SPD-Mitglied und Sozialbetreuer der Arbeiterwohlfahrt in den Räumen der Beratungsstelle durch Messerstiche schwer verletzt. Hätten Jugendliche seine Hilferufe nicht gehört, wäre er vermutlich verblutet. Der Tat dringend verdächtig sind nach den „bisherigen Ermittlungen“ lt. dpa Mitglieder der faschistischen „Grauen Wölfe“. Wenige Tage vor diesem Überfall war Incöz gedroht worden, „sich nicht allein zu zeigen und sein Auto an kontrollierten Plätzen abzustellen“.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Gert Lüttger bezeichnete den Überfall als „mögliche weitere Bestätigung dafür, daß Mitglieder der sogenannten Nationalen Bewegungspartei in der Bundesrepublik versuchen, türkische Arbeiter einzuschüchtern und zu terrorisieren“ (alle Angaben „FR“, 9.3.79). Bereits 1977 war ein türkischer Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt von „Grauen Wölfen“ niedergestochen worden, woraufhin der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt alle verantwortlichen Stellen aufforderte, die „Bildung türkischer rechtsradikaler Gruppierungen mit terroristischen Zielen zu überwachen, jede Aktivität unverzüglich aufzuklären und der Justiz zu übergeben“ (aus der Erklärung). Daß die „offiziellen Stellen“ dieser Aufforderung bisher nicht nachgekommen sind, muß als Duldung und Billigung des verstärkten Terrors militant faschistischer türkischer Gruppen betrachtet werden. Uns sind noch nicht einmal Fälle bekannt, daß überhaupt schon mal „Graue

Wölfe“ wegen irgendetwas verurteilt wurden. Ein Verbot dieser Bande ist nicht fällig, sondern überfällig!

Ausländerkommission

## Jusos fordern Verbot der „Grauen Wölfe“

Nachdem die Jusos bereits 1976, wie zahlreiche Gewerkschaften und linke Organisationen auch ein Verbot „rechtsextremistischer türkischer Organisationen in der BRD gefordert hatten, wiederholten sie diese Forderung jetzt. So forderte der Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung ein stärkeres Vorgehen gegen rechtsradikale Türkengruppen und ersuchte die Innenminister der Länder, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik nicht Tummelplatz der nationalistischen Bewegung (MHP) und ihrer Tarnorganisationen bleibe. Ihre Aktivitäten seien zu verbieten („FR“, 12.2.79).

Ausländerkommission



# KULTUR

## Filmbesprechungen

### Resignation oder nicht?



David - ein Film von Peter Lilienthal



Szene aus: Die Ehe der Maria Braun

Es ist ein Unterschied, ob man/frau etwas „Fertiges“ haben will oder ob man/frau zum Nachdenken bereit ist

Beide Filme sind nicht „positiv“. Im Gegenteil. Maria Braun wird durch die Zeitumstände mehr und mehr als Person zerstört. David ist nur auf der Flucht. Zum Schluß hilft ihm nur die Nazi-Uniform, individuell zu entkommen.

Dennoch, beide Geschichten zeigen „Schicksale“, die nebenbei gelaufen sind. Die sind nicht gemacht worden von irgendwelchen Schreibern. Es sind Ausschnitte aus dem Leben der entsprechenden Zeit.

Bei „Maria Braun“ können wir uns überlegen, unter welchen Umständen unsere Eltern die Nachkriegszeit erlebt haben. Welche Illusionen ihnen von den Politikern ins Ohr geflüstert wurden. Weshalb sie so geworden sind, wie sie heute sind.

Bei „David“ ist es wichtig zu sehen, daß es eben auch Deutsche gab, die Verfolgten geholfen haben. Die sollten heute für uns Vorbild oder zumindest achtenswert sein. Wobei für mich der Überlebenswille des David das Entscheidende ist!

Ich finde beide Filme nicht resignativ. Im Gegenteil. Wir können lernen und darüber diskutieren.

Ein Mitglied der Kulturkommission

Bei der diesjährigen Berlinale wurden u.a. zwei Filme gezeigt, die umstritten waren — und sind:

„Die Ehe der Maria Braun“ von Fassbinder und „David“ von Peter Lilienthal („David“ bekam den „Goldenen Bären“). Umstritten waren die Filme deshalb, weil ein Teil der professionellen Kritiker meinte, hier seien zwar „handwerklich gute“ Filme vorgelegt worden, was jedoch fehle, sei die richtige Darstellung gesellschaftlicher Hintergründe und der „positive Ansatz“ in der Handlung, mit dem „sich das Publikum schließlich identifizieren kann.“ Ein anderer Teil dieser Kritiker lobte beide Filme „als das neue deutsche Kino“. Endlich mal nicht „seichte Unterhaltung“ oder „Filme mit erhobenem Zeigefinger“, sondern realistische Darstellung deutscher Geschichte, wo jeder Betrachter „sein Fazit ziehen kann“.

Wir wollen die Besprechung beider Filme im ARBEITERKAMPF zum Anlaß nehmen, Leser und Leserinnen, die die Filme (oder auch nur einen) gesehen haben, aufzufordern, uns ihre Meinung zu schicken, um an diesen konkreten Beispielen die leider „vergessene“ Diskussion über Filmkritiken im AK wieder aufzunehmen.

Kulturkommission

#### Ist die Darstellung realistischer Einzelschicksale die Darstellung der Realität?

Zur „Ehe der Maria Braun“. Sie und ihr Mann heiraten in den letzten Monaten des 2. Weltkrieges. Sie können nur eine Nacht und einen halben Tag zusammenbleiben, dann muß der Mann an die Front zurück. Am Schluß des Krieges versucht Maria Braun, ihren Mann ausfindig zu machen. Es gelingt nicht. Ein Freund erzählt, daß ihr Mann gefallen sei.

Inzwischen arbeitet sie schon als Animierdame in einer Bar der US-Besatzter. Wird schwanger von einem US-Soldaten.

Da taucht ihr Mann wieder auf. Bei dieser „Begegnung“ — ihr Mann sieht sie mit dem US-Soldaten im Bett — erschlägt sie den Freund, weil sie die Situation für ihren Mann „unwürdig“ findet.

Vor Gericht nimmt ihr Mann die Tat auf sich und kommt in den Knast. Maria über ihre Zukunft: „Ich werde arbeiten. Und mit dem Leben fangen wir an, wenn wir wieder zusammen sind“. Später lernt sie einen Kapitalisten kennen. Ihm gehört eine Textilfabrik. Sie wird seine Angestellte, Vertraute und Geliebte. Auch ihr Mann erfährt — durch sie — davon. Als der Unternehmer stirbt, setzt er Maria und ihren Mann als Erben ein. Werner Braun ist inzwischen frei. „Das eigentliche Leben kann beginnen“. Maria trifft ihren Mann. Genau an dem Punkt fliegt ihr Haus durch ausströmendes Gas in die Luft. Der Film ist zuende.

Hatte Fassbinder bisher immer nur Frauen als „behandelte“ Personen in seinen Filmen („Liebe ist kälter als der Tod“ oder „Effi Briest“ z. B.), so spielt in diesem Film erstmals eine handelnde Frau die Hauptrolle (Hanna Schygulla). Zentrale Aussage des Films ist, daß hier eine Frau — allen Illusionen der Nachkriegszeit nachhängend — versucht, ihre Ideale zu behalten und dafür zu leben. Sie will die 18 Stunden des Glücks (die 18 Stunden Ehe mit ihrem Mann) wiederholbar und unendlich machen.

Auf dem Weg dorthin muß sie sich der Realität der kapitalistischen BRD unterordnen. Als Geliebte des Bourgeois — und schließlich dessen Geschäftsführerin — ist für sie nur noch der Profit des Unternehmens ausschlaggebend. Ihr Ideal ist nur noch im Kopf, besteht oft nur noch als „Rechtfertigung“ für das eigene Handeln. Maria Braun ist darauf „abgerichtet“, das Geld „für eine gemeinsame Zukunft“ zu schaffen. Egal wie. Was die realistischen, gesellschaftlichen Hintergründe anbelangt, so sind sie nicht im Bild zu sehen. Fassbinder greift zu dem Mittel der Reportage aus dem Radio: Ständig wird der Film begleitet mit Reden von Adenauer (zuerst gegen — dann für die Aufrüstung), von Suchmeldungen, aktuellen Nachrichten etc. Diese Reportagen sind zeitweise so eingebettet, daß man die Dialoge der Handelnden nicht mehr versteht. Dieses Mittel bestimmt auch die Schlussszene: Es ist die Reportage über das Endspiel der Fußballweltmeisterschaft aus Basel. „Deutschland ist Weltmeister — wir sind wieder wer“. In dem Moment fliegt der Traum Marias in die Luft.

Die Ideale sind dahin. Maria und ihr Mann sind nicht mehr.

„In dem bisher sarkastischsten Ende bestätigt Fassbinder die Botschaft seines Beitrages zu „Deutschland im Herbst“: daß Menschen nach ihrem Verhalten anstatt nach ihren Motiven beurteilt werden sollen (Jan Dawson).

In diesem Film — so finde ich — ist zu sehen, welche Illusionen unsere Väter und Mütter nach dem Faschismus hatten. Zu sehen auch, wie diese Illusionen gemacht, erkaufte und vertan wurden.

Wir wissen inzwischen, was aus diesen Illusionen geworden ist. Wir kennen die heutige BRD-Wirklichkeit.

#### „David“

David ist ein Kind jüdischer Eltern. Sein Vater ist Rabbiner in einer Kleinstadt. Nach der „Reichskristallnacht“ kommt David nach Berlin. Er soll überleben. Soll sich seinen Weg nach Israel — die ganze Familie will dorthin auswandern — suchen. Seine Eltern und sein Bruder, seine Freunde und seine Freundinnen werden deportiert.

Er überlebt. Allerdings nur mit Hilfe von Deutschen, die bereit sind, Juden und anderen Verfolgten zu helfen.

Dieses „Überleben“ und gleichzeitig zwanzigmalige Sterben (Deportation der Familie und Freunde) wird in diesem Film gezeigt.

Man kann gegen diesen Film einwenden, er lasse die Verbrechen der Faschisten weg, er zeige nur die „guten Deutschen“ in der Nazi-Zeit, dennoch zeigt er ein Stück Wirklichkeit: Der Film wurde gedreht nach dem Tatsachenbericht von Joel König „Aufzeichnungen eines Überlebenden“. (J. König lebt heute in Holland und ist alles andere als ein Zionist.) Gezeigt wird in dem Film eigentlich nur, wie es Juden — vergleichsweise anderen Verfolgten — ging, die es geschafft hatten, der Vernichtungsmaschinerie zu entgehen. Es wurde auch gezeigt, daß es noch Deutsche gab, die diesen geholfen haben. (Erst jetzt habe ich gehört von einem KZ in der Lüneburger Heide, wo Tausende von Deutschen saßen, weil sie den Kriegsdienst für den Faschismus verweigerten!)

Wo es derzeit anscheinend gängig ist („Holocaust“), die Grausamkeit — immer noch mit filmischen Mitteln verbrämt — der Faschisten zu zeigen, wird hier die Alltäglichkeit eines Überlebenden (manchmal sehr langatmig) gezeigt.

## Die Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren

### Die Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren [AGAV]

Im Mai 1975 begründete Peter Engel die „Arbeitsgemeinschaft der Kleinverlage“, die sich ein Jahr später in „Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage“ umbenannte, um eine Abgrenzung gegenüber den Verlagen herzustellen, die lediglich klein sind, im übrigen aber dem kommerziellen Markt verhaftet sind.

Die AGAV wurde drei Jahre lang in der Hauptsache durch die Arbeit von Peter Engel und Norbert Ney getragen. Es wurden regelmäßige Rundbriefe an die Mitglieder verschickt, ein Medieninfo über die Arbeit der alternativen Verlage herausgegeben und regelmäßige Tagungen veranstaltet.

Im Februar beschloß die AGAV Vollversammlung während ihrer Tagung in Klinge (Odenwald) in Frankfurt während der Buchmesse eine Gegenbuchmesse durchzuführen. Die Organisatoren hatten zwar schon durch Teilnahme an der Mainzer Minipressenmesse einschlägige Erfahrungen gemacht, trotzdem kann man es als beachtliche Leistung ansehen, daß innerhalb von wenigen Monaten eine Messe auf die Beine gestellt wurde, die bei Presse und Publikum auf lebhaftes Interesse stieß. Eine Woche lang konnte man im Theater am Turm Bücher von alternativen Verlagen ansehen und kaufen, Lesungen und Musikveranstaltungen zuhören und wichtige Kontakte knüpfen.

Die gesammelten Erfahrungen wurden bei der zweiten Gegenbuchmesse 1978 im Haus Gallus verwertet. Die Räume waren diesmal wesentlich größer und die Aussteller hatten dazugelernt, so daß sich dem Besucher eine informative und übersichtliche Messe bot, die sich von dem „großen Bruder“ nicht nur durch ihre angenehme Atmosphäre, sondern vor allem auch durch ihr kritisches und phantasievolles Programm unterschied.

Während ihrer Hauptversammlung auf der Messe erarbeitete die AGAV ihr neues Konzept: als Arbeitsgemeinschaft hatte die AGAV bisher immer versucht, Mitgliedern und Interessenten eine intakte Organisation anzubieten, wobei aber die Arbeit auf Grund der Passivität der meisten Mitglieder an wenigen Personen hängenblieb. Man delegierte Verantwortung und war verärgert, wenn die wenigen Aktiven dadurch überlastet wurden und viele Dinge nicht so ausgeführt werden konnten wie geplant.

Das neue Arbeitskonzept der AGAV beruht auf einem Minimal-

programm. Zunächst wird man sich auf die Organisation der Gegenbuchmesse konzentrieren und diese zu einer alljährlichen Institution ausbauen. Dadurch kann ein Forum geschaffen werden, das Verlagen und Autoren der Alternativszene regelmäßig die Möglichkeit gibt, sich einem breiten Publikum vorzustellen und untereinander wichtige Kontakte zu knüpfen.

Die zweite wichtige Maßnahme, die in Frankfurt beschlossen wurde, ist die Gründung einer AGAV-Kulturkommission, deren Aufgabe es sein soll, die bundesdeutsche Kulturszene (Förderungsmaßnahmen, Preisverleihungen etc.) kritisch zu durchleuchten, Stellungnahmen zu kulturpolitischen Ereignissen zu verfassen und eine theoretische Grundlage für die Arbeit der AGAV zu erarbeiten. Diese Kulturkommission befindet sich noch in ihrer Anfangsphase und ist an aktiven Mitarbeitern interessiert.

Die Reduzierung auf diese beiden Aspekte bedeutet jedoch nicht, daß die AGAV auf ihr ursprüngliches Konzept verzichtet. Weiterhin ist das Ziel, für die alternative Szene eine Organisation aufzubauen, die praktische Hilfen für Verleger und Autoren bieten kann, die gemeinsame Vertriebsmöglichkeiten aufbaut und zum Dachverband aller kritischen Literaturschaffenden in der BRD wird. Aber wir sehen für die AGAV eine größere Chance, wenn sie sich zunächst auf das Mögliche beschränkt und durch eine funktionierende Organisation solide Grundlagen für die oben genannten Ziele schafft.

Zur Zeit hat die AGAV 40 Mitglieder, darunter 21 Autoren. Die Mitgliedsbeiträge sind gestaffelt und richten sich nach der eigenen Selbsteinschätzung: Autoren ab DM 1,-, Zeitschriften ab DM 5,- und Verlage ab DM 10,- im Monat. (Im Moment liegen die Beiträge z.T. noch höher, aber dieser Vorschlag wird der nächsten Mitgliederversammlung im März dieses Jahres vorgelegt und wahrscheinlich auch angenommen.) AGAV-Mitglieder werden durch Rundbriefe über alle Entscheidungen informiert. Die nächste Tagung findet vom 23.-25. März in der Nähe von Frankfurt statt. Hierzu sind auch Gäste eingeladen.

Wer an dieser Tagung teilnehmen möchte oder an Mitarbeit in der AGAV interessiert ist, wende sich an folgende Adresse: AGAV, Postfach 656, 7000 Stuttgart 1.

Cornelius Retting



# Aktionen und Feste zum 8. März



## Bochum

In Bochum fand zum 8. März eine kleine Kundgebung statt, zu der die örtliche Frauenhausinitiative aufgerufen hatte. Die Frauen der Initiative haben auf Stellwänden ausführlich über den Stand ihrer Arbeit berichtet und für die ca. 100 Kundgebungsteilnehmerinnen ein sehr agitatorisches Puppenspiel, Musik und Theater vorbereitet. Anschließend wurde der Film „Geduld der Frauen ist die Macht der Männer“ gezeigt.



## Nürnberg

In diesem Jahr fand, mit rund 300 Teilnehmerinnen, zum ersten Mal in Nürnberg eine Veranstaltung des DGB zum Internationalen Frauentag statt. Es sprachen Gisela Kessler (IG Druck und Papier), eine jugoslawische Kollegin, eine griechische Kollegin, eine ältere Betriebsrätin (über den ersten Streik nach Kriegsende, 1954) und eine alte KPD-Genossin (über den antifaschistischen Widerstand).

Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der die Einstellung eines Mädchens als Maschinenschlosserlehrling in einem Nürnberger Betrieb gefordert wird. Sie war von der Geschäftsleitung mit der Begründung abgelehnt worden, sie wäre in der Werkstatt zu sehr den Blicken der Kollegen ausgesetzt.

Es sprachen Gisela Kessler (IG Druck und Papier), eine jugoslawische Kollegin, eine griechische Kollegin, eine ältere Betriebsrätin (über den ersten Streik nach Kriegsende, 1954) und eine alte KPD-Genossin (über den antifaschistischen Widerstand).

Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der die Einstellung eines Mädchens als Maschinenschlosserlehrling in einem Nürnberger Betrieb gefordert wird. Sie war von der Geschäftsleitung mit der Begründung abgelehnt worden, sie wäre in der Werkstatt zu sehr den Blicken der Kollegen ausgesetzt.

## IGM-Frauen aus Hamburg feiern Internationalen Frauentag

Der Frauenausschuß der IGM Hamburg lud zum monatlich stattfindenden Frauenstammtisch alle IG-Metallfrauen diesmal im Takelboden des Gewerkschaftshauses zum 8. März ein.

Obwohl mit Ausnahme weniger Betriebe die Einladung Sache der IGM-Frauenausschußmitglieder selber blieb, fanden sich am 8. März an die vierzig Frauen und Mädchen aller Altersgruppen zusammen.

In anheimelnder Atmosphäre, mit Kaffee und von den Frauen selbstgebackenem Kuchen und Salaten, ergriff eine Frau des IGM-Frauenausschusses das Wort und beschrieb die historische und aktuelle Bedeutung dieses Tages.

Dann las der Schriftsteller Gerd Fuchs aus seinem Buch „Der Mann meines Lebens“ ein Kapitel vor, in dem er sehr einfühlsam die ganz normale Geschichte einer Ehe darstellt, in die ein Mädchen so reintrifft, Kinder kriegt, nur für die Familie lebt, wo die Sprachlosigkeit zwischen den Partnern ihr die Kehle zuschnürt, sie dann aber ganz allmählich die ersten Schritte zu einem eigenen Leben macht, bis sie sich zur aktiven Gewerkschafterin entwickelt, aus dem Ehebann rausbricht ...

Gebannt lauschten die Frauen, eine sprach wohl für viele, als sie spontan meinte: „Das ist ja meine Geschichte!“ und es entspann sich eine lebhafte Diskussion.

## Flensburg

Zu einem Fest (mit Männern) hatte eine Frauenzentrumsinitiative am 10. März eingeladen: es kamen gut 400 Leute. Die DFI hatte zum Fest einen brieflichen Gruß mit besten Wünschen geschickt. Der Erlös aus dem Eintritt kommt der Frauenzentrumsinitiative zu.

Schlechte Erfahrungen mußten die Frauen mit dem Mackerverhalten vieler Männer machen. Da das Fest in einer Diskothek stattfand, war das Publikum sehr gemischt. Schon beim Anfangsbeitrag, als eine Frau auf Vergewaltigungen und Prügel durch Ehemänner und Freunde einging, wurde aus einer Ecke gelacht und gepöbelt. Das ging schließlich so weit, daß die Frauen am Eingang des Saals den Büchertisch abbauen mußten. Überhaupt ließ die Aufmerksamkeit zu wünschen übrig und viele der veranstaltenden Frauen fühlten sich versäuscht, was auch in einem spontanen Beitrag deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Auf dem Fest wurden Konsequenzen angekündigt: als nächstes soll ein Fest nur für Frauen gemacht werden!



## Lübeck

Die Frauenhaus-Initiative lud zu einem gemischten Frauenfest zum 10. März in die „alternative“ ein. Rund 200 Leute kamen. U.a. berichtete die Frauenhaus-Initiative von ihrer Arbeit.

zu wünschen übrig und viele der veranstaltenden Frauen fühlten sich versäuscht, was auch in einem spontanen Beitrag deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Auf dem Fest wurden Konsequenzen angekündigt: als nächstes soll ein Fest nur für Frauen gemacht werden!

## Lübeck

Die Frauenhaus-Initiative lud zu einem gemischten Frauenfest zum 10. März in die „alternative“ ein. Rund 200 Leute kamen. U.a. berichtete die Frauenhaus-Initiative von ihrer Arbeit.

Mehrere Frauen trugen Frauenlieder und Gedichte vor, so zum Beispiel „Wer sagt, daß Mädchen dümmer sind, der spinnt!“ oder auch das Frauenlied „Brot und Rosen“.

Die Musikgruppe „Liededeeler“ spielte in bunter Folge volkstümliche Frauenlieder, Lieder gegen das Berufsverbot und gegen die Neutronenbombe. Eine Frau vom Frauenausschuß appellierte an die besondere Verpflichtung der Frauen, gegen den Rüstungswahnsinn zu kämpfen und verwies dabei auf den tapferen Befreiungskampf der Vietnamesen gegen die USA und jetzt gegen den Einfall Chinas. Eine spontane Sammlung der Frauen für Vietnam ergab daraufhin 70 DM.

In lockerer Gesprächsrunde klönten die Frauen noch bis spät in den Abend. An einem Büchertisch wurden viele interessante Bücher über die Frauenbewegung und Frauenromane gekauft. Auf einer Fotoausstellung über die Demonstration gegen Frauenarbeitslosigkeit in Neumünster erkannten sich einzelne Frauen begeistert als Demonstrantinnen wieder.

Die IG Metall-Frauen wollen so einen Abend, wo gewerkschaftliche und betriebliche Frauenprobleme besprochen werden, aber auch Künstler eingeladen werden, einen Abend mit „Brot und Rosen“, wiederholen.

Frau meint, dies ist ein Beispiel, das auch in anderen Gewerkschaften von Frauen initiiert werden könnte.

Metall-Kommission

## Bremerhaven

Ca. 130 Menschen besuchten eine Festveranstaltung, die von der Frauengruppe Bremerhaven organisiert wurde. Unterstützt wurde das Fest von der Kinder- und Jugendinitiative Bremerhaven, einer Mädchengruppe, der SÖZDL und dem Brecht-Arbeitskreis. Letzter (in dem einige Ex-KBWler und „ML“er ihre neue Heimat gefunden haben) wollte die Frauen belehren, daß Frauengruppen überflüssig sind, daß die Frauen nur „an der Seite der Männer“ etc pp. ...

## Hamburg

Zum diesjährigen 8. März fand in Hamburg ein großes Frauenfest statt,

veranstaltet von einem buntgemischten Kreis Hamburger Frauengruppen: vom „Forum zur restlosen Abschaffung der Unterdrückung“ (F.R.A.U.), dem alten Frauenzentrum aus der Langenfelder Straße, BIFF (Beratung und Information für Frauen) und einigen Frauengruppen, die in der „Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen“ zusammenarbeiten. Die Frauen der Jungsozialisten hatten auch zu dem Fest aufgerufen.

Nächstes Jahr müssen wir uns nach größeren Räumen umsehen, da diesmal alles aus den Nähten platzte: ca. 1.400 Frauen waren zu dem Fest gekommen. Leider konnten durch die sehr beengten Räumlichkeiten nicht alle das zentrale Programm verfolgen, das von vielen Hamburger Künstlerinnen gestaltet wurde.

## Braunschweig

Der März 1979 ist für unser Zentrum ein sehr aktiver Monat: Am 3. März hatte das Frauenzentrum einjährigen Geburtstag. Das mußte natürlich gefeiert werden. Nachmittags wurden in lockerer Form Informationen gegeben, wozu auch sehr viele neue Frauen kamen. Abends fand dann eine Fete (natürlich nur für Frauen) statt. Insgesamt waren an diesem Tag mindestens 120 Frauen im Frauenzentrum, wovon bestimmt die Hälfte zum ersten Mal da waren.

Am 8. März fand in den Räumen der ESG eine Veranstaltung statt, zu der etwa 80 Frauen kamen. Wir zeigten den Astrid Proll-Film vom MPZ Hamburg, es gab ein Referat zum Thema „Frauen im Iran“ und eine Fotoausstellung über „Frauen im Faschismus“.

## Der 8. März in Stockholm und Lund



## Der 8. März in Stockholm und Lund



„Solidarität mit den Einwandererfrauen“



Zur Vorbereitung des Frauentages hatte sich eine Aktionseinheit zusammengeschlossen, die das gesamte Spektrum linker und fortschrittlicher Frauenorganisationen und -gruppen umfaßte: vom Friederika-Brehmer-Förbund (bürgerlich-liberal) über Gruppen der Einwandererfrauen, Frauenhausgruppen, Frauen der Grupp 8, Kvinnors Vänsterförbund (sozialistische Frauen), lesbische Front bis zu Frauengruppen des Förbundet Kommunist, des Kommunistischen Arbeiterbundes (KAF, 4. Internationale) und der vaterländischen SKP.

Zur Vorbereitung des Frauentages hatte sich eine Aktionseinheit zusammengeschlossen, die das gesamte Spektrum linker und fortschrittlicher Frauenorganisationen und -gruppen umfaßte: vom Friederika-Brehmer-Förbund (bürgerlich-liberal) über Gruppen der Einwandererfrauen, Frauenhausgruppen, Frauen der Grupp 8, Kvinnors Vänsterförbund (sozialistische Frauen), lesbische Front bis zu Frauengruppen des Förbundet Kommunist, des Kommunistischen Arbeiterbundes (KAF, 4. Internationale) und der vaterländischen SKP.

Die Parolen waren:

- Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf — kein Klassenkampf ohne Frauenkampf!
- Frauenrecht auf eigenen Körper und eigene Sexualität!
- Frauenrecht auf Arbeit, Arbeit für alle!
- Unterdrückte Frauen aller Länder, vereinigt euch!
- Gute und gratis-Tages- und Freizeitheime für alle Kinder!
- Unterstützt den Kampf der Frauen bei ALGOTS-Nord!
- 6 Stunden Arbeit und 8 Stunden Lohn!
- Frauenhaus jetzt!

In Lund (eine Universitätsstadt im Süden Schwedens) fand ein Fackelzug statt, an dem 500 Menschen teilnahmen, für Lund eine stattliche Anzahl. Anschließend wurde ein Fest gefeiert, bei dem für die Unterstützung der uruguayischen Frauen und für die von der Entlassung bedrohten Frauen von ALGOTS-Nord gesammelt wurde.

In Stockholm stand der Tag im Zeichen des Kampfes für ein Frauenhaus. Ca. 1.600 bis 2.000 Menschen nahmen an der Demonstration zum internationalen Frauentag teil. Auch hier war ein Fest vorbereitet worden. Die Frauengruppen informierten an Ständen über ihre Arbeit. Es gab ein gut besuchtes Festprogramm mit Musik und Tanz und Gedichtvorträgen u.a.m.

Skandinavienkommission nach Berichten von Genossinnen aus Lund und Stockholm



# Bericht von meiner Sterilisation

Vor kurzem habe ich (Mann) mich sterilisieren lassen. Wie ich dazu gekommen bin, wie eine Sterilisation beim Mann (Vasektomie) durchgeführt wird, was dabei passiert (und was dabei nicht passiert), darüber will ich hier berichten. Ich verstehe diesen Bericht auch als Aufforderung an meine Genossen/Mit-Männer, den eigenen Beitrag zur Empfängnisverhütung ernsthafter und tatsächlicher in Betracht zu ziehen, als es heute noch weitestgehend der Fall ist.

## Wie ich dazu gekommen bin

So ab Ende der 60er Jahre, APO und anti-autoritäre Bewegung, gehörte es einfach zum guten Ton, daß eine Frau, wollte sie sich nicht um den Ruf der Fortschrittlichkeit bringen, die Pille nahm. Und die Sexualität (vornehmlich die des Mannes) wurde auch ganz schön befreit davon. Gipfel beispielsweise meines Beitrags zur Empfängnisverhütung war seinerzeit – und auch noch Jahre später – daß

habe ich den Wunsch nicht gehabt, und wenn ich doch jemals ein Kind großziehen will, wozu soll's da ein „eigenes“ sein?! (Der Beitrag von uns Männern zum „eigenen“ Kind ist ohnehin lächerlich gering, bei einer Frau ist das schon ganz was anderes). Der Umstand, daß die Zeugungsfähigkeit nach einer Vasektomie nur in etwa einem von fünf Fällen wiederherzustellen ist, konnte für mich also auch kein Hinderungsgrund sein.

– das geringste Übel“ (Verlag Frauenpolitik) mit vielen Erfahrungsberichten von Männern, die eine Vasektomie hatten durchführen lassen, schufen eine zusätzliche Sicherheit für mich.

## Meine Vasektomie

Man kann sich zwar auch als (unverheirateter und kinderloser) Mann in der BRD sterilisieren lassen (unwillige Auskunft gibt „pro familia“, weitere Angaben und Adressen im Buch von Norbert Ney), ich hatte aber als Mitglied der Niederlande-Kommission ein quasi „natürliches Interesse“ daran, meine Vasektomie in den Niederlanden machen zu lassen. Überdies verfügen die dortigen Ärzte in den Ambulanzkliniken für Vasektomie und Abtreibung auch über weit mehr Erfahrungen als westdeutsche Ärzte, für die solche „Eingriffe“, abgesehen von ihren ideologischen Vorbehalten, ja (leider) durchaus nicht tägliche Übung sind.

Also besorgte ich mir einige Wochen vorher einen Termin bei der Den Haager Klinik der „Nederlandse Vereniging voor Seksuele Hervorming“ (Niederländische Gesellschaft für Sexualreform) – NVSH.

Für einen Montag um 15 Uhr wurde ich bestellt. Netter Empfang. Aufnahme der Personalien. 300 Gulden zahlen. Im Wartezimmer außer mir nur noch ein Mann, der eine Vasektomie machen lassen will, sonst sehr viele – vor allem surinamische – Frauen, die eine Abtreibung „wollen“.

So um 15.30 bin ich dran. Der Arzt fragt mich, warum ich mich sterilisieren lassen will, ob ich keine eigenen Kinder (mehr) haben will. Sehr freundlich und selbstverständlich, in keiner Weise moralisierend – aber er will sicher sein, daß ich mir die Sache auch gut überlegt habe. Nach zehn Minuten ins Behandlungszimmer. Alles ausziehen außer dem Hemd (die Haare hatte ich mir schon vorher am Hodensack wegrasiert). Ich muß mich auf einer verstellbaren Liege ausstrecken. Die Umgebung des Schwanzes wird mit Jod bepinselt. Dann wird ein Laken über meinen Körper gelegt. In dem Laken ist ein Schlitz, durch den der Hodensack herausgezogen wird. Der Arzt erklärt durchgehend alles was er tut, und ich kann, nachdem ich noch eine Stütze für den Kopf bekommen habe, alles gut sehen. Der Hodensack wird mit zwei, später noch einer dritten Spritze örtlich betäubt. Das war der einzige, dafür aber auch wirklich schmerzhaft

„Moment“. Der Hodensack wird mit zwei, später noch einer dritten Spritze örtlich betäubt. Das war der einzige, dafür aber auch wirklich schmerzhaft Moment bei der ganzen Geschichte (wäre doch meine Freundin zum Händchenhalten dagewesen...!). Der Arzt ertastet durch den Hodensack den Samenleiter und hält ihn mit zwei Klemmscheren fest. Nachdem er sich vergewissert hat, daß die Betäubung des Hodensacks voll wirksam ist, macht er einen Schnitt von ungefähr einem Zentimeter in den Hodensack zwischen den beiden Klemmen oberhalb des abgeklemmten Samenleiterteils. Durch die Öffnung zieht er den Samenleiter etwas heraus (ein gelblicher, gut streichholzdicke Strang). Dann befestigt er die Klemmscheren im Abstand von knapp einem Zentimeter am Samenleiter (leichtes Ziehen im Bauch bei mir). Den abgeklemmten Teil des Samenleiters schneidet der Arzt heraus. Dann vernäht er die beiden offenen Samenleiterstränge, damit sie nicht wieder zusammenwachsen und in unliebsame Funktion treten können und steckt die ganze Geschichte wieder in den Hodensack zurück. Dasselbe auf der linken Seite. Abschließend vernäht er die Schnitte im Hodensack mit einem Garn, das sich von selbst nach einiger Zeit (bei mir nach einer Woche) auflöst, also nicht extra von einem Arzt gezogen werden muß.



Rund zwanzig Minuten sind vergangen, seitdem ich mich auf die Liege gelegt habe. Ich stehe, wohl etwas überhastet, auf, leichtes Schwindelgefühl, weiche in den Knien. Nach zehn Minuten und mithilfe eines Kaffees geht das vorbei. Der Arzt macht mich noch darauf aufmerksam, daß ich noch nicht „unfruchtbar“ bin. In der Samenblase können sich noch Samen befinden. Ich bekomme ein Plastikröhrchen mit, in das ich den 20. Samenerguss nach diesem Eingriff spritzen soll. Das Ejakulat wird dann (im Preis inbegriffen) daraufhin untersucht, ob sich noch lebende Samen darin befinden.

Bis zum nächsten Morgen hatte ich also – in der Bestätigung des Arztes – noch lebende Samen darin befinden.

Bis zum nächsten Morgen hatte ich dann in der Sackgegend ein etwas fremdes Gefühl (der Hoden war von den Spritzen leicht geschwollen); zwei, drei Tage später war der Sack noch etwas druckempfindlich (was aber einer Bumms-Feier – ist das männlicher Chauvinismus? – zwei Tage nach der Schnippei keinen Abbruch tun konnte).

## Vasektomie und Erektion

Vasektomie und Erektion haben nichts miteinander zu tun. Wie sieht es also nach der Durchtrennung der Samenleiter mit dem Bumms aus?

Kurz: Prächtiger als vorher! Die Frau muß sich endlich um die Verhütung keine Probleme mehr machen, beide brauchen keine Sorge vor nicht-gewünschten Kindern zu haben.

Etwas ausführlicher: Durch die Durchtrennung der Samenleiter wird lediglich die Verbindung zwischen den samenproduzierenden Hoden und dem Aufbewahrungsort dieser Samen, der Samenblase, unterbrochen. Die Samen werden weiter produziert und gänzlich schadlos vom Körper aufgenommen. Die Menge des Ejakulats (jetzt nicht mehr Samenerguss sondern schlicht: Erguß) ist lediglich um die Samen vermin-

dert, die aber ohnehin nur einen Bruchteil des Ejakulats ausmachen (oder deutlicher: es spritzt weiter). Da die Erektion von den Schwellkörpern des Gliedes hervorgerufen wird und nichts mit den Samen im Ejakulat zu tun hat, ist auch die Fähigkeit zu Erektion und Orgasmus von der Vasektomie gänzlich unbeeinflusst.

Also: Sehen kann man's nicht, ob einer sterilisiert ist, fühlen kann man's nicht und hören auch nicht...

## Vasektomie – ein „besonderes Verdienst“?

### Vasektomie – ein „besonderes Verdienst“?

Nach einer neueren Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach würde nur jeder siebte westdeutsche Mann die Pille für den Mann schlucken, jeder dritte weigert sich kategorisch, seiner Partnerin die Verhütung abzunehmen („stern“, 8.3.79).

Kein Mann hat es den Frauen als ein besonderes Verdienst angerechnet, daß sie Pillen schlucken, mit Schaum und Tabletten ihre Scheide traktieren, sich Metall- und Kunststoffgegenstände in den Unterleib stopfen, ganz abgesehen von der Unzahl von Frauen, die sich einer Abtreibung ausliefern mußten. All dies ist von uns Männern bisher weitestgehend als völlig selbstverständlich gutgeheißen oder zumindest hingenommen worden.

Was nun, wenn ein Mann mal was zur Verhütung tut, wenn er sich sterilisieren läßt? Ich habe mir erstmal (so ganz privat) auf die Schulter geklopft und mir dann – nüchtern – gesagt: Ein Mann, der sich sterilisieren läßt, holt nur nach, was er schon lange hätte tun müssen!

Punkte für „besondere Verdienste um die Frauenfrage“ kann's dafür nicht geben...

Klaus

## Norbert Ney

### Sterilisation des Mannes – das geringste Übel



Das einzige (!) und ganz ausgezeichnete Buch in der BRD zur Sterilisation des Mannes stammt von Norbert Ney und heißt „Sterilisation des Mannes – das kleinste Übel“.

Nachdem sich kein „Männerverlag“ (auch der J. Reents-Verlag??) für das Buch interessiert, dafür aber gleich drei Frauenbuchverlage, ist es Ende 1978 im Verlag Frauenpolitik erschienen (208 S., DM 12,-).

Norbert Ney behandelt im ersten Teil seines Buches – „Sterilisation: Alternative, aber keine Endlösung“ – die bisherige Debatte um die Sterilisation des Mannes, Fruchtbarkeitsideologie, die Ideologie vom „eigenen“ Kind, Mut-

terrolle, die Sterilisation der Frau und informiert dann umfassend über alle mit der Vasektomie zusammenhängenden Fragen.

Im zweiten Teil berichten zwölf Männer und zwei Frauen von ihrer Sterilisation. Der dritte Teil ist der Diskussion der Frage „Der neue Mann – nur eine neue Rolle?“ gewidmet.

Besonders zu empfehlen für: Alle Männer, die sich sterilisieren lassen wollen; alle Männer, die sich nicht sterilisieren lassen wollen; alle Frauen, die ihren Männern klarmachen müssen wollen, daß Männer Sterilisation des (derzeit) „kleinsten Übel“ ist.

ich mir mit meiner Genossin die Kosten der Pille teilte. Damit sah ich mich auch weitergehender Pflichten und Überlegungen ledig...

So ab Mitte der siebziger Jahre begann sich langsam herumzusprechen (und ich meine damit nicht die regelmäßig auftauchenden Horrormeldungen der rechten Presse), daß die Sache mit der Pille doch nicht so problemlos ist, daß gesundheitliche Schäden durchaus nicht ausgeschlossen sind.

Irgendwann erzählte mir auch meine (dann schon Ex-)Frau, sie nähme nun die Pille nicht mehr. Sie sah aber auch weiterhin die Aufgabe der Verhütung bei sich als Frau, laborierte mit Schaum und Knaus-Ogino – und war auch bald schwanger.

Mehr als die zunehmende Ablehnung der Pille gab mir noch zu denken, daß wir munter fordern „Unschädliche Verhütungsmittel für Frau und Mann“, daß wir im KB alenthalben von gleichen oder sogar mehr Rechten für die Frauen reden, daß diese schönen Gedanken aber bei der Frage der Empfängnisverhütung haltmachen.

Wollte ich als Mann ernstmachen mit diesem Anspruch, blieben also nur noch Präservativ und Vasektomie. Präservative finde ich entsetzlich „unerotisch“, mag ich mir und damit erst recht der Frau nicht zumuten. Der Schritt, eine Vasektomie für mich ernsthaft in Erwägung zu ziehen, wurde für mich dadurch erleichtert, daß ich eh keine biologisch „eigenen“ Kinder haben will. Bisher (ich bin 35)

Nachdem all dies hinreichend durchdacht war, blieb nur noch (es ist ja albern, aber so'n Kram hat man im Kopf), wie es denn mit der Bummserei nach der Vasektomie aussehen würde. Wohlgerückt: Rational war mir völlig klar, daß Vasektomie und Erektionsfähigkeit, Orgasmus, etc. pp. nichts miteinander zu tun haben – aber „Kopf und Bauch“ gingen da doch nicht ganz zusammen. Allerdings blieb mein Kopf noch soweit Sieger über meinen Bauch, daß diese untergründige Angst um „des Mannes Wunderhorn“ den endgültigen Entschluß nicht verhindern konnte. Die Lektüre von Norbert Neys ganz ausgezeichnetem Buch „Sterilisation des Mannes

Kieler Universitätsprofessor sprach mit 2000 Frauen nach der Sterilisation: Ohne Schwangerschaftsängst mehr Freude an Sex und Liebe

## Der kleine Eingriff macht viele Frauen glücklich

ROLAND HAUCK, Kiel  
Dem Kieler Sexualmediziner Reinhard Wille haben 2000 Frauen über ihre Erfahrungen nach der Sterilisation berichtet. In einer jetzt vorgelegten Studie beantwortet der Professor, der an der Kieler Universität lehrt, auch Fragen nach der Gefährlichkeit operativer Eingriffe, dem Empfängnisrisiko danach und der sexuellen Befriedigung der Patientinnen. Außerdem: Warum sich trotz der Verhütungsmittel

sundheitliche Folgen – wenn auch verschwindend gering – nicht leugnen. Im Rahmen der Untersuchung wurden die Frauen nach körperlichen, psychischen, familiären und sexuellen Veränderungen befragt. Das Ergebnis im einzelnen: Über körperliche Verschlechterung klagten 2,3 Prozent, über psychische Probleme nach dem Eingriff 2,9 Prozent, familiäre Schwierigkeiten hatten 1,4 Prozent, und sexuelle Probleme waren bei vier Prozent nach der Sterilisation zu verzeichnen.

Unter Ausschaltung von Fehlerquellen kommt der Kieler Professor zu dem Ergebnis, daß nur bei 0,5 Prozent sterilisierter Frauen psychische, sexuelle, familiäre oder körperliche Beschwerden auftreten. Den sexuellen Erfolg setzt der Kieler Professor besonders hoch an. Reinhard Wille: „Nicht nur Schwangerschaftsängst sind verfliegen, sondern sogar Magengeschwüre des Ehemannes.“ Bei der Sterilisation gebe es nicht nur um die Frau, sondern „um die gesamte Familie“ schlechthin.

der ganzen Familie zugute.“ Und eine andere meinte: „Habe drei gesunde Kinder und möchte anständige Menschen daraus machen. Unser Eheleben ist ruhiger geworden.“ Doch bei aller Euphorie, die sich aus solchen Äußerungen ablesen läßt, gibt es einen – wenn auch verschwindend geringen Prozentsatz sterilisierter Frauen, deren Gefühlswelt sich fast völlig verdreht. Diese Frauen sagten: „Durch die Operation bin ich gefühllos geworden.“

Die Untersuchung zeigt, daß etwa zehn Prozent der betroffenen Frauen nach der Sterilisation „manchmal“ oder „hin und wieder auch ständig“ Kinderwünsche haben. Dazu der Mediziner: „Die meisten von uns untersuchten Frauen haben aber bereits ihre ideale Kinderzahl erreicht, oder überschritten, so daß in dem angegebenen Kinderwunsch häufig eine Kombination von sentimentaler Rück Erinnerung und Wunschenken vorliegen dürfte.“

Propaganda der Bourgeoisie, nachdem viele Frauen die Pille nicht mehr nehmen wollen: Werbung für die Sterilisation der Frau. Einen Artikel von fünf Spalten und 200 Zeilen, worin nicht einmal angedeutet wird, daß sich auch Männer sterilisieren lassen könnten, druckte die „Welt“ am 26.2.79.



## Zur derzeitigen Situation im Darmstädter Frauenzentrum

Schon im Dezember 1978 fand im Darmstädter FZ ein Aktionstag statt. Gründe gab es genug: lahmgelegender Zentrumsdienst, leere ungemütliche Räume, Gruppen und Grüppchen — für Außenstehende unzugänglich — die Frauen hatten sich offensichtlich zurückgezogen. Um die Ursachen herauszufinden und besser weiterzumachen, trafen sich mehr als 50 Frauen.

Bei der Bestandsaufnahme stellte sich heraus, daß sogar noch 18 Gruppen existieren. In den anschließenden Arbeitsgruppensprachen und der Plenumsdiskussion stellte sich folgendes Bild heraus:

1. Von „wir“ ist kaum noch die Rede, das ursprüngliche Zugehörigkeitsgefühl zur Frauenbewegung durch gemeinsame erarbeitete Standpunkte, Aktionen, z. T. resultierend aus der Abgrenzung gegenüber Männern, ist einer lähmenden Abgrenzung untereinander, die noch nicht mal inhaltlich begründet wäre, gewichen. Es gibt viele verschiedene Ansätze, aber keine inhaltlichen Diskussionen darüber.

2. Außer der Frauenhausgruppe, der Medizingruppe und einer neugegründeten Arbeitsgruppe zum Thema Duogynon haben alle anderen Gruppen weitgehend Privatcharakter, d. h. daß „frau etwas für sich selbst machen will“. Das ist sicherlich ein berechtigtes Interesse, vor allem für Frauen, weil gerade sie aufgrund ihrer Erziehung darauf reduziert werden, selbstlos und nur für andere dazusein. Die gruppeninternen Erfahrungsprozesse und Ergebnisse werden nicht weitergegeben, nicht öffentlich gemacht, obwohl sie doch viele andere Frauen auch betreffen, d. h. eindeutig gesellschaftlichen Charakter haben.

Auf der einen Seite steht, daß sich auch in der Frauenbewegung die Krise der Linken widerspiegelt: allgemeine Rückzugstendenzen gegenüber zunehmender Repression; das „ich“ wird wichtiger als das „wir“; es geht hauptsächlich darum, kurzfristig subjektive Bedürfnisse zu befriedigen (endlich mal was für sich zu machen) und es erhebt sich die Frage, was wir mit unserem Selbstbewußtsein, das sich durch die Frauenbewegung in den letzten Jahren erheblich verändert hat, machen.

Stecken wir es immer noch wie seit eh und je in den privaten Bereich, oder sind wir eine gesellschaftspolitische Bewegung? Macht das Frauenzentrum Politik? Haben die jetzigen Zentrumsfrauen noch den linken Anspruch, den die „Sozialistische Frauengruppe Darmstadt“ ursprünglich hatte? Es ist dringend notwendig, daß wir Frauen über solche Themen diskutieren, wie z. B.: Was bedeutet „links“ sein für uns heute? Was heißt „feministisch/feministische Politik“?

Auf der anderen Seite steht die selbstlose, caritative unbezahlte Sozialarbeit, die die Zentrumsfrauen leisten (z. B. Frauenhaus ...), wo es scheint, daß sich unsere Arbeit schon fast mit den Interessen des Staates deckt. Wir dürfen dieser scheinbaren Alternative nicht aufsitzen: Entweder macht frau etwas unmittelbar für sich selbst, oder sie opfert sich selbstlos für andere (und bleibt so in der traditionellen Frauenrolle).

Es geht doch vielmehr darum zu klären, was uns betrifft, was Betroffenheit für uns bedeutet, und mit welchen Mitteln wir unsere Interessen (z. B. ein Haus für geschlagene Frauen) durchsetzen wollen bzw. können.

Aus einer Bewegung, die ehemals eine linke männliche Theorie als unzureichend erkannt hat, ist eine Bewegung geworden, in der die subjektiven Bedürfnisse der einzige Maßstab sind; die heute theorie-feindlich ist, anstatt die unzureichenden Theorien zu erweitern ...

Aus der Frauenbewegung, die die Trennung zwischen „privat“ und „politisch“, die das Private (das ja der traditionelle Wirkungsbereich der Frauen ist) als gesellschaftspolitisch erkannt hat, sind Frauenzentren entstanden, die selbst schon wieder eine Art privatintimer Bereich sind, von dem viel zu wenig in die gesellschaftliche Öffentlichkeit eingebracht wird. Das zeigt sich auch darin, daß die Frauen, die ins FZ gehen, fast ausschließlich aus akademischen Berufen kommen und ungefähr zwischen 20 bis 35 Jahren alt sind.

Es gibt also gar nicht „die Frauenbewegung“ in dem Sinn, daß sie alle Frauen aus allen Schichten und Altersklassen erfaßt; was dringend notwendig ist, ist eindeutig Öffentlichkeit; sowohl innerhalb des Frauenzentrums, als auch nach außen.

Wir können und wollen aus unseren Fehlern lernen. Unsere Chance

besteht u.a. genau in der Vielfalt der Ansätze, der Breite dessen, was heute alles als frauenspezifisch erkannt und bearbeitet wird. Wir Frauen sollten unsere Unterschiedlichkeit als Anlaß zu fruchtbaren Diskussionen nehmen und nicht zu spalterischen Abgrenzungen, damit wir endlich als die gesellschaftliche Kraft in Erscheinung treten, die wir sind.

Dieser Artikel wurde von Frauen direkt nach dem Arbeitstag für das Darmstädter Regionalblatt geschrieben. Was hat sich seither verändert?

Leider ist von unserer Aufbruchstimmung — jetzt vieles besser zu machen — insgesamt gesehen nicht allzuviel übriggeblieben.

Inhaltliche Diskussionen laufen wieder nicht mehr, nachdem es einige Versuche gab, bei denen Schwierigkeiten auftauchten, z. B. daß die Frauen, die das Thema vorbereiten wollten (Frauen zurück an Heim und Herd, im Zusammenhang mit der Rede von Scheel), selbst nicht erschienen. Daraufhin blieb die Diskussion ziemlich allgemein und hat nicht soviel gebracht. Es wurde für wichtig gefunden, das Thema bezüglich der Situation in Darmstadt näher unter die Lupe zu nehmen. Das ganze blieb leider bei einem Appell, abgesehen von einem Artikel der Öffentlichkeitsgruppe im Regionalblatt. Bei der nächsten inhaltlichen Diskussion zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit kam keine Frau.

Ich meine, daß dieses Beispiel nochmal das Problem kennzeichnet: — eigentlich ist das Interesse bei frau da, sich auseinanderzusetzen, oder auch was zu tun, aber bei den ersten

Angeregt zu diesem Leserbrief hat mich ein Absatz in der Kongreßbrochure, wo geschrieben wird, daß wenn wir die Genossen wegen Anwendung von psychischer Gewalt beurlauben „wollten“, wir korrekterweise gleich den ganzen KB auflösen müssen. Dem kann ich leider nur zustimmen. Um jedoch auch dieses Thema für den AK anzupacken, möchte ich hier ein persönliches Erlebnis schildern.

Ich wohne zur Zeit mit meinem früheren Freund zusammen (wir beide alleine in einer Wohnung); getrennt haben wir uns vor ca. dreieinhalb Monaten.

Nun möchte ich hier eine Auseinandersetzung schildern, wie sie in der Beziehung des öfteren vorkam. Eigentlich fing alles ganz harmlos an. Er beschwerte sich, daß ich nur mir Milch gekauft hatte, obwohl er für das Einkaufen derartiger Dinge zuständig ist und es schon frech genug ist, daß ich mir die Dinge selber kaufen muß. Wie ich mich dann beschwerte, daß er den von mir gemachten Schokoladenpudding (in dem war übrigens was von der Milch) einfach ißt, ohne was dafür getan zu haben, bekam ich nur die Antwort: „Ich habe vor drei Jahren die Schlüssel gekauft“. Und auf das Ansprechen, daß er keine Waschmaschine gemacht hat und ich das machen mußte, weil ich die Klamotten für die Arbeit brauche, kam: „Ich hab noch nie 'ne Waschmaschine gemacht, ich bau sowas nicht“.

Das sind nur einige Beispiele aus dem Gespräch. Wenn man allerdings bedenkt, daß der Genosse seine Auf-

(wie ich früher mal 'ne Tasse an die Wand geworfen habe, kam der Spruch, daß ich gefälligst meine und nicht seine Tasse nehmen sollte) und donnerte mit 'nem Hammer pfeifend gegen die Wand. Das war dann entgültig genug. Ich bin dann trotz wahnsinniger Angst (er ist ein sog. „body-building-Typ“) auf ihn los und habe ihn getreten und geschlagen. Wie ich mich dann „wieder einigermaßen erholt“ hatte, meinte er nur grinsend: „Hast du dich jetzt beruhigt?“. Ich habe dann meine ganze Puste zusammengenommen und so laut geschrien wie ich konnte, daß er endlich abhauen und mich in Ruhe lassen soll. Vielleicht hat er da Angst bekommen, die Nachbarn könnten es hören, auf jeden Fall ist er dann aus der Küche gegangen, allerdings immer noch pfeifend in der Wohnung rumgelaufen.

Auf meine Bemerkung, daß das noch seine Folgen haben wird, kam die Bemerkung: „Was soll mir schon passieren“ und „Was willst du schon machen“. Ich war dann ziemlich fertig.

Das Schlimme in solchen Situationen ist, daß ich eine wahnsinnige Wut und Hilflosigkeit im Bauch habe und mich den Typen gegenüber nicht mehr zu wehren weiß. Innerlich habe ich dann ein Gefühl, als ob ich auseinanderplatze.

### Die Hilflosigkeit muß weg!

Am meisten nervt mich diese Hilflosigkeit, und gerade diese hindert mich dann daran, weiter in die Auseinandersetzung zu gehen.

Eine andere Überlegung ist, daß ich wahnsinnige Angst vor der Auseinandersetzung habe und ein Leserbrief dazu die Auseinandersetzung verschärft. Das geht jetzt schon soweit, daß mir von Seiten des Genossen Einseitigkeit vorgeworfen wird und er anderen Leuten die Auseinandersetzung aus seiner Sicht erzählt und die ihm raten, einen Gegen-Brief zu schreiben und die Dinge richtig zu stellen. Die Einseitigkeit beruht darauf, daß ich an einem bestimmten Punkt der Auseinandersetzung auch nicht mehr solidarisch argumentiert habe. Man vergißt dabei allerdings, woher das Verhalten kommt. Wenn man mich in so eine Situation hineinzwängt, darf man sich nicht wundern, wenn frau irgendwann nicht mehr kann und „nur“ noch auf der gleichen Ebene reagiert, wobei ich noch nicht einmal halb so fiese Sprüche gebracht habe wie der Genosse. Und ihm Frauenfeindlichkeit vorzuwerfen oder ihm zu sagen, daß sein Verhalten eine Schweinerei ist, ist ja wohl verdammt gerechtfertigt. Also bitte nicht noch den Genossen unterstützen, sondern erstmal überprüfen, inwieweit der Vorwurf der Einseitigkeit überhaupt gerechtfertigt ist. Man sollte den Genossen lieber mal auf den Pott setzen, weil er sich immer noch keine Gedanken darüber macht, wie er sich verhalten hat, sondern jetzt auf 'ner anderen Ebene versucht, meine Kritik abzublocken.

Wenn ich nun soviel Ängste habe, wieso schreibe ich diesen Brief? Die Sache der Hilflosigkeit habe ich schon erwähnt. Weiter ist da auch noch, daß das alles viel Kraft kostet. Nach

ES WAR EINMAL

ES WAR EINMAL



Schwierigkeiten oder direkten Anforderungen wird wieder zurückgesteckt und die weitverbreitete Resignation hat wieder gewonnen.

Ein direktes Ergebnis des Arbeitstages ist die „Öffentlichkeitsgruppe“. Diese Gruppe hat einen übergreifenden Charakter, d. h. sie arbeitet nicht kontinuierlich an einem Thema, sondern versucht eine Öffentlichkeit innerhalb des Frauenzentrums zu schaffen, durch Kontakte zu den einzelnen Gruppen, Aufgreifen von Problemen, Vorbereitung von Plena etc. Damit die Diskussion um die „Krise“ im FZ nicht einfach im Sand verläuft, wurde ein Fragebogen an alle FZ-Frauen verteilt, mit der Aufforderung, noch mal Stellung zu beziehen.

Zum anderen greift die Öffentlichkeitsgruppe aktuelle Frauenprobleme auf, die über das Regionalblatt öffentlich gemacht werden. Sehr erfreulich ist die Tatsache, daß die Öffentlichkeitsgruppe durch ihre Aktivitäten andere Frauen zur Mitarbeit gewinnt. (Dieser Artikel wurde mit den Frauen der Öffentlichkeitsgruppe besprochen).

Eine Darmstädter KB-Genossin

gaben im Haushalt verdammt beschissen macht und ich mit dem Scheiß ständig dasitze und er auf die Auseinandersetzung darüber entweder total uninteressiert und/oder mit dummen Sprüchen darauf eingeht, wobei ich mich dann total ausgenutzt und ungerecht behandelt fühle...

So ging das dann einige Zeit weiter. Und gegen sowas anzugehen stelle ich mir ziemlich unmöglich vor, wenn man nicht genauso fies ist. Irgendwann habe ich dann gesagt, daß er mich endlich in Ruhe lassen soll, sonst knall ich ihm eine, weil ich mich bei solchen Schweinereien nicht mehr beherrschen kann. Die Antwort war: „Ich laß mich von dir nicht schlagen, ich laß mich ja auch nicht von Faschisten schlagen“. Das war ja nun der Hammer: Erst wird man ausgenutzt und wenn ich mich dann wehren will, werde ich mit einem Faschisten verglichen. Ich saß dann heulend rum und der Genosse ging pfeifend durch die Gegend. Dann habe ich ihn aus der Küche geschubst und die Tür so zugeknallt, daß Putz runterflog (ich wußte mit meiner Wut nicht mehr wohin). Dann kam noch der Spruch: „Mach gefälligst nur das kaputt, was du auch wieder heilmachen kannst“.

Ich hoffe, daß durch diesen Brief eine Diskussion entsteht und andere Genossinnen angeregt werden, „ihre“ Probleme auf den Tisch zu packen und wir merken, daß wir nicht die einzigen sind, die an diesem Problem knacken.

### Die Angst, es bekanntzumachen und diesen Brief zu schreiben

Teilweise ist der Genosse auch wieder ganz nett und ich überleg, ob ich ihm einen solchen Leserbrief „antun“ kann. Wenn ich allerdings bedenke, was er mir mittlerweile schon angetan hat, habe ich das Recht, ihm noch „viel mehr anzutun“. Wenn ich zurückdenke, fällt mir auch auf, daß ich schon öfters überlegt habe, was ich dagegen mache und habe das immer wieder gelassen. Geändert hat sich allerdings nichts. Der Genosse war 'ne Zeitlang wieder ganz nett und dann wieder die gleiche Auseinandersetzung und jedesmal wurde meine Wut und auch die Hilflosigkeit größer und ich weiß ganz genau, daß ich, wenn ich mich jetzt nicht dagegen wehre, sie irgendwann so groß sein wird, daß ich mich nicht mehr dagegen wehren kann.

solchen Auseinandersetzungen bin ich 'ne ganze Zeitlang nicht mehr in der Lage, das zu machen, was ich will. Ich brauche dann auch viel mehr Kraft für ganz andere Auseinandersetzungen, geb' viel eher auf oder misch mich gar nicht erst ein, weil ich das nicht packe. Und da frau eh aufgrund ihrer Erziehung größtenteils mehr Schwierigkeiten hat als mann, sich einzumischen oder selbständig was zu erarbeiten, ist das natürlich doppelt schlimm. Ich bin jedoch nicht mehr bereit, nur wegen so einem Scheiß-Typ tage- bzw. wochenlang keine anständige politische Arbeit mehr machen zu können, von dem privaten Vergnügen ganz abgesehen.

Wenn ich das dann gegenüberstelle, ist ja wohl klar, daß das „Schweigen“ über diese Angelegenheit wohl schlimmer und längerfristig auch kraftaufwendiger ist. Es wird auch mal Zeit, daß den Herren in dieser Frage das Handwerk gelegt wird.

Außerdem habe ich nichts zu verlieren! Macht das Private öffentlich!

Eine Genossin aus Hamburg





## Erfolgreiche Frauenfilmwochen in Kassel

In der Zeit vom 5. bis 22. Februar wurden in Kassel insgesamt fünf Frauenfilme gezeigt. Veranstaltet wurden diese Filmwochen von verschiedenen Frauen- und Mädchengruppen. Alle Filme waren gut besucht, insgesamt haben sich über 800 Besucher/innen die Filme angesehen. Eine Sache zum Nachmachen!



### 218 - Aktion in Kiel

Großen Erfolg brachte eine § 218-Aktion in der Kieler Innenstadt, die von Frauen aus dem Frauenzentrum organisiert wurde.

Da alle Frauen lila Tücher bzw. Klamotten trugen und zum Teil verkleidet und mit „Sandwiches“ auftraten, erregten die erstmalig Aufmerksamkeit und viele Leute blieben dann vor der Stellwand und am Büchertisch stehen. Im Mittelpunkt der Aktion stand natürlich der Verkauf der brandneuen § 218-Broschüre, von der die Frauen an diesem Samstagmorgen 230 (!) Exemplare verkauften.

Frauenzelle  
im KB/Gruppe Kiel



### Frauentreff in Dortmund

Vom 20. bis 24. März werden in Dortmund Frauen zusammentreffen, unter dem Motto: „Frauenforum des Reviers“. Eingeladen sind alle Interessentinnen der dortigen Region, besonders angesprochen sollen sich Mütter und Hausfrauen fühlen.

Tagungsort ist die pädagogische Hochschule in Dortmund. Näheres erfährt man unter dem Stichwort „Frauenforum“ bei der PH Dortmund, Fachbereich 3, Emil-Figge-Straße 50, 4600 Dortmund. (Wir werden darüber berichten).

## Frauenzeitung in Bremen

Seit 2 Wochen gibt es in Bremen eine neue Frauenzeitung, die „GESCHE“. Nachdem die letzte Bremer Frauenzeitung im Juni 78 eingestellt wurde (die letzte Nummer war schon nur noch das Werk einer einzelnen Frau), hat sich jetzt eine neue Zeitungsgemeinschaft gebildet, die die „GESCHE“ monatlich herausgeben will. Die Frauen hatten beschlossen, die Frauenzeitung zu machen, weil sie es unbedingt notwendig finden, „eine öffentliche Darstellungs- und Diskussionsmöglichkeit zu haben, damit ein gemeinsamer Informationsaustausch zwischen den einzelnen Frauengruppen und zwischen den Frauengruppen und der Umwelt stattfinden kann“ (zit. nach GESCHE I).

Die Gruppe möchte die Zeitung als Beitrag verstanden wissen, die Diskussion und Arbeit im Frauenzentrum wieder zu beleben.

Und so gibt die erste „GESCHE“ einen interessanten Überblick über einen großen Teil der noch bestehenden Frauengruppen Bremens, deren Arbeit, deren Schwierigkeiten und Probleme. Es gibt Berichte über Projekte, die gescheitert sind (z.B. der Frauenbuchladen) und die Gründe dafür.

**GESCHE**  
Frauenzeitung aus Bremen 3. Heft



Außerdem findet frau Artikel zur Situation der Frauen im Iran und deren Kämpfe dort, über den Bremer Trinkwasser-Skandal und über den Stand des „Tageszeitungs“-Projekts.

Die Schwerpunkte der nächsten drei Nummern sind bereits geplant:

- Frauensolidarität
- Frauen in Institutionen
- Feministische Wissenschaft

Die neue Frauenzeitung ist in Bremen auf großes Interesse gestoßen, das wird die Frauen ermuntern, weiterzumachen.

Bestelladresse:  
Frauenzentrum, Auf den Häfen,  
2800 Bremen.

AG Frauen  
KB/Gruppe Bremen



### Neuer Frauentreff in Bremerhaven

Stolz auf den eigenen, neu eröffneten „Frauenladen“ ist die Frauengruppe Bremerhaven!

In etwa 4 Jahren hat die Gruppe, in der etwa 25 Frauen verschiedener politischer Richtungen zusammenar-

beiten, sich durch kontinuierliche Arbeit soweit vergrößert, daß jetzt eine ausreichende personelle und finanzielle Basis für einen eigenen Treffpunkt vorhanden ist und die Frauen nicht mehr auf unpersönliche Gaststätten angewiesen sind. In den gemütlich eingerichteten Räumen kann sich frau zum Klönen und zu Diskussionsrunden treffen, und damit ist die Frauengruppe endlich auch für andere Frauen erreichbar. Daß dies in Bremerhaven ein Bedürfnis ist, zeigte die Eröffnungswoche, die ein voller Erfolg war: an insgesamt 4 Abenden mit verschiedenem Programm fanden sich etwa 200 - 250 Frauen (und an einem Abend auch zahlreiche Männer) ein. Besonderes Interesse fanden auch Wandzeitungen und Informationen zu den derzeitigen Arbeitsschwerpunkten: der § 218-Praxis, der Frauenhaus-Diskussion, der Frau im Berufsleben, und der AG „Kinder“. Die Eigeninitiative der Frauen wurde auch in der örtlichen Presse positiv hervorgehoben.

Kontakt: „Frauenladen“, Bürger 151. Jeden Montagabend Klönabend und Informationen.

Eine KB-Genossin aus Bremerhaven



### Frauenfilme in Wiesbaden

Das Frauenzentrum in Wiesbaden führt jeden ersten Dienstag des Monats in Zusammenarbeit mit dem Wiesbadener Jugendzentrum einen Frauenkinoabend durch.

Das Programm für die nächsten Monate:

- 3.4.: „Die allseitig reduzierte Persönlichkeit“, Helge Sander 1977;
- 8.5.: „Kuhle Wampe oder wem gehört die Welt?“ Fudow und B. Brecht 1932;
- 5.6.: „Eine Frau ist Verantwortung“, Ulla Stöckl 1977;
- 3.7.: „Union Maids“ (Kampf der Gewerkschafterinnen in den USA), Reichert, Klein Magukesco 1976.



### Frauen im Faschismus

Am 24./25.3. findet ein Wochenendseminar zum Thema Frauen im Faschismus statt, organisiert von der Frankfurter Naturfreundejugend. Beginn ist am Samstag, den 24.3. um 14 Uhr, Ort ist das Büro der Frankfurter Naturfreundejugend, Hamburger Allee 47.



### Das neue „Frankfurter Frauenblatt“

Die Nummer 3 ist erschienen! Neben Kurzmeldungen über aktuelle Ereignisse enthält auch diese Nummer wieder eine Reihe interessanter Artikel:

- Zum Problem des „Altwerdens“
- Zum Alltag im Faschismus
- Zur Frauenbewegung in Israel und den besonderen Problemen für israelische Frauen, die aus der zionistischen Ideologie erwachsen
- Ein Interview zum Thema „Kittas - was danach?“ mit Frauen, die in den Kittas früher arbeiteten und heute in den neuen „Kindertagesstätten“ mitarbeiten.

Frauengruppe,  
KB/Gruppe Frankfurt

# Endlich: Die Pille für Männer!

Chinesische Wissenschaftler vom Materia-Medica-Institut in Shanghai beschäftigen sich seit acht Jahren mit der Realisierung dieses Wunschtraums vieler Frauen. Und scheinbar erfolgreich, denn kürzlich berichtete die Pekinger Nachrichtenagentur Xinhua, daß es gelungen sei, eine schwangerschaftsverhütende Pille zu entwickeln, die von Männern eingenommen wird.

Die Einzelheiten, die bekanntgegeben wurden, klingen recht erfolgversprechend: Die Pille für den Mann, genannt „Gossypol“, wird aus Baumwoll-Öl gewonnen und bewirkt ein Absterben der männlichen Samen, wenn das Mittel regelmäßig (in den ersten drei Monaten täglich, dann nur noch zweimal in der Woche (nach „Stern“ 11/79) eingenommen wird. 10.000 chinesische Männer haben diese Pille bereits bis zu vier Jahren geschluckt. Wie die chinesischen Mediziner berichteten, haben die klinischen Erprobungen ergeben, daß die Männer-Pille zum einen ebenso sicher wie die Antibabypille für die Frau ist, zum anderen keine besorgniserregenden Nebenwirkungen zu verzeichnen gewesen seien: „Nur wenige Chinesen klagten über Blähungen oder Übelkeit, manchmal registrierten die Ärzte zu wenig Kalium im Blut ihrer Pillen-Probanten. In der Liebe indessen versagte wegen der Pille kein einziger“ („Stern“ 11/79).

Nach Absetzen der Pille stellt sich nach zwei bis drei Monaten, spätestens aber nach einem Jahr die Zeugungskraft wieder ein.

Fraglich ist allerdings, ob die Ergebnisse der Forschungen in China auch für die Frauen in der BRD und anderen westlichen Ländern Grund sein können zu hoffen, daß Verhütung bald nicht mehr die leidige Angelegenheit nur von uns Frauen sein

wird. Denn: Bedenklich sollte es uns doch stimmen, wenn jetzt, wo die Pille für den Mann — ausgerechnet — in China auf den Markt kommt, bei uns so getan wird, als ob tatsächlich „seit 20 Jahren Forscher in den Labors westlicher Pharmakonzerne vergebens (versuchen), solche Tabletten zu entwickeln“ („Stern“ 11/79). Es scheint doch recht unwahrscheinlich, daß bei einer derart „unermüdlichen“ Suche unserer wissenschaftlichen Koryphäen nichts Nennenswertes herausgekommen sein soll.

Wenn wir daran denken, wie wenig sich die Pharmakonzerne von Rückschlägen und dem Auftauchen übelster Nebenwirkungen aufhalten lassen, wenn es darum geht, Medikamente (Duogynon bzw. Cumorit, Prostaglandine) an Frauen zu erproben, könnte frau eher mutmaßen, daß die Bemühungen, eine Pille für den Mann zu entwickeln, so ernsthaft nicht gewesen sein können. Prof. Neumann vom westberliner Pharmakonzern Schering bestätigte, daß man sich „heute nur noch theoretisch mit dem Thema“ beschäftigt („Stern“ 11/79). Aber selbst wenn sich die verantwortungsvollen Pharmazeuten von diesen warnenden Stimmen nicht abhalten lassen und die Pille für den Mann wider Erwarten auf den westlichen Markt bringen würden, dürfte die Verhütung als Männersache ein Traum der Frauen bleiben: „Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ergab, daß nur jeder siebte deutsche Mann eine solche Pille schlucken würde. Jeder dritte weigert sich kategorisch, seiner Partnerin die Verhütung abzunehmen“ („Stern“ 11/79).

Eine Genossin der Frauenzelle  
KB/Gruppe Flensburg

## Frauenhaus Kassel: Der Magistrat dreht den Hahn zu

In zweijähriger Verhandlungszeit konnte die Frauenhausinitiative Kassel erreichen, daß ihr vom Magistrat ein entsprechendes Haus und Geld für laufende Kosten und Personal zugesagt wurde. Das entsprechende Haus wird renoviert — die Frauenhausinitiative rechnete bislang mit einem Einzug zum 1.4.79. Die Gelder für laufende Kosten und Personal wurden Ende Dezember 1978 von der Stadt bewilligt, so daß das Projekt als gesichert erschien. Ende Februar kam dann allerdings der Knüller: Die Gelder für laufende Kosten und Personal wurden vorläufig gesperrt — sie werden erst ausbezahlt, wenn die Frauenhausinitiative garantiert, sich nach einer halbjährigen Anlaufphase über den § 72 BSHG finanzieren zu lassen.

Die Frauenhausfrauen lehnen diese Lösung ab, da zu große Eingriffsmöglichkeiten von staatlicher Seite befürchtet werden und die Diskriminierung mißhandelter Frauen bei einer Finanzierung über den § 72 BSHG nicht zu verantworten ist.

Zur Unterstützung der Forderung nach Auszahlung der bereits bewilligten Mittel veranstaltete die Frauenhausinitiative Kassel eine Podiumsdiskussion am 1.3.79. Ein Vertreter der

Stadt ist nicht erschienen — dafür recht zahlreich Zuhörer/innen. Neben einer kurzen Darstellung der praktischen Arbeit (die Kasseler Frauenhausinitiative hat bisher 200 Frauen und ihre Kinder betreut), der Verhandlungstaktik der Stadt und der Gründe, warum eine Finanzierung über den § 72 BSHG abgelehnt wird, berichteten Frauen aus dem Frauenhaus Hannover über ihre Erfahrungen mit dem § 72 BSHG (sie hatten sich gezwungenermaßen Ende 1978 auf diese Regelung eingelassen und lehnen diese mittlerweile wieder ab). Von den Anwesenden wurden Solidaritätsbriefe an den Oberbürgermeister der Stadt Kassel unterschrieben, in denen die sofortige Auszahlung der bewilligten Gelder ohne weitere Bedingungen gefordert wird. Frauen aus dem Publikum empfahlen eine baldige Besetzung des vorgesehenen Hauses.

Sowohl die örtliche Presse als auch der Rundfunk berichteten über die gut besuchte Veranstaltung; jedoch der Magistrat der Stadt Kassel zeigt sich (vorläufig) hart: entweder Finanzierung über den § 72 BSHG oder kein Pfennig für das Frauenhaus.

Eine Genossin des KB/Gruppe Kassel



## „KPD“ empfiehlt: „Vaterlandsverteidigung“ auch für Frauen

Zum in letzter Zeit viel diskutierten Thema „Frauen zum Bund“ hat sich auch die „Rote Fahne“ der „KPD“ (8.3.79) geäußert. Eine volle Seite lang. Zu 90 % stellt der Artikel dar, welche politischen und ökonomischen Gründe die Bourgeoisie zu verschiedensten Zeiten bewegt haben, Frauen in die Armee zu holen. Erst ganz zum Schluß kriegt die Verfasserin doch noch die unvermeidliche Kurve: die „Freiheit“ müßten auch die Frauen „mit der Waffe verteidigen“, nämlich gegen die „beiden Supermächte“, „besonders“ jedoch - ihr erratet's nicht! ... - gegen die Sowjetunion. Na also! „Freiheit“ und „Frieden“ muß auch frau verteidigen - das sieht man schon „in Chile, Nicaragua, Kambodscha und China“. Dort wohl ganz besonders. Deshalb ist die Verfasserin für eine „militärische Ausbildung der Frauen - auch in der Bundeswehr“.

Hier, bereits am eigentlichen Ziel angekommen, dreht die Verfasserin aber nochmals eine Kurve. „Die zur Zeit aufbrechende Diskussion über die Soldatin ist nicht Ausdruck der Emanzipation, es ist der Versuch, mit Hilfe von Frauen die Bundeswehr in ein Berufsheer umzuwandeln: eine Tendenz, die wir im Interesse der Emanzipation der Frau und der militärischen Ertüchtigung ablehnen müssen“.

Soll heißen: Nur im Rahmen einer allgemeinen Wehrpflicht möchte die „KPD“ für die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr eintreten.

Als ernsthaftes Argument gegen die Militarisierungspläne der imperialistischen Bourgeoisie wird man/frau das nicht gerade ansehen können.

## 200 DM Strafe wegen „Betrugs“ für „Courage“-Redakteurin

Vor einem Jahr schrieb eine „Courage“-Redakteurin der politischen Gefangenen Waltraut Siepert einen Brief, langte anschließend in die Schachtel mit den Briefmarken und pappete eine davon auf den Umschlag. Allerdings die falsche: Nicht „Deutsche Bundespost“ prangte rechts oben, sondern „Unterstützt die Rote Hilfe“.

Das Versehen wurde bei der Postkontrolle im Knast bemerkt. Die Folge war nicht etwa Strafporto, sondern ein von der Staatsanwaltschaft (wegen angeblichen „öffentlichen Interesses“ an dem „Verbrechen“) eingeleitetes Strafverfahren wegen Betruges sowie eine Hausdurchsuchung bei der „Courage“-Frau mit acht Bullen zur Auffindung weiterer Marken (!).

Die Frau erhielt dann einen Strafbefehl über insgesamt 250 DM! Im

Hauptverfahren, das dem Einspruch der Redakteurin folgte, regte der Richter eine Einstellung des Verfahrens an, die Staatsanwaltschaft widersprach.

Das jetzt ergangene Urteil hält ebenfalls daran fest, die „Courage“-Redakteurin habe vorsätzlich durch Kleben und Verschicken der nicht genehmigten Briefmarke die Post (die selbst keinen Strafantrag gestellt hatte) „betrogen“ und setzt eine Strafe von insgesamt 200 DM fest (wobei die geringere Geldsumme allein aufgrund des kargen Einkommens der Frau zustande kam).

Die Redakteurin geht in die Berufung. (Informationen aus „Tagesspiegel“ vom 14.3.79).

Eine AK-Leserin aus Westberlin



# Diskussion: Linke und Sadomasochismus

## Der Knittel im Haus erspart den Pflasterstrand

Die bisherige Diskussion über Sadomasochismus (S/M) im AK hat eine ganze Reihe von Problemen angesprochen; zu einigen Punkten dieser Diskussion möchte ich meine Meinung schreiben.

1. Die Diskussion in AK 148/149 hat sich in Wirklichkeit gar nicht oder nur am Rande mit dem eigentlichen Stein des Anstosses (vgl. AK 141 und 143) beschäftigt, d.h. mit der S/M-Szene (Clubs, Zeitschriften, S/M-Treffen etc.). Stattdessen wurde S/M aus der Sicht des politisch aufgeklärten, sexuell sensibilisierten linken Schwulen (oder auch „Heteros“) dargestellt, der S/M als einen möglichen Bestandteil seiner Sexualität begreift. Von vornherein ausgegrenzt wurden die S/M-„Szene“ ebenso wie der vereinzelte, auf seine spezifische Form der Sexualität fixierte Masochist. Zwar wurden in AK 148/149 sowohl die „Szene“ als auch der vereinzelte Kontakthanzen-Masochist mit erwähnt, jedoch ohne weitere Schlussfolgerungen für die S/M-Diskussion.

2. Dies zeigt sich in der Definition von S/M, die in AK 148/149 und auch in den Leserbriefen in AK 143 gegeben wurde: „S/M-Sex beruht auf freiwilliger, gleichberechtigter Basis beider (oder auch mehrerer) Partner. Der masochistische Partner bestimmt, wie weit er gehen will.“ (Manfred aus Westberlin, AK 143, Hervorhebungen von mir). Andernfalls sei es, so scheint auch die einhellige Meinung der Beiträge in AK 148/149, gar kein „echter“ S/M, sondern nur Brutalität. Hier wird meiner Meinung nach S/M nicht aus der Sicht der großen Mehrheit der Betroffenen definiert, sondern aus der überhaupt nicht repräsentativen Sicht des Linken oder Radikaldemokraten. Was nicht in diese Definition hineinpaßt, wird ausgegrenzt, steht nicht zur Diskussion.

3. Man macht es sich auf diese Weise gleich sehr leicht. Mit dem Problem der Ungleichberechtigung in Beziehungen, mit der Gewalt in Beziehungen (die vielleicht doch nicht immer in den Grenzen bleibt, die der Partner möchte), braucht man sich ja definitionsgemäß gar nicht zu befassen: Das ist dann eben kein S/M! Da man die Freiwilligkeit und Gleichberechtigung beider (oder auch mehrerer) Partner per Definition voraussetzt, kann man nunmehr alles, was sich in diesem Bereich abspielt, unter dem Stichwort 'Sexuelle Toleranz' erledigen: Warum sollen sie denn nicht dürfen, was sie beide (bzw. alle) wollen?

4. Als Form der Sexualität (im allerweitesten Sinn) wird S/M folglich zur Privatsache, zur Frage persönlicher bzw. gemeinsamer Vorlie-

ben. Wer an diesem Punkt noch kritische Fragen stellt, wird zum Verfechter der „Diktatur der Normalität“ erklärt. Es ist aber meiner Meinung nach ein erheblicher Unterschied, ob ein Mann beim Bumsen gern mal Strumpfhalter und Netzstrümpfe anzieht, oder ob er vielleicht eine Nazi-Uniform samt Reitpeitsche bevorzugt. Im letzteren Fall kann mich auch der Gedanke nicht beruhigen, daß der/die Partner(in) damit völlig einverstanden sei oder vielleicht sogar Lust bei dem Gedanken empfinde, er/sie sei beispielsweise ein(e) dem anderen ausgelieferte(r) Jude/Jüdin.

Das Beispiel ist zwar zugespitzt, aber keineswegs abwegig: S/M verwendet Begriffe und Symbole, die in der Geschichte der Menschheit einen bestimmten Platz haben. Begriffe wie Sklave, Dressur, abrichten. Gegenstände wie Peitsche, Fesseln, lederne Gesichtsmasken, Folterbänke, „Entenschnabel“ (ein Gerät zum gewaltsamen Weiten der Vagina oder des Anus) usw. Begriffe und Geräte also, die absolut nichts mit Sexualität im allerweitesten Sinn zu tun haben, aber alles mit jahrtausendealter Unterdrückung, Erniedrigung und Vernichtung des Menschen durch den Menschen zu tun haben.

Diese Dinge quasi „spielerisch“ zum Gegenstand bzw. Mittel von Sexualität zu machen, ist ebenso widerlich wie eine Mini-Gaskammer als Salzstreuer oder ein KZ als Kinderspielzeug.

5. Dies bedeutet nicht die Unterstellung, daß die S/M-Leute, zumindest die Organisierten, Faschisten seien. Sie mögen außerhalb ihrer speziellen Form von Sexualität so autoritär oder liberal sein wie irgendwer sonst. Allerdings ist im AK in der bisherigen S/M-Diskussion zu wenig auf Berührungspunkte zwischen S/M-Szene und Nazi-Gruppen, auf Entwicklungstendenzen usw. eingegangen worden, die es durchaus zu geben scheint.

Mich beruhigt jedenfalls nicht die These vom „Ausleben“ und „Abreagieren“, die sinngemäß besagt: Wer bestimmte Phantasien in seiner Sexualität frei auslebt, wird sie nicht in Realität verwandeln wollen. Wäre dies so, müßten wir eigentlich den Produzenten von Nazi-Pornos noch dankbar sein.

6. Im Zusammenhang mit der in

6. Im Zusammenhang mit der in Punkt 2 erwähnten eigenwilligen Neu-Definition des Begriffs S/M sehe ich, daß die bisherige S/M-Diskussion im AK erheblich hinter das bereits erreichte Niveau linker Gewalt-Diskussion (im Zusammenhang mit der Neochauvinismus-Debatte im „Pflasterstrand“) zurückgefallen ist. Der ganze Bereich der Gewalt-Phantasien und der latenten Aggressivität auch innerhalb der Linken ist in unserer S/M-Diskussion einfach wegdefiniert worden. Wer die Leserbriefe

in AK 143 und die Beiträge in AK 148/149 daraufhin noch mal durchliest, wird finden, daß dort zwar von Masochismus viel die Rede ist, jedoch gar nicht vom Sadismus. Am klarsten kommt das in der folgenden Stelle aus dem „Schwuchtel“-Interview (AK 149, S. 31) zum Ausdruck:

Frage: „Ist es eigentlich ein Ausdruck von Geilheit, wenn du mit dem Rohrstock schlägst?“ Antwort: „Neel Von Zärtlichkeit. Ich mache das ja nie, um dem weh zu tun. Ich könnte ihn genauso gut küssen...“ Daß es jemandem tatsächlich Lust bereiten könnte, eine(n) andere(n) zu prügeln und zu quälen, bleibt also außerhalb der Diskussion. Das Schlagen wird zur karitativen Handlung, zur Gefälligkeit gegenüber dem Geschlagenen, der es halt so „gemacht“ haben möchte. Der Schlagende ist dabei ebenso wenig Sadist, wie der Arzt, der einem Patienten eine schmerzhaft Spritze gibt.

Daß in der bisherigen S/M-Diskussion im AK ausschließliche aus der Perspektive des Masochisten diskutiert wurde, hat meiner Meinung nach einen einfachen psychologischen Grund: Der Masochist erlaubt uns eher eine verständnisvolle Identifizierung als der Sadist. Wer möchte die Genossin verurteilen, die sich beim Bumsen gelegentlich vorstellt, sie würde vergewaltigt? Hingegen der Genosse, der sich lustvoll vorstellt, seine Freundin zu vergewaltigen, wird – falls er dies offen bekennt – wohl eher mit Protest oder Kritik rechnen müssen. Man/frau würde vermuten, daß er die Frauenfrage in seinem Kopf (oder sonstwo) wohl doch noch nicht völlig geklärt hat.

7. Die sadistische Komponente ist in unserer bisherigen S/M-Diskussion also nicht zufällig ausgegrenzt worden, sondern bewußt. Der Gedanke wirkt einfach beruhigend, daß sich S/M im genau eingezirkelten Bereich von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung bewege. Nun hat es S/M aber mit Unterdrückung bzw. Unterwerfung zu tun (dem genauen Gegensatz von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung), ebenso wie mit der Lust, anderen weh zu tun und sie zu erniedrigen, mit der Realisierung von Gewalt-Phantasien. Die Zähmung dieser Gewalt-Phantasien innerhalb fester Spielregeln (man könnte, frei nach Hackethal, von einem Haustier-S/M sprechen), ist ein Gedanke, der liberale, politisch aufgeklärte Gemüter wohl beruhigen oder ihnen gar gefallen mag. Ich vermute aber, daß im „real existierenden“ S/M (der doch etwas anderes ist, als linker Haustier-S/M) die Grenzen von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung nicht so starr eingehalten werden. Berichte aus der S/M-Szene über „Exzesse“ sprechen eine deutliche Sprache.

8. Da in unserer bisherigen S/M-Diskussion der Sadist und seine Motivation ausgegrenzt blieben,

konnte man sich leicht bei dem Gedanken der Freiwilligkeit beruhigen: Wer möchte denn so inhuman und intolerant sein, dem Masochisten die von ihm gewünschte Befriedigung zu verweigern?

Wir sind es allerdings ansonsten gewohnt, diese Art von „Freiwilligkeit“ kritisch zu hinterfragen. Im AK 149 wird unter dem Motto „Sexualisierung von Herrschaftsverhältnissen“ von der AG Schwule richtig der gesellschaftliche Hintergrund des Masochismus analysiert, nämlich die Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen. Wenn jemand Herrschaftsverhältnisse verinnerlicht hat, zudem noch jemand aus unseren Reihen, ist das allerdings etwas, gegen das wir ankämpfen sollten, anstatt es liberalistisch in den Bereich des persönlichen Geschmacks und der sexuellen Toleranz zu verweisen. Die Genossen der AG Schwule halten sich wahrscheinlich für human, verständnisvoll und frauenfreundlich, wenn sie dafür plädieren, daß Frauen das „Recht“ haben sol-

len, ihre Objektrolle „lustvoll zu verarbeiten“, indem sie z.B. mit ihrem Freund Vergewaltigung „spielen“. Gewiß hat jede Frau sogar das „Recht“, sich in der Sexualität total auf ihre Objektrolle zu reduzieren, wenn ihr das „Spaß“ macht. Aber was bringt ihr dieses „Recht“?!

Da wird doch, ausgerechnet von schwulen Genossen, die sonst aktiv gegen Frauen-Unterdrückung angehen, die Frau als Sex-Objekt durch die Hintertür wieder eingeschmuggelt. So nach der Devise: „Erlaubt ist, was gefällt“.

Es darf uns in der Tat nicht um die Aufrichtung und Durchsetzung von „Normen“ darüber gehen, was „man“ als „Kommunist“ in der Sexualität zu tun und zu lassen hat. Dort allerdings, wo Herrschaftsverhältnisse, Frauenunterdrückung u.ä. „verinnerlicht“ werden, müßte das kritisch hinterfragt werden.

Kt., Hamburg

## „Sadomasochismus: na und?“ (oder wie hieß noch die Überschrift...?)

Solange ich in dieser Stadt (Frankfurt) lebe – gibts diese ätzende Bedürfnisdiskussion in den berühmten „Frankfurter Zusammenhängen“. Die nennt sich: „Bring dich ein – steh zu dir, zu deinen Bedürfnissen“ usw. usf. Da springt ab und zu mal ein Knittel-sches Bekenntnis dabei ab. Ihr erinnert euch: dieser Typ, der damals im „Pflasterstrand“ Nr. 34, nachdem er festgestellt hatte, wie er ständig unter der Unterdrückung der Frauen gelitten habe, schilderte, wie er bewußt seiner Freundin in den Unterleib trat.

Wäre das auf der Grundlage einer „gegenseitigen Übereinstimmung“ gelaufen, wäre wohl eurer Meinung nach nichts dabei, sondern es könnte sogar eine lustvolle Verarbeitung der herrschenden Gewalt sein?

Mensch, das eröffnet ja ganz neue Perspektiven von Widerstandsformen: bekämpft nicht die Bullen auf der Straße, spielt selber Bulle in euren Zimmern und Kammern!...

„Bulle“ – das ist – das ist – auf der Straße, spielt selber Bulle in euren Zimmern und Kammern!...

Ihr schreibt, gegen Tabus kämpfen zu wollen, gegen die Diktatur der Normalität. Entweder wir reden eine verschiedene Sprache, oder wir leben auf unterschiedlichen Planeten.

Seit wann ist denn Gewalt ein Tabu in dieser Gesellschaft? Das gehört gerade mit zur Diktatur der Normalität! Streng definitorisch genommen heißt Tabu nichts anderes, als bestimmte Sachen bewußt zu verschweigen, die aber real existieren.

Eine bestimmte Meinung aber zu vertreten über Sachen, die real existieren, hat nichts mit Tabuisierung

zu tun. Ich finde, daß ihr moralisch argumentiert, indem ihr versucht, von vornherein die Diskussion über S/M auf der Ebene „Kampf gegen Denkhemmungen“ zu führen, d.h. jeder/jedem, die möglicherweise was gegen S/M haben, wird implizit untergejubelt, sie seien womöglich verkleimt!

Ihr schreibt auch, ihr wollt nicht diese „subjektiven Kriterien“ – aber das einzige Kriterium, das ich in eurem Artikel benannt sehe, ist das des Späßes. Nun ja – gegen Spaß ist wohl niemand („Wir brauchen alle mehr Spaß und Phantasie, sonst ändert sich das Leben nie“; Fritz Teufel) – aber eben: überspitzt und nicht weniger treffend gesagt haben auch die Nazis zum Teil ihren „Spaß“ dran gehabt, Menschen zu foltern (und andere auch!).

Ob in Peking, Moskau, Hamburg oder Frankfurt – oder auch im Bett! – die Peitsche und ähnliche Utensilien geschwungen werden – Scheiße ist überall!!! „Gewalt ist beautiful“? Nein danke! Wir kämpfen für die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen, ob sie nun lustvoll und auf der Basis der „gegenseitigen Übereinstimmung“ gespielt wird oder nicht. Alles andere ist für mich reiner Zynismus.

Es ist schon eine ziemlich beschissene Gesellschaft, die so einen Mist produziert. Stürzen wir sie! (verbalradikal – aber auch ernst gemeint).

Eine Frankfurter Genossin

## „Liebe Genossen der AG Schwule...“

Zunächst einmal finde ich es ziemlich gut, daß ihr das Thema „Linke und Sadomasochismus“ aufgegriffen habt. Die spontane Reaktion der meisten Genoss(inn)en, incl. meiner eigenen, war wohl die Frage, was ein derart „exotisches“ (und perverses?) Thema im AK soll. Die bisherigen Artikel haben hoffentlich dazu beigetragen, einige Vorurteile in dieser Richtung abzubauen.

Nun zu einigen Punkten, in denen ich nicht mit Euch übereinstimme: Insbesondere in den Artikeln im AK 149 wird betont, daß S/M eine lustvolle und zärtliche Form der Sexualität ist, „die erst da zum Gewaltverhältnis wird, wo sie zu Lasten des einen oder anderen Partners geht“. Soweit o.k. Ich kann mir jedoch nicht vorstellen, daß S/M-Beziehungen in der Mehrheit in der o.a. Form ablaufen. In einer Gesellschaft, in der Sexualität einerseits tabuisiert und andererseits in jeglicher Form vermarktet wird, in der solidarische und gleichberechtigte Beziehungen fast Seltenheitswert haben, kann ich mir nur schwer vorstellen, daß S/M-Beziehungen in der von euch geschilderten Form ablaufen. Das dürfte doch wohl die totale Ausnahme sein!

Gerade in Anbetracht der relativ kleinen S/M-Szene und dem daraus

resultierenden Zwang, innerhalb dieser Szene einen Partner finden zu müssen, werden in der Realität doch wohl eher Beziehungen überwiegen, die eben nicht solidarisch und zärtlich sind.

Ich lehne wie ihr „pauschale sexuelle Abgrenzungsbeschlüsse“ ab und finde es richtig, sexuelle Tabus – auch und gerade im AK – zu brechen; das darf jedoch nicht dazu führen, Formen der Sexualität, nur weil sie existieren, auch gutheißen zu müssen im Interesse einer Nichtdistanzierung. Unsere Aufgabe ist doch nicht nur, die Realität zu beschreiben, sondern auch Wege zur Veränderung aufzuzeigen. Und die Realität, ob in S/M-Beziehungen, sonstigen schwulen oder hetero Beziehungen ist nun leider nicht solidarisch.

Zu eurem Vergleich mit Vergewaltigungsphantasien von Frauen. Ihr schreibt: „Nicht von der Hand zu weisen ist, daß dies eine Form des Widerstandes gegen die real existierende Gewalt sein kann“. Sicher sind Vergewaltigungsphantasien und Ähnliches eine Form, gesellschaftlich erfahrene Gewaltverhältnisse zu verarbeiten; dies als Widerstand zu bezeichnen, halte ich aber doch für etwas übertrieben. Sind sie nicht vielmehr Ausdruck für die völlige Ka-

puttheit, in der Menschen in dieser Gesellschaft zusammenleben?

Zu den Vergewaltigungsspielen in Heterobeziehungen gilt das gleiche, was ich schon zu S/M-Beziehungen gesagt habe: ich bezweifle, daß das für beide Partner so lustvoll ist; in der Regel dürfte das doch auf Kosten der Frau gehen. Ich finde es übrigens nicht gut, zu diesem Punkt nur zu schreiben, daß Vergewaltigungsspiele eine „nicht wegzuleugnende Tatsache, ... auch im KB“ sind, ohne dazu Betroffene, die ihr offensichtlich kennt, selbst zu Wort kommen zu lassen. Mit der bloßen Erwähnung solcher Punkte wird doch allenfalls ein Klima geschaffen, in dem wilde Spekulationen blühen.

Um nicht mißverstanden zu werden: ich finde es wichtig, auch über Fragen der Sexualität im AK zu diskutieren. Ich habe allerdings den Eindruck, daß die unterdrückteren Elemente dabei etwas zu gut wegkommen.

Hoffentlich beteiligen sich noch viele Leute an der Diskussion. Ist ja auch ein Beitrag zu der, in der Krisendiskussion oft geforderten, Verbindung von „Privatem“ und „Politischem“, oder?

Solidarische Grüße  
Eine Genossin der AG Frauen/  
Göttingen

## So nicht!

Im letzten ARBEITERKAMPF wurden im Rahmen der Diskussion „Linke und Sadomasochismus“ zwei Bilder abgedruckt, die im völligen Widerspruch zum danebenstehenden Text standen. Obwohl der Lay-Outer auf diesen Widerspruch hinwies, bestand der Redakteur darauf, daß die Bilder abgedruckt werden. Sie waren ursprünglich Bestandteil eines von ihm geschriebenen Beitrags zu diesem Thema. Der Beitrag konnte nicht mehr mit abgedruckt werden; der Redakteur hielt es trotzdem für gut, die Bilder auch ohne Artikel zu veröffentlichen – sozusagen als Diskussionsbeitrag.

So haben wir das irreführende Ergebnis, daß im Artikel klar zwischen S/M und Faschismus unterschieden wird, während mit den Bildern versucht wird, einen direkten Zusammenhang herzustellen.

Wir halten es grundsätzlich für unzulässig, daß auf diese Weise Artikel entstellt werden. Korrekt wäre es gewesen, wenn die Bilder eindeutig getrennt – z.B. durch einen Kasten – und als Beitrag des Redak-

teurs gekennzeichnet abgedruckt worden wären.

Wir halten es für wesentlich sinnvoller, wenn die bestehenden Widersprüche in Form von Artikeln geklärt werden.

AG Schwule im KB

Kommentar  
des betr. Redakteurs

Die beiden genannten Bilder verstehe ich als einen gewissen Protest dagegen, daß in den beiden Diskussionskomplexen in AK 148 und 149 einhellig vom ursprünglichen Stein des Anstosses, nämlich der S/M-Szene, abstrahiert wurde und Problematiken des „real existierenden“ S/M schlicht verdrängt wurden, zugunsten eines linken Wunschbildes. Im Übrigen ist der Gedanke der schwulen Genossen (Plazierung der Bilder als „Kasten“) wohl nicht unbedingt falsch, aber verspätet. Ich habe mich in die Frage, wo genau und wie die Bilder zu plazieren sind, überhaupt nicht eingemischt.



**Keine Unterdrückung im Bett und auch nicht anderswo!**

Ich folge der Diskussion um den Sadomasochismus nun schon seit einiger Zeit und mit wachsendem Ärger. Doch jetzt reicht's mir. „... daß sich S/M lediglich dann erklären läßt, wenn man/frau begreift, daß Menschen Herrschaftsverhältnisse verinnerlichen können“. Das, liebe Genossen der AG Schwule, ist gerade mir als Frau nun wirklich nichts Neues. Ich habe bisher leider allzuoft auf sexuellem wie auf anderer Ebene mit Männern zu tun gehabt, die sich der Herrschaftsverhältnisse und ihrer damit verbundenen Macht bewußt waren und sie gegen mich benutzt haben. Und genau gegen diese Herrschaftsverhältnisse möchte ich kämpfen; denn solange sie bestehen, ist kein wirklich menschliches, freies und glückliches Leben möglich. Doch in eurem Artikel ist kein Kampf gegen diese Verhältnisse. Im Gegenteil. Ihr versucht, die Umsetzung der bestehenden Unmenschlichkeit in die Sexualität auch noch als fortschrittlich und frei zu verkaufen. Und dies unter dem Deckmäntelchen der Schwulenbefreiung.

Das bestürzt mich umso mehr, als es doch neben den Frauen gerade die Schwulen sind, die unter diesen Machtverhältnissen besonders zu leiden haben, weil sie nicht in das Klischee-Bild vom „harten Mann“ passen. Doch auch da gibt es eben Unterschiede. Zum einen gibt es die „normalen“, „unmännlichen“ Schwulenschiede. Zum anderen gibt es die „normalen“, „unmännlichen“ Schwulen und die Tanten. Und zum anderen gibt es die Lederschwulen und S/M-Anhänger. Doch während die ersten ständigen Diskriminierungen, „Witze“ etc. ausgesetzt sind, passen die letzteren mit ihrem männlich brutalen Gehabe doch eigentlich sehr gut in diese Gesellschaft. Habt ihr schon mal Witze über L e d e r schwule gehört? ... S/M kann den herrschenden Männlichkeitswahn doch nur unterstützen. Auf Pariser Schickleria-Parties trifft man sich nun auch schon im SS- und S/M-Look (siehe „Stern“ Nr. 11/79).

Es wundert mich deshalb, warum ihr gerade diese Menschen als die besonders diskriminierten anführt, und nicht z. B. die Tanten, die sowohl von der bürgerlichen Gesellschaft wie wohl auch von der schwulen Szene ziemlich verachtet werden. In Kontantanzeigen z. B. liest man immer wieder: „Bitte keine Tanten!“, „Tanten unerwünscht!“, „Tanten zwecklos“ u. ä.

Doch nun zurück zur be„herrschten Sexualität. Wenn eine Frau sich „freiwillig“ demütigt, indem sie sich beim Bumsen eine Vergewaltigung vorstellt, so finde ich es frech, dieses als frei ausgelebte Sexualität hinzustellen, und nicht als Produkt einer unmenschlichen Welt zu kennzeichnen. Ich wehre mich auch dagegen, meine ständige Angst vor einer möglichen Vergewaltigung „lustvoll“ ausleben zu sollen. Auch wenn ihr euch an dem Ausdruck sicher hochziehen werdet: D a s finde ich wirklich pervers! Wahrscheinlich wird es mich auch noch befreien, mit meinem widerlichen Chef ins Bett zu gehen?

Es ist doch nur der Ausdruck der unmenschlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Menschen zwingen, ihre Unterdrückung zu kompensieren, indem sie Dinge tun, die ihren eigentlichen Bedürfnissen total entgegenstehen.

Wenn die Jüdin im Film „Der Nachtportier“ mit ihrem Folterer schläft, wenn die Genossin von der Vergewaltigung träumt und der Schwule sich „freiwillig“ peitschen läßt, so ist dies der traurigste Ausdruck der Reproduktion totaler Unterdrückung. Und dies „lustvolle Aufarbeitung“ zu nennen, ist nicht nur verschleiern, es ist unmenschlich und reaktionär.

Keine Unterdrückung im Bett und auch nicht anderswo!

E., Kultur-Zelle Hamburg



## Parteien-Vertreter äußern sich

„Die politischen Parteien und die Homosexuellen“ hieß eine Podiumsdiskussion am 1.3.79 in Westberlin, zu der die AHA („Allgemeine homosexuelle Arbeitsgemeinschaft“) Vertreter von SPD, CDU, FDP, Alternativer Liste und SEW eingeladen hatte, um sie über ihre Stellung zur Homosexuellen-Unterdrückung zu befragen.

Es kamen 4 — 500 Interessierte. Alle eingeladenen Parteien — Vertreter waren erschienen — außer der SEW!....

Die Diskussionsleitung hatte Sibylle Plogstedt von der „Courage“ übernommen, die „als Feministin auf einer Männerveranstaltung“ betonte, daß sie „keine neutrale Position“ vertreten werde und sich öffentlich als lesbische Frau bekannte. Manfred Herzer von der AHA bedauerte, daß die Lesbengruppe „L 74“ nicht rechtzeitig zur Veranstaltung eingeladen worden war und meinte unter Beifall, daß in Zukunft die Zusammenarbeit mit lesbischen Frauen besser klappen müsse.

### Ersatzlose Streichung des § 175

Die Befragung begann mit einer Darstellung des § 175 und der Forderung nach seiner ersatzlosen Streichung.

„Scheidung des § 175 und der Forderung nach seiner ersatzlosen Streichung. Der SPD-Vertreter (Achim Rheinländer) bemerkte zunächst, daß die Entscheidung darüber „nicht in Berlin, sondern in Bonn“ falle und er im „Moment keine Chance sehe“, den § 175 zu streichen; aber der § 175 könnte „bei den nächsten Bundestagswahlen eine Rolle spielen“. Die SPD stehe in einer langen Tradition im Kampf gegen den § 175. Fazit: Keine konkrete Aussage. Viel Wortgebräuel.

Der CDU-Vertreter Günter Bock befürwortete eine „Gleichbehandlung“, aber „die große Mehrheit meiner Partei wird nicht für diese Frage stimmen“. Mit anderen Worten: Die CDU-Mehrheit will die Beibehaltung des § 175.

Die FDP (Dr. Jürgen Kunze), nach den letzten Kommunal- und Landtagswahlen arg ins Flattern gekommen, profilierte sich liberal: Der § 175 sei zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht notwendig, weil der Jugendschutz durch allgemeine Strafgesetze gewährleistet sei. Die Begründung für den bestehenden Paragraphen sei „im Volke“ aber noch verbreitet.

Die AL (in der sich nach dem Zusammenbruch des ersten Versuchs zur Gründung einer schwulen Initiative eine neue Gruppe bildet) stellte fest, daß der § 175 überflüssig sei und daher gestrichen werden müsse.

In der anschließenden Diskussion fing der CDU-Typ offen an zu provozieren: „Sie wissen ja alle, die CDU hat nichts gegen krankhaftes Verhalten. Jugendliche müssen aber davor geschützt werden“. Aus dem Saal kamen die ersten schrillen Stimmen: „Flower Power. Hallo, Süßer, Küßchen!“ und „Ausstopfen, ausstopfen“.

### Weg mit den „Rosa Listen“!

Es gibt eine große Zahl von Hinweisen darauf, daß die Behörden Schwule in Karteien erfassen. Politiker und Polizeibehörde leugnen diese „Rosa Listen“, daher wurden zwei Fragen gestellt: „Sind Sie/ist ihre Partei bereit, eine parlamentarische Anfrage einzubringen, die die Frage nach den rosa Karteien in einer Weise formuliert, daß darauf eine umfassende und, ohne sprachliche Tricks, wahre Antwort ergehen muß? Und sind Sie bzw. Ihre Partei bereit, falls diese Antwort positiv ausfällt, die endgültige Vernichtung dieser Karteien zu betreiben und sicherzustellen, daß solche Karteien zukünftig nicht von Neuem angelegt werden?“

Antworten: Der SPD-Vertreter war bereit, für Westberlin diese Anfragen zu stellen und nötigenfalls die Vernichtung dieser Karteien zu fordern.

Gleichzeitig sicherte er eine Anfrage auch in anderen Bundesländern zu. CDU: „Ich habe noch nie etwas von diesen Karteien gehört“. Er sei aber bereit, entsprechende Anfragen zu stellen und sogar Formulierungsvorschläge der AHA-Juristengruppe zu übernehmen.

FDP: Falls diese Karteien existieren, sollten sie vernichtet werden. Anfrage wird gestellt.

AL: Falls gewählt, ebenso.

Es wird Aufgabe aller Schwulengruppen sein, entsprechendes Belegmaterial über Razzien, vorübergehende Festnahmen und Sammlung von Personaldateien in der Subkultur durch Bullen zu sammeln und dieses Material nicht nur in der Presse zu veröffentlichen und dem AHA-Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Parteien-Vertreter damit zu konfrontieren.

### Antidiskriminierungsgesetz

Die Humanistische Union fordert bereits seit längerem ein Antidiskriminierungsgesetz (vgl. AK 149). Teile der Frauenbewegung haben hierzu bereits einen Forderungskatalog ausgearbeitet.

## Die politischen Parteien und die Homosexuellen

### PODIUMSDISKUSSION

Mit Vertretern der

SPD CDU FDP

ALTERNATIVE SEW  
LISTE

Diskussionsleitung: Sibylle Plogstedt, Courage

Am Donnerstag, 1. März 1979, 19h  
Im Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal  
U-Bahnhof Richard-Wagner-Platz

Veranstalter: **ALLGEMEINE HOMOSEXUELLE ARBEITSGEMEINSCHAFT eV**  
Berlin 19, Suarezstr. 50, 51 Tel. 324 57 77

Auf einer Veranstaltung der HU am 6.6.78 in West-Berlin hielt ein Mitglied der AHA ein Referat, in dem Vorstellungen über die Einbeziehung der Homosexuellen in dieses Gesetz entwickelt wurden (abgedruckt in: Homosexuelle Emanzipation 3/78). Die Juristengruppe der AHA hat in den folgenden Monaten diese Fragen weiterdiskutiert und konkrete Forderungen entwickelt. Kernforderungen sind: Erweiterung des Artikel 3 GG um eine Formulierung, die die Benachteiligung/Bevorzugung eines Menschen wegen seiner „sexuellen Orientierung“ verbietet. Entsprechende Änderungen im strafrechtlichen, arbeitsrechtlichen und zivilrechtlichen Bereich. Verbot von medizinischen Definitionen, in denen Homosexualität als „Krankheit“ dargestellt wird; Verbot von Heterosexualisierungsversuchen an Schwulen (wie z.B. durch psychiatrische, elektrische, chemische und (gehirn-)chirurgische Mittel). Verbot von Minderheitenhetze in den Massenmedien, Forderungen zum Sex-Unterricht in den Schulen, Wiedergutmachung an schwulen KZ-

erklärte: „Es kann kein Grundrecht auf Homosexualität geben“ und verbesserte sich dann: „Es kann keine Pflicht zur Homosexualität geben“, nachdem ein Schwuler die erste Äußerung hinterfragt hatte. (Hier ist wohl nochmal die bewährte Parole der Schwulenbewegung zu zitieren: „Nicht die Homosexualität ist pervers, sondern die Angst vor ihr!“).

Einige Zeit später entblödete sich der CDU-Mann nicht, den Schwulen und Lesben zu raten, sie sollten sich in der Öffentlichkeit besser anpassen und nicht das Bild reproduzieren, das der Bürger von ihnen hat. Darauf ein Zwischenruf von Mechthild Sperrmüll: „Das ist die perfideste Form von Diskriminierung, die bisher heute abend gekommen ist!“ (Donnerstag Beifall der Anwesenden — 2 Minuten lang)

### Homosexualität und Schule

Beim „Problemkreis Homosexualität in der Schule“ ging es sehr lebhaft zu. Folgende Fragen sollten beantwortet werden:

1. Ist es ein dienstliches Vergehen, wenn ein schwuler Lehrer im Schuldienst gegenüber Eltern, Schülern und Lehrern sich als offen Schwuler verhält, d.h. auch sehr feminin erscheint?  
2a. Darf ein Lehrer Homosexualität als eine der Heterosexualität gleichwertige, gleichberechtigte und positive Form menschlicher Sexualität im Unterricht vorstellen?  
2b. Darf ein Referent als offener Schwuler, z. B. ein Mitarbeiter einer Emanzipationsgruppe, eingeladen werden?

3. Sind Sie bereit, die Bemühungen schwuler Schüler zu unterstützen, sich innerhalb ihrer Schule in einer Gruppe zu organisieren?...

Antworten:

FDP: Zu 1) „Was ein dienstliches Vergehen ist, kann ich nicht entscheiden; es sollte kein dienstliches Vergehen sein“. Was den Zusatz „feminin“ betrifft: „Für mich ein Bereich, der Schwierigkeiten bringen kann“.

2a) Ja, Homosexualität sei eine gleichwertige Form der Sexualität.

2b) Im Rahmen des Sexualkundeunterrichts, ja.

3) Schwule Schülergruppen seien „ein erfolgsversprechendes Mittel“, um betroffenen Schülern zu helfen.

SPD: 1) Nein; 2) und 3) ja.

CDU: Homosexualität sei keine „gleichwertige und gleichberechtigte Form der Sexualität“. Daraus ergibt sich, daß die erste Frage mit „Ja“ und die folgenden mit „Nein“ beantwortet wurden.

AL: 1) nein; folgende Fragen „Ja“. Bezüglich Schülergruppen: Die Schüler sollten Gruppen bilden — egal, ob rechtlich zulässig oder nicht.

In der anschließenden Diskussion gab es ein Beispiel, wie die Praxis in der Schule heute aussieht: Ein Lehrer, der sich im Herbst 1978 im Rahmen der „Stern“-Aktion zu seinem Schwul-Sein bekannt hatte, erzählte von den Schikanen der Behörde, denen er jetzt ausgesetzt ist. So wurde er kürzlich zu einer „Anhörung“ in die Schulbehörde zitiert und eines „Dienstvergehens“ beschuldigt. Disziplinarische Vorermittlungen wurden eingeleitet. Vorwurf: Er habe sein eigenes sexuelles Verhalten „in unangemessener“ Weise in den Unterricht eingebracht.

### Wiedergutmachung für alle NS-Verfolgten!

Die bürgerlichen Parteien haben nach Gründung der BRD den § 175 in seiner faschistischen Fassung von 1935 bis 1969 weitergelassen. Eine Wiedergutmachung und Rehabilitierung der schwulen NS-Opfer erfolgte bis heute nicht.

Nach einer zusammenfassenden Darstellung dieser Entwicklung forderte die AHA nicht nur die rechtliche Gleichstellung aller Opfer der NS-Zeit, sondern auch die Bildung eines Wiedergutmachungsfonds, „der der Öffentlichkeitsarbeit jeder Schwulengruppe in den von Hitler besetzten Ländern und Deutschland zur Verfügung stehen soll“.

Obwohl alle Parteien-Vertreter, einschließlich CDU, für die Wiedergutmachung eintraten, konnte eine klare Aussage zur Errichtung des Fonds nicht festgestellt werden.

Wir halten diese von der AHA vorbildlich organisierte Veranstaltung für eins der wichtigsten Ereignisse der Schwulenbewegung in den letzten Jahren. Die bürgerlichen Parteien haben bisher zur Unterdrückung von homosexuellen Frauen und Männern kaum ein Wort verloren, und es ist zweifellos ein Verdienst der AHA-Aktivisten, dieses Schweigen (unter Ausnutzung der Wahlkampf-Situation) zumindest ansatzweise gebrochen zu haben.

Es wird nun darauf ankommen, die Ergebnisse der Veranstaltung im Einzelnen auszuwerten und die Parteienvertreter zur Einlösung konkreter Zusagen (z.B. „Rosa Listen“) zu veranlassen.



## STONEWALL

'79



## Antidiskriminierungsgesetz auch für Schwule / Lesben

Die AHA Westberlin hat kürzlich folgende Stellungnahme zur Einbeziehung Homosexueller in ein Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt:

Daß bestimmte Bevölkerungsstelle in unterschiedlicher Weise diskriminiert werden, ist eine bekannte, meist als Selbstverständlichkeit hingekommene Tatsache. Beispiele hierfür: Frauen, Kinder, sexuelle Minderheiten, Ausländer, politische Minderheiten, religiöse Minderheiten, physisch und psychisch Behinderte. Die Liste ist sicher nicht vollständig.

Erst in den letzten Jahren sind in einigen Staaten Gesetze entstanden, die Diskriminierungen einiger dieser Gruppen verbieten bzw. mit Strafe bedrohen – so in Großbritannien für Frauen (Sex Discrimination Act 1975), in einigen US-amerikanischen Städten u.a. für sexuelle Minderheiten (z.B. City of Minneapolis, Minnesota, 29.3.74; City of East Lansing, Michigan, 4.4.74; Quelle: E.Carrington Boggan u.a.: The Rights of Gay People, New York 1975, S.251 ff.); außerdem steht in Norwegen ein Antidiskriminierungsgesetz, das sich auch auf sexuelle Minderheiten bezieht, kurz vor der Verabschiedung.

In der BRD gingen im letzten Jahr Initiativen für ein Antidiskriminierungsgesetz von Teilen der Frauenbewegung aus. Für diesen Bereich liegt ein sorgfältig ausgearbeiteter und begründeter Forderungskatalog der Humanistischen Union vor (Titel: „Ein Antidiskriminierungsgesetz für die Bundesrepublik“).

Vor diesem Hintergrund hat sich die AHA entschlossen, Forderungen für den Teil eines Antidiskriminierungsgesetzes zu formulieren und zu begründen, der sich auf sexuelle Minderheiten bezieht. Detaillierte Ergebnisse wird die Juristengruppe der AHA in etwa einem Monat vorlegen.

Hier beschränken wir uns darauf, unsere Forderungen pauschal zu skizzieren. Begründungen werden wir – falls notwendig – in der anschließenden Diskussion liefern.

daß u.a. bezüglich Einstellung, Entlassung und beruflicher Entwicklung keine Diskriminierung sexueller Minderheiten stattfinden darf. Hier sei nur auf die Fälle von Berufsverboten schwuler Lehrer und Erzieher durch staatliche und kirchliche Arbeitgeber verwiesen, ebenfalls auf die Nichtbeförderung schwuler Bundeswehrangehöriger.

4. Für den zivilrechtlichen Bereich sind Klarstellungen im Miet- und Adoptionsrecht einzufügen, die eine Diskriminierung sexueller Minderheiten ausschließen.

Weitere Forderungen zielen auf die Abschaffung der Vorteile der Ehe ab, soweit diese Vorteile nicht mit der Erziehung und dem Schutz der Kinder begründet sind. Da durch diese Eheverträge Ledige unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden, ist zu diskutieren, inwieweit diese Forderungen in ein Antidiskriminierungsgesetz aufzunehmen sind. (Beispiele finden sich u.a. im Einkommensteuer-, Wohnraumbewirtschaftungs-, Beamten-, Rentenversicherungs-, Erb- und Erbschaftsteuerrecht. Sie können auf Wunsch in der Diskussion erläutert werden.)



1. Grundlegende Forderung ist es, ein Diskriminierungsverbot von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung in Art. 3 Abs. 3 GG als Grundrecht zu verankern. Art. 3 Abs. 3 GG soll also künftig lauten:

3 Abs. 3 GG soll also künftig lauten: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner sexuellen Orientierung, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Auf dieser Grundlage sind u.a. in folgenden Bereichen die entsprechenden Gesetze zu ändern:

2. Für den Bereich des Sexualstrafrechtes fordern wir, daß alle sexuellen Handlungen erlaubt sind, soweit sie im Einverständnis aller Beteiligten zustande kommen, d.h. u.a. ohne Anwendung von Gewalt und Nötigung und ohne die Ausnutzung von Abhängigkeit und Widerstandsunfähigkeit. Diese Forderung schließt selbstverständlich die soeben diskutierte Abschaffung des § 175 StGB ein.

3. Für den Bereich Arbeit fordern wir,

5. Für den Bereich Medizin ist die Definition u.a. von Homosexualität als Krankheit zu verbieten, ebenso die daraus folgenden Heterosexualisierungsversuche z.B. mit psychiatrischen, elektrischen, chemischen und (hirn-)chirurgischen Mitteln.

6. Vor allem bezüglich der Massenmedien ist in das StGB ein Straftatbestand einzufügen, der die Hetze gegen sexuelle Minderheiten verbietet. Zur Orientierung kann § 130 StGB dienen, der Volksverhetzung mit Strafe bedroht.

Weiterhin haben wir Forderungen zum Sexualkundeunterricht in Schulen, sowie zum Wiedergutmachungsrecht, soweit es ehemalige schwule KZ-Insassen betrifft. Dazu soll jedoch noch gesondert diskutiert werden.

Ich bitte Sie jetzt, zu den sechs umrissenen Forderungskomplexen Stellung zu nehmen.

Sollten Sie unseren Forderungen zustimmen, gegen Sie bitte konkrete Schritte zu Gesetzesinitiativen an!

## Schwule international

Das Statistische Jahrbuch der BRD weist sie wie Jagdtrophäen aus: 10.639 Männer, die 1976 wegen der Paragraphen 175 und 176 in die Mühlen von Polizei und Justiz geraten sind:

— 200 Menschen wurden nach § 175 (Sexualität mit unter 18jährigen) verurteilt;

— 2316 wurden nach § 176 (Sexualität mit unter 14-jährigen) verurteilt.

Hinzu kommen Menschen, gegen die als „Tatverdächtige“ von Polizei und Justiz ermittelt wurde, ohne daß es zu einer Verurteilung kam:

— 785 nach § 175,

— 7338 nach § 176.

### Griechische Regierung macht jetzt auf gut Wetter

Auf Protest der griechischen und internationalen Öffentlichkeit stieß ein Gesetzesvorhaben der griechischen Regierung gegen Schwule. Unter dem Vorwand, „Geschlechtskrankheiten“ verhindern zu wollen, sollte der staatlichen Repression gegen Schwule Tür und Tor geöffnet werden (s. AK 140). Zwar gibt es noch immer keine verlässliche Aussage darüber, ob die Gesetzesvorlage nun endlich für immer verschwunden ist. Jedoch hat der griechische Sozialminister erklärt, daß sich das Gesetz nicht gegen Schwule richten solle: „Die derzeitige Regierung und ich versuchen alles, um das Privatleben jedes einzelnen in unserem Lande zu respektieren... Wir haben nicht die Absicht, das Sexualleben von irgendjemandem überwachen zu lassen, noch wollen wir bei Praktiken eingreifen, die Erwachsene bei gegenseitigem Einverständnis privat ausüben“ (lt. „BSZ“, März 1979). Was allerdings „privat“ ist, haben bisher immer die Herrschenden recht willkürlich ausgelegt. Daher: Wachsam sein!



Ich bin ein(e) heterosexualisierte(r) schwule(r) Lehrer(in)

### Schwuler Schüler durch Verfassungsschutz bespitzelt

Ein schwuler Schüler in Westberlin ergriff im Oktober 78 die Initiative zur Gründung einer schwulen Schülergruppe, „um die Vereinzelung schwuler Schüler aufzuheben. Gerade im Erziehungsbereich müssen Schwule sich organisieren, da wir sonst die Hetero-Erziehung über uns ergehen lassen müssen“.

Zu einem von ihm in einem Flugblatt vorgeschlagenen Termin erschien lediglich ein schwuler Schüler sowie ein Mann, der sich als PH-Student vorstellte. Am 16.11.78 erhielt der Verfasser des Flugblatts eine Vorladung von der Polizeidirektion (Abt. „Spezialaufgaben Verbrechenbekämpfung“): „Wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz“. Er reagierte auf diese und eine zweite Vorladung nicht.

Am 29.12.78 erfolgte eine Ladung vor die Staatsanwaltschaft. Beschuldigung: „Verbreitung einer offensichtlich sittenlich schwer jugendgefährdenden Schrift“. Bis er an die zuständige „Unzuchtsabteilung“ gelangte, mußte er sich eine „Personenkontrolle“ gefallen lassen: Abtasten, Taschenumkrepeln und Entleeren, Ausweiskontrolle, Bullen mit Maschinengewehren. Ihm wurde eröffnet, daß drei Schülerverwaltungs Anzeigen gegen ihn erstattet hätten. Der PH-Student entpuppte sich als VS Spitzel! ...

### Warentest: Gleitcremes

#### Warentest: Gleitcremes

In Anlehnung an die „Stiftung Warentest“, die sich allerdings bisher nicht um Produkte kümmerte, die zur Grundausstattung einer jeden Trine gehören sollte, wollen Göttinger Schwulern die verschiedenen Gleitcremes einem ausführlichen Test unterziehen. Wir begrüßen diese Initiative; trägt sie doch dazu bei, die Wirtis, die auf diesem Produktfeld noch lastet, zu beseitigen. Wir hoffen, daß diese Produkt-Tests sich nicht nur auf Gleitcremes beschränken, sondern sich z.B. auch auf Kosmetika aller Art für Männerbedürfnisse erstrecken. Erfahrungsberichte sind zu senden an: Redaktion „Rosa Provinz“ h.a.g. c/o social work - Kennwort: Gleitcreme Nikolausbergerweg 17 3400 Göttingen (aus „Blatt“ 1/79).

### GIM äußert sich zur Homosexualität

Die „Was tun“ vom 1.3.79 enthält eine vierseitige Extra-Beilage zum Thema „Homosexualität und bürgerliche Gesellschaft“. Wir freuen uns, daß die GIM zu diesem Thema nicht länger schweigt und finden ihren „Diskussionsbeitrag“ interessant. Wir sind allerdings erstaunt, wie diese Gruppe es fertigbringt, einerseits zu behaupten, daß „die neue Linke in keiner Phase ihrer Entwicklung eine Antwort auf diese Problematik (der Diskriminierung von Lesben und Schwulen, Anm. AG Schwule) hat geben können...“ und andererseits gleich mehrere Male aus der KB-Broschüre „Kampf der Schwulenunterdrückung“ zitiert.

Genoss(inn)en, auf diesen Stil solltet ihr verzichten! Wir wissen doch, daß ihr z.B. in eurer Ortsgruppe Westberlin die Artikel unserer AG Schwule diskutiert und sie – wie wir hören – sogar gut findet. Also bitte eine ehrliche Auseinandersetzung!

### Gay Pride Week

Seit nunmehr 6 Monaten läuft die Organisation der GAY PRIDE WEEK 79 in London. Das Vorbereitungskomitee, das sich aus Vertretern der größten Londoner Lesben- und Schwulengruppen zusammensetzt, will diesmal möglichst alle Lesben und Schwule miteinbeziehen, nicht nur die schwulen, sondern auch die lesbischen, und diesmal möglichst alle Lesben und Schwule miteinbeziehen, nicht nur die bereits politisch aktiven. Unterstützung erhalten sie dabei von der kommerziellen Schwulenszene: Tom Robinson („Glad to be gay“) macht z.Z. eine LP mit dem Titel „Stonewall 79“, die im Mai rauskommt und die GAY PRIDE WEEK sicher noch breiter bekannt machen wird.

Obwohl mit der Planung des Programms gerade erst begonnen wird, stehen jetzt schon über 20 Veranstaltungen fest. Allein für das Wochenende (30. Juni) werden 10.000 Teilnehmer von auswärts erwartet.

Weitere Informationen und die Buttons gibt es beim

GAY PRIDE WEEK COMMITTEE  
5 Caledonian Road  
London N1 9DX, Großbritannien







## Marburg

Am 2.3. wurde durch eine Wandzeitung der Jusos in der Mensa und ein Flugblatt der DKP bekannt, daß die JN für den 3.3. eine Kundgebung in der Marburger Fußgängerzone plante.

Am 3.3. fanden sich dort eine halbe Stunde vor dem angekündigten Anfang der JN-Provokation ca. 100 Antifaschist(inn)en ein, darunter 50 - 70 von der DKP. Vertreter der VVN und der Marburger Fraktionsvorsitzende der DKP hielten kurze Ansprachen.

Die Nazis ließen sich allerdings nicht blicken.

Ein Marburger Genosse

## Möln

Am 2. März zeigte der „Arbeitskreis gegen Neofaschismus“ Möln den Dokumentarfilm „Wotans Erben“. Zu der Veranstaltung waren etwa 60 — meist jugendliche — Leute gekommen, davon etwa ein Drittel, die bisher noch nicht politisch aktiv aufgetreten sind. Nach dem Film stellte ein ehemaliger KZ-Häftling die Entstehung und Machtübernahme des Nationalsozialismus dar. Anschließend wurde diskutiert, warum Jugendliche in neofaschistische Gruppen gehen, wie man sie davon abhalten könnte und was man gegen die Nazis tun kann. Dabei wurden viele Vorschläge gemacht, z.B.: weitere Veranstaltungen und Aktionen — auch in Schulen, Analyse der Nazi-Aktivitäten im Kreis, Analyse der Bildungssituation an unseren Schulen, örtliche Aktionen gegen den Verkauf von Nazi-Ramsch usw.

Ein AK-Leser aus Möln

Ein AK-Leser aus Möln

## Braunschweig

Zum Thema „Holocaust“ veranstaltete die ESG zusammen mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, einem Vertreter des Martinswerk, einem ehem. KZ-Häftling, einem Vertreter der ESG, einem Mitglied des Antifa-Arbeitskreises und dem Studentenpfarrer eine Diskussionsrunde, die mit ca. 100 Leuten (auch sehr vielen älteren Menschen) recht gut besucht war.

Ausgehend von verschiedenen

## Anzeige

Thesen der einzelnen Podiumsmittglieder entwickelte sich unter starker Beteiligung des Publikums schwerpunktmäßig an drei Fragen eine lebhaft Diskussion:

— Wer war schuld am deutschen Faschismus?

— Wie sah bzw. sieht die Vergangenheitsbewältigung aus?

— Wie schätzen wir die Gefahr eines „neuen“ Faschismus und das Aufleben der Neonazis ein?

Antifa-Kommission  
Braunschweig

## Westberlin

Was in der rechtsradikalen Szene Westberlins Rang und Namen hat, trifft sich seit Jahren in der Kneipe „Kaiserstein“ in Kreuzberg. Die NPD (in Westberlin ist ihr durch die Alliierten jegliches öffentliches Auftreten untersagt!), „Deutsche Volksunion“, „Wiking-Jugend“ und andere geben sich hier die Klinke in die Hand. Das alles geschieht mit Duldung der Behörden. Gibt es Proteste gegen diese Versammlungen, werden „Kaiserstein“ und Nazis „polizeilich geschützt“. Bisheriger Höhepunkt: Am 30.1.79 schirmten 500 Bullen eine „Siegesfeier“ der Nazis aus Anlaß von Hitlers „Machtergreifung“ ab und veranstalteten wilde Knüttelorgien gegen einige hundert Antifaschisten (s. AK 147).

Zur Abgeordnetenhaus-Wahl am 18. März wollten Senat und Bezirksamt einigen tausend Kreuzbergern zumuten, ihre Stimme in eben dieser Nazi-Höhle abzugeben: Der „Kaiserstein“ sollte (wie schon in der Vergangenheit) als Wahllokal dienen! Doch daraus wurde nichts, mitten im Wahlkampf wurde das der SPD dann doch zu heiß: Die „Alternative Liste Wahlkampf“ wurde das der SPD dann doch zu heiß: Die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz“ klärte die Bevölkerung der Umgebung über den Charakter dieses Lokals auf, beantragte die Verlegung des Wahllokals und untermauerte diesen Antrag mit einer Unterschriftenaktion bei den betroffenen Wählern. Die Behörden reagierten mit ungewohnter Eile: Noch am Abend des Tages, an dem der Presse eine entsprechende Erklärung der „Alternativen Liste“ zugegangen war, intervenierte die Verwaltung und ordnete die Verlegung des Wahllokals an.

Antifa-Kommission  
Westberlin

## Kampf dem Faschismus

## Nazi-Veranstaltungen

## NPD-Parteitag am 6. Mai in Tuttingen

In Tuttingen, wo der NPD-Vorsitzende Martin Mußnug wohnt, will die NPD—Baden-Württemberg am 6. Mai ihren nächsten Landesparteitag abhalten. Die Stadtverwaltung hat der NPD die städtische Festhalle bereits zur Verfügung gestellt.

Der Stadtjugendring fordert von der Stadtverwaltung die Zurücknahme der Genehmigung. Dies lehnt die Stadt ab, da die NPD nicht verboten sei. Stattdessen schießt die CDU, die im Gemeinderat die Mehrheit stellt, gegen den Stadtjugendring, sitzen angeblich extrem linke Gruppierungen wie SDAJ und VVN.

Ob die NPD ihren Parteitag wird durchführen können, hängt also, wie bisher auch, allein von der Stärke einer antifaschistischen Aktionseinheit ab.

Ein Genosse aus Stuttgart

## Nazi-Tage in Lüneburg

Gleich zweimal wollen in der Zeit vom 16. bis 26. März die Rechtsradikalen in Lüneburg einfallen:

Vom 16. bis 18. März will die „Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG) sich in Lüneburg treffen. Die DKG ist eine Rechtsabspaltung des „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“

(DKEG). Dieses wiederum kommt anschließend, nämlich vom 23. bis 26. März, nach Lüneburg, wo alljährlich „Kulturtage“ des DKEG stattfinden. Das diesjährige Motto der DKEG-Tage lautet: „Bekenntnis zur Volkskultur in abendländischer Schicksalsgemeinschaft“.

Zum Treffen der DKG werden u.a. Dietmar Munier (Kiel, Besitzer einer Nazi-Buchhandlung), Günther Dekkert (Studienrat und NPD-Funktionär) und Udo Walendy (NPD-„Historiker“; Spezialgebiete: „Kriegsschuldflüge“ und „Vergasungsflüge“) erwartet.

DKG und DKEG wollen auch getrennte „Jugendtage“ in Lüneburg durchführen — am 17. und am 24. März. Am 17. März ist der „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) beim DKG zu Gast. Am 24. März kommt die „Wiking-Jugend“ zum DKEG nach Lüneburg. Angekündigt sind u.a. Ralf Ollmann (WJ-Funktionär aus Westberlin) und WJ-„Bundesfahrtenführer“ Heiko Oetker.

Die Nazi-Treffen finden im Lüneburger Schützenhaus statt, einer der größten Räumlichkeiten am Ort.

Der Antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg veranstaltet am 22. März einen Filmabend im „Kaleidoskop“, wobei auch Informationen über die Rechtsradikalen gegeben werden.

## Freisprüche drohen im Majdanek-Prozeß

Im Prozeß gegen 13 ehemalige SS-Angehörige des KZ-Kommandantstabes Lublin/Majdanek beabsichtigt die Schwurgerichtskammer, das Verfahren gegen vier Angeklagte abzutrennen und danach erste Urteile zu sprechen.

Den insgesamt noch 13 Angeklagten wird die Beteiligung an der Ermordung von 250.000 Menschen zur Last gelegt. In Majdanek sind mehr als eine Million Menschen ermordet worden. Alle Angeklagten befinden sich auf freiem Fuß.

Der Abtrennung der Verfahren gegen die vier Angeklagten hat die Verteidigung und die Staatsanwaltschaft grundsätzlich zugestimmt. Angeblich haben die über 300 Zeugen nach über dreijähriger Verhandlungsdauer nur wenig Belastendes gegen diese vier Angeklagten vorgebracht.

„Unschuld“ soll sein:

- Heinrich Schmidt, ehemaliger Lagerarzt und SS-Obersturmführer; wohnhaft in Uelze, Kreis Burgdorf
- Charlotte Mayer, ehemalige SS-Aufseherin, wohnhaft in Köln.
- Hermine Bötcher, ehemalige SS-Aufseherin, sie war vor Majdanek im KZ-Ravensbrück; wohnhaft in Hannover.
- Rosa Süß, ehemalige SS-Aufseherin; wohnhaft in Neureichenau.

Freigesprochen worden ist ein ehemaliger SS-Aufseher, der sich wegen einer unedlichen Falschaussage, die er als Zeuge im Majdanek-Prozeß gemacht hatte, vor einem Schöffengericht verantworten mußte.

„Der ehemalige Wachmann einer Hundestaffel im Vernichtungslager Lublin-Majdanek hatte bei polizeilichen Vernehmungen 1963 Einzelheiten über die Tötungsmaschinerie im Lager berichtet, konnte sich aber dann bei seiner Zeugenaussage im NS-Prozeß 1977 angeblich an nichts mehr erinnern. Er behauptete, von den grausamen Massenmorden während seiner KZ-Dienstzeit erst nach dem Krieg aus Zeitungen erfahren zu haben. Das Schöffengericht sprach den Mann frei, da ihm eine vorsätzliche Falschaussage nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen werden können.“ (SZ, 21.2.79).

bei seiner Zeugenaussage im NS-Prozeß 1977 angeblich an nichts mehr erinnern. Er behauptete, von den grausamen Massenmorden während seiner KZ-Dienstzeit erst nach dem Krieg aus Zeitungen erfahren zu haben. Das Schöffengericht sprach den Mann frei, da ihm eine vorsätzliche Falschaussage nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen werden können.“ (SZ, 21.2.79).

bei seiner Zeugenaussage im NS-Prozeß 1977 angeblich an nichts mehr erinnern. Er behauptete, von den grausamen Massenmorden während seiner KZ-Dienstzeit erst nach dem Krieg aus Zeitungen erfahren zu haben. Das Schöffengericht sprach den Mann frei, da ihm eine vorsätzliche Falschaussage nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen werden können.“ (SZ, 21.2.79).

## DruPa München gegen die Verjährung von NS-Verbrechen

Die Mitgliederversammlung der DruPa in München verabschiedete am 13.2.79 folgende Erklärung gegen die Verjährung von NS-Verbrechen:

Am 31. Dezember 1979 soll in der Bundesrepublik die Verjährung für die während der Nazizeit begangenen Morde in Kraft treten. Konkret hieße dies, daß sich ab nächstem Jahr NS-Mörder in unserem Land frei bewegen und sich sogar öffentlich ihrer Taten rühmen könnten. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß fordert darüber hinaus sogar eine „Generalamnestie“ für NS-Verbrecher.

Nicht nur die Bevölkerung unserer Nachbarländer und all der Staaten, die unter dem Hitlerfaschismus zu leiden hatten, ist darüber entsetzt. Angesichts der ungeheuren Verbrechen durch die Nazi-Diktatur, die uns erst vor kurzem (und auch hier nur in Teilen) durch die Fernsehserie Holocaust wieder vergegenwärtigt wurden, kommt es einer Geringschätzung gleich, wenn diese staatlich organisierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf eine Stufe gestellt werden mit individuellen Mordtaten. Mord ist nicht gleich Mord! Sondern es geht darum, daß in der BRD endlich die Gültigkeit des Völkerrechts

respektiert wird, demzufolge die Tatbestände Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt und diese Tatbestände gar nicht verjähren können.

Auch bei uns werden immer mehr Stimmen laut, die eine Nichtverjährung der Naziverbrechen verlangen. Die IG Druck und Papier München schließt sich diesen Forderungen an und fordert die Bundesregierung auf, der UNO-Konvention vom 26. November 1968 über die Unmöglichkeit der Verjährung von Kriegsverbrechen und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beizutreten und die Ratifizierung einzuleiten.

Wir unterstützen die Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, in der er gegenüber dem Magazin „Stern“ erklärte:

„Die Gewerkschaften der Bundesrepublik wenden sich mit Entschiedenheit gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen. Wer unter dem Hitlerfaschismus gemordet hat oder den Auftrag dafür gab, muß auch heute noch zur Rechenschaft gezogen werden.“ Wir begrüßen diese Stellungnahme und fordern den DGB auf, in diesem Sinne die organisierte Kraft der Gewerkschaften einzusetzen.

## Nazi-Aufmärsche in Duisburg und Krefeld

Am 10.2. sollte in Duisburg eine Kundgebung der JN stattfinden, die aber von den örtlichen Behörden und vom Oberverwaltungsgericht verboten wurde. Trotzdem sammelten sich ca. 30-35 Jungfaschisten am Hauptbahnhof, unter ihnen der bekannte vorbestrafte Nazi-Schläger Udo Wiora aus Bochum. Es folgten einige Provokationen: Drei Gewerkschaftlern wurden Flugblätter entrisen, Antifaschisten wurden angepöbeln. Schließlich packten die Nazis ihren Kram und fuhren nach Krefeld.

Dort standen etwa 50 Antifaschisten zum Teil völlig unvorbereitet den JNlern gegenüber (die meisten gut ausgerüstet: mit kurzen Regenschirmen, Helmen u.ä.), sodaß nicht einmal Parolen gerufen wurden. Immer wieder mischten sich Faschisten unter die Teilnehmer der Gegenkundgebung und provozierten; zwei Antifaschisten wurden wie Hasen gehetzt, nachdem die Nazis gesehen hatten, wie einer von ihnen fotografierte.

Angesichts des zunehmend aggressiven Auftretens der Nazis müssen sich die Antifaschisten etwas einfallen lassen!

Ein Genosse der AntiFa-Kommission  
Nordrhein-Westfalen

## Prozesse gegen Antifaschisten

Bochum. Voraussichtlich im April wird vor dem Bochumer Amtsgericht ein Prozeß gegen sechs Antifaschisten stattfinden, die sich am 14.1.78 zusammen mit über 400 Menschen am Protest gegen eine JN-Kundgebung beteiligt hatten. Den Verfahren zugrunde liegen Strafanträge des Polizei-Präsidenten und einiger Polizisten, die am 14.1. — zum Schutz der Faschisten — dabei waren. Den Angeklagten wird Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz u.a. vorgeworfen.

Münster. In Berufung wird dem — nächst gegen zwei Mitglieder der DKP Münster (u.a. gegen den Kreisvorsitzenden Ewald Halbach) verhandelt. Beide waren vom Gericht am 24.8.78 zu 600 bzw. 1.600 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil sie im Juli '77 an einer Aktion gegen einen Info-Stand der rechtsradikalen „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß“ beteiligt gewesen sein sollen, bei der dieser zu Bruch ging. Die damalige Verurteilung erfolgte wegen „versuchter Sachbeschädigung“, bei der dieser zu Bruch ging. Die damalige Verurteilung erfolgte wegen „versuchter Sachbeschädigung“. Die Staatsanwaltschaft, der das Urteil nicht ausreichte, legte daraufhin Berufung ein, um auch noch eine Verurteilung wegen „Landfriedensbruch“ zu erwirken.

AntiFa-Kommission NRW

## Anzeige



320 Seiten

13.-DM

Mit Beiträgen u.a. von I.Drewitz, A.Klönne, J.Moneta und R.Stöf.

Herausgegeben von der GEW Berlin, dem Bund politisch, rassistisch und religiös Verfolgter und Jan Peters.

Sozialpolitischer Verlag  
Schlesische Str.31 1 Berlin 36  
Verlagsprogramm anfordern!

Kapuzen-Pullover

Dicke Qualität mit langem Arm und Taschen! Lieferbar in den Größen 4, 5, 6, 7. Weiß mit schwarz/rotem Aufdruck hinten! Preis incl. Porto & Verpackung: 30,95 DM

Der Reinerlös fließt antifaschistischen Zwecken und Prozessen zu!!

T-Shirt

Normale Ausführung, kurzer Arm! Lieferbar in den Größen 4, 5, 6, 7. Weiß mit schwarz/rotem Aufdruck vorn! Preis incl. Porto & Verpackung: 15,50 DM

Lieferung erfolgt gegen Vorkasse, auf Postscheckkonto: Sauer 25 65 79 - 208 Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20. Bitte unbedingt leserlich: Anschrift, Menge und Größe auf der Zahlkarte vermerken! Buchläden, Gruppen etc. wenden sich bitte, wegen Liefer- und Zahlungsbedingungen schriftlich an den J. Reents-Verlag!



# Die westdeutsche Justiz: Eine Organisation zum Schutz von Naziverbrechern

Im Gegensatz zu den sogen. Terroristenprozessen finden Prozesse gegen Massenmörder des Nazi-Regimes kaum Beachtung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Und während z.B. ein ganzes Heer westdeutscher Beamter auf Astrid Prohl gehetzt wird, rührt sich keine Hand zur Festnahme von Kurt Lischka, verantwortlich für den Tod von Tausenden französischer Juden, und so vieler anderer NS-Verbrecher, die in diese Gesellschaft integriert wurden.

Für diese Situation ist zu einem großen Anteil die westdeutsche Justiz verantwortlich zu machen. Sie verfügt über ein Instrumentarium, das die erfolgreiche Verfolgung, die systematische Aufdeckung der Nazi-verbrechen sowie die angemessene Verurteilung der Verantwortlichen in vielen Fällen verhindern half. Wenn wir heute Bilanz ziehen über die Verurteilung von Naziverbrechern in der BRD, so sprechen diese Fakten nicht für gefährliche Auswüchse oder extreme Einzelerscheinungen in der Justiz, sondern für ein planmäßiges und systematisches Vorgehen der Justiz. In der Justiz selbst fand eine Entnazifizierung überhaupt nicht statt.

## NS-Prozesse gelten nicht als politische Prozesse

Eine wesentliche Grundlage der Begünstigung der Naziverbrecher durch die Justiz ist die Behandlung der NS-Prozesse nicht als politische Prozesse, sondern als Prozesse des allgemeinen Rechts nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch. Damit hat die BRD die Qualifizierung der NS-Verbrechen als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Grunde nicht anerkannt.

Die Behandlung der NS-Verbrechen als Gewaltverbrechen nach innerstaatlichem Recht hat sich als die Grundlage erwiesen, die Masse der Naziverbrecher vor Verfolgung zu bewahren, die Zahl der Inhaftierten und Abgeurteilten so gering wie möglich zu halten und Hauptverantwortliche zu decken. Es sollte in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen werden, daß sich mit der Behandlung der NS-Verbrechen nach innerstaatlichem Recht überhaupt erst die Möglichkeit bot, über die Verjährungstermine für Totschlag und Mord ganzen Gruppen von Naziverbrechern mit einem Schlag Straffreiheit zu geben. 1979 bietet dieses Gesetz die Möglichkeit zur endgültigen Beendigung der Strafverfolgung von NS-Verbrechen.

## Bilanz der Nichtverfolgung von Naziverbrechern

Das Leben von NS-Massenmördern ist nicht von gezielter Fahndung, Computer, Karteien und schwarzen Listen berührt. Bis zur Gründung der Zentralstelle in Ludwigsburg war es die Regel, daß nur der Zufall ein NS-Verfahren auslöste. So wurde z.B. der Ulmer „Einsatzgruppenprozeß“ dadurch ausgelöst, daß der ehemalige Polizeidirektor von Memel, Bernhard Fischer-Schweder – er besaß den Entnazifizierungsbescheid „nicht betroffen“ – seine Wiedereinstellung in den Polizeidienst verlangte und eine Klage anstregte. Aufgrund einer entsprechenden Zeitungsmeldung erinnerte sich ein Leser daran, daß Fischer-Schweder an Massenerschießungen litauischer Juden beteiligt war und zeigte ihn an.

Aufgrund der Untätigkeit staatlicher Stellen entwickelte sich schon früh eine eigene Fahndungsarbeit von antifaschistischen Organisationen ehemaliger Verfolgter wie der VVN oder dem Bund Jüdischer Verfolgter des Naziregimes mit Simon Wiesenthal in Wien, sowie von Privatpersonen wie den Klarsfelds in Frankreich, die durch jahrelanges Sammeln und Suchen von Dokumenten bis hin zur direkten Ermittlung des Aufenthaltsortes viele Nazis aufspürten.

Durch die Einrichtung der Ludwigsburger Zentralstelle, die seit 1958 endlich die Verfolgung von NS-Verbrechern koordinieren sollte, war es möglich, im Zeitraum von 1961 bis 1965 die Hälfte aller insgesamt bis 1965 verfolgten Naziverbrecher zu verurteilen. Aber auch die Zentralstelle war bis 1965 nur für Tatorte außerhalb der BRD zuständig und zudem hoffnungslos unterbesetzt. Der Personalstand lag dort unter dem Stand, mit dem heute einzelne Abteilungen des BKA nach einer Handvoll von „Terroristen“ fahnden. Wenn auch die Zentralstelle im Gegensatz zur Zeit davor vor allem in Osteuropa begangene NS-Verbrechen aufklärte, so gab es trotzdem weiterhin nur eine sehr ge-

ringe Anzahl von Urteilen gegen Naziverbrecher, die zudem immer milder ausfielen. Nach einer aktuellen Statistik der Zentralstelle in Ludwigsburg „sind in der Bundesrepublik in der Zeit vom 9.5.45 bis 1. Juni 77 bei den Staatsanwaltschaften wegen des Verdachts von NS-Verbrechen gegen genau 82.667 Personen Ermittlungsverfahren geführt worden. In 6.425 Fällen sei es dabei zu rechtskräftigen Urteilen gekommen. Zwölf Personen seien zum Tode verurteilt. 151 Straftäter erhielten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Zu Freiheitsstrafen von mehreren Jahren wurden in diesem Zeitraum 6.147 Straftäter verurteilt, 114 Personen erhielten Geldstrafen; in einem Fall wurde eine Jugendstrafe verhängt.“ („Frankfurter Rundschau“, 29.8.78) Derzeit laufen unseres Wissens in der BRD 15 NS-Prozesse: In Hamburg, Hannover, Bielefeld, Frankfurt, Bochum, Köln, Stade, Stuttgart, Düsseldorf und Aschaffenburg.

Bei den angeklagten Verbrechen handelt es sich zur Hälfte um die Ermordungen der jüdischen Bevölkerung verschiedener Orte in osteuropäischen Ländern, vor allem Polen, zur anderen Hälfte um Massenmord im KZ Majdanek, im Auschwitz-Nebenlager Lagischa und Jananagrupe, im KZ Gassen bei Cottbus sowie in einem Nebenlager des KZ Groß-Rosen. Angeklagt sind ehemalige Angehörige der SS, der Waffen-SS, Angehörige der KZ-Kommandatur, ein Gebietskommissar, eine Sekretärin; unter den Angeklagten sind sechs Frauen.

## Kaum noch Urteile in NS-Prozessen

Heute wird bei 100 NS-Verfahren im Durchschnitt nur noch gegen einen Nazi ein Urteil gefällt. Die übrigen Verfahren werden noch im Zustand der Ermittlung eingestellt, die Angeklagten werden freigesprochen, oftmals „mangels Beweis“, oder das Verfahren wird eingestellt wegen der angeblichen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten. Als „Verhandlungsunfähigkeit“ wird bereits das weit verbreitete „Unvermögen“ der Naziverbrecher anerkannt, sich an ihre Verbrechen zu „erinnern“. Hinzu kommt die Verschleppung der Ermittlungen sowie anschließend der Prozesse: Dauerten 1962 noch die Vor-, Haupt- und Gerichtsuntersuchungen für einen NS-Prozeß im Durchschnitt 3,6 Jahre, so beträgt diese Zeitspanne seit 1977 bereits 16,8 Jahre. Wurden 1951 für die Hauptverhandlungen im ersten Treblinka-Prozeß gegen einen Angeklagten nur drei Tage benötigt, so werden für das Majdanek-Verfahren nahezu vier Jahre veranschlagt.

Ein weiteres Mittel zur Hinauszögerung der Prozesse ist eine Verhandlungsführung seitens des Gerichtes, die immer größere Zeitspannen zwischen die einzelnen Verhandlungstage legt.

Diese Verschleppungen bedeuten unter Berücksichtigung des Alters der Angeklagten praktisch eine Amnestierung.

## Neonazistische Anwälte vor Gericht

Besonderen Anteil an den Prozeßverschleppungen haben neonazistische Verteidiger der angeklagten Naziverbrecher. Das bekannteste, aber längst nicht das einzige Beispiel ist der Majdanek-Prozeß in Düsseldorf. Mit einem ganzen Bündel von Tricks und Provokationen gelang es den Anwälten bis heute, Urteile zu verhindern. Ähnliches geschah bereits, als 1968 das erste Mal die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Leiter des „Judenreferats“ im Auswärtigen Amt, SS-Standartenführer Horst Wagner, angesetzt war: Der Verteidiger ließ die „Verhandlungsfähigkeit“ seines Mandanten überprüfen. Nachdem ihn ein Internist als verhandlungsfähig erklärt hatte, verlangte der Verteidiger ein Gutachten eines Orthopäden, dann eines Augenarztes, dann eines Psychiaters. Zwar wurde jedesmal die Verhandlungsfähigkeit festgestellt; dafür vergingen aber jedesmal Monate, bis ein Gutachten erstellt war.

Die bekanntesten neonazistischen Verteidiger sind Ludwig Bock, Hermann Stolling, Hans Mundorf, Rudolf Aschenauer, Bock, der aus dem Majdanek-Verfahren ausgeschlossen wurde und sich nun um die Revision des Urteils gegen den Naziverbrecher Pahl in Stuttgart bemüht, ist 1972 als Wahlkandidat der NPD aufgetreten. Für verschiedene bekannte Neonazis wie Manfred Roeder oder G. Frey war Bock ebenfalls tätig. Im Majdanek-Prozeß stellte er den Antrag, den Gutachter Dr. Scheffler abzulehnen,

weil dieser ein Buch mit dem Titel „Judenverfolgung im Dritten Reich“ geschrieben hat; damit sei bewiesen, daß er sich „das Geschichtsbild der Alliierten“ zu eigen gemacht habe! Hermann Stolling, Verteidiger von Hermine Böttcher im Majdanek-Prozeß, war in der Nazi-Zeit selbst Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Blomberg. Dort fällt er z.B. ein Todesurteil gegen den Landarbeiter Anton Nowak wegen Fahrraddiebstahl. In ungebrochener Gesinnung lehnte er im Majdanek-Prozeß einen Sachverständigen wegen seiner „Judenkontakte“ ab.

Rudolf Aschenauer, Verteidiger im Kölner NS-Prozeß war bereits



Verteidiger in den Nürnberger Prozessen und Rechtsanwalt des Kriegsverbrechers Kappler. Er hat Verbindungen zu einer Vielzahl faschistischer Organisationen wie: Gesellschaft der Freunde Südtirols, Gesellschaft für freie Publizistik, Verein der Auslandsdeutschen, Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte.

## Milde Urteile gegen Naziverbrecher

Eine Untersuchung von U.D. Oppitz (vgl. Anmerkung) kommt zu dem Ergebnis, daß mehr als ein Drittel aller abgeurteilten NS-Verbrecher nur zu höchstens fünf Jahren verurteilt wurden. Daraus schließt er, daß NS-Verbrecher im Gegensatz zu anderen wegen Mordes Verurteilten häufig mildere Strafen erhalten.

Als wesentliches Mittel dazu dient das Verwählen von Massenmördern in „Gehilfen“. Dadurch waren die Mehrzahl der NS-Verbrecher nicht

mehr von lebenslanger Haft bedroht, wenn sie nicht gar durch diesen Trick Straffreiheit wegen Verjährung erhielten.

Während nach 1945 anfangs noch im Verhältnis etwas mehr Nazis wegen Mordes als wegen Beihilfe zum Mord verurteilt wurden, änderte sich das Verhältnis bis 1965 dahingehend, daß 80% der Nazi-Verbrecher nur noch wegen Beihilfe zum Mord verurteilt wurden und nur noch knapp 20% wegen Mordes (ebenda).

Eine weitere gängige Praxis, um milde Urteile zu erreichen, ist die Einschränkung der Anklagepunkte; z.B. wurde gegen den KZ-Arzt Schumann, der in Auschwitz Menschenversuche

durchführte, zwar sowohl wegen dieser Verbrechen als auch wegen seiner Beteiligung an der „Euthanasie-Aktion“ ermittelt – Anklage wurde aber nur erhoben wegen Schumanns Tätigkeit als Leiter der „Euthanasie-Anstalten“ Grafeneck und Sonnenstein.

Wo die Justiz nicht um eine Verurteilung von Nazis herumkam, wurde oftmals hinterher klammheimlich Haftverschonung gewährt oder begnadigt.

## Erschwerung der Anklage gegen NS-Verbrecher

Es wird heute oft behauptet, daß NS-Prozesse sinnlos geworden seien, da die Beweislage immer schlechter werde. Das ist eine Zweckpropaganda, der sich auch die Justiz bedient. Zwar ist die Möglichkeit des Zeugenbeweises schlechter geworden, da mittlerweile viele Zeugen gestorben sind – demgegenüber aber haben sich die Möglichkeiten einer Überführung

durch Dokumente zunehmend verbessert. Da die Auswertung der Archive und Institute in der Welt von den BRD-Ermittlungsbehörden über Jahre verschleppt wurde, bestand über die verschiedenen Verbrechenskomplexe erst nach Jahren und Jahrzehnten ein ungefähres Überblick. Durch eine systematische Auswertung der Dokumente könnte die Beweislage gegen „Schreibtischtäter“ erheblich besser werden. Im Widerspruch dazu steht die eindeutige Konzentrierung der Justiz auf den sogenannten „Exzeßfälle“, der im wesentlichen nur durch Zeugen zu überführen ist.

Als weitere Schutzbarriere für die „Schreibtischtäter“ hat die Justiz die Anforderungen an den Beweis zudem noch absurd erhöht:

„Für die deutsche Justiz ist es nicht wesentlich, daß der Angeklagte Chef einer Organisation war, deren Kriminalität erwiesen ist. Man verlangt ihm, dem Chef dieser kriminellen Organisation, nicht den Beweis dafür ab, daß er sich persönlich diesen Verbrechen widersetzt. Nein, im Gegenteil bleibt es der Anklage überlassen, die subjektive Schuld des Angeklagten zu beweisen. Das jedoch ist fast unmöglich, denn die Nazi-Polizisten haben oft mit Erfolg versucht, die dokumentarischen Beweise ihrer Verbrechen verschwinden zu lassen ... Als Beweis für die Schuld Lischkas langte es nicht aus, zu belegen, daß er Massendeportationen französischer Juden in die KZ's einleitete, nein, es mußte bewiesen werden, daß Lischka wußte, daß die Verschleppung der Juden von Frankreich nach Auschwitz für sie ein grausamer Tod sein würde“ (Beate Klarsfeld in der Broschüre über eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?“).

Unterm Strich heißt all dies: Die westdeutsche Justiz hat wenig unternehmen, die NS-Verbrechen aufzuklären; dagegen viel getan, die Mörder möglichst straffrei ausgehen zu lassen.

Anm.) Oppitz: „Strafverfahren und Strafvollstreckung bei NS-Gewaltverbrechen. Dargestellt an Hand von 319 rechtskräftigen Urteilen deutscher Gerichte aus der Zeit von 1946 - 1965“.

Antifa-Kommission

## Dokumentation:

## „Die Strafverfolgung von NS-Verbrechern von 1945 - 1978“

Während die Debatte über die Verjährung von NS-Verbrechen auf vollen Touren läuft, hat Adalbert Rückerl, der Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, eine Dokumentation über die „Verfolgung von NS-Verbrechen von 1945-1978“ veröffentlicht.

Rückerl selber ist für eine Verjährung der NS-Verbrechen und versucht, mit dieser Dokumentation den Beweis anzutreten, daß eine Verlängerung der Verjährungsfrist sinnlos sei. Nach Rückerl hat das mehrere Gründe:

1. Die Untersuchung und systematische Durchforstung aller Verbrechenskomplexe sei so genau und sorgsam durchgeführt worden, daß „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, daß bisher noch unbekannte größere Tatkomplexe mit einer Vielzahl von Opfern festgestellt werden“.
2. Seit 1960 sei „in Tausenden von Fällen die Strafverfolgungsverjährung unterbrochen“ worden; deshalb könnten die meisten bisher noch nicht strafrechtlich verfolgten NS-Täter auch nach dem 31.12.79 weiter verfolgt und bestraft werden.
3. „Die Chancen, einen erst nach dem 31. Dezember 1979 entdeckten NS-Täter auf die Anklagebank zu bringen, sind jedoch aus den bereits genannten Gründen – Alter der Beschuldigten, zunehmende Ermittlungs- und Beweisschwierigkeiten, relativ lange Verfahrensdauer – nur noch äußerst gering“.

Demgegenüber gibt Rückerl keine Antwort auf die Frage, wie mit den erst nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages von 1975 verfolgten NS-Verbrechern, die in Frankreich nach Kriegsende in Abwesenheit verurteilt worden sind und heute friedlich und z.T. noch unerkannt in der BRD leben, nach dem 31.12.79 verfahren werden soll. Darüber hinaus fehlt in Rückerls Buch jede Erwähnung bestimmter Verbrechenskomplexe, die nach unserer Kenntnis bis heute als Komplexe nie-

mals in Angriff genommen wurden, so z.B. die Ermordung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 oder die Ermordung von drei bis viertausend katholischen Priestern durch Erschießungen in KZs.

## Übersichtliches Datenmaterial

Man muß mit Rückerls Standpunkten nicht einverstanden sein, um dennoch den Wert dieser Dokumentation anzuerkennen. Sie liefert unser Kenntnis nach zum ersten Mal in der Geschichte der BRD einen vollständigen Überblick über die Entwicklung der Strafverfolgung von NS-Verbrechern seit dem Zusammenbruch des Faschismus am 8. Mai 1945. Sie enthält eine Menge Zahlenmaterial über durchgeführte Ermittlungen, Aufnahme von Strafverfahren und Verurteilungen. Das Zahlenmaterial verdeutlicht anschaulich auch die Entwicklungskurven der NS-Verfolgung im Laufe der letzten 30 Jahre in der BRD. Darüber hinaus finden sich Vergleiche mit der NS-Verfolgung in anderen europäischen Ländern, insbesondere in den RGW-Staaten, die nicht gerade zugunsten der BRD ausfallen.

## Wurde das Buch zensiert?

Das Buch ist kostenlos zu erhalten bei:

Bundesministerium der Justiz  
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Heinemannstraße 6  
5300 Bonn 2

Das Ministerium hat das Buch in 20.000 Exemplaren vom C.F. Müller Verlag aufgekauft und sich damit das Recht der Zensur erkauft. Dieses Recht ist – wie man der „Frankfurter Rundschau“ vom 20.2.78 entnehmen kann – ausgenutzt worden, um „lyrische“ Stellen (so die amtliche Erklärung) aus der Dokumentation zu streichen. Unter „lyrische“ Stellen fällt laut „FR“ z.B. folgendes: An einer Stelle wollte Rückerl offenbar illustrieren, wie schlimmste NS-Verbrecher relativ ungeschoren durch die

Spruchkammerverfahren kamen. Diese Textstelle wurde gestrichen.

Ob der Eingriff von Regierungsseite sich „nur“ auf solche „lyrischen Stellen“ beschränkt oder auch die Gesamtkonzeption des Buches mitbeeinflusst hat, ist der „FR“ leider nicht zu entnehmen. Allerdings läßt sich feststellen, daß die Dokumentation in ihrer jetzigen Form den staatlichen Stellen der BRD nicht unbedingt unangenehm sein dürfte, hat sie doch unter dem Strich die Tendenz, die westdeutsche Justiz und andere an der Verfolgung von NS-Verbrechern beteiligte Stellen reinzuwaschen von dem Vorwurf, sie hätten nicht genügend für die Verfolgung dieser Verbrechen getan. Die Dokumentation versucht dem Leser den Gesamteindruck zu vermitteln, daß hierzulande nichts unversucht geblieben sei, alle NS-Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Die Schuld für Versäumnisse wird den „Ostblockstaaten“ zugeschoben. Man fühlt sich an Kalte-Kriegs-Zeiten erinnert, wenn z.B. die hervorragende Tatsache, daß in der DDR 12.807 Verurteilungen allein im Zeitraum 1945 bis 1964 zustande kamen (gegenüber 6.432 von 1945 bis heute in der BRD) damit herabgewürdigt wird, daß eine gewisse Anzahl dieser Urteile als „Willkürurteile“ bezeichnet werden, nur weil sie durch speziell für die Behandlung von NS-Verbrechern eingerichteten Sondergerichten gefällt worden sind. Dabei beruft sich die Dokumentation ausgerechnet auf den Bericht des ehemaligen BRD-Justizministers Ewald Bucher, der nachweislich gefälscht war, um die damalige Verjährungsdebatte zugunsten einer Verjährung zu beeinflussen (Bucher trat danach zurück und ist heute Sprecher der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß“).

All diese Mängel des Buches können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in dem Buch geschilderten Tatsachen im Grunde ein einziges großes Nein zur Verjährung von NS-Verbrechen begründen.



# Weitere Nazi-Terroristen verhaftet — Aber wir kennen noch mehr!

Mitte März wurde die Verhaftung von fünf Nazi-Terroristen bekanntgegeben, es handelt sich dabei um zwei verschiedene Gruppen: Zum einen Christian Worch (derzeitiger Chef der Hamburger „Hansa“-Bande), Frank Stubbemann („Hansa“-Bande) und Gunnar Pahl aus Schleswig-Holstein, der schon eine markante Vergangenheit als Nazi-Terrorist hat. Zum anderen Klaus-Dieter Hewicker (23) und Kurt Wolfram (19) aus Braunschweig. Beide waren bisher namentlich in der Nazi-Szene nicht bekannt. Sie sollen zur Gruppe des einschlägig bekannten Paul Otte gehört haben, der bereits seit November 1978 in U-Haft ist, nachdem in seiner Wohnung eine Bombe gefunden wurde.

Den drei Verhafteten der ersten Gruppe wird vorgeworfen, sie hätten die Ermordung zweier als „Verräter“ angesehener Banden-Mitglieder geplant und „verabredet“. Den beiden Braunschweigern wird vorgeworfen, sie hätten – übrigens schon am 15. Mai 1978! – Stoltenberg durch eine Bombe töten wollen, was nur durch einen Unfall nicht geschehen sei. Außerdem hätten sie „Sprengstoffattentate und Anschläge auf Gebäude“ geplant gehabt.

Einige Angaben zur Person der Verhafteten, soweit sie bekannt sind:



Christian Worch, Hamburg, 22 J.

Schon während seiner Schulzeit am Hamburger Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium betätigte sich Worch als Nazi. Im Sommer 77 schloß er sich der „Hansa“-Bande an und wurde deren „Chef-Ideologe“. Für seinen ersten öffentlichen Auftritt als Redner auf einer verbotenen „Hansa“-Veranstaltung (November 1977) erhielt er kürzlich eine Geldstrafe von 150 DM. Seit M. Kühnen im Knast sitzt (August 78) leitet Worch die Aktionen und Aiftritte der „Hansa“-Bande. Inzwischen übernahm er auch für den Karlsruher Werner Braun den Vorsitz der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“.

Schon während seiner Schulzeit am Hamburger Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium betätigte sich Worch als Nazi. Im Sommer 77 schloß er sich der „Hansa“-Bande an und wurde deren „Chef-Ideologe“. Für seinen ersten öffentlichen Auftritt als Redner auf einer verbotenen „Hansa“-Veranstaltung (November 1977) erhielt er kürzlich eine Geldstrafe von 150 DM. Seit M. Kühnen im Knast sitzt (August 78) leitet Worch die Aktionen und Aiftritte der „Hansa“-Bande. Inzwischen übernahm er auch für den Karlsruher Werner Braun den Vorsitz der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“.

## Frank Stubbemann, Kiel, 23 J.

Stubbemann begann schon mit 13 Jahren seine rechte „Karriere“. In Bremen gründete er die „Demokratische Mitte Berkhof“, die sich dem Kampf gegen die Linke widmete.

Später wurde er Parteitage delegierter der Jungen Union (CDU). Im Frühjahr 75 schloß er sich dem „Stahlhelm“ an („Mut“, 4/75). Da ihm das alles nicht „radikal“ genug war, gründete er die „Nationalrevo-

lutionäre Arbeiterfront“ (NRAF) Bremen mit der Zeitung „Werwolf“. 1977 zog Stubbemann nach Kiel, um dort zu studieren. Dort betätigte er sich bei den Jungen Nationaldemokraten der NPD (bis Dezember 1977). Im Februar 78 trat er als „Aufbaubeauftragter der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Gau Schleswig-Holstein“ auf.



Schon im Oktober 1977 fand die Polizei in seiner Wohnung 670 g gestohlenen Natriumcyanid – das würde ausreichen, um eine mittlere Großstadt zu vergiften! Angeblich wollte er damit die Freilassung von Rudolf Heß erzwingen. Stubbemann kam mit einer Geldstrafe davon! Im Mai 78 wurde er zusammen mit P. Teuffert und Robert Marchi verhaftet: In ihren Wohnungen waren Waffen, Sprengstoff und Pläne für Anschläge und Raubüberfälle gefunden worden. Nach zwei Monaten wurde Stubbemann wieder freigelassen.



Gunnar Pahl, Kiel, 22 J.



Gunnar Pahl, Kiel, 22 J.

Pahl ist seit langem als militanter Nazi bekannt: Seit 74/75 leitete er die Kieler Truppe des (in Österreich verbotenen) „Bund volkstreuere Jugend“, eine paramilitärisch trainierte Bande. NPD-Mitglied Pahl trat bei diversen Aktionen verschiedener Nazi-Gruppen auf, bei NPD-Ständen, bei Rüdgers „Reichstag zu Flensburg“ (Mai 75). Ende 75 schickte ihn der Nazi-Terrorist Udo Albrecht zusammen mit zwei Kumpanen (G. Bernburg, E. Weil) in den Libanon zu einem Trainingscamp. Unterwegs in Jugoslawien wurden sie mit Koffern voller NS-Propaganda festgenommen. In Italien mußte er später wegen anderer Delikte ein Jahr im Knast verbringen.

Im Frühjahr 78 kehrte Pahl in die BRD zurück zu seinem Freund Kurt Müller (NS-Kampfgruppe Mainz). Von dort aus leitete er wesentlich den Aufbau der „NSDAP/AO“. Im Juni 78 wurde er wegen NS-Propaganda zu sechs Monaten (auf Bewährung) verurteilt. Pahl hat seit langem

enge Kontakte zu inzwischen inhaftierten Nazi-Terroristen:

– Oft trat er zusammen mit Uwe Rohwer (soll demnächst in Celle vor Gericht stehen) auf.

– Am 17.6.1976, während eines NPD-Aufmarsches in Bonn, wurde er festgenommen wegen Randalierens. Ebenfalls festgenommen wurden: Uwe Rohwer, G. Bernburg, K.D. Puls (mit Rohwer angeklagt).

– Der mit Pahl in Jugoslawien festgenommene E. Weil ist einer der bekanntesten Nazi-Terroristen: 1972 schoß er (angeblich im Alleingang) auf einen sowjetischen Wachsoldaten in Westberlin. Am 1. August 77 warf Weil eine Brandbombe in das Westberliner SEW-Büro (dafür bekam er drei Jahre).

## Paul Otte, Braunschweig, 54 J.

Otte ist eine der zentralen Figuren in der BRD, die den Aufbau der „NSDAP/AO“ vorantreiben. Schon am 4.8.76 fand die Polizei bei Hausdurchsuchungen neben Unmengen von NS-Material entsprechende Unterlagen. Außerdem bastelte Otte damals an einer Unterstützungsorganisation für „verfolgte“ Nazis, der „Stillen Hilfe Deutschlands“, mit Konto in der Schweiz (VS-Bericht 76). Seit November 78 sitzt Otte in U-Haft, nachdem bei ihm eine Stahlrohrbombe gefunden worden war. Seine Tochter Carola betätigt sich übrigens ebenfalls aktiv in der Nazi-Szene.

## Wie sind die Verhaftungen einzuschätzen?

Insbesondere die Verhaftung der seit langem einschlägig bekannten Nazis Worch, Stubbemann und Pahl wird jedem Antifaschisten Genugtuung bereiten. Diese Verhaftungen haben nur den Schönheitsfehler, daß sie mindestens ein Jahr zu spät kommen.

Allerdings scheint es nicht unbedingt zu empfehlen, die jetzt von der Bundesanwaltschaft erhobenen Vorwürfe ungeprüft als zutreffend anzusehen, z.B. die angeblich geplante Ermordung Stoltenbergs. Eine Rolle spielt bei der „Aufdeckung“ solcher und ähnlicher angeblicher Vorhaben der Nazi-Terroristen anscheinend Lutz Wegener, seit rund einem Jahr in U-Haft. Wegener ist der frühere „Stellvertreter“ des inzwischen auch inhaftierten „Hansa“-Chefs Kühnen. Wegener hat sich bereits vor einigen Monaten entschlossen, „auszupacken“, um die eigene Haut zu retten. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß Wegener von BKA und „Staatsschutz“ als eine Art rechter Ruhland aufgebaut wird, bei dem sich Dichtung und Wahrheit vermengen.

Es ist uns gleichgültig, aus welchem Grund der Staat die Nazi-Terroristen hinter Gitter bringt. Da ist uns eigentlich jeder Grund recht. Trotzdem sollten praktizierende Antifaschisten eine gewisse kritische Distanz zu den Versionen des BKA u.ä. behalten. Schon deshalb, weil der Aufbau eines mit Erfindungen und Halbwahrheiten operierenden rechten Kronzeugen (aus Prozessen gegen Linke bestens bekannt!) im Fall der Nazis später durchaus zum Vorwand genommen werden könnte, die Verfahren plätzen zu lassen und haufenweise inhaftierte Nazis freizulassen.

Die Pläne und Winkelzüge von BKA und „Staatsschutz“ in der terroristischen Nazi-Szene sind schwer zu durchschauen. Man betrachte sich z.B. das Hin-und-Her um Stubbemann, mit mehrmaliger Inhaftierung. Oder die Verurteilung Pahls im Sommer 78 zur Bewährung, trotz einer langen und einschlägigen Nazi-Laufbahn. Kaum durchschaubar ist z.B. auch, warum Worch erst jetzt in den Knast mußte, obwohl er schon seit Monaten ganz offen für den inhaftierten Kühnen die Führung der „Hansa“-Bande übernommen hatte.

Von einem planmäßigen Aufrollen der terroristischen Nazi-Szene kann beim Vorgehen von BKA/„Staatsschutz“ jedenfalls nicht die Rede sein. Vor allem wird nach wie vor sorgfältig und systematisch jeder Zusammenhang der terroristischen Nazi-Banden zur legalen rechtsradikalen Szene, insbesondere die vielfältigen personellen Verflechtungen mit NPD/JN, von Polizei und Justiz verwischt und geleugnet.

## Die nächsten Verhaftungen bittet!

Die terroristische Nazi-Szene kann nur zerschlagen werden, wenn die NPD, die den legalen Schutzmantel für diese Banden abgibt, verboten und konsequent aufgelöst wird. Dasselbe gilt für sogenannte Jugendorganisationen wie die „Wiking-Jugend“ und den „Bund Heimattreuer Jugend“, die den Nazi-Banden ein legales Rekrutierungs- und Übungsfeld bieten.

Da man aber Schritt für Schritt tun sollte, schlagen wir vor, sich zunächst auf die Forderung nach sofortiger Verhaftung folgender Figuren der terroristischen Nazi-Szene zu konzentrieren:

+ Karl-Heinz Hoffmann. Er leitet seit Jahren seine „Wehrsportgruppe“ (WSG), das wohl einmalige Beispiel einer völlig offiziellen und staatlich legalisierten terroristischen Vereinigung. Die WSG rekrutiert seit Jahren Jugendliche für den nazistischen „Untergrund“ und bildet sie entsprechend aus. Die WSG verfügt über eine seit Jahren seine „Wehrsportgruppe“ (WSG), das wohl einmalige Beispiel einer völlig offiziellen und staatlich legalisierten terroristischen Vereinigung. Die WSG rekrutiert seit Jahren Jugendliche für den nazistischen „Untergrund“ und bildet sie entsprechend aus. Die WSG verfügt über einen großen militärischen Fahrzeugpark und ein entsprechendes Waffenarsenal. Mehrmals im Jahr führt sie „Manöver“ durch, zu denen sie völlig offen einlädt. Auch das besonders an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbe-Material der WSG kann völlig offen verbreitet werden.

+ Tibor Schwarz. Er begann seine Laufbahn als stellvertr. JN-Vorsitzender in Hamburg Nord. Der „Hansa“-Bande gehört Schwarz seit deren Bildung im Frühjahr 1977 an. Schwarz war nahezu lückenlos an sämtlichen Schläger-Einsätzen der „Hansa“-Bande beteiligt. Nach der Verhaftung von Lutz Wegener, der der „Stellvertreter“ des „Hansa“-Chefs Kühnen gewesen war, übernahm Tibor Schwarz die Funktion Wegeners. Nach der Verhaftung Kühnens im Sommer 1978 scheint Schwarz allerdings der Aufgabe, die Bande zu führen, intelligenzmäßig nicht gewachsen gewesen zu sein, so daß Christian Worch (jetzt inhaftiert) neuer Chef der Bande wurde.

Schwarz hat sich jedoch weiterhin an den Aktionen der Bande beteiligt, meist mit Fahrradkette o.ä. bewaffnet.

+ Erwin Schönborn. Schönborn war bereits in den 50er Jahren eine zentrale Figur der rechtsradikalen Szene. In den frühen 70er Jahren bildete er zusammen mit seinen Freunden Roeder und Christophersen den Schwerpunkt der neu entstehenden offenen Nazi-Szene.

Schönborn fand rasch den Kontakt zu den neuen militanten Nazi-Banden: Für die „ANS“ (Tarnorganisation der „Hansa“-Bande) trat Schönborn mehrfach als presserechtlich Verantwortlicher auf und stand der Bande als „väterlicher Berater“ zur Seite. Ebenso scheint Schönborn bei der Bildung terroristischer Nazi-Kerne in Frankfurt (traditionelle Wirkungsstätte Schönborns) im Hintergrund die Fäden zu ziehen und Rat aus dem Schatz seiner nunmehr gut 25jährigen einschlägigen Erfahrung zu spenden.

+ Edgar Geiss. Geiss hat jahrelang „im Stillen“ in der Nazi-Szene „gewirkt“, insbesondere im Kreis um den früheren Rechtsanwalt Roeder (derzeit von Interpol gesucht; wahrscheinl. Aufenthalt in Lateinamerika) und dessen Freund Thies Christophersen (Verfasser der Hetzschrift „Auschwitz-Lüge“).

Öffentlich bekannt wurde Geiss erstmals durch seinen „Hitler-Gruß“ am Grabe des Kriegsverbrechers Kappler, am 13.2.78 in Soltau. Für Geiss war das der Einstieg in die offen provozierende militante Nazi-Szene. Er hat seither kaum ein öffentliches Auftreten der „Hansa“-Bande („ANS“) versäumt und selbst Schläger-Einsätze geleitet.

Geiss ist auf Grund seines jahrelangen „stillen Wirkens“ als Verbindungsmann zwischen den terroristischen Banden und der traditionellen legalen Nazi-Szene anzusehen.

## Ein brauchbares Buch für aktive Antifaschisten

## Ein brauchbares Buch für aktive Antifaschisten

Wie schon im letzten Jahr, so gab der „Pressedienst Demokratische Initiative“ (PDI) auch für 1978 einen „Bericht über neonazistische Aktivitäten“ heraus. Der Bericht gibt einen Überblick über neonazistische Aktivitäten des Jahres 1978, listet führende Neonazis mit Lebensläufen auf, gibt einen Überblick über die wesentlichen Nazi-Organisationen mit kurzer Charakteristik.

Alles in Allem: Für die Arbeit in Schulen, in Gewerkschaften etc. ein sehr nützliches Buch, da es wieder viel konkrete Informationen in übersichtlicher Form vermittelt.

Schade nur, daß – wie schon im letzten Jahr – die Zusammenstellung reichlich zufällig ist, einige wichtige Daten schlicht fehlen (die kriminellen Anschläge der „Hansa“-Bande z.B.).

Das Buch ist zu beziehen über: PDI, Münzstr. 3, 8000 München 2; DM 6,60.

## Kiel: Nazi-Terroristen angeklagt

Vor dem schleswig-holsteinischen Obergericht sind jetzt endlich drei Nazi-Terroristen angeklagt: „Hansa“-Bandit Peter Teuffert, Frank Stubbemann und der bislang unbekannte Kieler Nazi Robert Marchi.

Angeklagt sind sie u.a. wegen „terroristischer Vereinigung“. Sie sollen geplant haben, das KBW-Büro in Kiel mit einem von Marchi zu beschaffenden Sprengsatz in die Luft zu jagen.

Angeklagt werden sie außerdem, sie hätten geplant, sich aus Raubüberfällen Geld für Waffeneinkäufe zu beschaffen.

Alle drei wurden trotz des doch erheblichen Vorwurfs wieder auf freien Fuß gesetzt. Stubbemann ist allerdings seit kurzem wieder in Haft.

Antifa-Kommission Kiel

## „Wiking-Jugend“ Westberlin ist eine kriminelle Bande

Nachdem in Westberlin Ende Januar/Anfang Februar eine Gruppe von 15-20 Neonazis, vorwiegend Mitglieder der „Wiking-Jugend“, an zwei Wochenenden nach Art der „Hansa“-Bande mit Eselsmasken gegen die Ausstrahlung von „Holocaust“ protestiert hatte, haben sich die Provokationen dieser Bande noch gesteigert:

+ Am 2. März störten sechs uniformierte „Wiking“-Jugendliche eine Veranstaltung „Schüler diskutieren über Holocaust“, die von der GEW-Berlin in Zusammenarbeit mit der „Galerie 70“ (dort läuft seit längerem eine Ausstellung von H.M. Broder über neonazistische Tendenzen) durchgeführt wurde. Sechs Jug-Nazis in schwarzen Uniformen drangen in den Veranstaltungsraum ein und begannen, faschistische Hetzreden zu schwingen. Sie bedrohten die anwesenden Schüler und versuchten, sie im Raum festzuhalten. Einigen gelang es dann, die Polizei zu alarmie-

ren, die die Neonazis festnahm, bald darauf allerdings wieder freiließ.

+ In der Nacht vom 12. auf den 13. März überfielen mehrere „Wiking“-Jugendliche (einige waren schon am 2. März dabei) – ebenfalls uniformiert und mit Nazi-Abzeichen – einen Journalisten, der auf der Veranstaltung am 2.3. anwesend gewesen war und einige der Nazis identifiziert hatte: Vor dem „Cafe Vaterland“ (eine vor kurzem aufgemachte Kneipe in der Westberliner City fielen sie im Kriegs- und Nazi-Look über den Reporter und dessen zwei (englische) Begleiter her:

Der eine Engländer wurde zu Boden geschlagen und mit Knüppeln und abgeschlagenen Flaschen mißhandelt, so daß er verletzt ins Krankenhaus mußte.

Antifa-Kommission Westberlin

## Wichtiger Termin für alle Gegner der Harting-Bande!

Auf Einladung der Landeskonferenz Antifaschistischer Arbeitskreise Nordrhein-Westfalens soll am 1. April in Bochum ein Arbeitstreffen stattfinden. Gegenstand der Beratung sollen Aktionsvorschläge gegen die in Kamen/„Gut Barenbräuer“ ansässige Harting-Bande sein. „Gut Barenbräuer“ ist Sitz des NRW-Landeszentrums der NPD-Jugendorganisation JN. Leiter ist der NPD/JN-Funktionär Karl-Heinz Harting. Die unter Hartings Führung gebildete Nazi-Bande erlangte bundesweite Öffentlichkeit durch ihre Provokationen gegen Dichterlesungen des jüdischen Schriftstellers Helsenrath in Kamen und Bönen. Harrings Schläger-Truppe agiert aber auch außerhalb von NRW, insbesondere in Niedersachsen und selbst in Hamburg, bei NPD-Auftritten.

Die Harting-Bande besteht vorwiegend aus Mitgliedern und Funktionären der NPD/JN, unterhält aber zugleich enge Kontakte zur „NSDAP“-Szene. Bis heute erfreut sich die Bande polizeilicher Duldung und Schutzes. Im Herbst 78 bekam Harting sogar die offizielle Genehmigung zur Erweiterung seines Banden-Zentrums, „im Rahmen landwirtschaftlicher Aufbaubarbeiten“.

Am 1. April soll beraten werden, wie Aktionen mit dem Ziel der Schließung des „Gut Barenbräuer“ eingeleitet werden können. Ort des Treffens: ESG Bochum, Querenburger Höhe. 1. April, 14 Uhr. Rückfragen sind an D. Schulze-Marmeling, 44 Münster, Hornstraße 30, zu richten. Tel. 0251/56669.



# Jugendpolizei in Köln

In Köln wurde mit Verfügung des Polizeipräsidenten Hosse vom 6.7.78 eine Jugendpolizei eingesetzt, die analog zur JuPo in Baden-Württemberg arbeiten soll (siehe AK 147).

Je ein Jugendbeamter in den neun Stadtbezirken soll für die Überwachung von Treffpunkten Jugendlicher zuständig sein. Grundlage ist ein Erlass des NRW-Innenministers Hirsch vom Februar 78; in Köln findet offensichtlich ein Probelauf für die JuPo innerhalb NRW's statt.

Das Bekanntwerden der Hosse-Verfügung hat in Köln vor allem auf dem Jugendhilfetag großen Protest ausgelöst, und auch die Kölner SPD, allen voran Sozialdezernent Körner, haben sich zunächst stark gegen Hosse ins Zeug gelegt, um schließlich ein minimal verändertes Konzept der JuPo zu akzeptieren. Der Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt Köln nämlich, in dem Sozialdezernent Körner, Ratsmitglieder und Vertreter der Trägerorganisation der Jugendhilfe sitzen, stellte im November (also fünf Monate nach der Hosse-Verfügung) fest, daß diese ihm erst zu diesem Zeitpunkt zugegangen sei, daß man also von Hosse bei der Einführung der JuPo völlig übergangen worden sei. Hosse konterte, er habe die Verfügung sofort weitergegeben, offensichtlich sei sie irgendwo steckengeblieben. Körner unterschrieb sogar nach dem Jugendhilfetag eine von der Linken getragene Resolution gegen die Jugendpolizei — „als Sozialarbeiter, nicht als Sozialdezernent“ (so er selbst) — worauf die CDU seinen Rücktritt forderte. Am 24.11. stimmte der SPD-Unterbezirk Köln einstimmig einem Antrag zu, in dem die SPD-Ratsfraktion aufgefordert wird, „die Sozialverwaltung, insbesondere das Jugendamt, zu veranlassen, nicht auf der Grundlage der ... Verfügung des Polizeipräsidenten mit der Polizei zusammenzuarbeiten... Der SPD-Unterbezirk Köln wendet sich grundsätzlich gegen die Versuche, die Probleme der Jugendlichen durch stärkere polizeiliche Kontrolle anzugehen. Er fordert deshalb die Verantwortlichen auf, auch die eventuelle Einführung der Jugendpolizei über andere Mittel (z.B. Kontaktbeamte) zu verhindern“. Wie sich herausstellte, hat sich Körner an das mit seiner Unterschrift unter die Resolution eingegangene Versprechen überhaupt nicht gehalten. Die Polizei erklärte dann, die JuPo arbeite noch

gar nicht. Es sind jedoch zwei Fälle bekannt, wo die JuPo bereits in Aktion war.

Am 12. Oktober fand im „Treibhaus“, einer von Jugendlichen mitbetriebenen Alternativkneipe in Köln-Mülheim, eine Razzia statt, nachdem vorher von Zivilbullelln gespitzelt worden war. Alle dort Anwesenden wurden kontrolliert, ein Mädchen wurde mit auf die Wache genommen, weil sie keinen Ausweis dabei hatte. Als andere mitgingen, um sie nicht allein bei der Polizei zu lassen, wurden sie fotografiert. Da gerade ein Jugendlicher hinter der Theke stand, wurde die vorläufige Konzession des Lokals nicht in eine endgültige umgewandelt. Interessant ist die Sache insofern, als die Kneipe von Leuten benutzt wurde, die gegen das Leerstehen eines Krankenhauses im Stadtteil protestieren. An dieser Aktion war ein Polizist beteiligt, der sich zwei Wochen später in einer Mülheimer „Offenen Tür“ selber als Jugendpolizist vorstellte und ganz locker zu den Jugendlichen „Kontakt aufnehmen“ wollte. Er wurde nicht gerade freundlich empfangen.

Dieser Beamte trat nun in Uniform auf. Ein Polizist in einem Jugendheim ist zwar in jedem Fall unangenehm, aber wenn er als solcher erkennbar ist, weiß man zumindest noch, worauf man sich einzustellen hat. Die Frage, ob auch „Offene-Tür“-Einrichtungen und nicht nur Kneipen und andere „düstere Orte“ von der Polizei in Zivil bespitzelt würden, und damit die Atmosphäre einer ganzen Einrichtung vergiftet werden könnte, nahm in der Berichterstattung der bürgerlichen Presse breiten Raum ein.

Gegenüber solchen Befürchtungen hieß es seitens der Polizei, daß „pädagogisch geführte Jugendeinrichtungen“ selbstverständlich nicht als „kriminogene Örtlichkeiten“ betrachtet würden und deshalb auch nicht in Zivil bespitzelt werden bräuchten. Was bedeutet das aber nun? Am Beispiel der oben genannten Kneipe, die ja keine „pädagogisch geführte Jugendeinrichtung“ war, sieht man, daß zunächst einmal alle nicht von einer Trägerorganisation gedeckten Aktivitäten von Jugendlichen überwacht werden sollen. Selbstorganisierte Zusammenschlüsse von Jugendlichen oder mit Beteiligung von Jugendlichen haben augenscheinlich nicht mehr das Recht, in Ruhe gelassen zu werden.

Das Versprechen der Polizei „Offene Türen“ nicht zu bespitzeln, dient dazu, alles übrige zu rechtfertigen, wie der folgende Vorgang zeigt:

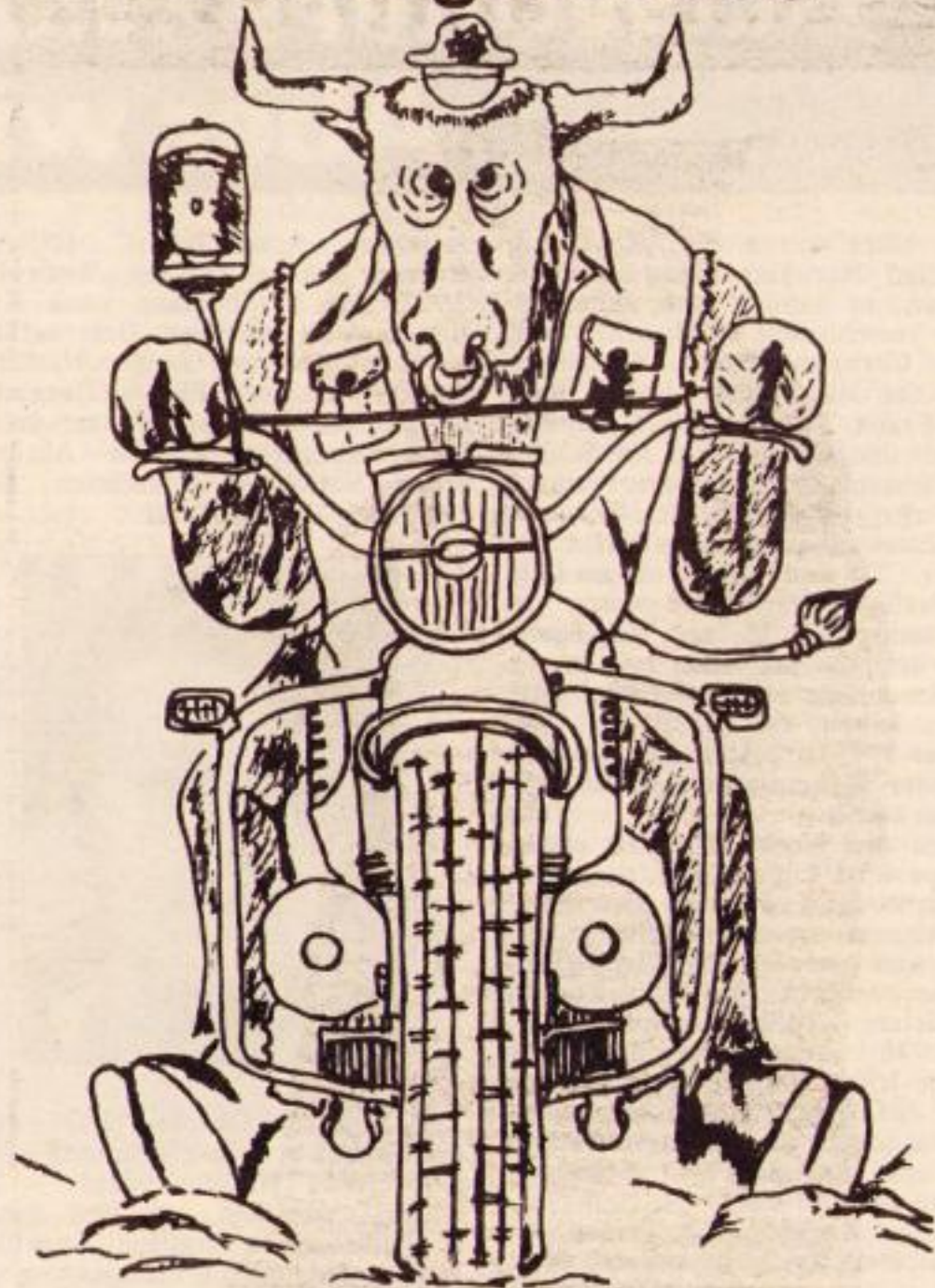
Am 13. Januar 79 fand im Kölner Jugendpark eine von 500 Jugendlichen besuchte Veranstaltung zum Thema JuPo statt, auf der ein Film gezeigt wurde, der genau die Vorfälle in der oben genannten Kneipe schilderte. Hosse brachte sofort ein „Dementi“: Der Film erwecke den Eindruck, hier ginge es um eine „Offene Tür“, in Wirklichkeit sei es um eine „gewerblich geführte Gaststätte“ gegangen. Eben! Im übrigen ist sehr zweifelhaft, wie lange diese „Beschränkung“ der Polizei halten wird: Denn wenn Jugendliche, die vielleicht mal ein Mofa geklaut haben o.ä., die sich in einem Jugendheim als Gruppe zusammenfinden und dort lernen, sich solidarisch zu verhalten, dann ist bei der ersten Sache, die wieder passiert, das Jugendheim eine „kriminogene Örtlichkeit“.

Inzwischen ist herausgekommen, was zwischen Körner und Hosse über die Köpfe der Betroffenen hinweg ausgetauscht wurde: Die Hosse-Verfügung wird nicht zurückgenommen, sondern ihr wird ein Papier angefügt, das vorsieht, daß die Polizei „zur Vermeidung mißverständlicher Interpretationen“ von der Bezeichnung Jugendbeamter keinen Gebrauch machen wird, daß die Jugendkartei in „Jugendschutzkartei“ umbenannt wird, daß in allen Stadtbezirken „Jugendschutzausschüsse“ von Polizei, Jugendämtern und Trägern der Jugendhilfe gebildet werden, und daß die JuPos eine Ausbildung durch das Jugendamt erhalten sollen.

An Widerstand gegen die JuPo in Köln gab es neben der oben genannten Veranstaltung Erklärungen u.a. von der DGB-Jugend, den Falken sowie Veranstaltungen in einzelnen Jugendheimen. Es wird sich zeigen, ob dieser Widerstand stark genug sein wird, und ob sich die SPD-Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses an den Beschluß der Parteibasis halten werden. Letztlich entschieden aber wird die Einführung der JuPo als Polizeiangelegenheit nicht in Köln, sondern in Düsseldorf, was die Notwendigkeit landesweiter Aktionen deutlich macht.

Ein Kölner AK-Leser

## Der Jugendbulle



## Dokumentation zur Einführung der Jugendpolizei in Köln 2,50

Im Zusammenhang mit der Einführung der Jugendpolizei in Nordrhein-Westfalen und einer recht breiten Protestbewegung dagegen veröffentlichte die Initiative „keine Jugendpolizei in Köln und auch nicht anderswo“ eine sehr interessante Dokumentation. Darin wird in vielen Dokumenten die spezielle nordrhein-westfälische Variante der JuPo behandelt:

- ihre Verankerung in Erlassen, Verfügungen und Polizeiberichten
- einige Hintergrundinformatio-

nen aus Polizeifachzeitschriften — Pressedokumentation und — eine Dokumentation des Widerstandes.

Die Dokumentation ist zum Preis von 2,50 DM + 1 DM Porto zu bekommen bei Peter Wolke Eburonenstr. 2 5000 Köln 1 KtoNr. 168763043 der Stadtsparkasse Köln, BLZ 37050198. Die Kontaktadresse der Initiative ist: Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum, Turinerstr. 7, 5 Köln 1.

## Westberliner Polizei: Blauer geht's nicht

Schon in den vergangenen Jahren wurde Westberlin als Eldorado für blaue Polizisten bekannt. Der Suff bei Beamten kam so in Verruf, daß Polizeipräsident Hübner 1976 ein „striktes (?) Alkoholverbot“ für Polizisten im Dienst aussprach. Mit der Alkoholstatistik vom letzten Jahr soll nun der Beweis angetreten werden, daß Hübners Alkoholverbot durchgeschlagen habe.

Nach dieser Statistik könnte man meinen, dienstliche Trunkenheitsfälle seien am Absinken, von acht Trunkenheitsfällen am Steuer 1977 auf zwei Fälle 1978 („Tagesspiegel“, 22.2.79). Nach unserer — sicher noch unvollständigen — Statistik ist aber genau das Gegenteil der Fall, nämlich ein Ansteigen auf neun Fälle von Trunkenheit am Steuer im Jahr 1978.

Und da soll man den Gesamtzahlen der offiziellen Statistik glauben, wonach ein Absinken der Fälle von 53 auf 30 Fälle konstatiert wird???

Für Trunkenheitsdelikte + außer Dienst muß selbst die offizielle Polizeistatistik ein Ansteigen feststellen, nämlich von 71 auf 104 Fälle, oft verbunden mit anderen Delikten wie Körperverletzung, Hausfriedensbruch oder Fahrerflucht („Tagesspiegel“, 22.2.79).

So wurden 1978 bei Unfällen von besoffenen Polizisten außer Dienst mindestens sechs außenstehende Personen und fünf Beamte verletzt. Mindestens 35 außenstehende Autos wurden zu Klump gefahren. Dabei begingen mindestens 16 Beamte Fahrerflucht.

Auch hier zeigt unsere selbst recherchierte Statistik mehr als das Doppelte: Nach der offiziellen Statistik bauten besoffene Polizisten in ihrer Freizeit 16 Unfälle, schon nach

unseren unvollkommenen Untersuchungen waren es mindestens 35!

Übrig bleibt, daß die Statistik der Westberliner Polizeiführung eine recht windige Sache ist. Sie soll das weitere Ansteigen von Trunkenheitsfällen bei der Westberliner Polizei kaschieren.

Dabei muß man bedenken, daß die

Dunkelziffer noch weit höher liegen dürfte als die bisher bekanntgewordenen beachtlichen „Leistungen“ der Westberliner „Ordnungshüter“.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Westberlin



## System von Krisenstäben

Eine „Generaldirektion für die Innere Sicherheit“ beim Bundesinnenministerium einzurichten — diesen Vorschlag unterbreitete der in Polizeikreisen vielfach beachtete Dr. Alfred Stümpers (siehe AK 149).

In der neuesten offiziellen Informationsschrift des Bundesinnenministers „Innere Sicherheit“ vom 16.2.79 (Nr. 47) wird nun berichtet, daß Innenminister Baum sich dafür ausgesprochen habe, auf der Grundlage eines Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 29.8.78 „ein möglichst übereinstimmendes System von Führungsstäben zur Bewältigung besonderer Krisen- und Gefahrensituationen ... zu entwickeln“. Im Bundesministerium des Innern seien die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß eine schon bestehende „rund um die Uhr besetzte Führungs- und Lagezentrale in einem Krisenfall zum sofort einsetzbaren Führungsstab hochgefahren werden kann“. Ergänzend dazu seien in den Bundesländern vergleichbare Führungsstellen aufgebaut

worden, welche in der Vergangenheit wiederholt ihre Bewährungsproben bestanden hätten. Praktisch sei dieses System in gemeinsamen Informations- und Kommunikationsübungen des Bundes und der Länder bereits erprobt worden. Bereits 30 überregionale Fernmeldeübungen hätten seit Juni 1978 allein im Bereich des Bundesgrenzschutzes stattgefunden.

Diese Äußerungen des Bundesinnenministers belegen, daß Stümpers Vorschläge nicht nur zur Diskussion stehen, sondern daß die Vorbereitungen zur Errichtung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit“ bereits integraler Bestandteil der Regierungspolitik im Rahmen des „Programms Innere Sicherheit“ sind.

Vor diesem Hintergrund muß man Baums mit viel Öffentlichkeitswirksamkeit vorgestellten „Anstrengungen“ beurteilen, den Sicherheitsapparat nach sogenannten „Überreaktionen“ zu „durchforsten“!

Antifa-Kommission/Hamburg

## BRD-Sicherheitsexperten im Einsatz gegen Basken

Der spanische Außenminister Oreja unterlag kürzlich nicht dem Werben des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin, der vorschlug, die spanische Regierung in ihrem Kampf gegen die „linken baskischen Guerillas“ (Newsweek, 5.3.79) zu unterstützen, um den Preis des Nicht-eintritts Spaniens in die NATO. Oreja hatte sich bereits anders orientiert. Im Kampf gegen die Basken stehen ihm westdeutsche Anti-Terror-Spezialisten zur Seite. „Eine Zusammenarbeit, die sich bereits in der Verhaftung einiger baskischer Anführer“ (ebda.) auszahlt hat. Die Zusammenarbeit mit Spanien wird bereits seit 1972 praktiziert in „monat-

lichen Informationsgesprächen“ (Spiegel v.14.2.77). Diese Kooperation, die unter Francos faschistischer Herrschaft vereinbart wurde, setzte sich auch unter der neuen „demokratischen“ Regierung fort. Im August 1978 reiste der Hamburger VS-Chef Horchem nach Madrid und stand dort der Regierung „sechs Wochen lang in Fragen der Terroristen-Bekämpfung mit Experten - Rat zur Seite“. Das Ziel dieser Ausbildung war „die Bekämpfung der baskischen Autonomisten - Organisation ETA und der Terrororganisation Grapo“ (HA, 15.8.78).

Antifa Kommission Hamburg



# Klassenjustiz



## Einstellung des Prozesses gegen Arndt Müller und Armin Newerla

Nachstehende Presse-Erklärung plus Spendenaufruf erhielten wir am 10. März von den gewählten Verteidigern von Arndt Müller und Armin Newerla. Der festgesetzte Prozeßbeginn ist jedoch nicht, wie es in der schon vor längerer Zeit verfaßten Presse-Erklärung heißt, am 1. März, sondern am 3. April (lt. „FAZ“, 20.2.).

... DA DER ANGEKLAGTE DURCH EINEN VERTEIDIGER SEINER WAHL VERTEIDIGT WIRD, ERHEBE ICH ZUSÄTZLICH ANKLAGE WEGEN KRIMINELLER VEREINIGUNG...

... DA DER ANGEKLAGTE DURCH EINEN VERTEIDIGER SEINER WAHL VERTEIDIGT WIRD, ERHEBE ICH ZUSÄTZLICH ANKLAGE WEGEN KRIMINELLER VEREINIGUNG...



### Presseerklärung

der Verteidiger der Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla aus Anlaß des Abschlusses des Verfahrens gegen Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo:

Am 1.3.79 soll die Hauptverhandlung gegen die Rechtsanwälte Müller und Newerla vor dem 2. Strafsenat des OLG Stuttgart beginnen. Ihnen wird vorgeworfen, Kassiber, Waffen und Sprengstoff in die JVA Stuttgart-Stammheim geschmuggelt zu haben. Am 14.12.1978 erging im Verfahren gegen Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo, zugleich Hauptbelastungszeugen gegen die angeklagten Rechtsanwälte Müller und Newerla, das Urteil. Verlauf und Ergebnis des Verfahrens gegen Speitel und Dellwo, die beiden „Meistersinger von Stammheim“ („Der Spiegel“ 48/1978 S.133 ff) müssen in ihrer Funktion für das bevorstehende Verfahren gegen die RAe Müller und Newerla betrachtet werden.

Das Verfahren gegen die Rechtsanwälte Müller und Newerla, mit dem Vorwurf der unerlaubten Übergabe von Gegenständen an Gefangene, soll – wie die Verfahren gegen Groenewold, Croissant und andere Rechtsanwälte – die nachträgliche Begründung für die Vielzahl von Gesetzen liefern, mit denen die Rechte der Angeklagten auf umfassende Verteidigung eingeschränkt wurden. Gerechtigt werden sollen insbesondere die Verteidigerabschlußgesetze, das Kontaktsperregesetz und die Trennscheibe.

Das Verfahren dient aber auch – erklärtermaßen – dem Zweck, den Staat von jeder Verantwortung für den Tod der drei Häftlinge in Stammheim reinzuwaschen und diese den Anwälten aufzubürden. (Der Vorsit-

zende in der mündlichen Urteilsbegründung gegen Speitel und Dellwo: die Mordlegende wurde zerstört.) Gerade durch einen Prozeß gegen zwei Rechtsanwälte, die sich an der Anprangerung der Isolationshaft gegenüber RAF-Gefangenen besonders engagiert haben, soll desweiteren der Kampf gegen unmenschliche Haftbedingungen diffamiert und unglaublich gemacht werden.

Um diese Ziele zu erreichen, haben BKA und Bundesanwaltschaft Speitel und Dellwo als „Kronzeugen“ aufgebaut. Dellwo wurde (wie Newerla) am 31.8.77 verhaftet; Speitel am 3.10.77. Beide unterlagen der Kontaktsperre (6.9.-20.10.77). Einer Zeit also, als die Ermittlungsbeamten jederzeit Zugang zu den Gefangenen hatten, sie ihre Gefangenenbesuche steigerten, die Verteidiger jedoch von ihren Mandanten ferngehalten wurden. Verschiedene Gefangene, u.a. RA Newerla selbst, berichten von erlittener oder angedrohter Prügel durch Ermittlungsbeamte während dieser Zeit.

Nach der Zeit der Kontaktsperre werden erste Aussagen von Dellwo und dann auch von Speitel schriftlich festgehalten. Speitel und Dellwo werden auch anders motiviert: ihre Aussagefreudigkeit wurde denn auch tatsächlich von der Bundesanwaltschaft und dem Gericht erklärmaßen honoriert. Nicht nur „Der Spiegel“ (a.a.O.) vermutet daneben das Versprechen von neuen Papieren und Geldes.

Waren die beiden solchermassen auf ihre Rolle als „Kronzeugen“ konditioniert, mußte das Verfahren gegen sie konsequenterweise vorgezogen werden. Durch die Verurteilung von Speitel und Dellwo wurde bereits jetzt die Täterschaft der beiden Rechtsanwälte festgeschrieben,

# Schluß mit der Isolationshaft von Günther Sonnenberg

Anfang März befanden sich kurzzeitig ca. 20 politische Gefangene in der BRD im Hunger- und Durststreik, um eine Verschlechterung der Haftbedingungen von Günther Sonnenberg zu verhindern. In der Presse ist diese Aktion weitestgehend totgeschwiegen worden. Dennoch konnte von den Gefangenen erreicht werden, daß Sonnenberg eine Änderung seiner Haftbedingungen zugesagt wurde.

### Das Urteil: lebenslänglich

Günther Sonnenberg wurde wegen angeblichen Mordversuchs an Polizeibeamten zu lebenslänglich verurteilt. Er soll bei seiner Festnahme durch Schüsse auf die Beamten mit Mordabsicht gehandelt haben. Es erübrigt sich, hier auf die Einzelheiten des Prozesses einzugehen. Als „mutmaßlicher Buback-Attentäter“ war er bereits vom BKA öffentlich vorverurteilt.

Der Prozeß war insofern allerdings erwähnenswert, als auch hier das Opfer auf der Anklagebank saß: Sonnenberg war bei seiner Verhaftung durch Schüsse schwer am Kopf verletzt worden und schwebte längere Zeit in Lebensgefahr. Er ist heute noch nicht genesen.

Das Verfahren war auch insofern typisch für die neue „Rechtsstaatlichkeit“ der BRD, als man die in RAF-Verfahren schon beinahe klassisch zu nennende Beweisnot folgendermaßen behoben hat: daß er tatsächlich das Attentat auf Buback verübt oder daran teilgenommen hat, dafür gab es nämlich keine Beweise. So wurde er eben schnurstracks wegen anderer Vorwürfe (nämlich der Schießerei bei seiner Festnahme wegen des Buback-Attentats) zu lebenslänglich verurteilt.

### Die Haftbedingungen

Nachdem Sonnenbergs Kopfverletzung organ-medizinisch soweit wieder hergestellt war, daß er in einen „normalen“ Knast verlegt werden konnte, wurde er in der JVA Stuttgart-Stammheim mit den beiden Gefangenen Siegfried Haag und Roland Mayer untergebracht. Diese drei hatten gemeinsamen Hofgang (40 Minuten täglich) und einmal in der Woche gemeinsam Tischtennis. Angesichts der in Freiheit möglichen Kontakte ist diese Regelung schon erschreckend.

Die Justiz gestand dies unter dem Eindruck mehrerer Gerichtsgutachter zu, die zu dem Ergebnis gekommen waren, daß eine medizinisch aussichtsreiche Behandlung soziale Kontakte insbesondere mit Personen erfordere, denen Sonnenberg freundschaftlich verbunden ist.

„Für die weitere Behandlung und

Eindruck mehrerer Gerichtsgutachter zu, die zu dem Ergebnis gekommen waren, daß eine medizinisch aussichtsreiche Behandlung soziale Kontakte insbesondere mit Personen erfordere, denen Sonnenberg freundschaftlich verbunden ist.

„Für die weitere Behandlung und

Betreuung ist natürlich vor allem die Übungsbehandlung der geistigen Fähigkeiten des Gehirns, als Grundprinzip also vor allem Sprechen mit und Nachvollziehen der Gedankengänge anderer Menschen, Entwicklung der eigenen Gedankengänge und Auseinandersetzung mit Einwänden usw. ärztlicherseits wünschenswert.“ (Gutachten von Prof. Dr. Müller vom 14.10.1977).

Angesichts dieser Stellungnahme, die im Grundsatz von den Professoren Rasch, Wulff und Krott sowie dem Knastarzt (!) Dr. Mechler geteilt wurde, stellt es wirklich eine ganz besondere Blüte perfider Unmenschlichkeit dar, Günther Sonnenberg aus dem Zusammenhang mit seinen einzigen beiden Bezugspersonen Haag und Mayer herauszureißen.

### Verlegung nach Bruchsal

Genau dies brachte aber die sog. „Einweisungskommission“ im Stammheimer Knast fertig: Günther wurde unter dem Vorwand, er sei jetzt nach Rechtskraft des gegen ihn verhängten „Lebenslänglich“ nicht mehr in Untersuchung, sondern in Strafhast, am 25.1.1979 in die JVA Bruchsal verlegt.

Er selbst erfuhr davon erst unmittelbar vor dem Abtransport. Dem Verteidiger wurde die erledigte Deportation sogar erst vier Tage später bekannt, obwohl er am 25.1.1979 noch mit dem zuständigen Beamten in Stammheim telefoniert hatte.

Günther trat daraufhin, angesichts der akuten Gefährdung aller bereits erreichten Heilungserfolge und damit auch der physischen Existenz, als Notwehrmaßnahme in den Hungerstreik.

Seine ehemaligen Mitgefangenen Haag und Mayer schlossen sich dem an.

Da der Justizapparat trotz der Ausschöpfung aller juristischen Möglichkeiten durch den Verteidiger von Günther, trotz diverser Petitionen und Appelle nicht die geringste Neigung zeigte, den lebensbedrohlichen Haftverschärfungen für Sonnenberg abzuweichen, sahen die drei Gefangenen am 5.3.1979 keine andere Möglichkeit mehr, das schärfste der ihnen im

Knast zur Verfügung stehenden Mittel, nämlich den Durststreik, einzusetzen.

Es ist bekannt, daß ein Entzug von Wasser den menschlichen Körper so weit zerstört, daß nach ca. einer Woche der Tod durch Verdursten eintreten kann.

Als andere Gefangene die Meldung vom Durststreik erfuhren, traten sie in mehreren Städten aus Solidarität ebenfalls in den Hunger- und Durststreik.

So in Hamburg insgesamt acht Gefangene seit dem 7./8. März, in Frankfurt z. B. die „dpa-Besitzer“, d.h. die Gefangenen, die aus Solidarität mit Werner Hoppe und Karl-Heinz Dellwo die Räume von DPA in Frankfurt zu besetzen versuchten.

In Stammheim waren noch Irmgard Möller, in Hessen Verena Becker und die Gefangenen Dorff und Tauras im Hunger- und Durststreik.

Die einheitliche Forderung aller Beteiligten war: Erfüllung der Forderungen von Günther Sonnenberg. Günther Sonnenberg wiederum hatte gefordert:

- Rückverlegung in die JVA Stammheim, und zwar zu den ehemaligen Mitgefangenen Haag und Mayer
- Umschluß, Hofgang, Tischtennis und Fernsehen mit Haag und Mayer.

Ziel und Ernsthaftigkeit dieser Solidarisierung fielen in der bürgerlichen Schmier-Presse natürlich wieder völlig unter den Tisch. Stattdessen tauchten in den Zeitungen Berichte auf: „Terroristen planen großen Coup!“ und ähnlicher Dreck mehr. Wie auf Kommando wurde die Bevölkerung darauf eingestimmt, einen möglichen Tod weiterer politischer Gefangener als neuen „Terroranschlag“ anzusehen.

Schließlich schien den Vollzugsbehörden die Solidarität und Ernsthaftigkeit der in den Hunger- und Durststreik getretenen Gefangenen aber doch zu gefährlich für ihr unmenschliches Pokerspiel: sie gaben die Zusage, daß Günther Sonnenberg in den sog. Normalvollzug integriert werden soll. Hunger- und Durststreik wurden daraufhin abgebrochen.

Die demokratische Öffentlichkeit sollte jetzt darauf achten, daß diese Zusage auch tatsächlich eingehalten wird.

### Schluß mit der Isolationshaft!

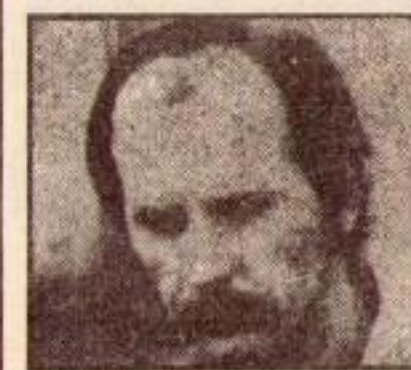
IKAH

sollte jetzt darauf achten, daß diese Zusage auch tatsächlich eingehalten wird.

### Schluß mit der Isolationshaft!

IKAH

# Terroristen im Gefängnis: Selbstmord wie Baader!



Drohung in Stammheim: Terrorist Haag. Jetzt in Bruchsal: Terrorist Sonnenberg.

BILD sprach als erste mit dem Toten. So werden neue „Selbstmorde“ vorbereitet (aus BILD, 12.3.79).

Terroristen in Baden-Württembergs Gefängnissen planen eine aufsehenerregende Selbstmordaktion – als Signal für ihre noch freien Komplizen, neue Anschläge zu verüben.

Der in Stammheim sitzende Siegfried Haag drohte einem Gefängnisarzt: „Sagt dem Sadh (Regierungschef von Baden-Württemberg), bald geht's ihm wie Baader“ (nach dem Selbstmord von Baader, Enslin und Raspe in Stammheim als baden-württembergischer Justizminister zurückgetreten).

Nach der Drohung Haags wurden die Sicherheitsmaßnahmen verschärft: Alle zwei Tage werden die Terroristen in andere Zellen verlegt. Der mutmaßliche Buback-Mörder Sonnenberg kam nach Bruchsal, Radisarsitz und andere Einrichtungsgefangene werden laufend ausgewechselt.

Die Terroristen werden ab keinem Fall – wie sie versprochen – zusammengelegt. Sie sollen keine Gelegenheit bekommen, gemeinsam Attentatspläne auszuhacken.

Generalbundesanwalt Rebmann: „Es besteht durchaus der Verdacht, daß etwas Schlimmes geplant ist.“

### Spendenaufruf

Der Vorsitzende des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart, Dr. Eberhard Foth, bekannt aus den Verfahren gegen Baader, Meinhof u.a., gegen Johannes Thimme aber auch gegen Speitel und Dellwo hat den angeklagten Rechtsanwälten Müller und Newerla jeweils nur einen Wahlverteidiger beigeordnet. Für die Beordnung eines zweiten Wahlverteidigers „besteht indes kein Anlaß“ (Foth). Da den Angeklagten statt dessen jeweils ein sog. Sicherungsverteidiger beigeordnet wurde, sei „die erforderliche Verteidigung – auch im Hinblick auf den beträchtlichen Umfang der Akten – gewährleistet“ (Foth).

Die Angeklagten haben zu den ihnen aufgetroffenen Verteidigern kein Vertrauen.

Andererseits sind etwa 85 Leitzordner zu bearbeiten, was für einen Verteidiger unmöglich zu bewältigen ist. Schon aus diesem Grunde

brauchen die Angeklagten jeweils einen weiteren Verteidiger ihres Vertrauens. Dies gilt umso mehr, als das Verfahren gegen die beiden angeklagten Rechtsanwälte der nachträglichen Rechtfertigung des Kontaktsperregesetzes, der Trennscheibe und der Selbstmordthese von den Gefangenen in Stammheim dienen soll.

Die Verteidigung in diesem Verfahren ist mit hohen Kosten verbunden, die keine Kanzlei verkraften kann. Wir bitten Sie daher um Ihre finanzielle Unterstützung durch Überweisung einer Spende auf das Spendenkonto

Detlef Feuerborn, 68 Mannheim Nr. 155 06 - 752 PSchA Karlsruhe

Als gewählte Verteidiger:

Detlef Feuerborn, Mannheim  
Dr. Gerhard Hårdle, Heidelberg  
Monika Schiele, Mannheim  
Gernot Werschak, Ludwigshafen



# Der Kampf um Werner Hoppes Freiheit ist nicht zu Ende

Werner Hoppe ist nun seit beinahe einem Monat auf freiem Fuß (s. AK 148, S. 19). Diese Freiheit ist aber keineswegs unbegrenzt oder unbedroht.

Auf der von ihm gegebenen Pressekonzferenz am 8.2.1979 hat der SPD-Justizsenator Dahrendorf beteuert, daß er sich bei der Behandlung des „Falles Hoppe“ streng an die Gesetze – und an das Urteil der Ärzte – halten werde.

Die „Strafvollstreckungsordnung“ würde es nämlich vorschreiben, Werner weiter zu inhaftieren, wenn er wieder „haftfähig“ ist. Die Situation ist also total pervers: Werner mußte freigelassen werden, weil ihn der Knast lebensgefährlich krank gemacht hat. Die vorübergehende Entlassung soll ihn wieder gesund machen. Ist er das, dann soll er zurück ins Gefängnis. Damit wäre aber genau die Situation wieder eingetreten, die Werner nach den Feststellungen aller drei Gutachten in Lebensgefahr gebracht hat. Mit anderen Worten: Innerhalb kurzer Zeit wäre Werner Hoppe wieder so krank, daß er nach wenigen Monaten wiederum wegen Haftunfähigkeit entlassen werden müßte. Ein Kreislauf ohne Ende – sofern nicht allein die Befürchtung einer neuen Verhaftung Werners Genesung überhaupt verhindert.

Der Kampf um Werners Freiheit hat also gerade erst richtig begonnen. Die entscheidende Frage wird sein, ob der Vollzug demnächst seinen „staatlichen Strafanspruch“ bedingungslos durchsetzen wird, auch auf Kosten von Werners Leben, oder ob Werners Leben geschützt werden kann.

Zu fordern ist deshalb, daß die derzeitige Haftunterbrechung in eine endgültige Freilassung umgewandelt wird. Es wäre Aufgabe des Justizsenators, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, in welcher juristischen Form das geschehen kann. Klar ist jedenfalls, daß es Möglichkeiten dazu gibt (z.B. Begnadigung) – und daß nur dadurch Werners Genesung gesichert werden kann.

## Knebelnde Auflagen

Mit seiner Entlassung aus der Haft wurden Werner diverse Auflagen gemacht, die offenbar verhindern sollen, daß er sich allzu frei fühlt. In der offiziellen staatlichen Pressemitteilung vom 8.2.1979 heißt es dazu: „Zur Sicherung des staatlichen Strafanspruchs ist Werner Hoppe darauf hinzuwirken, sich an die Unterbrechung der Vollstreckungsbehörde widerrufen werden würde, sofern er das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu verlassen sucht. Eine derartige Absicht wird dann angenommen, wenn er einen Wechsel seines Wohn- bzw. Aufenthaltsortes der Vollstreckungsbehörde nicht anzeigt oder die Ausstellung von Ausweispapieren beantragt. Außerdem ist ihm übermitteln worden, daß die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit neu überdacht werden muß, wenn er Kontakt zu Mitgliedern der RAF oder verwandten Organisationen (?!!) aufnehmen oder auf Kontaktversuche dieser Gruppen eingehen sollte.“

Damit braucht sich Werner zwar nicht regelmäßig auf einem Polizeirevier zu melden, aber ihm wurde eine völlig unbestimmte politische Wohlverhaltensklausel aufgesetzt.

Wie sollte Werner zu „Mitgliedern der RAF“ Kontakt aufnehmen. Meint wirklich jemand ernsthaft, Werner würde ein konspiratives Treffen mit Christian Klar veranstalten wollen?

Daß das nicht geht, weiß Dahrendorf selber sehr genau: „Schon der Gesundheitszustand Hoppes läßt es nahezu ausgeschlossen erscheinen, daß dieser in naher Zukunft eine aktive Rolle im politischen Terrorismus spielen kann“ (aus der staatlichen Pressemitteilung vom 8.2.79).

Gemeint sein können also nur Besuche bei inhaftierten Mitgliedern der RAF. Aber welches „Sicherheitsrisiko“ soll von Besuchen bei Genossen ausgehen, die lebenslanglich im Knast sitzen sollen?

Das Verbot dieser Kontakte läuft also darauf hinaus, daß Werner seine alten Freunde nicht mehr sehen darf, sich mit ihnen nicht auseinandersetzen soll und ihnen – vielleicht – nicht Mut machen können soll, durchzuhalten, zu überleben.

Es spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle (und wir wissen es auch nicht), ob Werner Hoppe solche Besuche überhaupt machen will; entscheidend erscheint uns, daß sich der Staat das Recht herausnimmt, jegliche Verbindungen dieser Art für Werner mit der existenzvernichtenden Drohung des Widerrufs der Haftunterbrechung zu verknüpfen. Das Verbot ist ein Teil der Isolationshaftbedingungen gegen die anderen Gefangenen und ein Stück Fortsetzung der staatlichen Kontrolle über den freien Werner.

Drohender aber noch erscheint uns der andere Teil der Auflage: das Verbot von Kontakten zu „verwandten Organisationen“. Wer bestimmt, was „verwandte Organisationen“ sind?

Was soll es bedeuten, auf derartige „Kontaktversuche“ „einzugehen“?

Bekanntlich sind die Meinungen im Staatsapparat über den Umfang des Sympathisantenkreises des „Terrorismus“ sehr geteilt. Die einen beschränken ihn auf die „Revolutionären Zellen“, die anderen beziehen die „K-Gruppen“ mit ein.

Es ist ausgeschlossen, daß sich die Staatsanwaltschaft über die Schwammigkeit dieser Auflage nicht bewußt gewesen ist.

Derartige kann nur zur Absicht haben, daß Werner in ständiger Unsicherheit darüber leben soll, was er „noch“ und was er „nicht mehr“ darf. Die Konsequenz könnte sein, daß Werner gezwungen ist, jeden Kontakt mit der Linken zu unterlassen, um sicher zu gehen, daß er nicht wegen eines willkürlich konstruierten Verstoßes gegen die Auflagen wieder eingeknastet wird. Schon ein Interview von Werner im „Pflasterstrand“ zu seiner Haftsituation könnte von den Scharfmachern im Staatsschutz als Grund zum Widerruf der Haftunterbrechung gewertet werden, nachdem die Sponti-Zeitung im Januar wegen des Abdrucks eines Artikels aus den sog. „Revolutionären Zellen“ zum Opfer einer Polizeirazzia wurde (s. AK 147, S. 33). Dasselbe dürfte logischerweise bei einem Gespräch mit dem ID gelten, den Teile des Staatsschutzes ja offen zur „Sympathisanten-Szene“ rechnen.

Die Auflagen dienen also dazu, einen Linken, nachdem man ihn physisch kaputt gemacht hat, auch noch

mundtot zu machen: Deutsche Gründlichkeit, auch außerhalb des Knastes. Diese Auflagen müssen weg!

## Trendwende?

Werner ist frei – die Haft hat ihn kaputtgemacht. Dies gibt inzwischen sogar der Vollzug zu.

Was liegt da näher als die Frage, was denn nun von offizieller Seite getan wird, um bei weiteren Gefangenen eine ähnlich bedrohliche Entwicklung von vornherein zu verhindern oder aufzuhalten. Die Antwort: gar nichts.

In Hamburg sitzen noch drei weitere männliche Gefangene unter denselben Bedingungen ein, denen auch Werner unterworfen war (Sigurd Debus, Bernd Geburtig und Helmut Pohl). An deren Haftbedingungen hat es seither keinerlei Erleichterungen gegeben. Die Sozialisolierung, die entscheidend zu Werners Krankheit beigetragen hat, wurde bei ihnen auch jetzt nicht gelockert. Die Gefangenen wurden weder in den Normalvollzug integriert, noch wurden sog. „interaktionsfähige Gruppen“ gebildet, die die Haftsituation für sie erträglich machen könnten.

Im Gegenteil: nachdem der Staat im Fall von Werner zum Nachgeben gezwungen war, muß damit gerechnet werden, daß er jetzt „Flagge zeigt“.

Dahrendorf (SPD) betonte bereits, daß die Entlassung Werners den inhaftierten Gefangenen nicht das Tor zu einer Strategie „Per Hungerstreik in die Freiheit“ (so hat es „Bild“ mal wieder auf den Begriff gebracht) aufgestoßen habe. Es werde keinen zweiten Fall Hoppe geben.

Im CDU-regierten Baden-Württemberg wurde zur gleichen Zeit Günther Sonnenberg unter einem willkürlichen Vorwand von seinen beiden Mitgefangenen Haag und Mayer getrennt und in Isolationsbedingungen ins Knastkrankenhaus Hohenasperg verlegt: eine unglaubliche und bedrohliche Maßnahme angesichts der Kopfschußverletzungen, die ihm Polizisten zugefügt haben und von denen er sich immer noch nicht erholt hat.

Karl-Heinz Dellwo, der Anfang Dezember in den neuen Super-Totenstrakt in Celle verlegt wurde, wird dort total isoliert, obwohl er in Köln nach einem Hungerstreik die verbindliche Zusage erhalten hatte, er werde in den Normalvollzug integriert. Begründung des Herrn Bartsch vom Vollzug: „Die unausgesetzte Absonderung in Einzelhaft gemäß § 89 StVollzG ist vielmehr von vornherein die einzig richtige und verhältnismäßige Maßnahme der Anstalt.“

Wer also meint, Werners Entlassung wäre ein Zeichen, daß sich der Baumsche Liberalismus jetzt auch in Taten irgendwo bemerkbar macht, dürfte sich täuschen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Entlassung eines Gefangenen es dem Staatsapparat nicht ermöglicht, gegenüber den anderen umso brutaler vorzugehen, nach dem Motto des Liedermachers Hans Scheibner: „Das macht doch nichts, das merkt doch keiner“.

## Freiheit für alle politischen Gefangenen!

IKAH

## Heidelberg: Knast ohne Bewährung für Klausur-Boykott

Angefangen hatte alles im Winter 76/77, als im Germanistischen Seminar in Heidelberg als zusätzliche Verschärfung zur Prüfung eine weitere Klausur eingeführt werden sollte. Die Studienbedingungen sahen folgendermaßen aus: 6 1/2 unbesetzte Professorenstellen, total überfüllte Seminare, Ankündigung weiterer Mittelkürzungen, viele Werkstudenten wegen nicht ausreichender Bafög-Zahlungen.

In dieser Situation entschließen sich 80% der Studenten der Abteilung Mittelhochdeutsch, die neue Klausur zu boykottieren. Diese Maßnahme wird mit großer Mehrheit in allen Seminaren unterstützt, ein Boykottausschuß wird gewählt.

Als die Studenten eine Urabstimmung über einen befristeten Streik vorbereiten, setzt die Institutsleitung durch ihre Reaktion einen Meilenstein für die weitere Entwicklung: Polizei wird angefordert, die Abstimmung verhindert. Es folgt die Anwendung des Ordnungsrechts: 11 Studenten werden für zwei bis vier Semester von der Uni gescheucht und vom Studium ausgeschlossen. Begründung: „Unterzeichnung von Flugblättern, unbefug-

tes Diskutieren (!), Teilnahme an einer sog. Vollversammlung“.

Doch das war noch nicht alles, was der Staat zu bieten hatte: Die 11 Studenten erhielten Strafanzeigen. Ein Jahr später wurden die ersten mit Geldstrafen von 1.200,- bis 1.600,- DM verurteilt. Dem Staatsanwalt war's zuwenig, er ging in die Berufung.

Ende Januar 1979 wird ein weiterer Student verurteilt: Drei Monate Knast auf Bewährung, 1.800 DM Geldstrafe. Es folgt der größte Hammer: Ebenfalls im Januar wird ein Student zu 15 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt. Vorläufiger Schuldspruch: Mitte Februar wird der Student Torsten B. zu 2.000 DM Geldstrafe verurteilt.

Begleitet wurde dieser Prozeß von antikommunistischer Stimmungsmache. Prof. Roswitha Wisniewski (CDU-Bundestagsabgeordnete) sah in dem Boykott einen „Bestandteil des kommunistischen Angriffs auf die Bundesrepublik“. In einem Urteil wird der Boykottausschuß als „kriminelle Vereinigung“ bezeichnet (Zitate nach „die tat“, 2.3.79)...

IKAH Hamburg

## Berichtigung zu Herbert Soffel

In AK 149 (S. 18) wurde ein Offener Brief über den lebensbedrohenden Gesundheitszustand von Herbert Soffel (seit 53 Monaten als Mitglied des Frankfurter Gefangenennrats im Knast) abgedruckt. Dabei ist in der Überschrift ein Fehler unterlaufen: Es handelt sich natürlich um einen Offenen Brief von Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und nicht um einen Brief an die Angehörigen (...), wie versehentlich geschrieben. Unterzeichnet ist der Offene Brief von:

Birgit Soffel, Wienke Zietzlaff, Giesela, Susanne und Rita Wiesniewski, Sabine Wackernagel, Valentin Jeker, Ella Grusdat, Adelheit Hinrichsen, Erna und Herbert Rollnik, Hans

und Hanna Krabbe, Renate Fink, Thorwald Prohl, Familie Becker, Christa Cullen, Familie Schulz, Christian Thimme, Beate Tauber und Uwe Folkerts.

Der Antrag auf Entlassung wegen Haftunfähigkeit wurde übrigens abgelehnt; Herberts Anwälte haben dagegen Beschwerde eingelegt. Spenden, damit Herbert sich dringend nötige Zusatznahrungsmittel wie Ovomaltine usw. kaufen kann, können auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Sparkasse Bielefeld, Konto-Nummer 28573160, Birgit Soffel

IKAH

## Solidarität mit den Agit-Druckern

Im Rahmen einer internationalen Solidaritätskampagne mit den in der BRD verfolgten „Agit“-Druckern haben fünf belgische Druckereien den westdeutschen Vertretungen in Brüssel und Lüttich Protestresolutionen übergeben.

Es handelt sich um: „Ailleurs“ – Serigraphie.

„Vereinigung 22. März“ (Brüssel), „L-Atelier – Cooperative“ (Liege), „Le temps de vivre“ (Tournai) und die Gruppe „Le Cigar“ aus dem wallonischen Brabant. (Informationen aus „APL“ 414 vom 13.2.)

Belgien-Kommission

## 90a-Prozeß gegen drei KBWler in Bamberg

In Nürnberg ist jetzt ein 90a-Prozeß („Verunglimpfung des Staates“) in der 3. Instanz zu Ende gegangen. Der betroffene Wandzeitungsschreiber (Student) muß 2.000 DM bezahlen, wobei die Geldstrafe (90 Tagessätze à 5 DM) der kleinste Teil ist. Der Rest geht für die Verfahrenskosten drauf.

In der Wandzeitung, die am 15.7.76 in dem Jugendzentrum (KOMM) geschrieben wurde, ging der Schreiber auf die Haftsituation von K.H. Roth und Willy Piroch (Nürnberg, jetzt als „Terrorist“ in Italien zu neun Jahren Knast verurteilt) ein. U.a. stand in der Wandzeitung: „In den letzten Jahren wurden 70 bis 80 Leute von Bullen ermordet.“ und „Tausende brachten sich im Knast um, weil sie dieses unmenschliche System nicht mehr ertragen konnten.“

Das erste Zitat nahm der Nürnberger Polizeipräsident zum Anlaß, eine Anzeige wegen Verleumdung zu stellen. Das zweite hat zu einer Verurteilung nach § 90 a geführt.

Interessant ist dabei noch, daß der einzige Zeuge, der eine Verurteilung erst ermöglicht hat, der Leiter des KOMM, Michael Popp ist, der sich ansonsten immer recht fortschrittlich gibt: Er meinte vor Gericht, den „Täter“ genau erkannt zu haben!

Im ersten Gerichtsverfahren wurde der angebliche Schreiber zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen à 10 DM verurteilt. In der Berufungsverhandlung zu 40 Tagessätzen à 5 DM. Anschließend hob das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil auf, und gab es erneut zur Verhandlung zurück an das Landgericht Nürnberg, das nun endgültig zu dem Urteil 90 Sätze à 5 DM kam. Übrigens hatte der Staatsanwalt (der gleiche, der auch immer den Neonazi Hoffmann mit Samthandschuhen anfaßt) vier Monate Gefängnis mit Bewährung gefordert.

KB/Gruppe Nürnberg

## 90a-Prozeß gegen Wandzeitungsschreiber

Vor der Staatsschutzkammer am Landgericht Bamberg läuft seit dem 12.3. gegen drei KBW-Mitglieder ein Prozeß wegen „Staatsverunglimpfung“ nach §§ 90a und 90 b StGB.

Sie sind angeklagt, im „Deutschen Herbst“ 1977 Plakate geklebt zu haben, auf denen zu den „Selbstmorden“ in Stammheim gesagt wird: „Ob so oder so, das sind KZ-Methoden“.

Weiter geht es noch um folgende Plakate:

— ein Plakat zur Aufrüstung, auf dem Helmut Schmidt in eine Reihe mit Kaiser Wilhelm II. und Adolf Hitler gestellt sein soll;

— ein Plakat des Soldaten- und Reservistenkomitees und

— ein Plakat mit dem Programm des KBW sowie um den Verkauf der „KVZ“ in der Bamberger Fußgängerzone im Oktober 77 zu Stammheim.

Anzeige haben der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Marinerichter a.D. Filbinger sowie SPD und CSU gestellt – letztere wegen „Sachbeschädigung“, da die KBW-Plakate auf ihre Plakatständer geklebt worden seien.

Der KBW selbst hat örtlich unter der Linken bislang so gut wie gar nicht über die Anklagen informiert. (Informationen nach: „Fränkischer Tag“ vom 13. und 14.3.79).

Bamberg, 14.3.79 B./M.

## Konstruierte Anklage zerplatzt

Der an Rechtsbeugungen und skandalösen Vorgehensweisen ohnehin nicht arme sogenannte Lorenz-Drenkmann-Prozeß ist um eine „Attraktion“ reicher: am Mittwoch, dem 7.3. (70. Verhandlungstag) zerplatzte die von der Bundesanwaltschaft gegen Fritz Teufel konstruierte Anklage wie eine Seifenblase. Der einzige „Zeuge“, der es möglich machen sollte, Teufel eine Tatbeteiligung an der Lorenz-Entführung nachzuweisen, mußte einräumen, daß es sich bei seiner damaligen Aussage um einen Irrtum handeln könnte! Bei einer früheren Gegenüberstellung, zu der Teufels Haar- und Barttracht zwangsweise verändert wurde, hatte er Teufel „einwandfrei“ als jenen Mann „identifiziert“, den er wenige Minuten nach der Entführung von Lorenz in Dahlem in einem schwarzen Mercedes

mit einer Person kämpfend gesehen haben wollte. Zur gleichen Zeit aber ist der Wagen mit dem Entführten, ebenfalls ein schwarzer Mercedes, von etlichen Zeugen auf der Berliner Avus gesehen und auch detailliert beschrieben worden (z.B. eine eingeschlagene Heckscheibe). Für diese Wahrnehmungen sprechen neben der großen Anzahl der Hinweise auch die Wahrnehmungen von Lorenz und der Ort, an dem das Fluchtfahrzeug aufgefunden wurde. Trotzdem wurde gerade dieser „Zeuge“, dem selbst die Polizei keinerlei Bedeutung beimmaß, zu diesem Komplex vor allen anderen Zeugen gehört. Teufel-Verteidiger Wieland: „Diese Vorgehensweise soll dazu führen, daß mein Mandant morgen in der Presse als einer der Lorenz-Entführer präsentiert werden kann. Ein Unterfangen,

das nach den nächsten Verhandlungstagen höchstens noch einen Lacherfolg hervorrufen wird.“ Die veränderte Aussage des „Zeugen“ machte dies jedoch selbst für die Springer-Presse unmöglich. Rechtsanwalt Panka wies, nachdem der „Zeuge“ zugegeben hatte, daß er sich bereits in einer Reihe anderer Strafverfahren als Zeuge gemeldet hatte, darauf hin, „daß es dem Gericht wohl bekannt sei, daß es eine Reihe notorischer Zeugen gäbe.“

Fritz Teufel, der bereits 1967 mehrere Monate unschuldig in Untersuchungshaft saß, ist mittlerweile seit dreieinhalb Jahren inhaftiert.

## Freiheit für Fritz Teufel

KB/Gruppe Westberlin



## Anwaltsverfolgung immer rigoroser — Der Fall des Rechtsanwalts Härdle —

Daß die Heidelberger Klassenjustiz durch ihren Verurteilungsdrang gegen Linke über ihre Grenzen hinaus bekannt geworden ist, dafür sorgten schon die Prozesse wegen der Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen: U.a. wurden 4 Angeklagte vom Landgericht Heidelberg (Vorsitzender Richter in den meisten Fällen: Dr. Gutmacher) zu Knaststrafen von über einem Jahr ohne Bewährung verurteilt.

Der gleiche Richter machte sich Ende Januar 1979 daran, dem Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Härdle den Prozeß zu machen.

Bereits im Februar 1978 war Härdle wegen „Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ von Richter Mattes zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Härdle soll im August 1976 Polizeibeamte angegriffen haben, als diese die Wahlkampfstände des KBW zu den Bundestagswahlen abräumten. Verurteilt wurde Härdle „aufgrund weniger Polizeiaussagen, die im Gegensatz zu zahlreichen Zeugnisaussagen standen.“ (Schreiben seiner Verteidiger Wiehe und Sander vom 17.1.79). Sowohl Staatsanwaltschaft als auch Härdle legten Berufung ein. Die außerordentliche Schärfe, mit der schon dieser Prozeß gegen Härdle geführt wurde, ist nur vor dem Hintergrund vorangegangener Auseinandersetzungen zu verstehen.

Bereits 1976 erhob der Generalstaatsanwalt in Karlsruhe ehrengerichtliche Anklage gegen Härdle, wegen Stellung von Befangenheitsanträgen gegen Richter, Befragung von Zeugen u.a. Die Führung der Fahrpreis-Prozesse brachte Härdle weitere ehrengerichtliche Vorwürfe. Der Hei-

delberger Landgerichtspräsident und das Baden-Württembergische Justizministerium erklärten die Verhängung eines vorläufigen Berufsverbots für dringend erforderlich. Im Juli 1976 schaltete sich auch Oberbürgermeister Zundel in die Debatte ein. Für ihn war die Sache mit dem Berufsverbot anscheinend schon klar, er sprach von Dr. Härdle als einem „sogenannten Rechtsanwalt“. Daß das Verwaltungsgericht Mannheim ihm daraufhin bei Androhung einer Geldbuße bis 50000,— DM diesen Ausspruch untersagen ließ, hat er bis heute nicht verwunden.

### Und noch eine Anklage...

In dem am 26.1.79 begonnenen Prozeß geht es aber nicht nur um den abgeräumten Wahlstand des KBW. Im August 1978 erhielt Härdle eine neue Anklage, diesmal „wegen Falschaussage und versuchter Strafvereitelung“ vor Gericht. Ihm wird vorgeworfen, „er habe als Zeuge in einem Hausfriedensbruchprozeß gegen einen Studenten, den er früher in einem Ordnungsverfahren gegenüber der Universität Heidelberg vertreten hatte, falsche Angaben gemacht. Er habe nämlich den Zeitpunkt falsch angegeben, in dem er an den Angeklagten den Relegationsbescheid [Rausschmiß aus der Uni, Anmerk. Red.] der Universität weitergeleitet habe. Der Kollege Härdle hat von Anfang an den Vorwurf der Anklage strikt bestritten.“ (Aus einem Brief an die Rechtsanwaltskammer Nordbaden, in dem der Prozeß gegen Härdle verurteilt wird, unterzeichnet von 25 Anwälten). Auf den Zeitpunkt der Benachrichtigung kommt es deswegen an, weil der Student nach Darstellung des Gerichts

nach angeblicher Benachrichtigung von Härdle über seinen Rausschmiß von der Universität diese wieder betreten hat und sich deswegen des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht habe.

Der jetzt laufende Prozeß weist aber noch andere Besonderheiten auf: Üblicherweise wird das Delikt der Falschaussage beim Amtsgericht angeklagt. Beide Anklagen gegen Härdle sind aber vor dem Landgericht zusammengezogen worden. Folge: Im Falle einer Verurteilung gibt es nur noch das Rechtsmittel der Revision (die ansonsten gegebene zusätzliche Möglichkeit der Berufung für den Anklagepunkt der Falschaussage fällt damit weg). Und noch was: Es ist der 1. Fall in Heidelberg, wo dem Angeklagten außer dem von ihm gewünschten Wahlverteidiger vom Gericht ein weiterer Pflichtverteidiger vor die Nase gesetzt wurde. Dieses Verfahren war bisher nur in den sog. Terroristenprozessen üblich, wo damit von vornherein einprogrammiert wird, daß Verteidiger wegen „falschen“ Auftretens vor Gericht aus dem Prozeß rausfliegen.

Wegen dieser Voraussetzungen standen denn auch zu Beginn der Hauptverhandlung die Zeichen auf Sturm. Rechtsanwalt Feuerborn stellte am 2. Tag — ohne Erfolg — einen Antrag auf Aufhebung des Urteils 1. Instanz. Richter Mattes hatte nämlich in diesem Verfahren während einer Sitzungspause im Beratungszimmer gegenüber den Schöffen erklärt: „Was jetzt noch kommt, wird alles abgelehnt“. Sein Pech war nur, daß diese Aussage ebenfalls in den Sitzungssaal übertragen wurde. Feuerborn stellte dar, daß Härdle durch diese Aussage in seinen elementaren Rechten beschnitten worden ist.

Angriffe auf die Verteidigung diese Aussage in seinen elementaren Rechten beschnitten worden ist.

### Angriffe auf die Verteidigung und Ordnungsstrafen

Der weitere Prozeßverlauf war gekennzeichnet durch verschiedene Angriffe auf die Rechte der Verteidiger: Zahlreiche Fragen der Verteidiger wurden als unzulässig zurückgewiesen. Ordnungsstrafen gegen Härdle in Höhe von 500,— und 1.000,— DM verhängt. Als der Staatsanwalt Johe die 3 Wahlverteidiger ebenfalls beschuldigte, falsche eidesstattliche Versicherungen abgegeben zu haben, stellte Pflichtverteidiger Tonnecker seinen 3. Antrag, aus dem Prozeß entlassen zu werden — ohne Erfolg (RNZ 15.2.79). Es folgten weitere „Erziehungsmaßnahmen“ Dr. Gutmachers gegen die Zuhörer (s. Kasten) ein weiterer — abgelehnter — Entpflichtungsantrag von Tonnecker folgte mit der Begründung, er lasse sich nicht von der Staatsanwaltschaft beschimpfen (RNZ, 22.2.79). Wiederholt wurde den Rechtsanwältinnen das weitere Befragen eines Zeugen verweigert mit der Feststellung, weitere Fragen „dienen nicht mehr der Sachaufklärung, sie seien nur dazu da, den Zeugen zu verunsichern und in Widersprüche zu verwickeln“ (RNZ, 22.2.79). In einer Erklärung, die Härdle am 13. und 14. Verhandlungstag (lediglich 5 waren vorgesehen) abgab, stellte er fest, daß auch in der jetzigen Hauptverhandlung ihn entlastende Fotos von den Ereignissen um den abgeräumten Wahlstand dem ihn belastenden Polizeibeamten nicht vorgelegt worden sind.

Ein Ende des Prozesses ist noch nicht in Sicht. Ab dem 26. 3. wird wieder verhandelt. Termine bis Mitte April sind bereits neu festgesetzt. Der bisherige Prozeßverlauf läßt den Schluß zu, daß Rechtsanwalt Härdle verurteilt und mit Berufsverbot belegt werden soll. Die Bedeutung dieses Prozesses liegt darin, daß es — sollte Härdle verurteilt und ihm sein Beruf verboten werden — der erste Fall eines Berufsverbots für einen Anwalt außerhalb der RAF-Prozesse wäre.

IKAH, Hamburg

## Knast Bremen Oslebshausen:

### „Typen wie Ihr sind vor 40 Jahren zu Seife verarbeitet worden!“

Diese und ähnliche faschistische Äußerungen machte der Hausverwalter der JVA Oslebshausen, Meyerdierts, Ende Februar gegenüber Strafgefangenen, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen haben (sog. BTM-Gefangene).

„Früher wären Männer in langen schwarzen Ledermänteln gekommen, hätten Drogenabhängige auf Lastwagen verladen und diese Leute wären dann nie mehr gesehen worden; habe er hinzugefügt. Man solle dies doch wieder einführen, dann wäre das Rauschgiftproblem gelöst. Drei Gefangenen gegenüber soll der Beamte angeblich gedußert haben, er hätte nichts gegen Konzentrationslager und von ihm aus könnten sie ruhig wieder eingerichtet werden.“ („Bremer Nachrichten“, 28.2.79).

Dies ist jedoch nur der Gipfel einer Kette von diskriminierenden „Sonderbehandlungen“, denen die BTM-Gefangenen ausgesetzt sind. Sie sind im Haus III untergebracht, in dem teilweise katastrophale bauliche Zustände herrschen: durch die Zellenfenster schneit es z.T. hinein, Gefangene klagen über mangelnde Heizmöglichkeiten. Die Gefangenen sind in sog. BTM-Listen zusammengefaßt. Das bedeutet besondere (eingeschränkte) Urlaubs- und Besuchsregelung. Die Besuchszeiten liegen außerhalb der normalen Besuchszeiten und werden akkustisch überwacht. Andere Gefangene, die sich mit den BTMlern solidarisierten oder einfach „zuviel Kontakt“ zu BTM-Gefangenen hatten, drohte die Anstaltsleitung an, sie ebenfalls auf die BTM-Listen zu setzen. Auf diese Weise werden die

BTM-Gefangenen einer Isolation unter Mitgefangenen unterworfen.

Seitdem sich die Gefangenen gegen diese Diskriminierungen wehren, hat sich die Schikanie erheblich verschärft. Erst das öffentliche Bekanntwerden der zitierten faschistischen Einstellung des Hausverwalters führte immerhin zu dessen vorläufiger Suspendierung. (Alle Informationen nach einem Flugblatt der Gefangenenhilfe Bremen und „Info Bremer Undogmatischer Gruppen“ Nr. 36 vom 1.3.79).

Resultat der repressiven Behandlung im Knast Oslebshausen: allein im Monat Februar unternahm acht BTM-Gefangene Selbstmordversuche.

Inzwischen hat die Gefangenenhilfe Bremen Schritte zur Unterstützung der BTM- und anderen Gefangenen unternommen. Sie verteilten Flugblätter in Oslebshausen, die diese Zustände aufdecken, um solche Vögel wie Meyerdierts in der Nachbarschaft zu isolieren.

Wir können die Forderungen der Gefangenenhilfe nur uneingeschränkt unterstützen:

**Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse im Knast Oslebshausen!**

**Abschaffung der Sonderbehandlung der BTM-Gefangenen!**

**Entlassung des Hausverwalters Meyerdierts!**

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Bremen**

## Buback-Nachruf-Dokumentation:

## Buback-Nachruf-Dokumentation:

### Freispruch für niedersächsischen Herausgeber

Am 23.2.79 wurden nach acht Verhandlungstagen die 13 niedersächsischen Mitherausgeber der Dokumentation „Buback — Ein Nachruf“ vom Oldenburger Landgericht freigesprochen.

Die Hochschullehrer waren angeklagt wegen Verunglimpfung des Staates (§ 90a StGB) und des Andenkens Verstorbener (§ 189), wegen Volksverhetzung (§ 130) und Beleidigung (§ 185); im Verlauf des Verfahrens wurde die Anklage immer weiter reduziert. Es blieb „nur“ die Anklage wegen § 90a. Die Staatsanwaltschaft hatte schließlich Geldstrafen von 4.800 bis 6.000 DM gefordert. Das Gericht schloß sich in der Urteilsbegründung der Meinung des BGH an, daß der Nachruf selbst nach §§ 90a und 189 StGB strafbar sei. Es sei aber nicht nachweisbar gewesen, ob die Herausgeber der Dokumentation sich mit dem Nachruf identifiziert hätten. Im Mittelpunkt der Dokumentation habe das Bemühen gestanden, „den ungekürzten Mescalero-Text einschließlich dessen Absage an terroristische Gewalt der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen“ („Nord-West-Zeitung“, 24.2.79).

Auch das Vorwort der Herausgeber, auf das die Staatsanwaltschaft die Forderung nach Geldstrafen wegen Staatsverunglimpfung (90a) gegründet hatte, reiche zu einem Schuldspruch nicht aus. Es habe weder ein Beschimpfen noch ein böswilliges Verächtlichmachen der Bundesrepublik nachgewiesen werden können. Das Vorwort bestehe nach Ansicht des Gerichts aus unsachlichen oder sogar falschen Behauptungen, die aber als „offenkundig unberechtigte politische Polemik“ zu werten sei, „die sich gerade noch im Rahmen des Rechts auf freie Meinungsäußerung hält“ („NWZ“, 24.2.).

Dieser Freispruch ist deshalb von

besonderer Bedeutung, weil das Disziplinarverfahren gegen Peter Brückner (TU Hannover) ausgesetzt worden war, um den Ausgang des Strafprozesses abzuwarten.

Das Urteil wird vorerst noch nicht rechtskräftig werden, denn die Staatsanwaltschaft hat sofort Revision beantragt.

### „Privilegierten-Prozeß“

Die Verteidiger stellten 12 Beweisangebote (Gutachten, sachverständige Zeugen), die u.a. die Existenz faschistischer Tendenzen und eines Klimas der Angst in der BRD bestätigen sollten. Alle Anträge wurden bis auf zwei Ausnahmen abgelehnt.

Ansonsten bestand der Prozeß vor allem aus den Erklärungen der einzelnen Herausgeber zur Anklage und den Plädoyers der Verteidiger. Das Gericht ließ diesen Erklärungen, die die individuelle Motivation der Herausgeber und ihre Sichtweise der repressiven politischen Verhältnisse in der BRD als auch rechtliche Argumentationen zum Inhalt hatten, breiten Raum. Die bürgerliche Presse berichtete relativ ausführlich und differenziert. Insofern unterscheidet sich also dieser Prozeß erheblich von vergleichbaren Verfahren, z.B. gegen Studenten. Die niedersächsischen Professoren haben diesen Oldenburger Prozeß zum Teil selbst als „Privilegiertenprozeß“ bezeichnet. Hier wird zugleich deutlich, welche besonderen Möglichkeiten „Prominente“ für die Verteidigung demokratischer Rechte zur Verfügung stehen. Denn man kann heute mit einiger Sicherheit sagen, daß die Urteile gegen studentische Herausgeber schärfer ausgefallen wären, wenn es den Kreis der 48 nicht gegeben hätte.

Ein Genosse des KB Gruppe Oldenburg

## Schleswig-Holstein:

### Chemische Keule weiter erlaubt

Wie wir in AK 148 (S. 22) berichteten, hatte der SPD-Abgeordnete Gert Börsen im Kieler Landtag den Antrag gestellt, die chemische Keule in Gefängnissen zu verbieten. In der Landtagsdebatte am 8.3. stellte die SPD-Fraktion nun den Antrag, die chemische Keule „nur noch“ in Fällen von Notwehr und Nothilfe anzuwenden. Die Abgeordneten der SPD Klingner und Börsen wiesen nochmals auf die möglicherweise krebserregende Wirkung des Kampfgases hin und warfen der CDU vor, sie habe die Waffe auf „unverantwortliche Weise bagatellisiert“ (Flensburger Tageblatt vom 9.3.79), als handle es sich um eine Wasserpistole. Der FDP-Abge-

ordnete Hadewig forderte die Vergabe von Gutachten seitens der Landesregierung, die dann über die Anwendung der Waffe Aufschluß geben sollen. Die CDU lehnte den Antrag rundweg ab. Der Gebrauch der Waffe sei legal. Die Erregung von Krebs sei nicht erwiesen. Beweis: In Nordrhein-Westfalen werde die chemische Keule von der Polizei auch in geschlossenen Räumen, z.B. in Gastwirtschaften, angewandt. Die CDU-Landesregierung will der Schleswig-Holsteinischen Polizei offenbar einen Freibrief für den Einsatz von chemical mace verpassen.

Eine Genossin der KB-Gruppe Flensburg

## 1/2 Jahr Gefängnis ohne Bewährung für „wildes Plakatieren“

In Nürnberg wurden in Bezug auf das Recht der freien „Plakatausübung“ neue Maßstäbe gesetzt:

Ein Genosse wurde in einer einstündigen Verhandlung vor dem Amtsgericht zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Zur Vorgeschichte: Der Genosse wurde am 11.9.78 von einer Polizeistreife beim Plakatieren „erwischt“. Da das Plakat noch frisch war, wurde es von der Polizei sofort wieder entfernt, so daß der Fall an

sich schon erledigt sein sollte. Die Polizei wandte sich aber an die Elektrizitätsgesellschaft (EWAG), der das „benutzte“ Kästchen gehörte, an die CSU, die FDP und die DKP, die angeblich auch „betroffen“ waren. Alle erstatteten Anzeige, die nun verhandelt wurde.

Der Richter argumentierte mit erwiesener Sachbeschädigung und vor allem mit einer schweren Wiederholungstat. Der Genosse war schon einmal wegen „wildes Plakatieren“ und einmal wegen „Polizeibeleidi-

gung“ zu DM 200 Geldstrafe verurteilt worden. Der Staatsanwalt forderte DM 3.000 Geldstrafe; während der Richter meinte, man müsse dem Angeklagten klarmachen, daß die Gesetze auch für ihn gelten würden. Von daher sei eine „glatte“ Strafe „durchaus der Tat angemessen: also Knast! (Das schriftliche Urteil liegt noch nicht vor). Der Genosse wird in die Berufung gehen.

KB/Gruppe Nürnberg



# Grenzen der „Liberalisierung“



Ein Schlaglicht auf die Liberalisierungsbestrebungen der Berufsverbote-Praxis von seiten bürgerlicher Politiker wirft ein Artikel von Prof. Kriele in der Juristen-Fachzeitschrift „Neue Juristische Wochenschrift“ Nr. 1/2 vom 10. Januar 1979. Hier ist wieder einmal ein „Wissenschaftler“ tätig geworden, um Politikern das nötige Rüstzeug für ihre reaktionäre Tätigkeit zu verschaffen. Kriele fordert, erst gar keine Linken in den Staatsdienst zu lassen, weil dadurch Schwierigkeiten und Aufsehen bei der Entlassung vermieden werden können:

„Es ist auch praktisch kaum möglich, einen Beamten, der sich im Dienst verfassungsfeindlich verhält, zu entlassen. Sind z.B. Lehrer einmal im Dienst, so genießen sie in aller Regel Sympathie und Schutz durch die Elternschaft und durch die Presse. Ein Schülervater, der die verfassungsfeindliche Gewalttat eines Lehrers auf dem Schulhof angezeigt hatte, der Mitglied einer K-Gruppe ist, wurde vom „Stern“ unter der Überschrift angeprangert: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“. Es wurde regelrecht der Volkszorn auf ihn gelenkt, der sich in Schmähungen und ernstzunehmenden Drohungen Luft machte.“

Berufsverbote werden nicht nur für Lehrer gefordert, denn man könne nicht zwischen sicherheitsempfindlichen Bereichen und anderen oder nach Funktionen differenzieren. „Die Gesetze gelten für alle Angehörigen des Öffentlichen Dienstes gleich.“ Folgerichtig wird auch gefordert, den gesamten Staatsdienst völlig zu säubern, egal, ob nun Lehrer, Postbote oder Putzfrau. Die Begründung dafür ist scharf: „Zum sicherheitsempfindlichen Bereich gehören im Ernstfall aber alle Zweige der Verwaltung, die saboteurempfindlich wären. Ist der öffentliche Dienst durchsetzt mit Verfassungsfeinden, so können diese von innen heraus z.B. Post- und Telefonverbindungen unterbrechen, den Nachschub fehlerhaft, den Strom ausfallen lassen, die Verkündung des Verteidigungsfalles durch den Bundespräsidenten oder Rundfunkbotschaften des Bundeskanzlers sabotieren und stattdessen Aufrufe unserer Feinde verbreiten usw.“

Die Annahme, daß verfassungsfeindliche Lokomotivführer oder Briefträger im öffentlichen Dienst ungefährlich wären, beruht darauf, daß die Möglichkeit des Ernstfalles, für den das Grundgesetz in der Notstandsgesetzgebung Vorsorge getroffen hat, aus dem Bewußtsein verdrängt wird. Wenn wir den Staatsdienst z.B. für Kommunisten öffnen, so geben wir den kommunistischen Führungszentralen im Ostblock Gelegenheit, von langer Hand eine eigene Gegen-Befehlsstruktur in unseren öffentlichen Dienst hinein aufzubauen, ein umfassendes Informationssystem zu errichten und die Sabotage der Verteidigung der Demokratie planmäßig vorzubereiten.“

Berufsverbote sind also notwendig als Vorbeugung für den „Verteidigungsfall“ und den „Notstand“.

Zur Weitergabe von Verfassungsschutz-Material an die Einstellungsbehörden schreibt Kriele, daß dies unbedingt erforderlich sei, damit keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst gelangen. Informationen des Verfassungsschutzes, die nicht gerichtsverwertbar sind, „...können für die Urteilsbildung der Einstellungsbehörde trotzdem relevant, unter Umständen sogar besonders erheblich und ausschlaggebend sein. Welche Konsequenzen die Einstellungsbehörde daraus zieht, ist eine politische Frage, die von Fall zu Fall auf politischer Ebene entschieden werden muß.“

Bei der Zurückstellung der Anfrage beim Verfassungsschutz geht es für Kriele nur „um Fragen zweckmäßiger Verwaltungstechnik und der Verteilung des Arbeitsaufwandes“.

Grundsätzlich sei aber die Anfrage notwendig, denn: „Die Abwägung kann bei Vorliegen besonderer Umstände dazu führen, daß auf die Anfrage verzichtet werden kann. Das Vorliegen solcher Umstände ist dann aber begründungsbedürftig. Die Gründe müssen solcher Art sein, daß die Pflicht, Verfassungsfeinde aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten, nicht verletzt wird.“ Und: „Eines aber läßt sich mit Gewißheit feststellen: Die Grenzen des Ermessensspielraums werden jedenfalls überschritten, wenn die Rücksicht auf unerwünschte Nebenfolgen dazu führt,

daß die grundsätzliche Pflicht, sicherzustellen, daß keine Verfassungsfeinde in den Öffentlichen Dienst eindringen, verletzt oder überhaupt nicht mehr ernstgenommen wird“.

Schließlich beschäftigt sich Kriele mit der „Erschütterung des Vertrauens in die Liberalität des Staates...“, die im In- und Ausland durch irreführende agitatorische Kampagnen erzeugt wird“. Soll man vielleicht liberalisieren, um die lästige internationale Kritik an den Berufsverboten loszuwerden?

„Selbst wenn diese Hinwegsetzung über das Recht politischen Nutzen mit sich brächte, so wäre dieser gegen den Schaden abzuwägen, den die Umgehung der Gesetze mit sich bringen kann. Dies erschüttert das Vertrauen in die Legalität des staatlichen Handelns und in seine Bereitschaft, seine Pflicht zur Sicherung der institutionellen Grundlagen unserer Freiheit wahrzunehmen. Wenn die Gesetzesumgehung überdies auf einem offensichtlich Nachgeben vor einer unredlichen Kampagne beruht, so entmutigt sie das Eintreten für Recht und Wahrheit und ermutigt Lüge und Agitation. Die auf falschen Informationen beruhende „Versicherung der Jugend“ wird abgelöst von einer auf richtigen Informationen beruhenden Versicherung des gesamten, nicht irreführten, sondern aufgeklärten Volkes. Diese muß befürchten, daß sich die Bundesrepublik ohne Selbstbewußtsein von Agitationskampagnen treiben läßt, daß sie den Staatsdienst verfassungsfeindlichen Spitzeln und Saboteuren öffnet, die Notstandsgesetze rückwirkend entwertet, die Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter demoralisiert und stattdessen der privaten Schnüffelei die Tore öffnet.“ Eine hübsche Demonstration bürgerlicher Rechtsfindung, wessen Interessen sie dient und welches Kalkül sie anstellt (von wegen „unabhängig“...!).

Von „Liberalisierung“ bleibt bei den Plänen des Herrn Kriele nichts mehr übrig: Verzicht auf die Regelanfrage, um die Verwaltungspraxis zu effektivieren, ansonsten wird eine Ausweitung der Berufsverbote auf alle Bereiche des Öffentlichen Dienstes gefordert, also auch für Putzfrauen und Lokomotivführer. Mit dieser Rechtsauffassung dürften Bund und Länder sehr einverstanden sein.

KB/Gruppe Kiel

Lokomotivführer. Mit dieser Rechtsauffassung dürften Bund und Länder sehr einverstanden sein.

KB/Gruppe Kiel

## Regelanfrage bleibt

In AK 149 berichteten wir, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz weiterhin verpflichtet ist, Regelanfragen aus CDU-regierten Bundesländern zu beantworten. Schon damit war ein großer Teil der Versprechungen, die im Zusammenhang mit der Abschaffung der Regelanfrage gemacht wurden, ad absurdum geführt worden. Doch es kommt noch doller. Auch die VS-Organisationen der SPD/FDP-regierten Länder werden weiterhin Auskunft auf Regelanfragen geben. Bewirbt sich jemand aus einem sozialliberalen Land in einem CDU-Land für den Öffentlichen Dienst, so gibt der VS jede gewünschte Auskunft. Dies erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident. Hierzu sind die einzelnen Ämter nach dem Bundesgesetz über Nachrichtenaustausch (Amtshilfe) „verpflichtet“. Da die angebliche Abschaffung der Regelanfrage sowie so nie eine Einschränkung der Spitzeltätigkeit bedeutete, werden nach wie vor rege Ströme von Schnüffelergebnissen fließen. Immer deutlicher schält sich auch heraus, daß an die Stelle der Regelanfrage eine andere Überprüfung treten soll. Nach dem Saarland soll jetzt auch in Hessen und in NRW den Bewerbern eine Liste mit sogenannten verfassungsfeindlichen Organisationen vorgelegt werden. Per Unterschrift soll dann erklärt werden, daß man keiner dieser Organisationen angehört.

Berufsverbotekommission, KB/Gruppe Hamburg

## Offener Brief der Frankfurter Russell-Initiative an die Initiativen „Weg mit den Berufsverboten“

Nun ist die „Liberalisierungsdebatte“ vorbei. Wenn auch viele SPD-Linken sich an dieser Diskussion mit dem ehrlichen Willen beteiligt haben, die Praxis des Radikalenerlasses zu ändern oder mindestens abzumildern, so ist von diesen Bemühungen in den Beschlüssen des Bundeskabinetts nichts mehr zu finden.

Alles was getan worden ist, ist eine Änderung der Verwaltungspraxis. Nach Aussagen von SPD-Politikern selber ist die sog. Regelanfrage für Bewerber im Öffentlichen Dienst zugunsten derjenigen Praxis verändert worden, wie sie in den 50er Jahren — also unter einer CDU-Regierung! — herrschte. Das bedeutet: Der Verfassungsschutz meldet „von sich aus“ die „Verdächtigen“ bei den Behörden.

Dennoch: Die Debatte um eine scheinbare „Liberalisierung“ hat bei vielen Gegnern und Kritikern des In- und Auslands Verunsicherung hervorgerufen, ob sich nicht vielleicht doch die Dinge zum Guten ändern...

All diejenigen, die ein Opfer dieser Praxis geworden sind, und die seit Jahren gegen die Berufsverbote Widerstand leisten können diese Frage nur mit einem klaren NEIN beantworten!

Vor den Bestrebungen der SPD, sich international reinzuwaschen, aber gleichzeitig dieselbe Praxis mit unverminderter Schärfe fortzuführen, kann man nur warnen!

Darum halten wir es für notwendig, daß alle Gegner des Berufsverbots, alle Betroffenen dieser Praxis, unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Orientierung, einheitlich manifestieren, daß sie an ihren Forderungen und an ihren Zielen festhalten:

- Ersatzlose Streichung des Ministerpräsidentenbeschlusses von 1972 und aller Gesetze, Verordnungen und Erlasse, in denen die politische Betätigung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten reglementiert wird!
- Wiedereinstellung aller Betroffenen!
- Aufhebung aller weiteren Radikalenerlasse, die als Folgewirkung entstanden sind, insbesondere die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB!

Die Berechtigung unserer Skepsis gegenüber den SPD-Vorschlägen und die Berechtigung unserer Forderungen sehen wir auch durch das III. Internationale Russell-Tribunal bestätigt, das in zwei Sitzungen, im März 1978 und im Januar 1979, diese Fragen intensiv untersucht hat.

Ebenfalls haben die in den „Initiativen Weg mit den Berufsverboten“ arbeitenden Berufsverbotegegner auf ihrer Tagung am 27./28.1.79 in Darmstadt die sog. „Liberalisierung“ einer kritischen Überprüfung unterzogen. Wir stimmen mit den Ergebnissen dieser Konferenz insoweit überein, daß die gegenwärtige Diskussion um die Berufsverbote an diesen selbst nichts geändert hat. Wir sind jedoch

bestürzt darüber, daß auf dieser Konferenz un widersprochen die Entschließung des Hauptvorstandes der GEW zum sog. Radikalenerlaß als Richtschnur für den weiteren Kampf gegen die Berufsverbote gepriesen werden konnte.

Ein wesentlicher Punkt dieser Entschließung ist die Forderung nach Entfernung all derjenigen aus dem Öffentlichen Dienst, die nicht die FDGO bzw. das GG (auch aus marxistischer Sicht) zur Grundlage ihres Handelns machen. Wir sind der Ansicht, daß diese Forderung unter all denen, die ja gerade dagegen kämpfen, daß Menschen wegen unangenehmer Meinungen aus dem Öffentlichen Dienst entfernt werden, auf entschiedenste Ablehnung stoßen muß und niemals Richtschnur ihres Kampfes sein kann.

Demgegenüber übt die Russell-Unterstützer-Bewegung eine nichtselektive Solidarität mit allen vom Staat verfolgten Demokraten. Wir werden nicht nachlassen in unserem Bestreben, diesen Grundsatz in der gesamten demokratischen Bewegung durchzusetzen!

Wir als Russell-Initiative begrüßen jedoch grundsätzlich den Vorschlag einer bundesweiten Demonstration gegen die Berufsverbote, wie er auf der oben erwähnten Tagung der Initiativen „Weg mit den Berufsverboten“ geäußert wurde. Um aber statt nur formaler Änderungen in der Berufsverbotepraxis auf dem Weg zur Abschaffung der Berufsverbote voranzukommen, erscheint uns die Überwindung der Spaltung der Bewegung gegen die Berufsverbote nötig.

Als Schritt dazu wollen wir auf unserer Arbeitskonferenz am 21./22. April 1979 in Frankfurt/Main die inhaltlichen Fragen des Kampfes gegen die Berufsverbote mit allen interessierten Initiativen, Gruppen und Personen diskutieren und uns mögliche gemeinsame Aktionen überlegen.

Zu dieser Konferenz laden wir herzlich ein! An die Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ sowie an die Bundesvorstände der Jusos, Judos usw. ergehen gesonderte Einladungen. Mit freundlichen Grüßen,

Russell-Initiative, Frankfurt/M.  
7. März 1979

Anmerkung: Dieser Offene Brief der Frankfurter RI soll auf der Demonstration der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ am 31.3. in Bonn verteilt werden. Beachtlich ist, daß der Text — also eine Aufforderung an eine bekanntermaßen von der DKP dominierte Initiative zu einem gemeinsamen Vorgehen — auch von den in der Russell-Initiative mitarbeitenden „KPD“-Genossinn- mitgetragen wird.

KB/Gruppe Frankfurt

## Berufsverbote-Veranstaltung in Flensburg

## Berufsverbote-Veranstaltung in Flensburg

Am 27.2. veranstaltete die Filmgruppe des Seminars für Gymnasien zusammen mit dem AJLE (Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW) in Flensburg einen Film- und Diskussionsabend zum Thema Berufsverbote, an dem ca. 80 Menschen teilnahmen. Eingeladen waren dazu zwei Berufsverboteopfer aus Flensburg sowie Vertreter der bürgerlichen Parteien. SPD, SSW und FDP waren der Einladung gefolgt, die CDU lehnte ab, da ihr Standpunkt dazu klar sei.

Nach dem Film „Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um“, der drei Berufsverbotsfälle aus Hessen schildert, und einem Referat der Veranstalter gaben die Parteienvertreter ihre Stellungnahmen ab. MdL Uwe Gunneson (SPD) sagte, der Radikalenerlaß sei das Produkt „restaurativer Tendenzen“. Er „bedauere“ die Rolle der SPD dabei. Kloses Initiative sei „ein Schritt nach vorn“, die „Einsicht in der Partei“ sei „größer geworden“ und zwar „besonders in Schleswig-Holstein“. Der FDP-Vertreter schloß sich dem im Großen und Ganzen an, fügte aber hinzu, „Feinde der Demokratie“ könne man doch wirklich nicht überall reinlassen, das Problem sei die „Toleranzschwelle“.

Bent Meng vom SSW (Partei der dänischen Minderheit) betonte, daß es in Dänemark keinen Radikalenerlaß gebe, und daß der SSW stets dagegen gewesen sei. Wo es Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei gebe, brauche man sich über die „Staatsverdrossenheit“ der Jugend nicht zu wundern. Das Flensburger Antifa-Komitee erklärte, es gebe außer den Berufsverboten noch sehr viele andere undemokratische Erscheinungen und Entwicklungen in der BRD wie z.B. das neue

Polizeigesetz, die Behandlung von Kriegsdienstgegnern, die Aussperrung. Auch das Aufkeimen neofaschistischer Gruppen sei alarmierend.

In der darauf folgenden, sehr lebhaften Diskussion wurden zunächst die Klose-Pläne auseinandergeplückt, was den Vertretern von SPD und FDP recht unangenehm war. Konkrete Fragen, z.B. ob ein Kommunist bei einer sozialliberalen Landesregierung als Lehrer arbeiten könne, wurden nicht oder nur ausweichend beantwortet. Interessant war auch das Verhalten der Parteienvertreter bei der Abstimmung über eine Resolution, die die Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses und die Vernichtung sämtlicher VS-Unterlagen forderte, was also den Grundsatzbeschlüssen der schleswig-holsteinischen SPD entspricht. Während der SSWler dem zustimmte, beteiligten sich die anderen beiden nicht an der Abstimmung mit der Begründung, sie seien nur „Gäste, nicht Teilnehmer der Veranstaltung“.

Wichtig ist noch zu erwähnen, daß die Veranstalter vorher massiv unter Druck gesetzt worden waren. Ihnen wurde verboten, die Veranstaltung in den Räumen des Seminars durchzuführen, so daß kurzfristig ein anderer Raum besorgt werden mußte. Schwierigkeiten gab es, wie man hört, auch von seiten der GEW-Bürokratie. Der GEW-Kreisvorsitzende soll den AJLE-Kollegen gegenüber geäußert haben, die Veranstaltung würde gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse verstoßen (eins der eingeladenen Berufsverboteopfer ist im KBW), und außerdem seien gerade Personalaratswahlen, da könne das sogar „gewerkschaftsschädigend“ sein.

KB/Gruppe Flensburg



# Militarismus Antimilitarismus

## Die Bedeutung der Panzerabwehrsysteme beim militärischen Kräftevergleich

Die sich hartnäckig in der einschlägigen Presse haltende These von einem drohenden Blitzkrieg der Sowjetunion bzw. des Warschauer Paktes gegen die westeuropäischen Staaten stützt sich hauptsächlich auf die angeblich hohe zahlenmäßige Überlegenheit der östlichen Panzerstreitkräfte gegenüber der westlichen. Allein schon der Vergleich Panzer gegen Panzer zeigt, zieht man die qualitative Überlegenheit des Westens hinzu, daß allerhöchstens eine leichte Überlegenheit der SU besteht, jedoch niemals eine, die einen Blitzkrieg ermöglicht (siehe hierzu AK 148 und 149).

Hinzu kommt, daß es heute als ausgemachter Unsinn (zumindest in sog. Fachkreisen) betrachtet wird, ein militärisches Kräftemessen lediglich auf der Ebene der Panzer gegen Panzer, Flugzeuge gegen Flugzeuge

Hannig, wurde „in den sowjetischen Landstreitkräften eine Reaktion ausgelöst, die sogar die gesamte sowjetische Doktrin der Überlegenheit der Offensive in Frage stellt.“

Es kann wohl als sicher gelten, daß nicht nur im Osten, sondern auch im Westen ein „Überdenken der Doktrin“ und eine entsprechende rüstungspolitische Umstellung begann.

### Vergleich Panzer und Panzerabwehrwaffen

(Die folgenden Zahlen und Fakten stammen aus dem bereits zitierten Artikel von Hannig in der IW 1/79). Die Tabelle 1 – „Wirkungsbereiche und Durchschlagsleistungen von Panzerabwehrwaffen“ – zeigt, daß bereits die kleinste Panzerabwehrwaffe, die Gewehrgranate, bei entsprechend

bei einer Entfernung von 4000 m Panzer wirkungsvoll bekämpft werden können, ohne daß diese annähernd große Chancen hätten, sich zu wehren. Teilweise könnten diese Panzer das HOT-System in einer guten Tarnstellung nicht einmal erkennen. (Siehe Schaubild 2 – „Zielflächenvergleich Kampfpanser und Kampfplattform HOT“).

Neben den direkten militärischen Vorteilen z.B. der PAL HOT gegenüber Panzern muß noch der Kostenvorteil erwähnt werden. Die Kosten einer PAL HOT belaufen sich auf ca. 30 000 DM, die des sowjetischen Kampfpanzers T-72 auf weit über 2 000 000 DM.

Wichtig ist noch, darauf hinzuweisen, daß Panzer abwehrwaffen noch viel weniger als Panzerabwehrwaffen sind. Der Name täuscht ein wenig über die Verwendungsfähigkeit dieser Systeme hinweg. Im Gegenteil: Durch ihre Größe und durch die vielfältigen Möglichkeiten, diese Systeme zu installieren, sind sie hochmobil und entsprechend offensivfähig. Z.B. werden Luftlandeeinheiten der NATO bevorzugt mit HOT ausgerüstet.

### Die NATO-Planung

„Wer oder was soll also die sowjetischen Panzermassen anhalten?“, fragt Weinstein („FAZ“, 29.4.78), nachdem er wieder den drohenden „Panzerblitz“ aus dem Osten in den düstersten Farben ausgemalt hat. „Präzisionswaffen? Präzisionswaffen (PGM) würden die sowjetische Panzermasse dann stoppen, wenn der Westen diese Waffen jederzeit aus der strategischen Tiefe heranziehen könnte. Präzisionswaffen sind wirksame atlantische Waffensysteme. Ihre abwehrende Feuerkraft müßte zahllose rote Panzer vernichten. Zur Zeit wird eine Erhöhung der genau treffenden Panzerabwehrwaffen um 25% vorbereitet. Die NATO hat 47 000 neue Panzerabwehrraketen in Lagern deponiert. Man verfügt jetzt über 200 000 panzerbrechende Spe-

ropa gelagert sind, stünden sie bei einem sowjetischen Angriff doch wohl am Einsatzort zur Verfügung. Sie brauchen also nicht aus der „strategischen Tiefe“ herangeführt zu werden, wenn die SU angreift. Das Problem, diese Waffen aus einer „strategischen Tiefe“ ins Kampfgebiet zu bringen, oder sie dort „verfügbar“ zu haben, wie Weinstein schreibt, besteht nur im Falle eines Krieges im Osten! Daß Weinstein daß auch meint, wird durch seine Forderung nach der Ausrüstung von Raketen und Flugzeugen mit der Neutronenbombe deutlich. Z.B. wird Weinstein wohl kaum die Absicht vertreten wollen, etwa mit der 900 km weitreichenden Pershing-1-Rakete von Hamburg aus jene imaginären „roten Panzerwalzen“ beim Durchmarsch durch Niedersachsen mittels einer Neutronenbombe zu stören. Gerade dieser Zusammenhang zur Neutronenbombe weist darauf hin, daß sich der nächste Krieg in den Gedanken dieser Leute im Osten abspielt, trotz aller gegenteiligen Propagandalügen.

Jedoch noch einmal zurück zur Panzerabwehrplanung der Nato. Die von Weinstein angegebene Größenordnung der von der Nato angepeilten Verstärkung der Panzerabwehr um 25% bis Ende 1978 stimmt in etwa mit den Angaben des „beigeordneten“ Nato-Generalsekretärs für Verteidigungsplanung und Politik Bill Mumford überein: „... bis Ende 1978 (werden) die Lagerbestände an Panzerabwehr-Raketen um etwa ein Drittel steigen.“ (Nato-Brief, 3/78).

General Schulze, Oberbefehlshaber der Nato für Europa-Mitte gab in einem Interview („Wehrtechnik“, 7/78, S. 29) bekannt, wie die diesbezügliche Planung der Nato in den 80er Jahren aussieht. Auf die Frage nach den „Verbesserungen“, die das bereits beschlossene langfristige Verteidigungsprogramm der Nato bringe, antwortete er unter anderem: „Ohne ... hier Prioritäten zu setzen, darf ich noch sagen, daß für uns die Verbesserung unserer Panzerabwehr- und Luftabwehrfähigkeit im Vordergrund

### Packt die NATO-Sekretärin aus?

Anfang März 1979 ist die Sekretärin der Exekutive des NATO-Generalsekretariats, Frau Ursel Lorenzen, in die DDR übergetreten, wie es das Fernsehen der DDR einen Tag später nannte („Monitor-Dienst“, 7.3.). Seit über 12 Jahren in der Brüsseler NATO-Zentrale beschäftigt, assistierte sie zuletzt beim britischen NATO-Direktor Moran, verantwortlich für Operationen und Übungen der NATO, und befand sich damit in einer Stellung, die ihr „praktisch uneingeschränkter Zugang zu allen Papieren und Gremien“ ermöglichte („Spiegel“, 12.3.). Ihre bisherige Stellung sowie die bereits mehrfach in der Presse geäußerte Vermutung seitens der NATO-Verantwortlichen, sie habe eine Reihe von geheimen Dokumenten mitgenommen, scheinen den Fall Lorenzen zum „größten Spionagefall“ in der Geschichte der NATO werden zu lassen. Sie habe „mehr gesehen als Guillaume“ („Spiegel“, 12.3., „FR“, 8.3.).

Bisher ist noch offen, welche Motive Frau Lorenzen zum „Übertritt“ in die DDR veranlaßt haben. Sie selbst gab als Grund in einem DDR-Interview (welches anschließend auszugswise vorgestellt wird) ihre langjährigen Erfahrungen in der NATO-Spitze an: „Ich habe die Unmenschlichkeit der Kriegspläne, die tatsächlich nur auf den Krieg ausgerichtet ist, miterlebt, und ich konnte und kann das mit meiner humanistischen Grundeinstellung nicht mehr länger in Einklang bringen.“ (zitiert nach „FR“ vom 10.3.).

Auffällig ist die zur Zeit noch praktizierte „Zurückhaltung“ der NATO-Journalie in diesem Fall. Bisher wurde darauf verzichtet, der ehemaligen NATO-Sekretärin die üblichen „Liebesgeschichten“ mit DDR-Spezialagenten unterzujubeln, hat man ihr noch nicht jene „altersbedingte Torschlusspanik“ bestätigt, die zur Zeit besonders viele CDU-Sekretärinnen in die Arme „besonders gut aussehender und kontaktfreudiger (DDR-) Agenten“ treibt (so Hellenbroich, Leiter der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes) laut „FR“, vom 12.3.). Auch zu dem von Frau Lorenzen in der DDR gegebenen Interview, in dem sie eine Reihe von Insider-Informationen über die aggressive Kriegsplanung der NATO gibt, hat „der freie Westen“ bisher vornehm geschwiegen. Allerhöchstens waren bruchstückhafte Auszüge aus dem Interview zu lesen. Diese schweigende Zurückhaltung scheint darauf zu zielen, dem Fall und besonders den Aussagen keine

„unnötige Publizität“ zu geben, zumal wohl noch offen ist, inwieweit Frau Lorenzen ihre bisherigen Aussagen mit Dokumenten belegen kann.

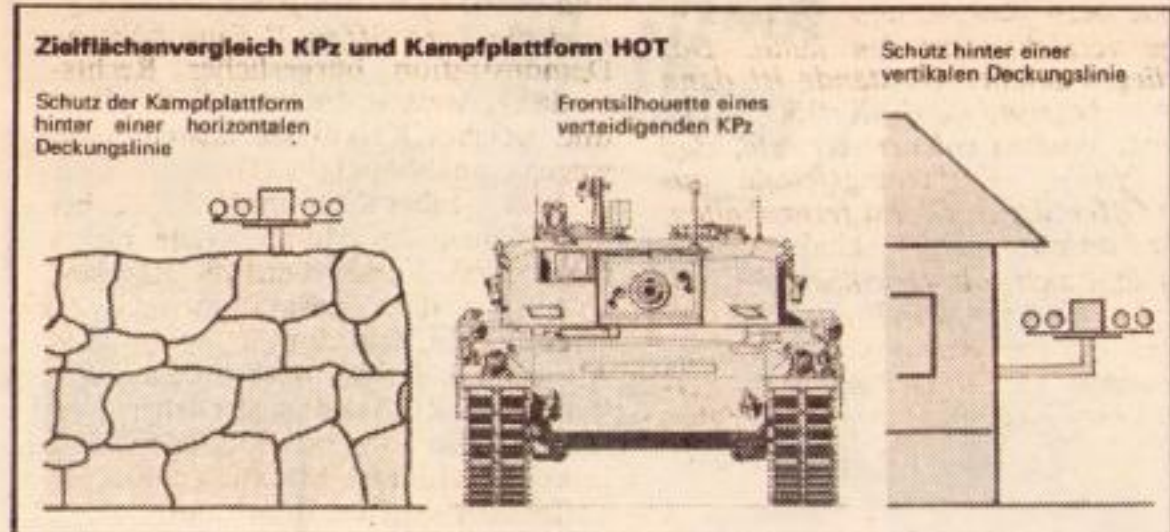
„Die Spionin redet, und die NATO schweigt“, faßt die „FAZ“ (12.3.) protestierend zusammen und fordert ein offensiveres Vorgehen in Sachen Lorenzen. Denn: „So kann die östliche Seite triumphierend auf die kriegslüsterne westliche Allianz hinweisen und psychologische Punkte sammeln, denn die Agentin, in ihrer unterkühlten Art (typisch östlich! - Anm.-AK) bleibt mit den angeblichen Enthüllungen wohl doch nicht ohne Wirkung auf die westliche Öffentlichkeit.“ (...) Die Behauptungen der Lorenzen, das atlantische Bündnis bereite einen Atomkrieg vor, habe manchen erschreckt. Dann behauptet die „FAZ“ kühn, daß in Brüssel „gar keine militärischen Pläne erarbeitet“ werden, sondern Frau Lorenzen lediglich mit „Organisationsvorschlägen“ (ein schönes Wort!) „für die Abwehr eines möglichen Überraschungsangriffs“ befaßt war. „Der Ablauf einer militärischen Operation der NATO“, so die „FAZ“ weiter, „richtet sich nach dem Verhalten des Gegners. Gegenmaßnahmen des Westens werden im Rahmen einer Strategie der ‚beweglichen Antwort‘, der abgestuften Vergeltung, weitgehend von der Aktivität des Feindes bestimmt. Warum sagt das die Informationsabteilung des (NATO-) Generalsekretariats nicht deutlich genug?“, fragt die „FAZ“.

Nun – vielleicht deshalb, weil es, liest man es genau, den Aussagen der Frau Lorenzen überhaupt nicht widerspricht, ja diese eher bestätigt. Man braucht lediglich die entsprechenden Begriffe der von der „FAZ“ vorgestellten NATO-Doktrin zu entschlüsseln. Deshalb vermutlich hat die im Umgang mit Worten erfahrene „FAZ“ wohl auch darauf verzichtet, in diesem Artikel die Begriffe „Vorne“ – oder auch deutlicher – „Vorwärtsverteidigung“ zu verwenden.

Antimil.-Kommission,  
KB/Gruppe Hamburg

	Kaliber mm	Wirkungsbereich m	Durchschlag mm	Geschwindigkeit m/s
Gewehrgranate	74	0-75	290 HL	
Leichte Panzerfaust 44 mm	67	0-150	375 HL	
Leichte Panzerfaust mit reichweitengesteigerter Munition (Lanze)	67	0-300	400 HL	200
Schwere Panzerfaust (Carl Gustaf)	84	0-350	340 HL	300
Lenk Rakete Cobra	100	400-2000	500 HL	85
Lenk Rakete Milan	103	75-2000	500 HL	180
Lenk Rakete SS11	164	500-3000	600 HL	150
Lenk Rakete TOW	127	75-3000	500 HL	200
Lenk Rakete HOT	135	150-4000	650 HL	250
Kanonenjagdpanzer	90 HL	0-1500	330	1180
Kampfpanser	105 KE	0-2000	260	1450
	120 KE	0-2000	460	
	120 HL	0-2000	300	1600
	120 HL	0-2000	500	

HL = Hohlladung; KE = Kinetische Energie (Quelle: Wehrtechnik 2/1976)



etc. zu vollziehen. Dies war schon gegen Ende des zweiten Weltkrieges offenbar nicht mehr legitim. Die ersten Erfolge des faschistischen Blitzkrieges gegen die Sowjetunion, militärisch hauptsächlich gestützt auf Panzermassen und Tieffliegerunterstützung (Stukas), kamen zustande, weil die SU ein nur wenig entwickeltes Panzer- und Luftabwehrsystem besaß. Dies änderte sich zunehmend gegen Ende des Krieges, denn es wurde begonnen, entsprechende Panzer- und Flugabwehrwaffen zu produzieren. Die Rolle des Panzers als Hauptwaffe gegen angreifende oder verteidigende Panzer wurde seitdem immer kleiner zugunsten weitreichender, treffsicherer und billigerer Abwehrwaffen (siehe hierzu u.a. „Internationale Wehrrevue“ = „IW“, 1/79, S. 31). Dies war lange erkannt und verarbeitet und wurde dann 1973 im Yom Kippur-Krieg im Nahen Osten auch in der Praxis bewiesen.

So schreibt Weinstein in der „FAZ“ vom 29.4.78: „Gewiß sind auch in der Roten Armee gewisse Theorien des Panzerkrieges umstritten. Eine Schule soll intern der Auffassung sein, die Waffenentwicklung habe die einmalige Stellung des Panzers auf dem Schlachtfeld erschüttert. Sowjetische Analytiker des letzten ägyptisch-israelischen Krieges haben mit Schrecken die hohen Panzerverluste beider Seiten zur Kenntnis genommen. Ein Panzersieg angesichts der Kraft zahlreicher abstoßender Waffensysteme des jeweiligen Verteidigers setze nunmehr eine Überlegenheit von 6:1 (!) voraus. Auf ein europäisches Schlachtfeld übertragen bedeute das, daß die sowjetischen Panzer nicht ausreichen, die westliche Front zu durchbrechen. Denn das Kräfteverhältnis ist hier nur 3:1 zugunsten der Sowjets.“

Im Zusammenhang mit der vollzogenen „Auswertung des Jom-Kippur-Krieges“ schreibt ein Oberstleutnant

günstigem Aufschlagswinkel jede bekannte Frontpanzerung sowjetischer Panzer durchschlagen kann (die stärkste Frontpanzerung beträgt ca. 120 mm). Weiter geht daraus hervor, daß sämtliche Lenk Raketen (PAL) eine gleich hohe oder höhere Durchschlagskraft besitzen als alle Geschosse, mit denen Panzer bestückt sind. Dasselbe trifft auf den Wirkungsbereich zu. Die höhere Geschwindigkeit der Panzergeschosse ist nur ein theoretischer Vorteil, denn die kompliziertere Lade-, Ziel- und Feueereinrichtung des Panzers erhöht die Zeiträume von Zielerfassung bis Zielzerstörung auf etwa die gleiche Größe der Lenk Waffen.

Bei gleich hoher Geschwindigkeit und Durchschlagskraft haben die PAL also einen größeren Wirkungsbereich als Panzer, können somit also bereits feindliche Panzer auf Entfernungen von 2-4000 m bekämpfen. Dadurch, und durch die in der Regel viel kleinere Zielfläche, die PAL-Systeme feindlichen Panzern bieten, sind sie Panzern vielfach überlegen. Bei Kampferfernungen über 2000 m sinkt die Treffwahrscheinlichkeit einer Panzerkanone unter die 50%-Marke (bei einem stehenden 2,3 x 2,3 Meter großem Ziel). Durch Bewegung oder Teildeckung des Ziels sinkt die Trefferwahrscheinlichkeit der Panzerkanone bei dieser Entfernung auf ein Minimum. Im Vergleich dazu erreicht die Panzerabwehrlenk Rakete HOT auf ein querfahrendes Ziel Trefferwahrscheinlichkeitswerte von 95% bis 2000 m, 85% bis 3000 m und noch 70% bis etwa 4000 m. Zwar steigt beim Panzer mit der Zahl der abgegebenen Schüsse auch die Trefferwahrscheinlichkeitsquote an, dies jedoch bedeutet einen enorm höheren Munitionsverbrauch und reicht immer noch nicht aus, um die Werte einer HOT zu erreichen. Übersetzt auf eine etwaige Gefechtssituation bedeutet dies, daß mit HOT bereits



(Am 12.4.78 bescheinigte die „Rote Fahne“ der vaterländischen KPD den Sowjets „hundertfache Überlegenheit“!)

zialwaffen“. Weiterschreibt Weinstein, und das gibt Aufschluß darüber, was er mit „strategischer Tiefe“ meint: „Doch ihre (gemeint sind die panzerbrechenden Spezialwaffen – Anm. AK) militärische Verwendung verlangt ein weitmaschiges Versorgungsnetz“, welches schnell von den Sowjets aufgerollt werden könnte. Deshalb müsse „der sowjetischen ‚Dampfwalze‘ ... mit einer unorthodoxen Waffe begegnet werden ...: der Neutronenwaffe. ... Außer Neutronenartillerie und Neutronenraketen müßte auch eine Neutronenbombe entwickelt werden, mit der die Taktische Luftwaffe der Allianz zu bestücken wäre.“

Weinstein sagt also, Panzerabwehrraketen (PAL) wären dann effektiv, wenn man sie aus der „strategischen Tiefe“ jederzeit „heranführen“ könnte. Mit „heranführen“ kann nur gemeint sein „heranführen“ an den Ort, wo sie eingesetzt werden sollen. Da diese Waffen hauptsächlich an der Nato/Warschauer Pakt-Grenze in Eu-

steht. Das entspricht dem defensiven („Abwehr“) ist wie man sieht ein nützliches Wort – Anm. AK) Charakter unseres Bündnisses.

Die Zahl unserer Panzerabwehrlenk Raketen mittlerer und großer Reichweite wird sich bis Anfang der achtziger Jahre verdoppeln (Hervorhebung von uns – AK); aber ich sollte gleich hinzufügen, daß wir damit erst die Zahl erreichen, über die die Streitkräfte des Warschauer Paktes gegenüber dem Abschnitt Mitteleuropa schon heute verfügen.“

Natürlich! Das muß gleich hinzugefügt werden! Wie es scheint, plant Schulze schon für den Fall vor, daß mit der Mär von der „roten Panzerwalze“ kein Hund hinterm Ofen mehr vorzulocken ist und präsentiert prompt die Überlegenheit der SU bei den Panzerabwehrwaffen. Ob es dann wohl „rote Panzerabwehrangriffswalze“ heißt ...?

Antimilitarismus Kommission  
KB/Gruppe Hamburg



## Katholizismus und 3. Reich: Zu den Verbrechen von einst noch die Lüge von heute.

Mit diesem Spitzensatz geißelt der Kirchenkritiker Deschner die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 31.1.79 zum Verhalten der katholischen Kirche unter der NS-Herrschaft („Frankfurter Rundschau“, 10.2.79). Die Erklärung möchte den Eindruck erwecken, als habe die katholische Kirche von 1933 - 45 in einer ungeheuer schwierigen Situation gestanden und dennoch versucht, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Da wird vom „Dilemma“ „zwischen Erfüllung der staatsbürgerlichen patriotischen Pflichten einerseits und der Ablehnung des Nationalsozialismus andererseits“ ge(s)tö(h)nt. Die kirchenpolitisch Verantwortlichen seien dieser Schwierigkeit durch den Abschluß des Reichskonkordats (20.7.33) gerecht geworden: „Das Reichskonkordat war die vertragsrechtliche Form der Nicht-Anpassung der katholischen Kirche an das NS-System“ (Erklärung vom 31.1.79).

„Festgeläute zum Geburtstag des geliebten Führers“ überschreibt Deschner seine Entgegnung („FR“, 19.2.79), in der er mit einer Fülle für sich sprechender Zitate die katholischen Kirchenfürsten schlagfertig der Lüge überführt. Deschners Hinweise auf die geschichtlichen Zusammenhänge bleiben leider auf der Ebene von Allgemeinweisheiten (ideologische Verwandschaft von Katholizismus und Faschismus, Antijudaismus im Christentum). Tatsächlich besteht aber auch auf der Ebene des politischen Instrumentariums ein viel engeres Zusammenwirken zwischen Katholizismus und Faschismus, als gemeinhin bekannt ist. Dieser Artikel soll das am Beispiel des Konkordats verdeutlichen.

Ein Konkordat ist ein rechtswirksamer Vertrag zwischen dem Vatikanstaat und einer National- oder Landesregierung. Er umschreibt in Paragraphen die Gültigkeit des „kanonischen Rechtes“ für das jeweilige Staatsgebiet. Das kanonische Recht ist verdeutlichen.

Ein Konkordat ist ein rechtswirksamer Vertrag zwischen dem Vatikanstaat und einer National- oder Landesregierung. Er umschreibt in Paragraphen die Gültigkeit des „kanonischen Rechtes“ für das jeweilige Staatsgebiet. Das kanonische Recht ist seit 1917 in einem Riesenwerk von 2.414 Einzelbestimmungen zusammengefaßt: „Codex Iuris Canonici“. Dieses riesige kultische Rechtsgebäude bezieht sich z.B. auf die Ernennung der Bischöfe durch den Papst, Wohnpflicht des Pfarrers nahe der Kirche; es enthält eine lange Liste von Ehehindernissen und regelt die Zuständigkeiten der geistlichen Gerichtsbarkeit u.v.a.m. Ziel vatikanischer Politik war es also, durch den Abschluß von Konkordaten, die möglichst uneingeschränkte Geltung dieser Rechte gegenüber jedem Staat vertraglich garantiert zu bekommen.

Deutschland war durch die Revolution von 1918 zum Aktionsfeld vatikanischer Diplomatie geworden. Ihr Ziel war der Abschluß eines Reichskonkordats. Im März 1924 kam es nur zu einem Vertrag mit der bayerischen Regierung, von dem sich der Vatikan „eine günstige Wirkung ... für die Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche im übrigen deutschen Reich“ erwartete.

Die 16 Artikel des Konkordats waren für die Kurie in der Tat günstig ausgefallen: Es gab kein staatliches Einspruchsrecht bei Bischofswahlen, der bayerische Staat verpflichtete sich, die Konfessionsschule zu schützen, der Einfluß der katholischen Kirche auf das Erziehungswesen wurde staatlich gutgeheißen.

Ein so weitgehender Einfluß des Klerus stieß allerdings auf den Widerstand der sozialdemokratischen Regierung Preußens. Ein Reichskonkordat nach diesem Modell hatte demnach wenig Aussicht auf Erfolg. Am 14.7.29 unterzeichneten der Freistaat Preußen und der Heilige Stuhl einen Vertrag, der mehr Kompromißcharakter trug: Eine Klausel sicherte der preußischen Staatsregierung Einspruchsrecht bei der Bischofswahl, von der Schule ist in diesem Konkordat keine Rede.

Trotzdem ließ die Kurie von ihren Zielvorstellungen nicht ab. Der apostolische Nuntius äußerte auch gleich nach Abschluß des Vertrages, „daß dieser niemals als Verzicht auf die Grundsätze gedeutet werden darf“. Denn, daß es auch klerusfreundlicher geht, zeigten die Lateranverträge vom Frühjahr 1929: das Konkordat mit dem faschistischen Italien.

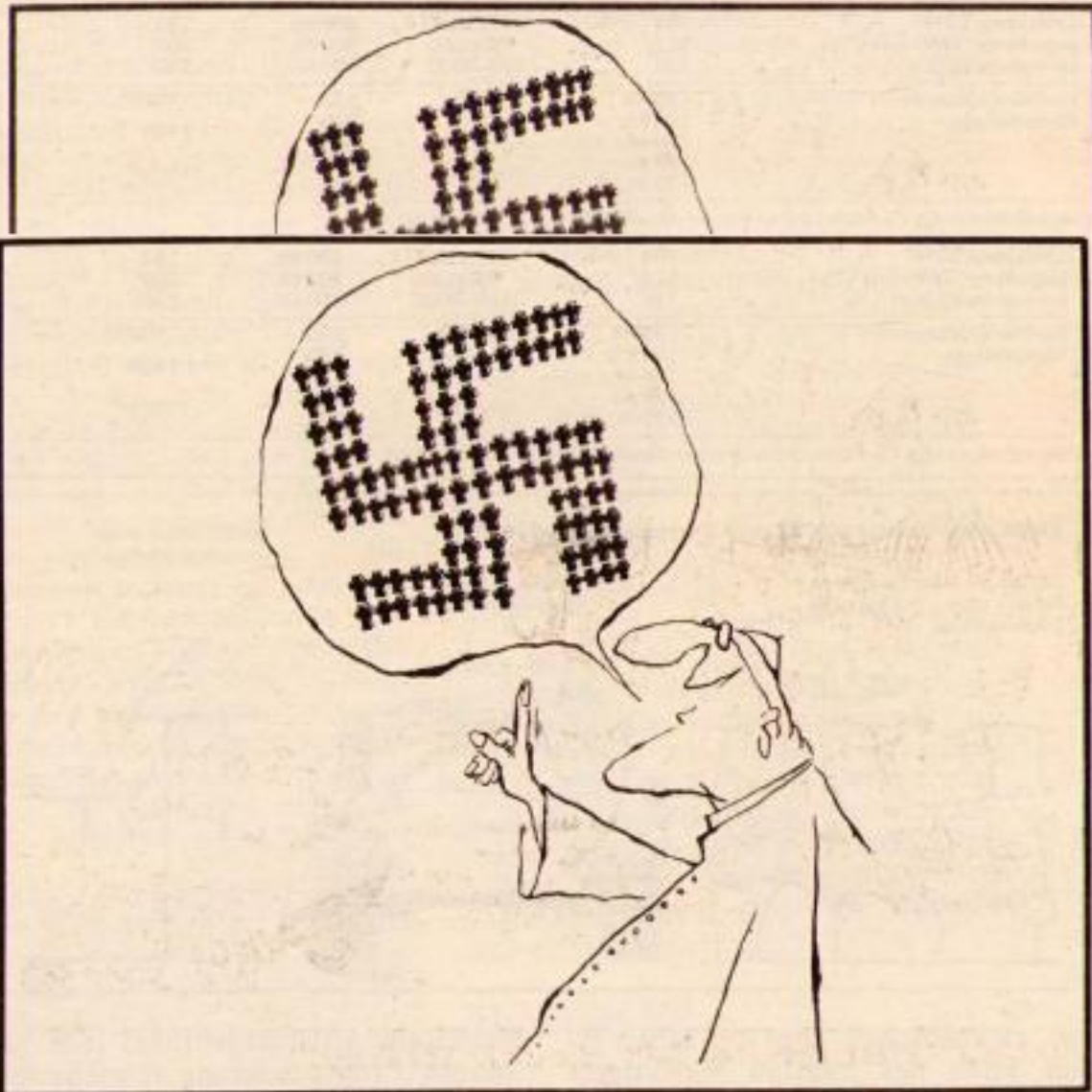
Dieses war sowohl für Hitler als auch für den vatikanischen Nuntius Pacelli (später Papst Pius XII.) Vorbild für einen entsprechenden Vertrag mit der deutschen Reichsregierung. Für die Kurie deshalb, weil der Lateranvertrag das kanonische Recht weitgehend gewährleistete. Das betraf sowohl die – seit der Gründung des bürgerlichen italienischen Natio-

nalstaates im 19. Jahrhundert strittige – Frage des Kirchenstaates, als auch die Freiheit der Kirche in der Besetzung ihrer Ämter. Wieweit der faschistische Staat dem katholischen Klerus entgegenkam, kann daran ersehen werden, daß in Artikel 1 der Katholizismus zur einzigen Staatsreligion erhoben wurde und daß der Staat kirchlich geschlossenen Ehen bürgerliche Wirkung zuerkannte.

Vor diesem Hintergrund wird der Artikel 43 des Laterankonkordats nicht als Zugeständnis des Katholizismus an den faschistischen Staat gewertet werden dürfen, wie dies bürgerliche Historiker gerne tun. Artikel 43 verbietet es allen geistlichen und Ordensleuten, „sich bei irgendeiner politischen Partei einzuschreiben oder zu betätigen“ (Entpolitisierungsklausel). Dieser Artikel besiegelte den politischen Tod der katholischen Volkspartei, in welcher sich katholische Geistliche überwiegend organisierten und die deshalb das politische Instrument des katholischen Klerus im liberal-bürgerlichen Staat war. Mit dem Lateran-Konkordat war aber alles erfüllt, was politisches Ziel des Katholizismus war; eine eigenständige katholische Partei war damit überflüssig geworden.

Anläßlich der Unterzeichnung der Lateranverträge brachte der „Völkische Beobachter“ vom 22.9.29 eine Rede Hitlers: „Wenn aber die Kurie heute mit dem Faschismus Frieden schließt, so beweist das, daß der Vatikan diesem politischen System Vertrauen entgegenbringt, jedenfalls mehr als dem liberaldemokratischen Staat von einst, mit dem er keinen Frieden zu schließen vermochte“.

er Hitler als ersten und einzigen Staatsmann lobt, der öffentlich gegen den Bolschewismus redet. Das waren Winke mit dem Zaunpfahl. Deshalb konnte Hitler für das angestrebte Ermächtigungsgesetz mit Unterstützung aus Rom rechnen. Das war wesentlich, denn der dazu erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Reichstag stand immer noch der Block des Zentrums entgegen. Er konnte aber – im Blick auf die Lateranverträge und im Blick auf führende Personen des Zentrums wie L. Kaas – sicher sein, daß Rom mit dem Versprechen eines Reichskonkordats das Zentrum aufgeben würde. In diese Richtung äußerte sich auch Hitler in der Kabinettssitzung gleich nach den Märzahlen: „Die Wähler des Zentrums würden erst dann für die nationalen Parteien zu erobern sein, wenn die Kurie die beiden Parteien (Zentrum und Bayerische Volkspartei) fallen lasse“ (Scholder). Deshalb gab er auch bezüglich Konkordat einen eindeutigen Hinweis: „Daß den Bischöfen die authentische Interpretation aller die Kirche betreffenden Fragen zustehe“ (Scholder). Kontakte zwischen Rom und Berlin wurden unverzüglich aufgenommen. Das Ermächtigungsgesetz stand für den 23.3.33 zur Abstimmung. Im Zentrum gab es zunächst noch Widerstände gegen die Zustimmung. Schließlich setzte sich aber der Flügel um den Kanonisten und Vorsitzenden L. Kaas durch. Sein Widerpart in dieser Frage, Brüning erinnert sich: „Kaas Widerstand in dieser Frage, wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach, und Papen versicherte, daß ein solches so gut wie garantiert sei“.



Bei dem Zentrumsvorsitzenden L. Kaas, der später bei den Verhandlungen um das Reichskonkordat eine Schlüsselrolle spielte, ist darin nur Übereinstimmung festzustellen. In einem Aufsatz würdigte er die Lateranverträge als „ein Paradigma (Musterbeispiel – d. Red.) von säkularer Bedeutung ... Der autoritäre Staat mußte die autoritäre Kirche besser in ihren Postulaten begreifen als andere...“ (aus: Scholder, Die Kirche und das Dritte Reich).

Von daher gesehen ist es bestenfalls auf kirchengeschichtliches Unwissen, schlimmstenfalls auf bewußte Verschleierung zurückzuführen, wenn die deutsche katholische Bischofskonferenz behauptet, „das Reichskonkordat war die vertragsrechtliche Form der Nichtanpassung der katholischen Kirche an das NS-System“ (Erklärung vom 31.1.79). Das Gegenteil trifft zu: Das Reichskonkordat ist der vertragsrechtliche Ausdruck für die übereinstimmenden Interessen von Katholizismus und Faschismus.

Deutlich wird dies an den politischen Vorgängen in Deutschland im Frühjahr 1933. Nach der Machtübernahme Hitlers stellte der politische Katholizismus noch eine stattliche Macht dar. Bei den Märzahlen erhielt das Zentrum 11,3%, und die deutsche katholische Hierarchie hatte in mehreren Erklärungen die NSDAP geschlossen abgelehnt. Das bischöfliche Ordinariat von Mainz z.B. verbot es den Katholiken, der NSDAP beizutreten, verbot es NSDAP-Mitgliedern in korporativer Zusammensetzung Beerdigungen beizuwohnen und verweigerte NSDAP-Mitgliedern die Sakramente. Allerdings fanden die katholischen Bischöfe für ihre Ablehnung keine Unterstützung in Rom. Von Anfang 33 sind mehrere Äußerungen von Papst Pius XI. bekannt, in denen

(Scholder). Göbbels schrieb 1937 „Kaas habe 1933 das Ja der Zentrumsparlei zum Ermächtigungsgesetz abhängig gemacht von der Bereitschaft der Reichsregierung über ein Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl zu verhandeln und die Rechte der Kirche zu achten“ (Scholder).

Eine Woche nach dem Ermächtigungsgesetz gab der deutsche katholische Klerus eine Vertrauenserklärung für die Regierung ab, in der er seine früheren Vorbehalte gegen die NSDAP zurücknahm. Grundsätzlicher Natur scheinen jene Vorbehalte sowieso nicht gewesen zu sein; denn die zuvor noch skeptisch schienen, zitiert Deschner als Jubilanten in seinem „Festgeläute zum Geburtstag des geliebten Führers“ („FR“, 19.2.79).

Es ist also berechtigt von einem unmittelbaren Interessenzusammenhang zwischen Ermächtigungsgesetz (23.3.) und Reichskonkordat (20.7.33) zu sprechen. Dieses entsprach dann auch grundsätzlich dem italienischen Vorbild: der Staat schützt weitgehend die Rechtsansprüche der katholischen Kirche, hier insbesondere der Konfessionsschule; es enthält auch die Entpolitisierungsklausel.

Weder von Nicht-Anpassung, noch von Anpassung kann hier geredet werden, sondern einzig und allein vom Zusammenspiel gleichgerichteter Interessen; denn der katholische Klerus trug wesentlich zur Machtkonsolidierung des Faschismus bei.

In den nächsten Nummern erscheinen in lockerer Folge weitere Aufsätze zum Thema Kirche und 3. Reich.

Kirchenkommission

## Aus Kirche und Gemeinde

### Kurzmeldungen

Frankfurt. Zu einem „Europäischen Bekenntniskonvent“ unter dem Leitthema: „Politische Ethik zwischen Anarchie und Tyrannei“ versammelten sich vom 21. bis 23.2.1979 ca. 300 rechtsradikale Protestanten in Frankfurt. Die aus der BRD vertretenen Gruppen „Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis“, „Bekenntnisbewegung kein anderes Evangelium“, „Deutscher Verband für Evangelisation“, „Evangelische Notgemeinschaft“ sehen ihre Hauptaufgabe darin, durch Entlarvung des „marxistischen Einflusses“ in den bestehenden Kirchen, diese noch stärker als bisher unter die Herrschaft der CDU/CSU zu bringen.

Evangelium“, „Deutscher Verband für Evangelisation“, „Evangelische Notgemeinschaft“ sehen ihre Hauptaufgabe darin, durch Entlarvung des „marxistischen Einflusses“ in den bestehenden Kirchen, diese noch stärker als bisher unter die Herrschaft der CDU/CSU zu bringen.

Angeprangert wurde die Verbindung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) mit dem Weltkirchenrat (ÖRK); besonders deswegen, weil der ÖRK sich mit seinem Antirassismusprogramm eindeutig auf die Seite der schwarzen Mehrheit im südlichen Afrika stellt; damit verfolge er „antichristliche Weltveränderungs- und Weltvereinigungsutopien“ („FR“, 24.2.79).

Beyerhaus, Theologie-Professor in Tübingen, einer der führenden Kräfte in dieser rechtschristlichen Bewegung, meinte, „die Freigabe der Abtreibung durch den Bundestag habe dazu geführt, daß jährlich Todesurteile über 40.000 Kinder, die im Mutterleibe zerkübelt werden, gefällt werden“ („FR“, 24.2.). Besonders beliebt ist es bei diesen Gruppierungen, die heutige kirchliche Situation mit der von 1935 bis 1945 zu vergleichen: So wie damals die „Bekennende Kirche“ gegen die Nazis und die nazitreuen „Deutschen Christen“ aufgetreten sei, so müßten heute diese Bekenntnisgruppen in der BRD gegen die Kommunisten und die kommunistenfreundlichen Kirchen einschreiten. Klar, daß viele dieser neuerlichen „Kirchenkämpfer“ bei den „Deutschen Christen“ waren oder stark mit ihnen sympathisierten.

\*\*\*

Ernst Mandel und der Dominikanerpater Basilius Streithofen „stritten“ sich zum Genuß und zur Schulung für Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder, Manager und Unternehmer im Rahmen eines Seminars, veranstaltet vom „Managment Institut Hohenstein“. Das Seminar fand im Dominikanerkloster Walberberg statt, in dem Basilius Vorstandsmitglied des Instituts für Gesellschaftswissenschaften e.V. ist („FR“, 3.3.79). Walberberg war nach 1945 das ideologische Zentrum für den Aufbau der CDU in der BRD. Eine führende Kraft war dort der Dominikanerpater Welty, der 1946 schrieb: „Jedenfalls ist mehr und mehr die Überzeugung gewachsen, daß nur die altererbten und zäh verteidigten Grundsätze des Christentums, insbesondere der katholischen Kirche die Gewähr für eine gesunde gesellschaftliche Ordnung bieten“ (zitiert nach G. Kraiker, Politischer Katholizismus in der BRD).

Was hat Mandel in solcher Umgebung zu suchen?

Auch Jochen Steffen soll beim Managment Institut „Wirtschaftsbosen, Marxistische Grundbegriffe“ beibringen („FR“, 3.3.79).

\*\*\*

Über die Hintergründe des Inquisitions- bzw. Lehrzuchtverfahrens gegen den Hamburger Pastor Paul Schulz und über die Solidaritätsaktion des Pastors Wolfgang Grell, gegen den deswegen ebenfalls ein Inquisitionsverfahren wegen „Verletzung der Amtspflicht“ eingeleitet wird, informiert die neuerdings in Hamburg erscheinende kirchenoppositionelle Zeitschrift „Gegen den Strom“ in einer Extraausgabe. Bestelladresse: Gegen den Strom, Postfach 1145, 2084 Rellingen.

\*\*\*

sitionelle Zeitschrift „Gegen den Strom“ in einer Extraausgabe. Bestelladresse: Gegen den Strom, Postfach 1145, 2084 Rellingen.

\*\*\*

In der Frage der Verjährung von NS-Verbrechen kann das katholische Gewissen zu „unterschiedlichen Entscheidungen“ gelangen; so entschieden jetzt die deutschen katholischen Bischöfe.

Sonst z.B. in Fragen von Abtreibung, Ehe, Familie, Sexualität etc. immer vorneweg mit eindeutiger Kenntnis des katholischen Gewissens, läßt der „gegenwärtige Stand der Diskussion“ keine eindeutige Erklärung zu („FR“, 12.3.79).

Wahrscheinlich wird den katholischen Würdenträgern zur Zeit noch zu intensiv über die NS-Verbrechen – ausgelöst durch „Holocaust“ – diskutiert, sodaß sie sich im Moment keine Stellungnahme für Verjährung trauen.

\*\*\*

Die karibische Kirchenkonferenz hat alle ihre Konten bei der Barclays-Bank aufgeben, weil diese Bank intensive Geschäftsbeziehungen nach Südafrika hat (Junge Kirche 2/79).

Anders in der BRD: In Hamburg sind Barclays-Bank und der Bischofssitz und Landeskirchenamt „friedlich“ unter einem Dach untergebracht auf kirchlichem Grund und Boden. Und wegen dieser und anderer guter Verbindungen zwischen Kirche und Kapital hat der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands einen Boykottaufruf des Evangelischen Frauenwerkes gegen Südafrikanische Früchte schärfstens verurteilt.

\*\*\*

„Für Gerechtigkeit in Südafrika“ hieß eine Veranstaltung, die der Kirchenvorstand der Gesamtgemeinde Kirchsteinbek in Mümmelmansberg/Hamburg durchführte. Auf der gutbesuchten Veranstaltung wurden der Film „Das letzte Grab von Dimbaza“ gezeigt sowie intensiv über die Situation in Südafrika informiert. Die Veranstaltung rief Protest bei den Apartheidsfreunden hervor: Der CDU/MdB Peter Petersen, der „seit Jahren geschäftlich Südafrika“ bereisende Josef Vratny und der südafrikanische Konsul unterstellten den Veranstalter Lüge, Manipulation und politische Einseitigkeit. Der „Billstedter Anzeiger“ vom 8.3.79 schlachtete diesen Angriff genüßlich aus.

Die betroffenen Pastoren und Kirchenvorstandsmitglieder haben angekündigt, sich gegen die Diffamierungen und Unterstellungen zu wehren.





# Nachrichten aus Schule und Hochschule



## Verfassungsschutz an den Schulen

„Bei uns gibt es keine Schnüffeleien an den Schulen“. So äußerte sich der bayrische Innenminister, als eben diese Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Sommer letzten Jahres breit in der Presse behandelt wurde. Damals hat von der SPD über die Schülerunion bis hin zu Dregger (fast) jeder die Chance wahrgenommen, sich mal kräftig gegen die Bespitzelung von Schülern auszusprechen. Innenminister Baum erklärte z.B., „er halte es nicht für richtig, daß der Verfassungsschutz an den Schulen tätig ist“ („Tat“, 12.1.79). Der Wirklichkeit näher kommen wird wohl eine Äußerung von jemandem, der es eigentlich wissen muß. Der stellvertretende Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, erklärte: „Wenn sich ein Schüler einer extremistischen Organisation außerhalb der Schule anschließt, kann er sicher sein, daß er vom Verfassungsschutz überprüft und erfaßt wird.“ („Hamburger Morgenpost“, 26.7.78). (Dabei muß man bedenken, daß selbst Landesschülervertretungen in Verfassungsschutzberichten als „extremistisch“ geführt werden!). Klar, das kann nur durch eine systematische, umfassende Bespitzelung erreicht werden; doch daß das „natürlich“ auch so läuft, mag sogar die CSU nicht so ganz in der Öffentlichkeit zugeben. Zwei neu aufgedeckte Fälle von Spitzelanwerbung zeigen, daß trotz vieler Schönwetter-

erklärungen nicht im Traum daran gedacht wurde, die Bespitzelung von Schülern einzuschränken.

Anfang Februar 79 versuchte ein bayrischer Verfassungsschützer ein ehemaliges Mitglied der Roten Schüler Front für den Verrat an seinen alten Genossen zu kaufen. Der Verfassungsschützer meldete sich telefonisch, stellte sich als „Christian“ vor und versuchte, ein erstes Treffen mit dem Genossen zu arrangieren. Auf Nachfrage gab er bald zu, ein „Staatschützer“ zu sein. Auf dem Treffen wartete „Christian“ mit detaillierten Kenntnissen über die ehemalige Betätigung des Gen. auf. So war ihm auch der Austritt und die Tatsache, daß der Gen. damals interne Dokumente der RSF nicht wieder rausbringen wollte, bekannt. Gerade diese Dokumente schienen für den VS interessant. Desweiteren bekundete „Christian“ Interesse an Organisationsstrukturen und Mitgliederzahlen der RSF. Besonders wichtig schienen ihm aber, „was man dort (in der RSF) im einzelnen für Auffassungen hege, was an Wesentlichem in Flugblättern, Schriften usw. nicht aufgedeckt werde.“

Bei dieser Spitzelanwerbung kam es zum Glück nicht zu einer „Zusammenarbeit“. Der Genosse alarmierte seine ehemalige Organisation und schaltete auch den „Stern“ ein. Als so am für ein nächstes Treffen vereinbarten Punkt ein Fotograf des „Stern“ auf der Lauer lag, ließ sich

„Christian“ nicht mehr blicken und meldete sich auch in Zukunft nicht mehr. Das erklärt eine Äußerung auf dem ersten Treff: „Daß er (Christian) mich (den betroffenen Gen.) so um Informationen angehe, sei nichts Außergewöhnliches. Vielmehr probierten sie das eben bei solchen Fällen wie meiner Person gern, und es sei dabei mehr oder minder Zufall, inwieweit der untersuchende Beamte dabei einen Informationserfolg erziele.“ Zitat und alle Informationen nach einer Rede des Gen. auf einer Veranstaltung am 6.3. in Regensburg).

So ein „Zufall“ mit „Informationserfolg“ ereignete sich in Nordrhein-Westfalen. Der SDAJ verdanken wir das Aufdecken des Falls von Urban Hessling, 17 Jahre, Vorsitzender der Schülerunion Bottrop. „Im Heinrich Heine Gymnasium Bottrop

bespitzelte ... (er) ... seine Mitschüler und Lehrer und übergab die schriftlichen Aufzeichnungen seiner Beobachtungen gegen Geld einem Mann, der sich als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz vorgestellt hatte“ („FR“, 14.3.79). Auf Formularen von Hessling, die SDAJ-Mitglieder dem VS-Gangster nach dem letzten Treff entreißen konnten, stand z.B. über einen Schüler: „Seit ca. 1 Monat schwarzer, fünfzackiger ANARCHO-Stern auf dem Parka.“ Über einen Lehrer notierte Hessling, dieser habe am 3. März in der Deutschstunde um 8 Uhr 45 erklärt: „In unserem bürgerlichen System gibt es in Verbindung mit Berufsverboten in der Weise Zensur, daß Leute sich selbst zensieren, um nicht zensiert zu werden“ (ebenda).

Ach ja, beinahe hätte ich's vergessen: „Ein Sprecher des Innenminis-

teriums in Düsseldorf teilte der FR mit, 'unser Verfassungsschutz hat mit der Sache nichts zu tun'“ (ebenda).

Etwas ehrlicher zeigte sich da zwei Monate vorher noch das Kultusministerium bei einem anderen Fall. Ein Lehrer deckte auf, daß VS-Beamte systematisch Lehrer über ihre Schüler befragen, wenn diese in den öffentlichen Dienst wollen. Dazu das Ministerium: „Falls Lehrer von Verfassungsschützern über Verhalten von Schülern befragt worden seien, sei das noch peinlicher als in Bayern“ (nach „Tat“, 12.1.79). Etwas nüchterner sieht das der enttarnte Verfassungsschützer, der den Lehrer zur Denunziation aufforderte: „Er habe das schon seit fünf Jahren gemacht und noch nie Schwierigkeiten gehabt“ (ebenda).

Ein Hamburger Lehrlingsgenosse

## Antifaschistische Info-Tage von Bürokraten behindert

Frankfurt. Unter dem Eindruck der Holocaust-Serie haben Frankfurter Schüler beschlossen, sich den ausbreitenden neonazistischen Aktivitäten mit antifaschistischer Aufklärung entgegenzustellen. An bisher 17 Schulen sind dazu Aktionstage geplant. Zur Vorbereitung hat sich eine antifaschistische Jugend-AE unter Beteiligung von Mitgliedern der Jusos, Falken, SDAJ, des KB und unorganisierten Schülern gegründet. Außerdem haben sich Antifa-Schülerkreise zur Planung direkter Aktivitäten gebildet. Die Planungen stoßen offensichtlich nicht auf Gegenliebe bei Schuldezentern Miehm (CDU und Mitglied im neofaschistischen Witikobund) und einigen Schulleitern. So wurden an mehreren Schulen schon die Vorbereitungen behindert. An der Weidenbornschule sollten an der Antifa-Woche zwei ehemalige KZ-Häftlinge, Herr Eisenacher (VVN) und Herr Marchand (VVN und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Preungesheim), sowie ein Mitglied des Stadtschülerrats (SSR), J. Lessing,

teilnehmen, um mit den Schülern zu diskutieren, Fragen zu beantworten und Filme zu kommentieren. Schulleiter Pickard versuchte schon während der Planung, diese Veranstaltung zu verhindern. Johannes verbot er, die Schule zu betreten, mit der infamen Lüge, J. sei gar nicht Mitglied des SSR (SSR-Mitgliedern dar der Eintritt in andere Schulen nicht verweigert werden). Unter der Amtshilfe von Schuldezentern Miehm wurde auch eine passende Begründung gefunden, um den ehemaligen KZ-Häftlingen Hausverbot zu erteilen.

Nach Miehm ist eine einseitige Agitation, sowie eine Agitation zum Nachteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an Schulen verboten. Da die VVN laut Verfassungsschutzbericht eine kommunistische Tarnorganisation ist, sei allen VVN-Mitgliedern Hausverbot an Frankfurts Schulen zu erteilen. Geschieht dies nicht, so haben alle Schulleiter demnächst mit Disziplinarverfahren zu rechnen. Ein besonders zynisches Ar-

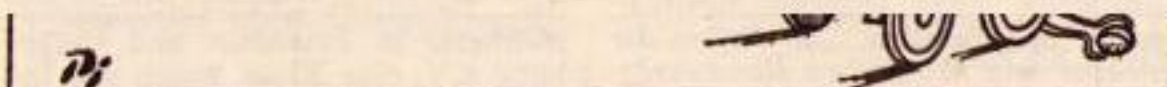
gument des Herrn Miehm ist außerdem, daß „bei allen Schulveranstaltungen für eine politische Ausgewogenheit zu sorgen sei, damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung in positiver Weise vertreten wird“. Bei Antifa-Schulveranstaltungen sieht Herr Miehm die politische Ausgewogenheit wohl nicht gewährleistet, wenn ehemalige KZ-Häftlinge (in diesem Fall sogar noch SPD-Mitglieder) daran teilnehmen. Wahrscheinlich fordert er, daß dazu auch die KZ-Schlichter höchstpersönlich vertreten sein müßten. Die Antifa-Woche an der Weidenbornschule ist somit erstmal verhindert worden.

Wir haben uns das aber nicht einfach gefallen lassen und mit dem SSR zusammen an vielen Schulen ein Flugblatt verteilt, das über die Behindierungen informiert. So wird die antifaschistische Aktionswoche weiterhin aktiv vorbereitet.

Schüler/innen im KB/ Gruppe Frankfurt



Noch ein Verfassungsfeind: Ballt „die Linke zur Faust!“



Noch ein Verfassungsfeind: Ballt „die Linke zur Faust!“

## Antifa-Veranstaltung in Kappeln

### JZI zeigt „Wotans Erben“

Einen erfolgreichen Beitrag zu der Diskussion um die Inhalte der „Holocaust“-Sendereihe leistete die Jugendzentrumsinitiative in Kappeln. Das politische Interesse scheint recht groß zu sein, denn es kamen 65 Jugendliche.

Nach einem einleitendem Referat, in dem auf die Väter von Hitlers „Mein Kampf“ eingegangen wurde, und einigen Beispielen aus der aktuellen Neo-Nazi-Szene wurde der Film „Wotans Erben“ gezeigt. Vorher stattete uns aber noch ein „freundlicher“ Polizeibeamter am Anfang der Veranstaltung einen Besuch ab. Er wollte wissen, obwohl das in ganz Kappeln bekannt ist, wer der Verantwortliche (Vorsitzende) des „Vereins für ein freies, selbstverwaltetes Jugendzentrum“ wäre. Der Kappeler Kaufmann Bolz hatte Anzeige wegen eines Plakates, das sich an einem seiner Häuser befand, gestellt. Er wollte jetzt wissen, an wen er die Rechnung wegen der Schadensregulierung schicken sollte. Also haben es die Reaktionen wieder mal geschafft, fortschrittliche Jugendliche in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren.

Der Videofilm wurde mit großer Konzentration angesehen. Nachdem einige Hemmungen überwunden waren, lief auch die Diskussion danach gut an, weil sich einige Jugendliche

der JZI auf einzelne Themen vorbereitet hatten und jetzt Fragestellungen oder Beiträge liefern konnten. Festzuhalten bleibt, daß viele dankbar für die gegebenen Informationen waren, weil sie noch nie vorher etwas von den erschreckenden Aktivitäten der Neo-Nazis gehört hatten. Auch grundsätzliche Informationen über die faschistische Ideologie sind knapp bemessen.

Einige Mitglieder und Sympathisanten der JU „bereicherten“ durch ihr Auftreten die Diskussion. Immer wieder versuchten sie, durch dumme Bemerkungen wie „Was denn ist in Kambodscha los?“ die Diskussion vom Thema abzubringen, um gegen die „K-Gruppen“ labern zu können. Die seien ja „genau so schlimm“. Es wurde festgestellt, daß neben den Juden vor allem auch die Linken unter dem Faschismus zu leiden hatten.

Abschließend möchten wir feststellen, daß diese Veranstaltung einen Fortschritt auch in der politischen Entwicklung der JZI Kappeln darstellt. Viele Mitglieder haben erkannt, wie wichtig eine politische Stellungnahme zur Festigung der JZI ist. Das antifaschistische Bewußtsein wird auch in den zwei Räumen reflektiert werden, die die JZI demnächst von der Stadt erhält.

KB/ Gruppe Kappeln

## JZ-Landestreffen in Schleswig-Holstein

## JZ-Landestreffen in Schleswig-Holstein

Am 17./18. März findet in Neumünster im JZ Gardeland ein Landestreffen der schleswig-holsteinischen Jugendzentren statt. Wir sehen in einem landesweiten Erfahrungsaustausch der JZ's eine gute Möglichkeit, der vielerorts herrschenden Resignation im Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren sowie der Tendenz zur Entpolitisierung der Jugendzentrumsarbeit entgegenzuwirken.

Die JZ's Westerland, Eutin, Pinneberg sind die jüngsten Beispiele für die Repressionspolitik der CDU gegenüber selbstverwalteten Jugendzentren bzw. JZ's in Schleswig-Holstein: das Treffen einer Frauengruppe im JZ, „Terror-Parolen“ an der Klotür oder bemalte Wände reichten aus, um JZ's zu schließen oder Jugendliche mit Hausverboten und Prozessen zu belegen. Es wäre also auch ein Thema des Landestreffens, einen Überblick über die Politik der bürgerlichen Parteien zu geben, um den Grundstein für gemeinsame Gegenmaßnahmen zu legen.

Damit das Landestreffen aber auch hält was es verspricht, ist notwendig, daß die JZ-Basis aktiv und maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt wird. Davon kann zur Zeit leider noch überhaupt nicht die Rede sein. Der Grund dafür ist der Einfluß der SDAJ im „Initiativ Ausschuß für ein Landestreffen der Jugendzentren und Häuser der Jugend“. In dessen Aufruf springt einem der DKP-Bürokraten-Stil gleich ins Gesicht.

So als wende man sich an Kleinstkinder, wird den Jugendzentrumsaktivisten seitenlang bis ins Kleinste vorgeschrieben, was sie zu tun hätten, „damit das Landestreffen

ein großer Erfolg von und für uns alle wird“. Im Kommifiton heißt es: „Aufruf diskutieren und verabschieden, Spende auf Konto, Delegierte benennen, Kultur besorgen, Organisationshelfer benennen, ...“. So kann die SDAJ unserer wegen mit ihren eigenen Leuten umspringen, aber nicht mit der JZ-Basis! Eine Ermunterung zur Mitarbeit ist das jedenfalls nicht – und soll es wohl auch gar nicht sein.

Als wichtigstes anzustrebendes Ziel des Landestreffens wird die Wahl eines „funktionierenden Landes-Koordinationsbüros“ benannt, das von „JZ-Delegierten“ gewählt werden und natürlich auch gleich ein richtiges „Statut“ bekommen soll. Hierfür sind im selbstverständlich schon fertigen – Programm ganze eineinhalb Stunden vorgesehen. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie die SDAJ in den Jugendzentren fleißig „Delegierte“ sammelt, und wie man im Parteibüro bereits davon träumt, bald wieder einen neuen Bündnispartner im Jugendbereich zu haben. Erinnerungen werden wach an die Zeit von 1973-75, in der die Revis das damals noch existierende Koordinationsbüro beherrschten und sogar Unvereinbarkeitsbeschlüsse, speziell gegen KB-Genossen, durchsetzten (siehe Rebell 7 und 9).

Wir sagen eindeutig nein zu einem derartigen Koordinationsbüro, da es jedenfalls unter den gegebenen Bedingungen notwendigerweise abgehoben arbeiten muß. Es ist nicht einzusehen, wie man den örtlich auftretenden Problemen in den JZ's, der Tendenz zur Entpolitisierung und Resignation vor den Angriffen der Verwaltung dadurch entgegenwirkt, indem man sich einen Wasserkopf namens „Koordinationsbüro“ schafft.

Nicht „Tausende von Jugendlichen“ (Aufruf) setzen sich derzeit „täglich aktiv ein für Programm und Betrieb ihres Hauses“, sondern das sind leider nur recht wenige. Es wäre unverantwortlich, diese Kräfte für die Arbeit in einem Koordinationsbüro abzuziehen.

Um den dringend notwendigen Erfahrungsaustausch unter den JZ-Aktiven in Schleswig-Holstein anzukurbeln, lassen sich bestimmt sinnvollere Formen finden, als ein zum eigenmächtigen Handeln „legitimierter Kreis“ (Aufruf). Zum Beispiel wären landesweite Seminare und die Wiederbelebung eines landesweiten Informationsblattes denkbar.

Die von den Revis so gern beschworene JZ-Basis sollte also keine Zeit verlieren und die Vorbereitung des Landestreffens in die eigenen Hände nehmen. Dabei sollte man positive Vorschläge aus dem Aufruf wie das Organisieren einer „Info-Börse“ durchaus aufgreifen. Für die geplanten Arbeitsgruppen sollte man mehr Zeit als die vorgesehenen zwei Stunden fordern, und sicher lassen sich auch interessantere Themen finden als „Mehr Geld für unsere Arbeit“ oder „Das ist unsere Kultur“.

Am 4. März findet in Glinde zwecks Vorbereitung des JZ-Landestreffens ein gemeinsames Treffen der regionalen JZ-Zusammenschlüsse Kreis Stormarn und Kreis Pinneberg statt, die bereits ihre „Skepsis“ mit den Vorstellungen der Revis zum Ausdruck gebracht haben.

Die SDAJ fordern wir auf, keinen undemokratischen Alleingang durchzuführen, sondern das Motto zu beherzigen, unter das sie selbst das Landestreffen am 17./18. März gestellt hat. „Gemeinsam geht's besser!“

KB/Gruppe Pinneberg



# „Treibjagd“



Jugendliche im hessischen Erziehungsheim Staffelberg

Seit einigen Wochen geht ein „Fall“ durch die Presse, der erneut ein deutliches Licht auf die Zustände der Heimerziehung in der Bundesrepublik wirft.

Michael Holzner heißt der „Fall“; er ist 36 Jahre alt, hat den größten Teil seines bisherigen Lebens in Heimen, in Fürsorgeerziehung und in Gefängnissen zugebracht. Der Lebenslauf gleicht dem der Tausenden Kinder und Jugendlichen in der BRD, die „öffentlich“ erzogen werden.

Er war „staats eigenes Kind mit der Buchnummer 5.309“, wie er selbst schreibt. Der Heimentlassung folgten „Diebstahl und Haft, Fluchtversuch und Entlassung, Lehre, Ehe und Scheidung, Einbrüche, U-Haft, Ausbruch, Zuchthaus und Entlassung auf Bewährung, Kellner, Tischler, Kraftfahrer, zweite Ehe, Raubüberfälle, Festnahme, Haft, zwei Selbstmordversuche, zwei Ausbruchversuche“ („Zeit“ vom 7.2.79). Seine letzte Freiheitsstrafe hat Michael Holzner 1970 angetreten. 1976 ist er vorzeitig aufgrund guter Führung entlassen worden. Das Landgericht Verden bescheinigt ihm, er habe „eine echte Wandlung durchgemacht“ („Stern“, 1.2.79).

Dokument des Versuchs, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten und sich aus ihr zu lösen, ist das Buch „Treibjagd“, das Holzner 1978 veröffentlicht hat. Mittlerweile hat er auch sein Abitur nachgeholt, um Sozialarbeit zu studieren und „in jenen Heimen helfen zu können, die seine Jugend verdorben haben“ („Stern“, 1.2.79). Zur Zeit arbeitet er als Redaktions-Assistent bei Hoffmann und Campe, wo sein Roman erschienen ist. Der Verlag gibt im Plädoyer für Michael Holzner zu bedenken:

„Aber wenn Strafe Besserung bewirken und nicht Rache sein soll, dann ist ihr Vollzug in diesem Falle nicht allein nutzlos (denn die Besserung ist längst vorhanden), sondern wahrscheinlich zerstörend für den Resozialisierungsprozess“ („Zeit“, 7.2.79).

Und doch geht diese Treibjagd weiter. Siegfried Lenz hat in einem persönlichen Schreiben an den niedersächsischen Landtagspräsidenten um Gnade für Michael Holzner gebeten, Bernd Engelmann im Namen des Deutschen Schriftsteller-Verbandes und des PEN-Zentrums Strafvorschnung gefordert, Redakteure der „Zeit“, des „Stern“ und des NDR haben sich dem Gnadengesuch in ihren Beiträgen angeschlossen – aber Holzner muß wieder ins Gefängnis: für Straftaten, die er 1970 bei seiner letzten Flucht aus Gefängnissen verübt hat. Erst acht Jahre später, nämlich im März 1978, ist es zu einer Aburteilung gekommen, die auch Jahre Freiheitsentzug vorsieht. Verteidiger Heinrich Hannover hatte wiederholt gedrängt, daß der Vorgang beschleunigt werden solle, jedoch: „Die Mühlen der Justiz mahlen langsam, zuweilen acht Jahre lang.“ So die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, die „HAZ“, die bei der Hatz auf Holzner die offiziellen ministerialen Begründungen nachbetete, aber dennoch zugeben mußte, der Prozeß sei „in unglaublicher Weise verschleppt“, „worglaublicher Weise verschleppt“ worden („HAZ“, 2.3.79).

Der Rechtsausschuß des niedersächsischen Landtages hat übereinstimmend beschlossen, daß die „von Holzner und seinem Anwalt beantragte gnadensweise Aussetzung der Strafe aus Gründen der Gerechtigkeit nicht möglich sei“.

Aus „Gründen der Gerechtigkeit“ also muß Michael Holzner, der seit seiner letzten Entlassung 1976 völlig straffrei lebt, wieder zurück in die unmenschlichen Verhältnisse, die ihn kriminalisiert haben.

„Muß man für einen Gnadenakt Patty Hearst heißen?“, fragt die „Zeit“. Die Antwort heißt ja, und der Zynismus, mit dem die verantwortlichen Treibjäger im niedersächsischen Justizministerium diesen Beschluß begründen, ist kaum zu überbieten. Das Gnadengesuch sei abgelehnt worden, „um nicht den rechtsstaatlichen Gleichheitsgrundsatz zu verletzen“, und wichtigster Grund sei

„neben der noch immer nicht auszuschließenden Rückfallsgefahr die Meinung, es dürfe keinen Vorablaß einmal verhängter hoher Freiheitsstrafen geben, wenn das Rechtsgefüge nicht zusammenbrechen solle“ („HAZ“, 2.3.79).

Die Treibjagd ist erst einmal aus, das Opfer wieder einmal zur Strecke gebracht, der Sorge der Politiker, das Rechtsgefüge dürfe nicht zusammenbrechen, Genüge getan.

Eine Freundin von mir, seit über zehn Jahren Heimgeliebter, hat an ihrer Wand den Satz Eldridge Cleavers aufgehängt:

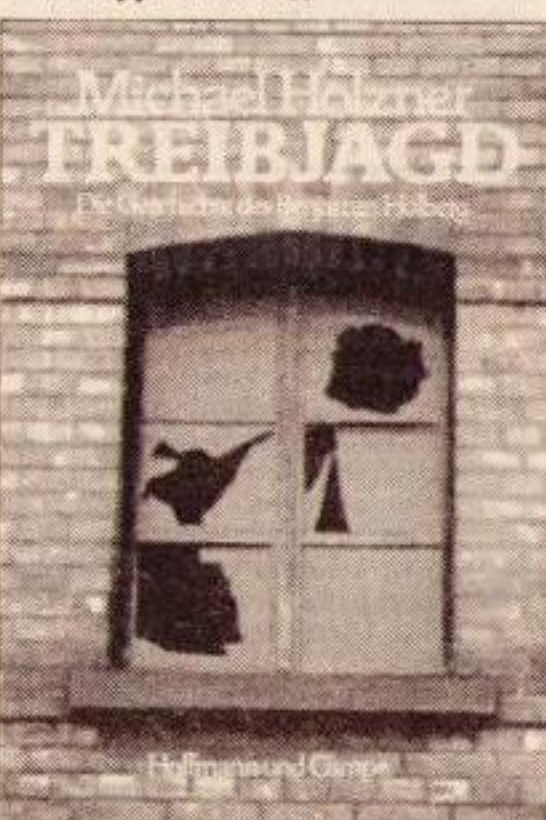
„Wir werden Menschen sein. Wir werden es sein, oder die Welt wird dem Erdboden gleichgemacht bei unserem Versuch, es zu werden.“

Jugendliche des hessischen Erziehungsheimes Staffelberg schrieben an ihre Gefängniswände: „Ich glaube eher an die Unschuld einer Hure, als an die Gerechtigkeit der deutschen Justiz.“

Sie haben Recht!

KB/Gruppe Hannover

KB/Gruppe Hannover



## Jugendkriminalität in Darmstadt

1977 lag der Anteil an Jugendkriminalität in Darmstadt und im Landkreis bei 37,2%. Damit hält Darmstadt die Spitze in Hessen.

Um näher in die Problematik einzudringen, hat die Polizei eine Fragebogenaktion durchgeführt. Das Ergebnis liegt nun vor.

Nach Altersstruktur gestaffelt ergibt sich folgendes Bild: 27% unter 14 Jahren, 52% zwischen 14 und 18 sowie ca. 20% zwischen 18 und 21.

Von noch größerem Interesse dürfte die Herkunft der erfaßten 594 Jugendlichen sein. Nach der Studie sind die Eltern zu 4% Akademiker, 8% Selbständige, 6% Beamte, 45% Arbeiter und 23% Angestellte. Der Rest umfaßt Pensionäre, Arbeitslose und ohne Berufsangabe.

Diese Zahlen veranlassen das „Darmstädter Echo“ zu der Feststellung, „daß es kaum mehr Unterschiede bei dem Milieu gibt, aus dem jugendliche Straftäter kommen“ (23.1.79). Es ist aber ein Trugschluß zu glauben, daß die „Chancengleichheit“ sich auch in der Jugendkriminalität niederschlägt. Die Entwicklung

dürfte wohl eher so verlaufen, daß die Kinder der Beamten, Selbständigen und Akademiker keinen vorgezeichneten Weg in diese Richtung haben.

Von den Eltern dieser Schichten wird vielfach eine kriminelle Erbsünde als Jugendsünde verziehen, und die Kinder werden wieder in den Schoß der Familie zurückgeholt. Außerdem können diese Schichten sich teure Anwälte leisten und auf diese Weise die Folgen dämpfen.

Nach den Beweggründen befragt, gab jeder zweite Jugendliche Mangel an Geld an. „13% der Jugendlichen gaben als Beweggrund Neugierde und Abenteuerlust bzw. Übermut und Angabe an. Sieben Prozent wollten einmal am Lenker eines Autos sitzen, fünf Prozent hatten Längeweile, ärgerten sich oder wollten sich rächen. Bei zwei Prozent lag Drogenabhängigkeit vor“ („DE“, 23.1.79).

In der Angabe der Motive spiegelt sich der Charakter unserer Gesellschaft wider; z.B. Dinge besitzen zu wollen, die den Jugendlichen aufgrund ihrer ökonomischen Lage vor-

enthalten sind.

Die Maßnahmen, die vom Polizeipräsident Bernet eingeleitet worden sind, lassen für die Jugendlichen nichts Gutes für die Zukunft erwarten. So wurde eine Sondergruppe gebildet, „deren Aufgabe es sei, Ursachen, Trends und Schwerpunkte ausfindig zu machen“ („DE“, 23.1.). Ferner sind als konkrete Maßnahmen verstärkte Jugendschutzkontrollen vorgesehen.

Die Erfassung und Beschneidung der Jugendlichen und sogar Kinder ist damit noch nicht zu Ende. So wollen die Beamten „direkten Kontakt zur Bevölkerung, zu Jugendclubs, Hausmeistern von Wohnblocks (!), Kindergärten (!) und Schulen“ aufnehmen.

Ausdrücklich hat der Darmstädter Magistrat die Bekämpfung der Jugendkriminalität als einen Punkt in seinem Programm zum „Jahr des Kindes“ genannt. Auf diesen Beitrag können die Jugendlichen gern verzichten.

Ein Darmstädter Genosse

## „Mit 15 hat man noch Träume“

So lautet der Titel eines Buches, in dem Jugendliche ihre Lebensziele und Berufsvorstellungen mit der dann vorgefundenen Realität konfrontieren und über ihre verschiedenen Erfahrungen in der „Arbeitswelt“ berichten.

Wer sich nun hat träumen lassen, daß man über diese Träume und die derzeitige nackte Realität reden und nachdenken darf, ja daß gerade in einer Unterrichtseinheit mit dem Thema „Texte aus der Arbeitswelt“ die Berichte Betroffener über Arbeit, Schule und Lehrstellensuche das einzig Angemessene sind, der wurde jetzt von der CDU schnellstens auf die Erde zurückgeholt. „Das muß unterbunden werden“. Damit schritt ein Licher CDU-Abgeordneter zur Tat und beschwor einen „Schulschandal mit landespolitischer Dimension“ („FR“, 6.3.) herauf.

Hintergrund seines Aufstandes: In einer Unterrichtseinheit im Deutschunterricht hatte eine Lehrerin der Gesamtschule in Großen-Buseck (Hessen) zwei Berichte aus dem Buch verwendet. Zwar hatte sie zusätzlich Materialien der Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitgeber und Gewerkschaften eingesetzt, doch das änderte an dem Aufschrei des CDUlers („Hetzbuch im Unterricht“, „Klassenkampfschulbuch“) nichts. Wie grotesk das Vorgehen ist, zeigt sich, nimmt man das Buch mal zur Hand und geht auf die Suche nach „Klassenkampfschulbuch“. Der Versuch, „Hetz“ ausfindig zu machen, ist zum Scheitern verurteilt, es sei denn, unter Hetze versteht man die Schilderung der realen Zustände.

So erboste sich der CDU-Mann beispielsweise über folgende Passage am meisten: „Und der Lehrling war froh, überhaupt eine Lehrstelle gefunden zu haben. Denn: Außer Magd, Verkäuferin, Schreibkraft und Kellnerin kann man bei uns kaum etwas lernen. Das dürfte in der Tat kein Geheimnis sein. Schließlich ist Schleswig-Holstein das industriell schwächste Land der Bundesrepublik und immer noch unter CDU-Regierung. Aber wo die Verdummten leben, gibt es meist mehr Kinder.“

Wie weit hier die CDU nach rechts driftet, zeigt sich auch daran, daß selbst die „FAZ“ in einer Rezension 1975 das Buch wohlwollend besprochen hat.

Wäre dieser Vorfall ein folgenloser Angriff eines CDU-Einzelgängers, könnte man getrost darüber hinwegsehen. Dem ist aber nicht so: Dieser Skandal reiht sich nicht nur ein in

eine ganze Reihe weiterer Versuche, die Lehrinhalte auszuräumen, es zeigen sich auch handfeste Folgen für Schüler, Lehrer und das gesamte Klima in den Schulen. „So ließen die Inhaber von heimischen Handwerksbetrieben die Schule wissen, daß sie künftig deren Schulabgängern keine Lehrstelle mehr anbieten werden“ („FR“). Ein Lehrer sagte prompt aus Angst vor Angriffen einen Besuch mit einer Klasse in einem kritischen Theaterstück ab.

Und, wie gesagt, kein Einzelfall: Der Offenbacher CDU-Abgeordnete H. Schoppe witterte ebenfalls „rot“ in einer Schule und richtete deshalb eine Anfrage an die Landesregierung:

Ein Lehrer habe zu Kindern gesagt, es gäbe Lehrer, die „Schülern von Eltern der sogenannten sozialen Oberschicht bessere Noten geben als Schülern der sozialen Unterschicht“ („FR“, 6.3.). Na, wenn das keine „Indoktrination“ ist ...

Und auch die Industrie- und Handelskammer sieht die Stunde gekommen, mal wieder auszutesten, wie weit sie gehen kann: Nachdem die CDU bereits im letzten Jahr vergeblich gegen vier Lehrbücher Sturm gelaufen war, versucht man es jetzt von dieser Seite aus nochmal. SPD-KuMi Krollmann zeigte sich natürlich gesprächsbereit und versicherte gleich, daß jedes Schulbuch abgelehnt werde, das mit der FDGO unvereinbar sei oder „Rechtsvorschriften verletze“ („FR“, 10.3.). Gegen welche Inhalte die Kammer angeht, zeigt das Beispiel des von ihnen inkriminierten „Arbeitsbuch Politik“. Dieses Buch sei an der „Theorie des Marxismus-Leninismus orientiert und fordere zum Klassenkampf“ auf. Der Autor: Ein Politikwissenschaftler W. Mickel, CDU-Stadtverordneter (!). Überdies: Sogar in Albrechts Niedersachsen ist dieses Buch Lehrbuch an den Schulen ...

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Mit 15 hat man noch Träume Arbeiterjugend in der BRD



Stein des Anstoßes: das Fischer-Taschenbuch „Mit 15 hat man noch Träume“.

Noch eins zum Schluß:

Noch eins zum Schluß:

Während all dies in den letzten Tagen publik wurde, war gleichzeitig zu lesen, daß der Verein griechischer Eltern und Erziehungsbeauftragter in Frankfurt und Umgebung e.V. eine Klage wegen des Inhalts griechischer Schulbücher einreichen werde. In diesen Büchern werde das „Griechentum verherrlicht und zum Teil zum Kampf gegen die Türken aufgerufen“ („FR“, 12.3.). Derartige Inhalte stören selbstverständlich weder die Industrie- und Handelskammer, noch einen Herrn Keil, Schoppe oder Krollmann oder wie sich auch alle heißen.

Eine Frankfurter Genossin

## „Die Zerschlagung der Gymnasien“

Das Thema Gesamtschule, schon lange Objekt der finsternen Demagogie, ist jetzt in Schleswig-Holstein zum Wahlschlager Nr.1 gemacht worden. Schon Anfang der 70er Jahre war die Gesamtschule der Knüller bei den Reformversprechen der Spezialdemokraten gewesen, was auch seinen Niederschlag im Bildungsgesamtsplan von 1973 fand. In dieser Zeit entstand auch der Schulentwicklungsplan der Stadt Kiel, der besagt, daß zu prüfen sei, ob aus der altsprachlichen Gelehrtenschule (Eliteschule des Kieler Adels und Bürgertums) und der naheliegenden Hauptschule nicht ein Bildungszentrum gemacht werden könne. Die damalige Stadtvertretung hatte sich nämlich zur integrierten Gesamtschule „bekannt“.

Als nun das Stadtplanungsamt am 2.2.79 an das Landesbauamt schrieb, daß die vom Land vorgesehene Turnhalle in der Nähe der Gelehrtenschule nicht den Planungen der Stadt (von 72) entsprechen würde – wegen des Bildungszentrums – waren die Presse und der Elternbeirat der Gelehrtenschule sofort zur Stelle, man entdeckte flugs einen „Geheimplan“ zur Zerschlagung von Gymnasien.

Was nun folgte, war die schon zur genüge bekannte Hetze von Elternbeirat, CDU (von ganz oben bis ganz unten), Springerpresse und nicht zuletzt vom Institut für klassische Altertumskunde der Uni Kiel, das schon die Kultur untergehen sieht ...

Die SPD beteuert immer wieder, nichts gegen den Willen der Eltern zu machen. Das Ganze wird jetzt Gegenstand einer Ratsversammlung sein, und das Einführen neuer Gesamtschulen soll nur nach Befragung der Grundschulleitern erfolgen. ... Stollenberg ruft dazu auf, das Thema offensiv zu diskutieren, und zieht Vergleiche zu den Auseinandersetzungen um die Koop-Schule in NRW.

Bildungsminister Schmude hingegen meinte vor einigen Wochen, die Gesamtschule sei kein Wahlkampfthema, sodaß es, von anderen Aspekten einmal abgesehen, nicht verwundert, daß die SPD schon seit einiger Zeit lieber Lehrerbetriebslosigkeit und Klassenfrequenzen diskutiert haben möchte, wo Schleswig-Holstein allerdings auch das Schlußlicht in der BRD-Statistik bildet.

Jugendzelle, KB/Gruppe Kiel



# Diskussionsbeiträge zur Frage der Gesamtschule

## Gesamtschule ja aber wie? Ein Erfahrungsbericht

Die Formulierung: Wir sind für Gesamtschulen, finde ich einfach zu allgemein, ebenso wie andere Passagen des Leserbriefs zum Gesamtschulartikel in AK 146 (Im folgenden zitiere ich mehrfach aus diesem Leserbrief).

Gesamtschulen sind sehr unterschiedlich organisiert, an sehr unterschiedlichen Standorten und mit verschiedenen Schwerpunkten. Das muß genau untersucht werden.

1. Zu Standort und Schülerschaft: Ihr schreibt: „Zumindest in Hamburg stehen die Gesamtschulen nicht in Blankenese. Die Gesamtschulen sind gerade in neuen Arbeiterbezirken errichtet worden.“ In Hannover-Linden ist es auch so, oder in Westberlin. In manchen Regionen kommen die Schüler aus der ganzen Stadt und vom Land. In Universitätsstädten ist es zumeist auch noch so, daß viele fortschrittlich eingestellte Akademiker ihre Kinder zur Gesamtschule schicken. Das hat natürlich erhebliche Konsequenzen. Was erleben nämlich Arbeiterkinder vielfach in der Gesamtschule? Die Akademikerkinder, die eh schon ihnen gegenüber privilegiert sind, haben viel schneller zu den Lehrern guten Kontakt, sind mutiger, verlangen viel mehr Zuwendung von den Lehrern, motzen auf und können im Endeffekt machen, was sie wollen. Auch wenn die Akademikerkinder schwänzen, faulenzen, andere Interessen verfolgen, erreichen sie die gesetzten Arbeitsziele, denn diese sind ihnen angepaßt. Der Unterricht spielt sich fast immer auf verbaler Ebene ab, als Wissen wird das vorausgesetzt, was die Akademikerkinder mitbringen. Der Unterrichtsstoff ist entweder am Gymnasium ausgerichtet oder, selbst wenn er fortschrittlich ist, an dem Wissen fortschrittlicher Mittelschichtskinder: z.B. Grips-Theater, „Spiegel“ oder „Stern“-Lektüre. Gerade für einen fortschrittlichen Lehrer ist es unheimlich verführerisch, mit solchen Kindern arbeiten zu können. Sie motzen auf = antikapitalistisch, der individuelle Protest wird unreflektiert gleichgesetzt mit Protest gegen die Scheiß-Schule (Macht kaputt was euch kaputt macht), also fortschrittlich, sie sind (verbal) gegen Unterdrückung, Unrecht, greifen auf oben genanntes Wissen zurück, gehen mit zu Demos etc. So lassen sich gute Unterrichtseinheiten wie „Fußball ja – Folter nein“ durchführen (was man ja oft noch in Gesamtschulen machen kann), ganz prima also – einerseits.

Auf der anderen Seite aber sieht es ganz anders aus. Gerade die Arbeiterkinder oder im Besonderen die Mädchen finden das Motzen gar nicht immer gerechtfertigt, oft geht es nämlich auf ihre Kosten, hindert sie massiv am Lernen und hat für sie ganz üble Folgen: zu wenig Zeit zum Lernen, wenn durch Krach die Stunde flöten geht, darauf folgen schlechte Tests und am Ende ein schlechter oder gar kein Abschluß. Zusätzlich werden die Arbeiterkinder, insbesondere wiederum

die Mädchen, von den Akademikerkindern verachtet und lächerlich gemacht: Was, das weißt du nicht? – Das darfst du nicht? – Das kannst du nicht?! – was sie in der Tat unheimlich am Lernen hindert! Viele trauen sich dann auch wirklich nichts mehr zu. Und die Lehrer, für die sind diese Schüler halt ebenfalls doof, angepaßt, vielleicht noch fleißig (aber das ist für linke Lehrer meist ohne Wert). Im Endeffekt können solche Zustände für Arbeiterkinder eine ganz fatale Konsequenz haben: Sie erfahren in einer Schule, die sich als fortschrittlich bezeichnet, daß sie trotz aller Bemühungen verachtet werden, über ihre Köpfe hinweg Unterricht gemacht wird, daß sie nur die schlechten Abschlüsse kriegen. Aber sie hatten doch die Chance. Es muß wohl doch ihre eigene Dummheit sein. Sie erleben, daß Lehrer, die als fortschrittlich gelten, mit den anderen Kindern viel besser auskommen, sie kaum beachten, wenn nicht gar geringschätzen oder verachten, obwohl sie in der Theorie doch für die Arbeiterklasse, für die Unterprivilegierten sind. Was sollen diese Schüler später im politischen Leben mit den Begriffen „fortschrittlich“ oder „links“ anfangen?

Daraus die Konsequenz zu ziehen, Gesamtschulen sind doch Scheiße, wäre sicher nicht richtig. Aber man muß die Gesamtschullehrer, die sich selbst als „links“ verstehen, auffordern, solche Verhältnisse unbedingt zu verändern oder zu verhindern! Das bedeutet, daß sehr bewußt an diese Probleme herangegangen werden muß, sowohl was die Planung des Unterrichts als auch das Verhältnis zu den Schülern und Schülerinnen betrifft.

„Allegemacht“ werden die Arbeiterkinder nicht, zumindest nicht so weit, daß sie völlig kaputtgehen, „auf Treibe gehen“, trinken oder sich umbringen. Aber ob sie die Möglichkeit haben, „gerade dort, wo sich die progressiven und engagierten Lehrer sammeln, zu lernen, ohne daß ihnen das Lernen verlernt wird“ garantiert ihnen die Gesamtschule nicht! Ob sie das lernen, das hängt von der Möglichkeit ab, wieviel Lehrer wirklich auf die Interessen und Bedürfnisse von Arbeiterkindern eingehen können.

Selbst wenn Gesamtschulinhalte fortschrittlich klingen, bedeutet das nicht unbedingt, daß die Schüler damit automatisch auf einen fortschrittlichen Weg geführt werden. Es ist ganz schön problematisch, an fortschrittliche Inhalte mit der üblichen Leistungsmessung, d.h. Ausleseverfahren, Konkurrenz und kaputtmachen heranzugehen!

„Gängige Unterdrückungsmechanismen“ gibt es auch an Gesamtschulen, sowohl Lehrern als auch Schülern gegenüber. Die Lehrer sind teilweise einem viel größeren Anpassungszwang unterworfen – und total überarbeitet. Denn das, was an Gesamtschulen das Positive ausmacht: weniger Schulangst durch bessere Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern, durch individuelle Förderung und gemeinsame Freizeitgestaltung geschieht auf dem Rücken der Lehrer und besonders der Lehrerinnen, denn das geht weit über ihre 40-Stunden Woche!

Individuelle Förderung und gemeinsame Freizeitgestaltung geschieht auf dem Rücken der Lehrer und besonders der Lehrerinnen, denn das geht weit über ihre 40-Stunden Woche!

Von den 22 % der Gesamtschulbefürworter in Hamburg kommen, wie ihr schreibt, die meisten Stimmen aus Arbeiterwohnbezirken. Das liegt m.E. vor allem daran, daß eine Gesamtschule 10-jährigen Schulbesuch garantiert und, wenn sie als Ganztagschule aufgebaut ist, sicher besonders für Arbeiterfamilien (aber auch für alle Mütter!) deshalb so wichtig ist, weil die Kinder in der Schule Mittagessen bekommen und keine die Familie nervenden Hausaufgaben aufhaben. So können die Mütter ohne Gewissensbisse arbeiten gehen und sich abends den Kindern widmen, ohne daß der Schülärger per Hausaufgaben immer dabei ist.

Die Schüler, die in der Schule ein gutes Freizeitangebot bekommen wie Fotoclub, Segelclub, Töpferkurse, Werken, Schwimmen, Musik machen etc. haben es so auch besser als Schüler vieler Hauptschulen, da ihnen solche Angebote zu Hause nicht gemacht werden können. Und sie sind nicht allein, sondern verbringen ihre Freizeit in der Gruppe. Allerdings muß man dabei sehen, daß auf die Dauer auch Nachteile damit verbunden sind: wenn ein Schüler jeden Tag von morgens bis abends in der Schule verbringt, erfährt er einen erheblichen Realitätsverlust, seine Beziehungen zur normalen Umwelt sind erheblich gestört – es sei denn, die Lehrer gehen mit ihm aus der Schule heraus! aber das geschieht leider viel zu selten.

Fazit: Ich bin für Gesamtschulen unter bestimmten Bedingungen, d.h. Berücksichtigung der o.g. Probleme.

Aber auch an normalen Schulen können sich fortschrittliche Lehrer für weniger Schulangst, für die Öffnung der Schule, für Ganztagsbetrieb mit Mittagessen und Freizeitangeboten ohne Hausaufgaben einsetzen und somit gleiches erreichen wie fortschrittliche Lehrer an Gesamtschulen. Die Schulform garantiert nichts! In Gesamtschulen sind jedoch die Voraussetzungen für positive Veränderungen größer. Wenn was positiver läuft, so durch das Engagement der Lehrer, Schüler oder Eltern!

Ich hoffe, daß die weitere Diskussion sich stärker darauf bezieht, was es heißt, heute Schule und Unterricht stärker an den Interessen und Bedürfnissen von Arbeiterkindern auszurichten.

Eine Genossin aus Niedersachsen

## Zu diesem Diskussionsbeitrag:

Dieser Beitrag wurde schon um einige Passagen gekürzt und hat trotzdem noch eine erhebliche Länge. Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals auf den „Hilf der AK-Redaktion“ in AK 149 hinweisen, Manuskripte möglichst straff zu fassen. M. E. wäre dies auch in diesem Fall möglich gewesen.

Im weiteren einige inhaltliche Hinweise auf die bisherige Diskussion, die sich allerdings nicht nur auf veröffentlichte Meinungen sondern auch auf Gespräche beziehen. M. E. wird in falscher Weise grundsätzlich die Frage „Gesamtschulen ja oder nein?“ aufgeworfen. Bei

einer kommunistischen Analyse kommt man natürlich sehr schnell zu der Erkenntnis, daß Gesamtschulen grundsätzlich das Klassensystem nicht aufheben. Das führt oft zu dem Schluß: Ob Gesamtschule oder nicht, die Probleme sind die gleichen, also gibt es keinen Grund, sich für Gesamtschulen einzusetzen. Tatsache ist jedoch, daß sich gerade Arbeitereltern von der Gesamtschule bessere Chancen für ihre Kinder versprechen. Tatsache ist weiterhin, daß bürgerliche und kleinbürgerliche Eltern die traditionelle Bevorteilung ihrer Kinder in Gefahr sehen. Beide Aspekte sind für eine fortschrittliche und kommunistische Lehrer- und Elternarbeit von erheblichem Interesse. Einerseits im Kampf für die Chancengleichheit der Arbeiterkinder, andererseits im Kampf gegen das Bildungsmonopol für die Kinder der Mittel- und Oberschichten. Unter diesen Aspekten ist die Diskussion um die Gesamtschulen dann keine mehr über ein mehr oder weniger an „fortschrittlicher“ Pädagogik, sondern wird tatsächlich zu einer, auf welche Seite im Klassenkampf man sich stellt. Gerade hier sehe ich in der Praxis der meisten Lehrer die größten Schwierigkeiten, wie auch der oben abgedruckte Bericht zeigt.

Eine kritische Bilanzierung der bisherigen Erfahrungen mit den Gesamtschulen müßte deshalb vor allem im Auge haben, inwieweit die Aufgabe, die bewußte Förderung der Arbeiterkinder, erreicht worden ist, inwieweit dabei von Behörden und Schulleitungen Steine in den Weg gelegt werden usw.... Eine Bilanzierung allein unter dem Aspekt, daß in der Praxis die Hoffnungen vieler fortschrittlicher Kollegen zerschlagen wurden, ist eher dazu angetan, diese Kollegen ganz vom weiteren Engagement abzuhalten. Insofern würde ich den Elterngenossen in ihrer Kritik am Artikel des Lehrerkomitees Recht geben.

Der intensive Propagandafeldzug der CDU gegen die Gesamtschulen zeigt, daß sie das Bildungsmonopol ihrer Klassenbasis verteidigen will. Man sollte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß das Recht auf Schulbildung auch eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung ist; auch wenn die Bourgeoisie hieran bis zu einem gewissen Grade ebenfalls Interesse hatte. Ebenso gibt es heute ein Interesse der Bourgeoisie für eine breitere Bildung der gesamten Jugend, um den Erfordernissen der Industriegesellschaft nachzukommen. Gleichzeitig verteidigt sie jedoch mit Zähnen und Klauen ein Privileg für ihre Kinder, was gleichzeitig zur Spaltung der Jugend dient. Diese Frage kann gerade im Zusammenhang mit der Einführung der Gesamtschulen, bzw. dem Feldzug der CDU hiergegen, in besonders deutlicher Form angesprochen werden.

Aus diesen Gründen heraus halte ich die Frage „Gesamtschule ja oder nein?“ letztlich für untergeordnet. Für viel wesentlicher halte ich die Frage, wie in der Debatte um die Gesamtschulen die Kommunisten die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Jugend vertreten können.

Ein AK-Redakteur

viel wesentlicher halte ich die Frage, wie in der Debatte um die Gesamtschulen die Kommunisten die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Jugend vertreten können.

Ein AK-Redakteur

## Kurzmeldungen

### Berufung von W.D. Narr verschleppt

Seit zwei Jahren wartet der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr, Mitglied des westdeutschen Beirats des 3. Russell-Tribunals, auf seine Berufung an die Gesamthochschule Kassel. Obwohl von der Berufungskommission schon im April 77 vorgeschlagen, hat die hessische Landesregierung bis heute noch keine Entscheidung getroffen. Schon eine Berufung an die TU Hannover scheiterte am Einspruch der damaligen sozial-liberalen (!) Landesregierung, da es „verfassungsrechtlich bedenkliches Material“ gegen Narr gäbe.

### Verschärfte Aufnahmeprüfung für Ausländer

Ausländer müssen, um für ein Hochschulstudium in der BRD zugelassen zu werden, vorher ein Studienkolleg mit abschließender Aufnahmeprüfung absolvieren. Am Hamburger Studienkolleg sollen nun drastische Prüfungsverschärfungen durchgesetzt werden: Zusätzlich zur Deutschaufnahmeprüfung soll eine Prüfung in Mathematik eingeführt werden; Latein, bisher freiwilliges Wahlfach, soll zum Hauptfach erklärt werden. Schon in der letzten Zeit waren am Studienkolleg Leistungsverschärfungen zu verzeichnen, Lernstoff sowie Klausuren häuften sich immer mehr. Somit wird es immer schwieriger für ausländische Kommilitonen, einen Studienplatz zu bekommen. Diejenigen, die das Studienkolleg trotz dieser Bedingungen durchstehen, haben kaum noch die Möglichkeit, neben der Paukerei andere gesellschaftliche Tätigkeiten wahrzunehmen.

Verschiedene ausländische Studentenorganisationen haben gemeinsam mit der ESG und dem AstA der Uni gegen diese Maßnahmen eine Unterschriftensammlung durchgeführt, die von zahlreichen Studenten und Dozenten unterstützt und dem Präsidenten der Universität sowie der Hamburger Bürgerschaft zur Stellungnahme vorgelegt wurde.

SSB/Hamburg

### Studenten für einen Sketch verurteilt

Als Verfassungsschutzleute verkleidet

### Studenten für einen Sketch verurteilt

Als Verfassungsschutzleute verkleidet hatten zwei Studenten Schüler an Regensburger Gymnasien über „linksverdächtige“ Mitschüler und Lehrkräfte ausgefragt, um auf die Spitzelwerbungen des Verfassungsschutzes an bayrischen Schulen aufmerksam zu machen. Vorgeworfen wurde ihnen da ruffin von der Staatsanwaltschaft, den Verfassungsschutz in Mißkredit gebracht und zudem einen Studiendirektor, der ihnen den Weg versperrte, mit Gewalt zur Seite gedrängt zu haben. Auch politische Agitation habe sich an gesetzliche „Spielregeln“ zu halten, befand der Richter und verurteilte beide zu je 450 DM Geldstrafe wegen Hausfriedensbruch und Nötigung (nach „FR“, 9.3.79).

### Böse Überraschung für die SEW

Westberlin. Eine böse Überraschung mit ihrer speziellen Art der „Volksfront“-Politik erlebte die Studentenorganisation der SEW bei den Fachbereichs- bzw. Konzilsahlen an der Technischen Universität (TU). Man erinnert sich: Die ADSen hatten in einem Bündnis mit den halbrechten und rechten Gruppen den TU-Präsidenten Berger abgesetzt. Alles unter dem Vorwand, er kümmere sich zu wenig um die konkreten Probleme der TU, gehe zuwenig auf die Vorschläge der Gremien ein usw. Allerdings spielte bei den SEWlern wohl eher eine Rolle, daß unter Bergers Mitwirkung der Bahro-Kongreß in der TU abgelaufen war. Die anderen studentischen Vertreter, Jusos und Basisgruppier, hatten sich trotz vieler Bedenken in diesem Konflikt hinter Berger gestellt. Wie die überwiegende Mehrheit der Studenten hierüber denkt, kam in der jetzt stattgefundenen Wahl zum Ausdruck: Die SEWler verloren von ihren bisherigen acht Sitzen sieben, die Jusos gewannen zu ihren neun zwei hinzu, und die Basisgruppen steigerten sich von sieben Sitzen auf elf (erfreulich ist ebenfalls, daß der RCDS von sechs auf drei Sitze zurückging). Ob da wohl nicht aus kurzsichtigen Interessen heraus aufs falsche Pferd gesetzt wurde?

## Wahlversprechen in Baden-Württemberg:

## Regelstudienzeit soll fallen

Der Wissenschaftsminister Baden-Württembergs, Helmut Engler, kündigte eine „Überprüfung“ der Sanktionen bei Überschreiten der Regelstudienzeit an. Er wies darauf hin, daß „die Exmatrikulation von Altstudenten keine Studienplätze für Anfänger schafft und die Studenten nur verunsichert habe“. Einigermassen spät kommt diese Erkenntnis, Studenten und andere Hochschulangehörige haben darauf schon vor der Einführung der Regelstudienzeit hingewiesen. Der Minister empfahl den Hochschulen, Maßnahmen wie Hochsexmatrikulation und Verlust des Prüfungsanspruchs in Zukunft „sehr flexibel“ zu handhaben. Er halte die Regelstudienzeit „als Empfehlung für die Hochschulen, ihr Lehrangebot ständig zu überprüfen, und für die Studenten, ihr Studium zielgerichtet auszubauen, durchaus für sinnvoll“. Nun hat er vor, „mittelfristig“ den Verlust des Prüfungsanspruchs zu beseitigen und „langfristig – etwa in der nächsten Legislaturperiode nach den Landtagswahlen im April 1980“ die Zwangsexmatrikulation abzuschaffen. Fragt sich, warum – wenn's ehrlich gemeint ist – unnütze Regelungen nicht sofort abgeschafft werden. „Nach der Wahl wird alles viel besser, wenn ihr uns wählt“ – das haben wir schon oft genug gehört.

(Nach „FR“, 14.3.79)

## Breite Ablehnung des Hochschulgesetzes in NRW

Über den Kreis der Studenten hinaus stößt der Hochschulgesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen auf einmütige Ablehnung. Nordrhein-Westfalen ist das letzte Bundesland, das seine Gesetzgebung noch an das Hochschulrahmengesetz anpassen muß. Bisher war hier nur in einigen Punkten eine Anpassung durch das Studentengesetz erfolgt.

In einem kürzlich abgehaltenen Anhörungsverfahren sprachen sich neben den Studenten auch Professoren und Assistenten gegen diesen Entwurf aus. Die Landesrektorenkonferenz ist der Auffassung, daß diese Vorlage „nicht mehr zu retten sei“ („FAZ“, 14.3.79) und fordert einen ganz neuen Entwurf. Der Unmut richtet sich allgemein gegen die vielen bürokratischen Eingriffsmöglichkeiten des Staates in Angelegenheiten der Hochschulen, kommt allerdings aus den verschiedensten politischen Lagern.

Proteste aus der rechten Ecke äußern „Bedenken gegen die Reformpolitik der Regierung“ („FAZ“, 5.3.79) und sehen in dem Entwurf eine „Tendenz zur Gleichmacherei, die langfristig zu integrierten Gesamtschulen führen muß“ („FAZ“, 14.3.79). Die CDU beabsichtigt wegen der schon beschlossenen Integration der pädagogischen Hochschulen in die Universitäten des Landes Klage vorm Verfassungsgericht zu erheben.

Der Protest aus dem demokratischen und liberalen Lager richtet sich insbesondere gegen die Angriffe auf die „Freiheit von Forschung und Lehre“. Z.B. muß sich nach dem SPD/FDP-Entwurf ein habilitierter Wissenschaftler erst die Erlaubnis des Hochschulministers holen, um überhaupt lehren zu können.

Der Senat der Universität Bielefeld hat angesichts der Entwicklung der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik in den letzten Jahren eine Stellungnahme zur „Freiheit der Wissenschaft“ erarbeitet und fast einstimmig verabschiedet. Die Mitglieder des Senats wenden sich gegen eine zunehmende Gensinnungsüberprüfung an den Hochschulen, als auch gegen Versuche, den „Grundsatz des Wissenschaftspluralismus“ zu gefährden (vollständiger Abdruck in der „FR“, 10.3.79). Deutlich wird nicht nur an dieser Erklärung, daß die undemokratische Entwicklung an den bundesdeutschen Hochschulen inzwischen auch Hochschulangehörige, die keineswegs zum linken oder radikal-demokratischen Lager zu rechnen sind, sondern insgesamt diesem Staat sehr loyal gegenüberstehen, bewegt, Protest zu äußern. Auch wenn die linke, demokratische Studentenschaft sehr viel von diesen Kräften trennt, sollte sie Anstrengungen unternehmen, einige Schritte mit ihnen gemeinsam anzugehen.

SSB/Hamburg

## RCDS: „Faule Demokraten begünstigen Radikale“

Sorgvolle Gedanken um „das schlechende Gift der Gleichgültigkeit und die schwindende Risikobereitschaft“ machten sich auf einem Bundeskongreß Delegierte des RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) und einige CDU-Prominente. Gerade sie, die mit allen Mitteln versuchen, weitere Leistungsverschärfungen und stärkere Auslese an den Hochschulen durchzusetzen, beklagen sich, daß „immer mehr Jugendliche nicht mehr bereit seien, sich für die Demokratie zu engagieren, sondern nur noch ihr persönliches Weiterkommen im Sinn hätten“. Kurt Biedenkopf erdreistete sich sogar, von „vermeintlich schwindenden Berufschancen“ zu sprechen, die „immer mehr Studenten (veranlassen), nur noch zu pauken...“ Die Akademikerarbeitslosigkeit – von Kommunisten erfunden und erlogen?

„An den deutschen Hochschulen werden Radikale nur so viel Raum haben, wie Demokraten zu faul und feige sind“ kritisierte die stellvertretende CDU-Vorsitzende Laurien. Eine Anspielung auf die „schweigende Mehrheit“, die so gerne als stilles Fußvolk der „Demokraten“ vom Schlage eines RCDS ausgegeben wird, um über die breite Ablehnung des RCDS in der Studentenschaft hinwegzutäuschen. Hinter diesen Klagen über Gleichgültigkeit und Resignation an den Hochschulen verbirgt sich offensichtlich nichts anderes, als die Klage über den geringen Einfluß des RCDS an bundesdeutschen Hochschulen.

Aber auch an „Selbstkritik“ fehlte es nicht auf dieser Versammlung. Man habe zwar viel „Politik für die Jugend“, aber zu wenig „Politik mit der Jugend“ gemacht, stellte der

rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel fest und meint weiter: „Mancher, der in der Terroristen-Szene geendet ist, hat anfangs vielleicht nur eine Aufgabe und eine neue Sinngebung gesucht“.

Diese Fehler der CDU dürften kaum die Ursache dafür sein, daß der RCDS an den Hochschulen so wenig Anklang findet, genauso wenig die angebliche Feigheit und Lethargie der Studenten. Vielmehr erkennt heute ein großer Teil der Studentenschaft die reaktionäre und antidemokratische Praxis des RCDS hinter seinen schein-demokratischen Reden und lehnt sie bewußt ab. Versuche einer neuen Aufgabenstellung und Sinngebung im Sinne der CDU werden heute kaum großen Zuspruch der demokratischen Studenten finden. (Nach „FAZ“, 3.3.79 und „Welt“, 5.3.79)



# Kinder

## Kurzmeldungen

### Geburtenrückgang geht weiter

Für den Erzbischof von Paderborn ist es bedrückend: „Ein Bischof klagt: Mehr Sterbefälle als Taufen“. Selbst in katholischen Gemeinden der BRD geht die Zahl der Geburten trotz kirchlicher Ächtung von Verhütungsmitteln zurück. „Es widerspricht christlicher Lebenseinstellung und christlichem Gottvertrauen, Kinder zu verweigern aus Furcht vor der Zukunft oder aus einer egoistischen Grundeinstellung.“ („Welt“, 5.3.79).

Nun, diese unchristliche Lebensauffassung setzt sich in der BRD auch 1978 fort. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden nur noch 573.000 Kinder geboren, 1,3% weniger als 1977. Damit hat sich der Geburtenrückgang etwas abgeschwächt. Neu ist 1978 allerdings, daß die Zahl der Neugeborenen mit BRD-Staatsangehörigkeit fast gleich blieb, während ein Rückgang bei der Zahl der Neugeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit festzustellen war. In den vergangenen Jahren war die Zahl dieser Neugeborenen kontinuierlich gestiegen.

Noch unchristlicher wurde es 1978 in Sachen bürgerliche Ehe. Zwar handelte es sich bei der Aussage des Sprechers der ARD-Tagesschau, im letzten Jahr seien nur 328 Ehen in der BRD geschlossen worden, noch um einen Versprecher.

Aber immerhin: die richtige Zahl, 328.000, liegt um 8,5% niedriger als die von 1977. (alle Zahlenangaben nach „Frankfurter Neue Presse“, 24.2.1979). Das wird den bürgerlichen Familienpolitikern, die aus dem „Jahr des Kindes“ 1979 ein „Jahr der Familie“ machen wollen, schwer im Magen liegen!

### Für Kinder: der letzte Schrott ist gut genug

„Alle für Kinder und Jugendliche produzierten Waren sind schlechter, mangelhafter und gefährlicher als die für Erwachsene.“ Zu diesem Ergebnis kommt die „Stiftung Warentest“ in einem Rückblick auf alle in den Jahren 1968 bis 1979 getesteten Produkte für Kinder. Während die Erwachsenenprodukte Durchschnittsnoten von 2,6 erhielten waren es bei den „Kinderwaren“ 2,9.

Besonders drastische Beispiele: – von 18 geprüften Schaukeln hielten die Tester nur eine einzige für akzeptabel. Pauschalurteil für die übrigen 17: „unsicher, unpraktisch und nicht stabil genug“;

– von 26 Kinderbetten wurden nur 12 als akzeptabel betrachtet. (Konsequenz war immerhin, daß staatlicherseits die Sicherheitsanforderungen hochgeschraubt wurden).

Die Stiftung, „unabhängig“ wie sie ist, versteht „die Produzenten nicht. Die Branche hat hart zu knacken, denn es gibt ja immer weniger Kinder. Doch wer jetzt auf Qualität setzen würde, könnte langfristig sicher gute Geschäfte machen“. Der „Verbraucher“ zumindest sei bereit, „für gute Waren auch Geld auszugeben“.

Der teure Fachhandel wird für diese Werbung dankbar sein.

Übrigens: Die „deutsche Spielwarenindustrie“ hat zu den Vorwürfen der Stiftung auch Stellung genommen. Die Vorwürfe seien in der Allgemeinheit, in der sie geäußert würden, falsch. Die Geschäfte seien „in Einkaufsverbänden mit hochqualifiziertem Einkaufspersonal zusammengeschlossen, das eine scharfe Auswahl unter dem weltweiten Angebot der Produkte trifft und so die Produzenten zu einem hohen Standard zwingt.“

\*\*\*

### ... und wie er ans Kind gebracht wird

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat eine Anfrage von SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten zum Komplex „Kinder und Werbung“ beantwortet.

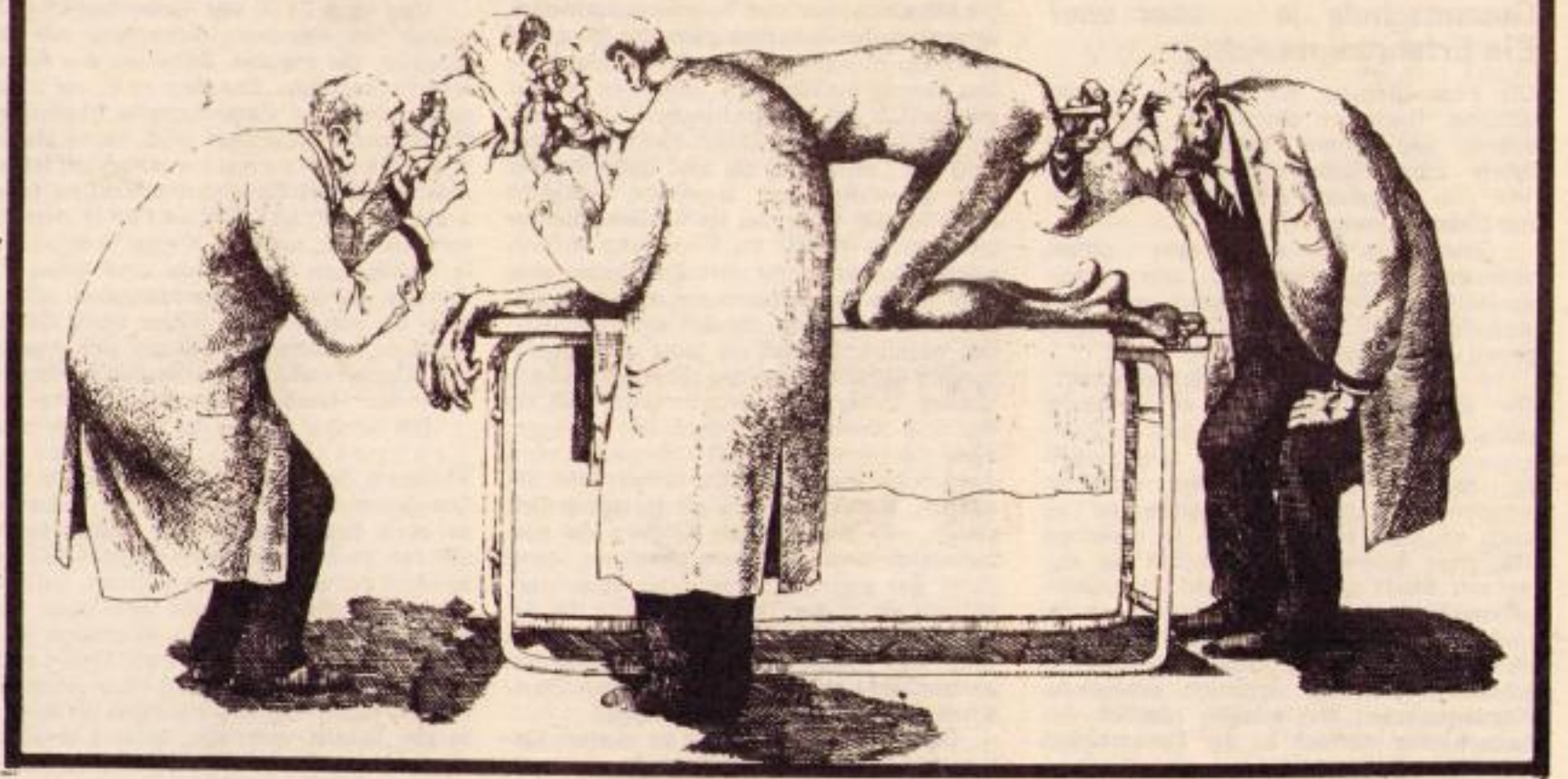
Dabei kam heraus, daß allabendlich ein Drittel aller Drei- bis Siebenjährigen zur Werbezeit vorm Fernseher sitzt. In über 20% der Werbebeiträge wird mit Kindern geworben bzw. werden Kinder als Konsumenten angesprochen; jeder 10. Beitrag spricht die Kinder direkt an („Welt“, 1.3.79).

Einerseits findet in der Werbung knallharte Kinderarbeit statt, die vom angeblich generellen Verbot der Kinderarbeit in der BRD ausdrücklich ausgenommen ist. Zum anderen weiß die Werbeindustrie, daß mit ansprechenden Spots Kindern am leichtesten das Taschengeld aus der Hose zu ziehen ist.

Im übrigen will die Bundesregierung jetzt „eingreifen“. Sie hält eine „Verbesserung der freiwilligen Vereinbarungen der Werbewirtschaft zum Schutz der Kinder vor übermäßigem Werbeeinfluß für nötig“. Na, denn man los!

Kinderkommission Hamburg

# Wie geht's uns denn?



## Hessenklinik Friedberg:

## Ärzttekritiker muß weiterbeschäftigt werden

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde bestätigte das Landgericht Gießen die einstweilige Verfügung, wonach der Ärztekritiker Dr. Bader bis zur endgültigen Entscheidung eines Schiedsgerichtes weiter an der Klinik operieren darf („Frankfurter Rundschau“, 28.2.79). Die Kosten des Verfahrens hat der Landkreis zu tragen. Sollte der Landkreis Wetterau als Träger des 154-Betten-Hauses diesen Beschluß unterlaufen, drohen die Richter dem Landrat ein Ordnungsgeld bis zu 500.000 DM an, ersatzweise bis zu sechs Monaten Haft („FR“, 12.2.). Wie wir im ARBEITERKAMPF Nr. 147 berichteten, war dem Hals-Nasen-Ohren (HNO)-Arzt Bader vom Landkreis fristlos gekündigt worden, nachdem er Ende Januar eine eigene Handnotiz vom 15.11.78 über die unhaltbaren Zustände besonders in der Anästhesieabteilung veröffentlicht hatte. Kurz zuvor waren zwei junge Patienten unter skandalösen Umständen gestorben! Der Landkreis zog aber nicht die dafür verantwortlichen Gynäkologen bzw. Narkoseärzte zur Rechenschaft, sondern Dr. Bader. Selbst nach den beiden Todesfällen stieß er beim ärztlichen Direktor des Krankenhauses noch auf taube Ohren. Auf einer Ärzterversammlung wurde er massiv unter

Druck gesetzt, die Handnotiz zurückzunehmen. Danach wurde das „Geheimpapier“ erst veröffentlicht! Die fristlose Kündigung erhielt der 46-jährige Bader, obwohl er in den letzten zwölf Jahren rund 12.000 Operationen durchgeführt hatte, ohne daß es zu Beanstandungen gekommen ist.

In einer erst jetzt durchgeführten Anhörung von Krankenschwestern der Klinik wurden die Vorwürfe von Dr. Bader bestätigt („FR“, 28.2.).

Das Kreistagsparlament bildete auf Antrag der CDU auf einer Sondersitzung einen Untersuchungsausschuß zur Klärung der Affäre. Interessant ist dabei, daß die Kreisspitze bisher in SPD-Handen lag und ab 1. April auf CDU/FDP mit einem CDU-Landrat übergeht.

Zum Auftakt der Debatte überreichten zwei Bürgerinitiativen den Kreistagsmitgliedern eine Petition von 2.690 Bürgern der Wetterau. Sie fordern die endgültige Wiedereinstellung von Dr. Bader und den Erhalt der HNO-Abteilung der Krankenhaus!

Die 14 Betten dieser Abteilung waren bereits unter den anderen Ärzten trotz des schwebenden Verfahrens aufgeteilt worden („FR“, 28.2.). Die HNO-Patienten mußten auf benachbarte Kliniken in Bad

Nauheim, Frankfurt und Gießen ausweichen.

Allerdings weigern sich noch der Chefanästhesist (Narkosearzt) und seine Vertreterin, weiter mit Dr. Bader zusammenzuarbeiten. Damit will man wohl dem mutigen HNO-Arzt auch finanziell das Wasser abgraben. Dazu erklärte das Landesgericht, ein Belegarzt müsse selbst für Narkosearzt und Operationsschwestern sorgen. Über dieses Problem hat der Kreisausschuß noch keinen Beschluß gefaßt. Ein Vertreter des Landkreises erklärte, eine Zusammenarbeit mit Dr. Bader sei wegen all der Vorkommnisse nicht mehr möglich! Ob der Wetterau-Kreis auch gegen dieses Urteil Rechtsmittel beim Oberlandesgericht einlegen wird, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest („FR“, 28.2.). Die Staatsanwaltschaft Gießen hat Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen mehrere Ärzte der Klinik eingeleitet.

- Wir fordern:**
- Sofortige Wiedereinstellung von Dr. Bader
  - Erhalt der HNO-Abteilung in der Hessenklinik Friedberg
  - Aufdeckung aller Mißstände
  - Bestrafung der für den Tod von Patienten Verantwortlichen.

Gesundheitskommission

## Uni-Klinik Frankfurt:

## Paratyphus durch „Intensiv“-Behandlung

Es gibt keine Krankheit, die man/frau/kind im Krankenhaus nicht kriegen kann. Bestes Beispiel hierfür ist ein neuerlicher Fall im Zentrum für Kinderheilkunde der Uni-Klinik Frankfurt: Fünf Säuglinge sind auf der Intensivstation (!) mit Paratyphus infiziert worden. Paratyphus ist eine Salmonellenerkrankung, die Durchfall und Fieber hervorruft. Die Bakterien werden durch Stuhl und Urin übertragen; bei Babys ist daher eine besondere Sorgfalt – zudem natürlich bei kranken Babys – notwendig, wie jeder weiß. Welche Zustände auf der Intensivstation herrschen müssen, wird an diesen „intensiven“ Infizierungen deutlich. Sowohl die gründliche Untersuchung vor der Einlieferung eines Neugeborenen als auch die weitere genaue Beobachtung der Säuglinge auf der Station ist „versäumt“ worden! Denn „eingeschleppt“ wurde die Krankheit durch ein Neugeborenes, welches – so die „Frankfurter Rundschau“ vom 16.2. – bereits im Mutterleib infiziert worden sein soll. Die sechs Säuglinge mußten, nachdem die Krankheit endlich erkannt war, in der Klinik in Quarantäne bleiben.

Was ebenfalls „versäumt“ wurde, war die Benachrichtigung des Gesundheitsamtes; denn für Paratyphus gilt besondere Meldepflicht: So muß das Gesundheitsamt spätestens 24 Stunden nach Bekanntwerden der Erkrankung informiert werden (lt. Bundesseuchengesetz) („FR“, 16.2.). Dazu kommt, daß die Eltern eines

neugeborenen Zwillings, welcher gleich nach der Geburt auf die Intensivstation gebracht worden war, erst nach ca. 14 Tagen von der Erkrankung ihres Sohnes erfuhren, und zwar nicht etwa von den Ärzten der Klinik, sondern von ihrer Kinderärztin. Es waren auch bereits einige Säuglinge aus der Intensivstation nach Hause entlassen worden, die ebenfalls die Krankheit hätten weiter verschleppen können.

Für die Gesundheitsbehörde jedoch ist dies alles kein Grund zur Sorge: „Am Gesundheitsamt herrscht die Zuversicht (!), daß es nicht mehr werden, da die Inkubationszeit, die Zeit zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit, inzwischen verstrichen ist“ („FR“, 16.2.).

Diese „Zuversicht“ wird schon seit längerer Zeit von den Herrschenden an den Tag gelegt, was die Zustände an der Uni-Klinik Frankfurt insgesamt angeht! Dies ist ja auch nicht der erste Skandal im Zentrum für Kinderheilkunde: So war im Juli 1978 ein Kind auf der Intensivstation gestorben, weil es nicht genügend beaufsichtigt worden ist. Der Grund hierfür war die starke Kürzung der Zahl der Nachtwachen (s. AK 137, 4.9.78).

Und es ist natürlich den Behörden auch bekannt – schließlich wurden die Stellenstreichungen von ihr vorgenommen – daß z.B. im letzten Jahr die Frühgeborenen-Station mit der Station für herzkranken Säuglinge zusammengelegt worden war. „Eine

Station der allgemeinen Pädiatrie (= Kinderheilkunde – AK) wird vorübergehend geschlossen“ („FR“, 4.8.78). Auch in anderen Bereichen der Uni-Klinik wurden ganze Stationen geschlossen, Patienten auf andere Stationen verlegt usw. (z.B. Psychiatrie, Innere Medizin, Hautkrankheiten, Hals-, Nasen-, Ohren-Station) („Extra-Dienst“, 15.8.78). Der Grund für diese Situation sind umfangreiche Stellenstreichungen beim Pflegepersonal auf den entsprechenden Stationen.

1977 bereits haben die Kolleginnen und Kollegen der Uni-Klinik mit mehreren Protestaktionen und -demonstrationen auf die katastrophalen und lebensgefährlichen Zustände im Krankenhaus aufmerksam gemacht und vor den geplanten weiteren Rationalisierungen gewarnt. „Sozial“-minister Claus hatte nämlich beabsichtigt, noch weitere 400 Planstellen einzusparen! Es war dann vorerst – nicht zuletzt wegen der Proteste und der damit geschaffenen Öffentlichkeit – mithilfe der ÖTV-Führer ein „Kompromiß“ von „nur“ 100 weiteren Stellenstreichungen ausgemacht worden.

Die Herrschenden schert dieser neuerliche „Beweis“ für die Folgen ihrer Maßnahmen in keiner Weise. Ob heute Paratyphus und morgen Todesfälle ... Es herrscht „Zuversicht“ im „Sozial“-ministerium.

Gesundheitskommission



### „Auditorium Maximum 78“

Peter Herbolzheimer, Stintfunk, Walter Mossmann, Rudolf Rock & Schocker, Nathias Neutert, Brunos Salon Band, Axel Zwillingenberger, Have Mercy, Bill Ramsey, Mitglieder des Staatlichen Folklorensembles aus der Sowjetrepublik Armenien, Michel Naura, Tiny & Uli, Okko, Lanzo, Barry, Chris & Timpe, Hans Halder, Knut Kiesewetter, Düsenberg, Torfrock, Achim & Trotzrock, Andree Rebstock's Jazzrock-Lyrik-Orchester, Helmut Ruge, Liederjan, Wolf Biermann, Lerryn, Swing Gipsy Rose, Schobert & Black, Schneewittchen und Alexis Korner. Sie alle verzichteten auf ihr Honorar und traten am 31. Oktober und 1. November zu einem in der Bundesrepublik wohl bisher in dieser Form einmaligen Solidaritätskonzert zugunsten des Kinderhauses in Hamburg auf, dem der Hamburger Senat bereits seit 2 1/2 Jahren die finanziellen Mittel verweigert. Henning Venske, Moderator und Mitherausgeber dieser Broschüre schreibt im Vorwort: „Die Solidarität der Freunde des Kinderhauses, der Vereinsmitglieder, der Musiker, der Techniker, der Eltern, der Erzieher mit den Kindern ermöglicht dieses Konzert. Unsoliderisches Verhalten der Behörden gegenüber Kindern in diesem Land macht dieses Konzert notwendig. Im Einladungsbrief, an unserem Konzert teilzunehmen, hieß es: Musikanten sind nicht nur dazu da, den Amüsierbetrieb einer Stadt aufrechtzuerhalten. Sie müssen sich einmischen. Denn Bürokratie, die eine fortschrittliche Kindererziehung bekämpft, wird auch das kulturelle Leben immer mehr eingengen. Auch deswegen heute und morgen unser Festival.“ Ganzseitige Fotos aller Musiker und Henning Venske's Texte, die über den Fall Kinderhaus, die Pädagogik und Auseinandersetzungen mit der Behörde berichten, zeichnen die Konzerttage eindrucksvoll nach. Die Kinderhaus-Musikbroschüre erschien auf Kunstdruck, Format A 4 quer, kostet 5,- DM und ist zu beziehen über das

Kinderhaus, Heinrichstraße 14 a, 2000 Hamburg 50



## Besetztes Haus in Gießen geräumt

Das Anfang Februar von ca. 40 Leuten besetzte Haus Westanlage 44 (siehe AK 148) ist am 12.3. geräumt worden. Dies Haus gehört der Stadt. Eine der drei Wohnungen ist vermietet und der Magistrat versucht – bisher vergeblich – die Mieter rauszuschmeißen, damit das Haus abgerissen werden kann zugunsten einer Parkhaus-Zufahrt.

Gegen dieses irrsinnige Projekt gibt es heftigen Widerstand. Eine Stadtteil-BI, die Stadtentwicklungsgruppe der GLH, der AStA u.a. kämpfen gegen die andauernde Zerstörung von Wohnraum in der Giesener Innenstadt, die immer unbewohnbarer wird. Der CDU-Magistrat führt die Arbeit seines SPD/FDP-Vorgängers, Gießen zur mittelständischen Einkaufsmetropole zu machen, eifrig weiter. Und wo ständig neue Kauf- und Parkhäuser entstehen, ist für Menschen kein Platz mehr.

Trotz der katastrophalen Wohnraumsituation wurde eine Verordnung, die jede Wohnraum-Zweckentfremdung unter Strafe stellt, aufgehoben. Die Hausbesetzung war geeignet, den Kampf gegen das Parkhaus zu unterstützen. Leider sahen sich die Besetzer nicht in der Lage, mit der BI oder jedem anderen, der nicht auf ihrer Linie war, zusammenzuarbeiten. Gutgemeinte Versuche der Linken, das Haus gemeinsam zu verteidigen, wurden von den Besetzern ins Lächerliche gezogen; wer Kritik übte, wurde direkt dem Gegner zugerechnet. Am Vormittag des 12.3. machten die Besetzer eine Demo.

Die Polizei nutzte dies sofort aus und hatte leichtes Spiel, da während der Räumung nur sechs Besetzer im Haus waren.

Anschließend rückten die Stadtwerke an und zertrümmerten Fenster, Türen und Installationen. Passanten, die teils selbst erlebt haben, wie Gießen im Krieg zu fast 80% zerstört wurde, waren empört über die systematische Zerstörung von gutem Wohnraum, ausgeführt



Um das Haus unbewohnbar zu machen, montierten die städtischen Arbeiter Türen und Rolläden ab. Auch die Fenster flogen auf die Ladefläche der LKWs

von den „Stadtvätern“ unter Polizeischutz.

Eine besondere Provokation gegenüber den „legalen“ Mietern im 1. Stock: Nicht nur, daß es oben wie unten kalt reinzieht; die Stadt ließ gleich die Wasserleitungen zerschlagen und den Strom abstellen, so daß

nun auch der 1. Stock unbewohnbar ist.

Der Magistrat hat sich mit dieser frechen Aktion sicher nicht beliebt gemacht. Der Kampf gegen die Stadtzerstörung wird jedenfalls weitergehen. Ein Genosse aus Gießen

## Milliardengewinne durch Wohnungsverkauf

In den letzten Jahren hat der Verkauf von Mietwohnungen enorm zugenommen. Der „Deutsche Mieterbund“ (DMB) gibt die Zahl von 30 000 verkauften Mietwohnungen seit 1977 an (1). Und die Verkaufswelle hat gerade erst begonnen: Die „Neue Heimat“ beispielsweise will 1979 über 4000 Mietwohnungen zum Kauf anbieten (2). Das Land Baden-Württemberg will in den nächsten Jahren 17 000 Wohnungen reprivatilisieren usw. (3).

Auch wenn diese Entwicklung von den bürgerlichen Politikern vielfach damit begründet wird, das „Eigentum des kleinen Mannes“ zu fördern (ein Teil der Wohnungen wird tatsächlich von den alten Mietern gekauft), so liegen die Hauptursachen doch ganz woanders: Es geht dabei vor allem um die Spekulationsgewinne, die die alten Hausbesitzer einkassieren können, da der Verkaufswert der Wohnungen heute um ein zig-faches höher liegt, als die Grundstücks- und Baukosten zur Zeit der Hauserbauung waren.

Der DMB schätzt die Summe der daraus entstehenden möglichen Spekulationsgewinne auf runde 100 Mrd. DM! (4)

### Sozialwohnungen bedroht

Skandalöserweise sind 2/3 der 30 000 seit 1977 verkauften Miet-

wohnungen Sozial- und preisgebundene Wohnungen. (5)

Auf diese Wohnungen sind die Spekulanten extrem scharf, da hier die Differenz zwischen den alten Mieteinnahmen und dem möglichen Verkaufspreis besonders groß ist.

Aus diesem Grunde fordern die Banken und Bausparkassen, die Verbände der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer und die Wohnungsunternehmen, allen voran die „Neue Heimat“, schon seit einiger Zeit eine „Auflockerung“ der Bindungen im Sozialwohnungsbau und eine Anpassung an „marktwirtschaftliche Verhältnisse“. (6)

Am 21.2.79 beschäftigte sich das Bundeskabinett mit einem vom Land Nordrhein-Westfalen eingebrachten Änderungsvorschlag des Wohnungsbaubindungsgesetzes, worin vorgesehen ist, daß die Miet- und Belegungsbindungen auch vor Ablauf der Sperrfristen wegfallen können, wenn das Mietverhältnis beendet ist, und der Hausbesitzer die für den Wohnungsbau aufgebrauchten öffentlichen Mittel vorzeitig ablöst. (7)

Die Folgen wären katastrophal: der DMB schätzt, daß bei Realisierung dieser Regelung jährlich 60 000 bis 100 000 Wohnungen aus dem Sozialmietwohnungsbestand ausscheiden würden. Schließlich würde dieses Vorhaben insbesondere in den Großstädten Mieterhöhungswellen bis zu 100% nach sich ziehen. (8)

Die SPD/FDP-Regierung steht diesem Vorhaben nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. In dem entsprechenden Gesetzentwurf von Bundesbauminister Haack ist lediglich die weit auslegbare Formulierung vorgesehen, daß die Freigabe der Bindungen von Sozialwohnungen in „Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf“ unterbleiben soll. (9)

Dabei wird so getan, als ob es keinen bundesweiten Mangel an preiswertem Wohnraum mehr geben würde. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auch darauf verwie-

sen, daß viele Sozialwohnungen angeblich „fehlbelegt“ seien, d.h., daß viele Mieter durch die Einkommensentwicklung gar nicht mehr sozialwohnungsberechtigt seien. Dabei wird häufig unterschlagen, daß die letzte Erhöhung der Bemessungsgrenze für die Berechtigung im Jahre 1974 stattgefunden hat! (10) Derartige Fehlinformationen dienen offensichtlich dazu, den Boden für den Angriff auf den Sozialwohnungsbestand zu bereiten.

### Droht eine Verschärfung der Wohnungsnot?

Daß die Wohnungssituation in Wirklichkeit nach wie vor von großen Engpässen und Fehlbeständen geprägt ist, machen die folgenden Zahlen deutlich: Knapp 8 Mio. Mieterhaushalte sind gegenwärtig sozialwohnungsberechtigt. (11)

Noch 1972 (neuere Zahlen sind uns nicht bekannt) lebten rund 50% aller Haushalte mit vier und mehr Personen in überbelegten Wohnungen. (12) 1978 gab es allein in Hamburg 40 000 Bewerber für Sozialfälle, darunter 10 000 Dringlichkeitsfälle. (13) Von einer ausreichenden Anzahl preiswerter Wohnungen kann also keine Rede sein. Und eine frei finanzierte Neubauwohnung können sich die von diesem Mangel betroffenen Menschen einfach nicht leisten, da die Miete hier – beispielsweise für eine 80qm Wohnung – zwischen 700 und 900 DM liegt. (14)

Diese Mangelsituation könnte sich in nächster Zeit noch erheblich verschärfen, da die in der ganzen BRD anlaufenden Modernisierungsmaßnahmen an Altbauwohnungen die Zahl der preiswerten Wohnungen ebenfalls verkleinern und das Nachrücken der geburtenstarken Jahrgänge obendrein zu einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum führen wird.

## Kurzmeldungen

### Hungerstreik erfolgreich

Duisburg. Am 9.2. waren dreizehn Mitglieder der BI „Rheinpreussen“ in den Hungerstreik getreten, um gegen den Ausverkauf und die drohende Vernichtung ihrer Siedlung zu protestieren. Im Ruhrgebiet gibt es um zahlreiche Zehner herum werkseigene Arbeitersiedlungen, die in der Regel relativ niedrige Mieten haben.

Im Rahmen der Zechenstilllegungen wurden diese zum beliebten Spekulationsobjekt, aus der Konkursmasse herausgenommen und an den Meistbietenden verkauft. Daraufhin stiegen die Mieten bis auf das Doppelte, und wer nicht zahlen konnte, mußte raus, oder die Siedlungen mußten Büropalästen weichen.

Die Siedlung war an die Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF) verkauft worden, die mit brutalsten Mitteln die Mieter aus ihren Häusern zu treiben versuchte. Es gab regelrechte Bagger-Abrißüberfälle unter massivem Polizeischutz auf angeblich nicht mehr bewohnbare einzelne Häuser der Siedlung. Vor kurzem war die Bank auch dazu übergegangen, bewohnte Häuser zwangsversteigern. Daher wurde vor der BHF-Zentrale in Frankfurt ein mehrstägiger Hungerstreik gemacht.

Nachdem die Stadt Duisburg den Aufkauf der Siedlung immer wieder hinausgezögert hatte – über die Hälfte der Hungerstreikenden hatte die Aktion bereits wegen schwerer gesundheitlicher Schäden abbrechen müssen – entschloß sie sich doch, angesichts einer breiten empörten Öffentlichkeit, die Siedlung aufzukaufen. Damit ist die Erhaltung der Siedlung erstmal gesichert.

\*\*\*

### Jedes Jahr 25 000 neue Obdachlose

In der Bundesrepublik lebt eine dreiviertel Million in menschenunwürdigen Behausungen – das ergab eine Studie des Bundesfamilienministeri-

ums („Hamburger Abendblatt“, 9.2.79).

250 000 Menschen gelten danach als Obdachlose, 500 000 leben in Notunterkünften. „Schlicht- und Einfach-Wohnungen“. Daß das kein „Erbe vergangener Wohnungsnot“ ist, wie viele noch denken, wird daran deutlich, daß in den letzten Jahren jährlich 25 000 Menschen neu obdachlos werden. Versagen der Einzelnen? Die Studie widerlegt das eindeutig: Die Gründe sind vorwiegend: Armut, Arbeitslosigkeit, familiäre Umbruchsituationen, Sanierungsmaßnahmen und Zahlungsunfähigkeit in Folge von Mieterhöhungen!

Betroffen sind besonders kinderreiche Familien mit geringem Einkommen, alleinstehende Mütter und geschiedene Mütter mit mehreren Kindern.

Bemerkenswert, daß die Studie trotz dieser Fakten zum Schluß kommt, daß als „Kardinalfrage des Obdachlosenproblems ... die Einstellung der Bevölkerung“ zu Obdachlosen genannt wird.

Wird man dadurch obdachlos? Wohnungskommission

\*\*\*

### Besetzer setzen sich durch

Die Westberlin-Kreuzberger Bürgerinitiative „SO 36“, die, wie wir in AK148 berichtet haben, mehrere Wohnungen der BeWoGe besetzt hat, hat sich gegen ihren „Vermieter“ durchgesetzt. Sie haben Mietverträge erhalten, einige Wohnungen sind renoviert worden, wobei auf eine Renovierung nach dem sog. ZIP-Programm (ein spezielles „Investitions-Programm“ für Westberlin) verzichtet wurden, was die Mieten anschließend stark verteuert hätte. Zudem dürfen sie Nachfolgemieter aus Interessenten selbst auswählen („Die Neue“, 17.2.).

Wohnungskommission



Freie Hansestadt Bremen

### AN ALLE HAUSHALTE!

Nicht unerwartet, erreichten die SCHNEEMASSEN heute die Hansestadt Bremen. Der Bremer Senat beschloß deshalb folgende Maßnahmen und Empfehlungen gemäß §§§ der Bremer Landesverfassung:

-Verzichten Sie auf den Individualverkehr mit Ihrem privaten PKW!  
Falls dieser Empfehlung nicht nachgekommen wird, behalten wir uns vor, ein generelles Fahrverbot auszusprechen!

-Benutzen Sie stattdessen die öffentlichen Verkehrsmittel.

Wir ordnen hiermit die kostenlose Beförderung mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln an – sogenannter „NULLTARIF“ –!

Die Kontrolleure der Bremer Straßenbahn AG sind angewiesen KEIN erhöhtes Beförderungsgeld – 20 DM – zu erheben. Bei Mißverständnissen zeigen Sie dieses Schreiben vor.

In Absprache mit den Arbeitgeberverbänden sind bis auf weiteres alle Beschäftigten von der Arbeit freigestellt. Die volle Lohnfortzahlung ist gewährleistet.

Der Unterricht an sämtlichen Bremer Schulen fällt vorläufig bis Ende der Woche aus!

Wir setzen hiermit die Verordnung über die Reinigung der Bürgersteige im Land Bremen, außer Kraft. Wir bitten Sie stattdessen, sich intensiver um ihre Nachbarn und ältere Mitbürger zu kümmern.

Organisieren Sie ein geselliges Winterfest im nachbarlichen Kreise. Zeigen Sie, daß auch wenn unsere Großtechnologie zusammenbricht, ein menschliches Miteinander möglich ist.

In diesem Sinne ge. PRÖHLICH  
(Innensenator)

Leichte Verwirrung stiftete während der Schneetage in Bremen dieses Flugblatt, das viele Bremer Bürgerinnen und Bürger morgens in ihren Briefkästen fanden. Während vielfach schmunzelnd auf das Schreiben reagiert wurde, einige Kollegen wohl auch morgens zum „Nulltarif“ zur Arbeit fuhren, sahen sich die Herren Senatoren genötigt, in schärfster Form zu „dementieren“. Über Radio Bremen und die Bremer Presse wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß das Flugblatt eine Fälschung sei. Senator Fröhlich war sehr ärgerlich und schimpfte über den Äther, daß dieses „Pamphlet“ eine Riesensauerei sei; hier würde mit der Not der Menschen ein übles Spiel getrieben, und man werde die Verantwortlichen schon finden! Dabei hätte sich doch der SPD-Senat mal so gut für die im Herbst stattfindenden Wahlen profilieren können...

KB / Gruppe Bremen

Nicht zuletzt hat auch die staatliche Unterstützung des Sozialmietwohnungsbaus erheblich nachgelassen. Betragen diese Aufwendungen 1969 noch 48% von den gesamten wohnungspolitischen Subventionen, so waren es 1977 mit 4,4 Mrd. DM nur noch knapp 30%. (15)

Die Verkaufswelle von Mietwohnungen und insbesondere der geplante Angriff auf den Sozialwo-

hnungsbestand stellt den bisher schärfsten Angriff auf die Lage der Mieter seit der Aufhebung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen dar.

In vielen Orten der BRD haben sich bereits Bürgerinitiativen gebildet, die dieser Entwicklung Einhalt gebieten wollen. Diesen Widerstand gilt es zu unterstützen.

Wohnungskommission

- Quellennachweis:
- (1) Hamburger Mieter Zeitung, 3/79
  - (2) Hamburger Abendblatt, 22.1.79
  - (3) Hamburger Abendblatt, 26.2.79
  - (4) siehe Anm.1
  - (5) siehe Anm.1
  - (6) Frankfurter Rundschau 21.2.79
  - (7) Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.2.79
  - (8) siehe Anm.1
  - (9) siehe Anm.7
  - (10) siehe Anm.1
  - (11) siehe Anm.1
  - (12) siehe Anm.1
  - (13) Hamburger Abendblatt, 7.12.78
  - (14) siehe Anm.1
  - (15) siehe Anm.6



# Frankreich

## Stahlarbeiter kämpfen um ihre Existenz

„Hier ist Belagerungszustand“! So beschreibt ein Bericht der „Welt“ (9.3.) die Lage in der nordfranzösischen Stadt Denain, nachdem es dort zu den bislang militantesten Kämpfen zwischen Stahlarbeitern und der Staatsmacht gekommen war. Während des ganzen 7. März und bis in den nächsten Tag hinein, errichteten Tausende von Stahlarbeitern Barrikaden, versuchten das Polizeihauptquartier zu stürmen und lieferten sich mit den Bullen wahre Straßenschlachten.

Denain ist von den Massenentlassungen und Stilllegungen in der französischen Stahlindustrie besonders hart betroffen. Der Stahlkonzern USINOR will sämtliche Stahlwerke in Denain stilllegen und damit ca. 5.000 Arbeitsplätze vernichten.

Wie auch in anderen Städten der Stahlreviere Nordfrankreichs, Lothringens und der Loire-Region wehren sich die Stahlarbeiter auch in Denain gegen die drohenden Entlassungen mit einer Vielzahl direkter Aktionen wie Straßensperren und Besetzungen von öffentlichen Einrichtungen. Die Auseinandersetzungen in Denain eskalierten, als ein starkes Polizeiaufgebot eine Gruppe von 100 Stahlarbeitern am 6. März auf dem Rückweg von einer kurzen Grenzblockade an der französisch-belgischen Grenze mehrfach überfiel. Zuerst wurden die Arbeiter bei einem kurzen Zwischenaufenthalt in Saint Armand les Eaux, wo sie eine Kundgebung abhalten wollten, von den Bullen mit Schlagstöcken auseinandergetrieben und mit Gasgranaten beschossen. Kurze Zeit später erfolgte der zweite Polizeiüberfall in einem abgelegenen Waldstück, wo die Busse der Arbeiter gestoppt wurden. Die Bullen zer-

schlugen die Scheiben der Busse und warfen Gasgranaten ins Innere. Die herausstürzenden Arbeiter wurden draußen zusammengedroschen und durchsucht. Als sich die Nachricht von den Überfällen in Denain verbreitete, versuchte eine mehrtausendköpfige Menge, gegen das Polizeikommissariat vorzugehen. Wiederum eskalierte die Polizeiführung von sich aus den Konflikt. Nach mehrstündigen Straßenschlachten schlugen die Arbeiter eine Art Waffenstillstand vor, damit die aus der neben dem Kommissariat gelegenen Schule mittags herauskommenden Schulkinder sicher nach Hause gehen konnten. Die Polizei schien auch auf das Angebot einzugehen und zog ihre Kräfte zu ihren Fahrzeugen zurück. Gerade als die Kinder aus der Schule kamen, befahl Polizeichef Pastorin aber den sofortigen Angriff auf die Arbeiter. „Sie räumen und dann fertig“ lautete nach Ohrenzeugen sein Befehl (alle Angaben nach „Le Monde“, 14.3.79).

Während des ganzen Tages kam es dann noch zu verschiedenen Überfällen. Schlussspunkt bildete der Angriff auf ein Straßencafe, wo eine fünfzigköpfige Gruppe von Arbeitern, darunter eine Reihe bekannter

Gewerkschaftsvertreter, die Ereignisse diskutierte. Die Bullen schlugen die Scheiben des Cafes ein und schossen Tränengasgranaten ins Innere („Le Monde“).

Der Gesamtverlauf des Tages ergibt das Bild eines massiven Angriffes der Staatsmacht auf die Arbeiter, die sich allerdings massiv zur Wehr setzten.

Angesichts des breiten Widerstandes sah sich die Regierung allerdings gezwungen, die Polizeikräfte, die die Überfälle getragen hatten, in den nächsten Tagen aus Denain zurückzuziehen. Und um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen und ein Übergreifen der militanten Aktionen auf andere Regionen zu verhindern, verkündeten Regierung und Stahlkapitalisten eine zeitlich nicht näher bestimmte „Aussetzung“ der Entlassungen („FAZ“, 9.3.).

Am 10.3. antworteten die Arbeiter von Denain zusammen mit großen Teilen der Bevölkerung mit einer

Riesendemonstration von 50.000 Menschen („L'Humanité“, 12.3.79).

Der nächste große Schritt in den Kämpfen der Arbeiter soll eine Großdemonstration nach Paris am 23.3. sein. Für diese Demonstration gibt es allerdings sehr unterschiedliche Konzeptionen.

Die CGT will eine alle Industriezweige umfassende Demonstration haben, allerdings auf die von der Stahlkrise besonders betroffenen Regionen Lothringen, Nord-Pas de Calais und Loire beschränkt. Die CFDT-Führung will noch nicht einmal das und erklärt sich nur mit einer Demonstration der Stahlarbeiter einverstanden. Die rechtssozialdemokratische FO lehnt die Demonstration generell ab. Die revolutionäre Linke befürwortet die Demonstration am 23.3. Sie will aber dafür sorgen, daß es schon jetzt eine gesamtfranzösische Demonstration wird.

Das politische Büro der OCT sieht in einem solchen Marsch auf Paris

„— ein Mittel, eine noch größere Einheit der Arbeiter zu schaffen — ein Weg der Zentralisierung der Kämpfe, die bislang zu zersplittert sind, ein konzentrierter Ausdruck der Kraft der Arbeiter — ein schwerer politischer Schlag, der Giscard-Barre schwächen könnte und günstigere Bedingungen für eine Gegenoffensive schafft — ein Marsch, der Ansporn für alle laufenden Kämpfe sein könnte“ („l'etincelle“, Nr. 91).

Insgesamt meint die OCT: „Der Verlauf der kommenden Wochen ist entscheidend. Der Wind im Bereich der sozialen und politischen Kämpfe beginnt sich zu drehen. Es geht nicht mehr nur darum, Giscard-Barre zu treffen, sondern ihnen einen bedeutenden Rückschlag beizubringen, der den Weg zu weiteren Erfolgen öffnen kann und vielleicht bis zu einer Gegenoffensive führt“ („l'etincelle“).



# Spanien

## Euskadi: Wahlergebnis — Ausdruck der Radikalisierung

Bei den zweiten Parlamentswahlen in Spanien, die am 1. März stattfanden (wir berichteten in AK 148) und die im wesentlichen das alte Kräfteverhältnis bestätigten (UCD wurde mit 35 % wieder Regierungspartei), war lediglich der Wahlausgang im Baskenland wieder für Überraschungen gut. In der baskischen Provinz Guipuzcoa (Hauptstadt San Sebastian) kam es zum spektakulärsten Wahlergebnis. Hier erhielt der radikalste Flügel des baskischen revolutionären Befreiungskampfes („Herri Batasuna“ = Volkseinheit), der sich um den militärischen ETA-Flügel gruppiert, mehr Stimmen als die Regierungspartei UCD, das andere linke Bündnis, das sich um den politisch-militärischen ETA-Flügel gruppiert („Euzkadiko Ezkerra“ = Baskische Linke), erhielt fast so viel Stimmen wie die Regierungspartei! Also beide zusammen sind hier doppelt so stark wie die Regierungspartei und fast doppelt so stark wie die sozialdemokratische PSOE!

Charakteristisch für das Verhältnis zwischen der Mehrheit der baskischen Bevölkerung und der Regierungspartei ist die Tatsache, daß die UCD während des Wahlkampfes so gut wie keinen öffentlichen Auftritt in den beiden zentralen baskischen Provinzen Guipuzcoa und Vizcaya durchführen konnte (es sei denn, in geschlossenen Clubräumen) und Regierungschef Suarez es für angebracht hielt, bei seiner Stipvisite in San Sebastian sich unter falschem Namen in die Hoteliste einzutragen...

Die Ergebnisse im einzelnen im Baskenland (nach den vorläufigen Auszählungen, die in Spanien skandalöserweise Wochen bis Monate dauern, bis sie endgültig feststehen!): Die baskischen nationalistischen Parteien bzw. Wahlbündnisse (von rechts bis links) erhielten auf alle vier Provinzen berechnet die absolute Mehrheit, im einzelnen gab es in den vier Provinzen von Euskadi jedoch größere Unterschiede:

In Guipuzcoa erhielt der nationalkonservative PNV 25%, die militante Herri Batasuna (HB) 17%, die gemäßigte Euzkadiko Ezkerra (EE)



Ein „Barrikadensauto“ von Parla, wo die Bevölkerung für ihre Trinkwasserversorgung kämpfte

12%. Die sozialdemokratische PSOE schnitt mit 17% und die UCD mit ganzem 15% ab.

In Vizcaya: PNV: 28%, HB: 14%, EE: 6%, PSOE: 18%, UCD: 15%.

Alava: PNV: 21%, HB: 10%, EE: 7%, PSOE: 20%, UCD: 24%.

Navarra (die „am wenigsten baskische“ Provinz): hier bekam die UCD das beste Ergebnis mit 32%, PSOE: 21%, das linke Bündnis UNAI erhielt lediglich 4% der Stimmen.

Gegenüber den ersten Parlamentswahlen vom Juni 77 konnte die baskische Linke ihren Stimmenanteil auf ca. 170.000 Stimmen fast verdreifachen! (Bei den damaligen Wahlen hatte der radikale ETA-Flügel noch zum Wahlboykott aufgerufen).

Die dem militärischen ETA-Flügel verpflichtete „Herri Batasuna“ wird mit drei Kongreßabgeordneten

ins Parlament und zwei Senatoren in Madrid vertreten sein. „Euzkadiko Ezkerra“ mit einem Kongreßabgeordneten. Die Genossen von „Herri Batasuna“ (ein Wahlbündnis aus zwei legalen und zwei noch illegalen Organisationen) haben allerdings erklärt, daß sie ihren Abgeordnetenstatus zwar annehmen (und Diäten kassieren) werden, aber vorerst nicht an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen. Es heißt, daß die gewählten Abgeordneten zurücktreten wollen zugunsten derjenigen Kandidaten ihrer Liste, die sich derzeit im Gefängnis befinden und die dadurch Freiheit und Immunität erhalten würden. Für die Liste von „Herri Batasuna“ haben sich u.a. bekannte baskische Rechtsanwälte, Künstler und Fußballspieler eingesetzt.

Die Madrider bürgerliche Tages-

zeitung „El Pais“ machte nach den Wahlen ein fast ganzseitiges Interview mit einem der bekanntesten Abgeordneten von „Herri Batasuna“, Francisco Letamendia. Dieser war bei den Wahlen 1977 für die Liste „Euzkadiko Ezkerra“ (damals ein Bündnis von EIA und MC; MC ist inzwischen ausgetreten) ins Parlament gegangen und dann zurückgetreten, weil er mit der politischen Linie von EIA nicht mehr einverstanden war. Letamendia erklärt in diesem Interview das politische Programm von „Herri Batasuna“. Diese wendet sich gegen das vorliegende Autonomiestatut, das vom baskischen Generalrat ausgearbeitet wurde (Euzkadiko Ezkerra tritt übrigens für die Verteidigung dieses Statuts ein). HB will ein neues weitergehendes Statut ausarbeiten und ne-

ben dem baskischen Generalrat nach den Kommunalwahlen eine „baskische Versammlung“ gründen, die nur aus den Abgeordneten des revolutionären Widerstandes besteht. HB tritt langfristig für die Unabhängigkeit Euzkadi von Spanien ein, für die Wiedervereinigung Nord- und Süd-Euzkadi (Nord-Euzkadi liegt in Frankreich), für Zweisprachigkeit sowie für die Abschaffung des Kapitalismus, also für ein sozialistisches Euzkadi. Kurzfristig fordern sie vor allem den Abzug der spanischen Polizei und des spanischen Militärs und ein wirkliches, kein „koffeinfreies“ Autonomiestatut.

Was das Wählerpotential von HB betrifft, so schätzt Letamendia ein, daß es aus enttäuschten ehemaligen Wählern des PNV, der PSOE und der PCE kommt sowie anderen Linken,



## Fortsetzung von Seite 46

Anarchisten, Unabhängigen und Randgruppen. Er wehrt sich gegen die These, die „bestimmte Parteien“ aufstellten, daß das Wählerpotential vorwiegend aus der Kleinbourgeoisie komme. Letamendia: „Wir antworten, mit Beweisen in der Hand, daß unsere Koalition den höchsten Stimmenanteil in den Arbeiterbezirken bekommen hat, die überwiegend von eingewanderten Arbeitern bewohnt werden“ (El Pais, 9.3.79). Daß gerade die von ihrem Ursprung her nicht-baskischen Arbeiter zum Hauptwählerstamm des radikalsten Flügels des baskischen Parteienspektrums gehören (was übrigens keine Einzel- oder neuere Erscheinung ist), weist darauf hin, daß es bei diesem Kampf nicht in erster Linie um eine eingeschränkte nationalistische Zielsetzung, sondern im Kern um die Freiheits- und demokratischen Rechte der Arbeiter selbst geht und diese Arbeiter diesen Kampf als solchen begreifen.

Letamendia führt in diesem Interview auf die Frage, wie HB zum militärischen ETA-Flügel steht, aus: „ETA ist beratendes Mitglied der KAS (HASI, LAIA, ASK) und zweifellos nicht nur formales Mitglied von Herri Batasuna (HASI, LAIA, ESB und ANV). Das heißt, Herri Batasuna ist zwar nicht der von ETA ernannte Gesprächspartner, um ihr Programm mit der Regierung zu diskutieren, dieser Gesprächspartner ist die KAS, zweifellos aber vertritt Herri Batasuna alle Formen des Kampfes, die zur nationalen und sozialen Befreiung Euzkadis führen (...) Kurz gesagt —

und das sollte den politischen Beobachtern und der Regierung zu denken geben. — HB stellt sich hinter die Kampfform von ETA und diese stellt sich hinter die friedlichen Kampfformen von Herri Batasuna“ (El Pais, 9.3.79).

Letamendia erklärte ferner, daß die Abgeordneten von Herri Batasuna ihre Parlamentssitze erst dann einnehmen werden, wenn ihre Minimalforderungen (Abzug der Besatzungstruppen, Autonomie mit dem Recht auf Selbstbestimmung, Zweisprachigkeit) erfüllt sind. Vorher gebe es keinen Waffenstillstand seitens ETA.

Ein ebenfalls überraschendes Wahlergebnis gab es in Andalusien, wo die linkssozialistische PSA („Sozialistische Partei Andalusiens“) fünf Abgeordnetensitze erhielt mit der absoluten Stimmenzahl von ca. 250.000 Stimmen, die alle aus dem Wählerpotential der sozialdemokratischen PSOE kommen.

## Die revolutionäre Linke

Die Organisationen der revolutionären Linken traten bei diesen Wahlen zersplittert denn je an. War es bei den Parlamentswahlen vom Juni 77 noch zu drei Blockbildungen gekommen, so traten die Organisationen diesmal alle getrennt zur Wahl an. Wahlergebnisse sind bisher nicht bekannt geworden, doch ist nach den vorliegenden Angaben keine der Organisationen im spanischen Parlament vertreten.

Spanien-Kommission

## Kurzmeldungen

## 8. März

Am internationalen Tag der Frau demonstrierten viele tausend Frauen im spanischen Staat. In Madrid gingen 6000 Menschen für die Forderungen der Frauen (Arbeitsplätze, Recht auf Abtreibung, Recht auf Scheidung und Gleichbehandlung vor dem Gesetz) auf die Straße. Das Bündnis umfaßte die sozialdemokratischen PSOE, die PCE sowie die revolutionäre Linke.

In Bilbao folgten 4000 Frauen (und Männer) dem Aufruf der „Versammlung der Frauen von Vizcaya“. In San Sebastian demonstrierten ca. 500 Frauen, in Barcelona löste die Polizei eine Demonstration von ca. 2000 Frauen auf, nachdem der Zivilgouverneur die aufrufende Frauenkoordination für illegal erklärt hatte! (El Pais, 10.3.79).

## Anti-AKW

Am 11.3. demonstrierten in Barcelona 40.000 AKW-Gegner! Das „Katalanische Antikernkraft-Komitee“ hatte dazu aufgerufen (Frankfurter Rundschau, 12.3.79).

## Anti-AKW

Am 11.3. demonstrierten in Barcelona 40.000 AKW-Gegner! Das „Katalanische Antikernkraft-Komitee“ hatte dazu aufgerufen (Frankfurter Rundschau, 12.3.79).

## Michelin-Entführung

Der vom politisch-militärischen ETA-Flügel entführte Direktor der Michelin-Fabrik im baskischen Vitoria wurde nach fast zweiwöchiger „Haft“ am 1. März freigelassen: Die Leitung von Michelin in Frankreich hatte sich unter dem Druck der Entführung und der angekündigten Tötung ihres Di-

rektors bereiterklärt, mit den Fabrikkomitees aller vier Michelin-Fabriken in Spanien an einem Tisch über Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Dies war die Forderung der Michelin-Arbeiter von Vitoria gewesen, die sich nicht aufspalten lassen wollten und der sich die Michelin-Direktoren zunächst widersetzt hatten, sie wollten nur getrennt verhandeln ...

## 14-jähriger erschossen

In Parla, einer Arbeiterstadt südlich von Madrid, wurde ein vierzehnjähriger Junge von einer Gummikugel der Polizei getötet. Die Bewohner von Parla hatten gegen die mangelnde Trinkwasserversorgung protestiert! (Die Arbeiterfamilien müssen sich häufig Mineralwasser zum Waschen kaufen!). Nach dem Tod des Jungen kam es zu Barrikadenkämpfen mit der Polizei. In den Straßen wurden Kabel und Drähte gegen die berittene Polizei gespannt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.3.79).

## General erschossen

Der spanische Brigadegeneral Vazquez wurde am 5.3. auf offener Straße erschossen. Die GRAPO wird hinter dem Attentat vermutet. In Beasin (Baskenland) wurde der Chef der Stadtpolizei in seinem Büro erschossen.

Spanien-Kommission

## Teilerfolg bei „Times“ und „Sunday-Times“

Die beiden Londoner Zeitungen „Times“ und „Sunday-Times“ erscheinen wahrscheinlich vom 17. April an wieder. Das ist die Zwischenbilanz des jetzt viereinhalb Monate andauernden Konfliktes, den die Verlagsleitung am 30. November mit der Einstellung beider Blätter und der Entlassung von insgesamt 3.000 der insgesamt 4.300 Arbeiter und Angestellten (!) auf die Spitze getrieben hatte.

Wie bereits im ARBEITERKAMPF 148 berichtet, kam es vor allem aus drei Gründen zu dieser Auseinandersetzung:

1. Der Verleger will die Einführung neuer Setztechniken über Bildschirme durchsetzen.
2. Der Personalbestand in den technischen Bereichen soll drastisch reduziert werden.
3. Die Gewerkschaften sollen zu einer Art Friedenspflicht gezwungen werden, um Verluste durch spontane Arbeitsniederlegungen zu verhindern (im letzten Jahr wurden dadurch 12 Millionen Zeitungen nicht verkauft) (FR, 9.2.79).

Alle betroffenen Gewerkschaften erklärten daraufhin, daß sie sich erst an den Verhandlungstisch begeben werden, wenn die Kündigungen vom Tisch sind.

Jetzt sagte Verleger Lord Thomson zu, daß bis zum 17. April alle bisher entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden und erstmal 50% ihres Lohnes nachgezahlt bekommen. Sollte dann bis zum 17.4. ein Verhandlungsergebnis vorliegen, werden die restlichen 50 % ausgezahlt (The Guardian, 9.3.79). Daß es zu dieser Voraussetzung für weitere Verhandlungen kam, ist zunächst als Erfolg der Arbeiter und Angestellten einzuschätzen.

Wie es jetzt allerdings weitergeht, das steht auf einem anderen Blatt. Die Gewerkschaftsführer haben grundsätzlich nichts gegen die Einführung neuer Techniken und die damit verbundene Vernichtung von Arbeitsplätzen (vorausgesetzt, daß der Abbau von Arbeitsplätzen etwas längerfristig gestaltet wird). Gesprochen wurde von 5 Jahren, in denen garantiert werden soll, daß niemand entlassen werden darf, sondern sich die Belegschaft durch „natürlichen Schwund“ über Pensionierung oder Todesfälle reduziert (The Leveller, März 79).

Und nach diesen 5 Jahren? Der Kampf bei der „Times“ ist noch lange nicht zuende.

England-Kommission

## Prostituierte gegen Unterdrückung

Auftrieb erhielt der Kampf der britischen Prostituierten für menschenwürdige Behandlung. Nach geltendem Recht können Straßenprostituierte bereits mit Gefängnis bestraft werden, wenn sie sich „öffentlich feilbieten“. Dabei genügt als Beweis bereits die „Aussage“ eines einzigen Bullen. Leben gar zwei Prostituierte gemeinsam in einer Wohnung, auch nur, um sich gegenseitig zu schützen, dann haben sie damit ein „Bordell“ gegründet!

Hiergegen brachte die Labour-Abgeordnete Maureen Colquhoun am 6.3. einen Gesetzesentwurf ein, der Sonderbestimmungen für Prostituierte abschaffen soll. Maureen C. wird selbst öffentlich angefeindet, da sie lesbisch ist und daraus auch kein Hehl macht. Sie bezeichnete im Unterhaus das bestehende Gesetz als „eine Einladung, alle Prostituierten ungerecht zu behandeln, ihre bürgerlichen Freiheiten anzugreifen und ihnen viele ihrer Menschenrechte zu nehmen“ („Guardian“, 7.3.79). Das Gesetz treibe außerdem Prostituierte

in die Arme von Zuhältern.

Wegen der baldigen Neuwahlen ist es unwahrscheinlich, daß der Gesetzesentwurf in dieser Legislaturperiode noch abschließend behandelt werden kann. In der ersten Lesung war immerhin eine gewaltige Mehrheit von 134 zu 50 Stimmen dafür. Zu diesem Ergebnis hat sicher der Auftritt der Prostituierten Helen Buckingham im Fernsehen beigetragen, die dort am 2. März ankündigte, daß die Prostituierten bei Nichtannahme des Gesetzes eine „Kundenliste“ mit den Namen von Parlamentsabgeordneten und Bischöfen veröffentlichen würden!

Helen ist Mitbegründerin der Kampagne „Prostitution Laws are Nonsense“ (PLAN – Prostitutionengesetze sind Unsinn), die auch vom „English Collective of Prostitutes“ unterstützt wird. Als sie mit einigen Kolleginnen die Parlamentsdebatte auf der Publikumsгалerie zu aufmerksam verfolgte, wurde geräumt...

England-Kommission

# England

## Volksabstimmungen in Schottland und Wales

Am 1.3. wurden in Wales und Schottland Volksabstimmungen über die Einführung einer Teilautonomie für diese beiden Länder durchgeführt. Diese Teilautonomie soll darin bestehen, daß die Schotten und Waliser Regionalparlamente erhalten, die in einigen Fragen der kommunalen Verwaltung (Schulen, Wohnungs- und Verkehrsfragen) „entscheiden“ dürfen. Mehr als eine Scheinautonomie ist das Ganze allerdings nicht, denn es ist klar festgelegt, daß jede Entscheidung durch die Londoner Regierung wieder rückgängig gemacht werden kann.

Die Volksabstimmung über die Regionalparlamente ist ein Zugeständnis der britischen Regierung auf zunehmende Forderungen nach Unabhängigkeit von England. Die antibritische Haltung in Schottland und Wales hat ihre Gründe: Im 16. Jahrhundert wurden beide Länder dem englischen Teil der Insel einverleibt, 1707 wurde das schottische Parlament aufgelöst und die Politik wurde von diesem Zeitpunkt an nur noch in London gemacht. Schottland und Wales sind heute Regionen in England, wie der Mezzogiorno in Italien, vor allem gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit und benachteiligt bei Ausgaben für Ausbildung, Kultur, Infrastruktur usw..

Im Industriedreieck Glasgow-Dundee-Edinburgh ballt sich ein Industrieproletariat, das sich durch erhöhte Verelendung zu einem der fortgeschrittensten Teile der englischen Arbeiterklasse entwickelt hat. Traditionell bilden die schottischen (auch die walisischen) Bergarbeiter die Vorhut in den Streikbewegungen. Schottland ist traditionell eine Hochburg von Labour, die Faschisten haben sich bei Wahlen mehrere Abführungen geholt. Beim EG-Referendum lag hier der Anteil der Neinstimmen weit über dem Durchschnitt.

Seit 1928 versucht die „Schottische Nationalistische Partei“ (SNP) an dem anti-britischen (und keimhaft antimperialistischen) Bewußtsein anzuknüpfen und damit eine nationalistisch-kleinbürgerliche Politik zu machen. Nach der Entdeckung des Nordsees vor der schottischen Küste gab die SNP die Parole aus: „Das schottische Öl gehört Schottland“ und versprach die Lösung der wirtschaftlichen Probleme durch „nationale Unabhängigkeit“ durch ein schottisches Parlament mit Kontrolle über Wirtschaft, Handel und durch die „schottische Nutzung“ des Öls.

Eine reale ökonomische Grundlage für diesen Nationalismus gibt es

eigentlich nicht: die schottische Wirtschaft ist total durchdrungen vom Londoner und dem internationalen Finanzkapital. Allerdings scheint der Nationalismus für die englischen Imperialisten sehr nützlich, um die Unruhe in der Bevölkerung und ihre Proteste in die falsche Richtung laufen zu lassen.

Mit ihren Forderungen nach autonomen Behörden zur Ankurbelung der regionalen Industrie und nach einer eigenen Vertretung bei den Brüsseler EG-Behörden erhielt die SNP 1967 das erste Mal in einem Wahlbezirk 46% der Stimmen. Bei den Unterhauswahlen 1974 erhielt die SNP als zweitstärkste Partei Schottlands 30%. Im britischen Parlament ist die SNP gegenwärtig mit 11 Abgeordneten vertreten, die walisische Plaid Cymru mit 3 Abgeordneten.

Die starke Unabhängigkeitsbewegung in Schottland machte auch vor der Labourparty nicht halt: 1975 spalteten sich einige schottische Labour-Leute aus der Mutterpartei ab, mit dem Argument, die Labour-Regierung trete nicht entschlossen genug für Schottland ein.

## Ergebnis des Referendums

Die Zustimmung für die Teilautonomie fiel vor allem in Wales, aber auch in Schottland wesentlich magerer aus, als noch vor einem Jahr erwartet:

	Dafür	Dagegen	Nicht teilgenommen
Schottland	33 %	31 %	36 %
Wales	12 %	47 %	41 %

Bei diesem Ergebnis spielen mehrere Faktoren eine Rolle:

Bei diesem Ergebnis spielen mehrere Faktoren eine Rolle:

— die Bewegung für die Unabhängigkeit ist nach dem Hoch 1974 (Wahlerfolge der SNP) mangels greifbarer Erfolge wieder ziemlich runtergegangen. Die SNP hat bei Nachwahlen starke Rückgänge zu verzeichnen gehabt;

— die Farce einer realen Autonomie, die hier zur Abstimmung stand, war geeignet, die Resignation zu verstärken. Begeistern konnte dieses Referendum tatsächlich niemand

— die Labour-Regierung, die die Gesetzesvorlagen zur Teilautonomie

eingebraucht hat, befindet sich durch ihre offen arbeitfeindliche Politik angesichts der Streikwelle in einer akuten Vertrauenskrise. Dies hat mit Sicherheit unter den potentiellen Befürwortern der Teilautonomie — den traditionell Labour wählenden Arbeitern — auch vielfach dazu geführt, daß man sich gar nicht erst an der Abstimmung beteiligt hat.

Dazu kommt sicher noch, daß es den Tories, die breite Propaganda für die Ablehnung machten, leicht gemacht wurde, demagogisch zu argumentieren, die Teilautonomie würde das Regieren nicht verbessern, sondern nur „mehr Regierung, mehr Politiker, mehr Beamte und mehr Ausgaben“ bringen. Die Tories als Vorkämpfer gegen die Bürokratie!

Weiter desorientierend und entmutigend hat sicher gewirkt, daß vor der Abstimmung — mit den Stimmen der Labour-Linken übrigens! — im britischen Unterhaus festgelegt worden war, daß mindestens 40% aller Abstimmungsberechtigten (!) für die Teilautonomie stimmen müssen, damit die Gesetze als angenommen gelten.

Die Labour-Regierung ist durch diesen Ausgang der Referenden in einer schwierigen Lage: seit im Sommer '78 das Abstimmungsbündnis zwischen Labour und Liberalen im Parlament von den Liberalen aufgekündigt wurde, konnte sich die Regierung Callaghan im Parlament nur noch mit Unterstützung der Nationalisten über Wasser halten. Dieser Stimmen kann sich Callaghan aber nur sicher sein, solange er für die Teilautonomie eintritt. Vor diesem Hintergrund wird wieder verstärkt von baldigen Neuwahlen gesprochen (diese stehen regulär im Herbst '79 an). Die Meinungsumfragen ergeben übereinstimmend einen großen Vorsprung für die Konservativen.

## Haltung der Linken zum Referendum

## Haltung der Linken zum Referendum

Die von der englischen GIM-Schwester „International Marxist Group“ (IMG) herausgegebene Zeitung „Socialist Challenge“ sprach sich für die Teilautonomie aus: „Hunderttausende der arbeitenden Bevölkerung werden sich für die Teilautonomie aussprechen; unabhängig davon, wie unklar sie sich darüber sind, welche Rolle das Regionalparlament spielen wird, werden sie damit gegen das gegenwärtige Chaos des kapitalistischen Schottlands stimmen und für eine Veränderung. (...) Die Existenz des Regionalparlaments wird es für uns einfacher und nicht schwerer machen, die Illusionen der einfachen Menschen dadurch zu erschüttern, daß wir ihnen die sozialistische Alternative zur bankrotten Politik der Labour Party und der SNP entgegenhalten“ (SC, 1.3.79).

Ganz im Gegensatz hierzu vertritt der „Socialist Worker“, Zeitung der „Socialist Workers Party“ (SWP) die Auffassung, daß es Jacke wie Hose für die Schotten und Waliser sei, ob sie ein Regionalparlament bekommen oder der Wind durch die Linde rauscht.

Im SW heißt es dazu: „Es gibt einige, die im Regionalparlament eine ernste Sache sehen. Sie behaupten, daß Parlament würde Reformen bringen, die von Westminster lange verhindert worden sind. Eine Labour-Mehrheit in Edinburgh würde diese Reformen nicht garantieren. Jahre einer Labour-Regierung in London (...) beweisen dies. (...) Ein schottisches Parlament, das ein einfacher Abklatsch von Westminster ist, und in dem die gleichen politischen Kräfte wie dort vertreten sind, würde keine anderen Beziehungen haben zu den Kräften, die das Parlament von außen bestimmen, den Aufsichtsräten, den Banken und dem Klerus. (...) Unsere Politik ist es, da zu sein, wo wirkliche Leute ihre realen Kämpfe führen — von den Kämpfen um mehr Geld bis hin zur Revolution im Iran“ (SW, 24.2.79).

England-Kommission



# Niederlande

## Keine niederländischen Soldaten in den Libanon!

Seit dem 15. März ist ein Bataillon niederländischer Soldaten bei der UN-„Friedensmacht“ im Libanon stationiert. Ein Genosse der sozialistischen Soldatenorganisation Bond voor Dienstpflichtigen (BVD) schrieb für den ARBEITERKAMPF einen ausführlichen Artikel (den wir aus Platzgründen leider kürzen mußten).

### Drohungen und Lügen

Am 12.1. gab die niederländische Regierung ihren Beschluß bekannt, das 700 Mann umfassende 44. Panzerinfanteriebataillon aus Zuidlaren und Assen für den UN-Einsatz im Libanon zur Verfügung zu stellen. Das Bataillon soll dort in die 6.000 Mann starken Unifil-Truppen (United Nations Interim Force in Libanon) eingereiht werden, die nach dem israelischen Einfall im März 78 in das südlibanesisches Grenzgebiet entsandt worden waren.

Von Anfang an machten Regierung wie Heeresleitung deutlich, daß sie ihren Beschluß auch mit Lügen und Drohungen durchsetzen würden. Vize-Premier und Innenminister Wiesel behauptete am 12.1., die niederländische Regierung habe alle betroffenen Gruppierungen und Regierungen informiert. Später mußte die Regierung jedoch zugeben, daß vor dem Kabinettsbeschluß zur Entsendung der Truppen lediglich mit Israel auf ministeriellem Niveau ein Kontakt bestanden hat, das über seinen Außenminister zustimmend reagierte. Adressat und Ergebnis weiterer Kontakte, blieben unklar.

Fest steht jedoch, daß die niederländische Regierung natürlich keinen Kontakt mit der PLO aufgenommen hat, weil die Niederlande die PLO nicht anerkennen.

– daß der PLO-Führer Arafat die niederländische Regierung noch unlängst einer „feindlichen Haltung“ beschuldigt hat, und der Umstand, daß eine niederländische Mission zur Erkundung der Lage im Libanon von Israel aus in den Südlibanon gereist ist, den Niederlanden seitens der PLO den Vorwurf der Einseitigkeit eingetragen hat („NRC“, 24.1.; „Trouw“, 31.1.);

– daß der Militärkorrespondent der „Jerusalem Post“ schrieb, daß in militärischen Kreisen Israels die Furcht bestehe, daß die Stationierung niederländischer Soldaten im Libanon einen negativen Einfluß auf die Beziehungen zwischen den Niederlanden und Israel haben könne („Volkskrant“, 29.1.);

– daß die rechts-christlichen Milizen (Falange) des Major Haddad scharf gegen die Unifil eingestellt sind.

### Widerstand

Für die betroffenen niederländischen Soldaten (größtenteils Wehrdienstpflichtige) kam der Beschluß der Regierung völlig überraschend. Zwar hatte die Regierung seit 1963 das 44. Panzerinfanteriebataillon für UN-Aufgaben zur Verfügung gehalten, seit 1976 war aber das spezielle Manöverprogramm für diese Einsätze nicht mehr in den Übungsplänen enthalten gewesen.

Die ohnehin nicht große Neigung der Soldaten zu diesem Einsatz wurde noch geringer, als durch Zeitungsberichte bekannt wurde, daß von den UN-Truppen (bis zum 24.1.) 15

Mann – davon acht bei Gefechten – getötet und 50 bei Gefechts-handlungen verletzt worden waren.

Die Heeresleitung versuchte, diese Berichte zu entkräften, indem sie behauptete, Tote bei Gefechten hätte es „nur“ im ersten Monat des Aufenthaltes im Libanon gegeben, ansonsten seien UN-Soldaten nur bei Verkehrsunfällen umgekommen. Diese Behauptungen wurden jedoch schnell von den Ereignissen widerlegt: Am 3./4. Februar fielen sechs Unifil-Soldaten während eines Zwischenfalls mit einem Kommando der PFLP. Am selben Wochenende wurde von einer Unifil-Abteilung ein mehrstündiges Feuergefecht mit einer eingedrungenen israelischen Patrouille geführt.

Der Unmut unter den niederländischen Soldaten über den bevorstehenden Einsatz verbreitete sich.

Nach den Darstellungen der Heeresführung war es jedoch nur eine kleine Minderheit – „weniger als zehn Prozent“ („Volkskrant“, 17.1.) –, die nicht in den Libanon wollte.

ist), wurden von Offizieren mit langjährigen Gefängnisstrafen, Verhaftung, Anklage vor dem Kriegsrat und Anwendung des Kriegesrechtes bedroht;

– drei Soldaten, die aufgrund des Gesetzes über Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen Widerspruch gegen den UN-Einsatz eingelegt hatten, wurden nicht, wie sonst üblich, bis zur Entscheidung vom Dienst freigestellt, sondern mußten sich weiter an den Übungen beteiligen – als sie sich weigerten, wurden sie in den Kasernenknast gesteckt;

– in anderen Heeresteilen wurden „Freiwillige“ für den UN-Einsatz bestimmt;

– der Soldatengewerkschaft „Vereniging van dienstplichtige militairen“ wurde verboten, auf dem Gelände der Kaserne der 44er eine Informationsveranstaltung durchzuführen, eine Anzahl aktiver VVDMer aus dem Bataillon wurde in andere Kasernen versetzt.

Ungeachtet dieser Versuche, den Protest der Soldaten vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten, wurde doch bald deutlich, daß ein großer Teil der Wehrdienstpflichtigen un-freiwillig in den Libanon gehen würden. Die öffentliche Dis-

## TOERISME MIDDEN-OOSTEN

Begegnen Sie der freundlichen Bevölkerung in den Grenzgebieten von Israel und Libanon



Im Panzer sitzt Van der Klaauw, Außenminister der Niederlande (aus „de Volkskrant“, 26.1.79)

Prinzipielle Kritik wurde im Parlament, auch von der revisionistischen KP (CPN) und der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), nicht geäußert.

Warum sich die niederländische Bourgeoisie so Hals-über-Kopf in das Libanon-Abenteuer gestürzt hat, ist bisher ziemlich unklar geblieben. Außenminister Van der Klaauw äußerte, daß die „Truppenversendung stattfindet, weil wir sonst in diesem Gebiet keine Rolle spielen würden“ („de Waarheid“, 2.2.). Auf diese klassisch-imperialistische Position vom CPN-Abgeordneten Bakker im Parlament angesprochen, beeilte sich Van der Klaauw jedoch, seine Äußerung zurückzunehmen. Eine Debatte über die Hintergründe des Libanon-Abenteuers war damit (fürs erste) vereitelt.

Das Parlament ging letztlich nicht weiter, als eine Resolution anzunehmen, worin für „einen größtmöglichen Grad von Freiwilligkeit“ („Volkskrant“, 7.2.) plädiert wurde, was der Regierung jedoch faktisch völlig freie Hand läßt.

### Stärkung der israelischen Expansion

Nur eine Reihe von Organisationen der revolutionären Linken und das Palästina-Komitee wandten sich prinzipiell gegen die Stationierung niederländischer Truppen im Libanon.

Das Palästina-Komitee wandten sich prinzipiell gegen die Stationierung niederländischer Truppen im Libanon.

Die sozialistische Soldatenorganisation Bond voor Dienstpflichtigen (BVD) forderte, „daß keine niederländischen Truppen in den Libanon gesandt und die UN-Truppen zurückgezogen werden“ sollen. In seiner Pressemitteilung vom 16.1. führte der BVD weiter aus,

– daß die niederländischen Truppen benutzt werden, um die israelische Expansion zu decken und das Sarkis-Regime auf Kosten der Palästinenser zu stützen und

– daß der traditionell pro-israelische Standpunkt der niederländischen Regierung bedeutet, daß die israelische Position durch die Anwesenheit niederländischer Truppen im Libanon verstärkt wird.

„Der BVD ruft alle Soldaten auf, sich zu weigern, in den Libanon zu gehen und ruft jeden auf, die Soldaten zu unterstützen.“

Der Internationale Kommunisten-bond (niederländische Sektion der 4. Internationale) wies darauf hin, daß zum ersten Mal seit dem Kolonialkrieg in Indonesien (1947 - 48) niederländische Wehrpflichtige in eine imperialistische Aktion hineingezogen werden. „Indem ein Freibrief für derlei Aktivitäten der Armee gegeben wird, werden gerade die Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau des niederländischen Repressionsapparates geschaffen.“ Die Forderungen des BVD werden vom IKB unterstützt („Klassenstrijd“, 27.1.).

Das Palästina-Komitee sieht in der Truppenversendung eine Unterstützung der israelischen Ziele. Es weist die Stationierung niederländischer Soldaten im Libanon ab, „solange keine eindeutigen Garantien gegeben werden, daß die niederländischen

Einheiten a) die bewaffnete palästinensische Anwesenheit ... respektieren werden, b) die libanesischen Souveränität wiederherstellen, indem sie einen Beitrag zur Beendigung der israelischen militärischen Präsenz (u.a. in Form der rechts-christlichen Milizen im Grenzgebiet) erbringen“ (Erklärung vom 23.1.).

### Die Soldatengewerkschaft

Die Soldatengewerkschaft Vereniging voor dienstplichtige militairen (VVDM) beschloß, über den Einsatz niederländischer Truppen im Libanon kein Urteil zu fällen. Nur eine Minderheit der Mitgliederversammlung am 31.1. war prinzipiell gegen den UN-Einsatz.

Die Versammlung übernahm mehrheitlich den Standpunkt der VVDM-Führung:

- kein Mann unter Zwang in den Libanon,
- weitestgehender Gebrauch der rechtlichen Positionen,
- gute Information über die politische Situation.

Im Anschluß an die Versammlung wurde eine Demonstration zum Militärstraßlager Nieuwersluis durchgeführt, worin derzeit drei der Soldaten, die sich der Versendung widersetzen, gefangen waren. Rund 75 Soldaten (aktive VVDMer) nahmen teil.

In Groningen wurde am 9.2. eine Demonstration unter der Hauptfloskel:

In Groningen wurde am 9.2. eine Demonstration unter der Hauptfloskel „Kein Mann unter Zwang in den Libanon“ durchgeführt. Etliche hundert Menschen, darunter auch Soldaten von den 44ern, nahmen an der Aufschrift „Keine niederländischen Soldaten in den Libanon“. Ein Soldat von den 44ern berichtete, daß die Ablehnung gegen den Libanon-Einsatz weit über die 290 eingelegten Widersprüche hinausgeht, diese Soldaten aber angesichts der Drohungen der Heeresleitung von vornherein auf dieses Rechtsmittel verzichtet haben. Protestkundgebungen wurden ebenfalls in Den Haag vor dem Parlament, in Amsterdam und weiteren Orten durchgeführt.

Der VVDM hat eine einstweilige Verfügung gegen den UN-Einsatz angestrengt, die jedoch abschlägig entschieden wurde. Das Gericht entschied, daß die Niederlande zu „normalen Zeiten“ jederzeit Soldaten für UN-Einsätze bestimmen können.

Die drei Soldaten, die angesichts des Libanon-Einsatzes und unter Berufung auf Gewissensgründe den Wehrdienst überhaupt verweigert hatten und eingesperrt worden waren, sind mittlerweile wieder frei. Zwei von ihnen sind als Wehrdienstverweigerer anerkannt worden, der dritte wurde abgewiesen.

Wieviele Soldaten noch kurz vor dem Abflug in den Libanon ihren Widerspruch haben durchsetzen können, ist derzeit noch nicht bekannt. Jedenfalls hat sich eine Anzahl von Soldaten während des Kurzurlaubs vor dem Abflug dem Einsatz durch Krankmeldungen und ähnliches entzogen.

Ein Genosse vom Bond voor Dienstpflichtigen (BVD)



Demonstration in Groningen am 10.2.: „Groninger Jugendliche solidarisch“ – „Kein Mann unter Zwang in den Libanon“

Schließlich war aber nicht mehr zu verschweigen, daß von den 512 Wehrdienstpflichtigen, die für den UN-Einsatz eingeteilt waren, 290 – also fast 60%! – Widerspruch eingelegt hatten aus medizinischen, sozialen oder politischen Gründen.

Als der Widerstand nicht zu unterdrücken war, griff die Heeresführung zu Drohungen:

– die Soldaten hätten ihren Widerspruch binnen zwei Tagen einzureichen;

– Soldaten, die sich auf das Gesetz über Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen beriefen (was auch noch während des bereits angetretenen Wehrdienstes möglich

kussion spitzte sich auch auf diesen Aspekt zu.

### Das Parlament

Die meisten politischen Parteien im Parlament setzten sich mit diesem Problem lediglich unter dem Gesichtspunkt der Effizienz auseinander: Ob es nun besser sei, einen aufeinander eingespielten Heeresteil, darunter zur Not einige Soldaten gegen ihren Willen, in den Libanon zu senden (Regierungsstandpunkt) oder aber eine für diesen Einsatz motivierte Einheit von ausschließlich Freiwilligen, zur Not aus verschiedenen Heeresteilen zusammengestellt (Standpunkt der rechten Parteien).









# afrika

## Idi Amin vor dem Sturz

Das militärische Kräfteverhältnis in Uganda hat sich nach übereinstimmenden Meldungen der bürgerlichen und tanzanischen Presse weiter zugunsten der oppositionellen Kräfte verschoben. Der endgültige Sturz des „Feldmarschall auf Lebenszeit“ Idi Amin scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Auf ihrem Vormarsch sind die aufständischen und Guerilla-Truppen bis kurz vor die Hauptstadt Kampala vorgestoßen und bombardieren bereits Ziele in der Hauptstadt.

Die Amin-loyalen Verbände konnten von Kampala abgeschnitten werden; in der Hauptstadt selbst sind Anschläge auf drei große Hotels verübt und Ziele nahe der Residenz Amins sowie Häuser von Geheimpolizisten angegriffen worden. Die Rebellen-Truppen haben sich in drei Kampfverbände aufgespalten und die Soldnertruppen Amins im Gebiet der Lura-Sümpfe eingekreist („SZ“, 14.3.).

Am 3. März konnte Tororo, direkt an der Grenze zu Kenia, für kurze Zeit von den Streitkräften der Guerilla eingenommen werden. Für die Aktion, bei der eine Kaserne überfallen und Munition und Waffen erbeutet wurden, übernahm eine bisher unbekannte Gruppe von Exil-Ugandern mit dem Namen „Streitkräfte der Nationalen Revolte“ (FNR) die Verantwortung. In einer Erklärung, die in Nairobi veröffentlicht wurde, sprach die FNR von 400 getöteten Amin-loyalen Soldaten („International Herald Tribune“, 6.3.). Neben der Erbeutung von Waffen und Munition hatte der Angriff auf die Grenzstadt vor allem das Ziel, den Treibstofftransport von Kenia nach Uganda zu unterbrechen („Guardian“, 5.3.).

Erklärungen des im tanzanischen Exil lebenden früheren Staatspräsidenten Ugandas, Milton Obote, zufolge, sind bereits zwei Mio. Ugander befreit worden. Wie „Le Monde“ (6.3.) berichtet, haben die oppositionellen Kräfte begonnen, in den befreiten Gebieten eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen und die Wahl sogenannter „Volkskomitees“ vorzubereiten.

### Die zwielichtige Rolle Libyens

Angesichts der aussichtslosen Lage scheinen mittlerweile auch die „Kadereinheiten“ der ugandischen Armee ihrem ehemaligen Oberbefehlshaber die Gefolgschaft aufzukündigen. So ist das „Selbstmord-Bataillon“, eine Eliteeinheit Amins, die in Masaka stationiert ist, geschlossen zu den aufständischen Truppen übergelaufen. Mannschaften und Offiziere des Bataillons gaben dazu folgende Erklärung ab: „Wir, Offiziere und Mannschaften des Selbstmord-Bataillons, stationiert in Masaka, erklären heute, am 24.2., daß wir unseren Treueschwur auf Idi Amin widerrufen und uns den Volksmassen angeschlossen haben, um für den Sturz des faschistischen Regimes zu kämpfen“. „Wir Soldaten und das ugandische Volk haben keinen Streit mit unseren Brüdern in Tanzania. Wir beanspruchen kein tanzanisches Gebiet. Wir sind in einen tragischen und unnötigen Krieg



gedrängt worden mit unseren Nachbarn, der viele Menschenleben gekostet hat“ („Tanzania Daily News“, 28.2.).

Während der ugandische Rundfunk nach dem Vorbild nationalsozialistischer Durchhaltepropaganda im 2. Weltkrieg eine Siegesmeldung nach der anderen durch den Äther funkt, wird das Terrorregime Amins offenbar nur durch die massive Unterstützung Libyens, Marokkos und anderer arabischer Staaten am Leben erhalten.

So soll Libyen über eine Luftbrücke Uganda mit Panzern, Jagdflugzeugen und schweren Geschützen versorgen („SZ“, 8.3.). Die Angaben der bürgerlichen westdeutschen und englischen Presse über die Zahl der in Uganda operierenden marokkanischen und libyschen Truppen schwanken zwischen 1.400 und 2.500. Die libyschen Truppen schwanken zwischen 1.400 und 2.500. Die „Frankfurter Rundschau“ (10.3.) berichtete beispielsweise, daß ca. 1.000 libysche Soldaten in Nateti, südlich von Kampala stationiert seien. Verlautbarungen tanzanischer Militärkreise zufolge seien mehrere libysche Offiziere gefangen genommen worden und hätten libysche Soldaten vor allem an den Kämpfen um die Garnisonsstadt Masaka teilgenommen, die jetzt von Guerillas kontrolliert wird („SZ“, 6.3.). Die Anwesenheit marokkanischer Militärberater in Uganda wird von der bürgerlichen Presse durchgängig als „Vergeltungsaktion“ Marokkos gegen den Austritt Tanzanias aus dem OAU-Vermittlungskomitee und die Anerkennung der DARS (Sahara) interpretiert. Die libysche Nachrichtenagentur JANA hat inzwischen die Anwesenheit libyscher Truppen in Uganda dementiert und als „Lüge“ bezeichnet. Alle Lybier in Uganda seien Bankangestellte, Lehrer oder medizinisches Personal („IHT“, 7.3., „Guardian“, 7.3.).

Auch Marokko hat jede Unterstüt-

zung des Amin-Regimes kategorisch bestritten.

Tatsächlich liegen bislang keine stichhaltigen Beweise für eine libysche und marokkanische Truppenpräsenz vor bzw. gibt es noch keine seriöse tanzanische Quelle, die derartiges bestätigen würde. Es ist allerdings unbestritten, daß tanzanische Streitkräfte Ende letzten Jahres libysche Funker und Offiziere gefangen genommen haben, die an der Invasion Tanzanias durch ugandische Truppen beteiligt waren (wir berichteten im AK darüber). Es ist weiterhin bekannt, daß die ugandische Luftwaffe nach dem Rauschmiß der Israelis 1972 mit Hilfe Libyens und der Sowjetunion ausgebaut wurde und Uganda Wirtschaftshilfe von Libyen erhalten hat. Diese

massive Unterstützung einer der korruptesten und brutalsten afrikanischen Diktaturen steht im Gegensatz zur sonstigen antiimperialistischen Orientierung der libyschen Außenpolitik (Unterstützung der FROLINAT im Tschad und der Frente Polisario). Sie ist ein Hinweis darauf, daß die Regierung Kadafhis zumindest im Fall Ugandas offensichtlich bereit ist, im Bündnis mit der arabischen Reaktion eine aggressive Kriegspolitik zu betreiben.

### OAU deckt Amin

Die OAU hat es trotz wiederholter Aufforderung der tanzanischen Regierung bisher konsequent vermieden, den aggressiven Überfall der ugandi-

schen Streitkräfte auf Tanzania zu verurteilen, obwohl die Invasion eine eindeutige Verletzung der OAU-Charta darstellt. Sämtliche Verlautbarungen dieses Gremiums forderten vielmehr stereotyp die Einstellung der Kampfhandlungen auf beiden Seiten und behandelten den Konflikt als „Streit unter Brüdern“, ohne den Aggressor beim Namen zu nennen. De facto kommt das einer Parteinahme für die Diktatur Amins gleich und macht den Einfluß proimperialistischer und reaktionärer Kräfte innerhalb der OAU deutlich.

Mitte Februar hatte die OAU, u.a. auf Wunsch Idi Amins, erneut versucht, Tanzania zum Einschwenken auf die Forderungen des Diktators zu bewegen. Die Sitzung des OAU-Vermittlungsausschusses am 21.2. in Nairobi verlief ohne Ergebnis, da sich die OAU wiederum weigerte, Amin zu verurteilen. Die tanzanische Delegation nahm an der Sitzung nicht teil und Außenminister Mkapa erklärte, er sei nicht gekommen, um zu verhandeln („Monitor-Dienst“, 27.2., Radio Daressalam, 26.2.). Die tanzanische Regierung ließ dem Vermittlungsausschuß vier Forderungen übermitteln, deren Einlösung Voraussetzung für eventuelle Gespräche sind:

- Die Verurteilung der Invasion durch die OAU
- Amins Verzicht auf Gebietsansprüche
- Reparationszahlungen für die Schäden des Überfalls vom Oktober
- Amin solle aufhören, Tanzania für die innenpolitischen Schwierigkeiten des Regimes verantwortlich zu machen.

Während die OAU also nichts unversucht läßt, um über den Vermittlungsweg Druck auf Tanzania auszuüben, haben die Frontstaaten auf einer zweitägigen Sitzung in Luanda die Aggression Ugandas gegen Tanzania als „expansionistisch und faschistisch“ verurteilt („NZZ“, 7.3.).

Afrika-Kommission

## Sowjetunion stützt Amin

Weithin unbekannt ist bisher die Tatsache, daß die UdSSR an der Aufrechterhaltung der Diktatur Idi Amins wesentlich beteiligt ist. Nicht zuletzt ihrer tatkräftigen militärischen Hilfe und diplomatischen Wertschätzung verdankt das Regime sein achtjähriges Bestehen.

Die gesamte ugandische Luftwaffe ist mit Düsenjägern sowjetischer Bauart ausgerüstet (MIG-21), die Streitkräfte u.a. mit sowjetischen T-55-Panzern. Militärberater aus der SU drillen Amins KILLERtruppen und die lädierte Wirtschaft konnte bislang u.a. mit Hilfe sowjetischen Kapitals vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden. Dabei ist die SU sorgsam darauf bedacht, exakte Angaben über das Ausmaß der an Amin fließenden Unterstützung geheimzuhalten. Das elementare Interesse der SU an der Aufrechterhaltung einer Militärdiktatur unter Führung Amins zeigt sich vor allem auf diplomatischer

und propagandistischer Ebene. So kommentierte Radio Moskau den Überfall Ugandas auf Tanzania u.a. folgendermaßen: „Die Kommentare der westlichen Propaganda sind jedoch mehr der Versuch, unrichtige Einzelereignisse hochzuspielen als eine nüchterne Einschätzung der Ereignisse, die sich an der tanzanisch-ugandischen Grenze abspielen. Tatsache ist, daß es seit langem die unmittlere Aufgabe der westlichen Propagandadienste ist, zu allen möglichen Arten von Konflikten aufzuwiegen. Diese Aufgabe dient dem Ziel der subversiven imperialistischen Politik“ (Radio Moskau, lt. „Monitor-Dienst“ vom 2.2.).

Um die eigenen machtpolitischen Interessen nicht zu gefährden, lassen die Revisionisten keine Möglichkeit ungenutzt, das Amin-Regime propagandistisch aufzuwerten. Der sowjetische Botschafter in Kampala, Musjiko, teilte Amin mit, „daß die Füh-

rung der SU sehr erfreut sei über die unermüdlichen Anstrengungen des Präsidenten, zwischen Uganda und Tanzania Frieden und Verständigung herbeizuführen und daß sie sehr erfreut sei, feststellen zu können, daß Uganda seine Bemühungen auf die wirtschaftliche Entwicklung seiner Bevölkerung konzentrierte ...“ — „...er fügte hinzu, die sowjetische Regierung habe die Aufmerksamkeit Präsident Nyeres auf die Tatsache gelenkt, daß die Imperialisten und andere reaktionäre Kräfte bestrebt seien, derartige Konflikte auszunutzen, um die Bemühungen der unabhängigen afrikanischen Staaten zu verhindern und die Aufmerksamkeit der afrikanischen Völker vom Kampf für die Befreiung des Kontinents von Kolonialismus, Rassismus und von der dringlichen Aufgabe ihrer umfassenden wirtschaftlichen Entwicklung abzulenken“ (Radio Kampala, 8.2., lt. „Monitor-Dienst“, 9.2.).

Afrika-Kommission

## Bundeswehr raus aus Afrika!

Mit einem leichten nostalgischen Schauer mag sich mancher der reaktionären Köpfe, die bekanntlich hinter einer „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stecken, an die Tage eines deutschen Afrika-Korps erinnern fühlen. Kürzlich las er, daß die BRD nicht nur einen Militärattache nach Kinshasa entsenden werde, sondern auch veritable Bundeswehrsoldaten nach Zaire schicken wolle. Da nicht verraten werden soll, daß sie dort mitwirken sollen, das völlig verrotte Mobutu-Regime vor der rebellierenden Bevölkerung zu schützen, werden sie zu Aufsichts- und Bewachungspersonal deklariert. Zur besseren Tarnung werden auch Mehrausgaben nicht gescheut: „Um den nicht unbedingt militärischen Charakter der deutschen Hilfe zu betonen, soll das Lazarett auch eine gynäkologi-

sche Abteilung erhalten.“ (FAZ, 5.3.79).

Während die Bundesregierung all dies nicht dementiert, läßt sie an ihre Hauspostille durchsickern, daß die „Bundeswehrspezialisten“ auch zum „Aufbau eines Grenzsicherungssystems“ (Spiegel, 12.3.79) nach Zaire geschickt werden. Bei einer Grenzlänge von ca. 11.000 km läßt die genannte Zahl von „im Mai zunächst vier“ dieser „außerafrikanischen Berater und Streitkräfte“ (neben 30 weiteren im übrigen Afrika) darauf schließen, daß sie nicht lange allein bleiben werden. Denn zu viert läßt sich z.B. die westdeutsche Otrag-Kolonie nur mangelhaft gegen eine unangemeldete ausländische Inspektion schützen.

Afrika-Kommission

## Eine Frage für die DKP

Einem kurzen Artikel in der DKP-eigenen Zeitschrift „Antiimperialistisches Informationsbulletin“ vom Januar 1979 zum Krieg zwischen Uganda und Tanzania könnte man eigentlich voll und ganz zustimmen: „Ende Oktober d.J. drangen ugandische Truppen in den sog. Kagera-Zipfel an der Nordgrenze Tanzanias ein und hielten bis in die zweite Novemberhälfte hinein ein Territorium von ca. 1.800 qkm besetzt. Die das OAU-Prinzip von der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Afrika grob verletzende Provokation ist durch eine seit 1972 währende Feindseligkeit des ugandischen Staatschefs Idi Amin gegen das Nachbarland motiviert. Tanzania hatte dem von Amin gestürzten Milton Obote, der einen sozialistisch orientierten Kurs verfolgte, politisches Asyl gewährt. Die fort-

schrittlichen Kräfte in Afrika verweisen jedoch auf weiterreichende Implikationen des Aggressionsaktes. Samora Machel erklärte für die Regierung der Volksrepublik Mosambik: „Der Konflikt zwischen Uganda und Tanzania ist kein Grenzkonflikt. Noch handelt es sich um einen Expansionskrieg Ugandas gegen Tanzania. Es ist eine vorgeplante Aktion, um die Situation in Tanzania zu destabilisieren, wirtschaftliche Schwierigkeiten in diesem Lande zu schaffen, indem man die zu Tanzanias Entwicklung notwendigen menschlichen und materiellen Ressourcen in der nationalen Verteidigung bindet. Ugandas Aktion ist eine vorgeplante Aktion mit dem vergeblichen Ziel, Tanzania zur Aufgabe der gerechten Prinzipien der Unterstützung des Befreiungskampfes zu bringen. Das ugandische Regime ist

ein direkter Agent dieser imperialistischen Aggressionen. Es ist das gleiche Regime, das den Marionettentruppen Sitholes und Muzorewas Zuflucht, Waffen und militärische Ausbildung gibt.“

Wenn es da nicht einen Haken gäbe: Die ugandische Luftwaffe ist mit sowjetischen Maschinen ausgerüstet, die ugandische Armee führt ihre Aggression z.T. mit sowjetischen Waffen durch. Dürfen wir das als Unterstützung der afrikanischen Reaktion und des Imperialismus werten? Oder begreifen wir nur mal wieder einen besonders klugen Schachzug im Kampf um „Frieden und Entspannung“ nicht?

Afrika-Kommission



# Kurzmeldungen Südliches Afrika

## Rhodesien setzt Überfälle auf Frontstaaten fort

Mit einem erneuten Luftangriff auf ein angebliches ZANU-Lager in Mosambik hat das rhodesische Regime seine Welle von Überfällen auf die benachbarten Frontstaaten fortgesetzt. Am 1. März bombardierte die rhodesische Luftwaffe ein mosambikanisches Militärlager bei Mutarara, 150 Meilen (!) von der Grenze entfernt, im Zentrum Mosambiks („IHT“, 2.3.79). Das ist somit der mindestens 9. Überfall auf Ziele in den Frontstaaten, meist Flüchtlingslager, innerhalb von drei Wochen. Insgesamt fielen mehrere hundert Menschen diesen Angriffen zum Opfer (s. AK 149). Allein der — zum ersten Mal — in Angola erfolgte Überfall am 26.2. kostete 160 Menschen das Leben, mehr als 500 wurden verwundet („IHT“, 1.3.). Angola erklärte nach dem Angriff, es werde seine Unterstützung für die „Freiheitskämpfer von Zimbabwe bis zur endgültigen Niederlage des verhaßten Regimes von Ian Smith fortsetzen“ („FR“, 28.2.). Wegen der Überfälle sowie wegen der für den 20.4. von der Smith-Regierung angesetzten Scheinwahlen forderte eine Gruppe afrikanischer Staaten den Sicherheitsrat der UN auf, das Rassistenregime zu verurteilen. Die Dringlichkeitssitzung der UN konnte sich allerdings nicht zu einer Zustimmung zu dem Entschließungsantrag der afrikanischen Staaten durchringen — die Sitzung mußte aus diesem Grund vertagt werden („SZ“, 6.3.79).

Erst nach einer erheblichen „Abschwächung“ („NZZ“, 11.3.) des Resolutionsentwurfs wurde schließlich am 8.3. eine offizielle Verurteilung bzw. Nichtanerkennung der rhodesischen Scheinwahlen durch den Sicherheitsrat vollzogen. Die „abgeschwächte“ Resolution wurde mit zwölf Stimmen ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen (USA, Frankreich, Großbritannien) angenommen.

## Pack aus, Rhodiell

Um den Ausbruch eines „Skandals von internationalem Ausmaß“ zu verhindern, hält sich der Chef des südafrikanischen Geheimdienstes (BOSS), Gen. Hendrik van den Bergh, gegenwärtig in einer Sondermission in Europa auf. Sein Ziel ist es, mit dem gewählten Führer der ZANU in Europa auf. Sein Ziel ist es, mit dem gefeuerten und darauf exilierten Propagandachef der südafrikanischen Regierung, Eschel Rhodiell, Kontakt aufzunehmen. Rhodiell hatte die Veröffentlichung von 41 Tonbandaufnahmen (45 Stunden) angedroht, die „Freunden Südafrikas eine Menge Schaden zufügen“ könnten („NZZ“, 9.3.). Im Detail geht es um „top-secret“-Transaktionen von Goldreserven seitens des südafrikanischen Propagandaministeriums an westliche Presse- und Regierungsorgane, um auf internationaler Ebene Zustimmung zur rassistischen Apartheidpolitik zu erkaufen. Soweit bisher durchgesickert, gehören zu den Personen, mit denen Rhodiell in seiner Funktion als Propagandachef verhandelt haben soll, der frühere französische Staatspräsident Pinay und der ehemalige gaullistische Minister Soustelle, sowie „die Umgebung“ des kalifornischen Gouverneurs Brown, einer der möglichen Kandidaten für die nächsten Präsidentschaftswahlen der USA. Auf der Liste der Presseorgane, in die sich Rhodiell einkaufen wollte, stehen (bisher!) der „Washington Star“ und die kalifornische Zeitung „The Sacramento Union“ („SZ“, 22.2.79). In einem Interview auf dem Flughafen von Heathrow bestätigte van den Bergh, daß er Rhodiell, der sich seit Monaten in Lateinamerika und Europa aufgehalten haben soll, zu finden hoffe, um ihn von der Veröffentlichung der Tonbandaufzeichnungen „abzubringen“ („NZZ“, 9.3.). Dem gleichen Zweck diene augenscheinlich ebenfalls der kürzlich stattgefundene Blitzbesuch des südafrikanischen Premiers Botha in der Schweiz, in der sich Rhodiell auch aufgehalten hat („NZZ“, 8.3.79).

Der Aufstand, den die oberste Rassistenclique um diesen Fall veranstaltet, läßt vermuten, daß es sich tatsächlich um wichtige und nicht nur für das RSA-Regime höchst peinliche Informationen handelt. Mittlerweile hat in der Nähe von Paris offensichtlich ein erstes Treffen zwischen van den Bergh und Rhodiell stattgefunden, auf dem van den Bergh anscheinend aber nur einen Aufschub der Veröffentlichung erreicht hat („IHT“, 9.3.). Rhodiell soll eine offizielle Entschuldigung Bothas, die Rückgabe seines gesamten von RSA-Behörden wegen Korruption beschlag-

nahmen Eigentums, sowie die Garantie einer Immunität verlangt haben. Die Erfüllung dieser Bedingungen dürfte der Rassenregierung allerdings schwerfallen, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Andererseits ist sie offensichtlich hoffnungslos selber in den Skandal verstrickt.

Tatsächlich hat die RSA-Regierung bereits zu drastischen Maßnahmen der Zensur der südafrikanischen Presse gegriffen. Am 12.3. erschien die „Rand Daily Mail“ mit zwei weißen Flächen auf den ersten Seiten. In den beiden vom Justizminister Krueger zensierten Passagen wird Rhodiell mit Bemerkungen zitiert, die die Beteuerungen der RSA-Regierung, sie hätte nichts von den Bestechungsversuchen Rhodies gewußt, als Lügen entlarven. Hier muß angemerkt werden, daß die Regierung bereits mehrfach ihren Rücktritt im Falle eines Beweises von Verstrickungen in den Informationskandal angekündigt hat. Wahrscheinlich noch in dieser Woche, so schreibt die „Rand Daily Mail“, werde Justizminister Krueger einen Gesetzentwurf vorlegen, der die sogenannte „Veröffentlichung von Lügen über politische Aktivitäten“ zu einem kriminellen Vergehen machen soll („FAZ“, 13.3.).

Übrigens: Falls es Rhodiell schwerfallen sollte, in der großbürgerlichen Presselandschaft seine Informationen abzusetzen, was wir uns — zumindest bei einigen westdeutschen Pressekonferenzen — gut vorstellen könnten, würden wir natürlich gern die Erstveröffentlichung übernehmen. Bitte per Post frei Verlagsadresse!

## Nkomo (ZAPU) zu Äthiopien:

In einem Interview auf dem Flughafen von Addis Ababa am 10.2. gab Nkomo, Führer der ZAPU (Teil der Patriotischen Front), folgende Einschätzung des äthiopischen Militärregimes, das bekanntlich seit Jahren einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die eritreische Revolution führt, zum Besten. Nach dem Grund seines Besuchs in Äthiopien gefragt, erwiderte Nkomo: „Nun, der Grund unseres Besuchs in Äthiopien ist der, daß das Land eines der Länder ist, die an der vordersten Front des revolutionären Kampfes in Afrika stehen, und als solche sind wir an einem ähnlichen Kampf, einem revolutionären Kampf beteiligt. Wir beraten von Zeit zu Zeit gemeinsam die Probleme, mit denen wir in unserem Teil der Welt konfrontiert sind.“ (aus „Monitor-Dienst“, 13.2.79).

## RSA torpediert Wahlen in Namibia

Die letzten Wochen sind von presserwirksamen Aktionen der südafrikanischen Regierung gekennzeichnet, um die für September anvisierten Wahlen in Namibia zu torpedieren. Neuer Angriffspunkt der Rassen ist die Forderung der SWAPO, fünf Stützpunkte in Namibia zu errichten. Während die RSA wie selbstverständlich eine Truppenstationierung von offiziell 1.500 Mann in Namibia (Groenfontein und Oshivelo) beansprucht, hat sie jetzt die Forderung der SWAPO nach eigenen Stützpunkten schroff abgelehnt und angedroht, daran die Wahlen scheitern zu lassen. Darüber hinaus sollen nach den Vorstellungen der RSA die benachbarten Staaten, in denen sich SWAPO-Lager befinden, dafür sorgen, daß die SWAPO-Mitglieder und Sympathisanten ihre Lager nicht mehr verlassen dürfen. Zusätzlich sollen UN-Truppen die Einhaltung dieser Forderung, die einer Umwandlung der SWAPO-Lager in Gefängnisse gleichkommen würde, garantieren.

Nach einem Gespräch mit dem RSA-Außenminister Botha hat sich auch das von der RSA aus der Taufe gehobene Marionettenparlament Namibias den Drohungen der Rassen angeschlossen: „Im Falle der Nichteinhaltung der Vereinbarungen bis zum 15. März und in Anbetracht des Wunsches des Volkes von Südwest-Afrika (!), so schnell wie möglich die Unabhängigkeit zu erlangen, wird diese Versammlung am 2. April zusammenzutreten, um die notwendigen Schritte einzuleiten, Südwest-Afrika in die Unabhängigkeit zu führen“, erklärte ein Sprecher der „Demokratischen Turnhallen Allianz“ („DTA“, lt. „IHT“, 6.3.).

Ein Ziel dieser Verzögerungs- und Einschüchterungstaktik seitens der RSA ist es ohnehin, langsam den Marionetten der „DTA“ zu einer Scheinlegitimität zu verhelfen und die internationale Anerkennung der SWAPO zu untergraben, die SWAPO als alleinigen Störfaktor für die Unabhängigkeit erscheinen zu lassen.

Der sog. „Fünferclub“ (die fünf imperialistischen Staaten, die sich zwecks einer Lösung in Namibia eingeschaltet und die Wahlpläne ausgehandelt haben) ist diesem Ziel in den letzten Tagen mit einem weiteren Schritt entgegengekommen: Angeblich um den „Vorwand zu entkräften, die verfassunggebende Versammlung Südwest-Afrikas nicht genügend über die Folgen einer Ablehnung des Namibia-Plans unterrichtet zu haben“ („FAZ“, 6.3.), haben Vertreter des „Fünferclubs“ vor kurzem direkten Kontakt mit Führern der in der „verfassunggebenden Versammlung“ vertretenen Parteien aufgenommen. Diese Kontaktaufnahme ist ein deutlicher Schritt hin zur faktischen Anerkennung dieser Statthalter Südafrikas. Die SWAPO hat das Treffen der „Kontaktgruppe“ mit den „DTA“-Führern („illegale Organisation“) scharf verurteilt („SZ“, 5.3.).

Parallel zu diesen Torpedierungen

versuchen verstärkte die RSA in den letzten Wochen deutlich ihre Versuche zur Vernichtung der SWAPO: Bereits Mitte Februar erfolgte im Rahmen einer angeblichen „Verfolgungsaktion“ ein Überfall von südafrikanischen Bodentruppen bis weit nach Südafrika hinein („NZZ“, 17.2.).

Am 6.3. überfielen Bodentruppen mit Luftwaffenunterstützung erneut angebliche Ausbildungslager in Südafrika („IHT“, 7.3.) und Sambia („FAZ“, 13.3.). Nach Angaben der RSA-Armee wurden in der 60 Stunden andauernden „begrenzten“ Aktionen insgesamt zwölf Basen der SWAPO zerstört und eine größere Menge an Waffen, Munition und Dokumenten erbeutet („FAZ“, 13.3.).

## Botschafter Südafrikas besucht Heidelberger Uni

Anläßlich eines Besuchs im Rhein-Neckar-Raum wurde der Botschafter des rassistischen Südafrika in Bonn, S. von Schirnding, im Rektorat der Universität Heidelberg vom Rektor der Uni, H. Niederländer, empfangen. Niederländer soll in dem Gespräch

besonders die „Weltoffenheit“ Heidelbergs hervorgehoben haben, was sich auch daran dokumentiere, daß an der Uni ca. 2.000 ausländische Studenten, darunter auch zwei Südafrikaner, immatrikuliert seien. Von Schirnding regte seinerseits die Überprüfung an, ob der Studentenaustausch zwischen Heidelberg und der RSA in Zukunft intensiviert werden könnte.

Der Uni-Rektor überreichte dem Apartheid-Vertreter zu Ehren des Besuchs die Cimetelia Heidelbergensia („RNZ“, 24.2.79).

## Militärische Erfolge der SWAPO in Namibia

In den vergangenen drei Monaten haben die Streitkräfte der SWAPO in Namibia über 300 südafrikanische Soldaten außer Gefecht gesetzt; wie die SWAPO weiter meldete, wurden zwei Militärbasen, 40 Militärfahrzeuge und zwei Jagdflugzeuge des Gegners zerstört. Außerdem wurde eine große Menge Waffen und Munition erobert („Neue“, 7.3.79).



# ZAPU: Ja zur Geheimdiplomatie

In sehr schlechter Erinnerung ist den Antimperialisten das Geheimtreffen zwischen Nkomo (ZAPU) und dem Rassenchef Smith am 14.8.78 (vergl. AK 138, S. 36). Dieses Treffen fand in Lusaka (Sambia) unter Anwesenheit des nigerianischen Außenministers statt und wurde zunächst streng geheim gehalten. Die ZANU — der Partner der ZAPU in der Patriotischen Front — erfuhr erst im nachhinein von dem Meeting. Natürlich gab es durch diesen Versuch von Nkomo, sich mit Smith in der Machtübernahme zu arrangieren, böses Blut in der Patriotischen Front. Mugabe sprach seinerzeit von einem Versuch der „Umgruppierung der zu etablierenden Marionetten“ („Guardian“, 2.9.78) und traf damit durchaus den Nagel auf den Kopf.

Nkomo seinerseits rechtfertigte sich so: „Ich bin im Krieg mit Smith und wenn es mir erscheint, daß Smith aufgeben und das Land dem Volk vom Zimbabwe übergeben will (Au!), dann kann mich nichts daran hindern, mit ihm zu sprechen“ („Guardian“, 5.9.78). Die Frontstaaten dagegen kritisierten mehrheitlich die eindeutige Absicht Smiths, „die Patriotische Front zu spalten und, falls dies möglich ist, die Frontstaaten ebenfalls“ („Guardian“, 4.9.78). Soweit die Vorgeschichte.

Heute liegen uns neue Aussagen vom ZAPU-Sekretär für Auswärtige Beziehungen, Silundika, zu diesem Themenkomplex vor. Ingeborg Wick von der Antiapartheid-Bewegung hatte ihn in Lusaka interviewt (vergl. ISSA, 1/2-1979).

Silundika versucht eine umfassende Rechtfertigung der Geheimgespräche zu geben und gibt zu, daß Nkomos Vorgehen zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Patriotischen Front geführt habe. Dadurch wurde der Prozeß der Vereinheitlichung zwischen ZANU und ZAPU zunächst gestoppt: „... doch eine Reihe vorgefallener Ereignisse verhinderten diesen ganzen Prozeß. Zunächst gab es einige Unruhe über das Treffen Nkomo und Smith bei denjenigen, die die Lage anders be-

urteilten als wir (...).“

Das Treffen selbst, daß eigentlich mit dem Wort Verrat am genauesten zu kennzeichnen wäre, versucht Silundika seiner Interviewpartnerin als „clevere politische Strategie“ zu verkaufen: „Nein, Du weißt, daß das Treffen mit Ian Smith nichts (?) mit der Einheit innerhalb der Patriotischen Front zu tun hat. Es war ein Schritt unseres Führers, um eine politische Situation auszunutzen, in der Ian Smith desillusioniert über die interne Lösung war und die Kollaborateure Muzorewa, Sithole etc. abhängen wollte ... die Absicht des Treffens bestand darin, zu versuchen, Smith in seinem Dilemma zu packen bevor er weitere gefährliche Schritte unternimmt. Er sollte sich von seinen Marionetten abkoppeln; wir wollten ihn dazu veranlassen, um ihn daraufhin gänzlich allein in der Wüste stehen zu lassen, wo er keine Möglichkeit mehr gehabt hätte, vor und zurück zugehen.“

Was für eine groteske Verharmlosung und Verbalhornung rassistischer Strategie! Smith hatte sich natürlich nur dann von seinen Marionetten „abgekoppelt“, wenn sicher gewesen wäre, in Nkomo einen willfähigen Kollaborateur gefunden zu haben. Offensichtlich war aber der Preis zu niedrig, den Smith in dieser ersten geheimen Verhandlungsrunde zu zahlen bereit gewesen ist. Im übrigen widerspricht Silundika offen dem Legitimationsversuch seines Chefs Nkomo („Wenn es mir scheint, daß Smith aufgeben will ...“ s.o.), wenn er feststellt: „Keiner glaubt, daß Smith die Macht abgeben würde, dessen war sich Nkomo ganz sicher, aber es ist notwendig, den Feind bei jeder Gelegenheit zu schwächen“. Wenn aber Smith offensichtlich nicht bereit gewesen war, die Macht „abzugeben“, dann hatte das Treffen nur den einen Sinn, Nkomo eine Beteiligung anzubieten. Dies hätte dann zu einer entscheidenden Schwächung des zimbabweschen Befreiungskampfes werden können!

Silundika behauptet nun, daß Nkomo nicht im Traum daran ge-

dacht hat, mit Smith über eine Machtbeteiligung zu verhandeln: „Nkomo hat nie Diskussionen über eine Teilung der Macht mit Smith geführt“. Nkomo habe Smith nur erklärt: „Rede mit der Patriotischen Front, nicht mit mir.“ Der ganze Aufwand dieses Geheimtreffens soll nur getrieben worden sein, damit Nkomo Smith gegenüber seine Inkompetenz zum Ausdruck bringt?? Und damit sollte Smith von seinen Marionetten abgekoppelt werden, damit er „gänzlich allein in der Wüste“ steht? Oh heilige Einfalt!

Wie nah die ZAPU-Führung schon an imperialistische Lösungsmodelle herangekommen ist, das lassen die Ausfälle Silundikas gegenüber den Kritikern dieser Manöver durchschimmern: „Natürlich erheben Partner in einem Zusammenschluß Geschrei, nicht alle, aber die, die gegen die Einheit sind, können völlig unlogisch dies als Vorwand für Argumente gegen den Zusammenschluß verwenden (...).“ Dreist wird ausgerechnet den Kritikern der Kollaborationsdiplomatie angelastet, daß Nkomo mit Smith nicht ins Geschäft kommen konnte: „Die Empörung über die Gespräche verband ihn wieder mit seinen Marionetten. Als er sich in seinem Dilemma, Desillusionierung mit den Marionetten, verheddert hatte und sich in eine andere Richtung bewegen wollte, bemerkte er, daß er weitaus größere Schwierigkeiten bekommen würde, wenn er weiter in die ihm gestellte Falle liefe, und so ging er zurück, zurück in die Arme der Marionetten.“

Mit diesen Feststellungen greift der ZAPU-Sekretär für Auswärtige Beziehungen nicht nur die ZANU, sondern auch Frontstaaten wie Mosambik und Tansania an, die diese Machenschaften eindeutig verurteilt hatten. Das Bedauern über das vorläufige Scheitern der Geheimdiplomatie scheint des weiteren eine Fortsetzung dieser Politik zu signalisieren. Man wird von diesem Flügel des zimbabweschen Befreiungskampfes wohl noch mit manch unliebsamer Überraschung konfrontiert werden. Afrika-Kommission





# „Wir wollen keine neue Diktatur!“

## Die iranischen Frauen treiben die Revolution voran

Fortsetzung von Seite 1

- Die Frauen sollten — auch am Arbeitsplatz — verschleiert sein.
- Die Ehegesetzgebung, die auch bisher schon die Frauen nur unzureichend geschützt hatte, wurde aufgehoben.
- Schwangerschaftsabbruch sollte unter Strafe gestellt werden.
- Gemischte Schulen, von denen es schon bisher nur wenige gab, sollten geschlossen werden. Die Möglichkeit, eine Universität zu besuchen, wäre wahrscheinlich ganz weggefallen.

### Die Frauen gehen auf die Straße

Die Frauen nutzten den 8. März, den internationalen Frauentag, für ihre erste Protestdemonstration. Trotz schlechten Wetters zogen zehntausende von Frauen unverschleiert vor den Sitz des Ministerpräsidenten in Teheran. Sie riefen: „Wir wollten Khomeini, jetzt wollen wir ihn nicht mehr!“ und: „Wir haben gegen eine Diktatur gekämpft, wir wollen keine andere!“ Vor dem Palast wurden sie mit Schüssen empfangen. Mitglieder der „Komitees“ (Khomeini-Anhänger) griffen die Frauen mit Messern an, wobei viele verletzt wurden. Der konterrevolutionäre Charakter der Komitees konnte kaum klarer demonstriert werden, als durch diese Angriffe.

Unter dem Eindruck der Demonstration versuchten einige Geistliche, ihre Haltung abzuschwächen: Die Frauen brauchten ja nur einen Kopfschleier zu tragen, es gehe dabei um die „Würde der Frau“. Die Frauen beschloßen, sich ihre Würde selbst zu wählen und bereiteten für den 10.3. eine weitere Demonstration vor.

Diese Demonstration wurde zu einem gewaltigen Erfolg. Krankenhäuser, Banken, Verwaltungen und Firmen, in denen viele Frauen arbeiten, waren geschlossen und die ganze Belegschaft beteiligte sich. Schulklassen der von Schließung bedrohten gemischten Schulen schlossen sich zusammen mit den Lehrerinnen der Demonstration an. Frauen am Straßenrand warfen ihren Schleier weg und reichten sich ein.

Der Konflikt wurde dadurch verschärft, daß diesmal Mitglieder der „Komitees“ in die Demonstration schossen und mehrere Frauen verletzten. Obwohl nun die Regierung die „Komitees“ warnte, die Frauen anzugreifen, war die Wut der Frauen nicht mehr zu besänftigen. An den beiden folgenden Tagen, dem 11. und 12.3., fanden Demonstrationen nicht nur in Teheran, sondern nun auch in Abadan, Täbris, Isfahan, Bandar Abbas und anderen Städten statt.

In Teheran demonstrierten am 12.3. 50.000 Frauen zum „Platz der Freiheit“ unter den Parolen: „Der Despotismus muß in allen seinen Formen abgelehnt werden! Die Freiheit kann nicht eingeschränkt werden! Wir haben nicht die Revolution gemacht um wieder von vorn anzufangen! Wer die Frauen angreift, greift die Revolution an!“

Diese Forderungen zeigen, daß sich die Frauen bewußt waren, daß es nicht nur um den Schleier, sondern um einen Angriff auf die gesamte Revolution ging. Die Frauen bildeten in diesen Tagen die Front der iranischen Revolution.

### Organisierter Gegenterror

Es ist anzunehmen, daß sich die Reaktionen um Khomeini nicht zufällig die Frauen als Angriffsziel ausgesucht hatten. Überrascht von dem

heftigen Aufstand der Frauen versuchten sie nun, die Bewegung aufzuhalten. Nachdem ihnen dies mit direkten Angriffen auf die Frauen nicht gelungen war, wollten sie die Großdemonstration am 12. in einer Masse von Gegendemonstranten erstickten. Mit Lastwagen wurden Mitglieder der Komitees zur Demonstrationsroute gebracht. Sie versuchten, den Zug vorne und hinten einzukleien und aufzuhalten. Entlang dem ganzen Demonstrationszug geiferten verhetzte Männer die Frauen an und brüllten die unsinnigsten und widersprüchlichsten Beschuldigungen. Da waren die Frauen „Agenten der SAVAK“, „Werkzeuge des internationalen Kommunismus“ oder „Instrumente des Imperialismus“. Gerüchte wurden ausgeteilt, die Frauen hätten auf den von Khomeini eingesetzten Direktor der Nachrichtenmedien, Ghotbzadeh, geschossen und seine Leibwächter mit Messern angegriffen! Grund dazu hätten die Frauen allerdings gehabt, denn an den vergangenen Tagen hatte das Fernsehen eine Nachrichtensperre über die Frauendemonstrationen verhängt und stattdessen frauenfeindliche Sendungen gebracht. Doch der angebliche Angriff war nur ein Teil der Hetzkampagne.

Diese systematische Verhetzung der Bevölkerung im Namen des Islam stellt zur Zeit die größte Gefahr für die iranische Revolution dar. Unter ihrem Eindruck hatten sogar die „Fedajin des Volkes“ den Frauen von der Demonstration am 12.3. abgeraten, weil sie eine Schwächung der Regierung Bazargan, eine totale Machtübernahme der islamischen Komitees und den „Untergang des Landes in einem Bürgerkrieg“ befürchteten. Wir werden auf die Politik der Linken unten noch näher eingehen. (Informationen aus: „SZ“, 8., 9., 12., 13., und 14.3., „Le Monde“, 10., 11./12. und 14.3., „NZZ“, 13.3.).

### Chauvinistische

#### Berichterstattung

Die bürgerlichen Zeitungen in den imperialistischen Ländern haben sich schon seit Beginn der iranischen Revolution keine Gelegenheit entgehen lassen, die reaktionärsten Exzesse der Konterrevolution in Iran aufzugreifen und als Propaganda gegen die Revolution zu nutzen. Jede Ausschreitung, die von den Khomeini-Banden im Namen der „islamischen Revolution“ begangen wird, ist ihnen da recht. Das hindert sie natürlich überhaupt nicht, sich gleichzeitig über die Demonstrationen der Frauen gegen diese Ausschreitungen lustig zu machen. Ein Beispiel für alle: „SZ“ vom 14.3.: Da „proben erbitterte Amazonen den Aufstand gegen ein so weiches Gebilde wie den Schleier ... Es waren hübsche, junge Frauen darunter, die sich weigern, Frisur und Figur, Locken und Lockendes fortan unter dem schwarzen, wadenlangen Körperschleier wieder verschwinden zu lassen.“ Hier soll der revolutionäre Kampf der iranischen Frauen in einen Konflikt zwischen „Jungen Frauen und dem „alten Khomeini““ umgefälscht werden. Von den Angriffen der Gegendemonstranten erwähnt der chauvinistische Schreiber natürlich kein Wort.

### Es geht um mehr als den Schleier

In den vom Imperialismus abhängigen Ländern der 3. Welt sind die Frauen doppelt unterdrückt. Erstens als Mitglieder des unterdrückten Volkes und zweitens als Frauen in einer reaktio-

nären Gesellschaft, für deren Aufrechterhaltung der Imperialismus sorgt. Die Beteiligung der Frauen am Befreiungskampf setzt deshalb die doppelte revolutionäre Energie frei. Ihr Kampf befreit nicht nur das Volk, sondern beseitigt auch die Ursache der Unterdrückung der Frauen. Diese Bedeutung der Frauen in der Revolution wird oft unterschätzt, denn scheinbar tun sie nur dasselbe wie die Männer. wird oft unterschätzt, denn scheinbar tun sie nur dasselbe wie die Männer. In der Wirklichkeit sind sie jedoch radikaler und den Männern voraus (vgl. hierzu z. B. auch unsere Berichterstattung im AK zum Kampf der Frauen in Eritrea).

Dies war auch in Iran so: „Vor einigen Jahren, — als nach außen noch alles ruhig im Lande war — waren es Frauen, die als einzige den Mut aufbrachten, zu demonstrieren. Trotz eines strengen Verbots, Trauerfeiern für ermordete Regimegegner abzuhalten, veranstalteten die Frauen immer wieder Versammlungen für die Opfer. ... Diese Frauen sind heute in Iran keine Ausnahmen, Tausende haben erkannt, daß es jetzt gilt, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Nicht die Religion bringt sie auf die Beine, einzig und allein der Wunsch nach politischer Veränderung gibt ihnen die Kraft, diesen mörderischen Kampf durchzustehen.“

Diese Analyse der „Frauengruppe im Arbeitskreis Iran“ („Courage“ 2/79) hat durch die letzten Ereignisse gewaltige Aktualität erhalten: „Nicht selten wird in Diskussionen um die politischen Aktivitäten der Frauen das Argument gebracht, wenn alles vorbei sei, würden die Frauen nicht mehr gebraucht und wieder ins Haus verbannt werden. Als klassisches Beispiel wird dabei gerne auf Algerien verwiesen, wo die Frauen im Befreiungskampf eine ähnliche Rolle spielten wie heute im Iran. Das ist richtig, doch muß man dabei auch sehen, daß dies Hand in Hand ging mit der Ausschaltung der Linken, die ebenfalls in der algerischen Revolution mitgekämpft haben. In allen Gesellschaften ist die Lage der Frauen Ausdruck der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Auch im Iran steht und fällt die Frauenfrage mit dem allgemeinen Ausgang dieser Revolution.“

Der Angriff Khomeinis auf die Rechte der Frauen ist also nicht zu erklären aus der islamischen Religion. Er ist vielmehr ein Teil des Angriffs der Konterrevolution auf die iranische Linke, der mit Hilfe der religiösen Verhetzung bestimmter Teile der Bevölkerung vorangetrieben wird.

### Wem nützt der „islamische Staat“?

Der „islamische Staat“ beinhaltet die Aufhebung des Klassenkampfes durch die Regeln der Religion. Er soll „Glück und Zufriedenheit für alle“ bringen (Khomeini). „Der Iran will keine westliche Demokratie mit ihrer Anarchie“. Khomeini will ein Ministerium einrichten mit der Aufgabe, „das Wünschenswerte anzuordnen und das Unerwünschte zu verbieten“. Khomeini behauptet, er vertrete den Islam und da die Mehrheit des Volkes islamisch ist, braucht er das Volk nach seiner Meinung gar nicht erst zu fragen. Mit dieser Logik spricht er den Massen sogar das Verdienst ab, die Revolution gemacht zu haben, die ihn ins Land geholt hat: „Es war der Islam, der den Götzen (d.h. den Schah) fällte, nicht die Leute. Der Glaube hat den Götzen gefällt, weder ich noch du.“ („NZZ“, 7.3.).

Die praktische Tätigkeit der von

Khomeini geschaffenen „Komitees“ ist selten nützlich für die Revolution, versucht meist, die Massen von ihren eigentlichen Feinden abzulenken und richtet sich oft — wie im Fall der Frauen — direkt gegen die Revolution. Zwar haben die Komitees einige der Verbrecher des Schah-Regimes abgeurteilt, doch sind dies nur wenige

im Verhältnis etwa zur Gesamtzahl von 600 hohen Generalen und tausenden hoher SAVAK-Agenten. Außerdem dienen die geheimen Gerichtsverfahren nicht zur Aufdeckung der Verbrechen dieser Leute, sondern man läßt ein paar von ihnen verschwinden, um den Rest zu retten.

Stattdessen zeichnen sich die Ko-

## Telefonbericht

Am 16.3. haben wir ein Telefongespräch mit Nasrin Bassiri geführt, einer Iranerin, die erst vor kurzem aus der BRD nach Teheran zurückgekehrt ist. Wir hatten sie gebeten, uns einen Bericht über die aktuellen Frauenkämpfe zu geben. Sie übermittelte uns auch ein Interview mit ihrer deutschen Freundin, die z.Zt. im Iran ist.

Am Vorabend des 7. März kündete Ayatollah Khomeiny an, daß Frauen, die in den verschiedenen Ämtern beschäftigt sind, den islamischen Schleier tragen müßten.... Am Abend wird in einem Radio-Interview mit dem Schwiegersohn von Khomeiny klar, daß alle Frauen dahingehend beeinflusst werden sollen, daß bald alle den islamischen Schleier tragen müssen. Er nimmt nicht einmal die religiösen Minderheiten davon aus ... Eine andere Maßnahme ist die Einschränkung der sportlichen Tätigkeit. Frauen dürfen nicht mehr auf öffentlichen Plätzen Sport treiben, sondern nur auf umzäunten, gut überwachten Plätzen. Das sogenannte Gesetz zum Schutz der Familie sollte auch außer Kraft gesetzt werden. Dieses Gesetz diskriminiert zwar auch die Frauen, aber der einzige Vorteil besteht darin, daß die Frauen auch vor Gericht gehen und unter bestimmten Umständen die Scheidung beantragen können. Das Gesetz sollte außer Kraft gesetzt werden, darüber gibt es aber Streitigkeiten. Es ist schon demontiert worden, daß es außer Kraft ist, aber es gibt in der Praxis schon Fälle, wo man sieht, daß eigentlich nur die ganzen Imam-Komitees die Sache in die Hand nehmen und die offiziellen Gerichte nicht mehr zuständig sind. Es gibt noch einen weiteren Punkt: die Frauen als Richter werden in ihrer Tätigkeit behindert und neue Anträge zum Richteramt werden abgelehnt. Am 14. März schrieben die Frauen, deren Anträge abgelehnt wurden, einen Protestbrief an den Justizminister.

Interessant ist auch die Stellungnahme von einigen Ministerchefrauen und -töchtern zur Frauenfrage und zur Schleierfrage. Z.B. schrieben ein paar Ministerfrauen, darunter Frau Mowascheri (Frau des Justizministers) und Frau Fruhar (Frau des Arbeitsministers), daß sie selber keine Schleier tragen und daß ihrer Meinung nach die Entscheidung darüber den Frauen überlassen werden muß. Es genüge, wenn man ordentlich und nicht so aufreizend angezogen sei. Die Tochter des Justizministers gehört zu den Organisatoren der Anti-Schleier-Kampagne; sie stand am 10. März bei der Protestkundgebung am Justizpalast demonstrativ die ganze Zeit mit einem Lautsprecher auf der Bühne, sie hat auch gesprochen. An dieser Kundgebung haben mehrere Frauenorganisationen teilgenommen.

Eine weitere Maßnahme gegen die Frauen ist, daß sie ab jetzt keine Militärausbildung erhalten sollen. Natürlich sind die bewaffneten Organisationen davon ausgenommen, d. h. daß sie weiter Frauen ausbilden, aber sie können eben nur einen bestimmten Teil der Frauen überhaupt ausbilden.

### Frage: Wurden die Frauen unter dem Schah im Militär ausgebildet?

Ja. Es war kein Zwang. Es war nur Zwang für Frauen, die keine Kinder hatten, und die, die Abitur hatten und arbeiten wollten, mußten vorher zum Militär gehen und dort ausgebildet werden.

Obwohl Khomeiny den Frauen gesellschaftliche Tätigkeiten sogar bis zu Präsidenten- und Ministerpräsidentenposten zugestanden hatte, sieht man jetzt täglich, wie die gesellschaftliche Stellung der Frau zurückgenommen wird, die Frauen Stück für Stück aus den Ämtern gezogen werden. Z.B. Nachrichtensprecherinnen im Fernsehen wurden ein paar Tage nach der Machtübernahme aus diesem Tätigkeitsbereich ausgeschlossen. Ihnen wurde überlassen, Kinderprogramme zu machen, und seit einigen Tagen sieht man sie überhaupt nicht mehr am Bildschirm.D.h., daß sie das anscheinend auch nicht mehr ausüben dürfen.

Es finden überall Kampagnen gegen Frauen statt. An den Schulen z.B. beschimpfen die Schülerinnen ihre Lehrerinnen, weil sie keine Schleier tragen; sie gehen sogar zum Imam-Komitee und denunzieren ihre Lehrerinnen, weil sie an einer Protestkundgebung teilgenommen haben und an dem Tag nicht in der Schule waren. Die Frauen, die an diesen Protestkundgebungen teilnehmen, werden von Menschen als SAVAK beschimpft oder als Schah-Anhänger, sie werden verprügelt, Frauen, die keinen Schleier tragen, werden die Haare abgeschnitten, auf sie wurde geschossen, aber es gab bisher keine ernststen Fälle. Man wirft ihnen vor, daß sie für ihr puppenhaftes Wesen kämpfen, für Lippenstift und Nagellack, daß sie Schmuck tragen und westlich aussehen wollen. So hat man im iranischen Fernsehen die Kämpfe der Frauen dargestellt, aber erst nach den Protesten der Frauen.





Vor der Revolution: Frauen demonstrieren im Schleier für Khomeini  
Heute: Demonstrationen gegen die Unterdrückung der Frauen

Fortsetzung von Seite 52

mittees aus durch die Verfolgung von angeblichen Prostituierten, Ehebrechern, Homosexuellen, Dieben, Alkoholtrinkern u.ä. Die „Gerichtsverfahren“ finden ohne ausreichende Verteidigung statt, eine Berufung ist nicht möglich. Die „Komitees“ machen nächtliche Jagden auf Andersdenkende und inszenieren Auspeitschungen. Ihr Treiben ist teilweise kaum zu unterscheiden von der Tätigkeit von Provokateuren und Grup-

pen von SAVAK-Agenten. Das Ziel ist es, eine Atmosphäre des Terrors zu schaffen.

Der Koran enthält überhaupt keine bindenden Vorschriften für die Einrichtung eines Staates. Bekanntlich gibt es sowohl Reaktionen wie auch Sozialisten, die sich auf den Islam berufen. Das Treiben Khomeinis hat also seine Ursache nicht im Islam, sondern ist darauf angelegt, die Kleinbürger und Kleinbesitzer zu mobilisieren. Khomeini verspricht ihnen Sicherung des Privateigentums sowohl

gegen Kommunisten als auch gegen Banken und Konzerne. Dies sind Träume von einer höheren Gerechtigkeit, die in der Praxis völlig undurchführbar sind. Deshalb hat Khomeini auch durchaus nicht alle Moslems hinter sich. Arbeiter und Angestellte wollen reale Veränderungen.

Sie sind nicht so anfällig für mystische Versprechungen. Sie haben den Islam als einigendes Band aller Kräfte akzeptiert, die den Schah gestürzt haben, aber sie wollen jetzt nicht den „islamischen Staat“. Mit verdächtiger Eile versucht Khomeini zur Zeit eine Volksabstimmung durchzusetzen, in der keine Wahl ist außer einem Ja zum „islamischen Staat“.

Auch die noch schwache nationale Bourgeoisie, die hinter der Regierung Bazargan steht, will keine Einrichtung eines „islamischen Staates“, der ihre Entfaltung genauso behindern könnte, wie die Schah-Diktatur. Die Bourgeoisie braucht Khomeini als Waffe gegen Links, aber sie will ihn unter Kontrolle haben. Sie fürchtet, daß Khomeini sonst unter neuem Firmenzeichen der alten Clique von Imperialisten, Kompradoren, Generalen und Geheimdienst wieder zur Macht verhelfen könnte, von der sie sich gerade selbständig gemacht hat.

Deshalb hat Bazargan vor zwei Wochen mit Rücktritt gedroht, wenn die Willkürherrschaft der „Komitees“ nicht beendet wird. Man einigte sich auf einen Kompromiß, wonach die Tätigkeit der „Komitees“ und der Regierung durch einen „Koordinator“ aufeinander abgestimmt werden soll.

#### Regierung Bazargan mauert

Die Regierung Bazargan hat offensichtlich nicht die Absicht, die Revo-

lution weiterzutreiben, sondern will ihre Macht beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung festigen:

— Bazargan strebt die Schaffung eines bürgerlich-demokratischen Staates an, Wahlen für eine konstitutionelle Versammlung, Erarbeitung einer Verfassung, die ein bürgerliches Mehrparteiensystem garantieren soll („Neue Zeit“ 9/79).

— Am 26.2. erklärte er in einem Interview: „Die Extremisten wollen uns bewegen, schneller vorwärtszugehen, aber ich wiederhole immer wieder: Geduld, Geduld, Geduld.“ („Le monde“, 28.2.).

— Armeestabschef Gharani versicherte am 21.2., daß Iran alle Verträge und Abkommen einhalten werde. Auch amerikanische Militärberater und Techniker würden „entsprechend dem wirklichen Bedarf“ wieder eingesetzt werden („AFP“ aus Teheran). Gharani reorganisierte die Armeeführung durch bloße Umbesetzungen und rief die Soldaten zur Rückkehr in die Kasernen auf. Der Aufruf wurde zu 50 % befolgt (nach Informationen von CISNU-Genossen). Gharani befahl zwar den Abzug der iranischen Soldaten aus Oman, der in diesen Tagen erfolgen soll. Die Truppe soll aber direkt ins iranische Kurdengebiet verlegt werden, um dort Unruhen zu unterdrücken („NZZ“, 15.3.).

— Ab 1.4. sollen die Öllieferungen wieder auf Vertragsbasis an Ölgesellschaften erfolgen, im Gegensatz zu früheren Erklärungen, daß die Multis nicht mehr beliefert werden sollen („SZ“, 15.3.).

— Iran wird seine Beteiligung von 25 % bei der deutschen Babcock (Teile für AKWs) behalten, wahrscheinlich auch die Beteiligung bei Krupp („SZ“, 15.3.).

— Die KWU kann den Bau der AKWs in Buschir fortsetzen (Bazargan zur „WamS“ am 4.3.).

— Nachdem revolutionäre Kräfte die US-Botschaft besetzt hatten, mit dem Ziel, die dorthin verbrachten SAVAK-Akten sicherzustellen, verlangte die Regierung Bazargan eine Beendigung der Besetzung und entschuldigte sich bei US-Botschafter.

— Ein Sprecher der Regierung entschuldigte die illegale Tätigkeit der „Revolutionsgerichte“ Khomeinis. Die Gerichte müßten geheim tagen aus „Platzmangel“ und „Sicherheitsgründen“ („NZZ“, 15.3.).

— Die Regierung kündigte an, sie werde die Fernsehberichterstattung ins Ausland zensieren. Ausländische Journalisten könnten bei Verstößen „gegen die Revolution“ ausgewiesen werden. Welche Richtung mit dieser Bestimmung verfolgt wird, kann man an den ersten Ausweisungsfällen ablesen: Kate Millet, die sich als Feministin an den Frauendemonstrationen beteiligt hatte, und Ralph Schönmann, Mitglied des internationalen „Russell-Tribunals“ („SZ“, 16.3.).

Die genannten wirtschaftlichen Maßnahmen liegen teilweise nicht einmal im Interesse der iranischen Bourgeoisie. Auf den Druck der Imperialisten hin (Drohung mit Ölembargo und Truppenverlegungen) hat es die Regierung Bazargan offensichtlich vorgezogen, den Imperiali-

sten zu dienen, statt den nationalen iranischen Interessen. Dies läßt sich leicht am Beispiel zeigen.

So ist es offensichtlich wirtschaftlicher Unsinn, den Energierohstoff Öl billig an die Imperialisten zu verkaufen und dann für dieses Geld die teuerste Möglichkeit der Energieerzeugung von den Imperialisten einzukaufen — AKWs. Bei diesem Verfahren machen die Imperialisten gleich zweimal eine Extraprofit. Die Gesamtsumme der Ausgaben und laufenden Bestellungen für AKWs und Waffen unter dem Schah-Regime beläuft sich auf 73,5 Mrd. Dollar, während der Wert der gesamten Maschinen, Anlagen und Gebäude der iranischen Industrie nur 11 Mrd. Dollar beträgt, wobei 2,3 Mio. Arbeiter beschäftigt werden. Mit den 73,5 Mrd. Dollar könnte die Bourgeoisie leicht weitere zehn Mio. Arbeiter an neuen Maschinen ausbeuten.

Die Wirtschaftspolitik des Schah-Regimes war nur aus dem Klasseninteresse von Leuten zu erklären, die direkt prozentual am Umsatz der Imperialisten beteiligt sind, sie ist selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus wahnsinnig. Diese Politik fortzuführen, bedeutet die Kapitulation der Regierung Bazargan vor den Imperialisten.

#### Die Demokratisierung ist eine Waffe gegen den Imperialismus

Der Einfluß der Imperialisten kann auf wirtschaftlichem Gebiet nur gebrochen werden, wenn alle Bestellungen für AKWs und Waffen annulliert werden, auch wenn die Imperialisten dann mit einem Ölkrieg antworten. Auf politischem Gebiet müssen die Herrschaftsinstrumente von Schah-Clique und Geheimdiensten, Armee, Verwaltung, radikal gesäubert und demokratisiert werden, auch und vor allem gegen Khomeini, den heutigen Wegbereiter der Imperialisten.

Dies sind auch die Kernpunkte der Forderungen der „Fedajin des Volkes“, wobei sie zur praktischen Durchführung ein Rätessystem errichten wollen (vgl. das Programm in AK 149, S. 54). Andere linke Organisationen stimmen hiermit im wesentlichen überein.

Die Linken sind jedoch nicht stark genug, um die Revolution selbst in die Hand zu nehmen oder auch nur um die Regierung Bazargan in diese Richtung zwingen zu können. Ihre Lage wird noch komplizierter dadurch, daß die größere Gefahr von Khomeini ausgeht, der in seinem „islamischen Staat“ jede politische Betätigung erstickt will. Die Linken haben sich deshalb entschlossen, trotz aller Kritik die Regierung Bazargan gegen Khomeini zu unterstützen. Mit diesem Manöver wollen sie möglichst lange Zeit für die Entwicklung ihrer eigenen Machtbasis — die Räte der Arbeiter, Soldaten und Bauern — gewinnen. In dieser Situation fürchten die Linken einen zu schnellen Zusammenbruch der Regierung Bazargan. Ein Bürgerkrieg Khomeinis gegen die Linke wäre nach ihrer Meinung die Folge und diesen Krieg könnte die Linke bei bestehenden Kräfteverhältnis nur verlieren.

Mit dieser Begründung haben sich auch eine Reihe linker Organisationen gegen die Demonstrationen der Frauen ausgesprochen. Wir vermuten, daß die Linken hier aus taktischen Gründen etwas anderes sagen, als was sie in Wirklichkeit tun. Nach unserer Meinung wird die Regierung nur weiter nach rechts gehen, wenn die Stärke der Linken zunimmt. Diesem Gesetz kann die Linke durch keinen taktischen Zug entkommen, denn es beruht auf den gegensätzlichen Klasseninteressen von Bourgeoisie und Volk. Die Linken werden deshalb die Kraft der Frauenbewegung dringend brauchen.

#### Gründung der Demokratischen Nationalen Front

Alle politischen Gruppierungen, die einen „islamischen Staat“ ablehnen, von der Regierung bis zu den Guerillaorganisationen, hatten zum 12. Todestag des früheren demokratischen Ministerpräsidenten Mossadegh am 5.3. zu einer Kundgebung aufgerufen. Das ermutigende Ergebnis: Über eine Million Teilnehmer. Sprecher der Fedajin und Mudschahedin erinnerten daran, daß es der größte Fehler Mossadeghs war, daß er eine Umgestaltung der Armee unterlassen hatte. So blieben die reaktionären Kräfte intakt, mit deren Hilfe der CIA die Regierung Mossadegh stürzen konnte.

Der Enkel Mossadeghs, Rechtsanwalt Matin Daftari, gab dann die Bildung einer Demokratischen Nationalen Front bekannt, in bewußter Abgrenzung von der Nationalfront, deren Vertreter die heutige Regierung bilden und die an der Aufgabe der Demokratisierung versagt hat.

In einem 11-Punkte-Programm übernimmt die Front die wesentlichen Forderungen der Linken:

- Eine Volksabstimmung, die nicht automatisch eine Wahl des „islamischen Staates“ bedeutet, sondern die künftige Staatsform noch offen läßt;
- Bildung eines „Koordinationsrates“, der aus Vertretern von Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und anderen fortschrittlichen Schichten der Gesellschaft bestehen und die gegenwärtige Regierung kontrollieren soll;
- Säuberungen aller Bereiche der Verwaltung und Armee;
- Öffentliche Verhandlungen vor Volksgerichten;
- Wahl einer verfassunggebenden Versammlung;
- Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Unternehmensleitung durch gewählte Vertreter;
- Freiheit für gewerkschaftliche und politische Organisationen;
- Volksarmee ohne Berufsoffiziere unter der Aufsicht des Koordinationsrates;
- Garantie der kulturellen und religiösen Rechte der Minderheiten;

— Ende jeder Zensur;

— Beseitigung der Unterdrückung der Bauern und Landarbeiter.

Die Parole am Kundgebungsplatz: „Ohne Volksarmee ist der Sieg bedroht“ drückte die wichtigste Forderung der fortschrittlichen Kräfte Irans aus.

Die Gründung der Demokratischen Nationalen Front wird sicher eine Verbreiterung der Basis der Linken erleichtern, insbesondere auch dadurch, daß sie sich auf Mossadegh beruft, der in Iran zu einem demokratischen Volkshelden geworden ist.

Inzwischen wurde bekannt, daß die Arbeiter der südiranischen Ölfelder streiken, wobei sie soziale Verbesserungen und ein Mitspracherecht bei der Unternehmensleitung und beim Öllexport fordern („NDR II“, 14.3.).

Bazargan sah sich veranlaßt, an die Arbeiter Irans zu appellieren, sie sollten Ruhe bewahren und mit ihren Versuchen aufhören, die Betriebe mit selbstgewählten Leitungen zu führen. Die „Studenten“ sollten aufhören, im Lande umherzuziehen und Bauern und Arbeiter „aufzuwiegeln“ („SZ“, 16.3.).

Vorwärts mit der Demokratisierung von unten!

#### China, „KPD“ und KBW auf Seiten der Reaktion

Daß China Khomeini unterstützt, weil er Stabilität garantiert und gegen den „Sozialimperialismus“ ist, wird niemanden besonders wundern.

Die „KPD“ möchte Feuer mit Wasser vereinen, sie tritt ein „für die Einheit der linken mit den islamischen Kräften ... Wir wenden uns entschieden gegen eine Politik der Konfrontation und Spaltung, wie sie die verräterische Tudeh-Partei (das sind die iranischen Revis) und manche „Linken“ betreiben. Eine solche Politik kann im Moment nur die Unabhängigkeit unseres Landes gefährden und der Sowjetunion nutzen, ob die Leute, die sie praktizieren, das wollen oder nicht.“ Dazu zeigt die „KPD“ eine neue Bruderpartei vor, die „Revolutionäre Tudeh-Partei des Iran“.

Der KBW macht es besonders glücklos: „Islamisches Recht — gegenüber dem Imperialismus fortschrittlich“ betont er in der „KVZ“ vom 5.3.79. Das mag ja soweit stimmen, aber in einer Situation, wo sich die Verfechter des Islam in Iran gerade gegen die Revolution gestellt haben, merkt man doch ganz schön die Absicht. Im Artikel führt der KBW aus — eine Woche vor den Kampfdemonstrationen der Frauen in Iran — daß der Koran die Selbstständigkeit der islamischen Frau garantiert: „Sie behält ihren Mädchenamen auch nach der Eheschließung als Ausdruck ihrer Selbstständigkeit. Sie hat die Verantwortung für den Haushalt und die Kindererziehung. Ihre Versorgung obliegt dem Mann ... Entscheidend für ihre ökonomische Selbstständigkeit ist die Morgengabe: Und gebt den Frauen ihre Morgengabe als Geschenk [so daß sie freiwillig darüber verfügen können]. Wenn sie euch aber freiwillig etwas davon überlassen, dann könnt ihr es unbedenklich verbrauchen“ [Koran IV, 4]. Zur Erläuterung: Die „Morgengabe“ erhält die Frau nach der ersten Brautnacht als „Entgelt für die Jungfernschaft“ (Brockhaus). Also, die Frau ist „versorgt“, sie hat die „Verantwortung“ für Küche und Kinder und gibt ihre ökonomische Selbstständigkeit „freiwillig“ weg, das ist Selbstständigkeit der Frau nach Art des KBW.

Übrigens, die Befreiung der Arbeiter von Ausbeutung leitet der KBW auch aus dem Koran ab ...

Nahost-Kommission

## aus dem Iran

Zuerst haben sie die Kämpfe überhaupt nicht erwähnt, erst nach den Kämpfen haben sie ein Programm gezeigt, weil die Frauen sich vor dem Fernsehen versammelt und protestiert haben, daß die Filme nicht gezeigt werden. Dann haben sie die Filme gezeigt, aber eben mit dieser Erklärung, daß die Frauen für sowas kämpfen. Aber Parolen und Forderungen dieser Frauen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Teilnahme an der Militärausbildung, Zugang zu allen möglichen Berufen und völlige Gleichberechtigung der Frauen sprechen gegen diese Behauptungen. Es gibt auch keine Parole gegen den Schleier selbst, sondern nur gegen den Schleierzwang. Daß die Frauen nach ihrem tapferen Kampf und dem Sieg in der Schleierfrage ihren starken Kampf aufgegeben haben, zeigt ihr Feingefühl und ihre politische Sensibilität.

Sie haben sich nicht auf die konterrevolutionären Kräfte, die gegen die Männer oder gegen die verschleierte Frauen hetzen wollen, eingelassen. Sie wußten auch, daß man ihnen sowas vorwerfen kann. Sie haben sich auch mit verschleierten Frauen solidarisiert. Sogar bei den Protestkundgebungen gab es einzelne verschleierte Frauen, die sich der Protestbewegung angeschlossen haben. Der Kampf ist hart und nüchtern durchgeführt worden. Die Frauen haben sich trotz vieler Drohungen und massiver Hetze nicht einschüchtern lassen und sind ganz tapfer ohne Kopfbedeckung auf die Straße gegangen.

Das war ja Widerstand, und dieser Widerstand zeigt, daß man ein Volk, das ein Jahr lang gekämpft hat, nicht mit solchen Maßnahmen einschränken kann.

Und dieser Kampf war nicht nur spontan. Die Frauen haben versucht, sich zu organisieren. ... (Die Genossin nennt verschiedene Organisationen, leider in ihrer Sprache) ... Die sind alle in den letzten vier Wochen gegründet worden. Drei davon haben Zeitungen, die anderen haben Flugblätter zum Kampf gegen den Schleierzwang usw. geschrieben und verteilt. Das Hauptquartier dieser Organisationen ist die Universität. Die Frauenorganisationen kommen täglich da hin, und sie nehmen auch Mitglieder auf, aber natürlich hat keine dieser Organisationen ein richtiges Programm oder eine Satzung vorgelegt, weil sie so spontan entstanden sind. Es gibt auch ein Komitee, das die Tätigkeit der verschiedenen Frauenorganisationen koordiniert. Was fast alle diese Frauenorganisationen gemeinsam haben, ist, daß sie meinen, daß die Frauenunterdrückung ein Produkt der Klassengesellschaft ist und nur mit dem Ende der Klassengesellschaft auch diese doppelte Ausbeutung der Frau beendet werden kann.

Die zwei wichtigen Organisationen Volksfedayin und Volksmodjahedin haben den Kampf der Frauen unterstützt. Die Volksfedayin haben ein Papier zum 8. März rausgegeben, worin gefordert wird, daß die Frauen völlig gleichberechtigt werden sollen; in einem weiteren Schreiben werden die Kräfte, die die Frauen angegriffen haben, verurteilt, und die Frauen eben unterstützt. Die Volksmodjahedin haben auch ein Papier herausgegeben, worin eine sanfte Kritik an Khomeini ausgedrückt wird, natürlich ohne ihn zu nennen.

Es wird darin gesagt, daß es kein günstiger Zeitpunkt ist, überhaupt solche Fragen aufzuwerfen, weil wir viel wichtigere Sachen vor uns haben, z.B. Imperialismus- und Armeefrage usw. Sie verurteilen in dem Papier gleichzeitig die Kräfte, die der Protestbewegung der Frauen geschadet und sie angegriffen haben.

Frage: Greifen die Volksmodjahedin die Frauen mehr oder weniger an, daß sie jetzt nicht zum richtigen Zeitpunkt die Forderungen stellen? Oder greifen sie Khomeiny an?

Nein, sie greifen Khomeiny an, aber wie gesagt, indirekt ... Sie sagen, daß es kein richtiger Zeitpunkt gewesen ist, überhaupt die Schleierfrage aufzuwerfen ... Sie greifen indirekt Khomeiny an, nicht die Frauen, weil sie selber auch in ihrem Papier die völlige Gleichberechtigung für die Frau fordern, und auch die Kräfte beschimpfen, die die Frauen bei ihrem Protest irgendwie angegriffen oder belästigt haben.

Frage: Ist auch die Abtreibung jetzt verboten? (lt. FR. 8.3.79)

Diese Frage ist überhaupt nicht aufkommen. Aber die Pille hat Khomeiny erlaubt; wenn es der Frau nicht schadet, darf sie weiter die Pille nehmen.

Frage: Und die hat es bisher auch gegeben?

Ja.

Frage: Wieweit haben diese Frauendemonstrationen auch auf dem Land stattgefunden?

Auf dem Land haben sie nicht stattgefunden, sondern in anderen Kleinstädten, aber auch in sehr, sehr geringem Ausmaß. Weil die Leute, die in kleineren Städten leben, konservativer sind und sich einfach weniger zutrauen. Die Hauptprotestbewegung hat in Teheran stattgefunden.



# Die Bastionen des Imperialismus sind noch nicht zerschlagen

## Interview mit den „Fedajin des Volkes“

**Bahman Nirumand**

**15.3.79**

Bahman Nirumand hat vor vier Tagen für uns das folgende Interview mit einem Sprecher der bewaffneten revolutionären iranischen Organisation „Fedajin des Volkes“ gemacht.

B. Nirumand: In einem Interview mit „liberation“ sagt ein Vertreter der

lich sind auch Menschen aus der Bevölkerung mitgegangen. Als die Nationalgarde zum Rückzug gezwungen wurde, haben wir uns entschlossen, auch andere Garnisonen anzugreifen und sie zu entwaffnen. Wir haben die Männer und Frauen, die inzwischen zu uns gestoßen waren, organisiert und ihnen Waffen gegeben. Unsere geschulten Mitglieder haben jeweils

B. Nirumand: Wie Du erwähnt hast, haben die bewaffneten Volkskräfte die Militärlager besetzt, viele Soldaten haben sich mit ihnen solidarisiert. Ist nun das Militär zerschlagen oder hat es sich nur taktisch zurückgezogen? Welche Schritte müssen nun Eurer Ansicht nach in Bezug auf das Militär unternommen werden?

Volksfedajin: Die Organisation der Schah-Armee, die bestehende Hierarchie, die Art der Ausrüstung und Ausbildung waren auf die Verteidigung und Durchsetzung imperialistischer Interessen und die Niederschlagung revolutionärer Kräfte im Iran und in den Gebieten am Persischen Golf ausgerichtet. Wie die Tatsachen zeigen, hat diese Armee niemals auf der Seite des Volkes gestanden. Sie ist zwangsläufig auch nicht in der Lage, im Ernstfall die nationalen Grenzen und Interessen gegen äußere Feinde zu verteidigen. Eine Armee ist nur dann unschlagbar, wenn sie tatsächlich zum Volk gehört. Daher schlagen wir vor, die jetzige Armee aufzulösen und an ihrer Stelle eine Volksarmee zu gründen. Die Volksarmee müsste sich aus Soldaten und Unteroffizieren zusammensetzen, die im Verlauf der Revolution ihre Treue zum Volk bewiesen haben. Ferner müssten bewaffnete Arbeiter- und Bauernräte und bewaffnete revolutionäre Organisationen daran beteiligt werden. Diese drei Kräfte könnten die feste Grundlage für eine Volksarmee bilden. Eine derartige Armee kann durchaus auf aggressive Waffen verzichten. Eine Ausrüstung mit modernen imperialistischen Waffen wäre auf Ersatzteile, auf ausländische Militärberater und imperialistische Ausbildung angewiesen. Das hieße aber: Abermals Abhängigkeit von den Imperialisten. Es ist klar, daß eine abhängige Armee eine ständige Gefahr für die Revolution darstellt. Wir betonen, daß das Militär seine Schlagkraft nicht durch aggressive Waffen, sondern durch die direkte Unterstützung des Volkes erreichen kann und muß. Eine Armee, die dem Volk gehört und aus Überzeugung kämpft, ist wesentlich stärker als eine mit modernen imperialistischen Waffen ausgerüstete und daher abhängige Armee.

B. Nirumand: Mir ist die Zusammensetzung der Volksarmee noch nicht klar geworden. Du sprichst davon, daß sich die Volksarmee aus Soldaten und Unteroffizieren, den bewaffneten Arbeiter- und Bauernräten und schließlich den bewaffneten Organi-

sationen zusammensetzen sollte. Auf der einen Seite sind es also Berufssoldaten und Offiziere, die eine reguläre Armee bilden, und auf der anderen Seite die Arbeiter- und Bauernräte, die doch nur eine Volksmiliz bilden könnten. Dazwischen befinden sich die bewaffneten revolutionären Organisationen.

Volksfedajin: Richtig. Die ständige Verbindung zwischen diesen drei Kräften wird durch Soldatenräte hergestellt. Die Volksmilizen sowie die Mitglieder bewaffneter Organisationen sind zwar keine Berufssoldaten, werden aber durch Soldatenräte ausgebildet und an deren Entscheidungen beteiligt. Nötigenfalls müssen sie ihre Arbeitsstätten verlassen und als zusätzliche Kräfte in die reguläre Armee hineinbezogen werden.

B. Nirumand: In den Kämpfen der letzten Wochen hat Euer Einfluß unter der Bevölkerung zugenommen. Das führt sicherlich dazu, daß ihr eure Aktivitäten in der Öffentlichkeit verstärken müßt. Dabei habt ihr bis vor kurzem noch völlig im Untergrund gearbeitet. Ergeben sich daraus nicht schwere Probleme? Wie versucht ihr eure Sympathisanten zu organisieren?

Volksfedajin: Sogleich nach dem bewaffneten Aufstand hat unsere Organisation mit Aktivitäten in der Öffentlichkeit begonnen. Eins unserer großen Probleme besteht in der Tat in der Organisation der Sympathisanten. Wenn die durch die Revolution errungenen demokratischen Rechte in Zukunft aufrechterhalten und erweitert würden, werden wir unsere Öffentlichkeitsarbeit intensiver und weitreichender als bisher organisieren. Wir werden unsere Hauptkraft auf die Agitation und Propaganda unter der Arbeiterklasse richten. Unsere Hauptaufgabe besteht im Augenblick darin, die Partei der Arbeiterklasse, eine Partei neuen Typs, zu gründen. Wir haben große Probleme zu lösen. Innerhalb weniger Tage sind wir aus dem Untergrund an die Öffentlichkeit getreten. Tausende von Sympathisanten sind auf uns zugekommen. Aber wir waren unter dem Faschismus bestens organisiert, wir werden sicherlich auch die gegenwärtigen organisatorischen Probleme schnell lösen können. Wie gesagt, richten wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Arbeiterklasse. Durch die Organisation und Schulung der Schüler und Studenten stärken wir die kommunistische Bewegung im Iran. Voraussetzung für die Gründung der kommunistischen Partei ist die Organisation der zur Zeit bestehenden linken Kräfte und ein ideologischer Kampf, der noch in seinen Anfängen steckt. Durch Schulung, Analysen und Publikationen versuchen wir, diesen Kampf möglichst rasch voranzutreiben, um endlich die von allen Kommunisten erwünschte Organisation des Proletariats gründen zu können.

B. Nirumand: Unter welchen Bevölkerungsklassen habt ihr gegenwärtig den größten Einfluß?

Volksfedajin: Obwohl wir im Augenblick unter den Arbeitern große Sympathie genießen, mehr als jede andere linke Organisation, müssen wir ge-

stehen, daß wir in erster Linie von den Intellektuellen, vor allem Studenten, Lehrern, auch unteren Beamten, unterstützt werden.

B. Nirumand: Du hast von der ideologischen Auseinandersetzung und der darauffolgenden Einheit in einer kommunistischen Partei gesprochen. Mit welchen Kräften wollt ihr die Einheit erreichen?

Volksfedajin: Mit allen Kommunisten, die nicht blind den Anweisungen ihrer großen Bruderparteien folgen, die von Außenmächten unabhängig sind und eine auf die konkrete Situation im Iran und die Interessen des iranischen Proletariats ausgerichtete Strategie betreiben.

B. Nirumand: Die Linke im Iran versucht sich für die nächsten Kampfschritte auf der Grundlage eines Minimalprogramms zu einigen. Welche Chancen seht ihr dafür? Was ist Euer Standpunkt dazu?

Volksfedajin: Soweit es sich dabei um Kommunisten handelt, sind wir bereit, mit jeder Gruppe, Organisation oder Person gemeinsam zu arbeiten, vorausgesetzt natürlich, daß wir uns mit ihnen über die grundsätzlichen Fragen einig sind. Unsere Standpunkte zu den anstehenden Fragen werden wir in den nächsten Tagen bekanntgeben. Zum Beispiel werden wir mit denjenigen, die die Politik der Volksrepublik China unterstützen und bejahen, oder denjenigen, die die Sowjetunion trotz ihrer zahlreichen Fehler, die wir keineswegs akzeptieren, sozialimperialistisch nennen, nicht zusammenarbeiten können.

B. Nirumand: Vor einigen Tagen hat sich eine neue Organisation unter dem Namen „Demokratisch-Nationale Front“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Wie schätzt ihr diese Organisation ein? Wieweit seid ihr bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten?

Volksfedajin: Wir haben bereits erklärt, daß wir mit jeder fortschrittlichen unabhängigen Organisation zur Zusammenarbeit bereit sind. Daher sind wir auch auf der Kundgebung, auf der die Initiatoren der Demokratisch-Nationalen Front ihre Organisation vorgestellt haben, aufgetreten und haben unsere Unterstützung für diese Organisation erklärt. Wir sehen es als unsere Aufgabe, jede antimperialistische demokratische Aktivität zu unterstützen. Aber die Gründung einer Nationalen Front in der Weise, daß sie eine Koalition aller Kräfte bildet, halten wir im Augenblick nicht für durchführbar. Eine solche Front könnte nur dann zustandekommen, wenn die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft über ihre wirklichen Organisationen verfügen. Das ist noch nicht der Fall. Im Augenblick sehen wir uns einer Reihe von Organisationen gegenüber, deren sozialer Standpunkt uns noch ziemlich unklar erscheint.

B. Nirumand: Welchen Klassenstandpunkt vertritt die Demokratisch-Nationale Front? Wieweit unterscheidet sie sich von der bereits seit Mossadegh bestehenden Nationalen Front?

Volksfedajin: Zwar sind einige Mitglieder der alten Nationalen Front bei dieser neu gegründeten Organisation dabei. Aber von ihrem Programm und ihrer Zielsetzung her unterscheidet sie sich grundlegend von ihr. Wir werden mit der Demokratisch-Nationalen Front aktiv zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit bleibt jedoch auf den Rahmen unserer Aktivitäten zur Unterstützung aller demokratischen Organisationen beschränkt. Nicht mehr und nicht weniger.

B. Nirumand: Wie wird eure militärische Aktivität in Zukunft aussehen?

Volksfedajin: Wie ich bereits erwähnt habe, ist die Gefahr einer Konterrevolution längst nicht gebannt. Solange unser Land nicht völlig vom Imperialismus befreit ist, müssen die revolutionären bewaffneten Organisationen auf der Hut sein. Wir werden unsere militärischen Kräfte weiterhin aufrechterhalten, um gegebenenfalls unser Land gegen die Imperialisten und ihre inländischen Lakaien verteidigen zu können. Aber wir werden uns mit Regierungen, die von den Massen unterstützt werden, nicht militärisch, sondern politisch auseinandersetzen. Widersprüche im Volk brauchen nicht militärisch gelöst zu werden. Sollten irgendwelche Gruppen und Kräfte mit Gewalt gegen uns vorgehen wollen, würden wir sie nicht mehr als Volkskräfte ansehen und uns mit allen unseren Mitteln gegen sie zur Wehr setzen.

B. Nirumand: Wie erfolgreich ist bisher eure Arbeit unter der Arbeiterklasse gewesen?



Frauen und Männer haben die bewaffnete Revolution gemacht

Frauen und Männer haben die bewaffnete Revolution gemacht

Volksfedajin über die Rolle eurer Organisation bei dem Aufstand in Teheran: „Es war das Volk, das zu den Waffen gegriffen hat, und unsere Organisation hat es dabei unterstützt.“ Ist das nicht eine bescheidene Einschätzung eurer Rolle beim Aufstand?

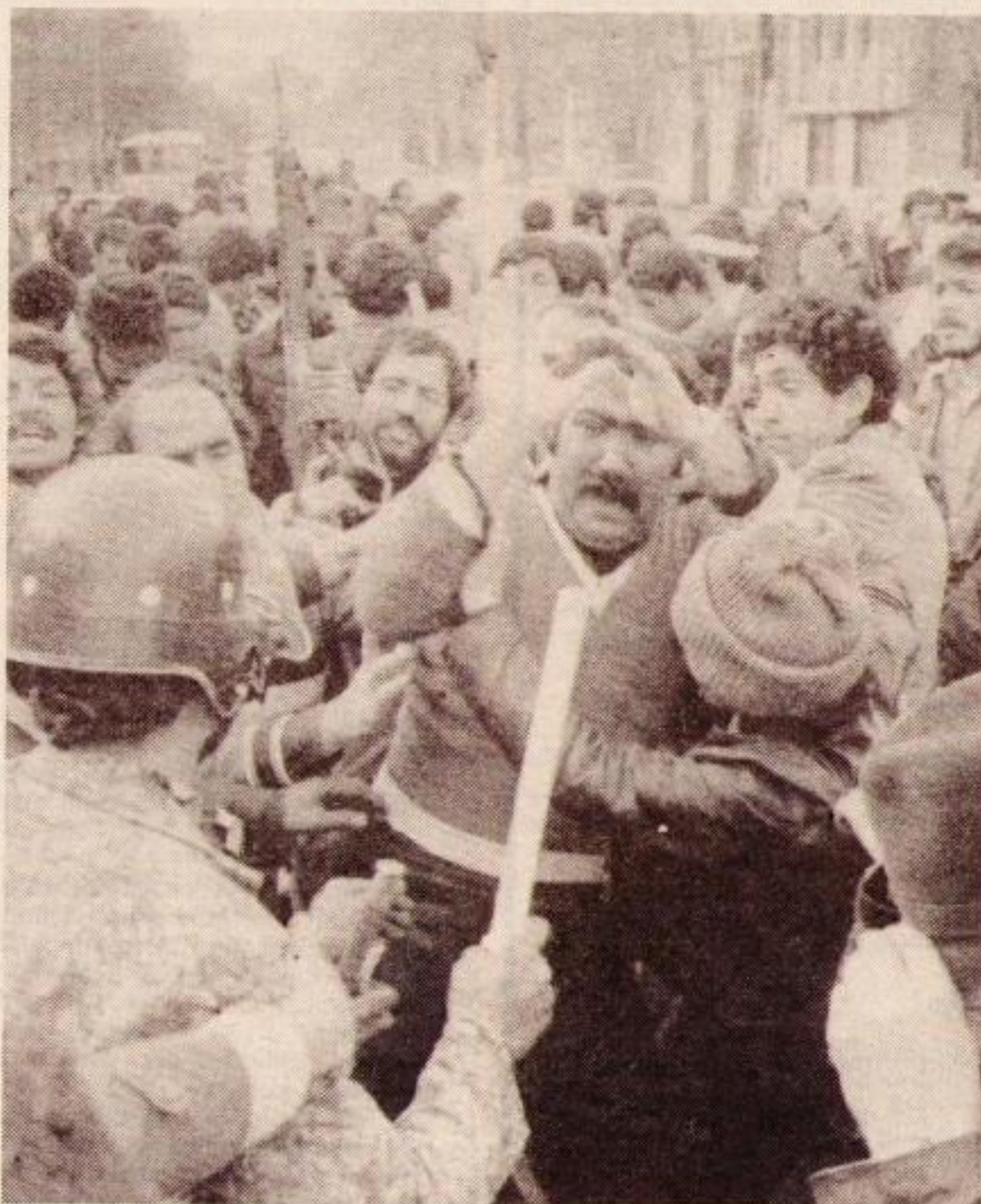
Volksfedajin: Fernab aller Bescheidenheit muß ich sagen, daß wir sehr aktiv an der Revolution beteiligt waren und vor allem in den letzten sechs Monaten unsere ganze Kraft im Dienst der iranischen Befreiungsbewegung eingesetzt haben. Dementsprechend haben wir auch an dem bewaffneten Aufstand teilgenommen. Überall dort, wo sich die Konterrevolution zur Niederschlagung des Volksaufstands konzentriert hatte, haben wir die Volkskräfte unterstützt und sehr erfolgreich verteidigt. Durch unsere aktive Teilnahme an dem Befreiungskampf der Bevölkerung haben wir versucht, die Kampfformen weiterzuentwickeln. Während das Volk zunächst mit leeren Händen der Militärgewalt des Schah-Regimes entgegentrat, haben wir ihm die Benutzung von Handgranaten, die Herstellung von Molotow-Cocktails und den Bau von Barrikaden beigebracht. Wir haben der Bevölkerung unsere militärischen Erfahrungen übermittelt und uns selbst bei allen Demonstrationen und Kundgebungen unter die Leute gemischt und von dort aus Angriffe gegen die Stützpunkte des Regimes durchgeführt. Durch Flugblätter, Publikationen, kurze Kundgebungen und gezielte militärische Aktionen haben wir zur politischen Aufklärung der Bevölkerung beigetragen. Somit waren wir sowohl an der politischen als auch an der militärischen Front anwesend. Beim bewaffneten Aufstand haben wir zuerst die Initiative ergriffen. Nach der Demonstration am Gedenktag von Siakhal (Siakhal ist der Ort, an dem die Volksfedajin vor acht Jahren ihre erste militärische Aktion durchgeführt haben), an der 70 bis 100.000 unserer Sympathisanten teilgenommen hatten, haben wir uns zum Angriff gegen die Nationalgarde entschlossen. Diese Abteilung des Militärs, die sich aus den bestausgebildeten Soldaten und Offizieren zusammensetzt, hatte einige Stunden zuvor die Garnison Fallah Arbad (Teheran) besetzt, um die dort aufständischen Soldaten niederzuschlagen. Wir haben unsere Mitglieder und Sympathisanten aufgefordert, die aufständischen Soldaten zu unterstützen und den bewaffneten Kampf gegen die Nationalgarde aufzunehmen. Natur-

die Führung der verschiedenen Gruppen übernommen. Somit war unsere Organisation bei der Besetzung sämtlicher Garnisonen, Waffenlagern, Polizeistationen, SAVAK-Zentralen, usw., aktiv und führend beteiligt. Beim Angriff auf die Rundfunkstation ist Ghassem Siawaschi, einer unserer Kommandeure, gefallen. Viele unserer Mitglieder sind vor allem in den drei Tagen des bewaffneten Aufstands von den Soldaten und Offizieren des Schahs ermordet oder schwer verletzt worden. Ihre Namen werden wir demnächst öffentlich bekanntgeben.

Im ganzen gesehen muß betont werden, daß das Volk in den letzten zwei Jahren des Aufstandes immer den politischen Organisationen um einige Schritte vorausgeeilt war. Wir haben versucht, unseren Abstand zu den Massen zu verringern und von ihnen zu lernen. Wir waren vielleicht die einzige Organisation, die in den letzten Monaten der Kampfbereitschaft der Massen entsprochen und demgemäß gehandelt hat. An dem Tag des bewaffneten Aufstands strömten, führen Lautsprecherwagen durch die Stadt und forderten die Bevölkerung im Namen Khomeinis auf, Ruhe zu bewahren und nach Hause zu gehen. Khomeini habe noch nicht zum Heiligen Krieg aufgerufen und man habe seine Anweisungen zu befolgen, hieß es dort. Das zeigt, wie weit die Führung den Massen hinterherhinkt.

B. Nirumand: Der bewaffnete Aufstand ist erfolgreich beendet. Warum haltet ihr es für falsch, die Waffen zurückzugeben?

Volksfedajin: Wir sind der Meinung, daß die Imperialisten nicht so leicht ihre Interessen im Iran aufgeben werden. Die Bastionen des Imperialismus, die in unserem Land auf tiefem Grund stehen, sind längst nicht zerschlagen. Wir wissen, daß Abertausende in Amerika und Israel ausgebildete Mitglieder der SAVAK und des Militärs sich unter der Bevölkerung befinden und auf eine Gelegenheit warten, um abermals der Konterrevolution zur Macht zu verhelfen. Die Entwaffnung der Volkskräfte und revolutionären Organisationen, die ihre Treue zum Volk durch ihren Kampf in den letzten Jahren bewiesen und auf diesem Wege zahlreiche Opfer gebracht haben, würde den Weg der Imperialisten zur Machtergreifung erleichtern. Die bewaffneten Volkskräfte sind die besten Garanten zur Fortsetzung der Revolution. Ihre Entwaffnung bedeutet daher nichts anderes als Verrat an der Revolution mit Hilfe für die Imperialisten.



Ein SAVAK-AGENT wird festgenommen

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 54

**Volksfedajin:** Bisher wurden unsere Aktivitäten unter den Arbeitern durch die Existenz der Diktatur äußerst eingeschränkt. Während dieser Zeit haben wir den Gegebenheiten entsprechend eher unter den Intellektuellen arbeiten können. Viele Marxisten-Leninisten haben sich unserer Organisation angeschlossen. Dieser Umstand begünstigt nun die Annäherung unserer Organisation an die Arbeiterklasse. Unsere bisherige kon-

chend, Mossadegh sei ein Lakai des amerikanischen Imperialismus. Später schlug sie einen Rechtskurs ein und verhinderte jede antagonistische Auseinandersetzung mit der Konterrevolution. Obwohl die Untergrundorganisation der Partei in der iranischen Armee das ZK lange vor dem Sturz Mossadeghs auf den bevorstehenden CIA-Putsch von 1953 aufmerksam gemacht und zu entsprechenden Vorbereitungen aufgefordert hatte, wich die Parteiführung von ihrer Versöhnungsstrategie mit der Konterrevolution nicht ab. Nach dem Putsch haben die Parteiführer, ohne Widerstand zu leisten, völlig kapituliert und damit den Putschisten zur Stabilisierung ihrer Macht verholfen. Der eigentliche Grund für diese Links- und Rechtsabweichungen liegt im Verhältnis der Tudeh-Partei zur Sowjetunion, das als ein Herr-und-Knecht-Verhältnis bezeichnet werden kann.

Die Tudeh-Partei hat nie versucht, die konkrete Situation im Iran unabhängig von den Interessen der Sowjetunion zu analysieren und entsprechend einer auf dieser Analyse basierenden Strategie zu handeln. Von 1953 an verschwand die Tudeh-Partei aus dem politischen Leben unseres Landes. In den letzten Jahren konzentrierte sie ihre Aktivitäten auf die theoretische Bekämpfung der neu entstandenen revolutionären Organisationen im Iran. An der gegenwärtigen Befreiungsbewegung war die Tudeh-Partei völlig unbeteiligt. Erst nach dem Sieg der Revolution und in diesen Tagen reisen die Mitglieder des ZK aus dem Ausland ein. Unsere Organisation hat niemals mit der Tudeh-Partei zusammengearbeitet, auch in Zukunft wird es keine Zusammenarbeit zwischen uns geben. Meiner Einschätzung nach verfügt die Tudeh-Partei über keinerlei Basis unter den Massen, schon gar nicht unter den Arbeitern der Ölindustrie. Der Verrat ihrer Führer hat der kommunistischen Bewegung großen Schaden zugefügt. Die Erinnerung an diesen Verrat ist aus den Köpfen der Massen längst nicht verschwunden. Hunderte von Genossen mußten ihr Leben opfern, um das Vertrauen der Bevölkerung Kommunisten gegenüber halbwegs wiederherstellen zu können. Natürlich versuchen antikommunistische Kräfte, diese Erinnerungen immer wieder wachzurufen, um damit die wirklichen Kommunisten in Mißkredit bringen zu können. Wir müssen noch viel arbeiten, um dieses Problem aus der Welt zu schaffen.

**B. Nirumand:** Ayatollah Khomeiny beabsichtigt, noch in diesem Monat eine Volksbefragung durchzuführen. Wie stehen die Volksfedajin zu der islamischen Republik? Werdet ihr und Euer Sympathisanten an dem Referendum teilnehmen?

**Volksfedajin:** Zunächst müssen wir feststellen, daß eine wirkliche Volksbefragung nicht stattfinden kann, so-

lange die demokratischen Spielregeln nicht überall beachtet und eingehalten werden. Rundfunk und Fernsehen z.B. halten diese Spielregeln nicht ein. Sie weigern sich, die unterschiedlichen Meinungen politischer Gruppen und Organisationen wiederzugeben. Mit anderen Worten, viele politische Organisationen haben keine Gelegenheit, über Massenmedien die Bevölkerung über ihre Absichten zu informieren. Solange dies aber nicht der Fall ist, kann eine Volksbefragung nicht demokratisch durchgeführt werden. Auch die Art der Fragestellung „Islamische Republik ja oder nein“ scheint uns undemokratisch. Die Ablehnung der islamischen Republik würde bei dieser Art der Fragestellung zwangsläufig die Befähigung der Monarchie bedeuten. Nun weiß jeder, daß die 37 Millionen Iraner fast ohne Ausnahme die Monarchie gemeinsam zu Grabe getragen haben. Daher bringt die alternative Fragestellung „Monarchie oder islamische Republik“ die Bevölkerung in die Zwangssituation, entweder für die islamische Republik zu stimmen oder an der Volksbefragung nicht teilzunehmen. Unserer Meinung nach müßte die Wahl der Staatsform jedem Iraner freigestellt werden.

**B. Nirumand:** Wie wird Eurer Meinung nach im Iran die politische Frage in nächster Zukunft aussehen?

**Volksfedajin:** Eine Zukunftsprognose ist im Augenblick nicht einfach. Wir wissen, daß die Imperialisten ihre Hoffnung in die Reorganisation der Armee setzen. Im Lande selbst versuchen reaktionäre Kräfte, Unruhe zu stiften. Politisch unmündige Gruppen durchschauen oft nicht die Taktik der Imperialisten, und lassen sich im Sinne der Konterrevolution funktionalisieren. Durch Anschläge auf die Zentralen revolutionärer Organisationen, Beschimpfung und Belästigung unverschleierte Frauen und ähnliches verschärfen sich die Widersprüche im Volk. Uns ist bekannt, daß Anhänger Barazanis – unterstützt von den Amerikanern – versuchen, in Kurdistan durch separatistische Forderungen zwischen die Völker Irans einen Keil zu treiben. Dabei wissen wir, daß das kurdische Volk eine Trennung von anderen iranischen Völkern entschieden abgelehnt und nur um seine Autonomie innerhalb einer föderativen Völkergemeinschaft Irans kämpft. Diese und andere Faktoren schaffen ein trübes Wasser, aus dem nur die Imperialisten fischen können. Die Gefahr ist groß und noch längst nicht gebannt. Wir müssen auf der Hut sein. Wenn in dieser Situation die fortschrittlichen Führer und Kräfte gemeinsam gegen die Imperialisten vorgehen, können wir mit großen Hoffnungen in die Zukunft blicken. Andernfalls wird dem Volk ein Bürgerkrieg aufgezwungen, woraus nur die Imperialisten profitieren können.



Kämpfer der Revolution

krete Arbeit unter den Arbeitern bestand in der Gründung von kleineren Zellen, die sich aus erfahrenen kommunistischen Arbeitern rekrutieren. Ab und zu konnten wir Flugblätter und Broschüren unter den Arbeitern verteilen oder vor den Fabriken kurze Reden halten und dann schnell verschwinden. Aber alle diese Aktivitäten waren natürlich nicht ausreichend. Die Anschläge der Konterrevolution gegen unsere Organisation vor 3 Jahren haben uns erheblich geschwächt und diese Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt. Das Aufkommen der Befreiungsbewegung vor 1 1/2 Jahren hat uns neue Möglichkeiten eröffnet. Mit der Forderung nach Gründung von Arbeiterräten und Gewerkschaften haben wir

neue Möglichkeiten eröffnet. Mit der Forderung nach Gründung von Arbeiterräten und Gewerkschaften haben wir zur Mobilisierung der Massen und vor allem der Arbeiter beigetragen und richtungsweisend wirken können. Die nun gegründeten Arbeiterräte in vielen Fabriken, die nicht zuletzt auf unsere Initiative zustande gekommen sind, bilden eine günstige Basis für unsere weiteren Aktivitäten. In vielen Fabriken halten unsere Genossen Vorträge, unsere Veröffentlichungen werden von vielen Arbeitern mit Interesse gelesen, viele Arbeiter wenden sich mit ihren Fragen und Problemen an uns. Vor einer Woche haben wir mit der Herausgabe einer Zeitung mit dem Titel „Arbeit“ begonnen, die sich vor allem mit aktuellen Fragen der iranischen Arbeiterklasse auseinandersetzt. Auch unsere Wochenzeitschrift „Volkskampf“ dient der Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus.

**B. Nirumand:** Wie groß ist Euer Einfluß unter den Arbeitern der Ölindustrie?

**Volksfedajin:** Die Arbeiter der Ölindustrie gehören zu den fortschrittlichsten Teilen der iranischen Arbeiterklasse. Von der Produktion her bilden sie eine große proletarische Einheit. Vor allem im Verlauf der Revolution haben die Arbeiter der Ölindustrie gezeigt, welche Macht sie besitzen und welche Kräfte sie durch ihren Streik auf die Knie zwingen können. Unter diesen Arbeitern genießt unsere Organisation große Sympathien. Es ist selbstverständlich, daß wir diesen Arbeitern besondere Aufmerksamkeit schenken.

**B. Nirumand:** Wie schätzt Ihr die Tudeh-Partei ein? Verfügt sie über eine große Massenbasis? Hat sie tatsächlich, wie ihr Generalsekretär behauptet hat, bei dem Streik der Ölarbeiter führend gewirkt?

**Volksfedajin:** Das ZK der Tudeh-Partei hat die iranische Befreiungsbewegung und vor allem die Arbeiterklasse verraten. Unter Mossadegh behauptete sie, zunächst links abwei-

Volksfedajin: Zunächst müssen wir feststellen, daß eine wirkliche Volksbefragung nicht stattfinden kann, so-

ein Bürgerkrieg aufgezwungen, woraus nur die Imperialisten profitieren können.

## Erschossen, weil sie schwul waren

In Teheran wurden am 4. März vier schwule Jugendliche hingerichtet – mit der Begründung, sie hätten sich an einem 23-jährigen Studenten vergangen. Die Urteile, verhängt von einem islamischen Gericht, wurden im Teheraner Zentral-Gefängnis Quas vollstreckt.

Ebenfalls in Teheran wurden am 7. März sechs weitere junge Männer getötet wegen „unmoralischer homosexueller Delikte“ (lt. „Kayhan International“). Nach Angaben der Teheraner Zeitung „Kayhan International“ wurden sie beschuldigt, zu einer „Bande“ gehört zu haben, die sich junge Männer zuerst gefügig gemacht haben, um sie dann an Freier zu vermieten.

Ob diese Begründung den Tatsachen entspricht oder ob sie konstruiert worden sind, können wir derzeit nicht prüfen, aber selbst falls sie den Tatsachen entspricht, sind diese Strafen nichtdestoweniger barbarisch und ein Ausdruck des schwulenfeindlichen islamischen Männerkultes. Ein Islam, der Schwule hinrichten läßt wegen angeblicher Prostitution, während er gleichzeitig auf Frauen schießen läßt, die für ihre Rechte demonstrieren und sich dem männlichen Chauvinismus dieser Religion nicht unterwerfen, hat mit der Befreiung der persischen Volksmassen wohl nicht mehr viel zu tun!

Wir protestieren aufs schärfste gegen die bekanntgewordenen zehn Hinrichtungen! Diese Terrorurteile sind zu verstehen als massivste und menschenverachtendste Einschüchterung der weit über 1 Millionen iranischen Schwulen und Lesben. Für die iranischen Schwulen ist kein Deut gewonnen, wenn das ehemalige mörderische Schah-Regime jetzt durch ein für sie ebenso mörderisches islamisches Regime ausgetauscht wird. Sie, die persischen Schwulen, haben immer noch nichts zu verlieren als ihre Ketten!

Leider liegen uns von Seiten der Volksfedajin sowie der CISNU noch keine Stellungnahmen zu den Hinrichtungen vor. Wir erwarten auch von ihnen, daß sie sich mit den iranischen Schwulen solidarisieren und den Kampf aufnehmen gegen die Schwulenfeindlichkeit des Islam. Tun sie es nicht, machen sie sich mitschuldig am antischwulen Terror.

AG Schwule

# Kein „Frieden“ im Nahen Osten

## Hoch lebe die PLO

### Kommentar

Vor fünf Jahren hatten die US-Imperialisten einen großen Plan. Im Rahmen einer „friedlichen“ Lösung sollten die Widersprüche zwischen Israel und den arabischen Staaten abgeschwächt und die freierwandelnden Energien gegen die fortschrittlichen Regimes und revolutionären Bewegungen gerichtet werden. Zwar haben die US-Imperialisten in Einzelfällen Erfolg gehabt (zum Beispiel die zeitweise Niederschlagung der Revolution in Oman), aber insgesamt ist das Projekt gescheitert.

Heute bleibt vorerst nichts übrig als ein Separatvertrag zwischen Israel und Ägypten, der voraussichtlich in wenigen Wochen geschlossen wird.

Wir sollten die Bedeutung eines solchen Separatvertrages nicht unterschätzen. Er wird Ausgangspunkt neuer Angriffe Ägyptens gegen Libyen und Israels gegen Libanon, die PLO und Syrien sein. Schon heute stehen Ägypter gegen die Revolution in Oman und sie werden in Zukunft diese Aufgabe eines Gendarmen noch häufiger erfüllen (wenn ihnen nicht das ägyptische Volk einen Strich durch die Rechnung macht). Die Kooperation zwischen Israel und den reaktionärsten arabischen Staaten wird sich wesentlich verstärken, gemeinsame Rüstungs- und in einigen Jahren vielleicht auch Kriegsprojekte sind möglich.

Aber alles ist das nicht, was die Imperialisten 1973/74, als Ägypten kapituliert, erhoffen konnten. Es ist vor allem eine Kraft, die die Grundursache für das Scheitern der Imperialisten darstellt: die palästinensische Befreiungsbewegung. Sie ist der harte Kern der antiimperialistischen Bewegung im Nahen Osten, heute noch wie vor fünf Jahren.

Die Imperialisten, Zionisten und die arabische Reaktion haben es nicht an Versuchen fehlen lassen, diesen harten Kern zu knacken. Die pa-

flüssig ist, da die Entwicklung von Anfang an zur Annäherung von Ägypten und Israel führte und weil die Imperialisten und Reaktionäre an ihre Verträge doch am wenigsten glauben. Die „Friedensinitiative“ (einen Nobelpreis haben sie auch noch dafür gekriegt) sollte sowohl die anderen arabischen Staaten, insbesondere Syrien und Jordanien, als auch die Palästinenser mit an den Verhandlungstisch bringen. Entscheidende Voraussetzung dafür war, die Palästinenser in Libanon, Syrien, Jordanien und den besetzten Gebieten politisch und militärisch niederzuschlagen. An dieser Voraussetzung scheiterte alles.

Syrien beteiligte sich nicht an der „Friedensinitiative“, sondern sicherte sich ein Faustpfand in Libanon, schwächte die Widersprüche mit Jordanien und Irak ab und trat der Front der Standhaftigkeit bei.

Jordanien war nicht bereit, die Rolle des Polizisten gegen die palästinensische Revolution ohne Gegenleistung zu übernehmen. Israel konnte keine Gegenleistung, z.B. in Form einer Föderation, anbieten, denn die Palästinenser machten nicht mit.

Der Versuch Ägyptens, das lybische Regime zu erschüttern, scheiterte. Ebenso ging ein Putschversuch in Südjemen aus. Die zionistische Invasion in Südlibanon erreichte ihre Ziele nicht und die libanesischen Faschisten erwiesen sich als zu schwach.

Unter diesen Bedingungen ist das zionistische Regime nicht bereit, irgendwelche Zugeständnisse an die anderen arabischen Staaten oder an die PLO zu machen. Nachdem die Entwicklung im Iran dazu drängte, die Sache zu einem Abschluß zu bringen, wurde es eben der Vertrag, den sie jetzt vorbereiten. Ganz egal, welche Formel über „Autonomie“ am Ende drin stehen wird, sie ist wertlos, weil die Zionisten zur Zeit mit keiner Macht der Welt eine ruhige Herrschaft über die besetzten Gebiete errichten können.



Besetzte Gebiete: Israelische Armee versucht den Befreiungskampf zu unterdrücken

löstinensische Befreiungsbewegung hat dabei einige Schlachten gewonnen und eine ganze Reihe von Schlachten sehr blutig verloren. Wir erinnern uns an den libanesischen Bürgerkrieg, an die syrische Intervention und an die israelische Intervention in Südlibanon. Wir erinnern uns an die unüberschbare Folge von zionistischen Morden, Überfällen und Bombardierungen von Flüchtlingslagern. Die PLO (die ganze) wurde geschwächt, zeitweise angeschlagen, aber nicht geschlagen. Im Gegenteil, aufgrund der Politik der palästinensischen Ablehnungsfront ist sie aus der Periode der Kompromißversuchungen politisch gestärkt hervorgegangen. Nicht vergessen dürfen wir auch den nicht endenden kämpferischen Widerstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, trotz Terror und Folter. Man braucht nur die läppischen Winkelzüge und das endlose Taktieren der Herren Carter, Begin und Sadat zu betrachten, um zu erkennen, wie sehr sie gescheitert sind.

Die große „Friedensinitiative“ Sadats sollte mehr bringen als einen Separatvertrag, der im Grunde über-

Seit Wochen herrscht in den besetzten Gebieten wieder der Aufstand. Die Zionisten verstärken ihr Militär, sie erschießen, sie verhaften, sie kaufen das Land auf und errichten neue Wehrdörfer. Aber entscheidend ist, sie haben noch nie auch nur eine palästinensische Marionette finden können, die sie mit einiger Aussicht auf Erfolg hätten als Vertreter der Palästinenser an einen Verhandlungstisch setzen können.

Machen die Imperialisten eine Bilanz auf, so stellen sie fest: Die riesigen eingesetzten Mittel haben sich nicht ausgezahlt. Iran ist zumindest für einige Zeit verloren, die Palästinenser sind nicht geschlagen, die fortschrittlichen Regimes nicht unterdrückt und die Zionisten sind immer noch isoliert.

Arafat hat das vor einigen Tagen so ausgedrückt: „Unser Fleisch ist bitter und niemand kann es hinunterschlingen.“

Es lebe die Revolution der arabischen Völker!

Nahostkommission



# Der Druck der Imperialisten im Nahen und Mittleren Osten wächst

Unmittelbar nach dem ersten entscheidenden Erfolg der demokratischen Revolution im Iran, dem endgültigen Sturz des Schah-Regimes, verstärkt der US-Imperialismus seine Offensive gegen die fortschrittlichen Staaten und Bewegungen im Nahen Osten. Schon während der ein Jahr dauernden Aufstände war das Schah-Regime in seiner Rolle als Gendarm der US-Imperialisten in der Region weitgehend lahmgelegt. Mit dem Sturz des Schah-Regimes ist der wichtigste Bündnispartner der US-Imperialisten im Nahen Osten vorerst weggefallen — verloren ist er deshalb für die USA noch nicht. Die US-Imperialisten versuchen, ihre Positionen im Iran selbstverständlich wieder zu stabilisieren. Schon verlautet, daß die ersten Kontakte zur Regierung Bazargan „befriedigend“ verlaufen seien („FAZ“, 15.2.79), und Carter erklärte: Es ist die Politik der USA, mit existierenden Regierungen befreundeter Nationen zusammenzuarbeiten, welcher Art diese Regierungen auch immer sein mögen.“ Und falls die Beziehungen doch nicht so befriedigend verlaufen: Die US-Imperialisten haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie ihre gesamte Kriegsmaschinerie zur Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen bereit sind.

Angeichts der Ereignisse im Iran haben die USA unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie ihre Offensive im Nahen Osten mit militärischer Gewalt fortzusetzen gedenken. Massive Interventionsdrohungen, eine breit angelegte Propagandakampagne gegen das demokratische Soudjemen als „Kuba“ des Nahen Ostens, das gleichzeitige Anzetteln eines Krieges gegen Soudjemen, die weitere Aufrüstung reaktionärer arabischer Staaten und Israels und die Verstärkung der amerikanischen militärischen Präsenz in diesem Raum kennzeichnen diese neue Offensive.

## Interventionsdrohungen der US-Imperialisten

Anlässlich der Entwicklung in Iran äußerte der amerikanische Präsident Carter: „Veränderungen sind nicht unser Feind. Unsere Sorge ist zweifach. Wir müssen daran arbeiten, Konflikte einzudämmen und den Frieden zu erhalten. Und wir müssen klarmachen, daß es für andere Mächte gefährlich ist, zu versuchen, dieses unvermeidliche Durcheinander zu ihren eigenen selbstsüchtigen Zwecken auszunützen.“ Die USA würden in der ganzen Welt ihren Freunden beistehen, ihre Verpflichtungen erfüllen und die eigenen lebenswichtigen Interessen schützen. Dazu sei er auch bereit, amerikanische Truppen einzusetzen. („FR“, 24.2.79). Mit den „anderen Mächten“ wird die angebliche Bedrohung durch die Sowjetunion umschrieben, die immer dafür herhalten muß, wenn es gilt, Aggressionsabsichten der Imperialisten gegen fortschrittliche Staaten und Kräfte propagandistisch zu rechtfertigen.

Noch offener drückte der amerikanische Kriegsminister Brown die aggressiven Absichten der US-Imperialisten unmittelbar nach seiner Rundreise durch die reaktionärsten arabischen Staaten (Jordanien, Saudi-Arabien, Ägypten) und Israel aus: „Die Sicherung des Ölflusses aus dem Nahen Osten ist ganz klar Teil unserer lebenswichtigen Interessen. ... Wir werden für den Schutz dieser Interessen jede geeignete Aktion unternehmen, einschließlich des Einsatzes militärischer Gewalt.“ („Le Monde“, 27.2.79). Der amerikanische Energieminister Schlesinger ergänzte: „Die Frage einer amerikanischen militärischen Anwesenheit (im Golfgebiet) wird geprüft.“ („LM“, 27.2.79).

Bei dieser Äußerung kann es sich selbstverständlich nur darum handeln, daß die USA prüfen, wie sie ihre militärische Präsenz in der Golfregion und im gesamten Nahen Osten verstärken können. Allein in Saudi-Arabien sind mehr als 10.000 amerikanische (andere Quellen sprechen von 20.000) und 2.500 britische und französische Militärberater stationiert („SZ“, 1.3.79). Zum Vergleich: Die saudischen Streitkräfte werden mit 70.000 angegeben. Damit übersteigt die Zahl der amerikanischen Experten in Saudi-Arabien — verglichen mit der Stärke der Armee — die ehemals in Iran stationierten erheblich. Amerikanische Berater befinden sich ebenfalls in Kuwait und Oman. In Bahrain unterhalten die USA einen Marinestützpunkt.

## Saudi-Arabien und das Golfgebiet

Brown sicherte auf seiner Rundreise den reaktionären arabischen Staaten und Israel nicht nur weitere Waffenlieferungen zu, sondern machte den Vorschlag, einen Militärpakt im Golfgebiet unter US-Aufsicht zu bilden sowie (weitere!) Luft- und Marinestützpunkte im Golfgebiet zu errichten. Die saudische Regierung verhielt sich diesen

Vorschlägen des amerikanischen Kriegsministers Brown gegenüber distanziert (was angesichts der massiven militärischen Präsenz innerhalb Saudi-Arabiens eher eine Farce ist), während Kuwait und Irak — vor allem wohl im Hinblick auf mögliche Proteste der arabischen Massen — diese Vorschläge als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder am Golf zurückwiesen. Dies ändert aber nichts daran, daß die Golfländer (Irak eingeschlossen) zukünftig militärisch enger zusammenarbeiten wollen. Saudi-Arabien und Irak haben erst kürzlich ein Sicherheitsabkommen geschlossen („The Guardian“, 28.2., „Monitor-Dienst“, 2.2.). Schon vor dem Brown-Besuch war bekannt geworden, daß die Golfstaaten gerade im Hinblick auf die Entwicklung im Iran einen Beistandspakt anstreben („SZ“, 7.2.79).

Des weiteren diskutierte Brown mit saudischen Vertretern die „Entsendung von auf Terrorismus-Bekämpfung spezialisierten US-Experten“ („MD“, 15.2.79) — offiziell zur Sicherung der saudischen Erdölinstallationen (!). Mit der Entsendung solcher Spezialeinheiten soll jede Opposition in Saudi-Arabien nach Möglichkeit schon im Keim erstickt werden.

Erst kürzlich hatte es in dem saudischen Erdölgebiet Dharam Streiks und Unruhen unter den Arbeitern gegeben, die gewaltsam niedergeschlagen wurden (nach Meldungen des linksgerichteten libanesischen Zeitung „As-Safir“, „SZ“, 12.2.79). Gegen das despotische saudische Regime hatten sich in der Vergangenheit immer wieder kleine oppositionelle Gruppen herausgebildet, die allerdings schnell zerschlagen wurden. Auf Mitgliedschaft in einer oppositionellen Gruppe steht in Saudi-Arabien die Todesstrafe („Tribune“).

## Ägypten, der neue Gendarm?

Während des Brown-Besuches hat das ägyptische Regime umfangreiche amerikanische Waffenlieferungen verlangt, mit der Begründung, die ägyptischen Streitkräfte müßten für die Eventualität einer ausländischen Intervention gerüstet sein. Angesichts der Entwicklung im Iran könne ein mit modernsten militärischem Gerät ausgerüstetes Ägypten die Rolle des Iran als Treuhänder amerikanischer Interessen im Nahen Osten übernehmen. Gefordert wurden im einzelnen: 300 F-16-Kampfbomber, 600 Panzer, 500 Geschütze, 40.000 Militärfahrzeuge („FR“, 22. und 24.2.79).

Gerade Ägypten kann schon wegen seiner instabilen inneren Situation diese Rolle keineswegs einnehmen. Wenn schon das Schah-Regime — ausgerüstet mit den modernsten amerikanischen Waffensystemen — innerhalb eines Jahres durch eine demokratische Massenbewegung hinweggefegt wurde, wieviel eher gilt das für Ägypten?

Auch hier nimmt die Verarmung breiter Schichten immer mehr zu, während die „fetten Katzen“, die kleine Schicht einheimischer Spekulanten immer reicher wird. In den letzten Jahren nahmen — parallel zur Öffnung nach Westen — die Re-

pression und politische Verfolgung immer weiter zu. Die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung nach einem Friedensvertrag mit Israel — und einer damit verbundenen Verbesserung der sozialen Lage — schwinden einhalb Jahre nach der Jerusalem-Reise Sadats immer mehr. Die Aufstände im Januar 1977, deren Anlaß die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel waren, haben gezeigt, daß Ägypten ein Pulverfaß ist.

Außerdem waren die Camp David-Abkommen und ein möglicher Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel von seiten der Imperialisten keineswegs so gedacht, Ägypten zum Konkurrenten des zionistischen Staates aufzubauen, der seit seinem Bestehen die Rolle des imperialistischen Statthalters in dieser Region spielt. Durch diese Verträge sollte in erster Linie Israel der Rücken freigemacht werden, gegen die fortschrittlichen Kräfte in dieser Region, insbesondere den palästinensischen Widerstand und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte vorzugehen. Desweiteren sollte Ägypten — nach einem Ausgleich mit Israel — als Ordnungsmacht gegen fortschrittliche Bewegungen in den arabischen Ländern und in Afrika einsetzbar gemacht werden. Schließlich wäre der Einsatz israelischer Truppen in arabischen Ländern schwer möglich.

Nach dem Sturz des Schah-Regimes muß Ägypten diese Aufgabe nun verstärkt ausfüllen. Der amerikanische Präsident Carter äußerte sich in diesem Sinne zur Rolle Ägyptens: Die ägyptischen Streitkräfte könnten als stabilisierende Kraft im Nahen Osten eingesetzt werden, „um den Frieden zu wahren“. Die an der Ostseite des Suezkanals stationierten fünf Divisionen könnten zur Abschreckung ausländischer Kräfte dienen. „Ich will nicht prophezeien, daß dies geschehen wird, aber fünf Divisionen könnten zur Abschreckung ausländischer Kräfte dienen.“ „Ich will nicht prophezeien, daß dies geschehen wird, aber Ägypten hätte das Potential, die relativ wehrlosen anderen arabischen Staaten zu schützen und den Frieden in dieser Region zu wahren.“ („FR“, 24.2.79).

Die beste Voraussetzung dazu sieht Carter in einem Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel.

Zunächst: Daß Sadat den Friedensschluß mit Israel für diese Polizistenrolle nicht braucht, hat er schon bewiesen. Schon am 21.2.79 berichtete die „Neue Zürcher Zeitung“, daß Ägypten einen bedeutenden Teil seiner im Osten stationierten Truppen an die libysche Grenze verlegt habe. Begründung: Libyen besitze mehr sowjetische Waffen als seine Armee zur Zeit verwenden kann. Dies sei ein Glied des sowjetischen Umzingelungsversuches. Damit definiert die ägyptische Regierung die sowjetische „Bedrohung“ genau so offensiv wie die USA. Und wenn sowjetische Waffenlieferungen an Libyen schon als Expansionsbestrebungen der Sowjetunion eingestuft und auch beantwortet werden müssen (durch einen neuen Krieg gegen Libyen?), dann muß das demokratische Soudjemen, das von der Sowjetunion wirtschaftliche und militärische Hilfe erhält, gerade zu als eine Bedrohung für die arabische Halbinsel betrachtet und entsprechend behandelt werden.

Das endlose Hin und Her um die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Praxis die Konsequenzen aus den Camp David-Abkommen längst gezogen werden. Die USA sind dabei, die ägyptische Armee in eine schlagkräftige Armee gegen die angebliche sowjetische Bedrohung im Nahen Osten und in Nordafrika umzuwandeln. Gegenwärtig werden die 500.000 Mann starken ägyptischen Truppen reorganisiert, wobei die zahlenmäßige Stärke um 150.000 Mann reduziert wird. Eine gute Gelegenheit, die ägyptische Armee weiter von fortschrittlichen Kräften zu säubern! Schwergewicht wird bei der Reorganisation der Armee auf die Bildung von Kommandotruppen und Fallschirmspringereinheiten gelegt.

Schon in den nächsten Tagen will das amerikanische Verteidigungsministerium eine Delegation hoher Offiziere und Techniker an den Nil schicken, die eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Ausrüstung der ägyptischen Streitkräfte und des Bedarfs an Waffen und Gerät machen wollen („FR“, 24.2., „SZ“, 3.3.79). Es werde nicht die ersten und nicht die letzten amerikanischen „Berater“ in Ägypten sein. In den Geheimabkommen zu den Camp David-Abkommen war zwischen Ägypten und den USA

(die allerdings erst nach Abschluß des Friedensvertrages in Kraft treten sollten) u.a. festgelegt worden:

- Entsendung amerikanischer Militärberater, zunächst 5.000;
- militärischer Schutz der USA für Ägypten im Falle eines Konfliktes mit Libyen — bis hin zur Intervention;
- moderne Waffenlieferungen, für die eigene Verteidigung und um es Ägypten zu ermöglichen, „zugunsten anderer Länder der Dritten Welt (vor allem afrikanischer), die von „interner Subversion“ und dem „internationalen Kommunismus“ bedroht sind, zu intervenieren“;
- Zusammenarbeit beider Geheimdienste;
- wirtschaftliches und finanzielles Hilfsprogramm („Afrique Asie“, 2.10.78).

Ein großer Teil der noch nicht in Kraft getretenen „Geheimabkommen“ ist also schon gängige Praxis, wenn es darum geht, gegen fortschrittliche Kräfte und Staaten vorzugehen.

Nachdem Ägypten in der Vergangenheit zugunsten der reaktionären Präsidenten Numeiri in Sudan intervenierte, Militärexperten nach Somalia und Tschad entsandte, dem zairischen Präsidenten Mobutu half, einen Aufstand gegen sein faschistisches Regime niederzuschlagen, sendet Ägypten nun Truppen gegen die Befreiungsbewegung PFLO in das Sultanat Oman, die die abgezogenen iranischen Truppen ersetzen sollen. Bisher sollen 7.000 ägyptische Soldaten in Oman stehen („NZZ“, 24.2.79). Iran hatte bis zu 10.000 Mann in Oman stationiert. Die britische Präsenz soll ebenfalls verstärkt worden sein („Die Neue“, 17.2.79).

## Das demokratische Soudjemen soll zerschlagen werden

Gleichzeitig mit den allgemeinen Interventionsdrohungen der US-Imperialisten in dieser Region setzte eine Propagandakampagne gegen die Demokratische Volksrepublik Soudjemen ein, der unmittelbar militärische Provokationen folgten. Das von Saudi-Arabien und den US-Imperialisten unterstützte nordjemenitische Regime zettelte einen Grenzkrieg gegen Soudjemen an.

Unmittelbar vor der Eskalation der militärischen Auseinandersetzung (schon seit Oktober '78, unmittelbar nach der Niederschlagung eines Aufstandes gegen die nordjemenitische Regierung, hatte es immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen gegeben) hatte der nordjemenitische Außenminister Asnag in der saudischen Zeitung „Al-Bihad“ gedroht, sein Land werde Schritte unternehmen, „um den sowjetischen und kubanischen Aktionen im Raum des Roten Meeres ein Ende zu setzen“ („NZZ“, 22.2.79). Das konnte nur als direkte Drohung gegen das demokratische Soudjemen verstanden werden.

Die südjemenitischen Truppen konnten die Truppen Nordjemens sehr schnell zurückschlagen. Sehr schnell richtete sich der Überfall auf Soudjemen dann gegen die nordjemenitische Regierung selbst. Schon am dritten Tag (!) nach Beginn der Kämpfe meldete Soudjemen, daß in Nordjemen ein Aufstand begonnen hätte, getragen von der Nationalen Demokratischen Front und einigen Nordstämmen. Die Grenzstädte Katabah, Al-Beida und Harib wurden von Aufständischen besetzt. Der Gouverneur der im Osten liegenden Mareb-Provinz schloß sich den Aufständischen an.

Nach Ausbruch der Kämpfe kündigten die USA an, die versprochenen Waffen für Nordjemens sofort zu schicken. Für 200 Mio. Dollar sollen Panzer- und Luftabwehrgeschütze, gepanzerte Mannschaftswagen und rückstoßfreie Gewehre geliefert werden (auch in diesem Fall soll Saudi-Arabien zahlen).

Der nordjemenitische Außenminister Asnag und ein weiterer Regierungsvertreter reisten noch während der Kämpfe nach Ägypten. Offensichtlich ging es um die Entsendung ägyptischer Truppen („SZ“, 2.3.79).

Auf Vermittlung Syriens und Iraks trat kurzfristig ein Waffenstillstand in Kraft, der allerdings von Seiten Nordjemens sofort wieder gebrochen wurde. Die ägyptische halbamtliche Zeitung „Al-Ahram“ nutzte die Gelegenheit zu weiterer Warnung vor einer sowjetischen Infiltration im Nahen Osten mit dem Ziel, die Erdölvorkommen in die Hand zu bekommen. Die UdSSR führe ihren Vorstoß vom sowjetischen Stützpunkt Aden aus, wobei ihr die Lage im Jemen (gemeint sind hier wohl die inneren



Widersprüche Nordjemens) zugute kommen („SZ“, 2.3.79).

Wie offen provokativ solche „Interpretation“ ist, zeigt, daß die südjemenitische Regierung von Anfang an erklärt hatte, daß sie jederzeit bereit sei, einer Aufforderung nach Beendigung des Konfliktes mit Nordjemens zu folgen, wenn sie an beide Staaten gerichtet sei („FR“, 28.2.79), und sie hat, obwohl in der augenblicklich stärkeren Position, danach gehandelt.

Während der Kämpfe war der südjemenitische Außenminister dreimal zu Gesprächen in Saudi-Arabien, ein deutliches Zeichen, daß Soudjemen keinerlei Konfrontation mit dem saudischen Regime will. Bei der Propaganda der US-Imperialisten und der reaktionären arabischen Regimes, die Sowjetunion benutze Soudjemen für seine Vorstöße auf der arabischen Halbinsel, sollte man außerdem im Auge behalten, daß Soudjemen nur rund 1,5 Mio. Einwohner hat (Nordjemen allein hat sechs Mio.) und außerordentlich arm ist.

Auf der am 4.3. begonnenen Tagung der Arabischen Liga (an der erstmals seit dem Jerusalem-Besuch Sadats der ägyptische Außenminister teilnahm, in trauter Eintracht mit den Staaten der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation und der PLO) bestritt der Vertreter Soudjemens, daß die Truppen der Volksrepublik in Nordjemen einmarschiert seien, vielmehr gebe es innerhalb Nordjemens Auseinandersetzungen zwischen Milizen der Nationalen Demokratischen Front Nordjemens und Regierungstruppen.

Die gesamte reaktionäre arabische Presse, ebenso wie die reaktionäre Presse hier, vertritt die Theorie, bei den Grenzkonflikten handele es sich um einen Teil der „von Moskau betriebenen Einkreisungspolitik der Region“. „Nach der politischen Umwälzung in Iran, so heißt es z.B. in Maskat, der Hauptstadt des Sultanats Oman, werden die Sowjets versuchen, die wichtigste Ölmacht Saudi-Arabien und Kuwait sowie die Vereinigten Emirate zu unterminieren. Die sowjetische Ausgangsbasis bildet die demokratische Volksrepublik Jemen. Hier hat sich Moskau politisch und militärisch fest etabliert. Von hier aus bietet sich die Möglichkeit, revolutionäre Entwicklungen auf der Arabischen Halbinsel zu forcieren“ („FAZ“, 1.3.79).

Entsprechend diesen Einschätzungen haben ägyptische und kuwaitische Nachrichtenagenturen denn auch die entsprechenden Mengen kubanischer Soldaten und sowjetischer Berater bei den Kämpfen gesichtet. Die Zahlen reichen bis zu 2.700 Kubaner, die von Äthiopien aus nach Soudjemen geflogen worden sind („SZ“, 9.3.79).

Fast aufs Haar genau gleichen diese Begründungen für die militärischen Aggressionen gegen Soudjemen denjenigen, mit denen China seine Aggression gegen Vietnam begründet hat.

In diesem Fall sind es die US-Imperialisten, die kein „Kuba“ im Nahen Osten dulden wollen. Sie haben auch schon begonnen, entsprechend dieser Logik zu handeln. Mit der Begründung, bei einer Gefährdung Nordjemens stünden „grundlegende nationale Interessen“ der USA auf dem Spiel, unterstützen die USA Nordjemens mit enormen Waffenlieferungen, u.a. wurde eine Staffel F-5E-Jagdflugzeuge — nebst jordanischen Piloten geliefert. Der amerikanische Flugzeugträger „Constellation“ ist auf dem Weg in den Golf, zusammen mit 100 modernsten Kampfbombern, einem Raketenkreuzer, einem Raketenzerstörer, einem Versorgungsschiff und einem Unterseeboot („SZ“, 9.3.). Der saudischen Regierung wurde wiederum — diesmal bewaffnet — eine Staffel F-15-Kampfbomber angeboten, außerdem befinden sich zwei AWACS-Aufklärungsflugzeuge im Golfraum. Die saudische Regierung hat Mobilmachung für die eigenen Truppen angeordnet.

Der Angriff auf die Demokratische Volksrepublik Soudjemen hat begonnen.



## Die gesellschaftlichen Ursachen sehen!

Betrifft: „Heilsarmee – Nein danke“ in AK 146

Mit dem Artikel des Göttinger Genossen bin ich nicht einverstanden. Einerseits stellt der Verfasser richtig fest, daß der Genuß von Alkohol dazu dient, Hemmungen abzubauen und die weitverbreitete Unfähigkeit, miteinander zu kommunizieren, zu überwinden; außerdem führt er weitere Funktionen an wie Streßlöser, Auflockerer etc. Andererseits bezeichnet er die psychische oder physische Abhängigkeit vom Alkohol als Krankheit. Er behauptet, die Ursachen dafür seien kaum erforscht oder analysiert. Darüber hinaus meint er sogar, Alkoholismus sei ein individuelles Problem einiger Leute.

Warum wird jemand vom „Normaltrinker“ zum „Alkoholkranken“? Der Genosse führt drei Theorien an, die m.E. bürgerliche Theorien sind (Stoffwechselerkrankung, „Selbstmord auf Raten“). Sie leugnen, wie letztlich auch der Göttinger Genosse, die gesellschaftlichen Ursachen für die Trunksucht.

Alkohol ist Streßlöser. Woher kommt denn der Streß? Alkohol dient zur Überwindung der Kommunikationsunfähigkeit. Woher kommt denn diese? Warum sind Menschen resigniert und isoliert? Warum sind Heimkinder und jugendliche Arbeitslose besonders anfällig für diese „Krankheit, deren Ursachen unerforscht sind“?

Selbst wenn man die Abhängigkeit vom Suff als Krankheit bezeichnen will, heißt das noch nicht, daß diese Krankheit nicht gesellschaftliche Ursachen hat (siehe u.a. den Krebs-Artikel im gleichen AK). Um diesen Begriff will ich mich nicht in erster Linie streiten, obwohl er geeignet ist, die wirklichen Ursachen zu verschleiern.

Alkohol ist ein Wirtschaftsfaktor. Die Kapitalisten und ihr Staat unterhalten ganze Branchen dazu und profitieren nicht unbeträchtlich von den menschenfeindlichen Lebensbedingungen, die sie geschaffen haben. Dafür, daß wir mit Hilfe von Alkohol mehr oder weniger regelmäßig die Flucht aus dieser perversen Gesellschaft ergreifen, wird mit massiven psychologischen Mitteln geworben. Letztlich werden auch alle Alternativen zu kommerziellen Kneipen bekämpft, z.B. selbstverwaltete Jugendzentren, oft sogar mit der hirnrissigen Begründung „alkoholische Exzesse“.

Die Tatsache, daß wir uns besaufen, um durchzuhalten, ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein ideologisches Geschäft. Die Droge Alkohol hält viele Menschen davon ab, die tatsächlichen Verursacher ihres elenden Lebens zu erkennen und zu bekämpfen. Kneipen eignen sich hervorragend für die Stabilisierung der herrschenden bürgerlichen Moral. Beobachtet mal das Verhalten von Frauen und Männern, von einzelnen und Paaren in einer Kneipe, auch in einer „linken“ Kneipe!

Alkohol ermöglicht uns, offen und „locker“ zu sein. Diese Gesellschaft ermöglicht es uns nämlich nicht, so zu sein und uns zu entfalten. Um anerkannt zu werden, muß sich jeder in Betrieb, Schule, Uni, Familie, Bekanntenkreis, also im gesamten Alltag so verhalten, wie er/sie es gelernt hat. Wer von uns hat jemals gelernt, daß er/sie Gefühle zeigt, offen sein kann? Was man uns beigebracht hat, ist die Unterdrückung der eigenen Gefühle und Bedürfnisse, die bürgerliche Sexualmoral, die Rollenverteilung zwischen Frau und Mann, die Konkurrenz etc.

Dies lang und breit auszuführen, halte ich an dieser Stelle nicht für nötig. Ich wollte nur antippen, was für Zwänge es gibt, die es uns erschweren oder unmöglich machen, menschlich zu sein, miteinander zu kommunizieren, befriedigende und solidarische Beziehungen miteinander zu haben. Das ist ein Teil der konkreten Betroffenheit, die mich veranlaßt, für eine menschenwürdige Gesellschaft zu kämpfen, nicht trotz, sondern wegen meiner eigenen Kaputtheit.

Das Interesse unserer Feinde, der Imperialisten, ist es nicht nur, uns ökonomisch auszubeuten. Es ist auch das Interesse dieser Leute, unsere Menschlichkeit, unsere Kommunikation und unsere Solidarität zu zerstören. Wenn sie dies nicht schon immer getan hätten, wären sie schon längst verjagt worden.

Nach der Definition des Göttinger Genossen bin ich selbst alkoholkrank oder zumindest kurz davor. Ob dies nur mein individuelles Problem ist, sei dahingestellt. Ich glaube, nur gemeinsam können wir erreichen, daß jeder von uns unter den Bedingungen dieser Gesellschaft überleben kann, ohne von Drogen gleich welcher Art abhängig zu sein. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir in unserem harten und langfristigen Kampf noch viele Genossen verlieren.

Hp., Gießen

## „Das hab ich alles fest im Griff...“

Im folgenden wollen wir zwei Beiträge zum Drogenproblem zur Diskussion stellen.

Zuvor jedoch einige Anmerkungen. Leider ist die Diskussion um Alkohol, Drogen etc. nicht recht in Gang gekommen. Trotz diverser, teilweise sehr persönlicher Leserbriefe, die sicher nicht nur Einzelfälle schilderten. Es scheint so, daß diese Frage eher als individuelles, alltägliches „Problemchen“ gesehen wird, mit dem man sich halt rumschlagen muß oder nicht, und daß man es, wie in einem der letzten Leserbriefe zum Ausdruck kam, eben „fest im Griff“ hat.

Für andere liegt hier gar kein überdenkenswertes, real existierendes Problem vor, das knallharte gesellschaftliche und zwischenmenschliche Ursachen hat. Es gibt sogar solche Standpunkte, daß Alkohol Ausdruck von Männlichkeit sei oder zu einem Linken eben dazu gehöre usw.

Es geht uns nicht darum, einem Alkohol- und Drogenverbot a la Klassenjustiz das Wort zu reden – der legale Handel mit Shit zum Beispiel wird manchmal Dealer, der aus Profitgier geklinkte Mixturen verkauft, die Sache erschweren. Es geht auch nicht darum, eine rigide Rauchverbotsdiskussion anzuzetteln, die die gesellschaftlichen Ursachen des Rauchens und die Abhängigkeiten vollkommen außer Acht läßt, ohne nach einer sinnvollen Lösung zu suchen.

Es geht erstmal darum, die klassenspezifische Funktion von Alkohol und anderen Rauschmitteln zu erkennen (Darunter verstehen wir im weitesten Sinn alles, was die Arbeiterklasse von ihrem Kampf ablenken will. Neben Alkohol, Shit etc. gehören dazu auch

ideologische Drogen wie z.B. die Religionen, Konsumideologie, Kleinfamilienidylle u.a.). All dies muß als eine und zwar sehr erfolgreiche Waffe im Kampf gegen das Proletariat gesehen werden. Zudem zieht die Bourgeoisie sichere Profite daraus, und zwar solange, bis ihr als herrschender Klasse der Garaus gemacht wird. Welcher Droge die Bourgeoisie gelegentlich den Vorzug gibt, ob einer oder mehreren, ob sie legalisiert oder verbietet, was sie „in Mode“ bringt oder fallen läßt, das sind keine Zufälligkeiten, sondern das ist taktisches und kommerzielles Kalkül.

Gut ist für die Bourgeoisie, was abhängig macht, von den Klasseninteressen ablenkt, aber andererseits die Arbeitskraft des Arbeiters nur nach Bedarf zerstört. Wird der Unmut der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu groß, dann werden halt Ventile geschaffen in Form von materiellen und ideologischen Drogen. Einen Reibach macht die Bourgeoisie allemal damit. Im Falle des zweitgrößten Dealers, der Pharma-Industrie, kann der „Stoff“ sogar noch mit dem Mäntelchen der Sozialleistung verkauft werden.

Verbote und Einschränkungen (z.B. extrem hohe Besteuerung, Alkoholverbot am Arbeitsplatz u.a.) greifen dort, wo der Schaden (im Sinne der Bourgeoisie: frühe Arbeitsunfähigkeit, höhere Kosten der Krankenversorgung etc.) den Nutzen (die Vernebelung der Köpfe) übersteigt. Besondere Bedeutung mißt die Bourgeoisie dabei im Augenblick der angeblich steigenden Drogenabhängigkeit von Kindern und Jugendli-

Fortsetzung nächste Seite

## Drogen in Maßen?

Aus den zu dem Thema „Drogen in der Linken“ in den letzten AKs veröffentlichten Artikeln und aus meinen persönlichen Erfahrungen kann ich entnehmen, daß Drogen für viele Genossinnen und Genossen ein ernsthaftes Problem sind. Daß erst jetzt eine Auseinandersetzung damit begonnen wird, zumal aus der persönlichen Sicht der Genossen als Betroffene, ist m.E. symptomatisch für die Art, wie sich in dieser Gesellschaft mit diesem Problem auseinandergesetzt wird: Es wird nämlich weitgehendst unter den Teppich gekehrt, als „individuelles Problem“ eingestuft und damit abgetan.

Tatsächlich ist die Drogensucht hier und heute eine „Volksseuche“ von unbekanntem Ausmaß. Statistisch erfaßt wurden in den letzten Jahren lediglich Fixer, die an den unmittelbaren Folgen eines überdosierten Schusses starben. Die für die BRD und Westberlin in die Tausende gehende Zahl der an der Langzeitwirkung des Alkohols zugrundegegangenen Menschen kann nicht einmal grob geschätzt werden.

Wenn der Genosse aus Altona im AK 143 schreibt, „daß die Bourgeoisie immer Drogen benutzt hat, um die Massen still zu halten und erst dann eingreift, wenn die Menschen nicht mehr leistungsfähig genug sind, ihre Profitinteressen zu befriedigen“, so trifft er m.E. den Nagel auf den Kopf. Das bestätigt ja auch der Artikel „Alkohol und Arbeiterbewegung“ im AK 146, und das bestätigt auch Herr Heckmann, der „Drogenbeauftragte“ von Westberlin mit seinem vom Senat mit Millionen finanzierten Programm, mit dem – wie es neulich ein Mitarbeiter des Westberliner Vereins Drogenhilfe e.V. ausdrückte – lediglich die Leute aufgefangen werden können, die bereits in den Topf gefallen sind.

Es geht darum, die vom Drogenbeauftragten zwischen 5.000 und 6.000 bezifferte Anzahl „harter Abhängiger“ vor dem Tode zu bewahren, sie zu „entgiften“ und in die Gesellschaft wieder einzugliedern und darüber hinaus einen weiteren Zulauf zur „harten Szene“ zu stoppen.

Im Gegensatz zum Alkohol vollzieht sich der psychische und physische Gewöhnungsprozeß bei „harten Drogen“ (Heroin, Kokain, Opium und Morphin) in Monaten, Wochen oder sogar Tagen. Entsprechend entwickelt sich der körperliche Verfall. Die Abhängigkeit vom „Stoff“ bringt es mit sich, daß der oder die Süchtige mit allen Mitteln der Geldbeschaffung – Raub, Prostitution, Zuhälterei – sich einen neuen „Druck“ zu verschaffen versucht (das wird in dem Stern-Buch „Die Kinder vom Bahnhof Zoo“ sehr realistisch beschrieben). Die Konfrontation mit der Justiz hat u.a. dazu geführt, daß

nach den offiziellen Angaben der Behörden 1978 mindestens

- 10% der 1.500 Insassen der U-Haftanstalt Moabit drogenabhängig sind;
- 20% der jugendlichen Insassen in der „Plötze“;
- 50% der 130 Frauen in der Lehrter Straße und
- 10% der 16.000 Männer in Tegel.

Das sind Mindestzahlen (!) aus dem „Neuen Rundbrief“ (4/1978) der Senatorin für Familie, Jugend und Sport in Westberlin. Süchtige sind Kostenfaktoren, die aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß vorzeitig herausgefallen, der Justiz, sowie den Kranken- und Rentenversicherungsträgern „zur Last“ fallen: Neben dem Aufenthalt im Knast müssen noch weitere 13.000 bis 60.000 DM für eine Therapie pro Person hingeblickt werden.

Kapitalisten und Staat haben natürlich nichts gegen einen gesteigerten Konsum „legaler“ Drogen – „in Maßen“ natürlich – einzuwenden, sofern das Rentenalter ohne größeren Schaden erreicht wird.

Schnaps, Bier, Zigaretten und Pillen in allen Variationen; die „Genußmittelindustrie“, der Staat und die Pharmahersteller sacken dabei ein! Wo, wie in dieser kapitalistischen Gesellschaft Bedürfnisse bei Menschen künstlich erzeugt werden, um die Profite der Herrschenden weiter hochzuschrauben, kann es m.E. keinen „verantwortungsvollen Umgang“ mit Drogen geben, zumal uns die Funktion allzu klar ist.

Es geht dabei gar nicht um „Heilsarmee“ oder nicht – es geht darum, daß wir als Kommunisten Drogen benutzen und das bisher in größerem oder kleinerem Maß unreflektiert getan haben; zumindest als eine Sache, die mit unserem politischen Verständnis nichts zu tun hat, begriffen haben. Und es geht darum, daß sich bei einigen Genossen eine Abhängigkeit entwickelt oder vielleicht schon entwickelt hat – daß sie damit „massive Probleme haben“ – wie es eben aus den Briefen deutlich wird.

Zum ersten: Drogen sind Mittel, mit denen wir künstlich unser Bewußtsein beeinflussen. Es gab eine Zeit, wo die Ideologie der „Bewußtseinsweiterung durch Drogen“ eine ziemlich starke Verbreitung gefunden hatte – besonders unter uns „Linken“. Das ist inzwischen eine Weile her, und wir wissen besser! Heute geht es bei Drogen ausschließlich um Bewußtseinsreduzierung, -einen, Verdrängung und um die scheinbare „Lösung“ von Konflikten. Ich will nicht von den paar Leuten reden, die Alkohol in der einen oder anderen Form „genießen“ – schließlich mußten wir uns alle in unserer Jugend oft qualvoll an das Zeug gewöhnen, denn der menschliche Kör-

per verfügt über einen natürlichen Abwehrmechanismus, der uns normalerweise schon beim Geruch von Alkohol die Kehle zuschnürt.

Wer säuft, verdrängt! Daran können wir kein Interesse haben, ganz im Gegenteil. Es kommt auf unser eigenes Verhalten an, mit dem wir auch auf dieser Ebene zeigen, daß Konflikte durch Alkohol, Tabletten oder Shit nicht lösbar sind, sondern letztlich nur durch politisches Handeln, d.h. durch Bekämpfung der konkreten Ursachen.

Zum Zweiten: Den Freunden und Freundinnen, mit denen wir auch in der politischen Arbeit zu tun haben, können wir ein Stück weit durch unsere konkrete Ablehnung solcher „Lösungsmittel“ helfen, unabhängig von einer Therapie in dafür geeigneten Gruppen. Der Anblick einer Droge ist auch für einen ehemaligen Abhängigen, der schon Jahre „clean“ ist, eine außerordentliche Versuchung. Wieviel schlimmer muß es für einen Mann oder eine Frau sein, die „runter will“.

Das betrifft im übrigen auch das Rauchen (!), und ich weiß, daß ich damit im KB einen besonders wunden Punkt anspreche. Ich habe wirklich auf keiner Veranstaltung, auf der Arbeit oder im privaten Kreis soviel Ignoranz erlebt wie von den (anleitenden) KB-Rauchern gegenüber dem nichtrauchenden KB-Fußvolk.

Gen. aus Westberlin

### Friedrich Engels zur Alkoholfrage

„... zweierlei verbietet uns Herr Dühring: erstens ‚die Unsauberkeiten mit dem Tabak‘, und zweitens ‚Getränke und Nahrungsmittel, welche widerwärtig erregende oder überhaupt für die feinere Empfindung verwerfliche Eigenschaften haben.‘ ... wir sind also zu dem Schluß gezwungen, daß sein Verbot sich bloß auf Wein und Bier erstreckt. Er verbietet nun auch noch das Fleisch, und dann hat er die Wirklichkeitsphilosophie ... auf der Höhe der puren Kinderei!“ (Friedrich Engels: Der Anti-Dühring; Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, S. 153/54; Hervorhebungen von mir).

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg



(aus: „Wir Kinder am Bahnhof Zoo“, „Stern“-Buch Seite 65)

Was uns als Pädagogen überraschte, die wir zur Zeit der Studentenbewegung den Gebrauch sogenannter weicher Drogen hauptsächlich unter dem Aspekt ihrer bewußtseinsmäßigen Auswirkungen diskutiert hatten, war die Schnelligkeit, in der in Gropiusstadt eine Szene für harte Drogen entstand. Innerhalb weniger Monate waren 30–50 Jugendliche aus unserem Einzugsbereich auf Heroin umgestiegen. Unseren und nicht mit disziplinarer Gefährlichkeit des Drogenkonsums die Jugendlichen und die Eingeweihten.



# Profit mit Shit

In Frankfurt gibt es ein Werbeblatt, „Blitz-Tip“, das einmal wöchentlich kostenlos verteilt wird. Am 4.1.1979 erschien dort ein sehr interessanter Artikel unter der Überschrift: „Joint für jedermann, schon patentrechtlich geschützt!“. Anlaß war ein Vorfall in der Frankfurter Drogenszene, der von der Presse, allen voran „Bild“, weidlich ausgeschlachtet wurde. „Der Vampyr von Frankfurt, ein Rasputin-Typ“, der angeblich das Blut junger Mädchen trinken würde, machte Schlagzeilen.

Auch im „Blitz-Tip“ konnte man lesen: „Dieser geradezu unglaubliche Fall ist schauerlicher Glanzlicht der manischen Drogenszene“. Allerdings begnügte sich der Verfasser nicht nur mit der Schilderung, wohin der Drogenkonsum führen könne, wenn Eltern mit schlechtem Beispiel („Alkoholgenuß, Tablettensucht“) vorangehen würden, sondern er weist auf eine interessante Entwicklung der Drogenpolitik in Holland hin.

Schon heute kann dort jeder bis zu 30 Gramm Hasch bei sich tragen, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden. Man erhält den Shit in fast allen

Fortsetzung von Seite 57

chen bei. Hier reagiert der Polizeistaat, begleitet von einer ideologischen Kampagne gegen die „verkommene Jugend“. D.h. die Einrichtung von Sonderkommandos, „Jugendpolizei“, Bau von Drogenknästen, geschlossenen Heimen und sonstigen Zwangsanstalten bei gleichzeitiger Schließung von Einrichtungen, die der Drogenabhängigkeit an die Wurzel gehen wollen.

Von dem aufwendigen Anti-Drogen-Programm des Westberliner Senats für 1978 in Höhe von 8,5 Mio. DM erhielten die erfolgreichen alternativen Therapiegruppen sage und schreibe 500.000 DM. Alleine vier Millionen DM wurden zum Ausbau des polizeilichen und klinischen Apparates benutzt. Die ideologische Argumentation liegt z.B. darin, die durch „linke Experimente“ (antiautoritäre Erziehung, Zerstörung der Familie, Emanzipation der Frau usw.) auf die „Droge“ gekommene, „verweichlichte“ Jugend wieder härter anzupacken. Dabei sind alkohol- und drogensüchtige Jugendliche und besonders Kinder natürlich eine willkommene Begründung.

Wenn also jemand das Problem der Drogen „im Griff hat“, ist es, was deren Nutzung für ihre Zwecke angeht, zunächst die Bourgeoisie.

Entsprechend geht es in der Diskussion in der Linken darum, ob man mit der „hab ich im Griff“-Parole der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Funktion von Drogen im Kapitalismus aus dem Weg geht, oder ob man Drogen als Problemlösung bzw. Mittel der Vernebelung des Kopfes vom Klassenstandpunkt aus entschieden ablehnt und nach anderen Lösungen für diese Probleme sucht.

Dazu gehört, die menschlichen und politischen Probleme nicht zu verdrängen oder im Bier zu ertränken und politischen Probleme nicht zu verdrängen oder im Bier zu ertränken, sondern die solidarische Auseinandersetzung zu suchen, Hilfe anzubieten bzw. sich einzumischen, wenn man/frau sieht, daß jemand nicht klar kommt (Gemeint sind damit keine Selbsterfahrungsgruppen oder das Wühlen im privatpersönlichen Bereich anstelle einer politischen Auseinandersetzung).

Zu dem Artikel „Profit mit Shit“ scheinen uns noch kurze Anmerkungen notwendig:

Durch die überzogene Darstellung des „holländischen Modells“ wird man das Gefühl nicht los, daß die Genossen den täglichen Joint gar nicht so ablehnend gegenüberstehen, im Sinne: „Ich hab's ja politisch im Kopf“.

Dazu ist zu sagen: Der Eindruck vom öffentlichen Klima in Holland, wie er hier etwas euphorisch vermittelt wird, mag zur Zeit der „Provos“ und „Klabauters“ um die Jahre 68-72 richtig gewesen sein.

Shit ist jedoch nicht legalisiert in Holland und es gibt gegenwärtig auch keine Diskussion in dieser Richtung. Es ist eher so, daß die Behörden mit Heroin nicht fertig werden, und von daher staatliche Maßnahmen gegen Shit einfach hintenrunterfallen.

Es handelt sich also keineswegs um ein fortschrittliches Therapiekonzept, wie man meinen könnte. Es stimmt zwar, daß Preise für Shit im Rundfunk durchgesagt wurden, um die Preise in angemessenen Relationen zu halten, allerdings keineswegs täglich. Das ganze war ein Modellversuch eines sozialdemokratischen Rundfunksenders, wie uns holländische Genossen auf Nachfrage berichteten. Dieser Versuch wurde ungefähr von 1970 bis 1978 durchgeführt und dann wegen nicht festzustellender Erfolge eingestellt. Die Meldungen kamen einmal in der Woche samstags auf einem 3. Programm.

Kinderkommission  
KB/Gruppe Hamburg

Jugendhäusern. Im Rundfunk werden täglich die Preise von Hasch und Marihuana durchgegeben, um diese auf dem Schwarzmarkt zu drücken. Spezielle, vom Staat kontrollierte Hausdealer sollen Preis und Qualität der Ware stabil halten. Eine neue Entwicklung wird dahin führen, Shit zu legalisieren, um „scheinbar“ gefährdete Jugendliche von stärkeren Drogen wie Opium, Heroin, LSD fernzuhalten.

Dahinter stecken jedoch handfeste, wirtschaftliche Interessen der Tabakgroßkonzerne. Die Kapitalisten haben sich in Holland wie auch in Amerika auf das Jahrhundertgeschäft „Shit per Zigarettenautomat“ gut vorbereitet.

In unserem Nachbarland sind schon die Markennamen „Joint Master“ und „Sticky“ (holl. Name für Joint) patentrechtlich angemeldet. In den USA rechnen die Großkonzerne mit einer Konsumentenanzahl zwischen 20 und 35 Millionen!

Ein Fragebogen am Ende des „Blitz-Tip“-Artikels sollte die Meinung von Lesern einholen, ob sie auch für die Legalisierung von Shit sind. Diese Umfrage („Marktforschung“) sollte in Erfahrung bringen, ob sich Haschisch per Zigarettenautomat auch hier für das Kapital lohnt.

Das Ergebnis, welches in der nächsten Ausgabe des „Blitz-Tip“ vom 11.1.79 veröffentlicht wurde, ergab: „Die Hälfte dafür, die Hälfte dagegen“.

Wir stimmen mit dem Verfasser in soweit überein, daß ein Verbot von Hasch und Marihuana nur einen schwarzen Markt hervorbringt, der von Verbrechenyndikanten beherrscht wird, und den Konsumenten an den Rand der Kriminalität drängt. Diesen gewissenlosen Dealern muß der Markt entzogen werden!

Mit dem Lösungsvorschlag „Modell Holland“ (siehe weiter unten) stimmen wir nicht überein.

Auch in der „Blitz-Tip“-Debatte kam wie so oft der Einwand – vorgebracht von dem Schriftführer der „Bürgerhilfe Zuflucht“ (bürgerlicher Hilfsverein in Frankfurt) – die Legalisierung fördere den Umstieg auf härtere Drogen. „Ganz abgesehen von der Wirkung von Haschisch, es genügt dem Dauerkonsumenten nur für die erste Zeit. Dann lockt das Heroin. Wollen Sie das, dann sagen Sie das deutlicher“ („Blitz-Tip“, 11.1.). Auf diese plumpe Polemik können wir nur die Argumentation des „Blitz-Tip“-Redakteurs unterstützen, denn in vielen orientalischen Ländern ist der Gebrauch von Haschisch ganz normal. Die Bauern in Afghanistan rauchen es auf offener Straße, und das stört keinen. Hat man schon jemals etwas von Millionen suchtgefährdeter Inder, Araber oder Perser gehört?

Solche Moralapostel sollen sich ernsthaft überlegen, warum es Millionen alkohol- und tablettensüchtiger Bürger gibt. Sie sind das Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, etwa einer Pharmaindustrie, die wohl mehr echt Drogensüchtige (Valium, Mantrax) in ihren unbarmherzigen Krallen hält, als es durch Haschisch jemals der Fall sein kann.

Wir widersprechen dem Verfasser aber ganz entschieden, daß eine „Resignation“ von Eltern, Schule und Staat für das Drogenproblem verant-

wortlich sei. Das ganze kapitalistische System treibt gerade die Jugend in eine aussichtslose Situation. Viele von uns sind dem Leistungsdruck, der Angst um eine Arbeitsstelle nicht mehr gewachsen. Die systematische Vorgehensweise des Kapitals, die unsere Lebensgrundlage und Zukunft durch Rationalisierung, Jugendarbeitslosigkeit, N.C. ohne Rücksicht auf unsere Umwelt zerstört, um uns in den kapitalistischen Produktionsprozess einzuliefern, macht uns fertig. Das „Ellbogenverhalten“ wird im Elternhaus, in der Schule, am Arbeitsplatz gepredigt und von denen, die sich angepaßt haben, auch ausgeführt. Hinzu kommt noch die Zersplitterung der Linken nach '68; das Solidaritätsgefühl untereinander und gegenüber den unterdrückten Völkern (siehe Iran) hat erheblich abgenommen. Dies hat uns noch anfälliger für die Angriffe des Kapitals gemacht. Viele von uns haben resigniert, sich auf einen individuellen Trip zurückgezogen, glauben durch Anderssein als die Bourgeoisie, z.B. durch übermäßigen Drogenkonsum, schon genug Protest zu äußern. Dies ist jedoch eine gefährliche Einstellung, denn durch die Flucht in eine Scheinrealität ist man unfähig, Kritik zu äußern, seine Situation zu verbessern. Sie bleibt so beschissen wie je zuvor. Es geht nicht darum, das Kiffen zu verteidigen, sondern um den täglichen Joint, der zu einer Lebensphilosophie gemacht wird. Man vergißt dann sehr schnell seinen politischen Anspruch, eine „Leck mich am Arsch“-Haltung macht sich breit, die uns nur schadet und dem Kapital nützt.

Die Überlegung, Hasch zu legalisieren, ist als ein neuer Schachzug des Kapitals gegen uns zu bewerten. Ein Staat, der unsere Interessen sonst so massiv unterdrückt, der mit Bulleneinsätzen jede Demonstration niederknüpelt, Kapitalisten, die die Arbeitsplätze wegrationalisieren, spielen sich plötzlich als soziale Helfer auf. Hier geht es nicht darum, etwa das Drogenproblem zu beseitigen, sondern es geht darum, den Großkonzernen noch mehr Profit zu zuschustern. Genau wie beim Geschäft mit dem Alkohol ist der Staat auf die Steuern, das Kapital auf den Profit scharf.

Außerdem wird denjenigen, denen es wirklich dreckig geht, den Fixern, damit in keiner Weise geholfen. Die staatliche Kontrolle des Shits ist nur ein anderer Weg, uns in den kapitalistischen Produktionsprozess einzuliefern. Illusionen in diesen Staat sollen so geschürt werden. Die einzige Möglichkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen, ist eine größere Solidarität unter uns, gegen die Repression des Kapitalismus.

Für uns muß es zum einen wichtig sein, mehr persönliches Interesse an unseren Genoss(inn)en zu zeigen und ihnen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen. Zum anderen müssen wir mehr Solidarität aufbringen in praktischen Aktionen gegen das Kapital. Nur so können wir unsere Situation verändern. Nicht die Droge löst unsere Probleme, sondern gemeinsame Aktionen gegen den Staat.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“

Eine Gruppe von KB-Sympathisanten  
Frankfurt

## Leserbrief

Auf die in der „Blitz-Tip“-Umfrage (s. Artikel „Profit mit Shit“) gestellten Fragen habe ich mir die folgenden Antworten überlegt.

Frage 1: „Sind Sie für den staatlich sanktionierten Genuß von Haschisch?“

a) Vorteile:

Industriehaschisch wird wahrscheinlich billiger sein als bisher, bei gleichbleibender Qualität.

b) Nachteile:

Dagegen spricht vor allem das Argument, wem es nützt. Es nützt nur den großen Tabakkonzernen, die jetzt schon in Erwartung größerer Profite auf der Lauer liegen, auch wenn sie das abstreiten.

Wenn man alle Argumente abwägt, kommt man zu dem Schluß, daß Industriehaschisch zu rauchen etwas schizophoren ist. Will man sich doch einerseits mit dem Haschischgenuß von dieser beschissenen Gesellschaft entfernen und damit auch einen Protest ausdrücken, aber andererseits nützt man nur den Großkonzernen. Diese werden durch den Kauf ihres Produkts gestärkt und unterdrücken uns dann weiter. So entsteht ein Teufelskreis.

zur „Blitz-Tip“-Umfrage

Frage 2: „Glauben Sie, daß mit der Legalisierung von Haschisch der Umstieg auf Heroin eingedämmt werden kann?“

Diese Frage geht am Problem vorbei. Wenn man bedenkt, woran der Haschisch-, Heroin- und Alkoholkonsum liegt, kommt man schnell auf die Antwort. Nur wenige fangen aus Neugier mit Saufen oder Fixen an; bei den meisten liegt es daran, daß sie Probleme haben, z.B. keine Lehrstelle und danach kein Arbeitsplatz, Unterdrückung durch Eltern und Chef, Streß, Ungewißheit vor der Zukunft und wenn man darüber nachdenkt, was das alles für einen Sinn hat. Durch diese Perspektivlosigkeit fängt man mit dem Fixen an. Um dieses Problem zu beseitigen, sollte man es an der Wurzel packen, indem wir diese Gesellschaft verändern und unsere Lage verbessern. Aufklärungsschriften und die Legalisierung von Haschisch sind keine wirkliche Problembeseitigung. Es wird damit nur versucht, die Jugendlichen über ihre miserable Situation hinwegzutäuschen. Fixer sind keine Opfer ihrer Neugier, sondern Opfer

Buchbesprechung

## „Fix und fertig“

Peer lebt als Sohn von Flüchtlingen in einer konservativen Kleinstadt. Die Eltern genießen das neiderfüllte Ansehen der Nachbarn, sie haben sich durch Fleiß und Strebsamkeit ein eigenes Haus erarbeitet; der Sohn ist Musterschüler auf dem Gymnasium. Der Sohn erhält sämtliche materielle Zuwendungen, „er soll es einmal besser haben“. Als Gegenleistung wird Dankbarkeit und Anpassung erwartet. Er fühlt sich isoliert und unverstanden. Der Einzige, der auch emotional zu ihm hält, der versucht seine Probleme zu verstehen, ist Bolle, ein schwuler Lehrer.

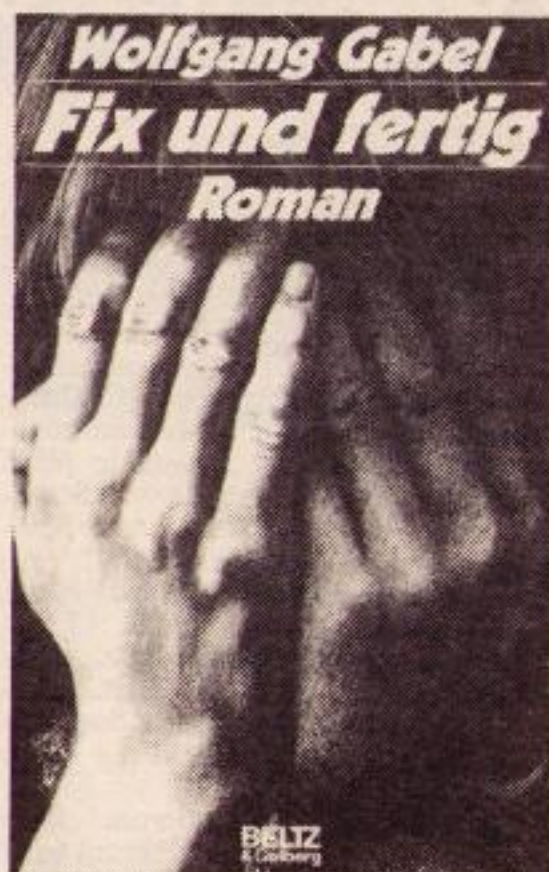
Durch Zufall entdeckt P. die Wirkung von Tabletten. Sie helfen ihm, sich ungehemmt zu verhalten, seine Kontaktschwierigkeiten zu überwinden. Später wird er abhängig von Tabletten, Alkohol und Haschisch. Der Einzige, der es merkt, ist Bolle. Über Beziehungen arrangiert er einen Sanatoriumsaufenthalt, ohne daß Eltern, Schule und Freundin die wahren Gründe erfahren. Der Aufenthalt in der Anstalt macht Peer jedoch psychisch völlig kaputt. Er hat dort Fixer kennengelernt und hängt nach kurzer Zeit an der Spritze und führt ein Doppelleben. Er startet den Versuch, seiner Freundin Vertrauen entgegenzubringen. Er erzählt von der Beziehung zu Bolle und daß er Tabletten genommen hat. Das Mädchen reagiert mit totalem Unverständnis und Vorwürfen. Sie sieht in B. ein pervernes Schwein, sie will ihn fertig machen und denunzieren. Peer trifft sich nicht mehr mit ihr, die Eltern haken nach, da sie in ihm den idealen Schwiegersohn sehen.

Peer braucht immer mehr Stoff. Er spürt keine schönen Träume mehr. Er fixt, um schlafen zu können und um keine Schmerzen zu haben. Er ist körperlich am Ende, alle Gedanken kreisen nur noch darum, Stoff zu organisieren.

Die Menschen, die vorgeben, ihn zu lieben, tun dies in seinen Augen nur aus Eigennutz. Sie lieben ihn, um ihrem Leben einen Sinn zu geben. Sein Zustand läßt sich nicht mehr vertuschen. Bollelerer verständigt die Eltern. P. macht abermals einen Entzug, bekommt einen Studienplatz, lernt neue Leute kennen, versucht lange Zeit, durch Alkohol den Wunsch nach der Spritze zu verdrängen. Er wird rückfällig, liegt in der Gosse. Die Beteiligten sind ratlos, die Eltern resigniert. Sie vermitteln Peer, daß durch sein Verhalten ihr eigenes Leben keinen Sinn mehr habe. Dem Vater fällt als letzter Ausweg die Bundeswehr ein, dort würde er vielleicht auf andere Gedanken kommen. Er befolgt diesen Rat. Beim Bund greift er immer öfter nach Alkohol und Heroin. Mit Gelbsucht wird er schließlich ins Lazarett eingeliefert. Er sieht dies als seine letzte Chance, er will nicht mehr vor sich selber weglaufen. Nicht nur die Leber soll gesund werden, die Leber soll gesund werden. „Ich versuchte erst einmal, deutlich und lange genug krank zu sein.“

Das Buch liefert in erster Linie die Zustandsbeschreibung eines Drogenabhängigen.

Der gesellschaftliche Hintergrund, in diesem Fall das Leben in einer Kleinstadt mit all ihren kleinbürgerlichen Normen und Wertvorstellungen, das Streben nach Leistung, materiellen Gütern, Anerkennung durch die Nachbarn als Lebensinhalt. Die Unzufriedenheit über diese Art von Le-



ben als Ursache für die Flucht in die Droge kommt lediglich in verschachtelten Gedankengängen Peers zum Ausdruck und läßt Interpretationen des Lesers offen. Lesenswert ist das Buch auch, weil es hautnah die Brutalität der Drogenszene, den Weg zur Kriminalität, das Ausgeliefertsein eines Abhängigen beschreibt.

Im Anhang wird berichtet, daß der Betroffene es geschafft hat. Er betreut Fürsorgezöglinge und arbeitet in politischen Gruppen mit. Eine mögliche Konsequenz ist im letzten Satz des Buches enthalten: Die Aufforderung, über sich selber nachzudenken.

Das Buch „Fix und fertig“ von Wolfgang Gabel erschien im Beltz & Gelsberg Verlag und kostet 14,80 DM.

Kinderkommission  
KB/Gruppe Hamburg

Erschien bei J. Reents-Verlag:



– Zur „Debatte“ weitere Stellungnahmen u.a. 48 Seiten DM 4,-



**1. KB-Kongreß  
für 1979  
beschlossen**

Berichte und Dokumente des Vorkongresses  
im Dezember 1979

(Teil 1)

40 Seiten, DM 3,-



24 Seiten, DM 2,-

Ein 15-jähriger Genosse aus  
Frankfurt



# Warum die DKP ein unkritisches Verhältnis zur Sowjetunion hat

Daß die DKP ein total unkritisches Verhältnis zum „real existierenden Sozialismus“, insbesondere DDR und Sowjetunion, hat, wird auch von DKP'ern zunehmend als Klotz am Bein empfunden.

Die „UZ“ vom 2.3.79 befaßt sich daher sehr ausführlich mit der Forderung nach „kritischer Solidarität“ gegenüber der Sowjetunion und der KPdSU. Persönlich bemüht hat sich Willi Gerns, Mitglied des DKP-Präsidiums und wortgewandter ideologischer Ausputzer für „Bauchschmerzen“ in der DKP-Gemeinde.

Gerns stellt zunächst noch einmal fest, was ohnehin niemand bezweifeln wird: Das Verhältnis der DKP zur Sowjetunion und zur KPdSU sei „nicht durch kritische, sondern durch prinzipielle Solidarität bestimmt“.

Gerns erläutert sodann die Frage der „prinzipiellen Solidarität“. Das bedeutet, „daß jede kommunistische Partei ihre Politik selbständig entwickelt“, wobei sie natürlich – aber das schreibt Gerns nicht – peinlich genau darauf achten muß, daß sich die von ihr „selbständig entwickelte“ Politik genau in Übereinstimmung mit den von der KPdSU „entwickelten“ Vorstellungen befindet.

Gerns fährt fort: „... Dazu gehört, daß jede kommunistische Partei die Erfolge und Mißerfolge ihrer eigenen Arbeit kritisch und selbstkritisch untersuchen muß und aus der konkreten Kenntnis der Situation im eigenen Land am besten in der Lage ist, die notwendigen Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen“.

Es leuchtet also ein, daß Kritik der DKP an Praktiken des „realen Sozialismus“ – und wäre die Kritik auch noch so winzig – von vornherein vermessene wäre, weil die KPdSU bzw. SED usw. selbstverständlich am besten wissen, was für ihr Land gut ist und not tut.

Auch hier hat Gerns etwas vergessen: Eine so große Partei wie die KPdSU mit einer so weltweiten Verantwortung für Frieden, Entspannung etc., pp. trifft natürlich nicht nur Entscheidungen für das eigene Land. Richtig hätte Gerns also schreiben müssen: Die KPdSU weiß aus der konkreten Kenntnis der Situation in der Welt am besten, was in der internationalen Politik richtig ist.

Gerns scheint zu vermuten, daß die Kraft seiner bis hierhin entwickelten Argumente („Die KPdSU weiß schon, was sie tut ...“) noch nicht alle „Bauchschmerzen“ in den eigenen Reihen beseitigt haben könnte. Daher fügt er noch ein außerordentlich gewinnendes Argument hinzu: „Übrigens bewegen natürlich auch die Bürger der Sowjetunion, die Mitglieder der KPdSU Fragen zur Politik der DKP, z.B. die, warum der Masseneinfluß der DKP noch verhältnismäßig gering ist, warum unsere Erfolge bei Wahlen noch so bescheiden sind“. Man möchte doch auch nicht, so macht Gerns dann deutlich, daß die KPdSU solche Dinge kritisch hinterfragt, statt sich auf das Zitieren des üblichen Gewäsch in den offiziellen „Partei-Dokumenten“ der DKP zu beschränken. „Stell dir keine dummen Fragen, dann stell ich dir keine dummen Fragen“, lautet die von Gerns verkündete Devise. Er nennt das in einem Anflug schwarzen Humors: „Proletarischer Internationalismus“! Lenin soll darüber in seinem Mausoleum so laut gelacht haben, daß man es bis nach draußen auf dem Roten Platz hören konnte.



## Zum Stand der Vorbereitungen auf den 1. Kongreß des KB

Zu Pfingsten (2. bis 4. Juni) soll der 1. Kongreß des KB stattfinden. Um diesen 1. Kongreß vorzubereiten, hatte im Dezember 1979 ein „Vor-Kongreß“ mit rund 400 Delegierten stattgefunden.

Seither sind die weiteren Kongreß-Vorbereitungen etwas hinter dem Zeitplan in Verzug geraten. Zwar konnte noch im Januar der erste Teil der Dokumentation über den Vor-Kongreß fertiggestellt und publiziert werden. Dieser Teil enthält insbesondere die auf dem Vor-Kongreß vorgelegten Arbeitspapiere, Resolutionsentwürfe u. ä.

Verzögert hat sich jedoch das Erscheinen des zweiten Teils der Dokumentation, der die Rechenschaftsberichte von LG und ZRK enthalten wird. Diese Verzögerung hat technische Gründe: Die ziemlich langen Reden mußten zunächst von den Tonbändern abgetippt und anschließend – was sich als sehr aufwendige Arbeit erwies – redaktionell überarbeitet werden. Dieser Teil der Dokumentation soll nunmehr in allernächster Zeit – jedenfalls noch im März – publiziert werden.

Nur zögernd ist bisher auch die Diskussion über die bereits gedruckt vorliegenden Papiere angelaufen. Nur zu den Themen Antifa und Internationalismus kamen umfangreiche Stellungnahmen, Änderungsvorschläge, Alternativvorschläge u. ä. Diese Papiere werden in einer dritten Broschüre zusammengefaßt werden, die der zweiten sehr rasch nachfolgen soll.

Es scheint so, als ob nach dem Vor-Kongreß, der zumindest bei der Mehrzahl der Teilnehmer eine spürbare Begeisterung ausgelöst hatte, weiterhin wieder der organisatorische Alltag die Oberhand gegenüber der Kongreß-Vorbereitung gewonnen hat. Es sollte, wenn demnächst die Broschüren 2 und 3 zum Kongreß vorliegen, die Diskussion unbedingt intensiviert werden, um die verbleibenden gut zwei Monate bis zum 1. Kongreß des KB zu nutzen.

Bisher liegen schon einige Reaktionen auf die Ankündigung unseres Kongresses vor: Die trotzkistische GIM, die KPD/ML und die schwer zu definierende MRI (Marxisten-Reichsten) haben mitgeteilt, daß sie unsere Einladung an die linke Öffentlichkeit, Beobachter zu unserem Kongreß zu schicken, wahrnehmen wollen.

Die GIM scheint sogar sehr intensiv in die Kongreß-Vorbereitung einsteigen zu wollen: Nach einer ersten Berichterstattung im Januar hat die „was tun“, Wochenzeitung der GIM, in der Ausgabe vom 15.3. eine programmatische Auseinandersetzung mit dem KB eingeleitet, die – laut Ankündigung – fortgeführt werden soll. (Wir werden die Beiträge der GIM in unsere Kongreß-Materialien aufnehmen.)

Wenn die GIM es sich auch noch abgewöhnen könnte, sich bei ihren Stellungnahmen zum KB wie ein stolzer Vater aufzuführen, der die ersten Schrittschritte seines Kindes beobachtet, kann vielleicht eine ganz interessante Diskussion zustande kommen.

Zu erwähnen ist noch, daß auch „Die Neue“ (ehemals „Extradiens“) vom bevorstehenden KB-Kongreß Notiz genommen hat – kurz zwar, aber betont sachlich.

Die Organisationen der Linken, über die drei erwähnten hinaus, bleiben eingeladen, gleichfalls Beobachter zum 1. Kongreß des KB zu schicken.

★★★★★★★★

Die Ortszelle Wedel regt an, in Hinblick auf den KB-Kongreß zu Pfingsten den Artikel „Autonome Frauenstruktur innerhalb von Movimiento Comunista“ aus dem letzten ARBEITERKAMPF im gesamten KB zu diskutieren.

Von einzelnen Genoss(inn)en wurde die Position vertreten, dieses Statuteil für den KOMMUNISTISCHEN BUND zu übernehmen.

## Spendenliste

Wie üblich veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im ARBEITERKAMPF Nr. 132 an. Wir sind grundsätzlich bereit, Geld und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen. Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne Abzug weiterleiten. Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenfalls den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können. Unser Spendenkonto: H.Eckhoff, Kto. Nr. 4501 755 Dresdner Bank, Hamburg. Eingänge auf unser Verlagskonto werden wir entsprechend weiterleiten.

Für ein Schulprojekt in Eritrea		
W.P., Elmshorn	1.000,00	
AK-Leser aus London	20,00	
U., BO Bergedorf/KB Gruppe Hamburg	34,50	
Eritrea Solidaritätsveranstaltung BO Steilshoop/KB Gruppe Hamburg	492,00	
U., BO Barmbek/KB Gruppe Hamburg	100,00	
ÖTV-Angestellte BO Eimsbüttel /KB Gruppe Hamburg	8,00	
BO Wandsbek /KB Gruppe Hamburg	273,00	
P., Glückstadt	220,00	
Spendentopf Arbeiterbuch Hamburg	50,00	
W.H., Herne	165,50	
P.L., Hamburg	60,00	
Randalezentral und KB-VV Flensburg	100,00	
Ch.W., Göttingen	170,00	
H.J.B., München	155,00	
KB/Gruppe Bremerhaven	150,00	
WG Deisterstraße, Göttingen	500,00	
Ch.B. und T.B., Bielefeld	47,37	
KB/Gruppe Pinneberg	40,00	
J.E., Freiburg	105,00	
Büchertisch Göttingen	5,00	
K.H., Oldenburg	100,00	
W.G., Stuttgart	300,00	
Lübecker Paellafete	20,00	
W.P., Hamburg	500,00	
Wohngemeinschaft Eimsbüttel	2.000,00	
KB/Gruppe Stade	25,00	
„Kommune Kodmiw“	45,00	
KB/Gruppe Stade	90,00	
KB/Gruppe Stade	30,00	
H.d.F., Freiburg	95,00	
ÖTV-Bereich, KB/Gruppe Hamburg	40,00	
M.L. und M.L., Lübeck	90,00	
B.B., Westberlin	600,00	
	300,00	

Für MIR, Chile		
KB/Gruppe Stade	50,00	
„Rote Erna“, Wilhelmsburg	50,00	
Kneipe in Hamburg 13	113,00	
H.M., Hamburg	60,00	
Summe	273,00	
Damit erhöht sich unser gesamtes bisheriges Spendenergebnis für den MIR auf DM 293.662,37.		
Für PFLP, Palästina		
K.H., Oldenburg	300,00	
KB/Gruppe Hildesheim	44,00	
F.U., Hamburg	50,00	
KB/Gruppe Hildesheim	35,00	
Metallbereich KB/Gruppe Hamburg	250,00	
Kunde des Arbeiterbuch Bremerhaven	7,00	
Summe	686,00	
Damit erhöht sich unser gesamtes bisheriges Spendenergebnis für die PFLP auf DM 130.880,02.		
Für Vietnam-Solidarität		
G.V., Butzbach	15,00	
U.K., Pinneberg	10,00	
Vietnam-Solidaritätssammlung in einer Hamburger Kneipe	80,00	
BO Steilshoop/ KB Gruppe Hamburg	94,00	
Schulungsseminar ÖTV-Bereich	248,00	
Summe	447,00	
Für Volksfedayin, Iran		
Skatgruppe „Rote Nase“, Hildesheim	76,41	
Für Frente Polisario, West Sahara		
K.H., Oldenburg	300,00	
P., Glückstadt	50,00	
Summe	350,00	
Damit erhöht sich unser gesamtes bisheriges Spendenergebnis für Frente Polisario auf DM 31.439,13.		
Für Sandinistische Befreiungsbewegung, Nicaragua		
KB/Gruppe Stade	50,00	
B.P., Duisburg	100,00	
H.J.B., München	50,00	
Summe	200,00	

Damit betragen die bei uns eingegangenen Spendengelder für das Schulprojekt in Eritrea bisher insgesamt DM 22.003,93. In unserer letzten Spendenliste (AK 139) war das gesamte Spendenergebnis aufgrund eines Rechenfehlers falsch ausgewiesen. Statt DM 14.838,03 waren nur DM 11.786,56 eingegangen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Die bei uns eingehenden Spendenbeträge für die EPLF/Eritrea werden entsprechend den Vereinbarungen mit den Genossen der EPLF gleichfalls für das Schulprojekt verwandt und sind in der obigen Aufstellung enthalten.

## KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 26

### Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums

und andere Dokumente

### für den 1. KB-Kongreß

Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978

(Teil 2)

Aus dem Inhalt: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums – Geschichte und Stand der Organisation – Zeitungsarbeit – Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit – Faschisierung von Staat und Gesellschaft – Bündnispolitik und Wahlen – Frauen – Jugend – Schüler – Studenten – China und die Vaterlandsverteidiger – Fragen und Anmerkungen zum LG-Bericht – Rechenschaftsbericht der ZRK – Brief der AG Frauen – Fragen und Antworten zum ZRK – Bericht – Antrag der Behandlung innerorganisatorischer Widersprüche – Tagesordnungsvorschlag für den Kongreß des KB

32 Seiten Format A 4 DM 3,- zu beziehen über den j. reents – verlag, lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50



# Hauptsache, die Linie stimmt!?

## Gedanken zum AK 148

Liebe Genossen, liebe Leser!

Wenn der neue AK kommt, blättert man/frau ihn erwartungsvoll durch. Artikel zu jeweiligen Interessenschwerpunkten werden dann gleich gelesen, andere Artikel sprechen einen weniger an. Und mich beschleicht bei voranschreitender Lektüre manchmal ein Gefühl von Langeweile. Vielleicht bin ich einer Ursache jetzt auf die Spur gekommen.

Da fängt ein Artikel an mit den Worten: „Der objektive Hintergrund, vor dem die Bourgeoisie diese Kampagne startet, ist die tatsächliche Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ...“ (S. 28). Peng, nun weißt Du es, Leser. Dabei reißt mich das nicht vom Hocker, das habe ich schon x-mal gehört, ist mir eigentlich auch klar. Kurz: das spricht mich nicht an, es macht mir das Weiterlesen nicht schmackhaft. Was nützt der schönste Artikel, wenn niemand einsteigt? Und: muß es sein, daß dem Leser zu Beginn die Erkenntnis in abstrakter Form vorgeknallt wird, wird er dadurch nicht auch in gewisser Weise für dumm verkauft?

Der Leser soll doch einen Lernprozeß durchmachen, neue Informationen bekommen und vielleicht auch neue Erkenntnisse. Unsere Artikel müssen aber so sein, daß wir ihn davon überzeugen. Er muß sozusagen von dem/der Verfasser/in an die Hand genommen werden, behutsam zu Erkenntnissen geführt werden. Dazu ist aber gerade der Artikel anfangs entscheidend, weil sich der Leser sonst kaum auf dieses Abenteuer einläßt. Warum beginnt der sehr wichtige Artikel mit dem oben zitierten Einstieg nicht zum Beispiel mit der Schilderung des Falles einer Frau B., an deren Situation die Problematik aufgezeigt wird?

Wenn aber Artikelanfänge oftmals entscheidend wichtig sind, müssen wir mehr Wert darauf legen. Das heißt es zum Beispiel: „Wie diskriminierend und demütigend Frauen, die abtreiben wollen, an der Medizinischen Hochschule in Lübeck behandelt werden, wurde schon einmal bekannt.“ (S. 30). Wenn das schon bekannt ist, warum soll ich den Artikel denn lesen? Oder: „Wie zu erwarten war, sind über die Verweigerung der Milch ... weitere Fakten ans Tageslicht gekommen ...“ (S. 13). Na ja, sage ich als Leser, das war ja zu erwarten, nichts Aufregendes. Oder: „Wie schon im Oktober letzten Jahres angekündigt ...“ (S. 31). Spannend, nicht wahr?

Sehr gern werden von den Artikel-schreibern auch folgende Anfänge gewählt: „Seit Oktober '78“, „Im Juli letzten Jahres“, „Im November und Dezember '78“, „Seit September '78“, „Am 1.2.“ ... Diese interessanten Artikelanfänge finden sich alle auf den Seiten 33 bis 35. Nichts gegen derartigen Nachrichtenstil, aber es muß doch nicht bei jedem Artikel sein.

Der sehr wichtige und gute Artikel „Kindertod auf der Straße“ beginnt mit einer Aneinanderreihung von fünf Zeitungsausschnitten, die im wesentlichen dasselbe aussagen, und die wir selbst aus eigenem Zeitungstudium zur Genüge kennen. (S. 32). Der Erkenntniswert ist deshalb meines Erachtens gering. Ich kenne aus eigener Erfahrung die Situation, daß der Verfasser sich zu dem entsprechenden Thema viel Material zusammengesucht hat und es nun möglichst auch alles direkt verwerten möchte. Aber nützt das dem Artikel?

## Es lebe der gute alte „Besinnungsaufsatz“

Entnervend finde ich auch Anfänge, die den Mief des „guten deutschen Besinnungsaufsatzes“ spüren lassen: am Anfang These oder Absichtserklärung, dann Erläuterung und am Ende die allgemeine Einschätzung oder das subjektive Urteil. So heißt es ziemlich zu Beginn eines Artikels über Rock-Musik (S. 24): „Daß zumindest das hiermit verbundene Frauenbild in der Rockmusik auch heutzutage nicht wesentlich anders aussieht, soll im folgenden verdeutlicht werden.“ Das Ergebnis ist uns also schon mitgeteilt (als These sozusagen), es fehlen nur noch ein paar Belege. Warum stellt der Kieler Genosse nicht sich und uns die Frage: „Und wie sieht es heute mit dem Frauenbild in der Rockmusik aus?“

Die klassische Form „These am Anfang“ findet sich auch im gegenüberliegenden Artikel „Schiefe Bild“ (S. 25). Da wird dem Leser per Zitat der Anspruch der Initiatoren einer Rockausstellung buchstäblich vorgeknallt: „nostalgisch, geschichtsführend, Massenkultur Rockmusik, visuelle Reize, lebt von Bildern, Werbematerialien, Plattenhüllen, Objekte, Versatzstücke, Funktionsweisen der offiziellen, veröffentlichten Rockwelt ...“ Es ist sicher kein Kunststück, alle diese Wörter auf nur 16 Zeilen mit einigen anderen verbindenden Worten unterzubringen – ob das aber dem Leser nützt? Und welchem Leser?

Und noch ein letzter „klassischer“ Artikelanfang (S. 14): „Während die Ahauer Bevölkerung dem Brennelemente-Zwischenlager (BEZ) sehr skeptisch gegenübersteht, tun die Stadtväter alles, um den Nutzen herauszustellen ...“ Damit wäre das Problem nicht nur angerissen, sondern auch gleich schon beurteilt („eingeschätzt“), es müssen jetzt nur noch einige Belege folgen, und enden muß der Artikel natürlich mit „Kein Atommülllager in Ahaus und auch nicht anderswo!“ Ich meine, gerade weil die Inhalte so wichtig sind, dürfen wir es den Lesern nicht so schwer machen – wie leicht stellt sich das Gefühl ein: kenne ich schon, alles eben Scheiße.

Warum halten die Münsteraner Genossen es eigentlich nicht für so wichtig, uns Nicht-Ahausern einmal einen kleinen Einblick zu geben in den Ort Ahaus – wo liegt das eigentlich? Wie wäre es denn mal mit einem Anfang: „Ahaus ist ein nettes kleines Städtchen an der Kreuzung von B 474 und B 70, 10 000 Einwohner, hat ein nettes Barockschloß von 1690 mit dazugehörigem Schloßpark. Früher eher verschlafen – da ist jetzt der Teufel los ...“ (sinngemäß). Denn, das muß man doch mal deutlich machen, daß die Pläne für Ahaus wie ein Hammerschlag aus düsterem Himmel waren. Natürlich ist mir auch klar, daß dies nicht der erste Artikel über Ahaus ist. Frühere sind aber ähnlich beschränkt gewesen (im Sinn des Wortes).

## Einzelstücke statt Konfektionsware

### Einzelstücke statt Konfektionsware

Meines Erachtens sollten die Verfasser auch mehr Wert auf den Schluß des Artikels legen. Der Artikel selbst müßte so gut sein, daß sich ein formulierter Schluß wie: „... der Birkenhof mitsamt Mauern und Stachelndraht muß endgültig und vollständig weg!“ einfach ergibt. Entweder der Leser wird durch die Fakten selbst zu diesem Urteil kommen, oder der letzte markige Satz überzeugt ihn auch nicht. Derartige Wendungen hinterlassen bei mir, wenn sie sich häufen und zur Stereotype werden, einen faden Nachgeschmack, einen Eindruck von billiger Konfektionsware, immer nach demselben Muster. Könnt ihr nicht mal am Ende etwas Witziges, Überraschendes schreiben? Derartige allgemeinste Absichtserklärungen, die ja meistens nicht einmal den Anspruch erheben können, nun in die Tat umgesetzt zu werden, machen den Eindruck hohler Verbissenheit. Provokant formuliert: Aus Hilflosigkeit einen markigen Spruch. Dagegen sind zündender Humor, Zynismus, Sarkasmus und wie die Dinge alle heißen, oftmals viel wirkungsvollere Waffen. Die Herrschenden haben immer sehr empfindlich darauf reagiert, wenn die Unterdrückten sie lächerlich machten. Wir wissen das aus eigener Erfahrung, erinnern euch an eure eigene Schulzeit, denkt auch an zahlreiche Gags der Studentenbewegung und der Frauenbewegung, die einem doch das Gefühl vermitteln: wenn wir auch noch nicht die Macht, den Staat und seine Waffen haben, so sind wir doch schon heute die Klügeren, Schläueren ...

Eine letzte Forderung sei hier noch erhoben: Schreibt verständlich! In einem sehr wichtigen Artikel an einer sehr wichtigen Stelle lese ich: „Unabhängig von sonstigen Bewertungen dieses richterlichen Vorgehens bleibt zunächst festzuhalten: Das Gericht hält es offenkundig für möglich, daß die Anklagebehörde selbst für 'wahr unterstellen' wolle, daß hierzulande Exekutionen Bestandteil der Planung sind. Solche Aussagen werden von einem Staatsanwalt getroffen und von einem Richter gedeckt, die als 'Organe der Rechtspflege' in einem Staat fungieren, der darum prozessiert, nicht mit seiner Nazi-Geschichte verglichen zu werden!“

Hierauf wird im Verlauf des Prozesses zurückzukommen sein.“ (S. 6). Worauf bitte? Kann das noch mal jemand deutlich schreiben?

## Heraus mit der Phantasie!

Ja, das sind die Gedanken, die mir beim Lesen einiger Artikel im ARBEITERKAMPF gekommen sind. Ich wollte keinen Artikelschreiber persönlich anmachen; vielleicht sind die Leser auch mit mir gar nicht einer Meinung. Sie sollten es schreiben, schließlich sollte die Debatte um den ARBEITERKAMPF noch nicht beendet sein – oder? Das sind nur Anmerkungen, über Artikel, die geschrieben wurden.

Vielleicht spiegeln die Artikel, wie sie geschrieben sind, aber auch unsere Schwächen in der Praxis wider? Kommunisten haben eben immer gleich Einschätzungen zur Hand, Kommunisten haben eben keine subjektiven Empfindungen, wenn sie Politik machen (höchstens mal beim Termin mit ihrer/m Freund(in), Kommunisten haben keinen Humor, Phantasie haben sie erst recht nicht. Kommunisten haben auch kaum persönliche Erlebnisse. Stimmen diese Einschätzungen – oder können wir uns nicht richtig einbringen in unsere Umwelt und in unsere Zeitung?

Es geht auch anders. Unter der Überschrift „Herr Albrecht, wir kommen“ heißt es auf der Titelseite: „Mit Erstaunen und Erleichterung stellten am 10./11.2. in Braunschweig ca. 1300 Atomgegner ... fest, daß die bundesdeutsche Anti-Atombewegung lebt und aktionsfähig ist.“ Die Betonung liegt auf „Erstaunen“ und „Erleichterung“ – wer möchte darüber nicht genauer informiert werden, wer möchte da nicht weiterlesen, natürlich im ARBEITERKAMPF.

R., Lehrergenosse aus Hamburg-Altona

♦♦♦

## Antwort

Ach ja, lieber R., wie sehr du mir doch aus der Seele sprichst! Eine winzige Kleinigkeit möchte ich aus gegebenem Anlaß noch hinzufügen. Wenn zusätzlich noch erreicht werden könnte, daß die Manuskripte in williger Kleingerei noch „grün“ und gegebenem Anlaß noch hinzufügen. Wenn zusätzlich noch erreicht werden könnte, daß die Manuskripte in deutscher Sprache und Grammatik eingereicht werden, könnten wir unseren Arbeitstag glatt um 50 % reduzieren und uns nützlicheren Dingen zuwenden.

Ich meine, es heißt z.B. Lernprozeß statt „Lernproeß“, Problematik statt „Probemantik“, Artikel statt „Artile“, Studium statt „Studium“, entsprechenden statt „entsprecrenen“, spüren statt „sprüen“, heutzutage statt „huetzutage“ usw. (Alles Zitate aus dem Anfang deines Manuskriptes, den Rest schenke ich mir aus Platzgründen). Durchschnittlich mußte ich in deinem Manuskript pro Zeile eine Rechtschreibkorrektur anbringen (bei ca. 230 Zeilen!); Fehler, undeutliche Korrekturen von dir selbst, unübersichtliche Einschübe ... Das Ganze sieht jetzt aus wie ein Stück abstrakte Kunst, worüber sich die Composegenoss(inn)en sicher wahnsinnig freuen werden.

Schlimm? Ach woher! Wenn ich vergleiche, was z.B. manchmal von einigen deiner Lehrerkollegen so angeliefert wird, dann war dein Manuskript ja noch das reinste Zucker-schlecken. Ich meine, bei dir stimmte ja immerhin der Satzbau – das muß man anerkennen! Du schreibst: „Vielleicht spiegeln die Artikel, wie sie geschrieben sind, aber auch unsere Schwächen in der Praxis wider?“ Was also sagt dein Manuskript über deine Praxis? Als Lehrer und als Kommunist. Wie bewertest du z.B. Schüleraufsätze mit einem Fehler pro Zeile? Denk(t) doch auch mal daran, daß in Redaktion und Technik auch Leute mit „subjektiven Empfindungen“ sitzen, die „persönliche Erlebnisse“ machen müssen, die darin bestehen, Abende lang in Manuskripten die „ss“ durch „ß“ oder die „Oe“ bzw. „Ue“ durch „ö“ bzw. „ü“ zu ersetzen usw.usf.

Das klingt vielleicht grob, ist aber nicht so gemeint. Vor allem soll es deine Kritik, die ich völlig richtig finde, überhaupt nicht abschwächen, sondern nur ergänzen. Sowohl in inhaltlicher wie auch in formaler Hinsicht würde ich uns einfach wünschen, daß die Manuskripte mit ein bißchen mehr Engagement, Mühe, „Liebe“ abgefaßt werden. Vor allem da wir ja nicht für einen Kapitalisten, sondern für unsere Zeitung schreiben.

de, Red.

# Große Werbekampagne für den ARBEITERKAMPF beschlossen

Mit mehr als 20.000 verkauften Exemplaren (bei einer gedruckten Auflage von 24.500) erreichte der ARBEITERKAMPF im November 1976 (Nr. 93; nach der zweiten Brokdorf-Aktion) seine bisher größte Verbreitung. Allein die Hamburger Organisation des KB verkaufte seinerzeit rund 10.000 Exemplare.

Heute muß davon ausgegangen werden, daß von den 12.000 oder 12.500 gedruckten Exemplaren auf jeden Fall nicht mehr als 10.000 verkauft werden. Die Hamburger Genossinnen und Genossen unserer Organisation liegen dabei mit knapp 3.000 verkauften Zeitungen weit unterhalb der Mobilisierungszahlen, die wir hier in besseren Zeiten bei großen internationalistischen oder antifaschistischen Veranstaltungen hatten.

Daß der AK-Verkauf tatsächlich nahezu zusammengebrochen ist, erhellen darüberhinaus insbesondere folgende Fakten: Während in früheren Zeiten durchschnittlich 70 - 80 Prozent der KB-Mitglieder regelmäßig am Vertrieb des AK teilnahmen, sind es heute fast durchgängig weniger als 50 Prozent (Gruppen, Bezirke oder Bereiche der Organisation, von denen weniger als ein Drittel am AK-Vertrieb teilnehmen, sind leider keine Seltenheit mehr). Anzahl und Dauer von Verkaufseinsätzen (auf Straßen und in Kneipen) bewegen sich in Richtung Null (Gruppen, die heute noch pro vierzehntägige AK-Periode im Schnitt für jedes Mitglied auch nur einen ein-stündigen Verkaufseinsatz ausweisen können, lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen).

Daß unter diesen Umständen überhaupt noch um die zehntausend Zeitungen verkauft werden, ist hauptsächlich dem hohen Ansehen zu danken, das der AK sich bei einer Schicht von Stammlesern erworben hat. Schon die Statistik weist aus, daß in der Regel mehr als 50 Prozent der Zeitungen „unter der Hand“ (an „Kontakte“) weggehen (vielfach liegt dieser Prozentsatz noch höher). Wie auch der größte Teil der Leserschriften im Rahmen der AK-Konzeptionsdebatte unterstrichen hat, halten viele dieser Stammleser den AK für ihre eigene Praxis für unverzichtbar (vor allem wegen seiner einmaligen Informationsfülle und -aufbereitung).

Bei einem fortschreitenden Disengagement in Sachen AK-Vertrieb wäre eine regelmäßige und pünktliche Belieferung auch dieser Käuferschicht nicht mehr gewährleistet – der AK (und damit der KB!) in seiner Existenz bedroht!

Die seit nunmehr einhalb Jahren andauernde rückläufige Entwicklung des AK-Vertriebs, die sich in der Statistik widerspiegelt, ist nicht mehr gewährleistet – der AK (und damit der KB!) in seiner Existenz bedroht!

Die seit nunmehr einhalb Jahren andauernde rückläufige Entwicklung des AK-Vertriebs (und seine gegenwärtige Stagnation auf niedrigstem Niveau) belasten nicht nur die Organisationsfinanzen in unerhörter Weise (um aus dem AK-Verkauf die für Redaktion, Technik und Vertrieb anfallenden monatlichen Kosten decken zu können, müßten von jeder Ausgabe rund 20.000 Zeitungen abgesetzt werden!), sondern hemmen den Organisationsaufbau direkt (wurden in früheren Zeiten Bezirksgruppen in größeren Städten oder neue Ortsgruppen vor allem mit Hilfe des ARBEITERKAMPFES aufgebaut und an den KB herangeführt, so findet heute kaum mehr eine Rekrutierung statt; die KB-Mitgliedschaft bröckelt ab).

Um aus der jetzigen Misere herauszukommen und Schlimmeres zu verhindern, reichen offenbar die üblichen Appelle an die Disziplin der Genoss(inn)en nicht aus. Um die augenblickliche verkaufte Auflage des AK kurzfristig zu stabilisieren und mittelfristig sogar wieder deutlich hochzutreiben, bedarf es besonderer Überlegungen und Maßnahmen der gesamten Organisation.

Die Hamburger Delegiertenversammlung des KB hält die Durchführung einer groß- und mittelfristig angelegten Kampagne für den ARBEITERKAMPF für unbedingt notwendig.

Neben der Aufgabe, durch eine intensive Werbearbeit und kollektive Verkaufseinsätze der Zellen auf Straßen, Plätzen und in Kneipen, bei Veranstaltungen, Kino/Theatervorführungen etc. neue Leserschichten mit unserer zentralen politischen Zeitung bekanntzumachen, muß es in der nächsten Zeit vor allem darum gehen, den größten Teil der AK-Stammleserschaft als Abonnenten zu gewinnen (derzeit haben wir noch nicht einmal 1.000 Abonnenten!). Wir sichern so einen relevanten Teil der ständigen AK-Leserschaft die regelmäßige und rasche Belieferung, nehmen den Genoss(inn)en die oft zeitraubenden „Verkaufseinsätze“ bei den „Kontakten“ ab und bereinigen auf diese Weise auch die Verkaufstatistik (d.h. wir werden erst nach dieser Kampagne genaueren Aufschluß darüber erhalten, wieviele Zeitungen von den Mitgliedern des KB tatsächlich im „freien Verkauf“ abgesetzt werden).

Die auf mehrere Monate angesetzte Kampagne soll in der Form eines „sozialistischen Wettbewerbs“ durchgeführt werden. Über Rundschreiben und vor allem über eine kontinuierliche Berichterstattung im AK selbst soll für die Teilnahme an diesem „Wettbewerb“ geworben werden – wir werden Zwischenergebnisse der Abo-Werbung ebenso veröffentlichen wie Erfahrungsberichte (mit positiven wie negativen Eindrücken vom AK-Verkauf).

Um sicherzustellen, daß mit dieser Kampagne unverzüglich begonnen wird und daß alle Organisationsteile möglichst einheitlich und engagiert dabei mitmachen, wird eine Arbeitsgruppe (unter Leitung von LG und ZRK) gebildet, in der Vertreter(innen) aus allen Hamburger Bezirken und Bereichen mitarbeiten. Diese Arbeitsgruppe trifft sich einmal in jeder AK-Periode.

Hamburg, den 13.3.1979

Bei ca. 150 anwesenden Delegierten der Hamburger KB-Gruppe einstimmig, bei einer Stimmenthaltung, angenommen.